

Maßnahmen zur Förderung
der
privaten Kapitalbildung
im
Portugiesischen Reich

Sparmöglichkeiten und Finanzierungsmethoden
in
Entwicklungsgebieten

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Würde eines Doktors der Staatswissenschaften
der Philosophisch-Historischen Fakultät der Universität Basel

vorgelegt von

RALPH VON GERSDORFF

aus Weimar

BIELEFELD 1958

Maßnahmen zur Förderung
der
privaten Kapitalbildung
im
Portugiesischen Reich

Sparmöglichkeiten und Finanzierungsmethoden
in
Entwicklungsgebieten

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Würde eines Doktors der Staatswissenschaften
der Philosophisch-Historischen Fakultät der Universität Basel

vorgelegt von

RALPH VON GERSDORFF

aus Weimar



BIELEFELD 1958

Genehmigt von der Philosophisch-Historischen Fakultät
auf Antrag des Herrn Prof. Dr. E. Salin

Basel, den 8. Juli 1955

sign. Prof. Dr. H. Fuchs
Dekan.

Diese Dissertation erscheint 1958 mit dem gleichen Titel im Polygraphischen
Verlag AG in Zürich als Band 33 der Schriftenreihe „Staatswissenschaftliche
Studien“, herausgegeben von Edgar Salin und Gottfried Bombach

Gesamtherstellung: Druckerei Ernst Giesecking, Bielefeld

MEINER MUTTER
IN DANKBARKEIT
GEWIDMET

Verzeichnis der Abkürzungen

a.a.O.	am anderen Ort.
AK	Aktienkapital.
An. Est.	Anuário Estatístico, Statistisches Jahrbuch, INE.
BdA	Banco de Angola, Jahresberichte (Relatórios), Notenbank für Angola, Hauptsitz in Lissabon.
BdP	Banco de Portugal, Jahresberichte (Relatórios), Notenbank für das Europäische Portugal, Madeira und Azoren.
BIGA	Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit, Bern.
BN	Basler Nachrichten, Tageszeitung.
BNU	Banco Nacional Ultramarino, Übersee-Bank, Notenbank für alle Überseeprovinzen mit Ausnahme von Angola, Hauptsitz in Lissabon.
Bul.	Bulletin de Renseignements politiques, économiques et littéraires, SNI, Lissabon, Zweimonatszeitschrift; seit Mitte 1956: Portugal, an Informative Review.
Bund	Tageszeitung „Der Bund“ in Bern.
C.	Contos. 1 Conto = 1000 Escudos, ca. 150 DM, 150 sFr.
DdS	Diário das Sessões, Anzeiger der Nationalversammlung und der Korporationen-Kammer, L.
ECA	Economic Co-operation Administration, Marshallplan-Behörde in Washington, D.C.
EPU	European Payments Union, Europäische Zahlungs-Union in Paris. Agent: Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel.
ERP	European Recovery Program, Marshall-Plan.
Esc.	Escudos. 1 DM, 1 sFr. ca. 7 Esc.
Est. Fin.	Estatísticas Financeiras, Statistik über die Tätigkeit der Banken und Sparkassen, den Wertpapiermarkt. Diskontierungen, Hypothekarkredite, Aktiengesellschaften und Staatsfinanzen; jährlich.
FAO	Food and Agricultural Organisation, Rom.
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung.
FNAT	Fundação Nacional Alegria no Trabalho, staatliche Stiftung „Freude an der Arbeit“ (Arbeiter-Fürsorge).
IN	Imprensa Nacional, Staatsdruckerei, L.
INE	Instituto Nacional de Estatística, Statistisches Amt, Lissabon.
JdCP	Junta de Crédito Público, Staatsschuldenverwaltung, Lissabon.
KNG & SF	Koninklijke Nederlandsche Gist- en Spiritus-Fabrik, Kgl. Niederländische Preßhefe- und Spiritus-Fabrik, Delft.
L.	Lissabon.
NdP	Notícias de Portugal, SNI, Wochenblatt für Auslands-Portugiesen.
NZ	National Zeitung, Basel.
NZZ	Neue Zürcher Zeitung.
OECE	Organisation Européenne de Coopération Économique, Der Europäische Wirtschaftsrat in Paris. Portugal ist Mitglied.
OEEC	s. OECE.
Org. Corp.	Organização Corporativa e Previdência Social, INE, Korporationen- und Sozialversicherungs-Statistik.
PIDE	Polícia Internacional e de Defesa do Estado, Fremden- und Sicherheitspolizei, die bekannt dafür ist, daß sie sich Verstöße gegen Art. 8 der Verfassung (haupts. habeas corpus) zuschulden kommen läßt.
RdE	Revista de Economia, Lissabon-N, Apartado No. 142.
Rel.	Relatório, Jahresbericht.
SNI	Secretariado Nacional da Informação, staatliches Informations-Sekretariat, L., Restauradores.
SPN	Secretariado de Propaganda Nacional, Vorgänger des SNI.

Inhaltsverzeichnis

Verzeichnis der Abkürzungen	IV
Vorwort	VII
Einleitung	IX
I. Allgemeines	1
a) Kritische Stellungnahme zu A. Ramos Pereiras Charakterisierung Portugals als „wirtschaftlich unentwickeltes Land sui generis“ und zu seinen Vorschlägen	1
b) Bericht der UNO-Experten über die Möglichkeiten der Kapitalbildung in wirtschaftlich wenig entwickelten Staaten und weitere Vorschläge	6
c) Die Arten der Kapitalbildung nach der Einteilung von Prof. Röpke	13
1. Naturalwirtschaftliche Kapitalbildung	13
2. Das Sparen	20
3. Die Unternehmungskapitalbildung	26
4. Die finanzwirtschaftliche Kapitalbildung	26
5. Die geldpolitische Kapitalbildung	30
II. Der Kapitalmangel	32
III. Bestehende und mögliche Kapitalbildung	45
a) Konten- und Wertpapiersparen	45
Kleinsparen 45, Postsparkassen 46, Zwecksparen 47, Ratensparen 48, Prämiensparen 49, Indexgebundene Sparkonten 49, steuerbegünstigtes Sparen 50, Baby-Bonds und Volksaktien 52, Investment-Trusts 53, Investment-Klubs 54, Aktien 57, Obligationen 59, Propagierung des Aktiensparens 60, Ewige Rente 62, Leibrente 63, Goldzertifikate 65, Zwangssparen (Deferred Payments, Arbeitslosenfonds) 67, Caritas 71, Arbeitswechsel 72.	
b) Das Versicherungssparen	73
Private Versicherungen 73, Hilfskassen auf Gegenseitigkeit 75, Vorsorgekassen der Korporationen 76, Einkommen-Versicherung 87, Lebensversicherung und Produktivität der Versicherungen 88, die korporative Organisation der Privatversicherung 91, indexgebundene Versicherung 93, Sozialversicherung und Volkseinkommen 85, 96, Kritik des Versicherungswesens 97 ff.	
c) Kapitalbildung in einzelnen Wirtschaftszweigen	101
1. Landwirtschaft	101
2. Fischerei	103
3. Verkehrswirtschaft	106
Eisenbahnen 106, Straßen 108, Schifffahrt 109.	
4. Energiewirtschaft	109
Elektrizität 109, Kohle 115, Erdöl 116, Uran 118.	

5. Bauwirtschaft	123
Sozialer Wohnungsbau 123, privater Wohnungsbau 126, Baugenossenschaften 127, Casas Económicas 128, Bausparkassen 131, werkeigene Siedlungen 132, Fanfani-Plan 132, Immobilien-Trusts 134, Hypothekarkredit 135.	
6. Exportwirtschaft	137
Export-Versicherung 137, Export-Förderungs-Fonds 142, Portwein-Institut 144, Fischkonserven-Institut 147.	
7. Fremdenverkehr	148
Fremdenverkehr und Zahlungsbilanz 148, Fonds für Tourismus, Pousadas 150, Tourismus und Verkehrswirtschaft 154, Tourismus in Afrika 155, Tourismus in Portugal 157.	
8. Industrie	161
aa) Möglichkeiten der Finanzierung von Industrien durch den Staat und Private	161
Mangel an Unternehmern, Fehlen einer „Industrie-Mentalität“ 161, Reorganisationsversuche 162, Korporativ-System 164, Staatsinterventionen 165, Sechsjahresplan, Schwierigkeiten 167, Staatsbeteiligungen 173, „Sozialkapital“ 174, Beitritt zum Gemeinsamen Markt? 175, Finanzierung des Sechsjahresplans 176, Einführung neuer Finanzierungsinstrumente? 177, erfolgreiche Staatsbetriebe 180, Vorfinanzierung bei Ausschreibungen 181, halbstaatliche Industrie-Holding-Gesellschaften und -Investmentbanken 182, private Finanzierungsgesellschaften 184.	
bb) Arbeitsmarkt und Kapitalbildung	185
Fürsorge und Sparen in den Unternehmungen. Der Mangel an Fachkräften 185, Doppelverdienertum und „Zusatzsteuer“ 185, Das Nachhinken der Löhne hinter den Preisen 186, Erziehung der Unternehmer zur Fürsorge 187, Arbeitsmentalität in Portugal 187, Beispiele einer Verbindung von Fürsorge, Gewinnbeteiligung und Miteigentum 188, Arbeitserfolgspremien, Betriebsparkassen 189, Finanzierung der Ausbildung von Fachkräften 192, Steigerung der Produktivität u. a. durch betriebliches Vorschlagswesen 193, Produktivitätslohn mit Abzügen für die Kapitalbildung 194, Notwendigkeit der Annahme technischer Hilfsleistungen des Auslandes 197, ausländische Industrielle sollten den Berufsschulen (z. B. der Salesianer) abgeschriebene Maschinen schenken 198, der Goa-Streit muß endlich beigelegt werden 199.	
IV. Anhang	200
a) Innere Kolonisation	200
1. „Casais Agrícolas“	200
2. Das Meliorationengesetz (Lei de Melhoramentos Agrícolas)	200
b) Entwicklung des Sparens und der Gewinnbeteiligung in der Kgl. Niederländischen Preßhefe- und Spiritusfabrik A.G. Delft	201
c) Gewinnbeteiligungssystem der Wellco Shoe Corporation Waynesville, North Carolina, USA (Stand: Januar 1953)	207
d) Auszüge aus der Beschreibung des Portweingebietes Ober-Douro von H. Lautensach	208
Literatur über den Portwein	210
e) Bericht der OECE über Portugals Wirtschaftslage im Jahre 1955	211
Literaturverzeichnis	216
Personen-Verzeichnis	247
Sach-Register	248
Lebenslauf	266

Vorwort

In der Literatur der Nachkriegsjahre über die Probleme der wirtschaftlich wenig entwickelten Gebiete wird stets festgestellt, daß die *private Inlandskapitalbildung* dort *vollkommen unzureichend* sei. Meistens fehlt aber jeglicher Hinweis darauf *wie man sie steigern könnte*. Ich habe mich in der vorliegenden Studie bemüht *möglichst viele Kapitalbildungsmöglichkeiten aufzuzeigen*¹⁾.

Einige Autoren sind der Meinung, daß zuerst alle Maßnahmen ergriffen werden müssen, die geeignet sind diese Art der Kapitalbildung in solchen Gebieten zu steigern, bevor an einen Kapitalexport dorthin gedacht werden kann; andere empfehlen, den Kapitalexport sofort vorzunehmen, um eine „Initialzündung“ für die private Inlandskapitalbildung zu erreichen. *Einigkeit besteht jedoch darüber, daß die Förderung der privaten Inlandskapitalbildung in jedem Falle den Vorrang hat vor allen Bemühungen um Kapitalexport* aus Industriestaaten in wirtschaftlich wenig entwickelte Staaten. Man ist sich aber auch darüber klar, daß die wirtschaftliche Entwicklung ohne diesen Export nicht schnell genug vorwärts getrieben werden kann, jedenfalls nicht schnell genug, um eine ausreichende Steigerung des Volkseinkommens über das Bevölkerungswachstum hinaus erzielen zu können.

Mit der vorliegenden Arbeit habe ich den Versuch unternommen erst allgemein und dann an konkreten Beispielen (auch aus bereits entwickelten Volkswirtschaften), meistens bezogen auf portugiesische Verhältnisse (die in vieler Beziehung als typisch für die Lage in wirtschaftlich wenig entwickelten Gebieten angesehen werden müssen), zu zeigen, welche *Finanzierungs- und Kapitalbildungsmethoden* zur Steigerung und Beschleunigung der privaten Inlandskapitalbildung in Portugal (und damit auch in anderen Staaten mit ähnlicher Wirtschafts-Struktur und -Mentalität) eventuell angewendet werden könnten, teils praktisch auf Grund der Daten, teils rein theoretisch ohne Rücksicht auf praktische Durchführbarkeit. Ich habe versucht eine *möglichst vollständige Sammlung solcher Methoden zusammen mit eigenen Vorschlägen* zu geben. Dies ist ohne Rücksicht auf die Investitionsseite²⁾ und zum größten Teil ohne theoretische Analyse geschehen, deren volle Berücksichtigung den Rahmen dieser Arbeit gesprengt hätte. Die Entscheidungen über Art und Dringlichkeit der konkreten Investitionen müssen letzten Endes dem Techniker und Kaufmann vorbehalten bleiben. Dem Nationalökonom ist es jedoch möglich, auch an konkreten Beispielen zu zeigen *wie Kapital gebildet und beschafft werden kann*.

Trotz meines langen Studiums der portugiesischen Volkswirtschaft, sowohl im europäischen als auch im afrikanischen und indischen Portugal, bin ich bei einigen Sparformen und Finanzierungsmethoden doch nicht in der Lage gewesen zu beurteilen, ob sie dort angewendet werden könnten oder nicht. Arbeitskräfte und Boden stehen in Europa noch zur Verfügung, weil viel saisonale und versteckte Arbeitslosigkeit besteht und große Brachlandflächen

1) Sie wurde in der Zeit von 1952 bis 1954 abgefaßt, zusammen mit anderen Schriften über Portugal. Soweit möglich sind die neuen Zahlen von 1955 und 1956 eingefügt worden. Grundlegende Wandlungen haben sich jedoch seit 1954 nicht ergeben. Häufige Zitate und Wiederholungen sollen zur Veranschaulichung und geschlossenen Darstellung innerhalb der einzelnen Kapitel dienen. Viele Ergänzungen kamen 1957 hinzu.

2) Über die Verwendung des Kapitals im allgemeinen und die Verwendung des Auslandskapitals im besonderen vgl. Wilfried Guth: Der Kapitalexport in unterentwickelte Länder, Kyklos-Verlag, Basel, J. C. B. Mohr, Tübingen 1957.

sowie äußerst extensiv bewirtschafteter Großgrundbesitz vorhanden ist. In Afrika gehört fast alles Land dem Staat und wird sehr billig verpachtet. Es fehlt dort aber nicht nur an Kapital (infolge ungenügender eigener Ersparnisbildung, unzureichender Spar- und Finanzierungsinstitutionen, ungenügenden Kapitalimportes aus Europa und fehlenden Kapitalimportes aus dem Ausland), sondern auch an Arbeitskräften.

Praktiker werden eine Konkurrenz zwischen den verschiedenen, von mir vorgeschlagenen Sparformen befürchten. Es ist wohl sicher, daß z. B. das zusätzliche Aktiensparen das Kontensparen vermindert, aber eine vollständige Substitution ist nicht möglich. Der Zuwachs zur gesamten Kapitalbildung ist bei der Benutzung neuer Sparformen immer größer als der Kapitalverlust der traditionellen³⁾. Das Investmentzertifikat und die Volksaktie gewannen z. B. in Österreich neue Sparer. Früher benachteiligte Kreditnehmer können nun eher Kredite erhalten: wenn emissionsfähige Großunternehmungen neue Papiere auf den Kapitalmarkt bringen, stehen z. B. für das Gewerbe mehr Bankkredite zur Verfügung. Die Sparneigung ist in allen lateinischen Staaten von Haus aus sehr gering. Trotzdem gelang es z. B. der mexikanischen Regierung in steigendem Maße, die Bezieher mittlerer und hoher Einkommen zu veranlassen, Ersparnisse zu machen und Wertpapiere aller Art, neuerdings nach den Abwertungen sogar Aktien zu kaufen.

Ich habe mich in der vorliegenden Arbeit nur mit der privaten Inlandskapitalbildung befaßt. Die bereits im Manuskript vorliegenden Studien über die staatliche Inlandskapitalbildung in Portugal (die Salazar'schen Finanzreformen und die heutige Finanz-Lage und -Politik, hauptsächlich Steuer- und Staatsschuld-Formen), den Außenhandel Portugals, die Wirtschaft Portugiesisch-Afrikas, die Möglichkeiten des Kapitalexportes aus verschiedenen kapitalreichen Staaten (besonders aus den USA) nach Portugal und Portugiesisch-Afrika und den Goa-Streit konnte ich bisher noch nicht veröffentlichen. Auf die wichtigsten Teile dieser Studien habe ich in Fußnoten hingewiesen. Für die erheblichen finanziellen Opfer zur Ermöglichung der vorliegenden Arbeit schulde ich meinem Stiefvater Johann Büttikofer in Basel und unserem besten Freund, Ing. Wilhelmus Hendrik van Leeuwen in Delft meinen größten Dank. Herrn Professor Edgar Salin und Herrn Professor Valentin F. Wagner, meinen verehrten Lehrern an der Universität Basel, bin ich ebenfalls zu besonderem Dank verpflichtet. Ich danke auch der Stadt Hamburg, den portugiesischen Behörden, Herrn Pater Carreño in Goa und den deutschen Pflanzern und Geschäftsleuten in Angola und Moçambique, besonders Herrn Werner Rohwedder in Luanda, Herrn Generalsekretär Dr. Juvenal António da Silva Carvalho in Lourenço Marques und Herrn Generalkonsul Humberto Pinto Lima in Hamburg für ihre tatkräftige Unterstützung meiner Forschungen.

Hamburg, im Januar 1958

Ralph von Gersdorff

³⁾ Vgl. auch S. 53, Fußnote 20.

Einleitung

Die meisten wirtschaftlich wenig entwickelten Staaten kranken daran, daß ihre Finanzen und ihre Währung nicht stabil genug sind. Das Scheitern der verschiedenen Entwicklungsmaßnahmen wird oft auf diese Situation zurückgeführt. Schon eine „schleichende Inflation“ mit ständigen Preissteigerungen kann das echte Sparen zum Erliegen bringen, wie man heute sogar in wirtschaftlich entwickelten Staaten (z. B. in Großbritannien) sehen kann. Auch dort ist ja der Kapitalbedarf dauernd sehr hoch, die Kapitalbildung aber kaum ausreichend, um die Investitionen durch echtes Sparen zu finanzieren. *Die Entwicklung in Portugal liefert ein Beispiel dafür, daß auch jahrzehntelange innenpolitische Stabilität ohne ein einziges Staatsrechnungsfizit, eine wertbeständige Währung (der Escudo gehört schon lange zu den „harten“ Währungen!), ein niedriges Zinsniveau und Zahlungsbilanzüberschüsse! die ausreichende Steigerung des Volkseinkommens über das Bevölkerungswachstum hinaus (etwa wie in Mexiko: 1952—1954: Bev. 3%, VE 6—7%) nicht garantieren.* Es gibt verschiedene Gründe dafür, die wir in der vorliegenden Arbeit erwähnt haben, wobei uns besonders die mangelnde Ersparnisbildung interessierte. *Sicherlich liegt auch ein Grund für den langsamen Aufstieg darin, daß sich die Regierung bewußt ist, welchen Platz das Materielle in der Rangordnung der Werte einzunehmen hat.* Dies geht aus den Äußerungen des Ministerpräsidenten, Prof. Dr. António de Oliveira Salazar hervor. Auf die Frage des Schweizer Journalisten Emile Marini²⁾: „Denken Sie, daß das Volk in Portugal schon einen ausreichenden Wohlstand (bem-estar) genießt?“ antwortete Ministerpräsident Salazar:

„Vor allem ist es notwendig zu definieren, was das Glück (felicidade)³⁾ eines Volkes ausmacht: — ist es der hohe Lebensstandard? — die Abundanz aller Art von Reichtümern für alle? — oder muß man das Glück vorzugsweise auf der moralischen Ebene suchen, abhängiger von der Ergebenheit des einzelnen in sein Schicksal (conformidade) als von der Steigerung der Bedürfnisse und der Mittel sie zu befriedigen. Ich, für mein Teil, denke überhaupt in der zweiten Richtung, obwohl wir uns von einer fast weltweiten Woge unbegrenzter Aspirationen überschwemmt fühlen, von der undefinierten Bereicherung der Völker als Mittel zur

1) Auch Devisenfreiheit, freier Transfer der Erträge und Rücktransfer des Kapitals, Verzicht auf Nationalisierungen von Unternehmungen, die nicht zu den öffentlichen Versorgungsbetrieben gehören.

2) A Vida portuguesa definida pelo Prof. Doutor Oliveira Salazar, in: Actividades Económicas, Lissabon, Sept. 1956, S. 32.

3) In Gesprächen mit Christine Garnier (Vacances avec Salazar, Grasset, Paris 1952, S. 128—131) hat Salazar seinen Begriff „Glück“ definiert: „... Le bonheur est un état d'âme... et, par conséquent, d'ordre purement personnel. Cela signifie qu'il ne peut exister qu'un bonheur individuel. Il ne me semble que l'on puisse dire d'une nation qu'elle est heureuse. La nation peut créer des conditions de prospérité matérielle, liée au développement de la richesse et à la satisfaction des besoins individuels ou collectifs. Cependant nous sommes bien loin de penser, pour les nations comme pour les individus, que la satisfaction de besoins plus nombreux ajoute au bonheur... Le bonheur... est un état de satisfaction de l'âme. L'harmonie totale entre nos aspirations et les réalités de la vie. C'est pourquoi il me paraît plus facile de parvenir au bonheur par le renoncement que par la recherche et la satisfaction de besoins chaque jour plus nombreux. La poursuite du bonheur suppose, en effet, croyons-nous, un état d'insatisfaction continu... L'idée que la seule possession des biens assure le bonheur est entièrement fausse... La conception politique qui méconnaît la supériorité de l'esprit et le devoir de lui subordonner la richesse peut, sans doute, conduire à l'édification d'une société brillante, mais non à une véritable civilisation. La civilisation, telle que je l'entends, doit assurer la prédominance du pouvoir spirituel. Elle est, dans son essence, la royauté de l'esprit...“

Eroberung des Glücks. Wenn unser Volk gesunden Menschenverstand (bom senso) hat, wird es sich mit einem behaglichen (confortavel), aber bescheidenen Lebensstandard begnügen. Das patriarchalische Leben der alten Zeiten, das überall im Verschwinden begriffen ist, hält sich noch in Portugal, friedlich, bescheiden, arbeitsam, zufrieden. Ich will nicht sagen, daß es nicht viel zur Verbesserung der Lage zu tun gibt. Die Probleme der Wohnraumbeschaffung, hauptsächlich auf dem Lande, des Verkehrs- und Gesundheitswesens, der Produktivität und Entlohnung der Arbeit, sowohl in der Landwirtschaft als auch in der Industrie, der Vollbeschäftigung der Arbeitskräfte und viele andere sind uns im Geiste stets gegenwärtig und wir suchen unermüdlich nach ihrer Lösung. Mit meiner vorherigen Bemerkung wollte ich nur unterstreichen, daß das Fiebern nach Produktion und Reichtümern wohl zur Prosperität der Nationen führen kann, aber nicht, für sich allein, zum Glück der einzelnen. Das sind zwei verschiedene Dinge. Mit diesem Vorbehalt machen wir neben der intensiven Entwicklung der öffentlichen Arbeiten große Anstrengungen zur Intensivierung der Bewässerung, der Aufforstung, des Aufbaus gewisser Basisindustrien wie Düngemittel-, Zement-, Elektrizitäts-, Eisen- und Papierindustrie. Aber, obwohl sie sehr wichtig sind, absorbieren sie doch sehr wenig Arbeitskräfte, da sie einen hohen Mechanisierungsgrad haben. Wir müssen auf dem Gebiet der verarbeitenden Industrien Fortschritte machen, damit wir allen verfügbaren Arbeitskräften Arbeitsplätze verschaffen können.“

Am 15. April 1937 sagte Salazar in einer Rede vor Brasilien-Portugiesen⁴): „... Uns verführt und befriedigt weder der Reichtum, noch der Luxus der Technik, weder die Maschine, die den Menschen herabsetzt, noch die Raserei (delirio) der Mechanik, nicht das Kolossale, Unabsehbare, Einzigartige, die brutale Kraft, wenn nicht der Flügel des Geistes sie berührt und wenn sie nicht in den Dienst eines immer schöner, immer erhabener und immer edler werdenden Lebens gestellt werden. Ohne uns von der Tätigkeit ablenken zu lassen, die jedermann größeren Anteil an den Gütern und damit größeren Wohlstand verschafft, ist unser Ideal, dem Materialismus der Zeit zu entfliehen: wir wollen den Boden fruchtbarer machen, ohne daß damit die fröhlichen Lieder der Mädchen auf den Feldern verstummen, wir wollen die Baumwolle und die Wolle auf dem modernsten Webstuhl verarbeiten ohne daß Klassenhaß dadurch mit verwoben und ohne daß aus Werkstatt und Fabrik unser alter patriarchalischer Geist vertrieben wird. Von einer Zivilisation, die über die Wissenschaft zur Barbarei zurückführt, trennt uns auf ewig unser Bekenntnis zum Geist, der Quelle, Seele und Leben unserer Geschichte ist. Wir wollen die Armen nicht mit Illusionen speisen aber wir setzen auch alles daran, die Einfachheit des Lebens, die Reinheit der Sitten, das Gleichgewicht der sozialen Beziehungen, diese familiäre, bescheidene aber würdige Art des portugiesischen Lebens vor einer Woge zu bewahren, die in der Welt immer gewaltiger anwächst und durch diese Errungenschaften oder die Rückgewinnung unserer Traditionen auch den sozialen Frieden...“

Der neue portugiesische Staat möchte also für sich in Anspruch nehmen, eine geistige Macht, eine ethische Einheit ersten Ranges zu sein. *Materieller Fortschritt ist für Salazar nur zulässig, wenn er als Grundlage der Kultur, eines edleren Lebens, einer höheren Zivilisation dient.* Bezeichnend für ihn ist eine seiner Maßnahmen in den dreißiger Jahren. Als man die staatliche Zündholzfabrik rentabler gestalten, also mit modernen Maschinen versehen und viele Arbeiterinnen entlassen wollte, verbot er diese Aktion mit der Begründung, daß man auch unrentable Betriebe weiterarbeiten lassen müsse, solange nicht am gleichen Ort etwa gleiche Art der Beschäftigung gefunden werden könnte. Noch heute wird die Kabeljau-Fischerei mit kleinen Ein-Mann-Ruderbooten von Segelschiffen aus an der besonders sturmumtobten grönländischen Küste betrieben, und es besteht keine Absicht, die für Portugal lebenswichtige Fischerei zu mechanisieren. Im Gegenteil, diese auf der ganzen Welt heute einzigartige Segelflotte wird ständig vergrößert! Man kann sich vorstellen, daß auf solche Weise nur ein langsamer materieller Fortschritt erreicht werden kann.

Viele Touristen, die Portugal bereist haben, sind begeistert über die Unberührtheit dieses Landes von jeglicher moderner Technik. Man sieht z. B. nur

⁴) Discursos e Notas Políticas 1935—1937, Coimbra Editora Lda., Coimbra 1946, S. 276—277.

wenig Hochspannungsleitungen dort. Der Autoverkehr ist nicht groß, während noch Ochsespannen mit schön geschnitzten und bemalten Jochen unterwegs sind. Motormühlen kennt man kaum, das Korn wird in merkwürdigen Windmühlen gemahlen, wie vielleicht zur Zeit der Römer schon. Während der Ernte sind auf den Feldern Frauen zu sehen, die mit der Sichel arbeiten und dabei recht vergnügt sind. *Portugal ist heute noch ein idyllisches Ländchen.* Obwohl es eines der materiell ärmsten Gebiete Europas ist, merkt man *infolge der solidarisch-familiären, patriarchalischen Produktionsverhältnisse nur wenig Unzufriedenheit*; die Portugiesen scheinen trotz ihrer Armut mehr Lebensfreude zu haben als etwa die reichen Schweizer. Die Schweiz und Portugal sind nicht gerade mit vielen natürlichen Reichtümern ausgestattet, haben fast die gleiche Bevölkerungsdichte und befinden sich doch auf sehr verschiedenen Entwicklungsstufen⁵⁾, obwohl Portugal noch riesige Überseeprovinzen bewirtschaften kann, wobei es ihm allerdings an Kolonisten, Technikern und Kapital gebricht. Die Bezieher mittlerer und hoher Einkommen in Portugal sind großzügig, leisten sich viel Luxus und Freizeit und leben sogar oft über ihre Verhältnisse (diese Mentalität mag sich seit den Entdeckungen erhalten haben), während die Schweizer sparsam und rastlos tätig sind. Abbé Galiani hat einen ähnlichen Vergleich zwischen Holländern und Schweizern in seinen „Dialogues sur le Commerce des Bleds“ (1770 gezogen⁶⁾:

„... Der Marquis: Glücklicher Mann! (ein holländischer Bankier) Cavaliere: Er könnte es sein, wenn er bei all seinem Reichtum nicht so traurig wäre. M.: Was stimmt ihn traurig? C.: Die Arbeit, die ihm sein Erwerb kostet. Reichtum ist die Frucht beständiger Sparsamkeit, einer Industrie, die immer tätig, immer beschäftigt, immer wachsam und immer angespannt ist. Nichts spannt so ab, als wenn alle Saiten beständig angespannt sind... C.: Ich sprach Ihnen eben von dem traurigen Geist der Sparsamkeit, der immer bei den Völkern herrschen muß, denen die Natur ein undankbares Land gegeben hat. In dieser Sparsamkeit besteht die vornehmste Ursache, daß die Industrie trotz hoher Lebensmittelpreise blüht. Weil die Völker das Notwendige teuer bezahlen müssen, verzichten sie auf das Überflüssige, das anderen Nationen zum Bedürfnis wird. Das Notwendige wird zwar teuer, aber der Preis steigt nie bis zum Übermaß und seine Gleichmäßigkeit sichert den Handel. Übrigens haben diese Völker zwar Steuern, aber die schlimmste Steuer, der Luxus, ist ihnen unbekannt. M.: Das ist ja schrecklich: die schlimmste Steuer, der Luxus! C.: Beide Worte bedeuten dasselbe. Aller Luxus stammt aus Steuern und alle Steuern haben im Luxus ihre Ursache. Jene Völker wissen nichts davon. Ihre Regierung ist praktisch eingerichtet und kostet wenig. Ihre Sitten führen zur Gleichheit, also zur Bescheidenheit, so wie im Gegenteil die Sitten anderer Nationen zu Pracht und Glanz führen, den beiden Herolden der Ungleichheit...“

Die patriarchalisch-feudale Wirtschaftsweise hat auch in der portugiesischen Industrie Eingang gefunden, aber mit zunehmender Industrialisierung wird doch ihre Verdrängung durch immer mehr egoistisch gesinnte Unternehmer kaum zu verhindern sein, es sei denn, daß man dem Beispiel einer holländischen Unternehmung folgt, die in Portugal eine Tochterfabrik besitzt. Ihre sozialen Einrichtungen haben wir im Anhang ausführlich beschrieben. Sonst spielt sich heute in Portugal etwa das ab, was Karl Marx und Friedrich Engels im „Manifest der Kommunistischen Partei“ mit folgenden Worten — als damals in England schon eingetretene Entwicklung — beschrieben haben:

„... Die Bourgeoisie hat in der Geschichte eine höchst revolutionäre Rolle gespielt. Die Bourgeoisie, wo sie zur Herrschaft gekommen, hat alle feudalen, patriarchalischen, idyllischen Verhältnisse zerstört. Sie hat die buntscheckigen Feudalbande, die den Menschen an seinen natürlichen Vorgesetzten knüpften,

5) Vgl. auch Richard F. Behrendt: Eine freiheitliche Entwicklungspolitik für materiell zurückgebliebene Länder, in: Ordo, Küpper, Düsseldorf 1956, S. 100—101. Behrendt schlägt vor, nicht nur Portugal und die Schweiz, sondern auch Spanien und England, Griechenland und Norwegen, Argentinien und Kanada zu vergleichen.

6) Vgl. Übersetzung: Briefe und Dialoge über die Regierungskunst, J. Bard, Berlin 1907, S. 80—81. Original: London 1770, S. 74—75.

unbarmherzig zerrissen und kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch übrig gelassen, als das nackte Interesse, als die gefühllose „bare Zahlung“. Sie hat die heiligen Schauer der frommen Schwärmerei, der ritterlichen Begeisterung, der spießbürgerlichen Wehmut in dem eiskalten Wasser egoistischer Berechnung ertränkt. Sie hat die persönliche Würde in den Tauschwert aufgelöst und an die Stelle der zahllosen verbrieften und wohlverworfenen Freiheiten die eine gewissenlose Handelsfreiheit gesetzt. Sie hat, mit einem Wort, an die Stelle der mit religiösen und politischen Illusionen verhüllten Ausbeutung die offene, unverschämte, direkte, dürre Ausbeutung gesetzt. Die Bourgeoisie hat alle bisher ehrwürdigen und mit frommer Scheu betrachteten Tätigkeiten ihres Heiligenscheins entkleidet. Sie hat den Arzt, den Juristen, den Pfaffen, den Poeten, den Mann der Wissenschaft in ihre bezahlten Lohnarbeiter verwandelt⁷⁾. Die Bourgeoisie hat dem Familienverhältnis seinen rührend-sentimentalen Schleier abgerissen und es auf ein reines Geldverhältnis zurückgeführt... Die Bourgeoisie kann nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtlichen gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren. Unveränderte Beibehaltung der alten Produktionsweise war dagegen die erste Existenzbedingung aller früheren industriellen Klassen. Die fortwährende Umwälzung der Produktion, die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände, die ewige Unsicherheit und Bewegung zeichnet die Bourgeoisiepoche vor allen anderen aus. Alle festen, eingerosteten Verhältnisse mit ihrem Gefolge von altherwürdigen Vorstellungen und Anschauungen werden aufgelöst, alle neugebildeten veralten, ehe sie verknöchern können. Alles Ständische und Stehende verdampft, alles Heilige wird entweiht, und die Menschen sind endlich gezwungen, ihre Lebensstellung, ihre gegenseitigen Beziehungen mit nüchternen Augen anzusehen...“

Anknüpfend an die vorliberale Zeit und den Solidarismus der Enzykliken *Rerum novarum* und *Quadragesimo anno*, allen reinen Materialismus als gläubiger Katholik scharf ablehnend, hat es Salazar unternommen diesen Prozeß in Portugal durch *Schaffung eines Ständestaates* aufzuhalten. Es ist keine Synthese aus dem oben dargelegten dialektischen Vorgang, die er anstrebt, sondern der Versuch „Ältestes in Treue zu bewahren und das Neue freundlich aufzufassen“, wie Goethe einmal gesagt hat.

Die bisher gegründeten *Korporationen haben*, zum mindesten in der Landwirtschaft, *genossenschaftlichen Charakter*. Genossenschaften gibt es hauptsächlich in Nord-Portugal, wo sie schon seit vorrömischer Zeit bestehen⁸⁾. Es hat sich gezeigt, daß die Portugiesen im allgemeinen weder für die genossenschaftliche noch für die korporative Organisation viel Interesse zeigen, da sie zu individualistisch sind⁸⁾. Deswegen haben die Hilfskassen auf Gegenseitigkeit

⁷⁾ Heute wäre wohl mancher Poet und Mann der Wissenschaft froh, wenn er überhaupt einen Lohn bekommen würde!

⁸⁾ Vgl. S. 13. Vergílio Moreira schreibt in seinem Artikel „Cooperativas e o problema da habitação“ (RdE Juni 1949, S. 123): „Vielleicht weil die Portugiesen immer stark ausgeprägte Merkmale individualistischer Art behalten haben, kann man in Portugal normalerweise keine große Aktivität auf dem Gebiet der Vereine auf Gegenseitigkeit und noch weniger auf dem Gebiet der Genossenschaften feststellen. Die Vereine, die zu Erholungs- und Kulturzwecken oder mit dem Ziel gegenseitiger Hilfe gegründet werden, beschränken sich immer auf den Fußball oder die Hilfe im Fall von Bererdigungen, und die Genossenschaften hatten immer ein sehr begrenztes Leben oder waren auf gewisse kleine Kreise beschränkt. Die Fälle „A Voz do Operário“, „Casa do Povo Portuense“ oder „Inválidos do Comércio“ und einige wenige mehr sind Ausnahmen ebenso wie die jüngste Entwicklung der Wohnbaugenossenschaften. Mehr als 20 Jahre seit der Gründung der ersten Genossenschaft dieser Art waren notwendig, um eine solche Entwicklung zu erreichen. So wurde z. B. die Genossenschaft m.b.H. „O Problema da Habitação“ 1926 in Porto gegründet und führte 10 Jahre lang das normale Leben aller Genossenschaften: Schwierigkeiten aller Art, das Fehlen von Hilfe und eines genossenschaftlichen Geistes der Mitglieder und vollständiges Ausbleiben jeglicher Unterstützung von seiten der Behörden. Die Genossenschaft „O Problema da Habitação“ erreichte während vieler Jahre keine Hilfe oder Erleichterung irgendwelcher Art und ihr Kampf um die Erlangung von Krediten der „Nationalen Kreditkasse“ (Caixa Nacional de Crédito, angeschl. an die Allg. Depositenkasse), die nach Stellung aller Garantien und Sicherheiten zur Lösung des Wohnungsproblems dienen sollten, war sehr hart...“

so wenig Erfolg⁹⁾, deshalb macht die Gründung von Korporationen so langsame Fortschritte und aus diesem Grunde findet man in den Überseeprovinzen so wenig Genossenschaften der Weißen. So wird z. B. die Ansiedlung von Kleinbauern und Landarbeitern in Portugiesisch-Afrika (Colonatos) nicht auf kollektiver, sondern auf kleinbäuerlicher, individueller Basis durchgeführt. Nur Aufbereitung, Maschinenhaltung, Lagerung, Ein- und Verkauf geschieht gemeinschaftlich¹⁰⁾.

Die Entwicklung vom Früh- zum Hochkapitalismus wird sich also nicht aufhalten lassen. Der „demonstration effect“ spielt nicht nur im europäischen, sondern auch im afrikanischen Portugal eine Rolle. Luis J. Simões de Abreu, Präsident der staatlichen Kontrollkommission für Versicherungen in Moçambique, zitiert z. B. in seinem Aufsatz „Bedeutung und Probleme der Lebensversicherung in unterentwickelten Gebieten mit besonderer Berücksichtigung der Provinz Moçambique“¹¹⁾ Ragnar Nurkse („Problems of Capital Formation in Underdeveloped Countries“, Oxford 1953), der sich auf James S. Duesenberry („Income, Saving and the Theory of Consumer Behavior“, Harvard 1949) stützt:

„... When people come into contact with superior goods or superior patterns of consumption, with new articles or new ways of meeting old wants, they are apt to feel after a while a certain restlessness and dissatisfaction. Their knowledge is extended, their imagination stimulated; new desires are aroused, the propensity to consume is shifted upward...“

Der hohe Lebensstandard in Industriestaaten gibt den Menschen in wirtschaftlich wenig entwickelten Gebieten, wie Portugal, Anreize nach neuen Bedürfnissen, welche die Industriestaaten, als sie sich selbst noch im ersten Entwicklungsstadium der Industrialisierung befanden, im gleichen Maße gar nicht kannten. Als erschwerend kommt hinzu, daß die lebende Generation sich weniger geneigt zeigt, auf Gegenwartskonsum zugunsten kommender Generationen zu verzichten. Die wirtschaftliche Expansion ist aber nur möglich, wenn ein großer Teil des gestiegenen Sozialprodukts nicht sofort verbraucht, sondern der Anlageinvestition zugeführt wird. Als autoritärer Staat hat Portugal mehr Möglichkeiten als ein demokratischer Staat den Konsum zugunsten der Investitionen einzuschränken.

Während auch von den Gegnern des Salazar-Regimes anerkannt wird, daß seine Finanz- und Währungs-Reformen in den dreißiger Jahren meisterhaft waren und die Neutralität während des Krieges ein Segen für das Land gewesen ist, mehren sich nach dem Kriege sogar unter den Anhängern des Regimes *kritische Stimmen, die eine Beschleunigung des wirtschaftlichen Aufbaues verlangen* (z. B. „União Nacional“, „Nationale Union“, 2. Kongreß der Portugiesischen Industrie 1957 und 2. Kongreß der portugiesischen Ökonomen vom

⁹⁾ Vgl. S. 75, 76, 78.

¹⁰⁾ Auf Grund seiner Stammestradition (das Land gehört dem Stamm, Arbeit im Familien- und Sippen-Verband) eignet sich der Schwarze besser zur Arbeit in einer Genossenschaft. So gibt es z. B. in Moçambique in den Kreisen Zavala, Chibuto und Manhiça Genossenschaften, die bereits einen bedeutend höheren Lebensstandard erreicht haben als die Landarbeiter in Europa. Viele von ihnen besitzen ein Backsteinhaus (im Wert von ca. 50 000 DM) mit Möbeln. Ihr zweites Sparziel ist ein Auto (Landrover oder Jeep, die dort ca. 12 000 DM kosten). 30 Genossenschafter haben über 1000 DM auf der Postsparkasse. Landwirtschaftliche Maschinen werden gemeinschaftlich und auch von einzelnen Genossenschaftern gekauft. Der Verdienst beträgt etwa das Dreifache von dem, was ein junger Moçambikaner in einer Goldmine Transvaals verdienen kann. Die Genossenschafter behalten ihre alten Tänze und ihre schöne Musik bei (mit „carimbas“, die Xylophonen ähnlich sind). Die portugiesischen Beamten haben nur die Oberaufsicht und Kontrolle. Im übrigen herrscht Selbstverwaltung unter einem schwarzen Häuptling. Vgl. auch die Erfolge der „Kilemanjaro Native Cooperative Union“ (KNCU), der bereits 29 Genossenschaften mit 32 000 Mitgliedern, eine Versuchsstation und eine Landwirtschafts-Schule angeschlossen sind.

¹¹⁾ Importancia e problemas do seguro de vida em regiões subdesenvolvidas com especial referência à Província de Moçambique, in: Boletim de Seguros, 2. Serie Nr. 52, Lissabon 1956, S. 103.

25. 5. — 1. 6. 1957 in Lissabon). Diese Stimmen dringen auch ins Ausland. So schrieb z. B. das „Journal des Finances“ am 8. 6. 1956 in Paris:

„... Als „portugiesisches Paradox“ müßte die Tatsache bezeichnet werden, daß das Regime dieses, einem starken demographischen Druck ausgesetzten Landes anstatt einer dynamischen eine durchaus statische Wirtschaftspolitik entwickelt hat. Verharrung und Stagnation sind die Folgen der doktrinen Wirtschaftspolitik der „Professoren-Regierung“, deren Vorzimmer die Universität von Coimbra ist. Durch den 1953 dekretierten Sechsjahresplan will die Regierung wahrscheinlich den Vorwurf entkräften, daß sie die wirtschaftliche Blutarmut des Landes nicht genügend bekämpft, sondern sogar noch steigert...“

Die „New York Times“ schrieben am 27. 6. 1956 in einem Bericht aus Lissabon:

„... Daß Gegner wie Anhänger der Regierung Salazar vorwerfen, ihre Politik verstärke die wirtschaftliche Macht der Reichen auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung, geht auch aus den 440 Resolutionen hervor, die auf dem „4. Kongreß der Nationalen Union“ gefaßt worden sind. In einer der veröffentlichten 325 Resolutionen — die anderen waren zu kritisch — heißt es: „Die Reichen werden täglich reicher, aber der Lebensstandard der Empfänger niedriger Einkommen sinkt. Portugal, das drittgrößte Kolonialreich der Welt, hat das niedrigste Pro-Kopf-Einkommen Westeuropas.“

Wie wir oben gezeigt haben, ist die Salazar-Regierung gewillt mit gewissen Vorbehalten (nach dem Bibelwort [Mark. 8, 36]: Was hülfte es dem Menschen, wenn er die ganze Welt gewönne und nähme an seiner Seele Schaden?) eine Erhöhung des portugiesischen Volkseinkommens, wenigstens auf ein bescheidenes Niveau, zu erzielen. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist die Steigerung der privaten Inlandskapitalbildung. Wir haben in der vorliegenden Studie versucht jene Wege zu zeigen, auf denen sie erreicht werden könnte. Sie ist jedoch keineswegs das zentrale Problem für die Entwicklung der portugiesischen Volkswirtschaft. Ebenso wichtig ist die Hebung des Standes der technischen Ausbildung, die Bildung einer „Industrie-Mentalität“¹²⁾. Spartätigkeit und interne Kapitalbildung werden vor allem durch die geringe Höhe der Einkommen erschwert und die wenigen Spargelder zum größten Teil in unproduktiven Kapitalanlagen oder dort investiert, wo sie für die rasche wirtschaftliche Entwicklung nicht am dringlichsten gebraucht werden. Wie in Lateinamerika und anderen wirtschaftlich wenig entwickelten Gebieten gilt Grundstück- und Hausbesitz als die sicherste und wertbeständigste Anlage. Die Lenkung des Kapitals in falsche Bahnen wird auch dadurch bewirkt, daß die Gewinnunterschiede zwischen Handels- und Produktionsunternehmen zu groß sind. Das anlagesuchende Kapital steht deshalb in der Hauptsache den Handelsunternehmen und jenen Industriezweigen zur Verfügung, die innerhalb kurzer Zeit einen hohen Ertrag erwarten lassen, während andere Produktionszweige nur sehr schwer Kapital finden können.

Zur Förderung einer echten privaten Kapitalbildung sollten große *Informationskampagnen* durchgeführt werden, die das Volk über die Nützlichkeit des Sparens und des Zeichnens von privaten und staatlichen Aktien¹³⁾ und geldwert-gesicherten¹⁴⁾ Obligationen unterrichten, sowohl für den Haushalt des einzelnen Sparer als auch für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes, wobei klargemacht werden muß, daß das private Sparen eine Vorbedingung für die Steigerung des Lebensstandards ist. Dabei müßten gleichzeitig verschiedene

¹²⁾ Vgl. S. 161, Fußnote 337.

¹³⁾ Ein Argument zur besonderen Empfehlung der Ausgabe von Aktien besteht darin, daß die in Entwicklungsgebieten zwangsläufig sehr hohe Selbstfinanzierung den inneren Wert der Aktien erhöht, so daß diese Substanzvermehrung dem Aktionär à la longue entweder in steigenden Kursen, in ausgeschütteten Bezugsrechten oder auch in Freianteilen zugute kommen muß.

¹⁴⁾ Tilgungsbeträge und Zinszahlungen erhöhen sich nicht nur mit den steigenden Preisen der Produkte des betreffenden Unternehmens, sondern auch mit seiner wachsenden Produktion oder prozentual mit seinem ausgeschütteten Reingewinn. Vgl. S. 110, 112, 116.

Sparsysteme propagiert werden, wie z. B. das Zwecksparen¹⁵⁾ und das Markensparen, die Ausgabe von Sparmarken (in Sparkassen, Genossenschaften, Schulen, Postämtern, Tabaksläden) und Verteilung von Prämien, nach Sammlung einer bestimmten Anzahl von Marken, in Form von Bargeld oder Büchern, Bildern usw. Möglichst viele Löhne und Gehälter sollten nicht in bar, sondern auf Konten bei Banken, Sparkassen (haupts. „Allgemeine Depositenkasse“) oder Postämtern (Caixa Económica Postal) gezahlt werden.

Die Stabilisierung der Rohstoffpreise auf gewinnbringendem Niveau wäre eine wesentliche Voraussetzung für die stetige Kapitalbildung der entwicklungsbedürftigen Rohstoff-Export-Gebiete wie z. B. das Portugiesische Reich (freiwillige¹⁶⁾ oder erzwungene Kapitalbildung über die Exportgewinn-Besteuerung). Leider läßt die Zusammenarbeit der Entwicklungsländer unter sich, selbst unter befreundeten Staaten wie Portugal und Brasilien, viel zu wünschen übrig. So ist z. B. das Sinken der Sisalpreise unter die Selbstkosten nicht nur mit dem Erscheinen von Sisal-Ersatzstoffen zu erklären¹⁶⁾, sondern auch mit den Dumping-Maßnahmen der Brasilianer (staatliche Subventionen an die Produzenten). Dabei können die Portugiesen nicht verstehen, wie es die deutschen Sisal-Käufer fertig bringen, den brasilianischen Sisal zu Dumping-Preisen zu kaufen, anstatt den von deutschen Pflanzern in Portugiesisch-Afrika produzierten Sisal, der zwar etwas teurer aber in der Qualität wesentlich besser ist. Man vergißt hierbei, daß alle Händler, wenigstens im Geschäft, keine nationalistischen oder altruistischen Gefühle haben. Da der Kaffeepreis seit der Hausse von 1953 für alle Kaffee produzierenden Länder günstig liegt, müßte man ihn ebenso stabilisieren, wie den Zucker- und Weizenpreis. Dazu muß es zu einer engen Zusammenarbeit zwischen den lateinamerikanischen und afrikanischen Produzenten und zum Abschluß eines Abkommens mit den Kaffee konsumierenden Ländern kommen. Das gleiche gilt für den Kakao:

„Seit länger als einem Jahrhundert hält Brasilien den zweiten Platz in der Kakao-Welterzeugung. Da dieses Land durchschnittlich 96 % seiner Kakaoernten ausführt (in Form von Rohbohnen oder von Butter, Fett und „Kakaoorte“), ist es an den Preisschwankungen auf dem internationalen Kakaomarkt besonders interessiert. Im letzten Jahrzehnt verzeichneten die Kakaopreise unvorausehbare und starke Veränderungen infolge der Unausgeglichenheit zwischen Angebot und Nachfrage und wegen der an den betreffenden Börsen ausgeübten, übermäßigen Spekulation. So schwankten 1945 bis 1957 die in New York notierten Bahiakakao-Kurse zwischen den Extremen von 8,7 und 66 Cents je lb. Brasilien hat daher die Initiative ergriffen, um Preisstabilisierungen zu fördern. Die Bundesregierung hat einen Mindestpreis in Cruzeiros gewährleistet; gleichzeitig wurde ein Export-Sperrpreis in Dollar (31,6 Cents fob je lb) für die einheimische Ernte 1957/58 (Mai 1957 bis April 1958) festgesetzt. Diese Maßnahmen hatten keine Anhäufung der Warenvorräte zur Folge, sondern einen Aufschwung der Umsätze. So wurde bewiesen, daß der Weltmarkt bereit war, normalerweise die ganze angebotene Kakaomenge zu vorteilhaften Preisen einzukaufen. An der letzten Kakao-Weltkonferenz in Nigeria, die von der zuständigen Forschungsgruppe der FAO im September durchgeführt wurde, hat Brasilien nachhaltig den Entwurf für ein internationales Abkommen verteidigt, das zwischen den interessierten Staaten (Produzenten und Konsumenten) abgeschlossen werden sollte, um die übertriebene Spekulation und die anomalen Preisschwankungen zu bekämpfen¹⁷⁾.“

Solche Abkommen sollten für alle Rohstoffe abgeschlossen werden. Dabei ist zu überlegen, ob einige Gedanken von Benjamin Graham (*Commodity Reserve Currency*)¹⁸⁾ und der Index- und Waren-Währungs-Theoretiker (Gustav Cassel,

15) Eine Form des Zwecksparens in den USA: Sparkonten, von denen nur vor Weihnachten Geld abgehoben werden kann.

16) Vgl. S. 41, 142.

17) BN Nr. 550 vom 30. 12. 1957.

18) Die Rohstoffe sollen an Stelle des Goldes die Deckung einer Währung bilden und gelten in diesem Sinne als internationales Zahlungsmittel. Sie werden von einer internationalen Währungsbehörde (z. B. vom Welt-Währungsfonds) zu fixen Preisen

Irving Fisher; Waren-Dollar durch Preisstabilisierung) hierbei verwendet werden könnten, ehe die afro-asiatischen „Antikolonialisten“ den westlichen Industrieländern mit der Gründung einer „Afroasiatischen Rohstoffbank“ und der Einführung einer „afro-asiatischen Währung“ zuvorkommen.

Ausreichende Inlandskapitalbildung ist eine der wesentlichsten Voraussetzungen zur Anziehung von *Auslandskapital*, dem in Zukunft umfangreiche Garantien und Versicherungen auf Grund internationaler Konventionen gegeben werden müssen. Die Salazar-Regierung hat sich dem Ausland gegenüber stets als treuer Erfüller der von ihr übernommenen Verpflichtungen gezeigt. Infolge ihrer nationalistischen Einstellung und schlechter Erfahrungen vor 1928 ist sie bisher äußerst zurückhaltend bei der Annahme von Auslandskapital gewesen (vgl. S. 23, 35). Wie auch aus der vorliegenden Studie hervorgehen sollte, läßt sich diese Zurückhaltung mit ökonomischen Argumenten nicht rechtfertigen.

gekauft und verkauft. Grahams Idee ist die Gründung einer „Internationalen Warengesellschaft“ (International Commodity Corporation, einer internationalen Bank ähnlich), deren Kapital von den Mitgliedsstaaten der Gesellschaft aufgebracht wird. Aufgabe der Gesellschaft ist der Kauf und Verkauf von Rohstoffen, wobei sie nicht beliebig einzelne Rohstoffe kaufen darf, sondern nur Warenbündeleinheiten (combinations of commodities) in einem bestimmten Mengenverhältnis. Im Warenbündel muß jede Wareneinheit in einer bestimmten Quote vertreten sein. Als Rohstoffe gelten: Weizen, Mais, Baumwolle, Wolle, Gummi, Erdöl, Stabeisen, Zinn, Reis, Zucker, Kaffee, Tee, Kakao, Salz, Kohle, insgesamt 15 Wareneinheiten. Für eine Vergleichsliste, die dabei aufgestellt wird, muß man wissen, wie groß der Anteil jedes Produktes am Welthandel und an der Weltproduktion ist. Aus dieser Liste ergibt sich dann, daß z. B. Weizen nur zu so und so viel Prozent im Warenbündel vertreten sein darf, usw. Die Gesellschaft darf also nur in dieser Kombination kaufen. Sie soll die Preisniveaus der 15 Produkte stabilisieren, und damit auch ihren Index. Einzelne Waren können sich beträchtlich im Preise ändern, solange sich die Preise von zwei Produkten kompensieren. Die Warengesellschaft muß den Index bestimmen und ein Normalpreisniveau errechnen. Die einzelnen Länder der Gesellschaft müssen sich über den normalen Preisstand einigen. Danach stabilisiert die Gesellschaft zwischen 95 und 100. Wenn der Preis eines Warenbündels unter 95 sinkt, kauft sie diese Waren in unbeschränkten Mengen, solange bis der Preis wieder 95 erreicht. Danach werden die Rohstoffe nur nach den bestimmten Mengeneinheiten und nach den kaufmännischen Usancen gekauft, d. h. es werden Terminkäufe abgeschlossen und die zeitlichen Preisdifferenzen ausgeglichen. Gold wird auf diese Weise nicht mehr viel gekauft. Es war ja ohnehin für die Goldwährung nicht ausreichend. Für die Welthandelswaren muß die Gesellschaft und die ihr angeschlossenen Länder große Lagerhäuser haben. Diese Länder lagern die Rohstoffe auf Rechnung der Gesellschaft ein. Die Kosten für die Lagerung muß jedes Land selbst tragen (in Krisen- und Notzeiten wie Krieg, Naturkatastrophen etc. hätte man einen gewissen Vorrat zur Verfügung). Der Preisstand der Waren darf nicht über 105 steigen, solange noch jemand zu diesem Preis anbietet, und er darf nicht unter 95 fallen, solange noch jemand zu solchem Preis kauft. Die Finanzierung sieht Graham (World Commodities and World Currency, 1944, Storage and Stability, 1937) in Verbindung mit dem Welt-Währungsfonds, der Mittel dafür bereitstellt, die er in allen Ländern hat in Form von Guthaben in Gold, Devisen und Verpflichtungsscheinen. Wenn die Gesellschaft Waren kauft oder verkauft, so kann sie über den Erlös in beliebiger Währung verfügen und ihn bestimmten Ländern zur Verfügung stellen. Die Lieferanten haben die Gewißheit, ihre Waren in jedem Falle verkaufen zu können. Als reale Deckung für den Fonds und die Guthaben stehen ständig Waren bereit. Eine äußere Währungskrise könne nicht entstehen, da ja die Rohstoffe immer verkäuflich seien (?). Die Rohstofflieferanten besitzen somit immer eine nominale Deckung. Die Gläubigerländer könnten ihre Guthaben jederzeit durch Kauf von Rohstoffen realisieren (auch im Krieg oder sonstigen Katastrophen). Sie haben zu jeder Zeit das Recht, die Waren zum 100-Preis zu kaufen, auch wenn sie gerade auf 105 stehen. Diese Warendeckung bezieht sich jedoch nicht auf die innere Währung. Zur Stabilisierung der Rohstoffpreise schafft sich jeder Staat Puffervorräte an (d. h. er hortet Vorräte). Dieses System bildet keinen Nachteil für die individuellen Rohstoff- und Monopol-Abkommen (Preisfixierung). Es läßt sich auch mit internationalen Warenabkommen kombinieren.

I. Allgemeines

a. Kritische Stellungnahme zu A. Ramos Pereiras Charakterisierung Portugals als wirtschaftlich „unentwickeltes Land sui generis“ und zu seinen Vorschlägen¹⁾.

Das Problem der wirtschaftlich wenig entwickelten Staaten ist ein internationales Problem. Die Industrien der Welt müssen sich an der Hilfe für diese Länder beteiligen, nicht zuletzt um Absatzmärkte für ihre Produkte zu schaffen. Wirtschaftlich wenig entwickelte Staaten wie z. B. Portugal sind durch ihren relativen Kapitalmangel charakterisiert; ein Mangel, der die volle Nutzung der übrigen Produktionsfaktoren (Arbeit und natürliche Reichtumsquellen wie Boden usw.) verhindert. In wirtschaftlich wenig entwickelten Staaten läßt die mangelnde effektive Nachfrage Unterbeschäftigung (einen „employment gap“) entstehen. Das Ausmaß der Märkte muß durch eine Erhöhung der Produktivität erweitert werden. Es gibt wirtschaftlich wenig entwickelte Staaten mit einem tendenziellen Kapitalmangel oder *Kapitalmangel, der durch falsche Leitung des Kapitals entsteht* (escassez direccional do capital), gekennzeichnet durch eine Neigung zur Liquidität infolge des Risikos, nicht zu verwechseln mit der „Präferenz für die Liquidität“ von Keynes. Die Ersparnisse einer Periode (Einkommen, die nicht für Konsumgüter ausgegeben werden) brauchen nicht ganz für Investitionen aufzugehen. Das Ausmaß des gehorteten Teiles wird durch die Neigung zur Liquidität bestimmt.

Kapitalimport ist in wirtschaftlich wenig entwickelten Staaten nicht nur zur Steigerung der Produktion von Gütern notwendig, welche die Kapitalexportländer brauchen, sondern auch zum Ausbau der „Infrastrukturen“ (Straßen, Eisenbahnen, Staudämme, Bewässerungen, Elektrizitätswerke) durch die Regierungen dieser Staaten (z. B. mit Hilfe der Weltbank). Letzterer hat den Vorzug, nicht als „Kolonialismus“ oder „Ausbeutung“ verschrien zu werden und kann den „circulus vitiosus der Urarmut“²⁾ durchbrechen zur Anregung der Inlands-Kapitalbildung und -Investition. Kapitalimport bedeutet auch automatisch die Einreise von Technikern, die die importierten Kapitalgüter montieren und inländische Fachkräfte in der Handhabung unterrichten. Portugal leidet ebenso wie andere wirtschaftlich wenig entwickelte Staaten an „*versteckter Arbeitslosigkeit*“, besonders in der Landwirtschaft, in der 47 % der arbeitenden Bevölkerung beschäftigt sind, die aber nur 25 % des Volkseinkommens erzeugen. Die Produktivität der Landwirtschaft (9 Contos pro Arbeiter im Jahr) ist zu gering (Bodenerosion, Brachen, unzureichende Düngung und Maschinisierung, extrem ungleiche Besitzverteilung, Pachtsystem mit Interesselosigkeit an Meliorationen, Brandwirtschaft in Afrika usw.). Die entsprechenden Daten der Industrie lauten 25 %, 35 % und 21 Contos³⁾.

Mit besonderen, auf dem Weltmarkt zeitweise stark begehrten Produkten wie Kork, Wolfram, Holz, Harzprodukte, Kaffee, Sisal, Pflanzenöle und -fette⁴⁾

1) Portugal e o quadro das estruturas económicas subdesenvolvidas (1), RdE, März 1954; Considerações gerais sobre o mercado financeiro em Portugal (2), RdE, Dez. 1956; A mobilização dos capitais nas estruturas subdesenvolvidas (3), RdE, Dez. 1954.

2) Ragnar Nurkse: Some Aspects of Capital Accumulation in Underdeveloped Countries, National Bank of Egypt, Cairo 1952, S. 1.

3) Bul. März-April 1957, S. 278.

4) Zusammen mit Weinen, Sardinenkonserven und Baumwollstoffen (für Afrika) machen diese Exportprodukte (deren Binnenmarkt sehr klein ist) über 70 % der Gesamtausfuhr aus. Dies zeigt, wie stark die portugiesische Wirtschaft den Schwankungen der Preisniveaus auf dem Weltmarkt unterworfen ist.

wurden oft große Gewinne erzielt, während Gehälter und Löhne, also die Nachfrage im Inland, fast unverändert blieben. Die Gewinne werden zum großen Teil für Luxusausgaben verwendet, zur schnellen Amortisation von fixen Kapitalien, zur Ansammlung von stillen Reserven und Erhöhung der Sichtdepositenkonten bei den Handelsbanken, wo sie brach liegen müssen, nicht nur weil es sich um Callgeld handelt, sondern auch wegen der äußerst hohen, von der Regierung vorgeschriebenen Liquiditätssätze. Diese *Hortung der Ersparnisse* und Gewinne bei den Banken ist nach Pereira ein Zeichen für den in Portugal herrschenden „tendenziellen Kapitalmangel“ oder „Kapitalmangel, der in falscher Leitung des Kapitals seinen Ursprung hat“.

Die geringe Neigung der privaten Kapitalbesitzer Industrien zu finanzieren wird nach Pereira durch folgende Tatsachen deutlich:

1. 61,7% des gesamten Kapitals aller Aktiengesellschaften waren 1952 in Bergbau und Industrie investiert; aber Industrien, welche mit öffentlichen Unternehmungen verbunden sind (in der Regel Monopolisten) absorbierten 31,5% des gesamten Kapitals. Der erste Prozentsatz betrug beim gesamten Kapital der im Zeitraum 1950—52 neu gegründeten Gesellschaften nur 40,3%, während *Handel und Versicherung* 45,6% erhielten.

Kapital der neu gegründeten Aktien- und anderen Gesellschaften (Sociedades por Quotas, em Nome Colectivo e Cooperativas) in 1000 Contos:

	1950	1951	1952
Landwirtschaft und Viehzucht	5,1	3,8	4,6
Fischerei	12,1	3,8	9,0
Bergbau	13,0	15,1	5,1
Industrie (Industrias transformadoras)	41,7	62,3	67,2
Bauwirtschaft und öffentl. Arbeiten	3,5	2,2	4,2
Transport- und Nachrichten-Verkehr	3,0	2,1	2,0
Handel und Versicherung	73,2	77,7	80,1 (!)
Public Utilities (Serviços de interesse geral)	0,8	0,4	0,8
Verschiedene	4,9	6,1	2,6
Total	157,3	173,5	175,6

2. *Überhöhte Investitionen in der städtischen Bauwirtschaft*: Die Methode des Sparens in Grundstücken und Häusern ist die schlechteste, wenn man eine möglichst schnelle ökonomische Entwicklung Portugals anstreben will. Nach Berechnungen des Statistischen Amtes in Lissabon betrug der Wert der Bauten in den zwei Jahren 1950 und 1951 im ganzen 1,6 Mill. Contos, wovon 0,99 Mill. Contos für Wohnbauten verwendet wurden. Man nimmt an, daß das private Kapital zu 50% an dieser Finanzierung beteiligt war und hofft durch Einschränkung der Bauten mehr Kapital für volkswirtschaftlich produktivere Projekte frei zu bekommen. Pereira rechnet mit mindestens 200 000 Contos jährlich.

3. *Ungenügende effektive Nachfrage und große Neigung zur Liquidität* (inkl. offene und auch versteckte Reserven der Gesellschaften zwecks Steuerhinterziehung). In Anbracht der relativ niedrigen durchschnittlichen Dividenden der *Aktiengesellschaften* von 10% (Mutterland), der strengen gesetzlichen und statutarischen Vorschriften über die Bildung der Reserven dieser Gesellschaften (welche sehr hoch sein müssen) veranschlagt Pereira die jährliche Immobilisierung von Kapitalien, die dort stattfindet (ohne Banken und Versicherungen) auf 500 000 Contos. Nach Abzug der Selbstfinanzierung würden 250 000 Contos übrig bleiben, die seiner Meinung nach investiert werden könnten. Bei den anderen Gesellschaften, die finanziell noch bedeutender sind, rechnet Pereira mit derselben Größenordnung.

Für die im UNO-Bericht „Domestic Financing of Economic Development“⁵⁾ vorgeschlagene „1. Entwicklungsphase“ (etwa 5 Jahre) schätzt Pereira die Finanzierungskapazität Portugals mit insgesamt 16 Mill. Contos ein (dagegen Sechsjahresplan 1953—58 für das Mutterland: 7,5 Mill. Contos, für die Überseeprovinzen: 6 Mill., wovon 1,5 Mill. vom Mutterland finanziert werden). Diese Summe setzt sich aus folgenden Einzelposten zusammen⁶⁾:

In Millionen Contos:

	Pereira	Sechsjahresplan
Staat	3	3,51 (2,45 Budgetüberschüsse, 0,88 Aufbaufonds, 0,18 Exportförderungsfonds)
Banken und Sparkassen	5,7 (1)	0,75
Versicherungsgesellschaften	0,1	0,15
Vorsorgeinstitutionen (Soz.-Vers.)	1,2	1,40
Private Kapitalbesitzer	1,0	
Gesellschaften	2,5	0,75 (direkte Beteiligungen privater Gesellschaften)
Selbstfinanzierung der Gesellschaften	2,5	0,79
Auslandskredit u. besond. Operationen		1,30
Andere Mittel		0,35
	<u>Total . . 16,0</u>	<u>9,00</u> (davon sind 7,5 Mill. C. für Investitionen im Mutterland vorgesehen und 1,5 Mill. für die Überseeprovinzen).

Wege, auf denen diese Finanzierungskapazität genutzt werden kann:

1. Über die Staatsrechnungen: In Millionen Contos:

Staat	3
Indirekte Investitionen der Banken u. Sparkassen	1,5
Indirekte Investitionen der Versicherungsgesellschaften und Vorsorgeinstitutionen	1,3
	<u>5,8</u>

2. Direkt:

Banken: Direkte Investitionen und langfristige Kredite	3,2
Langfristige Kredite	1,0
Private Kapitalbesitzer	1,0
Gesellschaften: Selbstfinanzierung	2,5
Fremdfinanzierung	2,5
	<u>10,2</u>

Staat und direkte Investitionen 16,0

Pereira stützt sich auf die Berechnungen Mandelbaums („Industrialización de los países atrasados“) in bezug auf Portugal ähnliche, wirtschaftlich wenig entwickelte Länder und bezeichnet diesen Betrag als ausreichend für die erste Entwicklungsphase des Mutterlandes. Seiner Meinung nach handelt es sich hier nicht um eine reale temporäre Kapitalknappheit oder eine Kapitalknappheit für die Phase (real escassez física de capital) in der Struktur des Mutterlandes, sondern nur um eine potentielle Knappheit, die mit der Lösung des Problems der gegenwärtigen Richtungslosigkeit des Kapitals (escassez direccional, manque directionnel) verschwinden wird. Letztere stellt einen Fall sui generis im Rahmen der „Unentwickelten Strukturen“ dar.

Pereira erhebt nun folgende Forderungen auf finanziellem Gebiet:

- a. Revision der Bestimmungen über die Bauwirtschaft sowie über die Struktur der Gesellschaften und Industrien mit dem Ziel brachliegende Kapitalien dorthin zu leiten, wo sie für reproduktive Investitionen Verwendung finden können.

⁵⁾ United Nations Department of Economic Affairs, New York 1950.

⁶⁾ Pereira (1), a.a.O., S. 21.

- b. Revision der geltenden Rechtsnormen für Bankbetriebe, soweit sich dies als notwendig erweist, damit sie eine größere natürliche Anpassungsfähigkeit an die Erfordernisse der wirtschaftlichen Entwicklung erreichen können.
- c. Direkte und indirekte Maßnahmen zur Einschränkung der Akkumulation von stillen Reserven durch die Gesellschaften.

Noch schwieriger als die Finanzierungsprobleme findet Pereira die Lösung der allgemeinen wirtschaftlichen und technologischen Probleme Portugals, um aus seinem gegenwärtigen Status als wenig entwickelte Wirtschaft und aus seiner wirtschaftlichen Stagnation herauszukommen.

Nur in bezug auf das Ausmaß der unter Punkt b. genannten Revision sind wir mit Pereira keinesfalls gleicher Meinung. Obwohl die im Sechsjahresplan vorgesehene Summe von 0,75 Mill. Contos, die den Beitrag der Banken und Sparkassen darstellen soll, sicherlich zu vorsichtig veranschlagt wurde und ohne weiteres mit 1,5 Mill. Contos angesetzt werden könnte, scheint uns die von Pereira genannte Summe von 5,7 Mill. C. entschieden zu hoch gegriffen zu sein. Damit würde die Sicherheit der Sparer und Kontokorrent-Kunden in Frage gestellt und auch das Vertrauen zukünftiger ausländischer Kapitalgeber erschüttert. Ministerpräsident Salazar hat gerade durch seine *orthodoxe Finanz- und Währungspolitik* erreicht, daß der Escudo zu den „harten“ Währungen gehört, daß jedermann volles Vertrauen zu den portugiesischen Finanz- und Währungsbehörden haben kann. Die großen Schwankungen der Ernteergebnisse (z. B. infolge von Dürren, Überschwemmungen, Stürmen) und der Weltmarktpreise für portugiesische Produkte erfordern hohe Reserven und große Anstrengungen die gegenwärtige Stabilität der Wirtschaft zu erhalten. Nicht ganz verständlich ist, warum Pereira die Finanzierungskapazität des Staates, der Versicherungsgesellschaften und der Vorsorgeinstitutionen niedriger ansetzt als die Regierung. Er hat insofern recht behalten als sich Salazar schon im Jahre 1955 angesichts seiner viel zu vorsichtigen Berechnungen gezwungen sah, die Mittel für die letzten drei Planjahre 1956—58 um 2 Mill. Contos (Portugal 1,2 Mill., Überseeprovinzen 0,8) zu erhöhen. Bei der Ausarbeitung des neuen Planes 1959—1964 wird besonders darauf geachtet, daß eine Steigerung der realen Zuwachsrates des Volkseinkommens (1955: 2 %) über diejenige der Bevölkerung (1,2 %) hinaus durch die Auswahl besonders produktiver Investitionen erzielt werden kann. Die Belastung der Zahlungsbilanz durch die übermäßig difizitäre Handelsbilanz des Mutterlandes will man mit Hilfe größerer Warenexporte und Dienstleistungen vermindern, u. a. durch die weitere Vergrößerung der Handelsflotte über den Handelsmarine-Fonds und Investitionen in das Fremdenverkehrsgewerbe. Mit einem Anschluß an den Gemeinsamen Europa-Markt und entsprechender Aufhebung der Schutzzölle wird erst nach der Durchführung des Sechsjahresplanes 1959—64 gerechnet⁷⁾.

Die wirtschaftliche Entwicklung der portugiesischen Volkswirtschaft kann ohne ausländisches Kapital mit der heutigen Sparquote nur langsam vor sich gehen. Man hat in Südamerika gesehen wohin inflationäre „Beschleunigung“ der Entwicklung führen kann. *Es ist jedoch notwendig, daß das portugiesische Kreditssystem aus seiner Starrheit herauskommt* und eine größere Flexibilität erreicht, nicht nur zur Ausdehnung des Kreditvolumens sondern auch zur Reduktion, wie sie z. B. nach dem 2. Weltkriege am Platz gewesen wäre, als angehäufte Reserven⁸⁾ zu schnell und noch dazu für volkswirtschaftlich unproduktive Zwecke verausgabt worden waren. Die „Orthodoxie“ oder außerordentlich konservative Einstellung Salazars ist nur zu verstehen, wenn man bedenkt,

⁷⁾ Bul. März-April 1957, S. 283.

⁸⁾ Die erhöhten Erlöse aus Exporten und Lagerliquidationen konnten nur wenig für Neuinvestitionen, für Importe von Kapitalgütern verwendet werden, da auch in Portugal die Blockade fühlbar war. Per Saldo hat Portugal durch den Krieg sehr viel verloren.

welche schlechten Erfahrungen die portugiesischen Sparer und ausländische Gläubiger vor 1928 machen mußten⁹⁾).

Angesichts der unbestrittenen Solidität des portugiesischen Bankensystems scheint es ratsam, die *bisherige Gesetzgebung zu lockern*, wonach die Käufe von Titeln durch die Banken ebenso streng begrenzt sind wie ihre über drei Jahre hinausgehenden Kreditgewährungen. Größeres Vertrauen des Staates in die Geschäftsleitungen der Banken könnte vielleicht eine bessere Verteilung und einen wirksameren Gebrauch der Kredite einleiten. Infolge der Kapitalknappheit im Mutterland stellt sich in den Überseeprovinzen das Problem der Kapitalversorgung durch die Weltbank (Portugal ist noch nicht Mitglied!) und das kapitalreiche Ausland (USA, Großbritannien, Frankreich, Kanada, Schweiz, Belgien, Holland, Schweden), das mit Hilfe günstiger Bedingungen und der vorhandenen Kreditwürdigkeit (stabiles Finanz- und Währungssystem) gelöst werden könnte. Der „*Nationale Aufbaufonds*“ (Fundo de Fomento Nacional)¹⁰⁾ sollte nach einem Vorschlag von Henry C. Wallich¹¹⁾ nicht nur Finanzierungen vornehmen, sondern auch neue Unternehmungen selbst gründen, aufbauen und verwalten, wie eine „Banque d’Affaires“, jedoch mit weitergehenden Aufgaben. Nachdem sich die Unternehmungen des Fonds als lukrativ erwiesen haben, könnten sich neben dem Staat auch private Kapitalbesitzer daran beteiligen. Eurico Colares Vieira hat in der *Revista de Economia*¹²⁾ vorgeschlagen, eine *Aufbaubank* (Banco de Fomento) zu gründen mit einer Abteilung für das Mutterland und einer für die Überseeprovinzen, für die ja ohnehin seit 1953 die Gründung des „Banco de Fomento do Ultramar“ mit einem Anfangskapital von 200 Mill. Esc. vorgesehen ist. Die neue Bank sollte neben dem Nationalen Aufbaufonds auch die bisher ebenfalls autonom verwalteten Spezialfonds für den Aufbau der Handelsmarine (Fundo de Renovação da Marinha Mercante) und der Fischerei (Fundo de Renovação e Apetrechamento da Industria de Pesca) aufnehmen. Sie sollte selbst Obligationen ausgeben und sich direkt beim Staat, bei den Zentralbanken (Banco de Portugal, Banco de Angola und Banco Nacional Ultramarino), bei den übrigen Banken, den Versicherungen, der Sozialversicherung, großen Unternehmungen usw. verschulden. Unseres Erachtens würde die von Vieira vorgeschlagene Aufbaubank am besten nach den Methoden der halbstaatlichen Investmentbank „Nacional Financiera, S. A.“ Mexikos arbeiten¹³⁾.

Für Portugal gilt es heute seine Kapazitäten an Arbeitskräften und Ressourcen voll zu nutzen, zusätzliche Mengen zu produzieren und diese nicht gänzlich zu verbrauchen, um Kapitalien akkumulieren zu können. Das bedingt aber einen erheblichen Abbau der bestehenden Hindernisse (Lizenzen, zu viele Mittelsmänner, langsames Arbeiten der Behörden, veraltetes Zahlungssystem usw.), welche eine ins Kraut geschossene Bürokratie aufgerichtet hat, damit die alten Unternehmer und Bankiers, die unter staatlichem Schutz (Schutzzölle, Ausschaltung der Konkurrenz durch das Korporationensystem usw.) stehen (gleichsam als Staatspensionäre), zu größeren Leistungen angespornt werden und den jungen Kräften endlich die Chance der Gründung eines eigenen Geschäftes geboten wird. Die Verschwendungen im Korporationensystem mit Gebühren, Papierkriegen, Zeitverlusten bei Behörden usw. dürften bedeutend größer sein als alle Reklameausgaben bei freier Konkurrenz. Ohne Risiko und vor allem ohne Fürsorgeleistungen sind übermäßige Gewinne nichts anderes

⁹⁾ v. Gersdorff (1): Portugal und Portugiesisch-Afrika im Aufstieg. Die Salazar'schen Finanzreformen, gegenwärtige Finanzlage, wirtschaftliche und soziale Verhältnisse in Angola und Moçambique (noch nicht veröffentlicht).

¹⁰⁾ O Sistema Financeiro Português, ECA, Lissabon, März 1951, S. 15.

¹¹⁾ Sept.-Dezember 1955, S. 152.

¹²⁾ Vergl. Kapitel: „Industrie“ und R. v. Gersdorff (4), I. Schaafhausen: Mexiko, ein Weg zur wirtschaftlichen Entwicklung zwischen staatlicher Lenkung und privater Initiative, Verlag Weltarchiv GmbH, Hamburg, 1958, im Buchhandel unter W. Lichey (Redaktor).

als gewöhnlicher Raub. Große Banken und Unternehmungen, deren Konkurs der Staat nicht zulassen darf (um die Sparer kleiner Beträge zu schützen und Arbeitslosigkeit zu vermeiden), müßten ihre Gewinne mit Fürsorgeleistungen und hohen Löhnen rechtfertigen, wenn sie schon kein Risiko zu tragen brauchen. Es fehlt keineswegs an Konsumenten (denn im ganzen Portugiesischen Reich leben nicht weniger als 18 Millionen Menschen), sondern an *kaufkräftigen* Konsumenten. Unwirtschaftliche Privilegien und Monopole bewirken eine übertriebene Konzentration der Einkommensverteilung, wobei die angehäuften Gelder brachliegen, anstatt investiert oder auf die unteren Einkommensklassen verteilt zu werden. Ministerpräsident Salazar hat stets auf freien Wettbewerb in der Wirtschaft Wert gelegt. Vor einigen Jahren sagte er¹³⁾:

Es geht schlecht in einem System, in dem große Unternehmungen, hohe Gewinne, Spekulationen, Preise, Importe, Aufträge, Lizenzen und Rechte vom Bericht einer staatlichen Behörde oder von der Unterschrift des Ministers abhängen. Schon die einfache Verdächtigung der Privaten vergiftet die Staatsverwaltung.

b. Bericht der UNO-Experten über die Möglichkeiten der Kapitalbildung in wirtschaftlich wenig entwickelten Staaten¹⁴⁾ und weitere Vorschläge.

Da Portugal mit seinen Überseeprovinzen zwar ein „unentwickeltes Land“ *sui generis*, aber doch ziemlich typisch in dieser Beziehung ist, können die von UNO-Experten (für Chile, Ägypten, Indien, Mexiko, die Philippinen, Puerto Rico und die von Großbritannien abhängigen Gebiete) gemachten Bemerkungen und Vorschläge in bezug auf die Kapitalbildung, auch für das Portugiesische Reich, wertvoll sein: Sie haben im wesentlichen folgendes festgestellt und dringendst empfohlen: Zur Anregung der Spartätigkeit: 1. Vermeidung der Inflation. Wirtschaftliche und finanzielle Stabilität. Welches Land hat diese Bedingungen besser erfüllt als Portugal? 2. Maßnahmen zur Sicherung der Liquidität der Banken. In Portugal kann man von einer übertriebenen Liquidität sprechen! Versicherung der Bankguthaben des Publikums (geschieht in P. durch die staatliche Allg. Depositenkasse, die eine Garantie der Staatskasse besitzt und deswegen keine Reserven zu bilden braucht) und Kontrolle der Investitionen der Banken durch den Staat. Entschädigung der Sparer durch den Staat, wenn infolge seiner Nachlässigkeit bei der Kontrolle Verluste entstehen. Trennung der Spar- und Depositenabteilungen von den gewöhnlichen Bankabteilungen. 3. Ausbreitung des Bankenapparates auch auf entfernte ländliche Gegenden. Abschaffung oder Reduktion des gesetzlichen Mindestkapitals bei Aufrechterhaltung der Kontrolle über die Liquidität. Abschaffung von Steuern auf Bankguthaben und Schecks. Befreiung von Erbschaftssteuern auf Vermögen in Form von Depositen bis zu einer bestimmten Höhe. Änderung der Zahlungssitten: Einführung der Zahlung in Form von Schecks und einfachen Überweisungen durch die Regierung (Zahlung der Gehälter und Annahme von Steuern) und Privatpersonen. 4. Ausdehnung des Bankenapparates durch Benutzung staatlicher Einrichtungen wie Postämter (Installation von Safes etc.). Befreiung von Steuern beim Aufbau von Bankfilialen, Einzahlung von staatlichen Geldern in die neuen Banken, Hilfe bei der Ausbildung und Prüfung von Bankbeamten. 5. Propagandamaßnahmen. Erziehung der Kinder in den Schulen zum Sparen via Bankinstitutionen. 6. Förderung von verschiedenen Institutionen auf dem Lande wie Korporationen, Genossenschaften, Baugesellschaften, „Credit Unions“ usw., welche Ersparnisse annehmen und Darlehen geben als Teil ihrer Tätigkeit.

Internationale Organisationen können den Regierungen von wirtschaftlich wenig entwickelten Ländern helfen, die Erweiterung, den Gebrauch und die Wirksamkeit ihrer Bankensysteme zu fördern, indem sie ihnen Maßnahmen unter den obigen Punkten vorschlagen. Die Errichtung von Bankfilialen der

¹³⁾ Zitiert im Artikel: *Alguns aspectos economicos fundamentais da industria portuguesa*, Jornal do Comercio, Nr. 30 661, Lissabon, 28. 11. 1954.

¹⁴⁾ a.a.O.

Industrieländer in wirtschaftlich wenig entwickelten Staaten ist ein gutes Mittel zur internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Gemeinschaftsfinanzierungen. Ein starker eigener Bankenapparat muß mit oder ohne Hilfe des Auslandes errichtet werden. Weitere Zusammenarbeit kann bei der Ausarbeitung von Musterbankgesetzen für die verschiedenen Phasen der wirtschaftlichen Entwicklung erreicht werden. Ferner ist notwendig: Schutz gegen den Mißbrauch von Schecks, Schaffung von Vertrauen in das Bankensystem durch strenge Gesetzgebung (in Portugal vorhanden) und Unterdrückung der Wucherei, denn Banken können nicht die gleichen hohen Zinsen zahlen wie private Wucherer.

Einzelbanken und Bankfilialen haben folgende Vor- und Nachteile:

Einzelbanken: a. Sie sind besser geeignet für die zu wünschende Dezentralisation von Bankentscheidungen, für die Verbreitung des Bankwesens in Landgemeinden, wo Entscheidungen an Ort und Stelle getroffen werden müssen. Auf den Philippinen haben sich z. B. Bankfilialen nicht bewährt; denn Entscheidungen werden in den weit entfernten Zentren getroffen und abgelegene Landgemeinden vernachlässigt, während in den britischen Kolonien das Bankfilialsystem ausreichte. Filialleiter hatten weitgehende Vollmachten an Ort und Stelle zu entscheiden und lokale Finanzierungsbedürfnisse zu befriedigen.

b. Oft vertraut die Bevölkerung Einzelbanken mehr als den Filialbanken, wodurch ein erzieherischer Einfluß von ihnen ausgehen kann, der die Bankeinlagen erhöht.

c. Die Einrichtung von Einzelbanken erfordert weniger Kapital.

Filialbanken: a. Es braucht weniger ausgebildetes Personal beschäftigt werden. b. Erfahrungen und Mittel der Zentrale, entweder im In- oder Ausland, können den Filialen zur Verfügung gestellt werden.

c. Manche Sparer haben mehr Vertrauen zu einer Bank mit viel und weit verstreutem Kapital, als zu einer kleinen Lokalkbank mit wenig Kapital.

d. Es ist für die Regierungen leichter, Großbanken mit Filialen zu kontrollieren, ihre Liquidität zu garantieren und ihre Investitionspolitik zu beeinflussen, als kleine Lokalkbanken. In der Indischen Union bestehen beide Bankensysteme, wobei sich die Schwierigkeit ergibt, daß nur wenig Kontakt zwischen den beiden zwecks Finanzierung von Entwicklungsprojekten besteht.

Die Kontrolle des gesamten Bankwesens durch eine Zentralbank ist unbedingt notwendig. In Portugal wird sie durch die Bank von Portugal ausgeübt (Hauptsitz in Lissabon), in Angola durch die Bank von Angola (Hauptsitz in Lissabon) und in den übrigen Überseeprovinzen durch die Übersee-Notenbank (Banco Nacional Ultramarino, Hauptsitz in Lissabon). Die beiden letzteren geben auch Handelskredite, aber trotz bestehender „Aufbau-Abteilungen“ kaum langfristige Kredite. In Moçambique arbeitet neben der Überseebank noch je eine Filiale der Bank of South Africa Ltd. und der Barclays Bank; außerdem das Postsparkassensystem, der „Montepio de Moçambique“ (gibt hauptsächlich Baudarlehen), eine Agrarkreditkasse für Weiße und eine für Schwarze (Credito Rural ao Agricultor Indigena). In Portugiesisch-Indien ist neben der Überseebank eine Postsparkasse tätig, deren Mittel auch zur Finanzierung der Sechsjahrespläne herangezogen werden. Ausländischen Banken ist die Eröffnung von Filialen im ganzen Portugiesischen Reich bei Beachtung sehr strenger Liquiditäts- und sonstiger Vorschriften erlaubt. Bisher ist von dieser Erlaubnis kaum Gebrauch gemacht worden. In Angola hat die Bank von Angola mit ihren Filialen immer noch ein Duopol. Der andere Duopolist ist der Anfang 1957 in Luanda in Funktion getretene Banco Comercial de Angola. Für das bisher völlig vernachlässigte langfristige Geschäft ist seit 1953 die Errichtung einer Filiale der noch zu gründenden staatlichen Übersee-Aufbaubank (Banco de Fomento do Ultramar) geplant. Solche Filialen sollen in allen Überseeprovinzen errichtet werden.

Sparinstitutionen des Staates und Schutz der Sparer durch den Staat:

- a) Dezentralisierte Sparinstitutionen, verbreitet über das ganze Land, womöglich fahrende Sparkassen, welche auch die abgelegensten Gebiete erreichen, wie in Belgisch-Kongo und anderen wirtschaftlich wenig entwickelten Ländern. Dieses System wäre für Portugiesisch-Afrika besonders geeignet. In Portugal selbst arbeitet fast in jedem Ort eine Filiale der staatlichen Allg. Depositenkasse. (Caixa Geral de Depósitos, Crédito e Previdência).
- b) Schaffung von günstigen Bedingungen für Sparer, wie hohe Zinssätze und Steuerbefreiungen sowie andere Begünstigungen. Höhere Zinssätze für kleine Sparbeträge als für die großen Abschnitte der Staatsschuld, welche von Banken, Versicherungsgesellschaften und Investoren großer Kapitalien gehalten werden. Diese Zinssätze sollten jedoch nicht so hoch sein wie diejenigen von privaten Geldverleihern. Den Sparern muß in erster Linie absolute Sicherheit ihrer Ersparnisse geboten werden und die *Garantie eines stabilen Geldwertes*. Mit Ausnahme der Kriegszeit ist dies der Regierung Salazar gelungen: der Detailpreisindex der Bank von Portugal (15. 6. 1939 = 100) stieg von 1942 bis 1946 um 96%, fiel dann von 1947 bis 1949 um 4% und stieg von 1950 bis 1955 um den geringfügigen Prozentsatz von 3%.

Der Vorschlag, den Realwert gekoppelt mit dem Preisniveau im Gegensatz zum Geldwert der Ersparnisse zu schützen, begegnet folgenden Einwänden:

1. Weitere Unterminierung des Geldwertes in wirtschaftlich wenig entwickelten Staaten, die bereits unter Inflation gelitten haben, da mit dieser Koppelung von der Regierung zugegeben wird, daß der Geldwert weiter sinken kann.
 2. Auch Lohn- und Gehaltsempfänger würden einen solchen Schutz des Realwertes des Geldes fordern, womit die Freiheit der Regierung in ihrer Geld- und Preispolitik eingeengt wäre. Ein abschreckendes Beispiel ist das „Cost-of-Living Allowance System“ Israels¹⁵⁾.
 3. Zusätzliche Belastung der Regierung bei Preissteigerungen. Aber auch die Staatseinnahmen steigen in diesem Falle, so daß die wirkliche Last für den Staat in bezug auf die Sparer nicht erhöht werden würde. Äußerste Vorsicht ist jedoch am Platze, besonders in Ländern mit Inflationen.
- c) Ausgabe der verschiedensten Arten von Obligationen mit diversen Verfallzeiten, Zahlungsverleichterungen, Verwendungsmöglichkeiten für Kreditgewährungen, Zinssätzen, Kapitaleinschätzungen, Lotteriestimmungen oder anderen Systemen, welche den verschiedenen Bedürfnissen der einzelnen Sparerguppen gerecht werden können. Das System, wonach reguläre Sparer (mit langen Sparfristen), die ihre Ersparnisse nicht zurückziehen, mit steigenden Zinssätzen, je nach der Länge der Sparperioden belohnt werden, hat in einigen Ländern gute Resultate geliefert. Angesichts des Mißtrauens der Regierungen der Industriestaaten wirtschaftlich wenig entwickelten Ländern gegenüber, ist es für letztere ratsam Sparpropaganda durch Private treiben zu lassen und sich darauf zu beschränken den Geldwert zu sichern. Es ist auch ratsam das Sparen in Verbindung mit verschiedenen Bedürfnissen und individuellen Zielen zu fördern, so z. B. durch Bausparkassen (dabei brauchen Sparer und Darlehensnehmer nicht identisch zu sein), „industrielle Versicherungen“ mit Altersversicherungsprämien und Zahlungen in bestimmten Notfällen und durch Landwirtschafts-Genossenschaftsbanken, welche die Kreditbedürfnisse kleiner Landgemeinden befriedigen können.

Lotterien in Verbindung mit Sparbanken haben in Mexiko gute Erfolge gezeigt. Die Teilnehmer machen regelmäßige Zahlungen und bekommen nach

¹⁵⁾ Vgl. Ernst Goldberger: Preisbewegungen in Israel 1949—1953. Polygraphischer Verlag, Zürich 1956, S. 100 ff.

fünf oder zehn Jahren eine bestimmte Summe, selbst wenn sie eine Niete gezogen haben. Sind sie Gewinner, so bekommen sie ihr ganzes Geld schon früher, oft lange bevor Ablauf der normalen Frist. Institutionen, welche mit diesem Lotteriesystem arbeiten, konnten Reservefonds von derselben Höhe ansammeln wie große Versicherungsgesellschaften. Nach gesetzlicher Vorschrift müssen 20 % dieser Fonds in Staatspapieren angelegt werden. Außerdem ist ein großer Teil davon Grundbesitz. Die mexikanische Regierung bemüht sich, auch von den niedrigen Einkommensklassen Zeichnungen zu erhalten. Diese Anleihen sind für den Bau von Häusern mit billigen Mieten und die Industrialisierung bestimmt. Die Stückelung ist sehr tief angesetzt: 25, 50, 100 Pesos für Sparer kleiner Beträge, 500 und 1000 Pesos für Besitzer von mittleren und großen Vermögen. Die im August 1950 aufgelegten 100 Mill. Pesos waren z. B. bereits im gleichen Monat gezeichnet¹⁶⁾. Die Laufzeit dieser Obligationen beträgt 10 Jahre. Sie werden zum halben Nominalwert an das Publikum verkauft und da sie nach Ablauf dieser Frist zum vollen Wert zu tilgen sind, beläuft sich ihre Verzinsung auf 7,17 % pro Jahr. Jährlich werden einige Auslosungen veranstaltet, bei denen Gewinner bis zu 10 Nennwerte ihrer Obligationen erhalten können. Die Liquidität der Obligationäre ist von der Regierung garantiert, da sie verpflichtet ist, jederzeit alle Titel zurückzukaufen, die ihr angeboten werden. Sie sind von allen Bundes- und einzelstaatlichen sowie Gemeindesteuern (einschl. Erbschaftssteuern) befreit. In Palästina sind unter britischem Mandat bestimmte Anleihen mit einem besonders niedrigen Zinssatz aufgelegt worden, wobei die Zinscoupons aber auch als Lotterielose galten. Das Sparen konnte damit angeregt und außerdem die gesamten Zinsausgaben gesenkt werden. Lotteriegewinne sollten nicht allzu hoch und auf Zinskomponenten begrenzt sein. Angesichts der a.a.O. erwähnten Bedeutung der Lotterie in Portugal hätte dort sowohl das mexikanische als auch das britische System gute Aussicht auf Erfolg.

Die Möglichkeiten der *Ausgabe von Goldzertifikaten*, falls die Sparer es vorziehen Gold zu horten (wie in Indien) bzw. Grundstücke oder Hypotheken zu halten (wie in Portugal), sind stark begrenzt, denn wenn das Publikum überredet werden kann Goldzertifikate anzunehmen gegen Gold, so könnte man es wohl auch zur Anlage in Staatspapieren oder Bankguthaben veranlassen. Wenn Gold aus Mißtrauen gegen Staatspapiere gehortet wurde, so wird dieses Mißtrauen auch den Goldzertifikaten begegnen. Mit Goldklauseln hat man schlechte Erfahrungen gemacht. Bei Ausstattung eines Papiers mit der Goldklausel leidet das Ansehen der anderen Papiere.

Verbindung des Sparens mit einzelnen Aufbauwerken:

- a) Für einzelne Werke können Geld-, Natural- und Arbeitsleistungen von der lokalen Bevölkerung aufgebracht werden.
- b) Die Auflage von Anleihen mit Bezeichnung der Ziele, die damit erreicht werden sollen, hatte in Mexiko mehr Erfolg als Anleihen ohne Zweckangabe. Die Staatsbürger wollen wissen, für welche Projekte und wie ihre Steuer- und Anleihegelder vom Staat verwendet werden.
- c) Die Landbevölkerung zeichnet lieber, wenn es sich um die Finanzierung lokaler Projekte handelt.
- d) In der Indischen Union hat sich die Aussicht Landbesitzer zu werden als Anreiz zum Sparen gezeigt.
- e) Langfristige Darlehen für direkte Investitionen in der Landwirtschaft ermutigen danach die Ansammlung von Ersparnissen, welche bei kluger Anlage erhebliche Gewinne bringen können.

¹⁶⁾ International Financial News Survey, Washington, 29. 9. 1950.

- f) Gewinnbeteiligung der Arbeiter und Angestellten ist ein weiterer Anreiz zur Bildung von Ersparnissen, wenn sie mit einer bekannten Investition von direktem Interesse verbunden werden. Das Personal kann vom Einkommen gesparte Beträge in seiner eigenen Unternehmung investieren. Diese Methode hatte in wirtschaftlich wenig entwickelten Gebieten noch nicht viel Erfolg. Dort, wo Gewinnbeteiligung in der Verfassung festgelegt ist, wie z. B. in Mexiko, scheinen die Angestellten kein besonderes Interesse daran zu haben und Arbeiter ziehen höhere Löhne der Gewinnbeteiligung vor.

Kapitalbewegungen nach und von kapitalreichen Ländern:

Die UNO-Experten sind der Meinung, daß Kapitalbewegungen von wirtschaftlich wenig entwickelten nach kapitalreichen Staaten nicht verhindert werden sollten, denn es fließt ohnehin per Saldo mehr Kapital nach den unentwickelten Gebieten. Letztere können in Kapitalexport-Ländern zu niedrigeren Zinssätzen borgen als im Inland, so daß auch die eigenen Zinssätze dadurch sinken. In Hochkonjunkturzeiten müssen unentwickelte Länder Fonds ansammeln, die sie in Krisenzeiten ausgeben können. In vielen Fällen wird diese Politik jedoch unannehmbar sein. Die Regierung Salazar mußte z. B. den Kapitalexport von Angola nach Südamerika abstoppen. Portugal hat auch ohne Kapitalimport ein niedriges Zinsniveau und sieht heute seine Fondsbildung von vielen Seiten (u. a. O.E.C.E. und Revista de Economia, Lissabon) unter schwerer Kritik, denn die Amerikaner versichern immer wieder, daß sie eine zweite Weltwirtschaftskrise verhindern werden.

Reinvestition von Gewinnen:

Mexiko gewährt Steuererleichterungen bei der Reinvestition von Gewinnen. Gewisse mittelfristige Bankkredite dürfen nur denjenigen Gesellschaften gewährt werden, die sich verpflichten, keine Dividenden in der Zeit bis zum Ablauf der Kredite auszuschütten, damit solche Kredite nicht zur Finanzierung von Dividendenzahlungen benutzt werden können. In Chile wird nur dann Steuerermäßigung gewährt, wenn den Steuerbehörden bewiesen werden kann, daß die Profite tatsächlich reinvestiert wurden. Der Dividendenstop in der Indischen Union wurde mehr zur Bekämpfung der Inflation verfügt als zur Förderung der Reinvestition von Gewinnen, aber Steuern auf reinvestierte Gewinne wurden auch dort ermäßigt. Die Ermäßigung der Steuern auf Amortisationen bewirkte im Britischen Reich vermehrte Reinvestition von G. Sie sollten auch in fremde Unternehmungen investierbar sein. Besonders zu fördern ist die Steuerbefreiung der Reinvestition von G. ausländischer Gesellschaften, die diese Gelder sonst in ihre Heimatländer überweisen würden.

Nutznieser von Aufbauwerken (wie z. B. Wasserversorgung, Bewässerung usw.) und Landbesitzer, deren Grundstücke durch diese Werke aufgewertet werden, sollten Beiträge zur Finanzierung weiterer Unternehmungen bezahlen. Käufern von Aktien einer staatlichen oder privaten Fremdenverkehrsunternehmung kann z. B. das Recht zum Kauf von Staats- oder Privatland in einer besonders schönen Gegend (etwa an einem See, einer Küste) gegeben werden. *Kraftstoffsteuern* sind entweder direkt zum Unterhalt und Bau von Straßen zu verwenden, oder zur Amortisation von Straßenbau-Anleihen wie z. B. in Mexiko (Bonos de Caminos). Elektrizitäts-Anleihen (Bonos de Electrificación) werden in Mexiko aus Tabaksteuer-Erträgen verzinst und amortisiert. Meistens geben die Beamten Anleiheerträge sorgfältiger aus als Steuererträge. Die *Last der Staatsschuld* im Verhältnis zum Netto-Volkseinkommen zu Faktorenkosten ist im wirtschaftlich wenig entwickelten Portugal viel kleiner als in voll indu-

strialisierten Staaten (1950: 31,9%, England 243%, Belgien 101%, USA 95%, Frankreich 58%, Schweiz 53%, Schweden 42%¹⁷⁾). Aber die Grenzen der Staatsverschuldung liegen viel mehr im Vertrauen des Publikums und der Kreditwürdigkeit der Regierung, als in der absoluten Rückzahlungslast. Der Quotient aus Staatsschuldendienst und Netto-Volkseinkommen zu Faktorenkosten (1950: Portugal 0,9%, Mexiko (1954) und Schweden 1,1%, Frankreich 1,3%, Schweiz und Italien 1,5%, USA 2,3% und Großbritannien 4,8%) gibt eine bessere Beurteilung der Schuldenlast als der Quotient aus Schuldenhöhe und Volkseinkommen. In Portugal z. B. wird die *Staatsverschuldung als Finanzierungsmethode nur in ungenügendem Maße angewendet*, so daß eine Verlangsamung des wirtschaftlichen Aufstiegs eintrat und in Zukunft wirtschaftliche Stagnation zu befürchten ist. Auf Puerto Rico ist die Begrenzung der Staatsschuld in bezug auf die Höhe des Staatsvermögens festgesetzt worden. Danach bleibt eine große Marge für weitere Verschuldung. In Portugal existiert noch keine vollständige Statistik des Staatsvermögens. Langfristige Staatspapiere, die dem Publikum angeboten werden, sollten mit einem hohen Zinssatz ausgestattet sein, während solche mittel- und kurzfristiger Art mit niedrigen Zinssätzen an Banken abzugeben sind, die dadurch veranlaßt werden sollen mehr Geld bei der Industrialisierung anzulegen. Private Investoren, die durch den Besitz von Staatspapieren Verluste erleiden, müßten in Form von Steuererleichterungen entschädigt werden, damit die Kreditwürdigkeit des Staates einigermaßen erhalten bleibt. Solche Verluste sind seit Übernahme des Finanzministeriums durch Salazar (28. 4. 1928) nicht mehr eingetreten. Es gibt gegenwärtig kaum einen kreditwürdigeren Staat als den portugiesischen.

Exportsteuern sollten je nach Gewinnen und Preisen variieren (kein Einheitssteuersatz), so daß die Produzenten nicht entmutigt werden. Anfang 1957 wurde z. B. in Moçambique der Exportzoll auf Sisal-Ausfuhren aufgehoben, um eine Steigerung dieser Exporte zu erreichen. Der in London notierte Sisalpreis ist ganz besonders großen Schwankungen unterworfen. Staatsgelder dürfen nur in besonderen Fällen an Privatunternehmungen ausgeliehen werden (Übernahme von Bank- und Versicherungsaktien zur Überwindung einer temporären Schwierigkeit, Unterstützung von besonders wichtigen Unternehmungen wie Luft- und Schiffahrtsgesellschaften, die von Privaten nicht genügend Kapital bekommen, Darlehen an Absolventen technischer Schulen zur Eröffnung eigener Werkstätten). In der Indischen Union bekamen Stahlindustrielle *Subventionen* um protektionistische Zölle auf einen der wichtigsten Rohstoffe der Industrie nicht erheben zu müssen. Finanzielle Hilfe des Staates sollte z. B. auch an eine Landgemeinde geleistet werden, die keine Mittel aus anderen Quellen erhalten kann.

Weitere Möglichkeiten der Unterstützung von Privatunternehmungen durch den Staat: Überlassung von Fabriken oder einzelnen Maschinen unter günstigen Bedingungen, etwa auf Raten; Zoll-, Einkommens-, Vermögens-, Gemeinde- und Übergewinnsteuerbefreiungen für neue Betriebe bis zu 10 Jahren oder für bestehende zur Überwindung von temporären Schwierigkeiten. Die Politik staatlicher Finanzierungsgesellschaften muß eng mit derjenigen der Zentralbank und des Finanzministeriums koordiniert sein. Die Gründung von staatlichen Unternehmungen hat den Vorteil, daß alle Gewinne reinvestiert werden können, während Privatunternehmungen oft hohe Dividenden zur Stützung der Kurse ihrer Aktien zahlen müssen und in wenig entwickelten Staaten meistens nicht in der Lage sind so schnell aufzubauen wie der Staat.

Kredite könnten auf bevorzugte Gebiete gelenkt werden indem man *verschiedene Rediskontsätze* anwendet. Die Bank von Mexiko berechnete z. B. seit 1943 nur 3% bei Krediten für landwirtschaftliche Zwecke, 4½% für die Industrie

¹⁷⁾ v. Gersdorff (1), a.a.O.

und seit 1948 8% für den Handel. Da aber der Geldmarkt in wirtschaftlich rückständigen Staaten zu wenig entwickelt ist, hat die Rediskontpolitik kaum irgendwelche Wirkungen erzielen können. In Lissabon und Porto blieb der Diskont- und Rediskontsatz der Bank von Portugal von Januar 1944 bis heute auf 2½% bzw. 2% stehen, die Filialen der B. v. P. berechnen seit Februar 1948 3 bzw. 2½%. Nur in der Schweiz gibt es einen Spezialdiskontsatz für Pflichtlager von Lebens- und Futtermitteln (1¾%) und übrige Pflichtlager (2%). Vorteilhafte Rediskontsätze für erwünschte Kredite müßten allen Banken geboten werden. Krediten dieser Art, die von Handelsbanken eingeräumt werden, könnte der Staat eine Garantie geben (etwa über Spezialfonds). Auch Steuererleichterungen sollte man für volkswirtschaftlich besonders notwendige Kredite gewähren. Die Zentralbank kann die Banken zwingen Krediten für produktive Zwecke Priorität einzuräumen.

Zur *Unterstützung von kleinen Unternehmungen* soll entweder vom Staat subventionierte oder direkte Finanzierung stattfinden und die Gründung von genossenschaftlichen Kreditorganisationen durch kleine Unternehmungen selbst, sollte gefördert werden. Das Zögern der Handelsbanken kleinen Unternehmungen Kredite zu gewähren, ist zu bekämpfen. Die Banken sollten einen gewissen Fonds zur Kreditgewährung an kleine Unternehmungen einrichten. Als einzelne Unternehmen mögen sie zu riskant sein, aber zusammen mit anderen, gutgehenden könnten sie unterstützt werden. Auch Handelsbanken haben die Möglichkeit Industrieunternehmungen zu finanzieren, wenn der Staat ihre mittel- und langfristigen Kredite garantiert und eine Höchstgrenze für das Verhältnis zwischen gewährten langfristigen Krediten und den gesamten Vermögen der Banken zur Sicherung der Sparer festsetzt. Zentralbanken sollten ihrerseits helfen und u. a. Rediskonterleichterungen gewähren.

Wünschenswert ist die *Errichtung von Industriebanken* neben den gewöhnlichen Handelsbanken. Sie müßten eigene Obligationen ausgeben dürfen und dann die Papiere der von ihnen gegründeten Industriegesellschaften an das Publikum verkaufen. Auch die Regierung kann eine solche Industriebank gründen und den größten Teil des Kapitals aus der Staatskasse zusteuern. Außerdem kann sie sich direkt an privaten Industriebanken beteiligen oder ihnen Darlehen gewähren.

Hohe Zinssätze sind zweifellos ein Hindernis für die Entwicklung wirtschaftlich wenig entwickelter Länder. Neue Industrien können solche Zinsen nicht aufbringen. Portugal hat bereits ein sehr niedriges Zinsniveau, das von vielen portugiesischen Ökonomen als „künstlich“ niedrig bezeichnet wird¹⁸⁾. Sie machen es z. B. für das geringe Angebot an Depositen auf Zeit verantwortlich. Die Landwirtschaft sollte durch direkte Darlehen des Staates Unterstützung erhalten und außerdem durch Meliorationen aller Art, die von der Regierung finanziert werden, entweder direkt, oder durch Ausgabe von Schuldscheinen mit Garantie eines Mindestertrages, wobei Verluste als Subventionen für die Landwirtschaft zu betrachten sind. Ferner kommt in Frage: Kauf von landwirtschaftlichen Maschinen auf Staatskosten für Genossenschaften und Staatskredite oder Subventionen an Genossenschafts- und Privat-Banken der Landwirtschaft. Beide sollten auch als Sparkassen fungieren. In Mexiko arbeitet z. B. eine halbstaatliche Genossenschaftsbank (Banco Nacional de Fomento Cooperativo, S. A. de C. V., Mexico-City) mit zwei Filialen, die 1955 verschiedenen Genossenschaften Kredite in Höhe von 98,6 Mill. Pesos zu durchschnittlich 7,8% gewährte (insgesamt von dieser Bank eingeräumte Kredite: 124,6 Mill.)¹⁹⁾.

¹⁸⁾ Vgl. z. B. de Moura, Pinto, Nunes: *Estrutura da Economia Portuguesa*, in: *Centro de Estudos Económicos*, Nr. 14, Lissabon 1954, S. 171.

¹⁹⁾ Gilberto Loyo: *Memoria de la Secretaria de Economia* 1955, Mexico, D. F. 1956, S. 363.

c. Die Arten der Kapitalbildung nach der Einteilung von Prof. Röpke.

Wilhelm Röpke hat in seinem Vortrag über „Die Theorie der Kapitalbildung“²⁰⁾ folgende Arten von Kapitalbildung unterschieden:

- I Naturalwirtschaftliche Kapitalbildung
- II Geldwirtschaftliche Kapitalbildung
 - a) Freiwillige Kapitalbildung
 - 1. Das Sparen
 - 2. Unternehmungskapitalbildung
 - b) Zwangskapitalbildung
 - 1. Finanzwirtschaftliche Kapitalbildung
 - 2. Geldpolitische Kapitalbildung

Im folgenden werden wir dieser Einteilung folgen und dabei besonders auf die portugiesische Wirtschaft eingehen, jedoch nicht ohne Hinweise auf eventuell in Portugal anwendbare Methoden anderer Staaten.

1. Naturalwirtschaftliche Kapitalbildung.

Die naturalwirtschaftliche Kapitalbildung der Landwirtschaft (Ansammlung von Vorräten aller Art) ist kostspielig²¹⁾ und schwer zu messen. Nach ihrer Entstehung durch eine Steigerung der Produktion muß sie in geldwirtschaftliche Kapitalbildung umgewandelt werden, damit sie der Volkswirtschaft ganz zugute kommen und verzinst werden kann. Die traditionelle, von den technischen Fortschritten der Bodenbearbeitung und -pflege nur in geringem Maße Kenntnis nehmende bäuerliche Wirtschaftsführung, die Bodenparzellierung im Norden und den absentistischen Großgrundbesitz im Süden, konnte Ministerpräsident Salazar durch die landwirtschaftlichen Gilden auf korporativer Basis zunächst in den nachteiligen Auswirkungen mildern und letzten Endes Wege zur Produktionssteigerung durch Schaffung wesentlicher agrar-technischer und -betrieblicher Voraussetzungen erschließen. Die landwirtschaftlichen Gilden haben im Grunde in bezug auf die Beschaffung von Saatgut, Lagerung, Maschinenverwendung, Beschaffung von landwirtschaftlichen Geräten und hinsichtlich der Viehhaltung genossenschaftlichen Charakter. Eine Art landwirtschaftlicher Genossenschaften besteht in Nordportugal schon seit vorrömischer Zeit²²⁾:

„...In den am stärksten abgelegenen Gebirgen Nordportugals, der Serra de Suajo, do Gerez, der Landschaft Barroso und Miranda do Douro, der Serra do Marão und da Lousã haben sich Reste einer kollektivistischen Agrarverfassung erhalten... Die Anbauflächen von S. Miguel in der Serra de Suajo sind in Anteile für die Familien gegliedert. Aber diese bebauen sie nicht. Der Anbau wie die Ernte wird von einem Ende der Flur bis zum anderen durch die Gesamtheit durchgeführt, und darauf erhält jede Familie den entsprechenden Anteil (A. da Costa). Diese Agrarverfassung geht unbedingt auf die vorrömische Zeit zurück. Es wird das durch die Darstellung Diodors von Sizilien (V, 34, 3) bewiesen. Sie dürfte damals in dieser oder ähnlicher Form allenthalben bestanden haben...

... Die Araber haben schließlich auch die künstliche Bewässerung stark verbreitet. Dieselbe dürfte jedoch in Lusitanien schon vorrömischen Ursprungs sein. Denn mit dem Agrarkollektivismus... der sich vorwiegend in den arabisch nicht beeinflussten Gebirgen des äußersten Nordwestens findet, ist heute noch ein Kollektivismus in Bezug auf die Nutzung des Berieselungswassers (torna) verbunden (A. Sampaio, S. 26). In der römischen Zeit ging mit dem Grund und Boden auch das Berieselungswasser in Privatbesitz über, und zahlreiche Urkunden der asturisch-leonesischen Zeit aus dem Lande nördlich des Douro zeigen, wie mit dem Boden auch über das Wasser nach privatrechtlichen Gesichtspunkten verfügt wird (Sampaio, S. 69)...

²⁰⁾ J. C. B. Mohr, Tübingen 1929, S. 17.

²¹⁾ Beanspruchung von Räumen, Insekten-, Tierfraß, Klimaschäden etc.

²²⁾ Hermann Lautensach: Portugal auf Grund eigener Reisen und der Literatur. Das Land als Ganzes, in: Petermanns Mitteilungen, Ergänzungsheft Nr. 213, Gotha 1932, S. 91, 95.

Die Produktivität der Landwirtschaft und ihre Kapitalbildung kann innerhalb des Ausbaus der alten und neuen genossenschaftlichen Organisation nur durch verstärkte Tätigkeit auf dem Gebiete des Forschungs- und Beratungswesens erhöht werden. Schon im zweiten Weltkrieg war man dazu gezwungen, wobei unter dem Leitwort „Produzieren und Sparen“ (produzir e poupar) vom „Pflanzen-Forschungs-Institut“ (Estação de Melhoramento de Plantas) Kürzungen der Einfuhr von Saatgut erzielt werden konnten. Viel zu lernen ist noch vom *landwirtschaftlichen Beratungswesen in Holland*, durch dessen Aktion es gelungen ist, die Produktionskosten in der holländischen Landwirtschaft zu senken und eine erhebliche Produktionssteigerung, den Ausbau der angewandten Forschung in der Landwirtschaft, eine rasche Übermittlung der Forschungsergebnisse an die Praxis sowie eine gute Fortbildung der Berater zu erreichen, womit erst die befriedigende Wirksamkeit des Beratungswesens garantiert wird. Die Landwirtschaft und ihre Organisationen, der Handel und die Industrie müßten sich bei der Einrichtung von landwirtschaftlichen Hochschulen und ihren Instituten (Laboratorien wie die Estação Agronomica Nacional²³), das Instituto Superior de Agronomia, das Nationale Brot-Institut: Inst. Nac. do Pão, Versuchsfelder in verschiedenen Gegenden usw.) finanziell beteiligen. Die Institute sollten für alle landwirtschaftlichen Produkte (von der Produktion über die Lagerung bis zum Verkauf) die billigsten und besten Methoden herausfinden. Möglichst viele Berater sollten kürzere oder längere Zeit studienhalber im Ausland arbeiten. Die Berater in den Provinzen müßten auch periodisch in Kursen über den jeweiligen Stand der Forschung orientiert werden. Somit hat das Beratungswesen eine Doppelaufgabe. Einmal soll es die Landwirte ständig fortbilden und in die Lage versetzen mit den besten und neusten Methoden arbeiten zu können. Andererseits soll es die Forschung auf die Probleme und Schwierigkeiten aufmerksam machen, die in den einzelnen Betrieben und der täglichen Praxis entstehen, damit nach gründlichem Studium möglichst schnell Hilfe geleistet werden kann. Mit einem geringen Aufwand für Bodenuntersuchungen könnten die Landwirte nach einer richtigen Verwendung von Dünger und bestmöglicher Bepflanzung und Fütterung große Ertragsverbesserungen erzielen.

Wilhelm Gasser-Stäger schreibt in seinem Artikel „Das landwirtschaftliche Beratungswesen in Holland“²⁴) über die enge Zusammenarbeit zwischen Forschung, Schulwesen, Beratung und Praxis:

„...Auf der lokalen Stufe, d. h. für rund 400 Landwirtschaftsbetriebe, finden wir den Lokalberater. Es handelt sich um einen Bauernsohn, der die landwirtschaftliche Winterschule absolviert hat und in einem Spezialkurs auf seine Beratertätigkeit vorbereitet wurde. Dazu wird er laufend durch seine Tätigkeit im Zusammenwirken mit Spezialisten und durch Fortbildungskurse weitergefördert. Auffallend ist die bescheidene Entlohnung von 250 bis 300 Franken im Monat. Dieser lokale Berater hat die Aufgabe, die Bauern in allen üblichen Betriebsfragen zu beraten, wobei er sie auch auf die verschiedenen Möglichkeiten der Untersuchung des Bodens und der Erzeugnisse aufmerksam macht. Der Verkehr mit Forschungsinstituten geschieht über den Berater, der bei der Überbringung der Untersuchungsergebnisse gleich auch diese erläutert und die nötigen praktischen Anweisungen gibt. Wenn Spezialfragen auftauchen oder sich Probleme stellen, denen der lokale Berater nicht gewachsen ist, verlangt er von der Provinz den Besuch des geeigneten Spezialisten, der dann gemeinsam mit ihm den betreffenden Bauern aufsucht und die nötigen Ratschläge erteilt. So wird auch der Erfahrungs- und Wissenskreis des Lokalberaters erweitert, und der Spezialist kann von den Kenntnissen des Lokalberaters über die betreffende Gegend profitieren. Zudem wird die Einheit der Beratung gewährleistet, und der Bauer bekommt nicht eine Vielfalt von sich widersprechenden Ratschlägen. Die Tätigkeit des lokalen

²³) Gibt auch die Zeitschrift „Agronomia Lusitana“ heraus.

²⁴) N.Z.Z. Nr. 2646 vom 27. 10. 54.

Beraters wird wirkungsvoll unterstützt durch den Beispielbetrieb, der sich in seiner Region befindet. Es handelt sich hier um einen typischen Landwirtschaftsbetrieb der betreffenden Gegend, dessen Betriebsleiter sich bereit erklärt, ihn für Demonstrationszwecke zur Verfügung zu stellen. Die Betriebsführung, die vollständig auf das Risiko des Betriebsinhabers geht, wird von ihm und dem lokalen Berater gemeinsam durchgeführt. Zudem verpflichtet sich der Betriebsinhaber, allen Besuchern Einblick in den Betrieb und Auskunft über alle Fragen zu erteilen. So wird an einem praktischen Beispiel die Wirksamkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen gezeigt, und da vor allem die Tat ansteckend wirkt, geht von dem Beispielbetrieb ein starker Impuls zu erhöhten Leistungen aus. Als Entschädigung erhält der Betriebsleiter eine jährliche Prämie, meistens in Form eines für den Betrieb notwendigen und nützlichen Gerätes. Zudem, und das darf ebenfalls nicht übersehen werden, bildet der Beispielbetrieb auch für den Berater eine Fundgrube für sein Wissen und seine Erfahrungen, besonders dann, wie es meistens der Fall ist, wenn dieser Betrieb von einem erfahrenen und tüchtigen Bauern geleitet wird. Im Winter stellt sich dieser Bauer oft auch als Leiter von Diskussions- und Ausspracheabenden für kleinere Gruppen von Bauern zur Verfügung, damit auch so die Praxis für die Praxis wirken kann. In der Provinz leitet ein Konsulent das ganze Beratungswesen. Ihm stehen ein bis zwei Stellvertreter und vier bis sechs Spezialisten zur Verfügung, die alle auf der landwirtschaftlichen Hochschule in Wageningen ausgebildet sind und dazu noch in Spezialkursen auf den Beratungsdienst vorbereitet wurden. Je nach dem landwirtschaftlichen Charakter der betreffenden Provinz finden wir Spezialisten für die Gebiete des Pflanzenbaues, der Pflanzenkrankheiten, der Tierzucht, der Fütterung, der Bodenbearbeitung und Düngung, des Maschinenwesens und für die Betriebsführung. Dieser Beratungsdienst der Provinz hat die Aufgabe, einmal die Aus- und Fortbildung der lokalen Berater durch Kurse und Flugschriften durchzuführen. Sodann stehen die Konsulenten und seine Helfer als Referenten für die lokalen Versammlungen zur Verfügung und als Berater für Spezialfälle. Ebenso haben sie die Forschungsergebnisse der zentralen Institute auf ihre Anwendbarkeit in der betreffenden Provinz zu prüfen und auch, gemeinsam mit den Zentralinstituten, für diese Provinz besonders wichtige Spezialfragen abzuklären, so z. B. die Möglichkeit der frühzeitigen Absenkung des Grundwasserspiegels in den Poldern, um einen früheren Vegetationsbeginn zu ermöglichen, oder den Wiederaufbau der durch die Überschwemmung zerstörten Bauernbetriebe zu leiten und zu überwachen. Neu aufgenommen wurde eben die wirtschaftliche Beratung, wobei auf Grund der Buchhaltungsergebnisse und von Kennziffern die Betriebsführung verbessert werden soll. Im Gegensatz zum Versuchsfeld, auf dem im wissenschaftlichen Versuch eine bestimmte Tatsache isoliert untersucht wird, stehen dem Beratungsdienst in der Provinz ein bis zwei Versuchsgüter zur Verfügung. Hier wird nun die Auswirkung einer bestimmten Änderung auf den gesamten Betrieb untersucht. Am bekanntesten und verbreitetsten sind in Holland die gemeinsam mit der Stickstoffindustrie betreuten Stickstoffbetriebe. Hier wird die starke Vermehrung der Stickstoffgaben mit Hilfe von Kunstdüngern untersucht, wobei man bis auf 400 Kilo reinen Stickstoff je Hektar geht. Im Gegensatz zum Beispielbetrieb wird auf dem Versuchsbetrieb experimentiert, und es sind deshalb auch Zuschüsse notwendig. Interessant sind auch die beiden Musterdörfer, in denen die Mehrzahl der Betriebe an einem gemeinsamen Forschungsexperiment mitmachen, etwa im Sinne unserer (schweizerischen) Integralmeliorationen... Ähnlich dem Aufbau in der Provinz ist auch der Aufbau im Reiche. Unter der Leitung und Verantwortung eines Abteilungsdirektors im Landwirtschaftsministerium, der auch die allgemeinen Richtlinien für die Beratungstätigkeit gibt, arbeiten ein Spezialist für das Beratungswesen und die notwendige Anzahl Spezialisten für die einzelnen Fachgebiete; sie stehen in enger Fühlung, nicht selten sogar in Personalunion mit den zentralen Forschungsinstituten in Wageningen. Der Spezialist für die Beratung sorgt für die Organisation des Beratungswesens, die nötige Aus- und Fortbildung der Berater in den Provinzen und verfolgt die Erfahrungen und Fortschritte des Beratungswesens, seiner Methodik und der im Auslande angewandten Mittel, um so die Tätigkeit in Holland zu befruchten und zu fördern. An drei Beispielen soll nun gezeigt werden, wie der Beratungsdienst versucht, den Fortschritt in der Landwirtschaft herbeizuführen. Durch eine großzügige Propaganda mit Hilfe von Plakaten und durch Aufklärung über die lokalen Berater werden die Bauern aufgefordert, ihren Boden zu untersuchen

zu lassen, um die geeignete Düngung und die bestmögliche Bepflanzung herauszufinden. Dabei hat eine sehr umfassende Untersuchung gezeigt, daß mit einem Gulden Untersuchungskosten eine Ertragsverbesserung von sieben bis acht Gulden erreicht wird, ein Beispiel für die Wirksamkeit dieser Maßnahme und der darauf aufbauenden Beratung... Bei unbefriedigendem Milchertrag kann der Bauer, nötigenfalls unter Zuzug des lokalen Beraters, nachforschen, wo die Ursachen der unbefriedigenden Leistung liegen. Interessant ist, daß es sich, wie die praktischen Beispiele zeigen, meistens um Fütterungsfehler handelt. Dank der vorstehend skizzierten laufenden Kontrolle der effektiven Leistung der Milchtiere mit dem Standardertrag besteht die Möglichkeit sofortiger Korrektur eines ungenügenden Ertrages. Daß dieses Vorgehen von großer Bedeutung für die Kostensenkung ist, liegt auf der Hand... Neuestens ist, wie schon erwähnt, in Holland auch die wirtschaftliche Beratung der Bauern in die Hand genommen worden. Dabei werden die Buchhaltungsergebnisse der zu beratenden Betriebe mit den besten Resultaten von Betrieben mit gleicher Struktur verglichen, um so die Anhaltspunkte für die noch möglichen Verbesserungen herauszufinden. Andererseits berechnet man eine Reihe von Kennziffern und Verhältniszahlen, um auch so den schwachen Punkten der Betriebe auf die Spur zu kommen und die Möglichkeit der Umstellung auf eine bessere und rationellere Betriebsführung abzuklären. Endlich geben diese beiden Methoden auch die Unterlagen für die Aufstellung eines Betriebsbudgets, das laufend die Verfolgung der Betriebsergebnisse gestattet und schon im Verlaufe des Betriebsjahres auf mögliche Fehler aufmerksam machen soll...“

Auf die eigenartige Finanzierung der portugiesischen „Inneren Kolonisation“, ein Sparsystem für die ärmsten Landarbeiter, und auf die nicht minder originelle Finanzierung der Meliorationen haben wir im Anhang hingewiesen. Hier werden 2%-Kredite bis zu 30 Jahren und 90% der vorgesehenen Ausgaben für Meliorationen vom Staat gewährt, dort Naturaldarlehen (Haus, Wirtschaftsgebäude, Geräte, Vieh etc., genannt „Casal Agricola“) und kleinere Geldkredite (Betriebskapital) zu 2%, ebenfalls mit einer maximalen Laufzeit von 30 Jahren, erst auf Probe und bei Bewährung definitiv. Die ganze Organisation der „inneren Kolonisation“ liegt in der Hand der „Junta de Colonização Interna“, gegründet nach Gesetzeserlaß Nr. 27 207 vom 16. 11. 1936, reorganisiert nach Dekret Nr. 32 439 und 36 053 vom 24. 11. 42 und 19. 12. 46. Die Hauptaufgaben der Junta sind:

- a) Förderung und Beratung bei den Bestrebungen zur besseren Verteilung der Landbevölkerung.
- b) Studium und Vorschläge zur Verbesserung der Einrichtungen des Landesbesitzes und seiner Arbeitsmethoden.
- c) Gewährung von Hilfe bei der Ausführung der Meliorationen, die eine Steigerung der Ertragsfähigkeit des Bodens zum Ziele haben und Unterstützung landwirtschaftlicher Organisationen.
- d) Bestimmung von Brachlandreserven, welche für die Bewirtschaftung durch Kolonisten in Frage kommen können sowie Ausarbeitung von Meliorationsplänen und Hilfsleistungen an Kolonisationsunternehmungen und einzelne Kolonisten.

Es gelang der portugiesischen Landwirtschaft, Leistungssteigerungen zu erzielen, die auf der Ausdehnung der Anbauflächen beruhten, während die Bodenproduktivität kaum gesteigert werden konnte. Alle Hektarerträge blieben niedriger als in den übrigen europäischen Staaten²⁵⁾. Die Sicherung der eigenen Landwirtschaft besitzt auch heute, in einer immer noch von Nationalstaaten zersplitterten Welt, den wirtschaftspolitischen Vorrang. Der politische Zusammenschluß Europas, noch vor der Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes, wäre die Voraussetzung für eine grundlegende Rationalisierung der Landwirtschaft, die den gegenwärtigen Verschwendungen von produktiven Kräften Ein-

²⁵⁾ Yearbook of Food and Agricultural Statistics, FAO, Rom.

halt gebieten könnte. Man denke nur an die Bergbauern in der Schweiz oder an die Landarbeiter in Südportugal, die heute noch mit der Sichel ernten! Portugiesisch-Afrika kann in noch viel größerem Ausmaß als das europäische Portugal fruchtbares Land (sogar gratis!) für diejenigen Pflanzler des In- und Auslandes zur Verfügung stellen, die gewillt sind, z. B. mindestens 60 000 sFr. zu investieren. Eine ebenso hohe Summe müßte der Staat gegen eine Verzinsung von 2% für etwa 25 bis 30 Jahre (wie bei der inneren Kolonisation) als Darlehen gewähren mit der Auflage, daß der Pflanzler einen bestimmten Teil seiner Einnahmen spart und dann Verbesserungen seiner Pflanzung vornimmt. Als bedeutende Kapitalsammelstellen können sog. *Marketing Boards* (Preisstabilisierungsfonds) fungieren, die aus der Spanne zwischen Erzeuger- und Exportpreisen Reserven bilden, mit denen sie Entwicklungsinvestitionen finanzieren (Goldküste, Gambia usw.). In Französisch-Westafrika bemüht sich das „Génie Rural d'AOF“, eine Art *freiwilliger Arbeitsdienst*, um die Sanierung der Dörfer, wo die *Haushaltungsvorstände verpflichtet sind, den genossenschaftlichen Sparkassen* (Sociétés de prévoyance) beizutreten, die auch als allgemeine Sozialversicherung arbeiten. Sie können als Landwirtschafts-Schulen und -Beratungsstellen weitere Nebenaufgaben übernehmen. In Französisch-Äquatorialafrika wurden ebenfalls Versuchs- und Lehrstationen errichtet. An schwarze Pflanzler, die Exportprodukte anbauen und abliefern, werden *Prämien gezahlt* und die Genossenschaften der Schwarzen (Sociétés indigènes de prévoyance) mit Staatsgeldern gefördert, wenn sie für die bessere Versorgung der schwarzen Landwirte mit Saatgut, Geräten und Konsumgütern arbeiten. Das staatliche Institut „Crédit de l'AEF“ gewährt Agrarkredite. In Portugiesisch-Afrika ist die Regierung bemüht, die Schwarzen zu rationellem Betrieb zu erziehen und ihre soziale Lage und Kaufkraft durch Förderung der Erzeugung von Überschüssen für den Markt zu heben. Preisfestsetzung und Gründung von Absatzorganisationen (Monopolcorporationen, Produktionsgenossenschaften, Verkauf an weiße Konzessionäre) bieten den Gouverneuren die dazu unmittelbar wirksamen Handhaben. Produktions- und Konsumgenossenschaften können gleichzeitig immer auch als Spar-, Lotterie- und Kreditinstitutionen dienen. Die Einrichtung solcher Mehrzwecke-Genossenschaften wurde z. B. für den Mittleren Osten vorgeschlagen²⁶). Dort stellt sich ebenso wie in Portugal das Problem einer gründlichen *Bodenreform*. Während in Nordportugal eine Zusammenlegung der kleinen Betriebe (eventuell durch Gründung von Genossenschaften) erreicht werden muß, kann für den Süden nur eine Aufteilung des Großgrundbesitzes in Frage kommen (eventuell Übernahme durch den Staat und Beauftragung der Junta de Colonização Interna oder der „Volkshäuser“ mit der Besiedelung und dem Übergang von der extensiven zur intensiven Bewirtschaftung). Außerdem sind in Portugal die Probleme Revision des Pachtsystems, Erhöhung der Landarbeiterlöhne (Tageslohn 1955: Männer = 20,10 Esc., Frauen = 11,40 Esc.)²⁷), Entschuldung und Bereitstellung ausreichenden Agrarkredites über die Filialen der Allg. Depositenkasse und die Volkshäuser zu lösen. Die Mittel dafür könnten wohl angesichts der Liquidität des Kapitalmarktes in relativ kurzer Zeit von der Staatskasse zur Verfügung gestellt werden.

Über die *Forstwirtschaft* und Viehzucht in Portugal berichtete Lautensach 1932²⁸):

„... Wie die Tabelle zeigt, hatte Portugal im vergangenen Jahrzehnt (1920—30), auf das sich die Angaben beziehen, einen Forstbestand von 14,7 %. Rechnet man die Fruchtwälder ein, so ergibt sich mit 26,3 % ein Waldbestand von der relativen Höhe des reichsdeutschen, und wenn man noch die Fruchthaine hinzunimmt, so erhält man eine von Bäumen bestandene Fläche, die fast ein Drittel des Gesamt-

²⁶) Vgl. Ali Nawaz: Wandlung der Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur im Mittleren Orient, Polygraphischer Verlag, Zürich 1956.

²⁷) BdP 1955, S. 194.

²⁸) a.a.O., S. 116—119, 140.

reals ausmacht. Das zweite Drittel entfällt auf die Felder und Weinpflanzungen, das dritte auf die unkultivierten Flächen... Die Entwicklung geht in der Richtung einer allmählich immer stärker sich geltend machenden Verflechtung Portugals in weltwirtschaftliche Zusammenhänge. Gehören doch Holz, Kork, Wein und Olivenöl zu den wichtigsten Ausfuhrerzeugnissen!... Die Jahresgewinnung an Kienharz, das auf dem Wege der Destillation Terpentin, Teer, Pech und Kolophonium liefert, wird zu 14 000 t angegeben^{28a)}. ... Dieses Bild von der Intensität der Nutzung des portugiesischen Bodens verdüstert sich durch zwei Tatsachen: erstens dadurch, daß die Hälfte des Feldareals alljährlich brachliegt, und zweitens dadurch, daß die Hektarerträge der bestellten Felder zu den niedrigsten Europas gehören... Die Gesamtviehzucht Portugals macht knapp die Hälfte des nur wenig größeren Bulgariens aus. Die portugiesische Gesamtviehzucht besitzt nur den fünften Teil von der Intensität der dänischen...“

Obwohl seither Verbesserungen erzielt werden konnten, ist Portugal auf dem Gebiet der Viehzucht im Vergleich zu den anderen Ländern Europas immer noch weit im Rückstand. In der Forstwirtschaft ließe sich unter den gegebenen Wachstums- und absatzwirtschaftlichen Bedingungen durch die *Pflanzung von schnellwüchsigen Baumarten* wie z.B. Pappeln sehr leicht Kapital bilden. Der Staat oder unter seiner Aufsicht stehende Genossenschaften und Privatgesellschaften könnten sich den Anbau von Pappeln zur Aufgabe machen, wobei das Geld, das vom Publikum in Anteilscheinen zur Finanzierung der Pflanzungen angelegt wird, sich in dem Maße verzinst, wie der Wert der angepflanzten Bestände steigt. Nach dem Verkauf eines Baumes ist der größte Teil des Erlöses an den Anteilscheininhaber auszuzahlen. Da die Verzinsung viel höher sein wird, als die übliche, ergibt sich natürlich nicht nur eine Konkurrenz für die Versicherungsgesellschaften und gewöhnlichen Sparkassen, sondern auch für die übrige Forstwirtschaft, die Zellstoffindustrie, das Zündholzmonopol usw., da die neuen Gesellschaften den Holzpreis mitbestimmen können. In Westdeutschland wurden 1953 acht bis zehn Millionen Pappeln angepflanzt gegenüber kaum 50 000 im Jahre 1947. Wer 1953 auf seinem Grundstück 100 Pappeln pflanzte, hatte etwa 200 Mark Unkosten, kann aber dafür im Jahre 1973 mit nahezu 15 000 Mark Einnahmen rechnen. Bei der Pflanzung durch den Staat ist die Möglichkeit gegeben für jedes Bäumchen ein Schulkind als Pate zu bestimmen, das es zu betreuen hat. Beschädigungen „seines“ Baumes hat es sofort zu melden. Bekanntlich nehmen sich Kinder mit besonderem Eifer solcher spezieller Aufgaben an!

Eine portugiesische Statistik sehr merkwürdiger Art zeigt, daß von 1939 bis 1952 in jeder Minute 31 Bäume in Portugal gepflanzt wurden²⁹⁾. Dies weist auf die Wichtigkeit hin, die von den Behörden dem Aufforstungsproblem beigegeben wird! Die Ausführung eines *Aufforstungsplanes* (Gesetz Nr. 1971 vom 15. 6. 1938) wurde 1939 begonnen. Der erste Teil soll sich über eine Periode von 30 Jahren erstrecken. Die Ergebnisse des Planes bis 1949, die trotz der Behinderung durch den Krieg beachtlich sind, werden im Bericht über die Ausführung des allgemeinen 15-Jahresplanes 1936—1950³⁰⁾ auf Grund des Wiederaufbaugesetzes (Nr. 1914 vom 24. 5. 35) erwähnt³¹⁾. Die kultivierte Fläche Portugals ist von 1874 bis 1934 in folgendem Maße ausgedehnt worden³²⁾.

^{28a)} In 1000 t und Preis in Esc. ab Baum pro kg: 1948:49/1,4; 1949:52/1,3; 1950:69/1,5; 1951:91/3,3; 1952:32/2,6; 1953:28/1,1.

²⁹⁾ Centre Portugais d'Informations, Genève, Bulletin Nr. 56 vom 11. 2. 54.

³⁰⁾ Die im Rahmen dieses Planes getätigten Investitionen (13 Mill. C., davon 4,2 Mill. Rüstungsausgaben) wurden zu 45 % mit Überschüssen der ordentlichen Staatsrechnung, zu 45 % mit Anleiheerträgen, zu 5 % mit Geldern des Arbeitslosenfonds und zu 5 % mit alten, bis 1935 aufgelaufenen Überschüssen des ordentlichen Staatshaushaltes finanziert.

³¹⁾ Relatório do Governo sobre a execução da Lei no. 1914 de 24 de Maio de 1935 (Reconstituição Económica), Imprensa Nacional, Lissabon, Nov. 1950.

³²⁾ Ministerio de Agricultura: Plano de Povoamento Florestal, Imprensa Nacional, Lisboa 1940, S. 148.

	In ‰ der Gesamtfläche:		
	1874	1902	1934
Äcker, Wiesen, Weiden	21,3	35,1	37,9
Wälder (1932: 48,5 ‰ Nadel-, 48,6 ‰ Laub-, 2,9 ‰ gem. W.)	7,2	22,1	28,4
Kultivierbares Brachland	23,4	21,7	15,0
Brachland, das urbar gemacht werden kann	44,3	17,3	14,9

Da der Boden-Kataster-Dienst in Portugal erst wenig ausgebaut ist können nur Schätzungen der einzelnen Flächen vorgenommen werden. Eine im Juli 1949 gebildete Kommission der Regierung, in der auch die „Junta für Innere Kolonisation“ vertreten ist, soll die gründliche Bestandsaufnahme der portugiesischen Land-, Forst- und Viehwirtschaft unternehmen um auf dieser Grundlage einen Plan zur Förderung der Landwirtschaft (einschl. Viehzucht und Forstwirtschaft) zu entwerfen³³⁾. Das Nationale Institut für Statistik gibt in seiner Agrarstatistik für 1955 immer noch die alten Schätzungen von 1939³⁴⁾:

	In 1000 ha:					
	Jahr 1875	1902/7	1920	1929	1934	1939
Gesamtfläche Portugals ohne Inseln	8906	8906	8906	8906	8906	8906
I. Produktive Fläche	4642	6994	6926	7180	7027	7331
A. Kultivierte Fläche	2526	5068	5287	5615	5872	5842
a) Landw. genutzte Fläche	1886	3111	3229	3283	3352	3380
1. Acker- und Gartenfrüchte	1412	2338	2400	2423	2472	2500
2. Weinberge	204	313	335	345	345	340
3. Olivenbäume	200	329	340	350	370	370
4. Obstbäume	70	131	154	165	165	170
b) Forstw. genutzte Fläche	640	1957	2050	2332	2520	2467
5. Kastanien		84	84	85	85	80
6. Eichen	60	47	108	108	108	108
7. Steineichen		417	400	380	380	360
8. Korkeichen	370	366	500	560	741	690
9. Schwarzkiefern (f. Harzgew.)	210	430	900	1132	1139	1161
10. andere Wälder	—	613	66	67	67	68
B. Nicht kultivierte aber produktive Fläche	2116	1926	1639	1565	1335	1484
II. Unproduktive Fläche	4264	1912	1980	1726	1699	1575
A. Nicht kultivierte aber kultivierbare Fläche	3973	—	1596	—	1315	1191
B. Nicht kultivierbare und überbaute Fläche	29	—	340	—	340	340
C. Mündungsgebiete des Tejo, Sado und Aveiro		—	44	—	44	44

Die forstwirtschaftlich genutzte Fläche macht also ca. 42 ‰ der kultivierten Fläche aus und 27,7 ‰ des gesamten Territoriums auf dem Kontinent. 30 ‰ der Gesamtfläche sind kultivierbare, aber noch nicht bearbeitete Böden! Die Ausdehnung des sterilen Areals ist nicht groß: 4,3 ‰. Im Zeitraum 1939—1950 wurden auf Grund des Aufforstungsplanes ca. 60 000 ha bewaldet. Nach Berücksichtigung der privaten Aufforstungstätigkeit wird die forstwirtschaftlich genutzte Fläche auf 2 550 000 ha geschätzt³⁵⁾.

³³⁾ Vgl. hierzu: Mário Pereira: Fundamentos e Objectivos do Plano de Fomento Agrário, INE, Lissabon 1955.

³⁴⁾ INE: Estatística Agrícola 1955, Lissabon 1956, S. 1.

³⁵⁾ Vgl. de Moura, Pinto, Nunes, a.a.O., S. 29.

Der Aufforstungsplan sieht für die erste Plan-Periode 1939—1969 Ausgaben in Höhe von 747 460 Contos vor, allein zur Bepflanzung von Brachland und Dünen; für Unterhalt etc. in den folgenden 20 Jahren 338 452 C. und für Landerwerb (95,3 % der Waldungen waren 1928 in privater Hand!) 42 000 Contos. Man rechnete damals mit jährlichen Unterhaltskosten von 18 672 C. und Jahreseinnahmen von 74 494 C., also mit Nettoeinnahmen von 55 822 C. Nach dieser Berechnung sollte sich das gesamte investierte Kapital zu etwa 2,5 % verzinsen. Die Einnahmen werden je nach finanzieller Beteiligung unter der Staatskasse und den Kassen der nachgeordneten Verwaltungskörperschaften aufgeteilt. Die Allg. Depositenkasse ist ermächtigt Gemeinden, Provinzen usw. sowie Privaten Darlehen mit einer Laufzeit bis zu 30 Jahren zur Finanzierung geplanter Aufforstungen zu gewähren, prolongierbar bis zum Anfang der Nutzung eines neu angelegten Waldes. Das Wirtschaftsministerium hat u. a. den Auftrag Baumsamen und Pflänzchen gratis für geeignete Flächen an Verwaltungskörperschaften und Private abzugeben.

Wahrscheinlich würde auch die Budgetierung einer bestimmten Summe zur Verteilung von „Aufforstungsprämien“ für besonders rührige Waldbesitzer und Forstbeamte sehr vorteilhaft sein. Je nach der Zahl gesetzter Pflänzchen und ihrer Pflege nach einem bestimmten Zeitraum sollten Prämien zur Verteilung kommen. Laut Gesetz Nr. 1971 haben ja auch private Waldeigentümer die geplanten Bewaldungen vorzunehmen und werden im Falle ihrer Weigerung nach Dekret Nr. 24489 vom 19. 9. 34 enteignet.

Das Aufforstungsgesetz gehört zweifellos zu den besten Gesetzen von volkswirtschaftlicher Bedeutung, welche die Regierung Salazar erlassen hat. Die naturalwirtschaftliche Kapitalbildung ist nach Erlaß dieses Gesetzes in ganz besonders verdienstvoller Weise beschleunigt worden und kann durch weitere, noch intensivere Aufforstung ein bedeutend größeres Ausmaß erreichen. Folgende materielle Vorteile lassen sich dann für die Zukunft erkennen: Steigerung der Holzproduktion im allgemeinen, der Brennholzproduktion, der Produktion von Holzprodukten (Grubenholz, Harz, Harzderivate, Korkfabrikate usw.) und des Exportes dieser Waren, Entwicklung der Holzverarbeitenden Industrie, Verbesserung des Klimas, so daß die allzu häufigen Dürrezeiten reduziert werden können (günstiger Einfluß auf Land- und Elektrizitätswirtschaft), Verbesserung der Weiden, Verhinderung der Bodenerosion und Wanderung von Dünen, Erhöhung der Beschäftigung der Landbevölkerung, Schaffung von Attraktionen für den Fremdenverkehr, Verstärkung der Landesverteidigung und Steigerung der Staatseinnahmen.

2. Das Sparen.

Die wichtigste freiwillige geldwirtschaftliche Kapitalbildung ist das Sparen. Diese Hauptquelle der Kapitalbildung zu immer reichem Fließen zu bringen, stellt eine der dringendsten Aufgaben einer vorwärtsstrebenden Volkswirtschaft dar. Der Umfang solcher Kapitalbildung hängt von zwei Faktoren ab: 1. von der Sparwilligkeit und 2. von der Sparfähigkeit. Letztere ist in Portugal schon allein infolge der niedrigen Einkommen mangelhaft. Der Grenznutzen des unmittelbaren Verzehrs der gesamten Einkommen ist größer als der Grenznutzen des Sparens. Erst mit bedeutend höheren Einkommen würde der Grenznutzen des Verbrauchs sinken und die Kapitalbildung progressiv zunehmen. Die wenigen reichen Portugiesen sind bis auf einige Ausnahmen großzügig, jedenfalls nicht geizig. Sie haben ebensowenig das Bedürfnis vom Zins, als nach dem Sprichwort zu leben: „Spare in der Zeit, so hast du in der Not“. Industrielle Unternehmungen finanzieren sie nur selten und lassen ihr Vermögen lieber auf der Bank als Callgeld, im Grund- und Hausbesitz, als Gold- und Juwelenhort oder im Ausland. Reinhold Schneider schreibt über die Einstellung der

Portugiesen dem Sparen gegenüber in seinem Werk „Portugal. Ein Reisetagebuch“³⁶⁾:

„... Lotterie in Portugal. Wie viele Menschen leben in Portugal von der Lotterie? Man kann in Lissabon vier oder sechs Losverkäufer gleichzeitig an einer Straßenecke stehen sehen; es vergehen in einem Lokal keine fünf Minuten, ohne daß eine Frau mit einem Kind auf dem Arm oder ein alter Mann einen der bedruckten Zettel anbietet; nach wenigen Wochen hat man sich schon so an den singenden Ausruf der Zahlen gewöhnt, daß man ihn kaum mehr wahrnimmt. Selbst hier in dem Frieden eines kleinen Meerstädtchens und dem noch größeren Frieden der abliegenden Straße, wo ich wohne, ziehen vom frühen Morgen bis in das späte Dunkel des Abends Männer in allen Lebensaltern, gekleidet nach allen Abstufungen der Armut und selbst einer besseren Lebenshaltung, vorbei; an einer Kreuzung bleiben sie stehen, und mit weit offenem Munde, geröteten Gesicht, singen sie ihre Zahlen ab: die Tausender und Hunderter rasch, dann aber lang austönend, mit der ganzen Kraft der oft schon heiseren Stimme, die Zehner und Einer: vinteno. Wie viele mögen es sein, diese Mädchen, Frauen, Greisinnen, Jünglinge und Männer, die vielen Blinden, Halbbinden, Lahmen und Kranken? Sie leben alle von der Lotterie, sie sollen, wie man sagt, oft gar kein so schlechtes Auskommen finden; aber nicht nur sie leben davon, sondern die zahllosen Ladenbesitzer in den Städten, die Lose vertreiben, und dahinter die große Masse derer, die immer unsichtbar bleiben: die Unternehmer und ihre Angestellten, Stiftungen, Gesellschaften und nicht zuletzt: der Staat. Dies ist die eine und nicht sonderlich wichtige, die materielle Seite der Lotterie; auch hier würde man vollkommen falsch urteilen, wenn man glaubte, daß allein die für Verkäufer, Vertreter und Unternehmer bestehende Möglichkeit eines verhältnismäßig leichten Gelderwerbes der Lotterie zu dieser, wie es scheint, beispiellosen Ausdehnung verholfen haben. Eine solche Einrichtung würde ebensowenig wie das Versicherungswesen in Deutschland populär werden, ohne aus den Wünschen des Volkes selbst geboren worden zu sein: in Deutschland verzichtet und entbehrt man ein Leben lang, ja man opfert oft einen großen Teil dieses Lebens selbst, um den vielleicht nach unsäglichen Mühen verbleibenden kargen Rest gesichert zu verbringen; in Portugal gibt man den geringen Betrag, den der Tag übrigläßt, sofort wieder aus für die ungewisse Hoffnung auf eine große Summe; dort will man gesichert sein, hier will man hoffen; dort will man eine Quittung, hier ein Los; dort ist die Summe gewiß, aber es ist ungewiß, ob man sie genießt, hier ist die Summe ungewiß, aber man genießt sie fort und fort in ihrer märchenhaften Fülle, — im Traum. Man kann hier nicht sparen, aber man lebt, erheben, gestürzt, schwankend, vertrauend; der ganze Strudel des Gefühls wirbelt um ein solches flüchtig bedrucktes Stück Papier. Die Lotterie ist nicht ganz so töricht, als man vielleicht glaubt, nicht ganz so sinnlos; mag sie immerhin eine Verschwenderin sein, sie ist auch eine sehr kluge, sehr nachsichtige und unermüdliche Dienerin am Leben. Wie schön ist es doch, wenn man für fünf Escudos eine Hoffnung kaufen kann! (Vorausgesetzt, daß man zu hoffen vermag!) Man tauscht ein bedrucktes Stück Papier, das man Geld heißt, für ein anderes ein; auf dem einen steht eine kleine, der Beachtung nicht werthe Summe, auf dem anderen eine riesengroße; man hat das eine ebenso sicher als das andere in der Tasche — und ist nicht auch das Geld eine Lotterie? Wann zieht man mit einem Geldschein wirklich einen Gewinn; wann ist das Gekaufte wirklich ein Treffer, der das hält, was die Erwartung und die Phantasie versprechen? Und wird irgend etwas gekauft ohne Versprechung der Phantasie? Hat nicht das Geld einen durchaus phantastischen Wert, den man aber unbeirrbar für sicher hält? Wie dem auch sei: ein Lotterielos erweckt einen viel größeren Reichtum der Gefühle, als ein Geldschein, und jedes Los ist bereit, ihn zu erwecken. Der Hoffnungen sind unzählige; jedes Los verspricht genau das gleiche; es ist, als ob man ganz von neuem beginnen würde, wenn man es in den Händen hält. Die Möglichkeiten erschöpfen sich nie; man hat nichts verloren mit allen früheren Losen, und nun, von dem Tage an, da man dieses gekauft hat, beginnt man zu gewinnen. In Portugal leben nicht nur diejenigen von der Lotterie, die am Verkauf der Lose mit Sicherheit etwas verdienen; im Gegenteil, sie leben am wenigsten davon; im tieferen Sinne aber lebt von der Lotterie das ganze portugiesische Volk. Gerhart Hauptmann spricht einmal im „Emanuel Quint“ von der Hoffnung auf einen Tag, der alles verwandelt, an dem

³⁶⁾ Verlag Georg Müller, München 1931, S. 89—93.

sich die großen geheimen Hoffnungen verwirklichen; diese Erwartung, die nur ganz in der Tiefe des Deutschen lebt und nur in seltenen entscheidenden Augenblicken eingreift in den Gang eines Tages, beherrscht bis ins Alltäglichsie das Leben des Portugiesen. Das Märchen kann jeden Augenblick beginnen, ohne in Erstaunen zu setzen; denn der Charakter der Welt ist durchaus phantastisch. Eines Tages kommt ein Schiff zurück aus der düster-drohenden Ferne des Meeres und ist mit Juwelen von überwältigendem Feuer, von nie gesehener Größe, mit riesenhaften unbekannten Früchten, mit Vögeln von unwirklicher Farbenpracht beladen; man tauscht diese Dinge ein gegen ein paar verachtete Perlen aus Wachs, ein paar Kugeln aus gefärbtem Glas; vier oder fünf Schiffe ziehen aus mit einem kleinen Heer von tausend Soldaten und erobern König- und Kaiserreiche, vor deren Unermeßlichkeit das Vaterland völlig verschwindet; Bauwerke steigen empor von nie gesehener Herrlichkeit, die versteinerten Wunder des Ostens und der Meere, Denkmäler beispielloser Siege, vor denen nach des Camões selbstbewußtem Wort alles das nichtig wurde, was die Muse der Alten besungen hatte; dann, bevor noch die ganze Ausdehnung der Eroberung erkannt wurde, ging das Weltreich wieder verloren, und die Bauwerke stürzten durch das Erdbeben ein. Große Verluste heben die Endgültigkeit der Werte auf oder sie erwecken und verstärken vielmehr das Gefühl von der Wandelbarkeit der Werte, das immer vorhanden ist; die Leichtigkeit, mit der sie verlorengehen, enthüllt die Leichtigkeit, mit der man sie gewinnt. Sie gehen, aber warum sollen sie nicht wiederkommen; unsicher ist die Erde, das Meer noch immer von Wundern erfüllt; ewig wechseln die Bilder im Gewebe der Welt, wer kann wissen, wie sich die Fäden kreuzen in ihrem ordnungslosen Spiel. An die Stelle des Weltreiches tritt die Illusion; die Armut wird überwunden durch das Bewußtsein der immer bestehenden Möglichkeit unermeßlichen Reichtums; aus der Enttäuschung wird eine Hoffnung. Ein Volk, das in diesem Maße spielt, lebt sehr fern von der undefinierbaren Härte, die wir Wirklichkeit nennen, aber es lebt geschützt von den immer bereiten Legionen und Wundern seines Traums. Es ist nicht allzu fest verwachsen mit der Erde und war es offenbar nie; seine Verwandtschaft mit ihren Gütern ist eine flüchtige, sein Respekt vor ihrem Reichtum nicht allzu groß und deshalb seine Fähigkeit, sie zu bewahren, sehr gering. Denn wenn nun wirklich einmal das Märchen sich verwirklicht und der Gewinn in die Hände eines solchen Träumers fällt: was wird dann geschehen? Er wird genießen wollen, aber es ist das Verhängnis des Träumers, daß er nicht anders genießen kann, als im Traum; die Dinge der Welt bleiben immer hinter seinem Traum zurück; und endlich scheitert er daran, daß die Sinne wohl ermüden, aber nicht das Gehirn. So hat Portugal genossen, als es das große Los gezogen und Indien gewonnen hatte; es sah, aber es konnte nicht ergreifen, weil es mit einem Male fassen wollte, was es sah, und nicht nur was es sah, sondern alles, was es wünschte. Die Schiffe, die das Gold heimbringen sollten, versanken am Kap, weil sie zu schwer beladen waren.

Dennoch besteht das Weltreich noch heute, und es wird dauern bis in die fernste Zeit: in jener unzerstörbaren Wirklichkeit, die der größte der portugiesischen Träumer: Camões, erschuf. Ja, es besteht in einer Vollkommenheit in seinem Gedicht, die es niemals, auch nur annähernd, auf dem Boden der Sichtbarkeit erreicht hat; denn Camões dichtete nicht das, was außen, sondern das, was innen war: den letzten und größten Traum; er dichtete nicht, was Portugal tat, sondern was Portugal wollte, und er, und niemand als er, hat es vollendet. Sein Volk genießt jenen großen Traum, den er ihm geschenkt hat und lebt von den unzähligen kleinen Träumen seines Tages; es vertauscht die Illusionen und Hoffnungen wie Stäbe, die ein Stück weit helfen und dann abgelöst werden von anderen auf der mühseligen Bahn, die oft der Verzweiflung nicht entgehen kann. Aber die Erfüllung liegt immer wieder in der Hoffnung selbst, und jedes Los, jede ausgerufene Zahl ist eine Hoffnung; es gibt keine Finsternis, die nicht hell wird vom Schimmer eines Traumes. So lebt das portugiesische Volk arm, aber unverwundbar; denn sein Reich ist nicht von dieser Welt...“

Bis auf die falsche Vorstellung von Eroberungen östlicher König- oder Kaiserreiche und von den Waren, welche Portugal mit Indien tauschte, hat Schneider die Lage in Portugal sehr gut geschildert. Seitdem ist es Salazar jedoch gelungen, seine Landsleute aus ihren Träumen etwas aufzurütteln; aber der durch ihre große Geschichte geprägte Charakter dieser Nation läßt sich nicht einfach in ein paar Jahren ändern. Die ungenügende eigene Kapitalbildung

könnte man eher mit *Kapitalimporten* anregen. Eine derartige Akkumulation braucht durch die von solchen Importen ausgehende weitere Senkung des Zinsfußes nicht gehemmt zu werden. Der Zustrom privaten und staatlichen Auslandskapitals kann an vielen Orten stimulierend wirken. Er kann Produktion und Einkommen steigern, zu größerem Verbrauch und vermehrten Ersparnissen führen, damit die lokalen Investitionen steigern und folglich zu weiterer Expansion verhelfen. Auf die wohlbegründeten Bedenken der Regierung Salazar ausländisches Kapital anzunehmen und das Mißtrauen der Kapitalgeber des Auslandes, Portugal gegenüber, haben wir in einer besonderen Studie hingewiesen³⁷⁾. Es wird ausdrücklich betont, daß man „den Aufbauplan (Sechsjahresplan 1953—58) durchzuführen hofft, ohne eine ausländische Finanzhilfe solchen Ausmaßes, daß sie die seit 1928 gewonnene Prestigestellung und Unabhängigkeit vermindern würde“³⁸⁾.

Der für europäische Verhältnisse *außerordentlich starke Geburtenüberschuß* von jährlich 1,2 % (ca. 105 000) führt ohne Kapitalimport zu einer relativen *Verlangsamung der eigenen Kapitalbildung*, und zwar dadurch, daß sie einen Teil der sich neu bildenden Kapitalien absorbiert, damit erst einmal der Bevölkerungszuwachs (d. h. Geburtenüberschuß minus Wanderungssaldo) von jährlich ca. 50 000 Personen mit derselben Menge an Kapitalgütern ausgestattet werden kann, wie die vorhergehende Bevölkerungszahl. Dies bedeutet also Schwächung der Akkumulationskraft und damit Hemmung des wirtschaftlichen Fortschritts der Nation. Lautensach schrieb 1932 über die portugiesischen Bevölkerungsprobleme³⁹⁾:

„... Portugal gehört zu den Ländern mit den höchsten Geburtenziffern (1932: 29,8; 1955: 23,9 ‰) in Europa. Es wird nur von Sowjetrußland, Bulgarien und Rumänien übertroffen; Spanien steht schon um 4 v. T. niedriger. Die Geburtenziffer war sogar im letzten Jahrzehnt (1920—30) noch höher als im Jahrzehnt des Weltkrieges. Die hohe Geburtenziffer ist ein Kennzeichen bei weitem der meisten Länder, die auf der Stufe traditioneller Kulturpsychologie stehen. Für sie ist aber gleichzeitig eine sehr hohe Sterblichkeitsziffer (1930: 17; 1950: 12,1 ‰) charakteristisch, und Portugal wird auch mit ihr in Europa nur von Rußland und Rumänien übertroffen. Es liegt das an den sehr ungünstigen sanitären Verhältnissen, an dem Mangel an ärztlicher Hilfe in den kleineren Siedlungen, an der Unbildung, wie sie in dem hohen Prozentsatz der Analphabeten zum Ausdruck kommt (1930: 61,8; 1950: 40,4 ‰), an der weiten Verbreitung ansteckender Krankheiten, insbesondere der Lungentuberkulose, gegen die nicht energisch genug angekämpft wird⁴⁰⁾. Auch auf diesem Gebiet kommt der „desleixo“ (Verzicht) des Individuums wie der Behörden, zu unheilvollem Ausdruck. Die Grundlage dieses ganzen Elends bildet die durch geringe wirtschaftliche Energie verursachte, gegenüber Mittel- und Westeuropa beispiellose Armut der Massen. Das portugiesische Volk erhält sich durch diesen schnellen Wechsel von Geburt und Tod aber nicht etwa besonders jung. Denn gerade die Säuglings- und Kindersterblichkeit erreicht eine erschreckende Höhe, und die große Zahl der Totgeburten ist in den obigen Ziffern noch nicht einmal mit enthalten. So ist das Leben des portugiesischen Volkes mit einem hohen Grad von physiologischem Leerlauf und mit vielen bitteren Schmerzen verbunden. Der Geburtenüberschuß ist daher wesentlich kleiner als z. B. in den glücklicheren Niederlanden. Er war im Jahrzehnt der Grippepidemien und Weltkriegsverluste natürlich besonders gering. Trotz dieses mittelstarken physiologischen Wachstums ist Portugal, wenn man in Prozenten der Gesamtbevölkerung rechnet, nach dem Irischen Freistaat das erste Auswandererland der Welt. ... Die Scheu vor dem Militärdienst war schon früher nach der Angabe der portugiesischen Autoren der Hauptgrund für die heimliche Auswanderung, und so ist

37) v. Gersdorff (2): Beteiligungsmöglichkeiten des Auslandes, insbesondere der USA, bei der wirtschaftlichen Entwicklung des Portugiesischen Reiches (noch nicht veröffentlicht).

38) Mitteilungen der Bundesauskunftsstelle für den Außenhandel, Nr. 12, Bonn, 12. 3. 1953.

39) a.a.O., S. 162—163.

40) 1955 betrug die Zahl der durch Lungentuberkulose verursachten Todesfälle nur noch 4598, das sind 4,6 % aller Todesfälle (99 472).

es verständlich, daß dieselbe sehr stark answoll, als Portugal wider den Willen der Volksmassen in den Weltkrieg gezogen wurde. Der wichtigste Allgemeingrund für die offene Auswanderung ist der folgende. Der Geburtenüberschuß drängt nach einer Verschiebung des Bevölkerungsgleichgewichts auf eine höhere Dichtigkeitsstufe. Aber die wirtschaftlichen Kräfte sind zu matt, um eine entsprechende Intensitätssteigerung zu erlauben. Vor allem übt die psychologische Tatsache einen unheilvollen Einfluß, daß das Geld nicht vorwiegend als ein verdienter Lohn für mühevollen Arbeit gilt. Die Verpachtung und Unterverpachtung von Boden, Geräten und Nutzungsrechten hat zur Folge, daß ein kleiner Teil von Besitzern mühelos vom Schweiß der Pächter lebt, und die letzteren daher nicht das Geld zur Verbesserung von Methoden und Geräten erarbeiten können. Besonders gilt das vom Landbau. Etwa die Hälfte der Auswanderer besteht aus Bauern und Landarbeitern. Infolgedessen ist auch die Auswanderung in den Monaten nach der Ernte am stärksten. Während die Rückwanderung gemessen an den ausgeschifften Passagieren 3. Kl. und portugiesischer Nationalität, umgekehrt in den Monaten November bis März gering ist. Die Auswanderung erfolgt nämlich vorwiegend nach den Agrarländern Südamerikas. Brasilien steht voran. Es nimmt rund dreiviertel der Auswanderer auf. Argentinien folgt mit rund einem Zehntel. Nach den eigenen Kolonien dagegen wendet sich nicht einmal der hundertste Teil des Auswandererstromes. Besonders aus Brasilien kommt ein Teil der Auswanderer mit ausreichenden Ersparnissen zurück, und manches Dorf, das sich durch schmutzige Neubauten auszeichnet, so z. B. Cabra in der Beira Alta ist von zahlreichen solchen angesehenen „Brasilianern“ bewohnt... S. 165... Die zweite Art der Binnenwanderung ist die Verstädterung, die meist mit Berufswechsel verbunden ist. Sie erzeugt vor allem das gewaltige Wachstum von Lissabon und Porto, deren natürliche Bevölkerungsbewegung aber ihrerseits noch wesentlich größer ist als die der mittel- und westeuropäischen Großstädte. Ein Maß für die Verstädterung kann man daraus entnehmen, daß die 269 Hauptorte der Kreise 1864 24,5%, 1920 dagegen 35,1% der Gesamtbevölkerung beherbergten. Die Verstädterung hat also nur einen mäßigen Umfang; denn eine prinzipielle Umschichtung der Berufe ist in der Zwischenzeit nicht erfolgt... S. 178—179... In den weiträumigen Landesteilen ist die Bevölkerungsdichte klein, der Abstand der stattlicheren Siedlungen groß. Das Gewicht des Ertrages der Flächeneinheit ist verhältnismäßig gering. Obwohl in diesen Landesteilen die physischen Verkehrshindernisse klein sind, und obwohl der Boden auf weite Strecken so wenig genutzt wird, daß die für die Anlage neuer Verkehrswege nötige Fläche nahezu kostenlos zur Verfügung steht, stellen sich einer solchen doch die größten Rentabilitätsschwierigkeiten entgegen. Die psychologische Einstellung des Volkes, insbesondere die geringe Bewertung der Zeit, und die Kapitalarmut des Staates haben zur Folge, daß diese Schwierigkeiten erst sehr unvollkommen überwunden sind. In den engräumigen Landesteilen im Norden ist die Bevölkerungsdichte mittelhoch bis sehr hoch. Die größeren Siedlungen liegen nahe beieinander. Das Gewicht oder der Wert des Ertrages der Flächeneinheit ist groß. Das Bedürfnis nach zahlreichen und guten Verkehrswegen ist daher stark. Obwohl der Boden oft bis auf den letzten Quadratmeter genutzt und daher teuer ist, und obwohl die physischen Hindernisse die durch die Gebirgswüsten, die Talschluchten und die winterlichen Hochwasser erzeugt werden, groß sind, sind hier im Laufe der letzten achtzig Jahre Straßen und Eisenbahnen in einer für die Iberische Halbinsel außergewöhnlichen Gesamtlänge gebaut worden...“

Heute verhält sich noch alles so, wie Lautensach das beschrieben hat, und zwar mit folgenden Ausnahmen. Die sanitären und medizinischen Bedingungen haben sich seitdem (seit 1932) gebessert, sind aber immer noch nicht befriedigend. Die Sterberate entspricht derjenigen europäischer Industriestaaten, die Säuglingssterblichkeit liegt jedoch über dem Durchschnitt. Einige Wasserversorgungsanlagen, Krankenhäuser, Sanatorien usw. konnten vom Staat im Rahmen des Fünfzehnjahresplanes (1936—50) mit Hilfe von Staatsrechnungsüberschüssen und Anleiherträgen finanziert werden. Der Kapitalimport durch Portugiesen, die von Brasilien zurückkehren (Anzahl der Rückwanderer 1936: 5634; 1943: 7993; 1955: 832) oder ihre in Portugal gebliebenen Angehörigen unterstützen, spielt weiterhin eine große Rolle⁴¹⁾. Die Verstädterung hat zugenommen. Von einer

⁴¹⁾ Saldo Auswandererrückreisen 1955 in 1000 Contos: + 277 (1950: + 471), Geschenke und Pensionen: + 294 (+ 191). BdP 1950, S. 69; 1955, S. 107.

Kapitalarmut des Staates kann nicht mehr in diesem Sinne gesprochen werden. Wir kommen darauf zurück.

Die *Auswanderung* (1955: 29 796 nach dem Ausland, davon 18 486 nach Brasilien; 12 847 nach den Überseeprovinzen, davon 9250 nach Angola und 3109 nach Moçambique) ist eine Folge der äußerst niedrigen Erträge der portugiesischen Landwirtschaft (mit ihren rückständigen Produktionsmethoden) und der ungenügenden Industrialisierung. In Nordportugal, wo Klein- und Kleinstbetriebe dominieren, sind schon allein aus Kapitalmangel keine Investitionen zur Produktionssteigerung möglich. Die meisten Auswanderer stammen aber gerade aus dem Norden des Landes (und aus Madeira: 1955 wanderten 4722 aus), in dem das *Analphabetentum* viel seltener ist als im Süden. Somit gehen dem Mutterland gerade diejenigen Kräfte verloren, die mit ihrer Intelligenz und ihrem Wagemut am meisten zur stärkeren wirtschaftlichen Entwicklung beitragen könnten. Lautensach deutet das portugiesische Analphabetentum folgendermaßen⁴²):

„... Im Leben des Volkes als Nation trägt die Tradition einen vorwiegend rückschauenden Charakter. Man begeistert sich immer aufs neue an der Tatsache, daß Portugal vor 400 Jahren die erste Weltmacht war. Aber dieses Zurückschauen auf die Vergangenheit ist viel weniger Antrieb als eine Zuflucht und eine Entschädigung der Phantasie angesichts der so ungleich bescheideneren Gegenwart. Es trägt einen passiven Charakter, der sich in dem Mangel an Unternehmungsgeist auf wirtschaftlichem Gebiet äußert und dazu führt, daß die nichtportugiesische Welt meist nur mit Belanglosigkeiten: sportlichen Ereignissen, diplomatischen Höflichkeitsbezeugungen, Skandalgeschichten usw. in den Vorstellungskreis der Portugiesen eintritt. Dieses passive Festhalten am Herkommen äußert sich vor allem in der sehr großen Zahl der Analphabeten... Der besonders hohe Prozentsatz in Algarve (Alcouthim 89 v. H.) und in Süd-Alemtejo dürfte eine Nachwirkung des arabischen Einflusses sein. Die große Analphabetenzahl unter den Fischern der Küste ist eine Folge der Tatsache, daß diese besonders schwer um die Existenz kämpfende Bevölkerungsklasse die Knaben in frühem Alter mit zur Arbeit heranzieht. So schwerwiegend auch dieses starke Analphabetentum für die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten ist, es wäre gänzlich verfehlt, dasselbe zu einem allgemeinen Kulturmesser zu machen. Mit Überraschung habe ich oft festgestellt, wie intelligent diese europäischen Analphabeten sind, welche scharfe Beobachtungsgabe sie besitzen, wie tief sie in ihrer Umwelt verwurzelt sind, wie gewandt sie ihren Gedanken Ausdruck zu geben verstehen, und was für moralisch hochstehende Persönlichkeiten sie darstellen... Bei dem geringen Grad von Tatsachenkenntnissen, wie ihn das Analphabetentum mit sich bringt, und der ständigen Neigung zum Plaudern hat sich die Gewohnheit entwickelt, auf Grund einer ungemein schmalen Tatsachenbasis ein luftiges Gebäude von Gedankenverbindungen aufzubauen, sich in eine Welt von Irrealitäten hineinzuträumen. „Unsere alte Gewohnheit besteht darin, schwierige Lösungen vom Zufall zu erwarten“, bekannte kürzlich eine der am meisten gelesenen Zeitungen Lissabons. Diese Neigung trägt eine stark melancholische Färbung. Sie führt zur saudade, d. h. der schmerzlichen Erinnerung an ein Glück, das geschwunden ist, und den Wunsch bzw. die Hoffnung, seiner wieder teilhaftig zu werden (C. Michaelis de Vasconcellos, S. 76). Dieser weiche Zug erzeugt gleichzeitig den Hang zur Lyrik und zur Idylle (Aubrey F. G. Bell, S. 9). Angesichts der nüchternen Wucht nackter Tatsachen entwickelt sich aus der saudade dann häufig das Gefühl wehmütigen Verzichts (desleixo). Der große nationale Stolz, der mit der oben geschilderten rückschauenden Einstellung verknüpft ist, steht in scharfem Gegensatz zu der nationalen Resignation, die sich angesichts der derzeitigen politischen Lage entwickelt hat, und aus diesem tiefen seelischen Konflikt heraus sind die immer erneuten Revolutionen zu begreifen, die das Land seit reichlich 100 Jahren erschüttern und nachhaltige Wirkungen auf das kultur-geographische Bild ausgeübt haben...“

Dieser letzte Satz ist durch die Tätigkeit Salazars und seiner Regierung inzwischen überholt, während das Vorhergehende noch heute weitgehend seine Gültigkeit besitzt. 40 % der Bevölkerung kann immer noch nicht lesen und

42) a.a.O., S. 99.

schreiben. Nur die 1468, im Rahmen des Schulbau-Zehnjahresplanes 1941—50 (bis 1956 verlängert) und des 15-Jahresplanes errichteten Schulbauten (Kosten: 550 000 C., davon vom Arbeitslosenfonds getragen: 14 000, von den Gemeinden: 18 000) und Erwachsenenbildungskampagnen verhinderten eine Erhöhung dieses Prozentsatzes. Der Bestand an Primarschulen (1954/55: 10 019) müßte noch ganz erheblich erhöht werden. Gerade in der jüngsten Vergangenheit, im Jahre 1954, zeigte sich, daß die Portugiesen unter dem Regime Salazar einig zusammenstehen und auf Grund dieser *innenpolitischen Stabilität* keineswegs gewillt sind, auch nur das Geringste ihres Reiches kampfflos preiszugeben, sei es noch so weit entfernt und wirtschaftlich unbedeutend, ja sogar ein so großes „Defizitgeschäft“ wie Goa und Damão an der Malabarküste oder Diu auf der Kathiawar-Halbinsel Indiens. Also im Gegensatz zu früher keine Spur von Revolutionen und „desleixo“.

3. Die Unternehmungskapitalbildung.

Die Unternehmungskapitalbildung trägt nach Röpke den Keim zur Kapitalverschwendung in sich. Die gesellschaftswirtschaftliche Grenzproduktivität des Kapitals kann leicht unter den Marktzins sinken. In Portugal und seinen Überseeprovinzen ist diese Form der Kapitalbildung angesichts des Mangels an freiwilligem Sparen der Einzelpersonen ebenso stark verbreitet wie in anderen wirtschaftlich wenig entwickelten Staaten.

4. Die finanzwirtschaftliche Kapitalbildung.

Der Fiskus darf kein Hemmschuh für die private Kapitalbildung sein. *Steuern* sollen im allgemeinen einen Entzug aus dem Konsumtionsfonds und nicht aus dem Akkumulationsfonds darstellen, weil sonst die freiwillige Kapitalbildung zurückgeht. Aber obwohl die portugiesische Besteuerung niedriger ist als diejenige aller anderen Staaten Europas, vermag sie die private Kapitalbildung wegen der großen Liquiditätsneigung der portugiesischen Kapitalbesitzer nicht wesentlich zu fördern. Stellen wir dem nominalen Netto-Volkseinkommen zu Marktpreisen von 1938 (also dem Brutto-Sozialprodukt 1938 abzüglich Abschreibungen) das gesamte Steueraufkommen^{42a)} für 1938 gegenüber, so ergibt sich für die Jahre 1947, 48, 49 und 50 folgendes Verhältnis zwischen dem realen Netto-Volkseinkommen und dem realen Steueraufkommen^{42b)} in Contos:

Jahr	Reales Netto-Volkseinkommen zu Marktpreisen Basis 1938	do. in % von 1938	Abnahme d. Volks-eink. im Vergleich zu 1938	Reales Steuer-aufkommen Basis 1938	do. in % von 1938	Abnahme d. Steuer-auf-kommens im Vergleich zu 1938	Verhältnis Steueraufk. Volkseink.	do. : Ab- und Zunahme um
1938	16 431 000	100 %		1 756 990	100 %		10,6 %	
1947	13 117 420	79,8 %	20,2 %	1 271 822	72,3 %	27,7 %	9,6 %	— 1,0 %
1948	14 644 920	89,1 %	10,9 %	1 421 154	81,4 %	18,6 %	9,7 %	— 0,9 %
1949	14 819 170	90,1 %	9,9 %	1 567 221	89,2 %	10,8 %	10,0 %	— 0,6 %
1950	14 868 180	90,4 %	9,6 %	1 624 454	92,4 %	7,6 %	10,9 %	+ 0,3 %

^{42a)} Zölle, Grund-, Industrie-, Berufs-, Kapitalverwendungs-, Ergänzungs-, Stempel-, Erbschafts-, Schenkungs-, Handänderungs-, Vergnügungs-, Autotransport-, Verkehrs-, Bergwerks-, Bier-, Zusatz- und Kriegsgewinnsteuern.

^{42b)} Gegeben waren die realen Netto-Volkseinkommen zu Faktorkosten (vgl. RdE, Dez. 1951, S. 197). Im gleichen Maße wurden die indirekten Steuern auf die reale Kaufkraft des Geldes zurückgeführt und zu den realen Volkseinkommen zu Faktorkosten addiert, so daß dann die Summe (die realen Netto-Volkseinkommen zu Marktpreisen) den in gleicher Weise abgewerteten Steueraufkommen gegenübergestellt werden konnte.

Das Steueraufkommen hat also im Verhältnis zum Volkseinkommen in den Nachkriegsjahren abgenommen und erst 1950 die Vorkriegshöhe überschritten. Dabei ist die Bevölkerungszahl im gleichen Zeitraum (1938: 6 985 818, 1950: 8 441 312 Einw.) um 21,77 % gestiegen. Wir sehen, daß der Rückgang der Steuereinnahmen 1947 um 7,5, 1948 um 7,7 und 1949 um 0,9 % größer war als derjenige des Volkseinkommens. Erst 1950 hatten diese Einnahmen im Vergleich zu 1938 um 2 % weniger abgenommen als das Volkseinkommen. Das Steueraufkommen pro Kopf der Bevölkerung in Esc. von 1939 erreichte erst 1953 den Vorkriegsstand (281 Esc)⁴³⁾. Man kann infolgedessen gewiß nicht sagen, daß die Besteuerung in Portugal hoch ist. Sie ist in allen anderen europäischen Staaten etwa um 10 bis 20 % höher, ebenso in den USA und Canada. Nur 31,7 % der gesamten Staatseinnahmen entfielen 1954 auf die direkten Steuern⁴⁴⁾. Die unteren Einkommensklassen haben einen größeren Teil der Gesamtsteuerlast zu tragen als die hohen Einkommen. In dieser Beziehung gleicht die portugiesische Situation der westdeutschen im Vergleich zur englischen: Bei gleicher Gesamtsteuerlast tragen in Westdeutschland die niedrigen Einkommensklassen den größten Teil der Last (neben der Sozialversicherung, die sie allein zu tragen haben!), in Großbritannien haben die hohen Einkommen nach dem Prinzip: "pay as you earn" die Hauptlast zu tragen. Das portugiesische Steuersystem ist jetzt schon mit einigen Abänderungen, die die Verteilung der Lasten nicht wesentlich verschoben haben, seit den Reformen von 1928/29 in Kraft. Man kann sich also fragen, ob nach so langer Zeit nicht wieder grundsätzliche Reformen notwendig sind. Die Sozialversicherung kann in Portugal (etwa im Gegensatz zu Westdeutschland) gewiß keine freiwillige private Kapitalbildung verdrängen, denn dort, wo sie eingeführt ist, bei den viel zu wenig verdienenden Arbeitern, würde auch ohne Sozialversicherung keine Kapitalbildung stattfinden. Einzelne Steuern, wie z. B. die Alkoholsteuer, beeinträchtigen die private Kapitalbildung sehr wenig (Röpke).

Bei übermäßiger finanzwirtschaftlicher Kapitalbildung fehlt aus Mangel an einem Zinsregulator jeglicher Maßstab für die jeweils noch zulässige Höchstbelastung der Gegenwart zugunsten der Zukunft und eine rationelle Aufteilung des knappen Kapitals auf die einzelnen Verwendungszwecke. Ein typisches Beispiel für eine grausam übertriebene staatliche Kapitalbildung ist die Sowjetunion, wo die Elektrifizierung den Hungertod von Millionen von Bauern zur Folge hatte (Getreideexport gegen Maschinenimport) und wo ungeheure Verschwendungen gang und gäbe sind. Da in Portugal die private Kapitalbildung nicht ausreicht, muß der Staat eingreifen. *Die staatliche Kapitalbildung* dieses Landes ist jedoch vollkommen unzureichend. Obwohl genügend liquide Mittel vorhanden sind, werden sie weder in ausreichendem Maße durch Besteuerung noch durch zusätzliche Verschuldung in die Staatskasse geleitet. Das starre, für eine antizyklische Politik ungeeignete Steuersystem erlaubt (bei strikter Einhaltung des laut Verfassung vorgeschriebenen Budgetausgleichs) keine ausreichenden Entwicklungsinvestitionen (für eine wesentliche Steigerung des Volkseinkommens über das Bevölkerungswachstum hinaus). Jedes Jahr wird der budgetierte *Staatsrechnungsüberschuß* weit überschritten (in 1000 Contos: 1938: 242, 1949: 45, 1950: 30, 1951: 47, 1952: 52, 1953: 81, 1954: 53, Budget 1955: 4, 1956: 8) und alle Staatsanleihen werden überzeichnet. Die *orthodoxe Kredit- und Finanzgesetzgebung* Salazars hat zu außerordentlicher Liquidität des Kredit- und Finanzapparates geführt. Nach einer entsprechenden Änderung der Gesetzgebung müßte sie zugunsten dringender produktiver Investitionen abgebaut werden. Es geht nicht an, daß Millionen von Contos in den Tresoren der Banken und der privaten Vermögensbesitzer brachliegen, während wichtige reproduktive Werke nicht finanziert werden können. Leider werden auch zu viel Staats- und Privatgelder für unproduktive Dinge ausgegeben. Man braucht nur an die

⁴³⁾ RdE Sept.-Dez. 1955, S. 138—139.

primitiven Produktionsmethoden in der Land- und Fischwirtschaft, an das Eisenbahnwesen usw. zu denken, um zu verstehen, welcher Kapitalmangel selbst nach Abbau dieser Horte noch weiterhin bestehen bleibt. Die Staatseinnahmen des Jahres 1952 (Geldwert 1938) waren niedriger als diejenigen aller Vorkriegsjahre! Dies weist auf jene Mangelhaftigkeit des Steuersystems und ungenügende Entwicklung des Volkseinkommens hin, die wir an anderer Stelle besprochen haben⁴⁴⁾.

In Portugal sehr bekannte Nationalökonomien wie z. B. Ing. Araújo Correia fordern eine *Steuerreform*, die Einführung progressiver Steuern, um Konzentrationen von Einkommen bei wenigen Privatpersonen zu verhindern. Da diese Kapitalakkumulation nur dazu dient, im In- oder Ausland gehortet zu werden, bleibt nach Correia nichts anderes übrig, als sie in die Staatskasse zu leiten. Er stellt sechs Forderungen auf: 1. Investition der disponiblen, brachliegenden Kapitalien, 2. Förderung des Sparens, 3. „Entwicklung“ der Staatseinnahmen, 4. Nutzung der Wasser- und Atomenergie, 5. Reform des Besoldungswesens, weniger Beamte und höhere Gehälter für die übrigen, 6. Steigerung der Produktivität der Industrie (Abschaffung des staatlichen Schutzes von Unternehmern mit antiquierten Produktionsmethoden) und Landwirtschaft (Verhinderung der Bodenerosion und des „Agrarkapitalismus“ mit seinen Landkonzentrationen). Diese Maßnahmen sollen die Auswanderung beschränken, die unter den arbeitsfähigen Altersklassen so häufig ist⁴⁵⁾.

Auch die OECE hat Salazars Haltung wiederholt kritisiert und ist der Meinung, daß *Portugals Währung und Finanzen nun stabil genug* seien, um eine energische Expansion wagen zu können. Selbst die Anstrengungen unter dem Sechsjahresplan 1953—58 reichten zur Beschleunigung der industriellen Entwicklung nicht aus.

„... Die vorsichtige Politik, die von der Regierung in den letzten 25 Jahren verfolgt wurde, schuf jene Bedingungen, die es gestatten werden eine Expansionspolitik ohne Risiko zu betreiben. Die industrielle Produktion war 1953 nur um 6% höher als 1950. Das langsame Tempo der industriellen Entwicklung ist besonders beunruhigend, weil die Industrie am ehesten in der Lage ist den Bevölkerungsüberschuß der landwirtschaftlichen Gebiete zu absorbieren. Es ist auch kein Grund dazu vorhanden die Investitionen in der Landwirtschaft zu kürzen. Der in Ausführung begriffene Sechsjahresplan ist als Minimum gedacht und die Regierung besitzt genügend disponible Reserven um ihn erweitern zu können, wenn die Umstände dies zulassen. Das Volumen der nationalen Produktion stieg 1953 um 5%, während es im Vorjahr um 4% gesunken war. Man hofft für das Jahr 1954 ebenfalls auf eine Steigerung um 5%, aber diese wird zu einem großen Teil nicht nur für produktive Investitionen sondern auch für Verteidigungsausgaben benutzt. In der Staatsrechnung ist 1953 wiederum ein großer Überschuß erzielt worden, trotz relativ niedriger Steuern. Das Vertrauen des Publikums in die Währung ist fest und es steht eine große Menge liquider Kapitalien zur Verfügung. Die Zahlungsbilanz ist gesund und es sind erhebliche Reserven an Gold und Devisen vorhanden. Unter diesen Umständen sollte weder die Finanzierung von Investitionen im Inland, noch eine eventuelle Erhöhung der Importe irgendwelche ersten Schwierigkeiten bereiten. Da die Privatwirtschaft nur wenig Neigung zeigt Kapitalien zu investieren scheint die schnellste Lösung des Expansionsproblems in der Steigerung der staatlichen oder vom Staat kontrollierten Investitionen zu liegen. Während vieler Jahre hat die Regierung das Kapital für die Finanzierung der Projekte geliefert, was unter solchen Umständen unvermeidlich war. Der Sechsjahresplan, der 1953 in Kraft trat und ca. ein Drittel des gesamten Investitionsvolumens ausmacht, ist ein Beweis dafür, daß sie diese Politik weiterzuführen gedenkt. Die Vorsicht der portugiesischen Regierung und privaten Unternehmer, die in gewisser Hinsicht übertrieben ist, scheint durch das Fehlen von Vertrauen in die Stabilität und Ausweitung der Weltwirtschaft verursacht worden zu sein. Aber die Expansionspolitik in anderen Mitgliedsländern und die Absicht der USA-Regierung, die amerikanische

⁴⁴⁾ Vgl. v. Gersdorff (1), a.a.O.

⁴⁵⁾ RdE Juni 1954, S. 101 ff.

Geschäftstätigkeit auf einem hohen Niveau zu halten, sowie die internationale Zusammenarbeit selbst, sind Gründe, aus denen der Zukunft mit größerem Vertrauen entgegengesehen werden kann. Es ist zu hoffen, daß die portugiesische Regierung diese Faktoren in Rechnung stellt und sich für die Befolgung einer Expansionspolitik entscheidet, die einzige Möglichkeit die strukturellen Probleme der portugiesischen Volkswirtschaft (versteckte, saisonale Arbeitslosigkeit usw.) zu lösen...“⁴⁶⁾.

Wie sehr manchmal die wirkliche Politik Salazars verkannt werden kann, zeigt eine Bemerkung von Ernst Wagemann in seinem neuesten Buch „Wagen, Wagen, Wirtschaften“⁴⁷⁾:

„... So viel ich sehe, hat der große portugiesische Staatsmann Salazar als erster die von ihm beherrschte und geleitete Staatswirtschaft antizyklisch orientiert. Während der konjunkturellen Aufwärtsbewegung in den Jahren von 1926 bis 1929 hat er finanzielle und güterwirtschaftliche Reserven gesammelt. In derselben Zeit haben seine Kollegen wohl in allen anderen Ländern der Welt frischweg ausgegeben und verschwendet. Als dann der große Zusammenbruch kam, trat mit einem Mal Portugal mit seinem bis dahin ewig notleidenden Staatswesen mit einem höchst soliden finanziellen Fundament auf den Plan. Salazar war eben ein weiser Staatsmann, der, aus der nationalökonomischen Wissenschaft hervorgegangen, im Gegensatz zu der großen Mehrzahl seiner Fachgenossen, das Staatsschiff wirklich klug zu steuern wußte...“

Erstens hat Salazar das Finanzministerium erst Ende April 1928 übernommen. Zweitens hat er bis heute von antizyklischer Budgetpolitik überhaupt nichts wissen wollen und seine orthodoxe Finanzgebarung (Budgetausgleich oder -überschüsse, nicht Überschüsse in der Hochkonjunktur und Defizite in der Depression) stets beibehalten, auch in den Überseeprovinzen. Er konnte sich das während der Krisenjahre leisten, weil weder Portugal, noch seine Überseeprovinzen so weit entwickelt sind, daß sie keine Ausweichmöglichkeiten mehr hätten, wie dies in wirtschaftlich hochentwickelten Industrieländern der Fall ist, welche in der Hochkonjunktur angesammelte Reserven während der Krise ausgeben müssen, um keine Massenarbeitslosigkeit entstehen zu lassen. Schreibt doch Wagemann selbst in seinem neuen Buch⁴⁸⁾:

„... Die Konjunkturschwankungen werden um so stärker empfunden, je mehr Geldwirtschaft und Arbeitsteilung vorgedrungen sind. Die Konjunkturpolitik wird daher eine immer wichtigere Aufgabe der Staaten...“

Wie am anderen Ort⁴⁹⁾ berichtet, sind Ansätze vorhanden, die „Nationale Buchhaltung“ auch in Portugal einzuführen, aber von antizyklischer Politik wurde bisher nur in der „Revista de Economia“ gesprochen. Nach stärkerer Industrialisierung und damit bei größerer Gefahr einer Massenarbeitslosigkeit wird man sich wohl entschließen müssen, ebenfalls zur antizyklischen Politik überzugehen. Dazu bedarf es einer Verfassungsrevision, denn Budgetdefizite sind laut Verfassungsartikel 66 verboten. Diese Bestimmung hat Salazar wegen der schlechten Erfahrungen vor 1928 in die Verfassung aufnehmen lassen.

Ohne Kenntnis der Geschichte vor 1928⁴⁸⁾ und der Finanzreformen Salazars von 1928 bis 1937⁴⁸⁾ ist die heutige portugiesische Finanzpolitik überhaupt nicht zu verstehen. Der seit 1928 beibehaltene *Budgetausgleich* scheint im Grunde genommen *aus psychologischen Gründen zwingende Notwendigkeit* zu sein. Kein portugiesischer Staatsmann, nicht einmal Salazar und noch weniger seine Nachfolger werden sich wohl leisten können ein Budgetdefizit vorzulegen. Es würde vielleicht Rückfall in Verschwendungen wie vor 1928 bedeuten. In der Zeit von 1948 bis zum Koreakonflikt (Depression) hat man es z. B. vorgezogen lieber die außerordentlichen Staatsausgaben, die produktiven Investitionen um 40 % zu kürzen, als vom Prinzip des Budgetgleichgewichts abzugehen! Antizyklisch

46) NdP 25. 12. 54, S. 14. Diese Verhältnisse und die Politik der Regierung Salazar hatten sich bis zum Erscheinen dieser Studie (1958) noch nicht geändert.

47) Hoffmann u. Campe Verlag, Hamburg 1954, S. 113—114.

47a) a.a.O., S. 142—143.

48) v. Gersdorff (1) a.a.O.

war die Finanzpolitik nur insofern, als die Regierung während des Krieges viele niedrig verzinsten Anleihen (2½ %) zur Bekämpfung der Inflation aufgelegt hatte, die sie dann während der Zeit von 1945 bis 1948 (in der die portugiesischen Export-„Non essentials“, wie Portwein, Madeiraspitzen, zum Teil auch Kork usw. in Europa unerwünscht waren) für öffentliche Arbeiten ausgeben konnte. Steuer-, Staatsschulden- und Währungspolitik blieben bis heute ultra-konservativ. Die Steuern sind „neutral“ und wurden seit den dreißiger Jahren kaum verändert, Anleihen werden so wenig wie möglich aufgenommen und außerordentliche Ausgaben sogar durch Überschüsse der ordentlichen Einnahmen über die ordentlichen Ausgaben gedeckt! Eine „gesteuerte Inflation“ findet die Salazar-Regierung undenkbar und auch eine Inflation zwecks Erleichterung der Staatsschuldenlast soll unter gar keinen Umständen in Erwägung gezogen werden.

In seinem, in der Sorbonne gehaltenen, aufschlußreichen Vortrag „Conceptions classique et moderne des finances publiques: le cas portugais“ sagte Prof. F. E. da Silva, Vizegouverneur der Bank von Portugal, im April 1950, also noch vor Ausbruch des Koreakrieges⁴⁰⁾:

„... Deux chemins pour investir se présentent à notre choix. Ou bien investir, sans porter atteinte aux finances saines, pour édifier sur elles? Investir, du reste, aussi, lorsqu'il y a des plans et des cadres... Ou bien, sous prétexte d'aller au plus pressé, ou au plus voyant, investir toujours et quand même? Peu importe, diriez-vous, le déséquilibre budgétaire. Il conduirait chez nous, plus vite qu'ailleurs, à l'instabilité monétaire et à l'affaiblissement du crédit public: c'est à dire, à compromettre les éléments sur lesquels il faut précisément compter pour investir. Vite, on glisserait sur la pente dangereuse. L'équilibre budgétaire, une fois rompu, on ne s'arrête plus facilement. Et quand il faut remonter le courant, des difficultés singulièrement accrues nous attendraient... pour arriver de nouveau à l'état où nous en sommes. L'in vraisemblable propos! Abandonnez ce point de repère annuel que rien ne remplace comme garant de l'Administration. Et proclamez ensuite que l'équilibre serait chose à atteindre dans un avenir plus ou moins incertain; entre temps, que la consigne serait plutôt de dépenser. Mais descendons tous des nuages. Confiez une telle maxime, dans notre pays, à l'entendement et à l'observance des hommes. Ce serait une aubaine inespérée au service du gaspillage... Investissons autant que possible (c'est une toute autre question qui reste entière) à un rythme plus rapide, surtout mieux coordonné. Sachons aussi mieux profiter de la solide charpente de nos bonnes finances. Il y a bien, dans ces correctifs, de quoi rendre la situation actuelle nettement plus favorable. Mais pour le restant... essayons de garder les directives suivies, sans rien y compromettre. Elles ont été vingt-deux ans à l'épreuve, ce sont les plus difficiles, ce sont également les plus sûres. Du fait, nous servirons l'avenir, en y procurant, comme de juste, plus de bien-être, plus de richesse, mais en le préservant aussi contre tout héritage abusif...“

Auf dem Gebiet der Finanzen beabsichtigt Portugal keine Entdeckungsfahrten zu unternehmen. Die Schäden durch ein Scheitern solcher Versuche wären viel zu groß für das kleine Land!

5. Die geldpolitische Kapitalbildung

Die geldpolitische Kapitalbildung ist ein mit schweren sozialen und ökonomischen Nachteilen behaftetes Aushilfsmittel, das die übrigen Formen der Kapitalbildung ebenso wenig ersetzen kann wie die Staatsinflation die reguläre Besteuerung (Röpke). Eine eng begrenzte geldwirtschaftliche Kapitalbildung durch Kreditmittel der Banken (Giral- oder Buchgeld, Schecks, Banknoten) findet nur dann statt, wenn die preissteigernde Kreditschöpfung keiner Abtretung von Kaufmitteln an anderer Stelle gegenübersteht und diese zusätzlichen Kaufmittel durch die Banken erfolgreich investierenden Unternehmern überlassen werden.

⁴⁰⁾ In: Revue de Science et de Législation financières, Paris, 2. Trim. 1950, Nr. 2, S. 167—168.

„... Die kapitalbildende Wirkung setzt in der Regel dann ein, wenn die zusätzlichen Kredite eine Preissteigerung herbeiführen. Tritt nämlich keine Preissteigerung ein, so bedeutet dies, daß sich die Kreditschöpfung innerhalb des für die Umsatzbewältigung in der Volkswirtschaft erforderlichen Rahmens bewegt und somit eine Funktion versieht, die außerhalb der Funktionen des Kapitals liegen dürfte. Allerdings würde auch in diesem Falle insoweit eine echte Kapitalbildung vorliegen, als die preissteigernde Tendenz der Kreditschöpfung durch eine Verlangsamung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes kompensiert wird...“⁵⁰⁾.

Die Preissteigerung veranlaßt die Bezieher von festen Einkommen (Angestellte, Beamte, Rentner usw.) zur Einschränkung ihres laufenden Verbrauchs. Es können natürlich auch alte Ersparnisse verbraucht werden, aber selbst dabei kann ein Nettozuwachs der Gesamtkapitalbildung bleiben, der durch diese Kreditschöpfung bewirkt wurde. Die durch Preissteigerungen erzwungene Konsumbeschränkung kommt nicht dem Staat, sondern nur einzelnen reichen Privatpersonen zugute. Diese Art der Forcierung der Kapitalbildung führte stets zu Gleichgewichtsstörungen, die das Kapital als fehlgeleitet erkennen lassen. Solche Kapitalbildung hebt sich wieder auf und hat hochstaplerischen Charakter (Röpke). Sie ist von Salazar entweder sofort oder nach ihrer Entstehung bekämpft worden. Portugal hatte zwar bisher immer eine versteckte Arbeitslosigkeit aber niemals brachliegende Produktionsmittel wie etwa Deutschland Anfang der dreißiger Jahre. Eine Ausnahme bildet die Fischkonservenindustrie (schwankende Fangergebnisse, unregelmäßige Weißblechversorgung, Konkurrenz Nordafrikas).

Inflationen kommen hauptsächlich den ohnehin reichen Großgrundbesitzern zugute, die weiterhin ermutigt werden in städtischem Grund und Boden zu spekulieren oder Edelmetalle, Juwelen und Devisen zu horten, Auslandsreisen zu machen und ausländische Luxusgüter zu kaufen, also Transaktionen vorzunehmen, welche die Anlagekapitalbildung nicht erhöhen. Bezieher mittlerer Einkommen werden entmutigt weiter zu sparen, denn die Inflation verringert alle Sparbeträge, es sei denn, sie werden sehr hoch verzinst. Dies ist aber in Portugal nicht der Fall⁵¹⁾. Dort wird nicht einmal die Entwertung der Sparguthaben durch die überall unvermeidliche „schleichende Inflation“ kompensiert. Somit findet eine weitere Konzentration des Kapitals statt, was für Staat und Wirtschaft sehr schädliche Folgen haben wird. Es hat sich in allen Ländern, die große wirtschaftliche Fortschritte erzielt haben, gezeigt, daß es unmöglich zu sein scheint, ohne ein gewisses Maß an Inflation auszukommen.

⁵⁰⁾ Röpke, a.a.O., S. 15.

⁵¹⁾ Vgl. S. 45.

II. Der Kapitalmangel

Die Produktivität der Privatwirtschaft könnte erheblich gesteigert werden, wenn man von veralteten Produktionsmethoden abgehen und die natürlichen Reichtumsquellen Portugals (z. B. Flüsse für die Energieerzeugung, Bodenschätze etc.) und seiner Überseeprovinzen in größerem Maß als bisher nutzen würde. Die geringe Produktivität hat niedrige Einkommen der schnell wachsenden Bevölkerung zur Folge, so daß ihre Kaufkraft ebenfalls gering (sehr hohe Grenzneigung zum Konsum) und ihr Lebensstandard tief ist mit entsprechend niedriger Sparquote. Bei sehr ungleicher Einkommensverteilung besteht eine große Neigung zum Horten bei den Beziehern der hohen Einkommen, also wenig Neigung zum Investieren und unzureichende Privatinitiative. In der Geschäftssphäre sind außerdem antiquierte Zahlungsmethoden üblich. Ca. 80% der Zahlungen werden über Boten geleistet mit entsprechendem Zeitverlust und überhöhter Kassenhaltung als Folge. Sie werden nur zu bestimmten Zeiten von bestimmten Personen vorgenommen, die oft gerade abwesend sind, wenn der Bote kommt und dergl. mehr. Wie in allen wirtschaftlich wenig entwickelten Staaten muß auch in Portugal folgender „circulus vitiosus der Armut“ durchbrochen werden: niedrige Produktivität infolge Kapitalmangels — Kapitalmangel infolge niedriger Sparkapazität — niedrige Sparkapazität infolge geringer Produktivität. Doch braucht die Initialzündung zur Durchbrechung dieses Zirkels nicht in einer Beschränkung des Konsums der Bezieher niedriger Einkommen und auch nicht in erster Linie mit optimal angelegtem Auslandskapital erfolgen. Sie kann schon allein mit der Mobilisierung der im Mutterland (z. B. in Banken, bei Händlern, Großgrundbesitzern, Industriellen und freiberuflich Tätigen) brachliegenden liquiden Mitteln in Angriff genommen werden.

Da der Kapitalmangel in Portugal so groß ist, stellte sich dort von jeher die dringende Aufgabe durch eine rationelle Organisation des Kreditsystems für die wirtschaftlichste Verwendung des knappen Kapitals zu sorgen. Der sich in letzter Zeit wieder gut bewährende Zins als Regulierungskraft wurde deswegen nicht künstlich niedrig gehalten, sondern durch eine sehr kluge, sich dem Angebot an Ersparnissen anpassende Geld- und Kapitalmarktpolitik auf natürliche Weise zum Sinken gebracht und, wenn es die Marktlage erforderte, wieder etwas gehoben. Die mit vernünftigen Zinssätzen versehenen Staatspapiere hatten einen echten und stabilen Kurs und stellten damit eine liquide Anlage dar. Es ist dagegen nicht zu ermitteln, ob Zinsbegrenzungen für Anleihen nachgeordneter öffentlicher Körperschaften daran schuld waren, daß etwa Möglichkeiten zur Befriedigung langfristiger Kreditbedürfnisse des Staates verpaßt wurden.

Der Wiederaufbau der verfallenen portugiesischen Volkswirtschaft wurde so oft von außen gestört (Weltwirtschaftskrise, spanischer Bürgerkrieg, zweiter Weltkrieg, Deflationsperiode und Wiederaufrüstung), und die Wirtschaftspolitik der Regierung Salazar ist so vorsichtig, daß das Volkseinkommen nur wenig erhöht werden konnte¹⁾ und damit auch die Sparquote nicht viel größer geworden ist. Das Brutto-Sozialprodukt zu Marktpreisen pro Kopf der Bevölke-

¹⁾ Nominales Brutto-Sozialprodukt zu Marktpreisen (und Netto-Volkseinkommen zu Faktorenkosten) in Mrd. Esc.: 1938: 14,5 (13,9), 1948: 37,1 (36,3), 1949: 38,7 (37,8), 1950: 44,7 (40,2), 1951: 48,2 (43,8), 1952: 46,9 (42,2), 1953: 47,9 (42,6), 1954: 49,4 (43,7), 1955: 50,1, 1956: 52,6. Quelle: Statistical Office of the United Nations, Department of Economic and Social Affairs: Statistics of National Income and Expenditure, Statistical Papers Series H. no. 9, New York, Mai 1956, S. 10, 26, 54, 69 und NdP (für 1955—56) 2. 3. 57, S. 3.

rung betrug im Jahre 1955 = 5785 Esc. (203 US-Dollar) und lag damit wie in den Vorjahren etwas über dem in Griechenland, Jugoslawien und der Türkei erreichten Niveau, dagegen niedriger als in Spanien und vermutlich auch niedriger als in Südtalien: 1955 in US-Dollar²⁾: Spanien 335, Italien 435, Irland 512, Österreich 668, Niederlande 683, Westdeutschland 775, Westeuropa insgesamt 779, Dänemark 1025, Großbritannien 1031, Luxemburg 1068, Belgien 1076, Norwegen 1077, Frankreich 1099, Island 1139, Schweden 1164, Schweiz 1366, USA 2345. In Preisen von 1951 betrug die portugiesische Kopfquote 1938: 4531 Esc. 1947: 4408, 1948: 4828, 1949: 4733, 1950: 5310, 1951: 5764, 1952: 5539 Esc.³⁾. Man hat nicht nur kaum etwas zum Sparen, sondern man spart auch nicht gerne und ist mit dem wenigen, was man besitzt, sehr großzügig. Es ist deswegen nicht anzunehmen, daß die vorwiegende *Politik des billigen Geldes* die Sparquote niedriger gehalten hat, als sie sonst bei höheren Zinssätzen vielleicht gewesen wäre. Die Spareinlagen und Depositen haben seit 1930 nur in der Deflationsperiode von Anfang 1947 bis Mitte 1950 leicht abgenommen. Jedenfalls müssen geeignete Maßnahmen getroffen werden, um die zu niedrige Sparquote so schnell wie möglich zu erhöhen. Eine andere Quelle der die Kapitalbildung beeinträchtigenden Kapitalfehlleitung lag bisher in den hohen Kosten der Behörden, deren Personal vermindert und besser besoldet werden müßte. Eine diesbezügliche Reform wird vorbereitet.

Neben dem Rückgang der Zinssätze sind es vor allem Geldentwertung und hohe Steuerbelastung, die in nachhaltiger Weise auf die Sparfähigkeit und den Sparwillen der Menschen einwirken. Hohe Besteuerung treibt sie dazu, ihr Einkommen vollständig für laufende Bedürfnisse aufzubrauchen oder es in denjenigen Sachwerten zu investieren, die nicht besteuert werden. Ein ganz natürliches Verhalten, durch das ein inflationärer Preisauftrieb noch verstärkt wird. In Portugal bestand jedoch kein Grund dafür, denn dort sind ja die Steuern so niedrig, wie kaum sonst in irgendeinem Staat. Die *Geldentwertung*, die eine Folge des zweiten Weltkrieges war, hielt sich im Vergleich zu den anderen neutralen Staaten in sehr mäßigen Grenzen. Nur die Schweiz, Uruguay und die nordischen Staaten bis auf Finnland hatten eine geringere Geldentwertung zu verzeichnen, als Portugal, und von den kriegführenden nur die Vereinigten Staaten und das Britische Reich. Dadurch, daß der portugiesische Geld- und Kapitalmarkt sehr klein ist, ist er auch viel mehr durch die Absorbierung von Spitzenbewegungen internationaler Kapitalien beeinflusst worden, als die Märkte größerer kapitalreicher Staaten. Abundanz und Verknappung auf diesem Markt fiel zeitlich genau mit der Erhöhung und dem Rückgang der Währungsreserven zusammen. Die bei der Bank von Portugal während des Krieges zur Bekämpfung der Inflation angehäuften Anleihen erträge wurden dort von der Staatskasse nicht nur einfach auf ihrem Kontokorrent-Konto belassen, sondern auch dazu verwendet bei der Bank eingehende Divisen zu kaufen, um damit Goldbarren im Ausland zu erwerben, die dann bei der Bank stillgelegt und nicht mehr zur Währungsreserve gezählt wurden^{3a)}. Leider konnte auch dadurch die Geldentwertung nicht ganz gestoppt werden. Dafür hätte man dieses Mittel viel ausgiebiger anwenden müssen. Daß die eingesetzten monetären Waffen überhaupt wirksam wurden, ist einzig und allein der Tatsache zu verdanken, daß sich der Geld- und Kapitalmarkt seit 1928 so gut eingespielt hatte.

2) Lindsay Parkinson: Western Europe, The British Market Research Bureau, London 1957, S. 23.

3) RdE Sept.-Dez. 1955, S. 98.

3a) Vgl. v. Gersdorff (1), a.a.O.

Es läßt sich nicht feststellen, inwieweit die große Geldflüssigkeit während des Krieges und kurz danach *Selbstfinanzierungen* ermöglicht hat. Sehr umfangreich können sie schon allein wegen der damaligen Importschwierigkeiten und der hohen Preise der Importgüter nicht gewesen sein. Als Ende 1951 die Geldmenge durch zunehmende Zahlungsbilanzüberschüsse wieder über das saisonbedingte Maß hinaus⁴⁾ zu steigen begann und die Gefahr drohte, daß die neuen Mittel für unproduktive Zwecke, oder in einem anderen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung ungünstigen Sinne verwendet werden könnten, wurde Mitte 1952 die Ausgabe von 250 000 3½ %-Obligationen zum Nennwert von 250 000 Contos beschlossen, deren Ertrag direkt für den Wiederaufbau der portugiesischen Volkswirtschaft verwendet werden sollte.

Der große Erfolg der *portugiesischen Anleihen*⁵⁾ seit 1928 wäre wohl kaum ohne die Festigkeit und Autorität der Regierung Salazar und das allgemeine Vertrauen zu ihr möglich gewesen. Wenn zum Beispiel die Emission der französischen 3½ %-Stabilisierungsanleihe 1952 (goldgarantierte Rente) von den Mehrheitsparteien und der großen Presse ohne Vorbehalte unterstützt worden wäre, so hätten sich die Sparer vertrauensvoller gezeigt; aber die Befürchtung, die Regierung Pinay durch ein Mißvertrauensvotum der Nationalversammlung jeden Moment wieder gestürzt zu sehen und die Rückkehr zu der seit der Befreiung befolgten Finanzpolitik zu erleben, hat viel dazu beigetragen, den Opferwillen der französischen Sparer abzuschwächen.

Der portugiesische Staat hat die Sparfunktion in einem großen, aber trotzdem noch lange nicht ausreichenden Ausmaß übernommen und die Mittel vorwiegend durch Überschüsse der ordentlichen Rechnung, also durch Steuern und erst in zweiter Linie (leider nicht je nach Investitionsmöglichkeiten und Ergiebigkeit des Kapitalmarktes) durch Auflage von Anleihen eingezogen. Vom 1. 1. 1940 bis 31. 12. 1950 betrugen die außerordentlichen Ausgaben, die mit den Erträgen der seit 1941 aufgelegten Anleihen bestritten wurden, 5 064 000 Contos, (Anleiherträge dürfen nur für produktive a. o. Ausg. verwendet werden) und die außerordentlichen Ausgaben, die in den 7 Jahren von 1944 bis 1950 durch Überschüsse der ordentlichen Rechnung gedeckt werden konnten, beliefen sich auf 5 628 100 Contos. In diesem Zeitraum überstiegen also die Finanzierungen des Wiederaufbaus durch ordentliche Staatsrechnungs-Überschüsse (trotz der erhöhten Investition von Anleiherträgen in den Depressions-Jahren 1947 bis 1949) die Finanzierungen durch Verschuldung um mehr als ½ Mill. Contos⁶⁾. Soll der Staat in Zukunft die Sparfunktion in noch größerem Ausmaß als bisher übernehmen? Wir haben diese Frage bereits beantwortet⁶⁾. Da wie gesagt die Mehrzahl der Portugiesen wenig Neigung zum Sparen zeigt, müßte wohl oder übel doch der Staat mehr als bisher das Sparen durch geeignete Maßnahmen fördern. Auf Grund ihrer langjährigen Erfahrungen auf dem Gebiet der Kredit- und Investitionslenkung beim Wiederaufbau sollte es den verantwortlichen Beamten nicht mehr schwer fallen die neuen Ersparnisse volkswirtschaftlich so reproduktiv wie möglich anzulegen. Sie werden dann nach altbewährter Praxis⁶⁾ ohnehin von Privatgesellschaften übernommen.

Nach einem Bericht der OEEC aus dem Jahre 1952⁷⁾ sind 1949 bis 1952 75 % der gesamten Investitionen des portugiesischen Volkes vom Staat vor-

4) Vom 3. 10. bis 31. 12. 1951 war die Geldmenge um doppelt so viel gestiegen wie vom 4. 10. bis 31. 12. 1950. Die Erhöhung der gesamten Geldmenge zwischen den beiden Dezemberdaten betrug 21 %; 20 % auf Grund von Gold- und Deviseneingängen bei der Notenbank. Vgl. BdP Rel. 1950, S. 37; 1951, S. 35.

5) v. Gersdorff (1), a.a.O.

6) DdS 19. 4. 51, S. 108 und 28. 3. 52, S. 104 sowie v. Gersdorff (1) a.a.O.

7) NdP 20. 12. 52, S. 7.

genommen worden. Dieser Prozentsatz sollte 1952—53 und 1953—54 mehr als 50 betragen. Man erhofft sich von großer staatlicher Wirtschaftstätigkeit eine Erhöhung der gesamten Investitionen durch Anregung der Privatinitiative. 1952 haben die gesamten Staatseinnahmen einschließlich der Beiträge zur Sozialversicherung nur 20% des Netto-Volkseinkommens ausgemacht. Die OECE empfiehlt daher vermehrte Aufnahme von Anleihen „angesichts der extremen Liquidität des Kapitalmarktes“ und Verbesserungen des Kredit-systems, besonders des mittel- und langfristigen Kredites:

„... 1952/53 und 1953/54 werden die gesamten Bruttoinvestitionen 14 v. H. der verfügbaren Mittel nicht überschreiten, während die aus Inlandsmitteln finanzierten Nettoinvestitionen nur 6 v. H. des Nettovolkseinkommens zu Faktorkosten betragen werden. Eine schnellere wirtschaftliche Ausweitung würde die innere finanzielle Stabilität nicht bedrohen können. Auf der anderen Seite könnten die erforderlichen zusätzlichen Einfuhren aus den laufenden Zahlungen getragen werden. Schließlich sind erhöhte Investitionen die einzig mögliche Lösung des Problems der Unterbeschäftigung in der Industrie und vor allem in der Landwirtschaft. Die Stagnation der Produktivität und die Zunahme unproduktiver Tätigkeit, besonders auf dem kommerziellen Sektor, kann auf die Dauer nur zur Senkung des Lebensstandards der Bevölkerung führen. Der private Verbrauch dürfte sich zwischen 1951 und 1953/54 um 6 v. H. erhöhen. Trotzdem ist zu befürchten, daß, wenn die Reallöhne wie in den letzten Jahren stabil bleiben, während die Beschäftigung sich nur langsam entwickelt, die Steigerung des Verbrauchs nicht allen Bevölkerungsschichten zugute kommen wird. Es sollte ferner nicht übersehen werden, daß im Budget weder für 1952/53 noch für 1953/54 irgendwelche Änderungen der Sätze der direkten und indirekten Steuern oder erhöhte Überweisungen an Haushalte vorgesehen sind. Diese Schätzungen könnten sich auf Grund der Arbeit des kürzlich ins Leben gerufenen Steuerreform-Ausschusses ändern⁸⁾. Auf der anderen Seite wurde in jüngster Zeit ein Gesetz erlassen, das die von Exporteuren erzielten überhöhten Gewinne mit einer ziemlich hohen Steuer belegt. Nach den Schätzungen des öffentlichen Verbrauchs wird angenommen, daß zwischen 1951 und 1953/54 eine Steigerung um 22 v. H. eintreten wird, während sein Anteil am Nettosozialprodukt sich von 10,5 v. H. auf 12,0 v. H. erhöhen wird. Die voraussichtliche Steigerung der Verteidigungsausgaben während der gleichen Zeit beträgt 34 v. H.; sie werden 19 v. H. der Steigerung des Nettosozialprodukts beanspruchen. Der Sechsjahresplan für die wirtschaftliche Entwicklung der überseeischen Gebiete, der Anfang 1953 in Angriff genommen werden soll, sieht für Gesamtinvestitionen 6 Milliarden Escudos, d. h. eine Investitionsrate vor, die sich im wesentlichen auf der Höhe der letzten fünf Jahre hält. Ein Teil dieser Investitionen (2,84 Milliarden Escudos) werden von den überseeischen Gebieten aus ihren eigenen Einnahmen finanziert, und der Rest (3,16 Milliarden) wird von einem wesentlichen Beitrag des Mutterlandes (1,5 Milliarden) und unter Hinzuziehung innerer und äußerer Kredite⁹⁾ finanziert werden. Die von der portugiesischen Regierung verfolgte Finanzpolitik hat dem Lande die innere finanzielle Stabilität und die äußere Zahlungsfähigkeit gesichert. Das Problem, dem es sich jedoch noch gegenüberstellt, besteht in der Erreichung einer schnelleren Steigerung der Produktion und in einer Hebung des Lebensstandards. Die Lösung dieses Problems liegt hauptsächlich bei erhöhten Investitionen und verbesserter Produktivität. Im Gegensatz zu den anderen Ländern, die sich gerade erst am Anfang ihrer Industrialisierung befinden, stellen sich im Falle Portugals

⁸⁾ 1957 wurden einige Steuern geändert, jedoch ohne grundlegende Reform. Vgl. S. 27, 28, 51.

⁹⁾ Zur Finanzierung des Sechsjahresplanes 1953—58 wurden bis 1957 keine Auslandskredite aufgenommen. Die Regierung Salazar hat überhaupt nur Kredite von den USA angenommen. Marshallhilfe: 67,2 Mill. Dollar, davon 5,5 Mill. Geschenke. 28 ERP-Mill. mußten für Konsumgüter wie Weizen und Roggen (19,7 Mill.) sowie Rohöl und andere Erdölprodukte (8,3) ausgegeben werden. Die Eximbank gewährte einen 4%-Kredit (Tilgung 1958—77) von 17 Mill. für den Bau der Limpopo-Bahn in Moçambique (in Betrieb seit 1955) und die Technical Assistance 1,5 Mill., ebenfalls für Moçambique und auch für Angola. Portugal ist Mitglied der UNO, aber noch nicht der Weltbank und des Weltwährungsfonds. Seine Zahlungsbilanz-, Währungs- und Finanzsituation läßt weitere Auslandsverschuldung zu, sogar in großem Umfang.

keine besonderen Hindernisse der Erreichung dieses Ziels, weder von der inneren finanziellen Stabilität noch von der Zahlungsbilanz her gesehen, entgegen, wenn auch die besonderen Merkmale der portugiesischen Wirtschaft berücksichtigt werden müssen...¹⁰⁾

Aus der Erkenntnis heraus, daß die Privatwirtschaft auf den meisten Gebieten doch produktiver zu arbeiten vermag, als die staatliche Bürokratie, hat die portugiesische Regierung nicht den Fehler gemacht die Staatsverschuldung etwa auf Kosten der privaten Verschuldung auszudehnen oder die private gleichzeitig zu drosseln. Sie hat sie im Gegenteil sehr gefördert. So konnten halbstaatliche und rein private Unternehmungen (Elektrizität, Gas, Zement, Textilien usw.) von 1936 bis 1951 Obligationen im Nominalwert von 2 103 733 Contos ausgegeben, die mit durchschnittlichen jährlichen Zinssätzen von 5,03 % (1936) bis 3,50 % (1947 und alle folgenden Jahre) versehen worden waren¹¹⁾. Das gesamte Kapital aller 11 509 Gesellschaften, die es 1939 auf dem Kontinent und den angeschlossenen Inseln (Madeira und Azoren) gab, hatte sich auf 2 871 707 Contos belaufen. 1955 wiesen 24 933 (1950: 21 336) Gesellschaften 13 419 543 (8 899 054) Contos aus¹²⁾. Das Kapital der Aktiengesellschaften betrug Ende 1950, 1951 und 1955 in Contos¹³⁾:

KAPITAL

	Zahl d. A. G. im Mutterland	Davon zahlten Dividende	Zum lfd. Geldwert z. Z. d. Gründung	Goldesc.
1950	556	214	5 308 621	266 099
1951	554	218	5 664 956	272 526
1955	631	244	8 963 234	313 137
Zahl d. A. G. in den Überseeprovinzen				
1950	46	19	1 003 356	95 762
1951	36	12	678 906	82 542
1955	33	11	1 248 584	87 062

AUSBEZAHLTE DIVIDENDE

	Mutterland		%		Goldesc.	
	Betrag					
	Zu lfd. Geldwerten					
	brutto	netto	brutto	netto	brutto	netto
1950	318 530	262 261	10,68	8,79	3,45	2,84
1951	423 766	357 691	9,91	8,36	3,80	3,21
1955	663 006	560 248	9,69	8,19	4,85	4,10
Überseeprovinzen						
1950	123 357	105 057	14,69	12,51	3,35	2,85
1951	89 149	71 818	18,98	15,29	5,20	4,19
1955	146 577	118 551	16,87	13,65	4,12	3,33

Bei Verminderung der Zahl spekulativer Kolonialgesellschaften sehen wir die relative Stabilität der Dividendensätze, sowohl im Mutterland, als auch in den Überseeprovinzen. Ein Dividendenstop oder eine Spekulationssteuer wurde bisher noch niemals verfügt und wird weiterhin nicht nötig sein, denn trotz hoher Dividenden (Plantagenges. 20 %, Diamantenges. bis zu 30 %!) hat man

¹⁰⁾ Der Europäische Wirtschaftsrat in Paris (O.E.C.E.): Vierter Bericht: Europas Wirtschaft im Aufstieg, Deutsche Übersetzung, hg. vom Bundesministerium für den Marshallplan, Godesberg 1953, S. 319—320.

¹¹⁾ BdP Rel. 1936—1956.

¹²⁾ Estatística das Sociedades 1955, S. V. NdP 7. 3. 53, S. 10.

¹³⁾ INE Est. Fin. 1950, S. 30, 1951, S. 30, 1955, S. 56.

für die schwarzen Arbeiter gesorgt, indem auf Grund von gesetzlichen Vorschriften und freiwilliger Initiative z.B. hygienische Siedlungen von den Gesellschaften gebaut wurden, wie etwa von der Diamantengesellschaft von Angola¹⁴⁾. Bei überhöhten Dividenden von 40 bis 45 % (z.B. Tanganjika Concessions Ltd.)¹⁵⁾ ohne Fürsorge-Maßnahmen kann man sich nicht wundern, wenn die Schwarzen in englischen und burischen Gebieten (Südafrika, Nyassaland, Kenia usw.) rebellisch werden. Es genügt über das Elend des Neger-Proletariates von südafrikanischen Minen-Aktiengesellschaften informiert zu sein!

Im Jahre 1950 gab es *mehr Handels- als Industriegesellschaften in Portugal*, während erstere mit weniger Kapital ausgerüstet waren als letztere¹⁶⁾:

In Contos:

Kontinent u. Inseln	Zahl d. Ges.	Kapital	Zahl der besch. Personen	Löhne und Gehälter	Beiträge an Vorsorge-Kass.	Steuern und Lizenzen	Umsatz	Gewinne	Verluste
Ges. insges.	21 336	8 889 054	510 964	4 287 624	497 837	1 035 705	47 749 145	983 139	427 486
Industrie	9 770	5 922 736	410 217	3 334 527	375 613	725 631	21 794 518	608 669	263 411
Handel	11 245	2 861 349	88 658	861 893	109 024	290 127	24 448 980	324 839	156 864
Gemischte	321	104 969	12 089	91 204	13 200	19 947	1 504 647	49 631	7 211

(Handel u. Industrie)

Außer Aktiengesellschaften, die das meiste Kapital besitzen (1955: ganzes Reich 10 211 818 Contos), wovon aber noch nicht viel gegründet wurden (1955: 664), gab es im Jahre 1955¹⁷⁾ auf dem Kontinent, Madeira und den Azoren 19 464 (1939: 8 206) „sociedades por quotas“ (im schweizerischen Recht etwa der einfachen Gesellschaft entsprechend) mit einem Kapital von 3 795 716 Contos (1 133 966 C.), 4 541 (2 566) „sociedades em nome colectivo“ (etwa der Schweizer Kollektivgesellschaft entsprechend) mit 423 581 C. (211 581 C.), 16 (43) „sociedades em commandita simples“ (Schweizer Kommanditges.) mit 3 666 C. (7 433 C.), 210 (75) „cooperativas“ (Genossenschaften) mit 198 332 C. (8 347 C.) und 71 (125) verschiedene Gesellschaften anderer Rechtsform, darunter solche mit beschränkter Haftung, „Limitadas“ (Lda. = G.m.b.H., eine dem deutschen Recht nachgebildete Gesellschaftsform)¹⁸⁾ mit 35 011 Contos (10 813 C.). Die einfachen Gesellschaften waren also bei weitem am beliebtesten. Erst nach dem zweiten Weltkrieg wurden sie von den Aktiengesellschaften in bezug auf die Höhe des Kapitals übertroffen. Erfreulicherweise hat die Zahl der Genossenschaften ebenfalls zugenommen.

Die Kapazität der portugiesischen Banken und Sparkassen war bei weitem größer als zur Übernahme und Placierung der wenigen staatlichen und privaten Emissionen notwendig gewesen wäre. Nach den bisherigen Erfahrungen schätzt man die künftigen jährlichen Einnahmen durch den Verkauf von Staatspapieren auf 300 000 Contos, einen Betrag, den man für die Finanzierung des Aufbauplanes 1953—58 bestimmt hat. Dem gleichen Zweck sollen den Banken und Sparkassen anvertraute Mittel in Höhe von insgesamt 750 000 Contos (jährlich 125 000) dienen. Diese Planung war von vornherein viel zu vorsichtig, denn die Lage der *Notenbank* zeigte schon 1951 Kreditkapazitäten, die eine große Marge für die Unterstützung der Aktion der anderen Kreditinstitute übrig lassen, deren effektive Kassenreserven ebenfalls weit höher sind, als das gesetzliche Sicherheitsminimum von 20 %:

¹⁴⁾ Companhia de Diamantes de Angola: Relatório 1954, Lissabon 1956.

¹⁵⁾ BN Nr. 430 v. 12. 10. 53. Rhokana Corp. zahlte 1955 sogar 267½ %! (1954: 250, 1953: 225). Sie hatte verschiedene Streiks. Vgl. African World Annual, London 1956, S. 111.

¹⁶⁾ NdP 7. 3. 53, S. 10. Diese Verhältnisse haben sich bis 1955 nicht geändert. Auch die Zahlen haben sich nicht wesentlich erhöht.

¹⁷⁾ Estatística das Sociedades 1955, S. V. NdP 7. 3. 53.

¹⁸⁾ Vgl. Ernst Blau: Portugals gegenwärtige Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland, Diss. Leipzig 1932, S. 20.

Am 31. 12. 1951 und am 31. 12. 1955 in 1000 Contos und ‰¹⁹⁾:

Jahr	Banken u. Bankiers		Sparkassen		Insgesamt	
	1951	1955	1951	1955	1951	1955
1. Kasse u. Guthaben bei der Bank von Portugal ohne Guthaben bei anderen Banken	3 522	4 465	2 686	4 163	6 208	8 628
Kredite:						
2. Handelspapiere	5 666	9 509			5 666	9 509
3. Darlehen	2 826	2 833	5 476	6 358	8 302	9 191
4. Total	8 492	12 342	5 476	6 358	13 968	18 700
5. Wertschriften	1 660	2 166	938	1 325 ^[1954]	2 598	
Depositen:						
6. auf Sicht	11 042	14 394	8 125	10 395	19 167	24 789
7. auf Zeit	814	2 076	147	108	147	2 184
8. Total	11 856	16 470	8 272	10 503	19 314	26 973
Verhältnis Kasse (1)/Dep. a. S. (6)	31,9	31	33,1	40	32,4	34,7
Verhältnis Kredite (4)/Depos. (8)	71,6	74,8	66,2	60	69,4	69,2
Verhältnis Wertpap. (5)/Dep. (8)	14	13,1	11,3		13,4	

Bei Einhaltung der Mindestreserve von 20 ‰ für Banken rechnete man damit, daß noch 1 300 000 Contos frei werden. Die größte Sparkasse Portugals, die *Allg. Depositenkasse* (1954: 35,4 ‰ aller Depositen [20,9 freiwillige, 14,5 ‰ Pflichtdepots]; Banken hatten 60,4 ‰ und die übrigen Sparkassen nur 3,6 ‰ aller Depositen) braucht keine gesetzliche Mindestreserve zu halten, da sie mit Staatsgarantie arbeitet, also im Falle einer Liquiditätskrise mit Steuergeldern rechnen kann. Wenn man bei ihr eine Mindestreserve von 30 ‰ als tragbar für die Sicherheit der Spareinlagen annimmt, so betrug 1951 die darüber hinausgehende Summe über 200 000 Contos. Bei Einhaltung eines angemessenen Liquiditätsgrades veranschlagte man den möglichen Beitrag des gesamten Kreditapparates (Banken und Sparkassen) zur Finanzierung des Sechsjahresplanes 1953—58 auf 500 000 Contos. Dennoch glaubte die Regierung mit Rücksicht auf die durch die Zufälligkeiten der Weltpolitik und des Welthandels verursachten Schwankungen der Zahlungsbilanz (die portugiesische Ausfuhr ist an eine sehr begrenzte Anzahl von Erzeugnissen gebunden) und die für den Plan unerläßliche Erhöhung der Importe aus den EPU-Ländern²⁰⁾ lediglich die obigen 750 000 Contos als Beitrag des Kreditsystems für die Ausführung des Sechsjahresplanes in Rechnung stellen zu können²¹⁾. Sicherlich sind hohe Gold- und Devisenreserven erforderlich, aber nicht in einem Maße, daß sie den Wert der Einfuhr von zwei Jahren darstellen!

A. E. Costa Lobo zeigt in einer Analyse der Tätigkeit der zehn größten Handelsbanken im Jahre 1953, daß die Liquidität des portugiesischen Bankensystems einzigartig auf der ganzen Welt dasteht. Costa Lobo untersuchte folgende Banken²²⁾: 1. Espírito Santo e Comercial de Lisboa, 2. Fonsecas, Santos & Viana, 3. Lisboa & Açores, 4. Borges & Irmão, 5. Português do Atlantico, 6. Pinto & Sotto Mayor, 7. José Henriques Totta, 8. Burnay, 9. Aliança, 10. Alentejo. Diese Banken besaßen am Jahresende 1953 ein eigenes Kapital und Reserven in Höhe von 1 090 533 Contos und 11 095 892 Contos fremdes Kapital. Sie hatten 3 268 656 Contos in ihren Kassen oder als Callgeld bei anderen Banken! Diese Summe machte 26,8 ‰ ihres gesamten Kapitals und 29,4 ‰ des Fremdkapitals aus. Der Posten „Korrespondenten und Agenturen“ belief sich auf 1 196 097 Contos oder 9,8 ‰ des gesamten Kapitals. Wertpapiere

¹⁹⁾ BdP Rel. 1951, S. 55, u. 1955, S. 86.

²⁰⁾ Der kumulative Überschuß bei der EPU verwandelte sich im Mai 1955 in ein Defizit.

²¹⁾ NdP 4. 10. 52, S. 12.

²²⁾ NdP 5. 2. 55, S. 12.

besaßen sie im Werte von 1 094 112 Contos, davon waren 72,2 % (757 620 Contos) Staatstitel! Sie gewährten Diskontierungen in Höhe von 4 438 046 Contos, das sind 36,4 % ihres gesamten Kapitals. 16,9 % (2 168 501 Contos) vom gesamten Kapital machten die „contas caucionadas“ (kurzfristige Kredite gegen Sicherheiten) aus. An Reingewinnen wurden 113 344 Contos erzielt. Das sind 10,2 % des Eigenkapitals und 0,9 % des gesamten Kapitals. Von diesen Gewinnen kamen den Aktionären nur 72 534 Contos als Dividenden zugute. Der Rest von 40 810 Contos diente zur Erhöhung der Reservefonds und wurde auf neue Rechnung vorgetragen!

Die drei Notenbanken, Banco de Portugal (Kontinent, Madeira, Azoren), Banco de Angola und Banco Nacional Ultramarino (für alle Überseeprovinzen außer Angola) hatten am 31. 12. 1952 und am 31. 12. 1953 folgende Bilanzposten ausgewiesen: In Millionen Contos²³⁾:

A K T I V A

		Währungsres. Gold	Devisen	Kasse	Guth. bei and. Bank.	Wechsel- portef.	Wert- papiere	Korespondenten u. Agent. i. Ausl.
BdP	1952	4,54	4,57	7,08		0,91	0,65	
	1953	5,06	5,09	7,52		0,71	0,64	
BdA	1952		0,42 (Titel)	0,04	0,2	0,32	0,02	0,07
BNU	1952	0,71	0,57	0,18	0,95	2,08	0,24	0,86
	1953	0,81	0,75	0,17	0,75	1,70	0,21	1,07

P A S S I V A

		Kapital	Reservefonds	Notenumlauf	Depositen a. S.	Depositen a. Zeit
BdP	1952	0,1	0,1	9,5	7,5	2,15
	1953	0,1	0,1	9,8	8,7	2,28
BdA	1952	0,1	0,03	0,61	0,74	0,1
BNU	1952	0,04	0,14	1,13	1,89	0,37
	1953	0,15	0,19	1,26	2,07	0,38

%

BdP	1952	Verhältnis Währungsreserven / Verbindlichk. a. S. inkl. Notenuml.	53,31
	1953	„ „ „ „	54,66
BdA	1952	(Guth. b. and. Banken u. Titel) / „ „	45,57
BNU	1952	Währungsreserven / Verbindlichk. a. S. „ „	50,79
	1953	(inkl. Titel u. Depos. b. d. BvP) Währungsreserven / Verbindlichk. a. S. „ „	54,29
BdP	1952	Währungsreserven / Notenumlauf	95,70
	1953	„ „ „ „	97,7
BdA	1952	„ „ „ „	100,85
BNU	1952	„ „ „ „	135,42
	1953	„ „ „ „	144
BdP	1952	„ (nur Gold) / „ „ „ „	47,72
	1953	„ „ „ „	51,50
BNU	1952	„ „ „ „	62,7
	1953	„ „ „ „	64,37
		Kasse u. Guth. bei and. Banken / Depositen a. Sicht .	46
		laut Dekret Nr. 10 634 vom 20. 3. 1925	20
BNU	1953	„ Korrespondenten u. Ag. im Ausl. / Depositen a. Sicht .	51
		„ „ Kasse u. Guth. bei and. Banken / Dep. a. Sicht	96
BNU	1953	Der Erhöhung des Geldumlaufes um 125 973 C. gegenüber 1952 entsprach eine Steigerung der Währungsreserven um 273 442 Contos!	

²³⁾ BdP 1953, S. 34. BdA Rel. e Contas 1952, S. 220—221. BNU Boletim Trimestral Nr. 18 vom 30. 6. 54.

Die portugiesische Regierung hat erkannt (nicht zuletzt nach Berücksichtigung wohl begründeter Kritiken), daß ein solcher Liquiditätsgrad auch bei sehr vorsichtiger Schätzung künftiger Zahlungsbilanzschwierigkeiten nicht notwendig ist. Beim Erlaß des Budgetgesetzes für das Jahr 1956 (Nr. 2079) wurde in Art. 12 bestimmt, daß eine Reorganisation des gesamten Kreditsystems vorgenommen werden soll, „um die gesteckten hohen Ziele auf dem Gebiet der Wirtschaft“ (also die Sechsjahresplanziele) erreichen zu können und außerdem eine Reorganisation des Kapitalmarktes zur Finanzierung der Entwicklung der Wirtschaft. Dazu bedarf es vor allem einer Änderung der Gesetzgebung die bisher zu hohe Liquiditätssätze vorgeschrieben hat. Einige Bestimmungen des Dekretgesetzes Nr. 10 634 vom 20. 3. 1925, das die Tätigkeit der Kreditinstitutionen regelt, sind heute toter Buchstabe und andererseits wurden einige allgemeine Anordnungen des Kreditreformgesetzes (Nr. 1894 vom 11. 4. 1935) noch immer nicht in einzelne Ausführungsbestimmungen gefaßt. Die wichtigsten Instrumente, die der Regierung bei der Regulierung und Koordination des Kapitalmarktes zur Verfügung stehen sind 1. die Auflage von Staatsanleihen, 2. die Allg. Depositenkasse, 3. die autonomen Fonds für den Aufbau der Handelsflotte und die Ausrüstung der Fischerei und 4. die Ausgabe von mittelfristigen „Nationalen Aufbau-Schuldverschreibungen“. Finanzminister Barbosa erklärte im Mai 1957²⁴⁾, daß die Regierung im Zuge der Reorganisation des portugiesischen Kredit- und Bankensystems auch eine rechtliche Basis für die Gründung von privaten *Investment-Banken* schaffen will, da die bisher zugelassenen Banken aus Solvenzgründen nur in sehr beschränktem Maße mittel- und langfristige Kredite gewähren können²⁵⁾. Die neuen Investmentbanken müssen ein hohes Kapital ausweisen. Zu ihrer Finanzierung sind neben Depositen über ein Jahr folgende Mittel vorgesehen: Erträge aus dem Verkauf lang- und mittelfristiger Obligationen, Verwendung von Geldern die aus Geschäften mit in- und ausländischen Kreditinstitutionen stammen und Staatsgelder. Letztere sollen durch die weitere Ausgabe der mittelfristigen „Nationalen Aufbau-Schuldverschreibungen“ (Promissórias de fomento nacional) beschafft werden, die aber nicht, wie bisher, vom Nationalen Aufbau-Fonds abzugeben sind, sondern von der Staatskasse. Sie haben die Rediskontgarantie der Zentralbank (Banco de Portugal). Eine besondere Attraktion verspricht man sich von der Erlaubnis für die Handelsbanken, diese Papiere in ihre Kassenreserven aufnehmen zu können. Hierdurch sollen innerhalb der Grenzen der Rediskontgarantie weitere Placierungsmöglichkeiten geschaffen werden. Eine Änderung der Gesetzgebung für die Sekundärreserven der Banken soll die Zusammensetzung dieser Reserven flexibler gestalten.

Eurico Colares Vieira hat in seiner grundlegenden Arbeit „*A Economia Portuguesa e a O.E.C.E.*“²⁶⁾ folgende Reformen des Kreditsystems und des Kapitalmarktes vorgeschlagen: 1. Strukturreform der Handelsbanken. Variabler Liquiditätsgrad je nach den wirtschaftlichen Wechsellagen, wobei unter diesem Grad das Verhältnis Bargeld und Sichtdepositen bei der Zentralbank — gesamte Sicht- und kurzfristige Verbindlichkeiten verstanden werden soll. Größere Elastizität (in qualitativer Hinsicht) der Deckung dieser Verbindlichkeiten im Sinne einer Steigerung der Finanzierungskapazität der Handelsbanken. 2. Schaffung besonderer Abteilungen in den Handelsbanken für mittel- und langfristige Kredite, da Spezialbanken für diesen Zweck nicht geschaffen werden können. 3. Gründung einer Aufbau-Bank²⁷⁾. 4. Neuregelung des Agrar-, Industrie- und Hypotheken-Kredits mit besonderer Berücksichtigung der Formen und Fristen der Amortisationen. 5. Revision der Zinslimiten der verschie-

²⁴⁾ NdP 18. 5. 57, S. 21.

²⁵⁾ Vgl. die Ausführungen über die mexikanischen *Sociedades Financieras* S. 184.

²⁶⁾ RdE Dez. 1955, S. 151 f.

²⁷⁾ Vgl. S. 5, 7, 42, 43, 164.

denen Kreditformen im Hinblick auf die wirtschaftlichen Wechsellagen und die Ziele, die mit den Krediten jeweils erreicht werden sollen.

In Portugiesisch-West-Afrika hört man besonders *viele Klagen über das Quasimonopol des Banco de Angola*, neben dem nur noch eine kleine Handelsbank (Banco Comercial de Angola) als Tochterinstitut des Banco Português do Atlantico ausschließlich im Diskontgeschäft tätig ist. Auf Grund ihres Monopols arbeitet der Banco de Angola sehr langsam (lange Wartezeiten vor den Schaltern, sehr verspätete oder gar keine Verschickung von Belegen, Quittungen, Kontoauszügen etc.) und gibt auch bei Stellung ausreichender Sicherheiten entweder gar keine oder nur kleine Kredite nach großen Verzögerungen infolge übermäßiger Bürokratie, Formularwirtschaft usw. So bekam z. B. ein uns bekannter Kaffeeplanzer und Viehzüchter (dessen Betrieb einen Wert von ca. 400 000 DM hat), nur nach mühsamen zweijährigen Verhandlungen einen Kredit von 30 000 DM zur Anschaffung von Maschinen. Während dieser Zeit hatte der Planzer allein 5000 DM zur Erlangung des Kredits ausgeben müssen (Reise- und sonstige Spesen)! Er bekam dann schließlich durch Verkauf eines Betriebes im Ausland mehr Geld flüssig als er brauchte und hätte auf den $6\frac{1}{2}\%$ -Kredit verzichten können. Die Bank bewegte ihn schließlich zur Annahme (mit einer Rückzahlungsfrist von 9 Jahren!) weil er doch völlig von ihrem Wohlwollen abhängig ist. Eine sehr gute Beschreibung des *Kapital- und Kreditmangels in Angola* gibt Otto von Tschirschky in seiner Studie „Agrarsoziale Probleme in Angola“^{27a)}:

„... Ein weiterer Grund für die Schwierigkeiten bei der Weiterentwicklung der landwirtschaftlichen Produktion ist der Kapital- und Kreditmangel. Bis zum Kriegsende ließen die Preise für landwirtschaftliche Produkte die Bildung von Kapitalreserven zur weiteren Intensivierung der landwirtschaftlichen Betriebe nicht zu. Erst nach 1945 stiegen die Weltmarktpreise schneller an als die Unkosten und erlaubten dadurch bei gewissen Kulturen eine Kapitalbildung. Es betrug zum Beispiel der Preis für

	1938	1948
Sisal	15,10 £	81,10 £
Palmkerne	6,50 £	21,00 £

Der Maispreis machte diese Entwicklung nicht mit. Er beträgt heute 0,8 Esc. je Kilogramm. Der Sisalpreis ist infolge des Aufkommens der Kunstfasern inzwischen wieder gefallen und läßt heute kaum einen Verdienst zu. Der Kaffeepreis beträgt zur Zeit in Angola je nach der Qualität 15 000 bis 20 000 Esc. je Tonne. Er hat sich damit gegen früher etwa verfünffacht. Er ermöglicht dem Planzer, der bereits über tragenden Kaffee verfügt, zu investieren. Wer jedoch nicht in der glücklichen Lage ist, eine in voller Tracht befindliche Kaffeeplantation sein eigen zu nennen, und daher auf Kredit angewiesen ist, kann kaum hoffen, diesen im Lande zu finden. Der Realkredit ist wenig entwickelt. Zwar besteht eine Hypothekenbank, die aber gerade bei denen, die einen Kredit brauchen würden, nicht recht zum Zuge kommt. Die Schwierigkeiten bei der Erlangung eines preiswerten und zweckmäßigen landwirtschaftlichen Kredites werden auch im Lande erkannt. So schreibt die „Gazeta Agricola de Angola“ (Luanda, Sept. 1956) bei ihren Betrachtungen zu der vom 11. bis 15. September 1956 in Comba Dão, dem Zentrum des Europäischen Kolonates Cela stattgefundenen ersten Ausstellung landwirtschaftlicher Maschinen: „Ein stärkerer Absatz an landwirtschaftlichen Maschinen kann nur erwartet werden, wenn entsprechende Kreditmöglichkeiten geschaffen werden.“ (Die Ausstellung war mit 18 englischen und amerikanischen Schleppern, sowie mit zwei Lanz- und einem MAN-Schlepper besetzt. Die deutschen Maschinen wurden nicht verkauft). Daß es für die Pflanzungen, die noch im Aufbau sind, fast ausgeschlossen ist, Realkredit zu bekommen, hat seinen Grund in der Eigenart der portugiesischen Gesetzgebung über die Vergebung von Landkonzessionen, besonders an Ausländer. Die Bedingungen, unter denen an einen Nicht-Portugiesen eine Konzession auf Staatsland

^{27a)} Agrarsoziale Gesellschaft e. V., Göttingen 1957, S. 20—21.

erteilt wird, sind in einem Artikel der „Gazeta Agricola de Angola“ vom 3. September 1956 dargelegt. Sie seien im folgenden aufgeführt: 1. Der Bewerber muß in der Provinz Angola Wohnrecht besitzen. 2. Er muß sich auf alle derzeit gültigen und in Zukunft zu erlassenden Gesetze verpflichten. Diese Verpflichtung muß durch das Konsulat des Bewerbers ausdrücklich bestätigt werden. 3. Beantragt der Bewerber eine über 100 Hektar große Konzession, so muß er ein Vermögen von 200 000 Esc. nachweisen. Für eine Konzession über mehr als 250 Hektar bedarf es einer besonderen Erlaubnis. 4. Der Bewerber hat die Erlaubnis zur Demarkation des von ihm zu belegenden Landes einzuholen. 5. Nach Erteilung dieser Erlaubnis hat er eine provisorische Demarkation vorzunehmen und innerhalb von 90 Tagen eine Lageskizze sowie Lagebeschreibung einzureichen. 6. Sind alle Voraussetzungen gegeben, erhält er nunmehr eine vorläufige Konzession. Die jährliche Gebühr hierfür beträgt 80 Esc. 7. Innerhalb der nächsten fünf Jahre nach Erteilung der vorläufigen Konzession ist der 10. Teil der belegten Fläche in Kultur zu nehmen. 8. Erst nach Vornahme der definitiven Demarkation und nach deren Vermessung erfolgt die Erteilung des endgültigen Besitztittels. 9. Die zu entrichtenden Gebühren gehen aus folgender Zusammenstellung hervor:

	100 ha	200 ha	250 ha
1. Vorläufige Demarkationserlaubnis	615	917	1 219 Esc.
2. Abnahme der vorläufigen Demarkation	1 020	1 020	1 020 „
3. Endgültiger Erlaubnisschein	6 500	10 500	12 100 „
4. Jährliche Gebühren (Erbpacht)	80	160	200 „

10. Hierauf erfolgt die Eintragung in das Kataster.

Da Realkredit nicht vor Zuteilung des endgültigen Besitztittels (Punkt 8 vorstehender Übersicht) erteilt werden kann, und da die im Aufbau begriffenen Pflanzler meist wegen Mangels an Kapital, unter dem sie bei der langen Anlaufdauer zu leiden pflegen, die endgültige Demarkation wegen der relativ hohen Kosten für den endgültigen Erlaubnisschein möglichst lange hinausschieben, ist die Erlangung von Realkredit für diese Pflanzler fast unmöglich. Sie sind daher allein auf den persönlichen Kredit angewiesen...“

Zur Ermöglichung der Gewährung von mittel- und langfristigen Aufbaukrediten hatte Minister Marcello Caetano (Überseeminister von 1943 bis 1946) im Jahre 1946 eine *Abteilung für Aufbau* (Departamento de Fomento) beim *Banco de Angola* gründen lassen mit einem Kapital von 75 000 C. Der letzte Teilbetrag dieser bescheidenen Summe war erst 1952 investiert worden! Die Regierung bewilligte damals einen neuen Kapitalzuschuß von 50 000 C., der durch den Verkauf von 1-Conto-Obligationen aufgebracht und vom Banco de Angola garantiert wurde. Obwohl die riesige Provinz Angola viel umfangreichere langfristige Kredite nötig hätte, will man (nach besonders schlechten Erfahrungen in den zwanziger Jahren) *durch eine maßvolle Schuldenpolitik Fehlinvestitionen vermeiden* und erst einmal sehen, wie der Kapitalmarkt in Portugal auf neue Investitionsmöglichkeiten in Angola reagiert^{27b)}. Da sonst seit 1938 noch der „Aufbaufonds Angolas“ (Fundo de Fomento de Angola, Dekret Nr. 28924 vom 16. 8. 1938), gegründet mit 117 000 C.^{27c)}, und der „Aufbaufonds von Moçambique“ (Fundo de Fomento de Moçambique, Dekret Nr. 27537 vom 25. 2. 1937), gegründet mit 177 480 C.^{27c)}, bestehen, die mit Rechnungsüberschüssen dieser Provinzen gespeist werden (Zusatz-Fonds-Budget für 1953: 250 000 C.)^{27b)}, kann man wohl damit rechnen, daß die alte „Abteilung für Aufbau des Banco de Angola“ von der neu zu gründenden „Überseeaufbaubank“ übernommen wird. Im Gegensatz zum Belgischen Kongo besteht in *Portugiesisch-Afrika noch kein ergiebiger Kapitalmarkt*. Kürzlich aufgelegte 3%-Obligationen der Stadt Luanda konnten kaum untergebracht werden, obwohl sie steuerbegünstigt sind.

^{27b)} NdP 9. 8. 1952, S. 12.

^{27c)} Vgl. Tomaz Wylie Fernandes: Professor Oliveira Salazar's Record, SNI, Lissabon 1939, S. 54.

In *Moçambique* sind die *Bankverhältnisse* insofern *günstiger* als dort neben dem Banco Nacional Ultramarino (der neben der Währungsverwaltung auch Handelsgeschäfte besorgt) je eine Filiale der beiden britischen Handelsbanken Standard Bank of South Africa Ltd. und Barclays Bank tätig ist, wodurch eine gewisse Konkurrenzierung des BNU erreicht wird. Infolgedessen sind die Dienstleistungen des BNU etwas besser als diejenigen des Banco de Angola. Nachdem man auch in *Moçambique* das langfristige Geschäft wegen des Kapitalmangels im Mutterland vernachlässigt hatte, ist seit 1953 wie in Angola die Errichtung einer Filiale der noch zu gründenden staatlichen Übersee-Aufbaubank geplant (Banco de Fomento do Ultramar, Kapital: 200 000 C., 160 000 C. Beitrag der Staatskasse des Mutterlandes, je 20 000 C. Staatskassen von Angola und *Moçambique*). Die Mittel der anderen Spar-, Kredit- und Versicherungsinstitutionen (1 Postsparkasse, 1 Agrarkreditkasse für weiße, 1 Agrarkreditkasse für schwarze Landwirte, 1 Vorsorgekasse [„Montepio de *Moçambique*“ 1955: 2069 Mitgl., 1561 Pensionäre, 17 862 C. Einnahmen], 22 Versicherungsgesellschaften [1955] und 17 Hilfskassen auf Gegenseitigkeit [1955: 8573 Mitgl. 4420 C. Einnahmen]) reichten für die Gewährung von mittel- und langfristigen Aufbaukrediten bei weitem nicht aus. Die Agrarkreditkasse für schwarze Landwirte besteht schon einige Jahre, konnte aber bis 1957 infolge ungenügender Dotierung mit Kapital noch keinen einzigen Kredit gewähren. Die Postsparkasse und der Montepio geben ausschließlich Baukredite.

Die in Portugal für *Anlageinvestitionen* (Gross Domestic Fixed Capital Formation) zur Verfügung gestellten Mittel erreichen nur etwa 14 % des Brutto-Sozialprodukts, wobei mehr als 60 % auf staatliche Initiative zurückgehen und vom privaten Anteil weit über 50 % in die Bauwirtschaft investiert werden. Dieser Stand gehört zu den niedrigsten Europas²⁸⁾: 1954 in %: Großbritannien 13, Irland 14, Frankreich 14, Belgien 14, Westeuropa 17, Dänemark 18, Italien 20, Schweden 21, Österreich 21, Westdeutschland 21, Niederlande 21, Luxemburg (1953) 24, Island (1953) 28, Norwegen 31. Die Steigerung des Sozialprodukts seit 1950 war in den OECE-Staaten (mit Ausnahme Dänemarks) in Portugal am langsamsten²⁹⁾: Index des Bruttosozialprodukts 1955 (1950 = 100): OECE-Staaten insges. 127, Dänemark 108, Portugal 110, Irland 112, Großbritannien u. Nordirland 113, Schweden 117, Norwegen 118, Niederlande 120, Belgien 120, Frankreich 123, Italien 130, Griechenland 138, Österreich 143, Westdeutschland 157. Bei der Wertung dieser Zahlen ist allerdings zu berücksichtigen, daß einzelne Länder bereits einen hohen Produktionsstand (auch im Vergleich zur Vorkriegszeit) erreicht hatten, während sich andere — vor allem Westdeutschland, Österreich, Griechenland und Italien — erst im Stadium des Wiederaufbaus befanden. Mit dem Basisjahr 1953 = 100 lautet die Mengenindexziffer für das Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen für 1938 68 (1939: 69) und für die Jahre 1947 bis 1956³⁰⁾: 81 (83), 84 (86), 86 (87), 94 (96), 95 (98), 95 (94), 100, 106 (104), 107 (103), 112. Die Mengenindexziffern für die Brutto-Anlageninvestition im gleichen Zeitraum lauten (1953 = 100)³⁰⁾: 1938: 66, 68, 76, 78, 80, 82, 89, 100, 105, 106, 110. Die Indexziffern für das pro Kopf-Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen, den privaten Verbrauch von Gütern und Dienstleistungen, den privaten Verbrauch pro Kopf (1956: 107!) und den Import von Gütern und Dienstleistungen (1956: 112) zeigen etwa dieselben geringen Steigerungen wie die Brutto-Anlageinvestition. Eine Ausnahme bildet der staatliche Verbrauch (1956: 125, 1955: 123, 1954: 115) infolge sehr hoher Ausgaben für die Verteidigung und der Export von Gütern und Dienstleistungen (1956: 129, 1955: 129, 1954: 121). In absoluten Zahlen:

²⁸⁾ Parkinson, a.a.O., S. 24.

²⁹⁾ Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit: Der Europäische Wirtschaftsrat (O.E.E.C.) Handbuch 1956, Verlag für Publizistik, Bad Godesberg 1956, S. 87.

³⁰⁾ O.E.E.C.: 8. Bericht (engl.) Paris 1957, 1. Bd. S. 95 ff. In Klammern gesetzte Zahlen sind dem Jahresbericht 1955 der Allg. Depositenkasse (S. 9) entnommen.

Das Sozialprodukt Portugals und seine Verwendung zu Preisen von 1951 (und zu laufenden Preisen) in Mill. Contos³¹⁾

Jahr	1938	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956
1. Verteidigungsausgaben	(0,504)	1,349 (1,368)	1,403 (1,403)	1,546 (1,541)	1,801 (1,812)	1,920 (1,921)	2,029 (2,029)	
2. Zivile Staatsausgaben	(1,134)	2,904 (2,945)	2,950 (2,950)	2,889 (2,880)	3,298 (3,317)	3,554 (3,927)	2,545 (4,243)	
3. Staatl. Verbrauch von Gütern u. Dienstleistungen	(1,638)	4,253 (4,313)	4,353 (4,353)	4,435 (4,421)	5,099 (5,129)	5,474 (5,848)	5,876 (6,272)	
4. Privater Verbrauch von Gütern u. Dienstleistungen		40,275 (36,780)	39,494 (39,494)	38,646 (36,835)	40,059 (37,081)	39,866 (38,061)	40,906 (40,258)	
5. Verbrauch von Gütern u. Dienstleistungen insges.		44,528 (41,093)	43,847 (43,847)	45,081 (41,256)	45,158 (42,210)	45,340 (43,909)	44,531 (46,530)	
6. Brutto-Anlage-Investitionen i. Inland	(1,799)	5,312 (5,395)	5,486 (5,486)	5,899 (5,934)	6,551 (6,568)	6,923 (6,780)	6,964 (6,859)	7,227 (7,090)
7. Vorratsänderungen								(-12) (500)
8. Inlandsausgabe insgesamt		49,840 (46,488)	49,333 (49,333)	48,980 (48,856)	51,709 (49,925)	52,263 (51,322)	53,154 (53,377)	55,499 (54,500)
9. Warenausfuhr u. Saldo d. Dienstleistungsverkehrs	(1,372)	7,745 (6,275)	8,931 (8,931)	7,736 (8,254)	8,017 (7,800)	9,732 (8,984)	10,305 (9,972)	
10. Abzügl. Wareneinfuhr	(2,354)	10,292 (8,007)	9,884 (9,884)	10,208 (10,496)	10,447 (10,032)	10,984 (10,795)	11,751 (12,255)	
11. Brutto-Sozialprodukt zu Marktpreisen		47,293 (44,756)	48,380 (48,380)	46,508 (46,614)	49,279 (47,693)	51,014 (49,511)	51,625 (51,094)	54,196 (52,600)
12. Subventionen	(0,048)	(0,340)	(0,785)	(0,771)	(0,535)	(0,468)	(0,324)	
13. Abzügl. indirekte Steuern	(1,102)	(3,054)	(3,388)	(3,572)	(3,672)	(3,772)	(3,916)	
14. Brutto-Sozialprodukt zu Faktorkosten		(42,042)	(44,367)	(43,813)	(44,556)	(46,207)	(47,502)	
15. Netto-Einkommens-übertrag a. d. Ausland + und vom Ausland —	(-0,010)	-0,113 (-0,115)	-0,213 (-0,213)	-0,052 (-0,052)	-0,089 (-0,089)	-0,124 (-0,124)	-0,083 (-0,083)	
16. Brutto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten		(41,927)	(45,154)	(43,761)	(44,467)	(46,083)	(47,419)	
17. Brutto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen		47,180	48,167	46,456	49,190	50,890	51,544	
18. Wirkung der Terms of Trade-Änderungen			0,523	0,744	0,570	—	-114	
19. Brutto-Volkseinkommen zu Marktpreisen		47,614	48,380	46,800	49,384	50,421	50,909	

³¹⁾ Vgl. O.E.C.E.: General Statistics, Statistical Bulletins, 1956 Nr. 1, S. 115; 1957 Nr. 1, S. 115. Die Zahlen für 1956 sind vorläufige Schätzungen, in Klammern zu Preisen von 1954, vgl. Ndp 2. 3. 57, S. 3. Im privaten Verbrauch zu Preisen von 1951 sind Vorratsänderungen eingeschlossen.

III. Bestehende und mögliche Kapitalbildung

a. Konten- und Wertpapiersparen.

*Das Sparen über Sparinstitutionen und den Staat. Maßnahmen zur Förderung des Sparens
Leitung der Ersparnisse in die Staatskasse für produktive Ausgaben. Finanzierung volks-
wirtschaftlich wichtiger Unternehmungen durch den Staat direkt oder mit staatl. Unterstützung*

Die Aufgabe der Geld- und Kapitalsammlung über das Spareinlagengeschäft (durch das langfristig verfügbare Mittel beschafft werden können) hat in Portugal die staatliche, autonome „*Allgemeine Depositenkasse*“ übernommen (durch den Staat garantierte Einlagen), die fast in jeder größeren Ortschaft eine Filiale unterhält und durch dieses dichte Sparstellennetz Gelegenheit gibt, auch kleinste Beträge als Rücklage auf einem Sparkonto anzusammeln. Die Verzinsung der Sparkonten geht allerdings nicht über die von den Banken gewährte hinaus¹⁾. In Portugal sind noch nicht alle, z. B. in Westdeutschland bekannten, *Formen des Kleinsparens* genutzt worden. 1953 konnten in Westdeutschland 137,3 Mill. DM durch vier Formen des Kleinsparens über Sparkassen akkumuliert werden: 1. Heimsparkassen: 14 Mill., 2. Abholverfahren (Abholen von Spargeldern in den Haushaltungen): 37,1 Mill., 3. Schulsparen: 11 Mill., 4. Vereins- und Klubsparen: 60,1 Mill.²⁾. Außerdem gibt es in Westdeutschland noch das Betriebs-sparen, das Sparen mittels Sparschränken in Geschäften, das Reisesparen, das Prämiensparen (bei dem der regelmäßige Sparer an Prämienauslosungen teilnimmt), das Sparen mit Versicherungsschutz, das steuerbegünstigte Sparen (steuerfreies Sparen) und das Zwecksparen als Gegengewicht gegen das Abzahlungssystem nach dem Grundsatz: erst sparen, dann kaufen. Durch die vermehrte Errichtung von Spargirokonten könnten die in Portugal üblichen Zahlungen über Geldboten durch den bargeldlosen Zahlungsverkehr ersetzt werden.

Zur Erfassung der kleinen Ortschaften müßte es auch im Portugiesischen Reich neben Kreditgenossenschaften *fahrende Sparkassen* (wie im Belgischen Kongo) geben, die zur Erzielung eines größeren Nutzens auch Verkäufe von verbilligten Lebensmitteln und anderen Waren vornehmen sollten, etwa nach dem System der Migros-Genossenschaften in der Schweiz. Die fahrenden Sparkassen und Verkaufsläden hätten dann 5 Aufgaben zu übernehmen: 1. Verkauf verbilligter Waren, 2. Entgegennahme von Sparbeträgen, 3. Auszahlung von Sparbeträgen, 4. Auszahlung von Zinsen und 5. Auszahlung von Lotteriegewinnen, die nach der Höhe der gesparten Beträge variieren, wobei grundsätzlich ein bestimmter Sparbetrag zum Bezug eines Loses berechtigt. Eventuell könnte als 6. Aufgabe die Vermittlung von Kleinkrediten, etwa nach dem Raiffeisen-system, hinzugenommen werden. Die Erfahrungen der Türkei, Belgisch-Kongos, der Schweiz und Westdeutschlands müßte man bei der Einrichtung eines solchen kombinierten Sparkassen-Verkaufs-Lotterie-Kreditsystems berücksichtigen. Dabei ist auch die Einführung des *Mehrwertsparens* zu überlegen. Jeder Sparer, der am Jahresende z. B. drei Contos auf seinem Sparkonto hat und ein Jahr später sechs Contos nachweist usw., hat jeweils für den Mehrwert seines Kontos Anspruch auf eine Prämie. Dabei läßt sich leicht feststellen wer wirklich spart und wer nur momentane Einlagen macht (zwecks unrechtmäßigen Bezugs der Prämie).

1) Sichtdepositen: Banken: $\frac{1}{10}$ —1 %, Allg. Depositenkasse: bis zu 2 Mill. Esc.: $\frac{1}{8}$ —2 %, über 2 Mill. Esc.: 0 %; Depositen auf Zeit: Banken: 1—2 %, Allg. Depositenkasse: auf 100 000 Esc. begrenzt: $1\frac{1}{4}$ %!

2) Deutscher Sparkassenverlag: Unsere Sparkassen, Stuttgart 1954, S. 18.

Große Erfolge sind in vielen wirtschaftlich wenig entwickelten Ländern mit dem Sparen über *Postsparkassen* erzielt worden (Goldküste [Ghana] 1955: 5 Mill. £ Einlagen, Sierra Leone 1954: 1,2 Mill. £). Diese Sparkassen gibt es auch im Portugiesischen Reich (u. a. in Moçambique, Angola [1954: 132,5 Mill. Escudos Einlagenbestand] und Portugiesisch-Indien [Goa]). Die Stadtverwaltung von Lourenço Marques nahm z. B. 1956 bei der Postsparkasse von Moçambique ein Darlehen von 4 Mill. Esc. auf für den Bau eines Kühlhauses am Städtischen Schlachthof. In Portugiesisch-Indien werden die Mittel der Postsparkasse zur Finanzierung des Sechsjahresplanes herangezogen. Mit Sparkassenbüchlein sollten Einzahlungen und Abhebungen bei den Postämtern und mit Postsparbüchlein mußten diese Transaktionen bei den Sparkassen ermöglicht werden. *Banken für Genossenschaften* verschiedener Wirtschaftszweige gibt es u. a. in Japan (Prefectural Credit Federations of Agricultural Co-operative Associations und The Central Co-operative Bank for Agriculture and Forestry), Mexiko (Banco Cooperativo) und Ghana (Kakaowirtschaft). In Japan können Sparbeträge sogar über Postboten ein- oder ausgezahlt werden. Der Schriftverkehr mit den Postsparkassen ist portofrei und die Kontoinhaber bekommen ihre regelmäßigen Kontoauszüge wie von einer Bank. Sie können auch alle sonstigen Bankgeschäfte bei der Postsparkasse tätigen³⁾:

"... The Postal Savings System, modeled after the British and Belgian Systems, was established in 1875. It is regulated by the Postal Savings Bank Law (No. 23) of 1905, and remains an important channel for the collection of savings. The system operates through the widespread net of local post offices, and offers to even the poorest Japanese the facilities of a complete banking mechanism, rendering services on an almost microscopic scale. Individual or joint accounts can be maintained in the form of ordinary savings or fixed deposits for terms ranging from six months to ten years. In addition, since 1941 there has been available a fixed-savings certificate deposit under which certificates are issued, in a range of denominations, which mature in ten years but can be cashed after one year. The depositors are offered such special facilities as the collection of monthly savings installments by the postman, and free mail service for all correspondence relating to accounts. Although passbooks must be presented for each deposit or withdrawal, funds may be deposited at one office and withdrawn from another... The offices of the Postal Savings System also handle the accounts and operations of the Postal Transfer System, which is modeled after the Austrian and German Postal Giro systems. Checking accounts are maintained into which cash or negotiable instruments can be paid, and from which depositors can withdraw cash upon demand. All post offices are authorized to accept cash deposits for these accounts and to meet cash withdrawals from them. They also issue postal and telegraphic money orders (domestic and foreign) payable to order, and postal notes for sums not exceeding twenty yen, payable to bearer or to order. These money orders and postal notes are sold to the general public against payment in cash and to depositors against debits to their accounts. Distinctive features of the system are the facilities whereby a depositor can apply for a payment to be made by the debiting of his account and the crediting of another depositor's account (giro transfer), or for payment in cash from his deposit account to a non-depositor. The transfer system is widely used and is patronized by persons from all classes of society, especially farmers, independent business firms, and professional men. It is also used by public bodies for the payment of pensions, annuities, and interest. No limitations are set upon the size of the checking accounts, but if an account rises above specified levels the interest rate may be lowered or interest payments suspended. In practice, depositors do not keep unduly large balances. Postal transfer accounts on March 31, 1951, totaled 2,500 million yen. In addition to collecting savings and handling money transfers, the Postal Savings System acts as banking agent in selling to its depositors bonds of the national, prefectural, and municipal governments. It also conducts savings campaigns among the public, during which it sells special government bonds and savings certificates of small denominations..."

³⁾ Edna E. Ehrlich, Frank M. Tamagna: Japan, in: *Banking Systems*, Columbia University Press, New York 1954, S. 545 ff.

In Italien werden auch besondere „Post-Obligationen“ von den Postämtern verkauft⁴⁾:

“...Interestbearing post office Bonds (Buoni Postali fruttiferi) are issued by the Post Office Savings Bank (that is, by the state). A bond of this kind has certain special features: it is a registered bond of no precise maturity; no fixed interest is paid at specific dates; the accumulated interest, calculated also on the interest accrued from year to year, is paid together with the capital whenever the bond is presented for payment. The rate of interest rises from year to year during the life of the bond, at present from 3.75 percent for the first full year to a maximum of 5 percent after 15 years. These bonds represent nowadays by far the largest part of the deposits with the Post Office Savings Bank; at the end of October, 1953, the circulation totaled 978,400 million lire... being a registered and non-transferable title, they effectively serve their anti-inflationary purpose. The fact that interest is added to the capital and is paid also on interest accrued so that the nominal amount doubles in the space of 18 years has made them extremely popular all over the countryside where people do not, as a rule, expect interest on small savings but usually set them aside for special outlays (dowries, repairs to the home, replacement of agricultural machinery, and so forth)...”

Als weiteres Sparsystem sind *Ehestandsdarlehen auf Grund von Sparbeträgen* zu nennen. In Westdeutschland z. B. bekommt ein Brautpaar, das regelmäßig bei der Sparkasse spart (3 Jahre fest) ein billiges Darlehen in gleicher Höhe des Sparbetrages und außerdem Steuerreduktionen vom Fiskus. Durch dieses System lassen sich Ratenzahlungs- und Abzahlungsgeschäfte eindämmen, die nur in Depressions- und Krisenzeiten erwünscht sind. Die *Rückzahlung* solcher Kleinkredite kann z. B. für Analphabeten *durch den Kauf von Marken* geschehen, die in ein Sparbüchlein der Sparkasse zu kleben sind. Auch in Dänemark müssen Brautpaare nachweisen, daß sie eine gewisse Summe gespart haben, bevor ihnen Darlehen, etwa in doppelter Höhe des Sparbetrages, gewährt werden. Dort beträgt die Darlehenshöhe mindestens 1000, im Maximum 4000 Kronen. Die Darlehen müssen mit $5\frac{1}{2}\%$ verzinst und im Laufe von 5 Jahren zurückgezahlt werden. Ihre Auszahlung erfolgt in Form von Scheckheften mit sogenannten „*Einrichtungsschecks*“, mit denen alle Einkäufe bei den diesem System angeschlossenen Firmen, wie mit barem Geld, bezahlt werden können. Sämtliche Waren gehen sofort in das Eigentum des Käufers über; einen wie bei Abzahlungsverträgen üblichen Eigentumsvorbehalt gibt es nicht. Zur Deckung von Verlusten hat der Sparkassenverband (entspricht der Allg. Depositenkasse in Portugal) eine Kautionsversicherung bei zwei großen Versicherungsgesellschaften abgeschlossen, so daß keine Bürgschaften oder sonstigen Garantien gestellt werden brauchen. Die Versicherungsprämie beträgt 6% des Darlehensbetrages. Hiervon bezahlen die Sparkassen 3%, die Firmen 2% der Verkaufssumme und die Darlehensempfänger 1% bei Ausstellung des Scheckheftes⁵⁾. In Dänemark wird mit diesem System ohne staatliche Hilfe die Spartätigkeit angeregt und gleichzeitig Schutz vor wucherischen Abzahlungsgeschäften geboten. Die Verzinsung der Darlehen mit $5\frac{1}{2}\%$ erscheint aber immer noch viel zu hoch. Hier ist auch die Einrichtung von sog. *Aussteuer-Sparheften* durch die Sparkassen mit besonderen Vergünstigungen für die Einlagen zu erwähnen.

Sehr vorteilhaft für Portugal scheint jenes System zur Anregung der Sparsamkeit zu sein, wonach die Sparkassen *Spargeschenk Gutscheine* mit Sparheften für Neugeborene abgeben und selbst eine kleine Anfangseinlage leisten. Dort kämen etwa 100 Esc. in Frage. Dieser Betrag bleibt dann bis zum 14. Lebensjahr des Kindes gesperrt. Die Verzinsung richtet sich nach den weiteren Einzahlungen des Vaters. Zahlt er nichts, wird auch kein Zins gezahlt oder nur wenig, zahlt er angemessene Beträge und regelmäßig, so kann der Zinssatz

4) Antonello Gerbi: Italy, in: Banking Systems, New York 1954, S. 430 ff.

5) BN Nr. 81 vom 23. 2. 54.

bis zu 5% steigen. Denkbar sind ferner Sparverträge der Eltern mit den Sparkassen um für die Ausstattung ihrer Kinder nach deren Heirat zu sparen, wobei auch die Berechtigung zur Aufnahme von Teilzahlungskrediten festzulegen ist. Für eine Laufzeit von 3 Jahren käme eine Verzinsung von ca. 5% in Frage.

Da der Mittelstand ebenso wenig wie die Arbeiter über das notwendige Bar-kapital verfügt, um Käufe von Wertpapieren und dauerhaften Waren ohne Kredit vorzunehmen, könnte die Genehmigung zur Abwicklung von *Teilzahlungsgeschäften* in Depressions- und Krisenzeiten auch auf diesem Gebiet einige Erleichterungen bringen. Sie würden eine Verschärfung des Wettbewerbes und damit eine Verbesserung der Bedingungen für das kaufende Publikum bewirken, müßten aber billig sein und ausreichenden Schutz des Käufers gewährleisten. Besondere Gesetze haben einen Mißbrauch des Abzahlungssystems zu verhindern und dafür zu sorgen, daß der Käufer über die Kosten des Kredites genauestens unterrichtet wird. Die Verpfändung einer verkauften Ware für einen gewährten Kredit sollte, wie in Frankreich, gesetzlich verboten sein. Geschäftsleute müssen die gründliche Untersuchung der Kreditgesuche und den Kreditverkauf besonderen Institutionen übertragen. Die volkswirtschaftliche Berechtigung der Einführung des Kreditkaufs ist in Portugal gegeben, denn dort ist der Käufer im allgemeinen nicht in der Lage dauerhaftes Konsumgut, also eine Ware, deren Nutzungsdauer sich über mehrere Einkommensperioden erstreckt, aus einer laufenden Einkommensperiode zu bezahlen. Da immer mehr Menschen zu monatlichen Einkommensbeziehern werden, stellt der Ratenkauf für sie die einzige Möglichkeit dar, diese teuren Güter zu erwerben. Sie beleben damit die Geschäftstätigkeit und sichern die Beschäftigung und die Einkommen anderer Arbeitnehmer. Während das Abzahlungsgeschäft in Krisenzeiten gefördert werden muß, ist es in der Hochkonjunktur zu drosseln oder ganz zu verbieten, da dann ohnehin Vollbeschäftigung herrscht. Es hat in den USA nach wie vor große Bedeutung (Anfang April 1957 standen 33 Mrd. Dollar aus!), obwohl dort schon infolge hoher Einkommen der Arbeiter ein starker Zug zum Bargeschäft zu bemerken ist. Die außerordentlich niedrigen Preise der immer mehr aufkommenden Discount-Houses führen den Käufern vor Augen, welche großen Ersparnisse der Handel machen kann, wenn er keine Kredite gewähren muß. Es ist bezeichnend, daß heute die Mehrheit der Lebensmittelgeschäfte Kredite an ihre Kunden verweigert. In Schweden haben die Konsumvereine Abzahlungsgeschäfte mit dauerhaften Konsumgütern eingeführt. Sie werden jedoch von den Sparbanken finanziert, wobei die Konsumvereine die Garantie übernehmen. In Italien werden von den einzelnen Geschäften Abkommen über Abzahlungsverkäufe an die Angestellten und Arbeiter mit Verwaltungen, Industriebetrieben usw. abgeschlossen. In diesem Falle übernimmt es der Arbeitgeber die Teilzahlungsbeträge mit der Zustimmung seines Angestellten oder Arbeiters vom Lohn abzuziehen, ohne selbst irgendeine Garantie einzugehen. *Ratenzahlungskredit für Betriebszwecke* ist in Holland hauptsächlich zur Aufgabe der großen Darlehenskassen geworden, die alle oder fast alle Aktien der auf diesem speziellen Gebiet tätigen Finanzierungsgesellschaften erworben haben. Daneben erteilen auch Finanzierungsgesellschaften, die Großfabrikanten nahestehen, solche Betriebskredite. Der *Ratenzahlungskredit für Betriebszwecke* ist betragsmäßig dort am bedeutendsten. Der Konsumtivkredit für Haushaltungszwecke wird in Holland, abgesehen von den erwähnten Instituten, von einer ganzen Reihe von Banken gewährt (J. M. Rees van den Ende, Generaldirektor der Nationalen Volksbank von Holland). *Ratenkäufe und Vorsparverträge* (regelmäßige Zahlung eines bestimmten Betrages vor dem Kauf, für die dem Käufer ein bankmäßiger Zins und eventuell eine Prämie zusteht) haben den Nachteil, daß die Verfügungsgewalt über das Geld eingeschränkt wird. Der Ratenkäufer sowohl als auch der Vorsparer legt einen Teil seines Einkommens fest und letzterer bindet sich noch dazu an einen

bestimmten Verkäufer, ohne die Möglichkeit zu haben etwas Besseres oder Billigeres bei einem anderen Verkäufer zu beziehen. Das individuelle Sparbüchlein des Käufers hat dagegen den Vorteil, daß er im gegebenen Zeitpunkt dort kaufen kann, wo es ihm am günstigsten erscheint.

Außer den von uns schon beschriebenen originellen Arten von Staatsanleihen⁶⁾ bestehen in Portugal je nach den wirtschaftlichen Wechsellagen noch folgende Möglichkeiten (die teilweise schon erkannt wurden) das Sparen zu fördern, die gesparten Beträge zum Zwecke produktiver Ausgaben in die Staatskasse fließen zu lassen und volkswirtschaftlich besonders wichtige Unternehmungen allein vom Staat aus oder mit seiner Hilfe zu finanzieren:

1. *Erlaß eines Sparprämiengesetzes*. Auszahlung einer Prämie bis zu 30% für das Sparen bei Banken und Sparkassen, wenn das Sparkonto vier oder mehr Jahre festbleibt (längere Festlegung, höhere Prämie). In Japan gibt es z. B. „special deposits constituting various types of savings deposits that not only bear interest but are eligible for *premium awards determined by lottery*“ neben „installment savings accumulated at intervals and in amounts agreed upon by bank and depositor“ und „deposits at notice, withdrawable at any time upon giving advance notice (usually 7 days)“⁷⁾. 2. Besondere Vergünstigungen für Sparer kleinerer Beträge 3. *Staatliche Versicherung der Sparguthaben* mit einer eventuell später festzulegenden Bindung an den Lebenskostenindex bei Abhebungen. Ersteres ist bereits durch das Bestehen der staatlichen Allg. Depositenkasse verwirklicht.

Indexgebundene Sparkonten sind keineswegs etwas Neues. So berichteten z. B. die „Basler Nachrichten“ am 1. 2. 1955 (Nr. 48):

„KN. Stockholm. Die finnischen Sparbanken haben beschlossen, indexgebundene Sparkonten einzuführen, die dem bereits im Lohnsystem gültigen Lebenshaltungsindex vollautomatisch und zu 100 % angeschlossen werden. Es wird eine Mindesteinlage von 30 000 Finnmark und deren Bindung für 12 Monate zur Bedingung gemacht, während die Zinsvergütung die bei Sparbanken übliche bleibt. Die Berechnung der Entschädigung für eintretende Indexsteigerungen wird den Lebenshaltungsindex (Oktober 1951 = 100) zwar als Grundindex haben, aber mit der Indexziffer 104 als Mindestziffer beginnen. Der Lebenshaltungsindex lag 1953 im Jahresdurchschnitt bei 103, um bis Oktober 1954 mit gewissen Schwankungen auf 104 zu steigen, und im November auf 98 abzusinken. Die Jahresziffer für 1954 wird also 104 nicht erreichen. Bei Ausleihungen soll die Indexbindung nur zur Anwendung kommen, wenn eine Notwendigkeit vorliegt, die Indexentschädigung für gebundene Depositen aufzubringen. Das Datum für die Errichtung der Indexkonten wird bekannt gegeben, sobald die technischen Vorbereitungen beendet sind, was im Verlaufe von etwa 5 Wochen der Fall sein wird.“

Zusammen mit gleitenden Löhnen kann durch dieses System etwa unvermeidlichen Inflationen ihre Eigenschaft als Besteuerung der niedrigen Einkommen genommen werden. In Ländern mit Streikrecht (Portugal gehört nicht dazu) haben Indexlöhne die Anzahl der Streiks erheblich vermindert (z. B. in Israel⁸⁾). Indexbindungen sind in Portugal vorläufig noch nicht notwendig. Die Lebenskosten blieben seit 1946 fast auf gleicher Höhe und eine Inflationsgefahr besteht nicht. Die Ausdehnung des Geldvolumens hielt sich in den Grenzen der wirtschaftlichen Expansion. Sie betrug von 1948 bis 1954 durchschnittlich rd. 5% pro Jahr und von 1954 bis 1955 1,5 %.

Sehr gut haben sich neben den Postsparkassen die Genossenschaften als Sparkassen bewährt (sie nehmen z. B. in Schweden von den Mitgliedern Sparbeträge entgegen und verzinsen sie zu 3%). In Portugal können die Korporationen ebenfalls Sparkassenfunktionen übernehmen. Der Staat gewährt ihnen in

⁶⁾ v. Gersdorff (1), a.a.O.

⁷⁾ Vgl. Ehrlich, Tamagna, a.a.O., S. 541. In Dallas (USA) hat die „Bank von Texas“ (bei der sich die Kunden vom Auto aus bedienen lassen können!) eine Lotterie mit wöchentlichen Ziehungen eingeführt, die das Depot der Gewinner verdoppelt.

⁸⁾ Vgl. Goldberger, a.a.O., S. 109.

gewissen Fällen Kredite. So hatte z. B. das Überseeministerium im Februar 1954 dem „Gremium der Getreideproduzenten des Distrikts Manica e Sofala“ ein Darlehen von 10 Mill. Esc. eingeräumt, mit Tilgung ab 1959, zwecks Intensivierung des Anbaues von landwirtschaftlichen Produkten⁹⁾ zur besseren Versorgung von Moçambique (auch bei guten Ernten müssen Weizen und Molkereiprodukte eingeführt werden). 1955 gewährte die Allg. Depositenkasse den Korporationen Kredite von insgesamt 1 171 242 Contos (1954: 872 665; 1953 : 734 557; 1952: 655 160). Auch für Portugiesisch-Afrika wäre ein System interessant, wonach z. B. in Togo (seit 1953) jeder Haushaltungsvorstand, der Steuern zahlt, verpflichtet ist, einer dörflichen Spar- und Hilfsgemeinschaft (Société de Prévoyance) beizutreten.

Zur Förderung des Sparens sind ferner *Steuerbegünstigungen für Kapitalansammlungsverträge* neben der bereits bestehenden steuerlichen Begünstigung von Staatspapieren zu empfehlen, sowie die Abschaffung der Doppelbesteuerung durch Kapitalsverwendungs- und Ergänzungssteuern¹⁰⁾. Die Kapitalerträge sollten durch die Besteuerung nicht unter ein bestimmtes Niveau sinken dürfen. Steuerbegünstigung bestimmter Wertpapiere kann auch verhängnisvolle Folgen haben. So hat z. B. in Westdeutschland die Ausgabe steuerbegünstigter Sozialpfandbriefe zur Finanzierung des sozialen Wohnungsbaus viel Geld auf den „Kapitalmarkt“ gelockt, wobei die Sparer durch diese einseitige Lenkung ihrer Ersparnisse auf die steuerbegünstigten Rentenwerte von der Anlage in Aktien geradezu ferngehalten wurden (vom Juni 1948 bis Okt. 1954 wurden 11,7 Mrd. DM festverzinsl. Schuldverschreibungen und 1,2 Mrd. DM Aktien gezeichnet). Auf Grund eines steuerbegünstigten Sparvertrages, etwa nach westdeutschem System, mit festgelegten Sparraten, zahlt der Sparer während der Dauer eines bestimmten Zeitraumes, z. B. 3 Jahre, in regelmäßigen Abständen (monatlich, vierteljährlich) jeweils einen bestimmten Betrag ein. Mehrere Raten eines Jahres können auch zu einer Einzahlung zusammengefaßt und im voraus oder nachträglich geleistet werden. Jede Sparrate muß jedoch spätestens 6 Monate nach Fälligkeit entrichtet sein. Am Jahresschluß dürfen keine Rückstände bestehen. Rückzahlung erfolgt in einer Summe nach einem Jahr, zwei oder mehr Jahren nach Leistung der letzten Sparrate. In Westdeutschland konnten bis Ende 1954 mehr als 30% der persönlichen Einkünfte steuerbegünstigt verwendet werden. Die Aufwendungen für das steuerbegünstigte Sparen rechneten dort zu den Sonderausgaben für steuerbegünstigte Zwecke. Solche Sonderausgaben sind:

- a) Beiträge zu Kranken-, Unfall-, Haftpflicht-, Angestellten-, Invaliden-, Erwerbslosen-Versicherungen, zu Versicherungen auf den Erlebens- oder Todesfall und zu Witwen-, Waisen-, Versorgungs- und Sterbekassen;
- b) Beiträge an Bausparkassen zur Erlangung von Baudarlehen;
- c) Aufwendungen für den ersten Erwerb von Anteilen an Bau- und Wohnungsgenossenschaften und an Verbrauchergenossenschaften;
- d) der erste entgeltliche Erwerb von bestimmten Wertpapieren unter Festschreibung auf den Namen des Steuerpflichtigen für mindestens 3 Jahre;
- e) Leistungen auf Grund anderer Kapitalansammlungsverträge, die auf Grund einer besonderen Anordnung der Bundesregierung als steuerbegünstigt anerkannt sind.

Die Aufwendungen für Sonderausgaben zu steuerbegünstigten Zwecken sind einerseits begrenzt nach dem Familienstand (feste Höchstbeträge) und nach dem Einkommen (steigende Höchstbeträge).

Hier ist noch das sog. „Inhabersparen“ zu erwähnen. Der Sparer ist dabei nicht verpflichtet sich zu legitimieren. Sein Guthaben auf dem Inhabersparbüch-

⁹⁾ Überseebank, Wirtschaftsbericht, Hamburg, Mai 1954.

¹⁰⁾ v. Gersdorff (1), a.a.O.

lein unterliegt keiner Steuer (etwa der Vermögens- und Erbschaftssteuer) und auch das Zinseinkommen ist einkommenssteuerfrei. Der Fiskus darf über das Herkommen des Guthabens keine Auskunft verlangen. Abhebungen können mit einer Sicherungskarte und Kennwort geschehen ohne Vollmacht. Eine Pfändung des Inhabersparbüchleins sollte nur auf Grund von Gerichtsurteilen möglich sein, wenn das Guthaben aus einer strafbaren Handlung entstanden ist¹¹⁾.

Auch zur Förderung von produktiven Investitionen können Steuererleichterungen angewendet werden. Industrielle, die einen Mindestbetrag (in Belgien z. B. 250 000 bFr.) pro Jahr investieren, werden ermächtigt im Verlaufe einer Periode von drei Jahren das produktive Investierungsmaterial bis zu 30%, also um 10% pro Jahr abzuschreiben, so daß sie dementsprechend weniger Steuern zu zahlen haben. Unter produktivem Investierungsmaterial versteht man z. B. in Belgien Hochöfen, Industrieöfen in Glasfabriken und Maschinen für die Kohlenförderung, während Schiffe, Lastautos, Hafeneinrichtungen und Material für Laboratorien nicht dazu gerechnet werden¹²⁾. Diese Maßnahme wurde dort zur Verminderung der Arbeitslosigkeit ergriffen. 180 000 bFr. sollen erforderlich sein, um nur einem Arbeitslosen Arbeit verschaffen zu können. In Portugal wird man mit dem Mittel der Steuerbefreiung zur Förderung der Kapitalbildung überhaupt sehr vorsichtig umgehen müssen, da die dortige Steuerbelastung ohnehin die niedrigste in Europa ist. Auf der Insel Timor soll sogar die einzigartige Einrichtung bestehen, daß der Steuersatz nicht von der Einkommenshöhe, sondern von der erreichten Berufsstufe abhängig ist, so daß persönliche Tüchtigkeit und Berufserfahrung vom Staat durch einen niedrigeren Steuersatz belohnt wird! Für mutige Investitionen ist eine Belohnung auch dadurch möglich, daß bis zum Zeitpunkt der völligen Amortisation aller investierten Summen Steuerfreiheit gewährt wird. Zusammen mit der Sozialversicherung macht die portugiesische Steuerbelastung nur 15% des Bruttosozialprodukts aus. Sie ist in allen anderen OECE-Staaten wesentlich höher (30% und mehr). Die OECE schlägt zur Nutzung der großen Steuerkapazität eine bessere progressive, direkte Besteuerung der hohen Einkommen vor (um die kleinen nicht noch mehr zu belasten), eine Steuerreform gekoppelt mit einem Propagandafeldzug für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Die Steuerreform sollte sich die bessere Verteilung des Volkseinkommens zum Ziel setzen. Die OECE glaubt, daß dadurch keine Lähmung des (ohnehin schon sehr schwachen!) Unternehmungsgeistes eintreten wird. Die portugiesische Regierung hat eine grundlegende Steuerreform für 1957 vorgesehen mit einer Änderung der Erbschaftssteuer und einer neuen Basis für die direkten Steuern. Im Jahre 1956 hatte bereits eine höhere Dividendenbelastung stattgefunden.

Als Ergänzung zu den ersten in Portugal ausgegebenen mittelfristigen Staatspapieren, den nur für Kreditinstitute bestimmten „Aufbauschuldverschreibungen“ (3%-Promissórias de fomento nacional, 1. Serie 1952) wird die Emission von steuerbegünstigten „Investitionszertifikaten“, wie in Frankreich, ratsam sein. Der Zeichnungspreis beträgt dort 100%, der Zinssatz 5%, der Rückzahlungskurs 105% (Rückzahlung erfolgt auf dem Wege der Ziehung) und die Laufzeit 9—10 Jahre bei alljährlicher Tilgung eines Neuntels des Gesamtbetrages. Wie die portugiesischen so sind auch die französischen Regierungsanleihen von sämtlichen das Einkommen aus Wertschriften belastenden Abgaben, also insbesondere von der Couponsteuer, befreit. Darüber hinaus unterliegen sie in Frankreich auch nicht der Einkommensteuer (die Salazar in dieser Form noch nicht eingeführt hat¹³⁾) und zwar in Ausführung einer 1953 verabschiedeten Gesetzesbestimmung, die zur Förderung der Kapitalbildung Steuervorteile

11) Vgl. V. Klos: Inhabersparen — eine neue Sparmethode, in: Deutsche Finanzwirtschaft Nr. 7, Ost-Berlin April 1954.

12) Bund Nr. 308 vom 6. 7. 54.

13) v. Gersdorff (1), a.a.O.

für neuinvestierte Ersparnisse vorsieht. Dieses Gesetz wurde Anfang Dezember 1954 zum ersten Mal praktisch angewendet, als Zeichner der Investitionszertifikate von 1953 und 1954 die Möglichkeit erhielten, von ihrem versteuerbaren Einkommen für 1954 und 1955 die zum Ankauf der Zertifikate verwendeten Beträge in Abzug zu bringen.

„... Um jedoch Mißbräuche zu verhindern, wird diese Steuerfreiheit verschiedenen Beschränkungen unterworfen. So insbesondere darf die sich daraus ergebende Reduktion nicht 10 % des versteuerbaren Einkommens überschreiten. Außerdem muß der Steuerpflichtige die von ihm erworbenen Zertifikate mindestens fünf Jahre in seinem Besitz behalten. Sollte er die Zertifikate vor Ablauf dieser Frist veräußern, so wird er gezwungen sein, die ihm erlassene Steuer nachzuzahlen. Schließlich gilt die Steuerbefreiung nur für das neuinvestierte Einkommen und wird also nur einmal bei der Anlage der Ersparnisse gewährt, so daß in den folgenden Jahren das Einkommen aus den Zertifikaten zu versteuern sein wird. Es fällt unter diesen Umständen schwer, die praktische Tragweite der Befreiung von der Einkommenssteuer genau zu übersehen, zumal die Sätze dieser Steuer nach der Höhe des Einkommens und der Familienlage (Zahl der minderjährigen Kinder) große Unterschiede aufweisen.“^{13a)}

Eine Ausgabe von Baby-Bonds zu 100 Escudos erscheint sehr ratsam, da die bisher üblichen Stücke von 1000 Escudos (1 Conto) für Sparer kleiner Beträge zu groß sind. Die Laufzeit sollte nicht unter 5 Jahren liegen und vorläufig dürfte noch keine Bindung an den freien Goldpreis oder den Lebenskostenindex (Geldwertsicherungsklausel) vorgesehen werden. Die Verzinsung kann niedrig sein, aber dafür sollte eine Lotterie gehörige Gewinnchancen geben (Ausnutzung des Spieltriebes: neben Staatslotterie, Trefferanleihen). Für den Verkauf der Titel könnte man auch die Postämter (die bereits Sparkonten führen) und die Tabakläden, die schon das staatliche Stempelpapier sowie Staatslotterielose verkaufen¹⁴⁾ heranziehen. Dies kann ebenfalls bei einer eventuellen Ausgabe von Volksaktien¹⁵⁾ geschehen. Auf Grund der guten Erfahrungen die man in Österreich mit dem Verkauf von stimmrechtlosen, kleingestückelten Vorzugsaktien bei der Reprivatisierung von staatlichen Banken gemacht hat will auch die westdeutsche Regierung die Ausgabe solcher Aktien im Nennwert von je 50 DM zur Reprivatisierung des Volkswagen-Werkes planen, wobei Besitzer kleinerer und mittlerer Vermögen Vorrang haben sollen und nur private Einzelpersonen berücksichtigt werden. Mit dem Erlös aus dem Verkauf dieser Namensaktien ist die Bildung einer Reserve für die Kosten der Wiedervereinigung Deutschlands vorgesehen. An sich entspricht die Reprivatisierung ganz der Politik der portugiesischen Regierung, die von ihr aufgebaute Unternehmungen privaten Gesellschaften übergibt, sobald sie rentabel geworden sind. Eventuell ist für die Volksaktie eine *Zuzahlungspflicht*¹⁶⁾ in begrenzter Höhe vorzusehen. Die Verpflichtung zum Nachschuß kann dazu dienen, neues Kapital zu bilden, wenn die reprivatisierten Unternehmungen erweitert werden müssen oder Schwierigkeiten zu überwinden haben. Andererseits sollte auf eine weitgehende Selbstfinanzierung zugunsten möglichst hoher Dividenden verzichtet werden. Die Erfahrungen seit dem 19. Jahrhundert haben gezeigt, daß die gute Aktie durch alle Inflationen und Währungsreformen hindurch ihre Substanz nicht nur behalten, sondern noch erheblich erhöht hat und daß ihr Ertrag größer und auch beständiger war als der Ertrag aus Obligationen, wenn man die Kaufkraftschwankungen in Rechnung stellt.

Trotz der Stabilität des Escudo sollte man auch die Ausgabe von Obligationen planen, die durch ihre feste Verbindung mit dem freien Goldpreis oder dem Index der Lebenshaltungskosten wertbeständig sind, so daß die Zeichner keinen

^{13a)} NZZ Nr. 3085 vom 6. 12. 54.

¹⁴⁾ Vgl. v. Gersdorff (1), a.a.O., Abschnitt über Stempelsteuern.

¹⁵⁾ Vgl. auch S. 166, 189, 190.

¹⁶⁾ Vgl. E. Schmalenbach: Finanzierungen, Gloeckner, Leipzig 1922, S. 190 ff.

Verlust erleiden können. Ebenso die Einführung einer solchen Verbindung mit diesem Index für Amortisationen und Verzinsungen der alten Anleihen zum Schutz der Staatsgläubiger vor einer, etwa vom Ausland hervorgerufenen Inflation. Sie drohte bereits 1951 durch die Entwicklung der Zahlungsbilanz¹⁷⁾ infolge des Koreakrieges und konnte nur mit Opfern abgewehrt werden. Damals kam es zur grotesken Situation, daß das kapitalbedürftige Portugal an kapitalreiche Länder auf Kredit lieferte, anstatt Kredite von ihnen zu empfangen. Schließlich mußte die Ausfuhr nach den EPU-Staaten durch äußerst einschneidende Maßnahmen gedrosselt werden¹⁷⁾. Erst seit 1955 hat Portugal kumulative Defizite bei der EPU, sonst seit 1950 eine aktive Gesamtbilanzbilanz, entstanden durch Handels- und Dienstleistungsbilanzüberschüsse der Überseeprovinzen.

Besonders interessant für Portugal können in diesem Zusammenhang Erfahrungen sein, die man in Frankreich gesammelt hat. Die 100 Mrd.-Anleihe vom 11. 3. 1957 (Laufzeit 10 Jahre) wurde mit einer *Rückzahlungsprämie* von 10% ausgestattet, die um einen Betrag erhöht wird, der sich aus dem Mittelkurs der an der Pariser Börse gehandelten französischen Aktien (für die als Basis der Index von 1956 gilt) errechnet. Vorher hatte man den „allgemeinen Börsenindex“ dafür genommen, der auch ausländische Papiere enthält. Die neue Anleihe ist kaum gezeichnet worden, da das Interesse für Aktien größer war, während die „Ramadier-Anleihe 1956“ dreimal überzeichnet wurde.

Zur *Förderung der Kapitalanlage in Wertpapieren* durch Besitzer kleiner und mittlerer Vermögen wäre noch die *Gründung von staatlichen oder halbstaatlichen Anlage-¹⁸⁾ und Beteiligungsgesellschaften und von Investment-Trusts¹⁹⁾ für inländische Obligationen und Aktien* zu erwägen. Zum Unterschied von den früher üblichen Kapitalanlagegesellschaften werden bei den letzteren die mit der Finanzierung und Kontrolle verbundenen Risiken vermieden. Die Möglichkeit des Kaufs von Aktien bliebe dann nicht mehr den Reichen vorbehalten. Kleinere Sparkapitalien könnten für produktive Investitionen gesammelt und den Sparern der Besitz von ausgewählten Aktien bei bester Mischung in Form von Miteigentums-Zertifikaten als „Sachwertaktien“ ermöglicht werden. Durch die Zertifikate kann jedermann mit wenig Mitteln²⁰⁾ Wertpapiere erwerben, die zwar keine absolute Sicherheit verbürgen, aber doch infolge der weiten Streuung der Anlage einen günstigen Risikoausgleich sichern. Da den wenigsten Sparern die nötigen Kenntnisse und die Zeit für eine gute Verwaltung ihrer Anlagen zur Verfügung stehen, bietet die Zusammenfassung der Mittel einer großen Zahl von Anlagesuchenden, zwecks kollektiver Anlage der Gelder, einen vorteilhaften Ausweg. Sie bildet eine Ergänzung zu der am anderen Ort erwähnten Förderung des Erwerbs von Aktien der eigenen Unternehmung durch das Personal. Die Zertifikate dieser Investment-Trust-Fonds für Aktien gelten wie die des Immobilien-Investment-Trusts als Urkunden für das Anteilsrecht am Fonds-Vermögen. Sie haben auch keinen Nominalwert. Ihr innerer Wert oder „Inventarwert“ errechnet sich täglich auf Grund

17) Guthaben bei der EPU über die zulässige Quote hinaus und Riesengewinne der Überseeprovinzen. Vgl. v. Gersdorff (2), a.a.O. Zahlungsbilanzsaldi in Mill. Esc.: 1948: — 2966; 1949: — 2036; 1950: + 471; 1951: + 2179; 1952: + 421; 1953: + 2085; 1954: + 1388; 1955: + 629; 1956: + 624. Vgl. BdP.

18) Eine private Anlagegesellschaft, die „Sociedade de Investimentos Financeiros“, ist Anfang 1953 mit einem Aktienkapital von 10 000 Contos in Lissabon gegründet worden (NdP 7. 3. 1953, S. 15).

19) BN Nr. 378 vom 5. 9. 1952.

20) „Eine Umfrage bei einer Vielzahl von Verkaufsstellen für Investment-Zertifikate in Süddeutschland hat ergeben, daß etwa 21% der Zertifikate gegen Bareinzahlung erworben wurden, etwa 53% zu Lasten eines laufenden Kontos und nur etwa 9% zu Lasten eines Sparkontos. Dieses Ergebnis zeigt, daß es gelungen ist, Investment-Zertifikate zum weit überwiegenden Teil bei neuen Dauersparern zu placieren.“ Wolfgang Tormann: Investment-Sparen im Kommen? in: Der Volkswirt, Sonderheft Sparen und Investieren, Frankfurt a. M. 1957.

der letzten Kurse der Titel des Fondsvermögens und bildet die Basis für ihren Preis. Der Vorteil der Zertifikate gegenüber den Aktien besteht darin, daß sie jederzeit zu diesem Preis verkauft werden können und wenn ein guter Markt dafür besteht, sogar zu einem höheren Preis als Aktien, deren Verkauf oft nicht ohne Verlust möglich ist. In Westdeutschland wird den Zertifikatbesitzern von allen Investmentgesellschaften eine jederzeitige Rückgabemöglichkeit ihrer Zertifikate vertraglich zugesichert. Die Sparer haben jedoch nur in ganz verschwindend kleinem Umfange davon Gebrauch gemacht, wobei derartige Rückläufe gar nicht bis zu den Investment-Gesellschaften gelangten, da sie in jedem Falle von den die Ausgabe der Zertifikate vermittelnden Banken aufgefangen wurden. Die Kurse der Zertifikate bewegten sich viel weniger schwankend als verschiedene einzelne Aktienkurse²¹⁾. Die Zertifikatbesitzer sind von Kapitalertragsteuern, Vermögenssteuern und Börsenumsatzsteuern (nur bei Ersterwerb) befreit, so daß auch die anteilige Dividende ohne jeglichen Steuerabzug ausgeschüttet werden kann. In Mexiko wird Aktionären des Investmentfonds „Fondo de Inversiones Rentables de Mexico, S. A.“ (100 Peso-Inhaber-Aktien) ein Sonderbonus von 2½ % gezahlt, wenn sie die ihnen zufallenden Dividenden (der Fondspapiere) zum Kauf neuer Aktien des Fonds verwenden. Bei der *Anlagepolitik der Fonds* müssen natürlich gewisse Richtlinien strengstens eingehalten werden. So sollten z. B. die Titel des Fondsvermögens möglichst sofort verkäuflich sein. Bei der gleichen Unternehmung darf nicht mehr als 5 % des Vermögens angelegt und die Anlagen müssen auf verschiedene Wirtschaftszweige verteilt werden. Nach Möglichkeit sollte man sowohl die Daueranlage erstreben als auch für eine starke Liquidität Sorge tragen. Auf keinen Fall darf dem Trust-Direktorium erlaubt sein, mit dem Vermögen zu spekulieren. Hingegen braucht man keine großen, sonst üblichen Rücklagen und Abschreibungen zu machen. Bei der heutigen Sachwerthauße werden noch Kursgewinne zu realisieren sein, aber für den Fall von Kursrückschlägen muß mit diesen Gewinnen eine *Reserve für Kursschwankungen* angesammelt werden. In den USA gab es 1952 bereits 200 Investment-Fonds mit 2 400 000 Aktionären und einem Vermögen von 4 Mrd. Dollar²²⁾ (Ende 1955 rd. 9 Mrd.). In der Schweiz betrug das Vermögen der Investment-Trusts 1940 schon 150 Mill. Fr und 1950 665 Mill. Fr²²⁾. In den USA gibt es im ganzen ca. 10 Mill. Aktionäre, davon 9 Mill. Kleinaktionäre (jeder 12. Amerikaner ist Aktionär!), in Großbritannien sind von ca. 19 Mill. Lohnempfängern 2 Mill. Wertpapierbesitzer.

Der portugiesische Staat kann die Spartätigkeit auch dadurch anregen, daß er „*Investment Clubs*“ besondere steuerliche und sonstige Begünstigungen gewährt. Solche Vereine können von schon bestehenden Vereinen, Korporationen, Volkshäusern (vgl. S. 76) usw. gegründet werden, wobei die Mitglieder jeden Monat zusätzliche Beiträge leisten und bei regelmäßigen Zusammenkünften über die Anlage der auf diese Weise akkumulierten Gelder entscheiden, eventuell beraten durch Börsenmakler, Börsenbeamte, Bankiers oder andere Experten. Die Mitglieder solcher Vereine würden somit größere Kenntnisse über die zweckmäßige, gewinnreichste Anlage von Sparkapitalien erwerben, eine größere Risikoverteilung erreichen und durch gemeinsamen Kauf von Aktien eine viel größere Rendite für ihre Spargelder erhalten. Steigerung der Kapitalbildung und weitere Möglichkeiten der Industrialisierung wären die volkswirtschaftlichen Vorteile der Gründung von Investment Clubs. Die Vereine können mit den erzielten Erträgen einen bestimmten Zweck verfolgen (z. B. Finanzierung von Ferien und Reisen) oder auch nur die günstigste Anlage ihrer Kapitalien erstreben. Die Buchführung eines solchen Vereins, die sehr

²¹⁾ Tormann, a.a.O.

²²⁾ Bund 13. 12. 1952.

einfach sein würde²³⁾, wird man einem sachkundigen Mitglied, wie einem Buchhalter oder Bankbeamten überlassen. Auch der Austritt eines Mitgliedes bietet keine großen Schwierigkeiten. Es bekommt seinen Anteil voll ausbezahlt, abzüglich einer kleinen Buße und der Maklerkosten für den Aktienverkauf. In den USA hat man gute Erfahrungen mit Investment Clubs gemacht. 362 von ihnen schlossen sich zur National Association of Investment Clubs zusammen, während die Zahl der außerhalb dieser Dachorganisation verbliebenen Clubs auf 1000 geschätzt wird. Die meisten haben etwa 25 Mitglieder, welche Monatsbeiträge von 5 bis 500 Dollar zahlen. Man schätzt den Wert der monatlichen Wertpapierkäufe auf 500 000 Dollar und glaubt, daß in 15 Jahren eine Million Mitglieder von Investment Clubs 300 Mill. Dollar an Beiträgen zahlen werden²⁴⁾. Es besteht natürlich die Gefahr, daß bei einer Baisse zu viele Mitglieder austreten und daß dadurch eine allgemeine Panik entstehen kann. Dies ist aber bei individuellen Anlagen im selben Maße möglich. Erfahrungsgemäß sind gerade jene besonders ängstlich, die am wenigsten Grund dazu hätten. Die Makler unterstützen die Clubs, verdienen aber nur insofern an ihnen, als viele Mitglieder, die sich dort Kenntnis in der Kunst des Investierens erworben haben, anfangen ihre Kapitalien allein anzulegen, so daß dadurch auch mehr Aktienkäufe getätigt und für die Makler größere Gewinne zu erzielen sind. Der bereits vorhandene Spieltrieb und das verminderte Risiko bei gemeinschaftlicher Anlage sind jene besonderen Voraussetzungen, welche in Portugal die Gründung von Investment Clubs ermöglichen können. Den *Spieltrieb* kann man auch in der Weise ausnutzen, daß zum Sparen aufrufenden Plakaten eine möglichst große Verbreitung gegeben wird, wobei das Sparen mit einer besonders interessanten Verzinsung belohnt werden muß und mit der Ankündigung von attraktiven Gewinnchancen in einer *Lotterie*, entweder unabhängig von der Höhe des gesparten Betrages oder ganz abhängig davon. Man hat mit einem solchen System in der Türkei gute Erfolge erzielt, jedoch die Sparbeträge in unproduktiven Verwendungen versickern lassen. In Portugal würde in dieser Beziehung keine Gefahr bestehen solange das Kabinett Salazar regiert.

Sehr interessant dürften gerade im Hinblick auf portugiesische Verhältnisse die Erfahrungen sein, welche man in den USA mit dem „Monatlichen Investitionsplan“ (*Monthly Investment Plan*, MIP) macht, der es vielen Sparern ermöglichen soll Aktien zu kaufen, nach Bezahlung von monatlichen oder vierteljährlichen Raten von mindestens 40 Dollar. In den ersten Wochen seit Beginn dieses Planes, der von Mitgliedern der New Yorker Börse eingeführt wurde, hatten bereits 4000 Kapitalanleger den MIP unterzeichnet. Man hofft die Zahl der schätzungsweise 10 Millionen Aktionäre in den USA auf diese Weise ganz erheblich erhöhen zu können. Der Plan arbeitet folgendermaßen²⁵⁾:

„... Der Plan mit einer minimalen Beteiligung von nur 40 Dollar erlaubt es sozusagen jedermann, sich bei der Anlage in Aktien zu beteiligen, auch ohne vorherige Erfahrung im Anlagegeschäft. Um die Einzahlung noch zu vereinfachen, haben viele große Gesellschaften ein System ausstudiert, wobei die Bezahlung für eigene oder fremde Aktien durch Lohnabzüge von im Minimum 4 Doll. pro Woche erfolgen kann. Der „Monthly Investment Plan“ schien auch überraschenderweise interessant zu sein für erfahrene Kapitalanleger mit genügend Mitteln. So haben sich verschiedene Interessenten verpflichtet, den maximalen Betrag von 999 Doll. pro Monat einzuzahlen. Sie schätzen das Zwangssparsystem und die Methode des mittleren Ankaufspreises, welche dem Plane zugrunde liegen. Sogar

²³⁾ Es sind nur etwa 8 Rubriken notwendig: 1. Namen der Mitglieder, 2. Höhe ihrer Beiträge, 3. Wert des Portefeuilles, 4. Wert des Anteiles eines jeden Mitgliedes, 5. Käufe, 6. Verkäufe, 7. Dividenden und 8. Ausgaben.

²⁴⁾ Newsweek: Investment Clubs, Washington D.C., 31. 1. 55, S. 40.

²⁵⁾ Vgl. den Artikel: Neue Wege für den „kleinen“ Kapitalanleger in den USA. Aktienkauf mit Ratenzahlungen, in: BN Nr. 328 vom 5. 8. 1954, der sich auf den „Investor's Reader“ der Firma Merrill Lynch, Pierce, Fenner & Beane, New York stützt.

Gesellschaften fanden den Plan für ihre Zwecke interessant. Da, wo ein Teil der Reserven in Aktien angelegt wird, beurteilen Gesellschaftsleitungen das System der Anlage auf planmäßiger Grundlage als vorteilhaft. Das Arbeiten des Planes ist äußerst einfach. Der zukünftige Anleger entscheidet zuerst, wieviel Geld er monatlich oder wenn er es vorzieht vierteljährlich, zu investieren wünscht, im Rahmen der Limiten von 40 bis 999 Doll. Dann kann er aus den über 1200 an der New Yorker Börse kotierten Aktien auswählen. Später sendet er einfach einen monatlichen oder vierteljährlichen Check und die Aktien werden für seine Rechnung zum ersten „Odd-lot-Kurs“ nach Erhalt seines Auftrages gekauft. Der „Odd-lot-Kurs“ entspricht dem Kurs für 100 Aktien zuzüglich eines Agios von $12\frac{1}{2}$ Cents pro Aktie für Titel, die im Kurse unter 40 Doll. stehen und von 25 Cents für im Kurse höher bewertete Aktien. Neben dem Mehrpreis für Aktien unter 100 Stück bezahlt der MIP-Anleger die gesetzliche Minimum-Kommission von 6 % auf Abschüssen von weniger als 100 Doll., eine feste Gebühr von 6 Doll. für den Gegenwert bis zu 300 Doll. und 3 Doll. zuzüglich 1 % für größere Beträge. Die Möglichkeit, kleine Beträge anzulegen, ist natürlich nicht neu. Aber infolge der Notwendigkeit, ganze Aktien kaufen zu müssen, variiert der anzulegende Betrag ständig und erhöhen sich die durchschnittlichen Kosten. Dagegen erlaubt der MIP., den ganzen Betrag in einer Aktie anzulegen. Eine MIP.-Anlage von z. B. 100 Doll. wird 2 Aktien kaufen, wenn sie im Kurse auf 50 Doll. stehen, oder $2\frac{1}{2}$ Aktien, wenn der Kurs 40 Doll. beträgt, aber nur $\frac{2}{3}$ einer Aktie wenn der Kurs 150 Doll. notiert. Da der Preis variiert, wird der Anleger nicht jeden Monat gleich viel Aktien erhalten. (Fraktionen werden bis auf 4 Stellen genau berechnet.) Dadurch wird der MIP-Anleger seine Dollars jedesmal in vollem Umfang anlegen können.

Die Chancen und Risiken. Der Hauptzweck des Planes ist, dem Anleger zu ermöglichen, seinen Aktienwerb durch kleine, regelmäßige Beträge zu bezahlen. So gleicht der MIP. in mancher Beziehung einem Abzahlungsgeschäft, obwohl zwei große Unterschiede bestehen. Erstens ist es kein Kreditgeschäft, ... die Aktien, die durch die monatlichen Zahlungen gedeckt sind, werden bar bezahlt. Zweitens besteht kein Zwang den Plan fortzusetzen. Die Anleger können den Plan jederzeit beenden, wenn sie es wünschen sollten. Sie können auch einen Monat pausieren. Im weiteren kompensieren die Dividenden auf den auf Grund des MIP. gekauften Aktien einen wesentlichen Anteil der zusätzlichen Kommissionskosten. Ein überzeugendes Argument für den MIP. bezieht sich auf das „Zeitproblem“. Natürlich ist der Markt Schwankungen unterworfen; daher kann niemand mit Sicherheit sagen, ob ein Kauf eventuell nicht zu den höchsten Kursen erfolgt. Aber mit Käufen, welche sich über ein Jahr oder länger erstrecken, hat der MIP-Anleger eine gute Chance, daß er die Aktien zu einem mittleren Preis erhält. Wenn somit MIP.-Anleger auch einen eventuellen Kurssturz in Kauf nehmen müssen, so besteht doch die Möglichkeit für den weiteren Kauf zu billigeren Preisen. Das wird sich für den Anleger auf lange Sicht günstig auswirken, vorausgesetzt, daß er auch während der Zeit niedriger Kurse seine monatlichen Zahlungen leistet. Der Plan wird aber auch kritisiert. Den größten Anstoß geben die Kosten. Niemand verneint, daß der Detailkauf mehr kostet als der Engroskauf. Zum Beispiel bezahlt man für 100 Aktien, die im Kurse auf 12 Doll. stehen, eine Kommission von 17 Doll., während bei monatlichen Ratenzahlungen die Kommission auf 72 Doll. ansteigt, eine Differenz von rund 5 % auf dem angelegten Kapital. Deshalb tut derjenige, der die 1200 Doll. bereits besitzt, besser daran, wenn er die Aktien gegen bar kauft. Der MIP. ist speziell für jene Leute bestimmt, deren Anlagegelder sich über Monate ansammeln. Einige Skeptiker sagen, daß ein Anleger seine Gelder ebensogut selbst zusammensparen könnte, bis er die Summe für den Kauf beisammen hat. Dieses Argument ignoriert den psychologischen Faktor, daß es für die meisten Leute schwer fällt, eine Summe für irgendeinen Zweck zu sparen und nicht in Versuchung zu fallen, den Betrag vorher zu verbrauchen. Viele Anleger haben den MIP. bevorzugt, weil die monatliche Mahnung sie zwingt, regelmäßig zu sparen. Selbstverständlich übernehmen die MIP.-Anleger auch ein Risiko, wie jeder andere Wertschriftenkäufer. Daher ist auch der MIP. nicht für jedermann bestimmt. Der Anleger sollte mindestens noch eine andere Notreserve besitzen, vielleicht ein Bankguthaben oder eine Lebensversicherungspolice. Der

MIP. ist bestimmt kein System, um rasch reich zu werden. Auch ist der Plan nicht aufgezogen für den Besitzer, der seine Anlagen rasch ändern will. Er ist bestimmt für Leute, welche Aktien zu kaufen wünschen als langfristige Kapitalanlage, obwohl natürlich jederzeit wenn nötig, die Titel verkauft werden können. Weil der Plan für solche Zwecke geschaffen wurde, ist es natürlich, daß die Aktien, welche unter dem MIP. gekauft werden, auch in diesen Rahmen passen sollten. So wird der vorsichtige MIP-Anleger Aktien auswählen, welche für eine langfristige Anlage günstig sind, von einer gut geleiteten Gesellschaft, in einer Industrie mit langfristigen Aussichten, die sich auch nach 10 und mehr Jahren bewähren. An solchen Papieren besteht in den USA kein Mangel; es gibt viele gesunde Wertpapiere, welche für eine MIP-Anlage in Frage kommen.“

Auch in Portugal gibt es eine große Anzahl erstklassiger Papiere, die sich für einen solchen „Monatlichen Investitions-Plan“ eignen würden. Allerdings müßte er dort erheblich billiger für die Sparer mit kleinen Raten zu stehen kommen, als der amerikanische. Am solidesten sind *Versicherungs- und Bankaktien*. Es handelt sich hier natürlich nicht um „mündelsichere“ Titel. *Versicherungen*: Mundial, Nacional, Garantia, Fidelidade, Comercio e Industria, Bonança, Douro, Portuguesa de Seguros, Ultramarina, Tagus, União und Sagres. *Banken*: Espírito Santo e Comercial de Lisboa (Dividende 1950: 15%, 51: 16,5%, 54: 17%, 55: 18,5%), Nacional Ultramarino (50: 9%, 51: 10%, 52: 10%, 53: 7%, 54: 2,8%, 55: 10%), Aliança (50: 10%, 51: 10%, 54: 12%, 55: 12%), Lisboa e Açores (50: 6%, 51: 8%, 54: 8%, 55: 8%), Fonsecas, Santos & Viana (50: 15%, 51: 15%, 54: 9%, 55: 9%), Portugal (50: 6,9%, 51: 6,9%, 52: 7,5%, 53: 7,5%, 54: 7,5%, 55: 7,5%), Angola: (50: 8%, 51: 8%, 54: 8%, 55: 8%), Alentejo (50: 12%, 51: 14%, 54: 14%, 55: 14%), Pinto & Sotto Mayor (50: 8%, 51: 10%, 54: 9,5%, 55: 10%), Burnay (50: 10%, 51: 12%, 54: 11,2%, 55: 11,2%), Borges (50: 4,6%, 51: 5,5%, 54: 4%, 55: 4%).

Die *Textilaktien* sind meistens in festen Händen und schwer zu bekommen; die besten davon werfen eine Rendite von 6—8% ab; die Aktien der nationalen und überseeischen Eisenbahngesellschaften können nicht gerade empfohlen werden²⁶⁾. Unter den Anteilspapieren der *Industrie* sind hervorzuheben: die Aktien der „Gas e Electricidade de Lisboa“, einer gutgehenden Gesellschaft, an der auch die Zürcher Elektro-Watt beteiligt ist. Diese Papiere werden sowohl an der Börse von Lissabon als auch an derjenigen von Porto am meisten gehandelt und haben einige Umsätze an der Pariser Börse. 1951 fiel zwar die Dividende aus, aber weniger auf Grund eines schlechten Ergebnisses als infolge des sehr hohen Kapitalbedarfes, denn ein großes Ausbauprojekt wurde fast vollkommen auf dem Wege der Selbstfinanzierung verwirklicht, so daß die Ausgabe von Gratisaktien in Frage kommt. Als sehr solide, wenn auch weniger ertragreich, gelten die Aktien der Zigarettenfabriken (Tabaqueira, Tabacos de Portugal, Portuguesa de Tabacos), der Zementwerke (Cimento Tejo, Cimentos de Leiria, Geral de Cal e Cimento), der Heilmittelindustrie (Sociedade industrial farmaceutica), der Elektrizitätsgesellschaften (Eléctrica das Beiras, Hidro Eléctrica do Alto Alentejo, Hidro Eléctrica do Cavado, Hidro Eléctrica Portuguesa, Hidro Eléctr. do Zézere, Nacional de Electricidade, União Eléctrica Portuguesa) und Wasserwerke (Aguas de Lisboa). Gute Aktien sind ferner: Colonial de Navegação, Crédito Predial, Industrial Portugal e Colonias, Industrial Aliança, Nacional de Navegação, Portuguesa de Pesca und Portuguesa Radio Marconi. Mit Elektrizitätsaktien wurden an der Lissabonner Börse die meisten Umsätze erzielt:

²⁶⁾ Finanz und Wirtschaft, Organ für Börse, Handel, Industrie und Verkehr: Portugal — als Anlageland, Nr. 67 vom 21. 8. 51, Zürich. Vgl. auch Estatísticas Financeiras und v. Gersdorff (1), a.a.O.

Mengenindexziffern des Nationalen Statistik-Institutes
(Monatsdurchschnitt des 1. Quartals 1938 = 100)²⁷⁾

Durchschnitt	Elektr.	Banken	Übersee	Versch.	Insges.
1951	427	108	186	41	92
1952	622	136	142	53	110
1953	679	300	206	74	146
1954	1109	621	403	122	253
1955	890	343	326	121	216

Die Kurse hatten sich wie folgt entwickelt (gleiche Basis)²⁸⁾:

Dez.					
1951	65	298	635	100	212
1952	74	378	679	119	248
1953	72	467	803	132	287
1954	76	973	1182	157	399
1955	81	906	869	149	342

Spekulativ sind dagegen die Aktien von Unternehmungen, die sich überwiegend oder ausschließlich in überseeischen Gebieten betätigen, wie die Sociedade Agricultura Colonial, Açucar de Angola, Boror, Colonial do Buzi (auch Obligationen), Ilha do Principe, Angolana de Agricultura, Agricola de Cassequel, Agricola de Bela Vista, Agricola Ultramarina, Cabinda, Soc. Com. Ultramarina, Moçamedes, Roça Aliança, Sul de Angola, Comércio de Moçambique, Zambézia, Soc. de Fomento Imperial, Soc. Caju Industrial de Moçambique. Die in Paris notierte „Moçambique“²⁹⁾ deren Kurs in fast allen großen Tageszeitungen des In- und Auslandes bekanntgegeben wird, gilt als ein relativ solides, gutes Papier. Die Pariser Kurse schwanken zwischen 2200 und 3800 fFr. bei einem Nominalwert von 3000 fFr. (250 Esc.), sind also nicht zu hoch. Portugiesisch-Ostafrika hat eine vielversprechende Zukunft vor sich³⁰⁾. Die Erschließung Nord- und Südrhodesiens erfolgt weitgehend via Moçambique. Der sehr günstig gelegene Hafen Beira ist in großzügigem Aufbau begriffen. Schon 1951 erreichte er die vierfache Umschlagsziffer an Gütern im Vergleich zum Jahre 1945. Die portugiesische Regierung hatte ihn erst 1949 zusammen mit der Beira-Eisenbahn (die Moçambique mit Rhodesien verbindet) von englischen Gesellschaften (Beira Works Ltd. und Beira Railway Co. Ltd.) zum Preise von 6,6 Mill. £ zurückgekauft³⁰⁾. Aber auch der südlichere größere Hafen, Lourenço Marques, wird immer mehr zum Verschiffsplatz für Transvaal, Rhodesien (Limpopo-Eisenbahn seit 1955 in Betrieb), Betschuanaland und Swasiland. Angola³⁰⁾ entwickelt sich ebenfalls sehr schnell. Dort ist die *Companhia de Diamantes de Angola* zur bedeutendsten Gesellschaft aufgestiegen. Die Provinz Angola besitzt einen großen Teil ihrer Aktien, kommt also in den Genuß der hohen Dividende. Sie erhält die Hälfte des Reingewinnes. Das Schatzamt von Angola hat sogar umfangreiche Darlehen von der Diamanten-Gesellschaft entgegengenommen. Ende November 1954 wurde zwischen der portugiesischen Regierung und der Gesellschaft ein Vertrag abgeschlossen, wonach das Kapital der Gesellschaft von 179 300 Contos auf 294 100 C. erhöht wird, also um 114 800 C. Es ist eingeteilt in 1 730 000 Aktien im Nominalwert von je 170 Es-

²⁷⁾ BdP 1955, S. 177.

²⁸⁾ Est. Fin. 1955, S. 54.

²⁹⁾ v. Gersdorff (1), a.a.O.

³⁰⁾ v. Gersdorff (2), a.a.O. und (3) Artikel „Wirtschaft Angola, Mosambik, São Tomé, Port. Guinea, Kapverden u. Span. Guinea“ in: „Länderlexikon“ hg. vom Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv, 1957.

cudos. 100 000 Contos der 114 000 hat die Gesellschaft gratis dem Schatzamt von Angola abzuliefern. Offenbar ein Vergleich nach Mißstimmigkeiten³¹⁾. Sie gewährte ferner einen Kredit von 208 424 938,52 Escudos, wovon die Provinz Angola 100 000 Contos neu in Anspruch nahm. Der Rest diente zur Rückzahlung alter Schulden der Provinz an die Gesellschaft und anderen Zwecken. Auch die Begrenzungen des gesetzlichen Reserve- und Amortisations-Fonds sowie der übrigen Fonds wurden neu festgelegt. Danach erhält die „Reserve zur Stabilisierung der Beteiligungen und Dividenden“ eine Höchstgrenze von 100 000 Contos während die Grenze des „Fonds für Erneuerung des Materials und Warenkäufe“ in Höhe von 100 000 C. bestehen bleibt. Dieser Fonds heißt nun „Reserve für die Mechanisierung der Anlagen“. Der „Vorsorgefonds“ für das Personal der Gesellschaft und der „Hilfsfonds für die schwarze Bevölkerung und öffentliche Arbeiten im Lunda-Distrikt“ bleiben mit 4 500 und 10 000 Contos ebenfalls auf ihrer alten Höhe. Das Schatzamt von Angola bekommt weiterhin die Hälfte der Netto-Gewinne der Gesellschaft, die sich verpflichtet ihre Deviseneinnahmen der Provinz zu verkaufen. Die Regierung von Angola verpflichtet sich ihrerseits die Gesellschaft bei ihrer Arbeit in jeder Weise zu unterstützen und reserviert ihr ein Arbeitsfeld in der Gegend von Chitato. Dieser Vertrag wird als Beispiel einer guten Zusammenarbeit mit den ausländischen Kapitalgebern³¹⁾ und einer seriösen Verwaltung, sowohl in Lissabon, als auch in Luanda bezeichnet³²⁾.

In diesem Zusammenhang ist noch kurz auf die *portugiesischen Obligationen* hinzuweisen. Alle Staatstitel haben wir bereits am anderen Ort³³⁾ besprochen. Sie lauten entweder auf Pfund und sind dann an der Londoner Börse notiert (z. B. 3% Portuguese, deren Kurs alle großen Tageszeitungen regelmäßig melden) oder auf Escudo, wie etwa 3%-Konsols Emprestimo Consolidado, Ende August 1951 zu 77—79% in Lissabon angeboten, deren Coupons mit ganz geringem Steuerabzug eingelöst und auch nach dem Ausland frei transferiert werden können. Unter den Industrieobligationen gelten die „4½% União Electrica Portuguesa“ (Kurs Ende Aug. 1951 in Lissabon 100-102) mit einem allerdings etwas höheren Steuerabzug an der Quelle, als ganz besonders solid. Diese Gesellschaft hat außerdem noch 3¾%- und 4%-Obligationen ausgegeben. Letztere in den Jahren 1945 und 1948. Anfang Oktober 1954 wurde sie ermächtigt, 300 000 5%-Obligationen im Nennwert von je 100 Esc. (15 sFr.) zu verkaufen, rückzahlbar in Semesterraten im Zeitraum von höchstens 30 Jahren³⁴⁾. Dies ist bereits ein erster Schritt in Richtung auf die von uns vorgeschlagene niedrigere Stückelung der Anleihen. 100 Esc. scheint tatsächlich der günstigste Betrag in dieser Hinsicht zu sein. Aber auch die Schuldverschreibungen der Wasserwerke (Aguas de Lisboa 3½%, 4% und 5%), des Credito Predial („Grundpfandobligationen“ 3% und 3½%, unter pari stehend) und der Papierfabrik („4½% Papel do Prado“) sind Anlagen, die sich verantworten lassen. Ferner: Gas e Electricidade, 3½%, 3¾%, 4% und 4½%, Hidro Eléctrica Portuguesa, 4%, Hidro Eléctrica da Serra da Estrela, 3½%, Hidro Eléctrica do Zêzere, 4%, Agricola Exploradora de Sal, 5%. Die Kapitalverzinsungen sind im allgemeinen mäßig, die Renditen der industriellen Investitionen recht gut und Steuern minim, so daß in- und ausländische Kapitalanleger interessante Möglichkeiten im Portugiesischen Reich finden können. Mit Obligationen werden an der Lissaboner Börse nur geringe Umsätze erzielt:

31) v. Gersdorff (2), a.a.O.

32) NdP 27. 11. 54, S. 14.

33) v. Gersdorff (1).

34) NdP 2. 10. 54, S. 15.

Mengenindexziffern des Nationalen Statistik-Institutes
(Monatsdurchschnitt des 1. Quartals 1938 = 100)³⁵⁾

Dez.	Staatliche Obligationen			Private Obligationen		
	Insges. (Durchschn.)	Konsols	Ausw. Schuld	Insges. (Durchschn.)	Eisenbahnen	Andere
1951	38	47	8	97	46	95
1952	37	65	12	78	10	102
1953	32	60	7	78	45	73
1954	36	39	8	49	61	86
1955	34	62	32	57	20	89

Die Notierungen bewegten sich stets auf dem gleichen Niveau (gleiche Basis)³⁵⁾:

	(Dez.)		(Dez.)		(Dez.)
1951	108	106	81	174	248
1952	111	113	81	188	228
1953	114	114	84	196	238
1954	118	118	90	197	239
1955	121	124	85	198	243

Zur Stärkung des Wertpapiermarktes und Mobilisierung der gehorteten Vermögen ist es in Portugal ebenso wie in anderen wirtschaftlich wenig entwickelten Staaten notwendig Informationskampagnen durchzuführen, welche die Funktionen und Vorteile der einzelnen Wertpapiere erläutern und vor allem die Aktie populär machen. Selbst in einem wirtschaftlich entwickelten Land wie Westdeutschland hat eine Umfrage stark vorhandene Banken- und Börsenfremdheit festgestellt. Nur 5 % der Befragten konnten eine fundierte Erläuterung des Begriffes „Aktie“ geben, während 35 % keine oder falsche Angaben machten. Zu dem Gedanken der *Ausgabe von Kleinaktien als Weihnachtsgratifikation* äußerten sich 79 % der Befragten ablehnend, da sie über das Wesen der Aktie kaum unterrichtet waren³⁶⁾.

Interessant sind die Versuche, die man in einem wirtschaftlich wenig entwickelten Land wie Mexiko zur *Propagierung des Wertpapiersparens* unternimmt³⁷⁾. Die Börse der Hauptstadt ist in einem modernen, nach dem neuesten Stand der Technik ausgerüsteten Gebäude (Baujahr 1956) untergebracht und setzt sich aus folgenden Abteilungen zusammen: 1. Allgemeine Verwaltung (Gerencia Geral), 2. Liquidationsabteilung (Departamiento de Liquidaciones) zur Liquidation der Börsengeschäfte, 3. Informationsabteilung, 4. Abteilung für Wirtschaftsstudien und Statistik, 5. Rechnungsabteilung. Die Informationsabteilung verteilt Schriften über das Börsenwesen und gibt dem Publikum Auskunft über alle Gesellschaften, deren Werte an der Börse gehandelt werden dürfen, über die letzten Notierungen und die Spesen, die bei einer Börsentransaktion in Kauf genommen werden müssen. 1956 wurde von der Börse ein großer Aktionsplan (Plan de Acción) entworfen und durchgeführt. Dieser *Wertpapierförderungsplan* sieht u. a. folgende Programme vor: 1. Weckung des Interesses des Publikums für den Kapitalmarkt, 2. Bekanntgabe der Vorteile der Anlage in Wertpapieren, 3. Bekanntgabe der Börsentechnik und Erklärung der Wertpapiere, 4. Werbung bei den Unternehmern für die Benutzung des Wertpapiermarktes als Finanzierungsquelle durch den Verkauf von Aktien. In bestimmten Zeitabständen sollen Reklamekampagnen durchgeführt werden, die erste z. B. unter dem Werbeslogan: „Lassen Sie Ihr Geld für Sie selbst arbeiten, investieren Sie in mexikanischen Wertpapieren!“ Die Broschüre „Das ABC der Anlagen in Wertpapieren“ wird mit einer Auflage von 25 000 Stück gedruckt und wird

³⁵⁾ Est. Fin. 1955, S. 54/55.

³⁶⁾ Tormann, a.a.O.

³⁷⁾ v. Gersdorff (4), a.a.O.

folgende Kapitel enthalten: 1. Die Funktionen der Börsen; 2. Die Eigenschaften der Wertpapiere; 3. Die Börsenpraxis; 4. Die Vorteile der Investition in Wertpapieren; 5. Finanzierungen über die Börse; 6. Wertpapierbesteuerung; Steuern auf Investitionen in Wertpapieren. Als weitere Werbemittel sollen Plakate, Televisions- und Kinoprogramme dienen, wobei in letzteren auch gezeigt werden soll, welche Beziehungen zwischen dem Wertpapiermarkt und der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung bestehen. Auf Grund der gemachten Erfahrungen soll dieses Programm jeweils verändert werden. Ein sehr interessantes Wochenblatt „Der Wertpapiermarkt“ (El Mercado de Valores) wird bereits von der Nacional Financiera S. A. (halbstaatliche Investmentbank) herausgegeben. Nicht nur die Börse von Mexico-City, sondern auch das *Nationale Komitee zur Förderung des Sparens* (Patronato del Ahorro Nacional³⁸) hat Pläne für das Wertpapiersparen ausgearbeitet. Im Mai 1956 hatte es z. B. vorgeschlagen, das bis dahin bestehende System der Verkäufe von Obligationen gegen Abschlagszahlungen durch ein systematischeres Sparsystem zu ersetzen. Bei der Placierung von Aktien und Beschaffung von Krediten sind sog. „Industrialisierungsspezialisten“ oder „Industrialisierungspromotoren“ tätig, die aus den Börsenmaklerfirmen kommen. Das geringe Volumen des auf den beiden mexikanischen Börsen gehandelten Aktienmaterials erlaubt ihnen, Aktienkurse hochzutreiben. Ihre Spekulationsgewinne nach Aktienverkäufen können sehr hohe Beträge erreichen. In Mexico-City arbeiten bereits einige *Börsenmaklergeschäfte*. Ein Unternehmen dieser Art hat kürzlich den „Club de Inversio-nistas“ gegründet, also einen Klub für Investoren, dessen Ziel es ist, durch zahlreiche Zweigstellen in verschiedenen Ortschaften für das Wertpapiersparen zu werben.

Zur Förderung des Sparens sowie zum Ausgleich von Mißernten und Konjunkturschwankungen wurden schon oder könnten ferner noch folgende staatliche Maßnahmen ergriffen werden:

Für Sparer günstige Konversionsofferten, in denen Barzeichnungen vorgesehen sind, welche vor der Rückzahlung der fällig werdenden Titel geleistet werden müssen. Die geringe Belastung des Staatshaushaltes durch die Verzinsung der öffentlichen Schuld³⁹) würde ohne weiteres eine Heraufkonvertierung der so niedrig wie z. B. mit $2\frac{1}{2}\%$ verzinsten Titel erlauben. Die Banken, die ja stets einen großen Teil zu konvertierender Titel halten, könnten veranlaßt werden neue Anleihen unter diesen Bedingungen zu übernehmen, damit ihre seit 1950 außerordentlich hohe Liquidität³⁹) vermindert wird. In England hat sich dieses Verfahren sehr gut bewährt. Vermutlich wird es auch in Portugal anwendbar sein, denn die portugiesischen Bankdirektoren haben wie die englischen stets ein offenes Ohr für die Wünsche des Finanzministers gehabt, ohne daß irgendein Zwang ausgeübt werden mußte.

Die *Auflage von Anleihen mit Zinsanpassung* (nur noch oben) wurde in der Schweiz kürzlich eingeführt, allerdings nicht vom Staat, sondern vom Migros-Genossenschafts-Bund („ $4\frac{1}{2}\%$ Fairplay-Anleihe 1957“). Die Anpassung an ein in Zukunft eventuell noch weiter steigendes Zinsniveau soll dem Obligationär wirkungsvollen Schutz vor Kurseinbußen bieten. Die Schweizer Sparer hatten nämlich mit dem Kurssturz ihrer soliden, „mündelsicheren“, aber niedrig verzinslichen Obligationen große Verluste erlitten (am 25. 10. 1957: $2\frac{3}{4}\%$ Eidgenössische Juni 1954: 86% , 3% Eidg. 1950: 88% , $3\frac{1}{2}\%$ Weltbank 1955: 88% , 21. 3. 56: $101\frac{1}{2}\%$).

³⁸) Diese staatliche Institution gibt neben privaten Kreditanstalten kleinstückelte festverzinsliche Sparscheine (Bonos del Ahorro Nacional bzw. Bonos de Ahorro) mit bisher gutem Erfolg aus.

³⁹) v. Gersdorff (1), a.a.O.

Wenn die Zinssätze wieder sinken wird auch der Jahreszins der Fairplay-Obligationen reduziert, jedoch nicht unter den Minimalzins von $4\frac{1}{2}\%$. Maßgebend als Berechnungsgrundlage für die jeweilige Zinsfestsetzung nach einem Punktsystem ist der von der Schweizerischen Nationalbank festgestellte Durchschnitt der Zinssätze der Kassaobligationen von 12 Kantonalbanken. Für die Librierung haben die Zeichner 8 Monate Zeit unter Berechnung des Ratazinses, wobei aber keine Rate unter 500 sFr. bezahlt werden darf. Weitere Bedingungen: Zeichnungsfrist: 11 Tage, Laufzeit: 8 Jahre, Stückelung: 500 und 1000 sFr. Inhaberstücke, Ausgabekurs: 100% (99,52% plus 0,48% halber eidg. Titeltstempel). Die Migros übernimmt die Couponsteuer von 5% auf den Zinsbetrag. Die fälligen Zinscoupons können in allen Migros-Läden eingelöst werden. Der Anleihebetrag von 15 Mill. sFr. wurde stark überzeichnet. Man kürzte aber nur die großen Zeichnungen und erwog eine nachträgliche Erhöhung des Anleihebetrages. Die Anleihe soll den Kunden der Migros eine sonst als notwendig erachtete Erhöhung der Verkaufspreise ersparen.

Seitdem Ministerpräsident Salazar am 17. 5. 1934 das Dekret Nr. 23865 und danach das Gesetz Nr. 1933 erlassen hat, kennt man in Portugal wieder die Tilgung der Staatsschuld durch die Einrichtung der „ewigen Rente“⁽³⁹⁾. Vorsorge-, Wohltätigkeits- und Lehranstalten dürfen ihre Kapitalien, die in Konsols angelegt sind, gegen „Ewige Renten-Zertifikate“ eintauschen, auf die der gleiche Jahreszins gezahlt wird, wie vorher auf den umgetauschten und damit gestrichenen Staatsobligationen. Sie haben das nicht gerade in großem Stil getan. In Contos⁽⁴⁰⁾:

Jahr	Nominalwert der gegen Zertif. umgetauschten Titel:	Ausbezahlte Rente:
1945	8 555	308,6
1946	7 210	255,5
1947	6 081	199,3
1948	5 517	191,0
1949	9 978	352,0
	<u>37 341</u>	<u>1 306,4</u>

Am 28. 4. 1945 wurde dann noch verfügt (Ges.-Erl. Nr. 34549), daß eine neue Art dieser Zertifikate ausgegeben werden darf, falls die in ewige Rente zu konvertierenden Kapitalien nicht Staatspapiere, sondern Bargeld, Stiftungen und Legate sind, die ständige Fonds bei den oben genannten Institutionen bilden sollen. Auf diese Zertifikate zahlt der Staat einen festen Zins von 4%. Sie sind auf den Namen lautende Konsols, die nur ausnahmsweise vom Amortisationsfonds zum Nennwert getilgt werden dürfen. Das Kapital, welches der Staatskasse zum Kauf eines Zertifikates übergeben wird, muß so groß sein, daß darauf eine Rente von mindestens 5 Escudos pro Vierteljahr gezahlt wird. Dies entspricht etwa dem Vierteljahres-Zins der portugiesischen Staatspapiertypen mit dem niedrigsten Zinssatz von $2\frac{1}{2}\%$. Bei geringeren Kapitalien würden die Verwaltungskosten höher sein, als der Ertrag für die Staatskasse. Die Erträge aus dem Verkauf dieser Zertifikate sind zur Amortisation von Staatsschulden aller Art bestimmt, unter denen der Finanzminister jeweils eine Auswahl trifft. Die Gelegenheit zum Kauf der neuen, sehr gut verzinsten Papiere, haben die begünstigten Institutionen bisher ebenfalls nur wenig benutzt:

⁽⁴⁰⁾ Vgl. Junta do Credito Publico (JdCP): „Contas do Ano Economico 1949“, S. 8.

In Contos⁴¹⁾:

Jahr	Der Staatskasse übergebene Kapitalien:	Ausbezahlte 4 0/0-Rente:
1945	—	—
1946	2 090,6	83,6
1947	8 040,1	321,6
1948	4 731,9	189,2
1949	1 380,5	55,2
	<u>16 242,1</u>	<u>649,6</u>
1950		666,6 ⁴²⁾

Der Wert der beiden Arten von Ewige Rente-Zertifikaten stieg vom 31. 12. 1948 (Bestand: 14 191 Contos) bis zum 31. 12. 1949 (14 557 Contos, repräsentiert von 2680 Zertifikaten) nur um 366 Contos. Bestand am 31. 12. 1950: 14 815 Contos⁴²⁾, am 31. 12. 1953: 15 875⁴³⁾.

*Leibrenten*⁴⁴⁾ gab es in Portugal schon wieder auf Grund eines Gesetzes vom 30. 6. 1887, aber ihre Höhe ging niemals über 61 Contos im Jahr hinaus. Salazar brachte diese Rentenart durch Gesetzes-Erlaß Nr. 19 924 vom 22. 6. 1931 und Gesetz Nr. 1933 wieder zur Geltung. Die Leibrenten stellen ebenfalls eine Form der Konversion dar und haben sowohl die hinausgeschobene Tilgung von konsolidierten Staatsschulden zum Zweck, als auch das Wohl der Titelinhaber, die auf diese Weise zu einer sehr vorteilhaften Lebensversicherung in Form von Altersrenten kommen. Es hat sich in der Tat herausgestellt, daß beide Teile in hohem Maße durch diese Einrichtung profitiert haben. Die von den Versicherungsgesellschaften verbreiteten Gerüchte über Nachteile der Leibrenten für die Staatskasse werden durch folgende Zahlen widerlegt, welche zeigen, daß es sich hier um bedeutend höhere Beträge handelt, als bei der ewigen Rente:

Gesamtbetrag der Leibrenten, die auf Grund des Gesetzes Nr. 1933 ausbezahlt und bis zum 31. 12. 1949 erloschen sind (13 Jahre) in Contos⁴⁵⁾:

1.	2.	3.	4.	5.	6.
An die Staatskasse ausgehändigte Titel	Nominalwert der Titel	Kurswert der Titel am Tag ihrer Übergabe an die Staatskasse	Ausbezahlte Rente	Differenz zw. d. Nominalwert d. Titel u. ihrer Tilgg. durch die Rentenverträge (2-4)	Differenz zw. d. Kurswert der Titel und den ausbezahlten Renten (3-4)
2¼ % 1943	4 913	4 831,5	1 560,7	3 352,3	3 270,8
3 % 1942	1 924	1 914,2	1 007,2	916,8	907,0
3½ % 1941	74	70,1	37,4	36,6	32,7
3¼ % 1936	4 026	3 797,6	3 115,9	910,1	681,7
4 % 1934	876	861,3	398,4	477,6	462,9
4½ % 1933	840	829,0	766,0	74,0	63,0
4¾ % 1934	40,7	40,7	12,3	28,4	28,4
5½ % 1933	6	6	0,9	5,1	5,1
	<u>12 699,7</u>	<u>12 350,4</u>	<u>6 898,8</u>	<u>5 800,8</u>	<u>5 451,6</u>

Der Vorteil für die Staatskasse betrug also weit über 5 000 Contos. Der Bestand an Kapital, das in Leibrente konvertiert wurde, nahm seit 1936 (Jahr der großen Reformen des Staatsschuldenwesens mit dem Gesetz Nr. 1933) ständig zu:

⁴¹⁾ JdCP: Contas 1949, S. 7.

⁴²⁾ JdCP: Contas 1950, S. 7.

⁴³⁾ JdCP: Contas 1953, S. 7.

⁴⁴⁾ v. Gersdorff (1), a.a.O.

⁴⁵⁾ JdCP: Contas 1949, S. 29, 1953, S. 29.

In Contos⁴⁵⁾:

Jahr	Jährlich in	Jährlich	Erloschene Jahresrente	Bestand am 31. Dezember		
	Leibrente konvertiertes Kapital	darauf ausbezahlte Rente		Kapital	Jährliche Rente darauf	Zahl der Zertifikate
1936	2 428,2	274,5	2,7	2 428,2	474,9	163
1937	3 396,6	322,4	1,3	5 824,8	795,9	208
1938	3 443	424,2	10,2	9 267,8	1 209,8	245
1939	3 808	402,6	47,4	12 989,8	1 565	272
1940	2 247	270	20,2	15 095,8	1 814,9	290
1941	2 929	287,1	25	17 826,8	2 077	316
1942	7 939,2	838	30,8	25 562,1	2 884,1	404
1943	6 292	669,6	356	29 796,1	3 197,8	409
1944	28 307,2	2 884	136,1	57 322,3	5 945,7	612
1945	32 877	3 346,7	65,2	89 917,3	9 227,1	799
1946	33 270	3 596,7	245,8	121 862,3	12 578,1	1 027
1947	41 191	4 061,6	199,5	161 737,3	16 440,2	1 238
1948	34 558	3 262,5	416,8	193 595,3	19 285,9	1 408
1949	34 660	3 129,1	502,1	224 646,5	21 912,9	1 533
1950	10 415	944,2	383,1	232 167,5	22 474	1 549
1951	7 625	597,3	509,2	236 193	22 562,1	1 627
1952	5 991	582,3	585,3	238 452	22 559,1	1 655
1953	—	—	464,6	234 657	22 094,5	1 655
	<u>261 377,2</u>	<u>25 892,8</u>	<u>4 001,3</u>			

Es wird streng darauf geachtet, daß nur denjenigen, die betagt und wenig begütert sind, Renten verkauft werden, denn es wäre ungerecht, wenn nur eine ganz kleine Zahl von Staatspapier-Inhabern in den Genuß aller verfügbaren Renten kommen könnte. Offenbar ist es trotzdem schon vorgekommen, daß einige Besitzer großer Mengen an Konsols — die allein zum Rentenkauf berechtigen — Renten erworben haben, um damit à la longue eine höhere Rendite erzielen zu können. In Dekretgesetz Nr. 34723 vom 4. 7. 1945 wurde deswegen angeordnet, daß die Höchstrente für eine oder zwei Personen jährlich nur 60 Contos betragen darf. Infolge der Verminderung der Einnahmen des Amortisationsfonds, von denen eine Hälfte für die Zahlung der Renten bestimmt ist, mußte die Zulassung zum Rentkauf eingeschränkt werden.

Der gemäß Dekret Nr. 18249 vom 26. 4. 1930, Art. 10 geschaffene *Amortisationsfonds* hat die Aufgabe die restlichen Konsols zu tilgen, welche nicht in ewige Rente oder Leibrente konvertiert wurden. Die Hälfte des im Fonds verbliebenen Saldos wird alle 10 Jahre gestrichen und entsprechend verringern sich auch die Zinseinnahmen. Der Kapitalsaldo des Fonds belief sich am 31. Dezember jeden Jahres seit 1936, als das Gesetz Nr. 1933 in Kraft trat, auf folgende Summen. In Contos⁴⁶⁾:

1936	48 090,9	1941	189 252,9
1937	70 428,4	1942	211 488,6
1938	98 779,3	1943	211 976,1
1939	134 575,1	1944	201 435,9
1940	148 835,5	1945	211 673,4

1945 erfolgte, nachdem die ersten 10 Jahre abgelaufen waren, die Streichung von 76 880 Contos und die Einsparung von 2 316 Contos an Zinsen, die vorher immer dafür budgetiert werden mußten. Zusammen mit den oben erwähnten 5 800 Contos an Rentenskapital, das durch den Tod der Berechtigten erlosch und seiner damit gesparten Verzinsung von 421 Contos, ergibt das insgesamt eine Entlastung des laufenden Staatshaushaltes in Höhe von 2 737 Contos.

⁴⁶⁾ JdCP: Contas 1949, S. 11.

Während des Jahres 1946 wurden dem Fonds 50 398 Contos zugewiesen, wodurch er sich nur wenig verminderte:

1946	183 295,9	1948	195 785
1947	194 687,5	1949	194 702,1

Neben der am anderen Ort⁴⁷⁾ erwähnten Ausgabe von kurzfristigen Staatspapieren ist zur Ermöglichung der Offen-Markt-Politik⁴⁷⁾ und zur Erfassung von Goldhorten auch noch eine begrenzte *Ausgabe von zinslosen Goldzertifikaten* denkbar. Wie stark die Verbindung zwischen Zahlungsbilanz, Gold- und Devisenbestand und Geldmenge in Portugal ist, zeigt folgende Tabelle⁴⁸⁾:

In Millionen Contos:

Jahr	Saldo der Handelsbilanz		Saldo der Zahlungsbilanz	Veränderung der disponiblen Gold- u. Devisenmenge	Geldmengindex	In ‰: Verh. uml. Notenmenge zu den and. Verb. a/S bei der Bank von Portugal	Index der Kotierungen auf der Börse von Lissabon	
	Mutterland	Überseeprovinzen					Staatspap., u. and. festverz. Papiere	Transportwerte ⁴⁹⁾
1932			+ 0,265					
1933			+ 0,105					
1934			— 0,014					
1935			— 0,069					
1936			+ 0,209					
1937			+ 0,231					
1938			— 0,164					
1939			+ 0,391					
1940	— 0,7	— 0,3	+ 0,772	+ 1,10	100	220	138	46
Inflationsperiode:								
1941	+ 0,6	— 0,1	+ 3,403	+ 3,51	180	140	142	86
1942	+ 1,6	— 0,1	+ 4,543	+ 4,53	285	84	155	244
1943	+ 0,7	+ 0,2	+ 3,02	+ 2,88	350	88	160	319
1944	— 0,5	+ 0,2	+ 2,684	+ 2,61	411	79	161	313
1945	— 0,8	— 0,0	+ 1,914	+ 1,98	457	73	163	334
1946	— 2,3	— 0,1	+ 0,51	+ 0,38	468	80	163	398

Vergleich der Kotierungen von 1940 und 1946 an d. Lissab. B.: + 18 ‰ + 765 ‰

Deflationsperiode:

1947	— 5,5	— 1,1	— 2,962	— 2,83	400	107	153	400
1948	— 3,6	— 0,5	— 2,97	— 3,13	326	171	144	333
1949	— 3,3	— 0,2	— 1,96	— 1,51	291	221	128	206

Vergleich der Kotierungen v. 1946 u. 1949 an d. Lissab. Börse: — 21 ‰ — 48 ‰

Koreahause:

1950	— 1,8	+ 0,9	+ 0,471	+ 0,98		173	125	198
Juni			— 0,8		284		124	178 ⁽⁵⁰⁾
Dez.			+ 0,47		318		127	239
1951	— 1,7	+ 1,6	+ 2,27	+ 2,69		135	131	289
Juni					348		131	286
Dez.					386		137	285

Vergleich der Kotierungen v. 1949 u. 1951 an d. Lissabonner B.: + 2 ‰ + 40 ‰

⁴⁷⁾ v. Gersdorff (1).

⁴⁸⁾ RdE, Sept. 52, S. 121—135. Von 1932 bis 1939: de Sousa Leite, a.a.O., S. 30. Nach Korea verlangsamte sich die Produktion und kam auf das vorherige niedrige Niveau, als die Auslandsnachfrage auf einen normalen Umfang zurückging. Die portugiesische Wirtschaft hat keinen anderen Impuls als die Nachfrage des Auslandes, da die privaten Kapitalbesitzer nicht genügend investieren!

⁴⁹⁾ Index des BdP. Basismonat: Juni 1928, Jahresmittel. Unter den variabel verzinslichen Wertpapieren hatten die Transportwerte die größten Umsätze aufzuweisen. Danach kamen die Wertschriften der Kolonialgesellschaften, Banken und Versicherungsgesellschaften.

⁵⁰⁾ März.

Veränderungen der gesamten Zahlungsmittelmenge (umlaufende Noten und Depositen) in 1000 Contos:

1939—1946 + 21 950	1946—1. Sem. 1950 — 4 927	1. Sem. 1950—1951 + 4 508
Veränderungen des Kontos: „Sichtverbindlichkeiten“ bei der Bank v. Portugal:		
1939—1946 + 15 333	1946—1. Sem. 1950 — 7 749	1. Sem. 1950—1951 + 4 305

Die eventuell auszugebenden Goldzertifikate müßten leicht übertragbar, auf Escudos ausgestellt und mit der Garantie ausgestattet sein, daß sie jederzeit bei der Bank von Portugal zum geltenden offiziellen Goldpreis gegen Escudos einlösbar sind. So könnte wenigstens ein Teil der durch Zahlungsbilanz-Überschüsse zu stark angestiegenen Goldvorräte der Notenbank zugunsten von Zertifikatinhabern gebunden werden. Es besteht sowieso eine Tendenz die verfügbaren Gelder (die meistens nicht etwa durch Sparkamkeit, sondern durch günstige Handelsgeschäfte angehäuft werden) entweder als Sichtdepositen bei Banken und Sparkassen oder in Edelmetallen und -steinen anzulegen, soweit sie nicht hauptsächlich in Stadthäusern mit hoher Rendite oder bei Handelsspekulationen investiert werden. Somit könnte man durch die Verminderung der Geldmenge vielleicht auch eine Senkung des Preisniveaus erreichen und ein Goldabfluß ins Ausland, der bei einer Goldabgabe an das Publikum entstehen kann, würde vermieden werden. Einen solchen Goldabfluß ins Ausland dürfte sich Portugal nicht leisten, weil plötzlich gestellte Anforderungen an die Goldreserven (wegen der oft bedeutenden Ernteschwankungen⁵¹⁾ und der Abhängigkeit vom Ausland in bezug auf Kapitalgüter sowie von wenigen Exportgüterpreisen) erfahrungsgemäß sehr groß sein können. Die Reserven werden dann zum Ausgleich der Zahlungsbilanz dringend benötigt. Eine Goldabgabe (in erster Linie an die Vorsorgekassen und erst in zweiter an das Publikum) in Form von Goldplättchen à 100 gr. (die halb so viel wie Münzen kosten) wäre höchstens bei zu großem Goldbestand in Erwägung zu ziehen. Ein solcher Goldüberfluß hatte zum Beispiel während des zweiten Weltkrieges katastrophale Folgen. Damals wurden immer neue Noten gegen Gold abgegeben, die Golddeckung der Währung war übertrieben hoch und es galt möglichst viel Noten durch die Auflage von Staatsanleihen und andere Maßnahmen aus dem Verkehr zu nehmen, um die Inflation zu bekämpfen.

Mit einer *auf dem Goldverkauf an das Publikum lastenden Umsatz- und Luxussteuer* könnten diejenigen Goldvorräte verzinst werden, die von der Notenbank an die Vorsorgekassen abzugeben sind. Damit würde man sowohl die Sicherheit der Rentner gegen Inflationen und Abwertungen, als auch jene angemessene Verzinsung erreichen, welche für Versicherungen unentbehrlich ist⁵²⁾. Für den Fall, daß nur die Vorsorgekassen ermächtigt werden (an Stelle der Notenbank, die an alle verkaufen müßte) ausschließlich an ihre Mitglieder Gold zu verkaufen (damit man die ausländische Spekulation eindämmen kann), ließe sich die Verzinsung des Goldes durch eine variable⁵³⁾ Abgabe zugunsten dieser Kassen ermöglichen⁵⁴⁾. Eine weitere Verhinderung der Spekulation würde die Beschränkung des Goldverkaufs auf jene bedeuten, denen Alters- und Leibrenten ausbezahlt werden⁵⁴⁾.

Wenn einmal die portugiesischen Löhne und Gehälter ein bedeutend höheres Niveau erreicht haben, können die in Ermangelung von Privatinitiative vom Staat zu finanzierenden Aufbaupläne auch durch Zwangssparen, je nach Höhe der Einkommen (gekoppelt mit Familienzulagen), verwirklicht werden, so wie

⁵¹⁾ v. Gersdorff (2) a.a.O.

⁵²⁾ In der Schweiz, die sich nach dem Kriege in derselben Lage befand wie Portugal, wurden diese Vorschläge von Edgar Salin gemacht. BN Nr. 457 vom 26. 10. 49, Nr. 280 vom 5. 7. 50 und Nr. 322 vom 1. 8. 50.

⁵³⁾ Variabel, je nach den Schwankungen des Goldpreises auf dem freien Markt.

⁵⁴⁾ E. Salin, a.a.O.

dies in England geschah, als ein Teil der Kosten des zweiten Weltkrieges nach dem Keynes'schen System der „Deferred Payments“ bezahlt wurde. Nach jeder Planung wird eine solche *Zwangsanleihe* dekretiert, welche durch Einbehaltung eines Teils der Löhne und Gehälter bei den Arbeitgebern (die sie in den Finanzämtern zusammen mit dem Teil ihrer eigenen Einkommen gegen staatliche Schuldscheine umtauschen müssen) erhoben, mit 2½ % verzinst und nach der Ausführung des Planes auf Grund des gestiegenen Volkseinkommens und damit gestiegenen Steuereinnahmen wieder zurückgezahlt wird. Ebenso lassen sich dann die in Portugal infolge von Schwankungen der Weltmarktpreise hervorgerufenen wirtschaftlichen Wechsellagen durch solche „Deferred Payments“ ausgleichen.

Im Rahmen einer konjunkturgerechten Fiskalpolitik wäre noch die *Steuerfreiheit für Arbeitsbeschaffungsreserven* während der heutigen Hochkonjunktur zu empfehlen, die von den Unternehmungen als Zwecksparkasse freiwillig angelegt werden. Einen Teil der buchmäßig gebildeten Arbeitsbeschaffungsreserven müßte man zwecks Kauf von auf den Namen lautenden Staatsschuldscheinen abzweigen, welche eventuell entsprechend der Rendite — die sie als im Betrieb arbeitendes Eigenkapital abgeworfen hätten — zu verzinsen und bei Bedarf am Jahresende rückzahlbar sind.

Ausgezeichnet hat sich bisher der schon seit Erlaß des Dekretes Nr. 20984 vom 7. 3. 1932 bestehende „Arbeitslosenfonds“ bewährt⁵⁵⁾. Er wird durch Erhebung einer monatlichen Steuer von 3 % auf sämtlichen Löhnen und Gehältern gebildet. Die Arbeitgeber zahlen 1 %, behalten gleich die 2 % ihrer Arbeitnehmer zurück und überweisen den gesamten Steuerbetrag von 3 % an die Allg. Depositenkasse, die das Geld zur Verfügung des „Kommissariates für Arbeitslosigkeit“ (Comissariado de Desemprego) hält. Nur diejenigen Unternehmungen sind von der Abgabe befreit, welche mit festen, von der Regierung genehmigten Tarifen arbeiten und zwei Jahre hintereinander keine Kapitalgewinne gemacht haben, sowie die Landwirtschaft und Fischerei, desgleichen Hilfsinstitutionen, Pensionierte und Gehaltsempfänger, zu deren Einkommen der Fonds beigesteuert hat. Besitzer von städtischen und ländlichen Grundstücken müssen 2 % über ihre Grundsteuern⁵⁶⁾ hinaus an den Fonds abliefern. Dort, wo Vorsorgekassen irgendwelcher Art bestehen, können die Beiträge an die Kassen vor der Berechnung der Steuer vom besteuerbaren Einkommen abgezogen werden. Den, von den Unternehmungen eingereichten Statistiken gemäß, wird die normale Zahl von Arbeitnehmern und Arbeitstagen vom Kommissariat festgelegt und alle Gehälter und Löhne für darüber hinaus halbwöchentlich Angestellte werden zu 50 % vom Fonds subventioniert. Diesen Prozentsatz und die Zahl der Arbeitstage kann das Kommissariat je nach der Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt und der Art der Industrie verändern. Die Unternehmungen sind jedoch nicht verpflichtet Arbeiten zu vergeben, die ihre Direktionen unnötig finden. Nur in Zeiten großer Arbeitslosigkeit müssen sie mit dem Staat und den Korporationen zusammenarbeiten, um geeignete Maßnahmen zu ergreifen⁵⁷⁾. Arbeitslose sind möglichst unter Berücksichtigung ihrer Berufe und an ihren Wohnorten zu beschäftigen. Benötigt man sie an anderen Orten, so werden nur die Unverheirateten geschickt und ihre Reisen ebenfalls subventioniert. Das Kommissariat kann der Regierung die Gewährung von Prämien für Unternehmungen vorschlagen, die mehr Arbeiter anstellen möchten, als ihnen sonst normalerweise zugewiesen werden. Hier muß man an die „Steuergutscheine“ denken, die in Deutschland so großen Erfolg hatten. Pro mehr beschäftigten Arbeiter oder Angestellten wird z.B. ein Gutschein über ein Conto vom Finanzamt ausgegeben, der dann von der geschuldeten

55) Siehe auch Dekret Nr. 20980, Nr. 21238 vom 16. 5. 32 und Nr. 21699 vom 19. 9. 32.

56) v. Gersdorff (1), a.a.O.

57) Brongersma, a.a.O., S. 288.

Industriesteuer⁵⁸⁾ abgezogen werden darf. Diese Gutscheine müßten an der Börse gehandelt und von den Finanzämtern, Banken, Sparkassen usw. verkauft werden können.

Nun drängt sich eine *Überlegung theoretischer Art* auf. Der Umstand, daß Arbeitslose beschäftigt werden, gibt dem Volk scheinbar die Möglichkeit mehr zu verbrauchen. Es stellt sich jedoch die Frage: aus welchen Quellen schöpft der Staat die Mittel für die Entlohnung der Arbeiter? Wenn er, wie der portugiesische, diese Mittel durch Erhebung einer Steuer (2 %-Beitrag an den Arbeitslosenfonds) auf die Einkommen der Arbeiter und Angestellten beschafft (d. h. also auf die niedrigen Einkommen, welche kein Sparen zulassen und nur für den Kauf von Konsumgütern ausreichen), so wird der Konsum des ganzen Volkes nicht erhöht, denn man nimmt nur den einen (die nun weniger konsumieren können) das weg, was man den anderen gibt. Die Versorgung des Konsumgütermarktes bleibt also unverändert. Wir kommen zum Ergebnis, daß der Staat die notwendigen Mittel von jenem Teil der hohen Einkommen erhalten soll, der sonst zur Luxuskonsumquote gehört. Eine Auflage von Staatsanleihen und ein höherer Beitrag der Arbeitgeber an den Arbeitslosenfonds als 1 % (zumal sie ja Subventionen bekommen!) würde die Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung nicht vermindern und die tatsächliche Beseitigung der Arbeitslosigkeit ermöglichen. Welche Art von Gütern soll nun mit Hilfe der vorher Arbeitslosen produziert werden? Es müßten solche Güter sein, welche die von den bereits beschäftigten Arbeitern hergestellten nicht konkurrenzieren und diesen Teil der Bevölkerung nicht brotlos machen können. Für die Finanzierung durch Anleihen kommen produktive Werke in Frage, wie Kraftwerke, Flußregulierungen, Hafenbauten usw., während nur indirekt produktive wie Schulen und Krankenhäuser durch erhöhte Abgaben der Unternehmungen und Bezieher von großen Einkommen finanziert werden müßten. Letztere machen à la longue niemanden arbeitslos, wie das bei ersteren eventuell möglich ist. Kraftwerke erhöhen z. B. das Grundkapital, führen zur Steigerung der Produktionskapazität und zur Einsparung von Arbeitskräften. Sie könnten also — auch infolge der stark zunehmenden Bevölkerungszahl — Arbeitslosigkeit hervorruhen, wenn es nicht genügend verwirklichungsreife Projekte geben würde. Theoretisch dürften solche Projekte in Portugal und erst recht in seinen Überseeprovinzen niemals fehlen.

Die mit Hilfe des Arbeitslosen-Fonds entlohnnten Arbeiter haben bei *Unfällen* auch Anspruch auf vollständige Unterstützung durch den Arbeitgeber. Das Kommissariat soll nach Möglichkeit die *Verwendung von einheimischen Rohstoffen und Fertigprodukten* fördern. *Ausländern* darf nur dann Arbeit beschafft werden, wenn sie schon drei Jahre in Portugal gelebt haben und wenn ihre Heimatstaaten in gleicher Weise für die portugiesischen Staatsangehörigen sorgen. Solange ein Betrieb noch Ausländer beschäftigt, darf er keine Portugiesen entlassen. *An Landarbeiter kann 25 % des Lohnes in Form von notwendigsten Lebensmitteln bezahlt werden.* Nach der Gesetzgebung von 1932 waren 5 % und laut Gesetzes-Dekret Nr. 35822 vom 22. 8. 1946 sind jetzt bis zu 12 % der Einnahmen des Fonds für die Unterstützung von invaliden Arbeitslosen bestimmt. 10 % (1951: 14 800 C.⁵⁹⁾) davon geht an das Institut für Familienhilfe (Instituto de Assistencia à Familia) für die Invaliden und die Unterstützung der Familien von Arbeitslosen und 2 % (1951: 3 894 C.⁵⁹⁾) an das Nationale Arbeits- und Vorsorge-Institut (Instituto Nacional do Trabalho e Previdência), das Unterstützungen über den „Gemeinsamen Fonds der Volkshäuser“ (Fundo Comum das Casas do Povo) und die Vorsorgekassen der Gewerkschaften auszahlen läßt. Viele Arbeitslose wurden durch den Arbeitslosenfonds u. a. mit dem Bau billiger Häuser (Casas Economicas)⁶⁰⁾ beschäftigt. So konnte die Arbeits-

⁵⁸⁾ v. Gersdorff (1), a.a.O.

⁵⁹⁾ NdP 9. 8. 52, S. 12.

⁶⁰⁾ Siehe Kapitel „Bauwirtschaft“.

losigkeit, die sich zur Zeit der Ausarbeitung des Dekretes Nr. 21 699 auch in Portugal bemerkbar machte (1932), sehr wirksam bekämpft werden, ohne daß es zu besonderer Belastung der Steuerzahler und vom Staat aus zur Bestätigung der Meinung gekommen wäre, daß man auch ohne Arbeit leben kann. Es wurde als *absolutes Prinzip* festgestellt, daß die den Arbeitslosen gewährte Hilfe nur in der Entlohnung von Arbeit bestehen darf, welche nun beschafft werden muß (öffentliche Arbeiten), und zwar von den verschiedenen Verwaltungszweigen, den Dienststellen des Staates, der Korporationen usw. Die Weltwirtschaftskrise hatte man in Portugal einige Jahre später zu spüren bekommen, als in den anderen Ländern. Es war dort etwa so wie in der Schweiz, wo sie bis zur Abwertung von 1936 die Form einer schleichenden Krise annahm. Erst am 15. 8. 1931 wurde durch Erlaß des Dekretes Nr. 20 222 eine Untersuchung der Ursachen der Arbeitslosigkeit angeordnet. Seinerzeit waren 38 200 Arbeitslose⁶¹⁾ gezählt worden, im Dezember 1931 39 200, im März 1932 40 100 und im Juni das Maximum von 41 600. Bis Ende Juli 1932 sank die Zahl der Arbeitslosen um 15 000, weil bei der damaligen guten Ernte allein 11 500 südlich des Tejo für das Einbringen des Weizens benötigt wurden.

Um für jede Art von Arbeitslosigkeit (einschließlich der durch die Jahreszeiten bedingten) besondere Maßnahmen treffen zu können, hatte man die Arbeitslosen in vier Gruppen eingeteilt. Gruppe I: sämtliches Bureaupersonal, Gruppe II: alle Arbeiter, Handwerker und Lehrlinge, aber ohne diejenigen, die gewöhnlich in der Bauwirtschaft beschäftigt sind. Letztere bilden Gruppe III. Gruppe IV: alle Gelegenheits- und Hilfsarbeiter, Tagelöhner und sonst unregelmäßig Beschäftigte. Nur die beiden ersten Gruppen sind als dauernd arbeitslos zu betrachten. Zu den letzten zwei Gruppen werden hauptsächlich Arbeitslose gezählt, die durch Saisonarbeit oder Stellenwechsel im Augenblick der Zählung keine Arbeit haben.

Zahl der Arbeitslosen. In 1000⁶²⁾:

Jahr	Gruppe I	Gr. II	Gr. I u. II	Gr. III	Gr. IV	Gr. III u. IV	Alle Gr.	Ges. Bev.
1930 (Ende)	—	—	—	—	—	—	—	6 825,8
1931 (Aug.)	—	—	—	—	—	—	38,2	
1931 (Dez.)	—	—	—	—	—	—	39,2	
1932 (März)	—	—	—	—	—	—	40,1	
1932 (Juni)	3	13	16	6	19,6 davon 4 Stadt 15,6 Land	25,6	41,6	
1932 (Juli)	—	—	21,5	—	4,9	—	26,4	
1933	5,7	12,1	17,8					
1934	7,2	13,4	20,6					
1935	7,8	13,1	20,9					
1936	6,9	13,6	20,5					
1937	5,4	11,6	17					
1938	5,1	11,4	16,5	14,6	74,3	88,9	103,5	
1939	5,2	12,6	17,8	12,4	40,7	53,1	70,9	
1940	3,5	10,7	14,2	—	—	44,6	58,8	7 722,1
1941	—	—	13,6					
1942	—	—	10,1					
1943	—	—	4,9					
1944	—	—	3,5					
1950	—	—	—	—	—	—	91,9	8 441,3

⁶¹⁾ Vgl. Gesetzes-Erlaß Nr. 21 699 auch für die folgenden 5 Zahlen.

⁶²⁾ Bis inkl. 1932: Dekret Nr. 21 699 v. 19. 9. 32, bis inkl. 1940: Bul. 23. 2. 41, S. 16 und 28. 2. 42, S. 9, bis inkl. 1944: Revue Int. du Travail, Avril 1950, S. 473, Boletim Mensal do Comissariado de Desemprego, 1950: Anuário Estatístico 1955, S. 15.

Ende Dezember 1931 betrug die Zahl der Arbeitslosen 0,57 % der gesamten Bevölkerung (Deutschland, England und U.S.A. 10 %) und Ende 1939 0,83 %. Bis 1942 ist es mit Hilfe des Arbeitslosenfonds zwar nicht gelungen die Arbeitslosigkeit ganz auszuschalten, aber doch so zu stoppen, daß es in Portugal zu keiner Katastrophe gekommen ist. Nach der Volkszählung von 1950 betrug die Zahl der Arbeitslosen 91 970; das sind etwas weniger als 3 % der als „erwerbstätig“ (com proffissão) gezählten Bevölkerung (1950: 3 196 482). Dieser Prozentsatz wird von der OECE als hoch bezeichnet, da die für eigene Rechnung arbeitenden Personen (die nicht Gefahr laufen, arbeitslos zu werden) einen großen Teil der erwerbstätigen Bevölkerung ausmachen (21,2 %). Es ist anzunehmen, daß es außer den 92 000 registrierten noch viele nicht registrierte Arbeitslose gab, hauptsächlich unter den Gelegenheitsarbeitern, die in der Industrie oft nur an 40 bis 150 Tagen im Jahr Arbeit finden sowie unter den „ständig Beschäftigten“, von denen viele Saisonarbeit leisten (z. B. in der Bau-, Kork-, Hut- und Fischkonserven-Industrie) und sonst nur vorübergehend mit öffentlichen Arbeiten beschäftigt werden, für die der Staat den Distrikten und Gemeinden von Jahr zu Jahr immer höhere Summen zur Verfügung stellt⁶³). Ein sog. ständiger Arbeiter in der Fischkonservenindustrie erhält 21 Esc. am Tag bei 203 Arbeitstagen im Jahr. Dies entspricht tatsächlich einem täglichen Einkommen im Jahr von nur 11,70 Esc.⁶³)!

Die Einnahmen des Arbeitslosenfonds beliefen sich im ersten Finanzjahr seines Bestehens 1932/33 auf 37 187 Contos, 1939 auf 56 115 und 1940 auf 58 890 Contos. In dieser Periode 1932/33 bis 1940 wurden im ganzen 413 083 Contos eingenommen⁶⁴). Die Einnahmen sind ständig gestiegen, so daß sie 1951 wahrscheinlich weit über 150 000 Contos betrugen. In jenem Jahr machten die Beteiligungen des Fonds nur an folgenden Bauten schon 109 173 Contos aus⁶⁵): 140 Spitäler, 101 Schulen, 46 Häuser für arme Familien, 46 öffentliche Gebäude, 81 Kirchen und Seminare, 149 Werke der öffentlichen Hygiene, 17 Straßen und Brücken und 17 Bewässerungsanlagen. Die Beiträge des Fonds allein zur Finanzierung der außerordentlichen Staatsausgaben im Rahmen des 15-Jahresplanes 1935—1950 summierten sich auf 884 400 Contos oder bei Berücksichtigung der Geldwertverminderungen von insgesamt etwa 63 %, auf 548 300 Contos⁶⁶). Dank der gesetzlichen Bestimmung, daß mit öffentlichen Arbeiten nur diejenigen Unternehmer beauftragt werden dürfen, die sich verpflichten ein Drittel ihrer Arbeitsstellen mit Arbeitslosen zu besetzen, konnten die Staatsaufträge auch zum Nutzen der armen Bevölkerung vergeben werden.

Da die Landwirtschaft keine Subventionen vom Arbeitslosenfonds erhält, sorgt sie mit Hilfe der „Volkshäuser“ selbst für Stellenvermittlungen⁶⁷) und Arbeitsbeschaffung. So zum Beispiel durch Finanzierung von öffentlichen Arbeiten (Straßenbau, Reparaturen usw.) nach der Erntezeit⁶⁸). Interessant ist ein Vertrag, der zwischen dem Volkshaus und den Grundbesitzern des Ortes Mora schon vor dem Kriege abgeschlossen wurde. Freppel Cotta⁶⁹) schreibt darüber:

„... According to the clauses of the Mora contract, whenever in a parish those unemployed attain to 5 per cent of the daily labourers usually residing in the parish and the Administrator of the district declares that they cannot be employed in works of common utility, the landowners of the respective area undertake to employ them. For this purpose the People's House of Mora is to make a register

⁶³) Armando (1), a.a.O.

⁶⁴) Bul. 23. 2. 41 und 28. 2. 42.

⁶⁵) NdP 9. 8. 52, S. 11.

⁶⁶) Relatorio do Governo etc., a.a.O., S. 20, 24—25.

⁶⁷) Auch die anderen Korporationen, wie z. B. Gewerkschaften, haben Stellenvermittlungen eingerichtet. Brongersma, a.a.O., S. 289.

⁶⁸) Dekret Nr. 23 051 und 28 859.

⁶⁹) Economic Planning in Corporative Portugal, P. S. King and Staples, London-Westminster 1937, S. 159—160.

of all daily labourers, and when a crisis manifests itself to take the names of those unemployed. A special committee is then formed composed of the president of the general assembly of the "house" and his substitute (representing the employers) and the president and the secretary of the managing committee (representing the workers), presided over by the Administrator of the district. This committee makes a list of all landowners of the area paying land revenue of over £ 3 12s. a year, and distributes the unemployed among them in proportion to the land revenue paid. The allocation is made for a week, but can be continued indefinitely as long as the conditions last and there are no reasons to the contrary, either from the part of the masters or of the men. When the crisis has passed the committee makes a declaration to that effect and the compulsory allocations cease. The committee fixes the minimum wages according to the prevailing conditions. When the weather is bad or in other special circumstances the weekly days of work may be reduced. As an insurance against the reduced income that this will mean to workers, a special fund is created, out of which payments will be made as compensation. The fund is financed by a 10 per cent contribution by employers on the wages paid and an identical contribution by the workers out of the wages received..."

Das im Nationalen Arbeits-Statut (Art. 21) niedergelegte formelle *Recht auf ausreichend bezahlte Arbeit*, anstatt der sonst üblichen Stempelgelder, besteht seit 1942 nicht nur theoretisch, sondern auch faktisch, obwohl der Staat materiell rechtlich nicht verpflichtet ist, jedem Arbeitslosen Arbeit zu beschaffen. Die Zahl der Bettler (die heute noch Passanten in Lissabon daran erinnern, daß geben seliger ist, als nehmen) wurde auf die berufsmäßigen reduziert. Schon vorher hatte die Bettelei durch die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen natürlich merklich abgenommen, aber es war doch notwendig im Jahre 1940 ein Dekret zu erlassen, das endgültig Abhilfe schaffen sollte. Auf Grund der Erfahrungen wurde die Polizei mit der Verwaltung von *Häusern beauftragt, in denen die Bettler so lange auf Staatskosten wohnen und essen dürfen, bis ihnen Arbeit oder bei Invalidität Unterstützung verschafft worden ist*. Dort werden auch die „richtigen“ von den „falschen“ Bettlern getrennt. Sie sind jedoch nicht ganz der Polizei ausgeliefert, denn die *General-Direktion der Sozialfürsorge* (Direcção Geral de Assistência) hat die Ober-Aufsicht. Diese Behörde verfügt über freiwillig gespendete Gelder, die u. a. auch bei speziellen Caritas-Umzügen (Cortejos de Oferendas) gesammelt werden, die Erträge einer kleinen Billett- und Luxussteuer und eine Steuer von fünf Centavos auf jede Streichholzschachtel. Unternehmungen, die eine bestimmte Zahl von Frauen beschäftigen und noch keinen Mütter- und Kinderfürsorgedienst eingerichtet haben, bezahlen ebenfalls einen Beitrag an die staatliche Sozialfürsorge⁷⁰⁾. Deren gesamte *Einnahmen* beliefen sich 1946 auf 32 000 Contos, 1948 auf 22 809, 1949 auf 35 050 und 1950 auf 30 683 Contos⁷¹⁾. Von 1946 bis 1952 wurden 252 763 Contos eingenommen und 250 505 ausgegeben. Die Personalausgaben der General-Direktion betrugen nur 0,781 % der gesamten Ausgaben. Im Jahre 1951 beliefen sich die Einnahmen der Sozialfürsorge aus der Streichholzschachtel-Steuer auf 13 500 C.⁷²⁾! 1952 waren folgende Einnahmen zu verzeichnen⁷³⁾: In Contos: Insgesamt: 41 338, Beiträge von Unternehmungen, die Frauen beschäftigen, aber keine Mütter- und Kinderfürsorge eingerichtet haben: 4 494, Konsum in Bars usw.: 1 686, Konsum von Spirituosen: 1 586, Streichholzschachtel-Steuer: 13 730, „Luxushunde“: 235, Reisepässe für Vergnügungsreisen: 3 286, Verkauf von Briefmarken, Karten usw.: 722, Rückzahlungen: 209 und Saldo des Vorjahres: 994. Die Sozialfürsorge unterstützt bedürftige Mütter, Kinder, Tuberkulosekranke, Arme, die nicht betteln

70) NdP 7. 11. 53, S. 14.

71) Bul. 31. 1. 47, S. 7 und NdP 21. 6. 52, S. 11.

72) NdP 27. 12. 1952, S. 15. Die Streichholzindustrie unterliegt bereits einem besonderen Steuerregime.

73) NdP 19. 12. 53, S. 13.

gehen, finanziert Ferienkolonien und löst wichtige Werkzeuge, wie z. B. Nähmaschinen und auch Bekleidung in den Pfandhäusern aus. Die infolge des Krieges und schlechter Ernten eingetretene Preissteigerung machte es notwendig, besonders jenen zu helfen, die kleine Einkommen beziehen und noch keinen Teuerungsausgleich bekommen hatten. Dies zeigt einmal mehr, daß auch Pensionen und Renten bei Geldentwertungen erhöht werden sollten, wozu die Einführung einer Index-Sozialversicherung unerlässlich ist. Man könnte sich dabei von den Erfahrungen der privaten Versicherungsgesellschaften auf diesem Gebiet belehren lassen.

Ein am 12. 8. 1927 dekretierter *Gegenseitigkeitsverein* (Dekret Nr. 14 182) hat die Hilfe für tuberkulosekranke Staatsbeamte zur Aufgabe. Die Beiträge werden von den Gehältern abgezogen und je nach den disponiblen Mitteln des Vereins an Bedürftige verteilt⁷⁴⁾.

Am 1. 8. 1947 wurden mit Dekretgesetz Nr. 36 448 neue Bestimmungen über den *Hilfs-Fonds* (Fundo de Socorro Social) veröffentlicht. In Artikel 5 wird angeordnet, daß Bettler, die arbeiten könnten und unfreiwillig arbeitslos wurden, zu den örtlichen Dienststellen des Kommissariates für Arbeitslosigkeit geschickt werden, die sie entweder bei Unternehmungen beschäftigen sollen, die der Arbeitslosenfonds mit finanziert bzw. subventioniert oder bei öffentlichen Arbeiten, wie Straßenbau, Aufforstung usw. Zwei besonders bemerkenswerte Maßnahmen sind damals auf Grund des neuen Gesetzes getroffen worden: 1. Einrichtung von speziellen Hilfsdiensten für Arme, Bettler und Arbeitsunfähige, deren Existenz von niemandem gesichert wird, 2. Errichtung von Asylen und Arbeitshäusern, welche die Bettler wenigstens zeitweilig aufnehmen können. Der menschlichen Lösung des Problems der Hilfeleistung und Erziehung hat man glücklicherweise den Vorzug vor der polizeilichen gegeben. Seither ist schon allein durch die Bekämpfung des Analphabetentums und die Einrichtung von Vorseorgekassen eine Besserung der Lage eingetreten, denn die Mitgliederzahl der Kassen erhöhte sich von 4000 im Jahre 1926 bis auf fast eine Million im Jahre 1946⁷⁵⁾ (1955: 1 019 576). 1956/57 wurde vom Ministerium für Korporationen und Sozialfürsorge und von der Junta de Acção Social ein Plan zur Verbesserung der Bedingungen ausgearbeitet, unter denen die portugiesischen Arbeiter leben müssen (Plano de Formação Social). Mit der Ausführung des Planes sind auch folgende Institutionen beschäftigt: Centro de Estudos, Instituto de Formação Social, Comissão Coordenadora dos Serviços Sociais und die Korporationen aller Art (Gesetz Nr. 2085)⁷⁶⁾.

Ein gefährliches Mittel zur Überwindung von Wirtschaftskrisen — wenn der Produktionsfaktor Kapital teilweise nicht arbeitet — würde die *Einführung von „Arbeitswechseln“* sein. Dieses System, wonach Unternehmer, die mit öffentlichen Arbeiten beschäftigt sind, Wechsel auf staatliche Dienststellen wie auf belieferte Privatfirmen ziehen können — welche bei der Notenbank diskontierbar sind — stellt eine Kreditausweitung dar, die zwar von einer Erhöhung der Geschäftstätigkeit, des Beschäftigungsgrades, der Steuereinnahmen und des Volkseinkommens überhaupt begleitet werden kann⁷⁷⁾, aber andererseits wie in Deutschland, die Rationierung des Verbrauchs und Importkontrollen notwendig machen würde, um eine offene Inflation zu verhindern. Angesichts der glücklicherweise sehr stabilen Währung dürfte man Arbeitswechsel in Portugal nur im äußersten Notfall einführen.

⁷⁴⁾ NdP 7. 11. 53, S. 14.

⁷⁵⁾ Bul. 31. 8. 47, S. 6.

⁷⁶⁾ NdP 20. 4. 57, S. 12.

⁷⁷⁾ Es handelt sich dabei fast um das, was W. Röpke unter „geldpolitischer Kapitalbildung“ versteht, mit dem Unterschied, daß die Kreditschöpfung auf mehr oder minder wirklich wertsteigernder, produktiver Arbeit beruhen kann.

b. Das Versicherungssparen.

Private⁷⁸⁾ und staatliche Versicherung.

1955 gab es 86 (1951: 85, 1937: 76) in Portugal tätige private Versicherungsgesellschaften. Davon waren 46 (1951: 39, 1937: 33) direkte Versicherungen und 6 (6) Rückversicherungsgesellschaften in portugiesischer Hand. Von den übrigen 40 gehörten 26 (1951: 26) Engländern, 6 (5) Franzosen, 4 (4) Spaniern, 2 (2) Schweizern, 1 (2) Deutschen und 1 (1) Italienern. 1954 waren in Moçambique 23 Versicherungsgesellschaften tätig, in Angola 18 (davon 3 ausländische) und in Portugiesisch-Indien 10. Sie hatten Prämieeneinnahmen in Höhe von 77 523, 47 207 und 8 679 Contos zu verzeichnen. Auf Grund des Dekretes Nr. 34 562 vom 1. 5. 1945, das das Versicherungswesen in den Überseeprovinzen regelt, nahm die Zahl der in Moçambique tätigen ausländischen Gesellschaften ständig ab: 1944 23 ausländische (63 % aller Prämieeneinnahmen), 6 nationale (37 %), 1951 7 (33 %) und 11 (67 %). Die *Prämieeneinnahmen* aller Gesellschaften des europäischen Portugal sind von 1939 bis 1955 fast ständig gestiegen und der Anteil der nationalen Gesellschaften an diesen Einnahmen stieg ebenfalls:

Nach Branchen in Contos⁷⁸⁾:

		Prämieeneinnahmen			%
		Nat. Ges.	Ausl. Ges.	Total	
		1	2	3	1:3
a) Feuerversicherung:					
	1939	32 737	21 928	54 035	61
	1945	86 840	39 659	126 499	69
	1951	151 871	54 486	206 357	74
	1955	191 208	61 184	252 392	76
b) Seeversicherung:					
	1939	18 593	8 867	27 460	68
	1945	132 104	11 080	143 184	92
	1951	173 215	10 493	183 708	94
	1955	175 966	11 482	187 448	94
c) Auto- und Haftpflichtversicherung:					
	1939	9 566	11 804	21 370	45
	1945	15 662	12 747	28 409	55
	1951	88 091	28 007	116 098	76
	1955	152 218	35 763	187 981	80
d) Arbeitsunfallversicherung:					
	1939	41 403	4 583	45 986	90
	1945	104 514	6 003	110 517	95
	1951	167 420	7 118	174 538	96
	1955	208 340	6 099	214 439	97
e) Lebensversicherung:					
	1939	36 060	17 272	53 332	68
	1945	65 705	30 484	96 189	68
	1951	100 758	44 972	145 730	69
	1955	122 947	57 510	180 457	68

Eine Abnahme der Prämieeneinnahmen aus der Auto-Versicherung war nur während des Krieges infolge der Benzinrationierung eingetreten. Danach stiegen sie, weil viele teure amerikanische Automobile eingeführt wurden. Die Seeversicherung hatte im Kriege natürlich außerordentlich hohe Einnahmen zu verzeichnen. Hier war die Zunahme bei den nationalen Gesellschaften am stärksten. Bei der Feuerversicherung wurden die Versicherungswerte der Geldentwertung

⁷⁸⁾ Vgl. Anuário Estatístico 1955, INE 1956; Anuário Estatístico do Ultramar 1954, INE 1956; RdE Dez. 1952, März 1955.

angepaßt. Die verstärkte Bautätigkeit hat ebenfalls zur Steigerung der Einnahmen beigetragen. Die Prämieineinnahmen der übrigen Branchen beliefen sich 1955 auf folgende Summen:

In Contos ⁷⁹⁾ :		Nat.	Ausl.	Insges.
	Zahl der Ges.			
Landwirtschaft		41	8	39
Einnahmen		18 243	1 461	19 704
Landtransport		32	14	46
Einnahmen	"	5 614	409	6 023
Lufttransport		25	9	34
Einnahmen	"	4 394	297	4 691
Unfälle		33	22	55
Einnahmen	"	17 174	2 992	20 166
Verschiedene		33	19	52
Einnahmen	"	8 766	3 120	11 886

Zur Förderung des freiwilligen Sparens in Form von Versicherungen empfiehlt sich die Reduktion oder gänzliche Abschaffung der „Steuer auf Versicherungspolice“, falls diese Steuer von den Versicherten und nicht von den Versicherungsgesellschaften erhoben wird. Versicherungsprämien sollten sogar vor der Entrichtung der „Berufssteuer“, der „Kapitalverwendungssteuer“ und der „Ergänzungssteuer“⁸⁰⁾ vom Einkommensbetrag abziehbar sein. Das Kapital der Versicherungsgesellschaften wird schon weitgehend durch den Staat beansprucht. Zunächst müssen sie alle laut Gesetzes-Erlaß Nr. 17 555 vom 5. 11. 1929 (der denjenigen vom 21. 10. 1907 ersetzte, in dem ähnliche Bestimmungen enthalten waren) folgende Kautionssummen bei der Allg. Depositenkasse hinterlegt haben, wenn sie die staatliche Arbeitsbewilligung erhalten wollen⁸¹⁾: 1. Lebensversicherungen 500 Contos, 2. Arbeitsunfallversicherungen 300 Contos und 3. alle anderen Versicherungen 250 Contos. Diese Beträge können in Bargeld und Staatstiteln hinterlegt werden, welche mit 90 % ihrer jeweiligen Notierungen zu bewerten sind. Die technischen Reserven dürfen sich aus Bargeld, Staatstiteln und ersten Hypotheken auf Stadthäusern, bis zu 75 % ihres Wertes zusammensetzen; zu 50 % aus Obligationen der „Portugiesischen Pfandbriefgesellschaft“ (Companhia Geral de Crédito Predial Português) und ersten Hypotheken auf Landhäusern bis zu 40 % ihres Wertes; und zu 25 % aus anderen in- und ausländischen Titeln, deren Wahl vom Finanzminister nach Beratung mit der „Versicherungs-Inspektion“ (Inspeção de Seguros) genehmigt werden muß. Die Versicherungsgesellschaften haben es vorgezogen, ihre Mittel in Staatspapieren und besonders auch in Stadthäusern anzulegen⁸²⁾:

	1949				1950			
	Nat. Ges.		Ausl. Ges.		Nat. Ges.		Ausl. Ges.	
	Contos	%	Contos	%	Contos	%	Contos	%
1. Staatspapiere	312 673	36,1	168 707	65,1	317 705	33,7	184 858	63,6
2. Immobilien	396 457	45,9	53 142	20,3	465 435	49,4	62 241	21,3
3. Titel d. Priv.-Wirtsch.	56 530	6,5	10 541	4,1	53 636	5,7	12 084	4,2
4. Hypotheken	27 816	3,2	1 470	0,8	39 318	4,2	3 070	1,1
5. Lombard v. Policen	29 097	3,4	17 096	6,6	35 680	3,8	19 958	6,9
6. Bargeld	42 693	4,9	8 105	3,1	30 086	3,2	8 422	2,9
Total	865 266	100	259 061	100	941 860	100	290 633	100
Nat. u. ausl. Ges. zusammen	1 124 327				1 232 493			

⁷⁹⁾ Anuário Estatístico 1955, INE 1956, S. 86.

⁸⁰⁾ v. Gersdorff (1), a.a.O.

⁸¹⁾ RdE Dez. 1950, S. 203.

⁸²⁾ RdE Juni 1952, S. 95.

Eine Gegenüberstellung der Werte im Jahre 1946 und 1951 zeigt zwar eine absolute Erhöhung der Staatspapiere, aber eine Verminderung dieses Titelbestandes im Verhältnis zu den Anlagen in Immobilien⁸³⁾: In Contos:

Nat. u. ausl. Ges.	1946	1951	Zunah- men	Durch- schnittl. jährl. Zu- nahme			
1. Titel aller Art (inkl. lomb. Titel) und Bargeld . . .	720 959	69,0	766 868	50,7	45 909	1215 706	
2. Stadt-Immobilien . . .	260 291	24,9	611 764	40,5	351 473	910 332	
3. Hypotheken	40 357	3,9	68 646	4,5	28 289	101 064	
4. Lomb. v. Policen . . .	22 656	2,2	64 211	4,3	41 555	92 957	
Total	1044 263	100	1511 489	100	467 226	77 871	2320 059

Die Versicherungen legten ihre Gelder im Zeitraum 1946—1951 mehr in städtischen Immobilien, als in beweglichen Werten an, da sie mit ersteren höhere Gewinne erzielen konnten und weil der Kapitalmarkt (der frei und gut eingespielt ist) nicht so fest war, wie in der Vorkriegszeit. Während der Baisse-Periode 1947 bis 1949 mußten alle als Reserve deponierten Titel neu bewertet werden. Ihr Wert war um weit mehr als 100 000 Contos gesunken. Nachdem sogar die ausländischen Gesellschaften ihre Liquidität stark vermindert hatten, kam es nach 1949 zu einer Stabilisierung auf dem Kapitalmarkt. Die zukünftige jährliche Zunahme der Kapitalien der Versicherungsgesellschaften schätzt die Regierung vorsichtigerweise auf 50 000 Contos, anstatt auf die obigen 77 800 der sechs Jahre 1946 bis 1951. Im Zeitraum des Sechsjahresplanes 1953 bis 1958 wären das also 300 000 Contos. Man nimmt an, daß 150 000 davon in Staatstiteln angelegt werden und damit für die Finanzierung des Planes zur Verfügung stehen⁸³⁾. Von 1951 bis 1955 betrug die Zunahme der Kapitalien 808 570 C., also 202 142 C. jährlich. Die 6-Jahresplan-Ausgaben sind 1955 (Gesetz Nr. 2077) für die letzten 3 Planjahre um 2 Mill. C. (1,2 Mutterland, 0,8 Überseeprovinzen) erhöht worden, da das Finanzierungspotential des Landes in dieser erstaunlichen Höhe unterschätzt wurde.

Auch ein weiterer Ausbau des Zwangssparens in Form von Beiträgen an Gewerkschafts-, Pensions- und sonstige Vorsorgekassen ist denkbar. Schon am 23. 9. 1933 hat Salazar in seinem „Statut der nationalen Arbeit“ (Estatuto do Trabalho Nacional, enthalten im Dekret Nr. 23048) bestimmt, daß alle Arbeitgeber und Arbeiter zur Anlage der neuen Korporationenfonds für die Versicherung gegen Krankheit, Invalidität, unfreiwillige Arbeitslosigkeit und für die Auszahlung von Pensionen beitragen sollen. Vorher gab es nur freiwillige Versicherungen für private Unternehmen und reiche Leute. Außerdem noch *Hilfskassen auf Gegenseitigkeit*, von denen wegen zu niedriger Löhne kaum jemand Mitglied werden konnte und die infolge der mangelnden Sparsamkeit der Portugiesen auch keine Beachtung fanden. Antonio Julio de Castro Fernandes, damals Unterstaatssekretär für Korporationen und Sozialfürsorge, sagte darüber in seiner Rede anlässlich der ersten Sitzung des Obersten Rates für Sozialfürsorge am 23. 12. 1946⁸⁴⁾: „... Die Hilfsvereinigungen auf Gegenseitigkeit zählten nur die bestbezahlten Arbeiter zu ihren Mitgliedern und unter diesen nur solche, die einen gewissen Geist der Vorsorge zeigten, ein Geist, der unserem Charakter vollkommen widerspricht!“ Die niedrige Zahl der Mitglieder und die geringe Höhe der Beiträge sicherten sehr bescheidene Unterstützungen im Falle einer

⁸³⁾ NdP 4. 10. 1952, S. 12. Anuário Est. 1955, S. 84.

⁸⁴⁾ Antonio Julio de Castro Fernandes: La sécurité des travailleurs par l'assurance sociale, SNI 1947, S. 5.

kurzen Krankheit oder bei Beerdigungen. Für das Jahr 1919 schätzte man die Zahl der Mitglieder pro 1000 Einwohner in Lissabon auf 271, in Porto auf 224 und auf dem Lande je nach Distrikt auf ein bis 32. Im gleichen Jahr wurden obligatorische Versicherungen aller Art dekretiert, aber daraufhin niemals verwirklicht, weil das allgemeine Mißtrauen gegenüber den vielen verschiedenen Regierungen mit ihren Verschwendungen zu groß war. 1955 hatten die 225 (1954: 229) in Portugal (einschl. Azoren und Madeira) arbeitenden Hilfskassen auf Gegenseitigkeit (Associações de secorros mútuos) 488 134 (483 427) Mitglieder und Einnahmen von insgesamt 86 512 Contos (83 556), wovon etwa die Hälfte (44 559 C., 1954: 42 500) Beiträge der Mitglieder waren, 10 033 C. (9 322) Einlagen in angeschlossene Sparkassen, 18 334 (17 685) Zinsen, 7 256 (6 771) Mieteinnahmen, 357 (579) Subsidien und Legate und 5 973 (6 699) verschiedene Einnahmen⁸⁵⁾. Die meisten Kassen dieser Art befinden sich in Lissabon (66) und Porto (59). Sie gewähren finanzielle Unterstützung in Krankheits- und Todesfällen sowie Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenen-Pensionen. Ihre gesamten Ausgaben betrugen 1955 67 650 C. (65 218), wovon allein die Verwaltungsausgaben 12 442 C. (12 070) ausmachten (18,4 %).

Am 16. März 1935 dekretierte Salazar im Gesetz Nr. 1884 Bestimmungen über die *obligatorischen Versicherungen* im Rahmen seines neuen Korporationen-Staates. Von unten aufbauend wurden mit dieser Aufgabe die dem Arbeiter und Angestellten am nächsten stehenden Korporationen, Pensions- und Vorsorgekassen und die Vorsorgeinstitutionen der Staatsbeamten betraut. Von diesen Kassen gibt es zwei Kategorien: Die erste arbeitet für die Gewerkschaften (sindicatos mit Fürsorge- und Arbeitsvermittlungsfunktionen), die „Volkshäuser“ (Casas do Povo)⁸⁶⁾ und „Fischerhäuser“ (Casas dos Pescadores)⁸⁷⁾, die damals bereits ihre eigenen obligatorischen Versicherungskassen eingerichtet und in den neu eingeführten Gesamtarbeitsverträgen⁸⁸⁾ gesichert hatten. Der zweiten Kategorie gehören alle Unternehmungen, Arbeiter und Angestellten eines bestimmten Berufszweiges an, die noch keine Korporationen gebildet haben. Freiwillige Pensionskassen wurden von nun an weitgehend gefördert.

⁸⁵⁾ Anuário Estatístico 1955, S. 82–83.

⁸⁶⁾ Ein Volkshaus kann als korporative Organisation in jeder Land-Gemeinde errichtet werden. Alle Landwirte, gleichgültig ob Arbeitgeber oder Arbeitnehmer, sollen ihm angehören. Volkshäuser haben die Aufgabe Vorsorgekassen zu gründen, wozu sie vom Staat eine Subvention von 5 Contos bekommen, die sie nur im Falle der Auflösung zurückzahlen haben. Außerdem sollen sie als Berufsschulen (auch zur Einrichtung von Bibliotheken, Kinos usw.) dienen, öffentliche Arbeiten, besonders in Zeiten der Arbeitslosigkeit beschließen, die entweder mit eigenen Mitteln, d. h. den üblichen Mitgliederbeiträgen bezahlt, vom Staat subventioniert oder als Frondienst geleistet werden und für die Beobachtung der Hygienevorschriften sorgen (Einrichtung von Krankenzimmern, Kindergärten, Altersheimen, Waisenhäusern, Sanatorien usw.), namentlich im Hinblick auf die Bekämpfung der Tuberkulose. Die Volkshäuser können auf Selbsthilfe beruhende Produktions- und Konsumgenossenschaften, Theatergemeinden, Musikgesellschaften und Sportvereine gründen. Mit Genehmigung des Finanzministers auch Darlehenskassen (Raiffeisenkassen ähnlich), wenn in einer Gemeinde oder deren Umgebung noch keine Sparkasse oder Kreditanstalt arbeitet.

⁸⁷⁾ Die Fischerhäuser erfüllen dieselben Zwecke wie die Volkshäuser. Sie haben außerdem noch die Versicherung gegen Schiffbruch- und Feuerschäden zu übernehmen. Der Eintritt in die Organisation der Fischerhäuser ist für alle Fischer, Reeder und sonst jeden, der mit der Fischerei oder der Schifffahrt zu tun hat, obligatorisch. Die Beiträge werden bei den Fischern genauso wie die Fischereisteuer durch den Abzug eines bestimmten Prozentsatzes vom Verkaufserlös eines Fanges erhoben und bei den Reedern nach der Tonnage ihrer Schiffe berechnet.

⁸⁸⁾ Diese Verträge sind für alle Unternehmungen eines Berufszweiges, ob korporativ organisiert oder nicht, verbindlich und bestimmen neben den Mindestlöhnen, die ein menschenwürdiges Existenzminimum sichern sollen, Ferien usw. auch die Beiträge der Unternehmer, Angestellten und Arbeiter an die korporativen oder sonstigen Vorsorgekassen. Die Zahl der am 31. Dezember 1950 in Kraft befindlichen Verträge betrug: Gewerkschaften: 288, Fischerhäuser: 20, am 31. 12. 51: Gewerksch. 294, Fischerh. 20 (INE: Organização Corporativa e Previdência Social 1951, S. 38).

Die Gründung und Verwaltung der Vorsorgekassen erfolgt durch die beteiligten Unternehmungen und Arbeiter selbst, um damit die Privatinitiative⁸⁹⁾ und das soziale Verantwortungsgefühl zu wecken. Der Staat übt lediglich die Kontrolle durch das „Nationale Institut für Arbeit und Vorsorge“ aus. Durch die Bindung der Kassen an bestimmte Berufe und Unternehmungen soll die Gemeinsamkeit der Interessen an die Stelle des Klassenkampfes und des sozialistischen Fürsorgestaates gesetzt werden. Die portugiesische Regierung ist der Meinung, daß starre Auferlegung von Versicherungen die verschiedenen wirtschaftlichen und sozialen Niveaus nicht berücksichtigt und daß eine enge Angleichung an natürliche Gruppen mit verschiedenen Lebensbedingungen und wirtschaftlichen Möglichkeiten durch die Korporationen erreicht werden muß. Ferner kam man bei der Erwägung der zweckmäßigsten Verwaltung und Kontrolle der Institutionen durch den Staat (Dekret Nr. 25935 vom 12. 10. 1935) zu folgenden Bedenken im Hinblick auf die portugiesischen Verhältnisse: 1. Die staatliche Bürokratie ist immer teuer und von geringer Produktivität. Die ohnehin schon ungenügende Privatinitiative würde weiterhin geschwächt. Sie wäre sofort bereit sich der Erfüllung ihrer Pflichten zu entziehen und alles dem Staate aufzubürden. Es besteht erfahrungsgemäß die Gefahr, daß die staatliche Sozialfürsorge zu Verletzungen der natürlichen Empfindungen des Volkes führt, das von den Früchten seiner Arbeit menschenwürdig leben und die Sozialfürsorge nur in wirklichen Notfällen in Anspruch nehmen soll. Es würde sonst nur zu neuer Bettelei und Faulenzerei kommen. 2. Große staatliche Fonds verlocken zu großen Ausgaben. Der Staat darf also die Sozialfürsorge weder einrichten, noch verwalten, noch einziger verantwortlicher Kontrolleur der Institutionen sein. Die korporativen Vorsorgekassen gehören den Interessenten und sind für sie allein da. Verwaltung und Kontrolle der Hilfsfonds kann viel wirklicher durch die Unternehmer und Arbeiter selbst geschehen, als durch die Staatsbürokratie, die in Portugal zu teuer arbeiten würde. Der Staat soll lediglich die technische Richtung angeben und unerläßliche Sicherheitsmaßnahmen anordnen, so daß die neuen Institutionen möglichst solide, praktisch und wirkungsvoll werden. Streitigkeiten zwischen Kassen und Versicherten müssen durch die „Arbeitsgerichte“ geschlichtet werden, die nach dem Verbot der Streiks und Ausschließungen⁹⁰⁾ die Aufgabe der Beseitigung von Differenzen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern übernommen haben. Arbeits-Richter dürfen nur vollkommen unabhängige Juristen sein.

⁸⁹⁾ Art. 4 des Arbeitsstatutes: L'Etat considère l'initiative privée comme l'instrument le plus fécond du progrès et de l'économie de la Nation. La liberté et le libre choix de la profession sont garanties dans toutes les branches d'activité, sous réserve des restrictions légales requises par l'intérêt public et à l'exception des monopoles que, aux termes de la loi, seuls l'Etat et les corps administratifs peuvent exploiter ou concéder, pour des raisons d'utilité publique reconnue. Art. 6: L'Etat doit renoncer aux exploitations de caractère commercial ou industriel, même lorsqu'elles sont destinées, en totalité ou en partie, à être utilisées par les services publiques; il ne peut fonder ou gérer ces exploitations que dans des cas exceptionnels afin d'en tirer des avantages sociaux supérieurs à ceux qui seraient obtenus sans son intervention, — que ces exploitations soient en concurrence avec des entreprises privées dans le domaine économique, ou qu'elles constituent des monopoles. De même, l'Etat ne peut intervenir directement dans la gestion des entreprises privées que lorsqu'il doit les financer et afin d'atteindre les buts susmentionnés.

⁹⁰⁾ Art. 9 Abs. 1 des Arbeitsstatutes: „Est considérée comme acte punissable la suspension ou la perturbation des activités économiques: 1. Par les entreprises patronales, individuelles ou collectives... etc. 2. Par les techniciens, employés ou ouvriers... etc.“

Seit der neuen Gesetzgebung über die Sozialversicherung ist die Zahl der Vorsorgekassen aller Art (mit Ausnahme der Kassen auf Gegenseitigkeit) gestiegen⁹¹⁾:

Bestand am 31. Dezember:

Jahr	K. d. Korporationen			Übrige Kassen				
	1. Gewerkschaft.	2. Volkshäuser	3. Fischerhäuser	4. Neu gegründete	5. Alte angeglied.	6. Versicherte (1. 4. 5.)	7. Kassen a. Gegens.	8. Versicherte (7.)
1936	1					4 100		
1937	1					5 546		
1938	6	93	9			7 715		
1939	8	126	14	17	1	39 424		
1940	11	123		20	3	46 877	361	496 754
1941	11	257	17	24	4	67 712		
1942	14	371	17	30	5	108 143		
1943	15	421	21	32	6	156 587		
1944	22			45	6	300 474		
1945	26			46	6	399 284	288	471 162
1946	26			58	12	450 000 (ca.)		
1948		560	21	58				
1949		560	21					
1950		580	27					
1951	23	579	27	56		647 572		
1952 ⁹²⁾	23		27	57		949 549 ⁹³⁾	238	
1955	23	586	28	50		1 019 576 (1. 2. 3. 4.)		
1956	23		28	50		57 282 (nur 3.)		

In Moçambique bestanden 1954 15 Kassen auf Gegenseitigkeit (Einnahmen: 4,7 Mill. Esc.) und 1 private Pensionskasse (Einnahmen: 17 Mill. Esc.), in Angola 2 (10,6) und 7 (18,4) und in Port.-Indien 2 Kassen auf Gegens. (1 Mill. Escudos)⁹⁴⁾. An die moçambikanische Pensionskasse ist eine Sparkasse angeschlossen (31. 12. 56: Einleger: 6922, Haben-Zinsen: 1094 C., Einlagen: 119 237 C.).

Die Beiträge an die Vorsorgekassen wurden bis 1945 zur Hälfte von den Unternehmungen und zur Hälfte von den unterstützungsberechtigten Arbeitern und Angestellten geleistet. Effektiv verteilten sich die Beiträge wie folgt:

Jahr	Arbeiter u. Angest.	In Contos ⁹⁵⁾		
		%	Unternehmungen	%
1936	741	55,5	593	44,5
1937	1 287	54,4	1 080	45,6
1938	1 672	54,4	1 402	45,6
1939	11 322	50,3	11 196	49,7
1940	11 743	49,0	12 198	51,0
1941	15 315	48,9	16 008	51,1
1942	20 192	49,5	20 580	50,5
1943	25 998	42,3	35 454	57,7
1944	44 873	43,7	57 887	56,3
1945	76 514	45,9	90 355	54,1

Die Unternehmungen müssen die Beiträge (seit 1943 auch für Familienunterstützungen) von den Löhnen abziehen und sie bei der Allg. Depositenkasse

⁹¹⁾ Fernandes, a.a.O., S. 28—30 und 103; INE: Organização Corporativa e Previdência Social 1951 u. 1954/55.

⁹²⁾ NdP 27. 2. 54, S. 4.

⁹³⁾ 1. 2. 3. und 4. Das sind 11,24 % der gesamten Bevölkerung (8,4 Mill.) und 17 % der arbeitenden Bevölkerung.

⁹⁴⁾ Anuário Estatístico do Ultramar 1954, INE 1956, S. 79.

⁹⁵⁾ Fernandes, a.a.O., S. 81—82.

einzahlen, nachdem sie ihre eigenen Beiträge hinzugefügt haben. Damit die Beitragszahlungen bei Krankheit, Arbeitslosigkeit, Militärdienst und außerordentlichen Notlagen der Kassenmitglieder nicht unterbrochen werden (Vereinfachung der Rechnungsführung), hat man Spezialfonds bei der Allg. Depositenkasse gebildet, die die Arbeitnehmer mit Abzügen (0,5 %) von ihren Beiträgen (2 % der Löhne) an den Arbeitslosenfonds auffüllen müssen. Diese Spezialfonds zahlen dann die Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer solange weiter, bis die Notlage überwunden ist.

Im Büchlein „ABC der Sozialversicherung“⁹⁶⁾ aus dem Jahre 1949 wird dargelegt, daß unter „Löhnen“ alle regelmäßigen Einkommen, einschließlich jährlicher Gratifikationen und Teuerungszulagen zu verstehen sind. Von außerordentlichen Zuwendungen wird nichts abgezogen. In der Regel fallen die Abzüge nur auf Monatsgehälter und -löhne bis zum Maximum von 3 Contos, das bei der Berechnung der Sozialleistungen als Grundlage dient. Die Abgaben betragen im Durchschnitt 13 %, 8 werden von der Unternehmung gezahlt und 5 vom Angestellten oder Arbeiter. Diese 13 und obige 0,5 % verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Abteilungen der Kassen⁹⁶⁾:

Unterstützung bei Krankheit	1,8 %
Invalidität und Alter	7,2 %
Tod	1 %
Hilfsfonds	2,5 %
Verwaltung	1 %

Dazu kommen noch 7 %, die vom Arbeitgeber an die Familienausgleichskasse (Abono de Familia. Ausländer sind davon ausgeschlossen) zu leisten sind und die schon besprochenen Beiträge an den Arbeitslosenfonds. Diese Angaben stimmen etwa mit denen vom BIGA überein⁹⁷⁾:

	vom Arbeitgeber	vom Arbeitnehmer
Arbeitslosenfonds	1 %	1½ %
Vorsorgekasse	7 %	5½ %
Familienausgleichskasse	7 %	1 %

Da die jeweiligen Abzüge schon beim Abschluß der Gesamtarbeitsverträge festgesetzt und bei der Berechnung von Mindestlöhnen berücksichtigt werden, können die Unternehmer von vornherein entsprechend kalkulieren. Infolge der niedrigen Löhne fallen die Sozialbeiträge bei der Preisbildung nicht so stark ins Gewicht, wie in anderen Ländern. Hohe Selbstkostenpreise haben ihren Grund in mangelhafter Kapitalausstattung, Technik und Ausbildung, nicht in überhöhten Sozialbeiträgen. Für die Unterstützung in Krankheitsfällen sind sie noch viel zu niedrig. Bedeutend höhere Sozialbeiträge der Unternehmer würden sich durch die größere Sicherheit und Kaufkraft der Mitarbeiter und die größere Kapitalbildung in den Vorsorgekassen zum Vorteil der Unternehmungen auswirken. Sozialversicherungsbeiträge müßten von allen Portugiesen nach dem „Pay as you earn-System“ gezahlt werden, zumal die Steuersätze für die hohen Einkommen sehr niedrig sind. Es darf nicht ebenso sein wie in Westdeutschland, wo bei gleicher Gesamtsteuerlast im Vergleich zu Großbritannien die niedrigen Einkommen mehr zur Aufbringung der Steuern beitragen müssen als die hohen (ebenfalls im Vergleich zu Großbritannien) und außerdem noch erhebliche Sozialversicherungsbeiträge zahlen müssen, während die hohen Einkommen ganz davon befreit sind!

⁹⁶⁾ ABC do Seguro Social, Federação etc., a.a.O., S. 115—118.
⁹⁷⁾ BIGA, a.a.O., S. 3.

Im Inland können die Mitglieder ihre Kassen nach Übertragung der technischen Reserven wechseln und die Beiträge in der bisherigen Höhe weiterzahlen. Wenn sie ins Ausland gehen, müssen sie außer ihren eigenen auch noch die Beiträge überweisen, die sonst von den Unternehmungen gezahlt wurden. Um Störungen durch Konkurse und Insolvenzen infolge der Sozialversicherung zu vermeiden, wurde angeordnet, daß die beitragenden Unternehmungen wirtschaftlich so gefestigt sein müssen, daß sie alle gerechtfertigten Abgaben zu Gunsten ihres Personals bezahlen können (Dekret Nr. 32 674 vom 20. 2. 1943).

Nachdem sich die Einzahlungen bei der Allg. Depositenkasse (besonders bei der Einweihung neuer billiger Häuser, sog. „Casas Economicas“) oft auf einen bestimmten Zeitpunkt konzentrierten und die Kasse mehrfach in Schwierigkeiten gebracht hatten, wurden im Dekret Nr. 33 533 vom 21. 4. 1944 verschiedene Einzahlungstermine für die einzelnen Institutionen festgesetzt. Die Einzahlungen entwickelten sich in folgender Weise⁹⁸⁾: In Contos:

Jahr	Einfache Vorsorge- kassen	Vorsorge- kassen d. Gewerksch.	Zahlungen v. Nat. Familien- Bewohnern unterstützungs- billig. Häuser fonds	Familien- unterst.- Kassen
1933/4	—	—	130	—
1934/5	—	—	6 144	—
1936	—	74	9 136	—
1937	—	677	11 657	—
1938	99	4 162	16 814	—
1939	750	6 912	26 902	—
1940	865	14 138	31 644	—
1941	801	22 413	35 730	—
1942	3 546	30 051	38 242	2 972
1943 (1. Sem.)	3 508	24 942	21 371	6 933
1943 (1. Sem.): Zahl der beitragenden Unternehmungen:	5 000.			

Die Korporations- und gewöhnlichen Vorsorge-Kassen müssen *drei Hauptfonds* ansammeln: 1. die technische Reserve, 2. den Reservefonds und 3. den Hilfsfonds für außerordentliche Notfälle, der mit den Erträgen des Reservefonds, Geschenken und Subventionen gespeist wird. Die ersten beiden mußten nach der Regelung von 1935 (für Gewerkschaftskassen) und 1937 (für gewöhnliche Vorsorgekassen) in Bargeld (einzuzahlen bei der Allg. Depositenkasse), Staatstiteln oder vom Staat garantierten Papieren, Renditenhäusern und Casas Economicas angelegt werden (Mindestrendite 4 %). Aus Bargeld und Staatstiteln durften sich diese Fonds nicht mehr als zur Hälfte zusammensetzen. Um aus den Mitteln der Fonds größeren Vorteil für die Volkswirtschaft ziehen zu können, wurde dann im Gesetzesdekret Nr. 37 440 vom 6. 6. 1949 außer der Ausgabe von 4 %-Zertifikaten 1949 zu Gunsten der Vorsorgeinstitutionen⁹⁹⁾ noch bestimmt, daß die Reserven nur bis zu 50 % aus Staatstiteln oder staatlich garantierten Papieren und Renditenhäusern, einschließlich der billigen und solcher mit niedrigen Mieten bestehen dürfen, zur anderen Hälfte hingegen aus Aktien und Obligationen von Unternehmungen, deren große Bedeutung für die Volkswirtschaft und genügende Sicherheit ausdrücklich vom Finanz- und vom Wirtschaftsminister festgestellt wurden. Für die technischen Reservefonds der Beamten-Vorsorgekassen dürfen besondere Staatsobligationen mit Steuerbefreiungen ausgegeben werden.

Bis zum Ende des zweiten Weltkrieges waren mehr als 500 000 Contos akkumuliert worden. In der darauf folgenden Periode nahm diese Akkumulation ganz erstaunliche Ausmaße an:

⁹⁸⁾ Dekret Nr. 33533.

⁹⁹⁾ v. Gersdorff (1), a.a.O.

Bestand am 31. Dezember
In Contos¹⁰⁰⁾:

Fonds:

Jahr	Gewerksch.	Volkshäuser	Fischerh. ¹⁰¹⁾	Übr. Kassen	Freiw. Hilfskassen auf Gegenseitigkeit (alle Fonds)
1. Techn. Reserve:					
1938	5 539	231			
1939	13 451	174			
1940	19 259	114			409 471
1941	21 092				
1942	32 128				1945:
1943	41 318			581 903 (1948)	592 422
1951	1 420 888 ¹⁰²⁾		4 400	1 208 846 ¹⁰³⁾	
1955	2 285 243		4 400	2 247 936	
2. Reservefonds:					
1938	12	481	72		
1939	334	497	131		
1940	755	516	193		
1941	884		1 096		
1942	1 962		649		
1943	2 620		1 118	133 019 (1948)	
1951	14 014		703	193 465	
1955	33 934		704	137 961	
3. Hilfsfonds:					
1938	142	197	112		
1939	432	181	456		
1940	468	179	1 152		
1941	531		1 197		
1942	533		1 579		
1943	950		2 847		
1951	25 026		2 139	44 565	
1955	23 208		—	52 196	
4. Verwaltung:					
1938	51		14		
1939	199		64		
1940			123		
1941	227		374		
1942	229		128		
1943	248		230		
1951	419			884	
1955	563			5 182	
5. Öffentliche Arbeiten und Kulturfonds:					
1938	10		61		
1939	58		109		
1940	10		125		
1941	111		73		
1942	230		58		
1943	239		53		
1951	4 300			3 085	
1955	3 395			1 428	

¹⁰⁰⁾ Bul. 31. 7. 41, S. 15—19; 30. 11. 45, S. 13—20; Marcotte, a.a.O., S. 492—494; INE Org. Corp.; Fernandes, a.a.O., S. 103.

¹⁰¹⁾ Fonds Nr. 5 für Invaliditäts- und Altersversicherung, Fonds Nr. 6 für Schiffsbrüche und Materialverluste.

¹⁰²⁾ Provisorische Reserve: 957 721 C.

¹⁰³⁾ Provisorische Reserve: 422 503 C.

Jahr	Gewerksch.	Volkshäuser	Fischerh.	Übr. Kassen
6. Für Beiträge von Arbeitslosen und Kranken:				
1938	45		16	
1939	890		52	
1940	1 134		115	
1941	455		296	
1942	612		459	
1943	900		704	
7. Familienausgleich:				
1951	11 978			18 698
1955	20 963			34 404
8. Reservefonds dafür:				
1951	1 969			100
9. Andere Fonds ¹⁰⁴⁾ :				
1951	22 997		3 624	105 218
1955	40 362		8 064	80 098
Alle Fonds zusammen:			Fonds aller	
(Bis 1943 unvollständig)			Kassen zusammen:	
1938	5 799	909	275	6 983
1939	15 364	852	812	17 028
1940	21 626	809	1 708	23 143
1941	23 300	1 512	3 036	27 848
1942	35 694	2 649	2 873	41 216
1943	46 275	3 086	4 957	54 318
1951	1 501 591	6 196 ¹⁰⁵⁾	10 866 ¹⁰⁶⁾	1 574 861
1955	2 600 849	9 849 106	13 168 104	2 692 847
				5 316 713

Diese Fonds waren in folgenden Werten angelegt¹⁰⁷⁾:

Bestand am 31. Dezember in Contos:

	1938	1939	1940	Gewerksch.-Vorsorgekassen	1951	1955
	(unvollständig)					
Gewerksch.						
Häuser . . .	19	908	2 701	Darlehen an d. Nat. Stiftung		
Titel	4 855	11 442	10 660	FNAT ¹⁰⁸⁾	1 192	—
Depositen . .	3 080	2 518	—	Immobilien insgesamt . . .	366 510	425 477
	7 954	14 868	13 361	Staatspap. (ohne gar. Pap.)	623 971	1 236 977
Volkshäuser						
Häuser . . .	141	8	91	Depositen auf Sicht	221 599	128 359
Titel	89	34	51	Vom Staat garant. Papiere	1 800	18 472
Depositen . .	911	871	—	Vom Staat nicht gar. Papiere	—	—
	1 141	913	142	Akt. v. Untern. aller Art .	45 097	288 219
Fischerhäuser						
Häuser . . .	652	96	982	Oblig. v. Untern. aller Art	114 452	209 889
Titel	—	8	82	Häuser mit niedrig. Mieten	135 632	179 787
Depositen . .	715	1 179	—	Häuser mit freier Miete . .	167 185	184 179
	1 367	1 283	1 064	Häuser m. begrenzter Miete	38 963	39 604
				Gemeinschaftsgebäude . . .	24 730	21 907
				Andere Anlagen	39 867	264 896
				Total	1 414 488	2 652 289

¹⁰⁴⁾ Einschl. Saldo der vorherigen Rechnung, der noch verteilt werden muß.

¹⁰⁵⁾ Nur Einnahmen des Gemeinsamen Fonds aller Volkshäuser (1950: 6 297 C.).

¹⁰⁶⁾ Junta Central das Casas dos Pescadores, Pensions- und Familienausgleichsfonds. 1950: Fonds Nr. 2 und 9: 2 144 Contos.

¹⁰⁷⁾ Quellen wie in Fußnote 100, S. 81.

¹⁰⁸⁾ „Fundação Nacional Alegria no Trabalho“, staatliche Stiftung „Freude an der Arbeit“.

In Contos ⁽¹⁰⁰⁾ :	Gewöhnliche Vorsorgekassen			Alle oblig. Vorsorgekassen ohne Hilfskassen auf Gegenseitigkeit, Volks- und Fischerhäuser			Anl. der jährlich für Reservebildg. vorges. Mittel ⁽¹⁰⁰⁾
	1948	1951	1955	1945	1951	1955	
1. Darl. an d. Stiftung FNA T ⁽¹⁰⁸⁾		3 549	—		4 741	—	
2. Casas Económicas	5 197	459	300		459	300	
3. Häuser mit freier Miete . .	229 539	211 730	255 974		378 915	440 153	
4. Häuser mit niedriger Miete .	109 578	138 209	181 721		273 841	361 508	
5. Häuser mit begrenzter Miete		—	—		38 963	39 604	
6. Gemeinschaftsgebäude . . .		9 759	470		34 489	22 377	
7. Immobilien insges. (2—6) . .	344 314	360 157	438 465	62 179	726 667	463 942	100 000
8. Staatspapiere	355 447	538 870	1 312 365		1 162 341	2 549 342	250 000
9. Vom Staat garant. Papiere .		26 422	45 987		28 222	64 459	
10. Vom Staat nicht garant. Pap.		367	367		367	367	
11. Aktien v. Untern. aller Art		72 866	285 201		117 963	573 420	
12. Oblig. v. Untern. aller Art		69 784	256 898		184 236	546 787	
13. Aktien u. Oblig. (11 u. 12) .	88 212	142 650	542 099		302 199	1 120 207	100 000
14. Titel privater Unternehmen							
15. Wertpapiere insges. (8—12) .	443 659	707 809	1 900 818	383 403	1 493 219	3 734 375	
16. Depositen auf Sicht	219 916	515 610	224 288	78 249	737 209	352 647	
17. Andere Anlagen	32 389	51 888	158 286		91 755	423 182	
18. Total (1—6, 15—17)	1 040 278	1 639 013	2 721 857	523 831	3 053 501	5 374 146	450 000

¹⁰⁸⁾ NdP 4. 10. 52.

Der Beitrag, den die Vorsorgekassen jährlich zur *Finanzierung des Aufbauplanes 1953—1958* leisten könnten, wird bei gleichbleibenden Prämien und Einschränkung der Hausbauten und -käufe auf 150 000 Contos geschätzt. Das wären insgesamt 900 000 Contos in den sechs Planjahren. Dazu kommen 50 000 Contos, die für Aufbauarbeiten im Jahre 1951 vorgesehen waren, aber noch nicht investiert wurden und 450 000 Contos, welche 1952 zur Verfügung standen, so daß sich der Finanzierungsbeitrag der Vorsorgekassen im ganzen auf 1 400 000 Contos beläuft. Selbst bei Berücksichtigung der Geldentwertung ein recht ansehnlicher Betrag, wenn man bedenkt, wie klein die Fonds noch kurz vor dem Kriege waren. Im Gesetzesentwurf für den neuen Aufbauplan (über den in der Parlaments-Session 1952—53 abgestimmt wurde) ist vorgeschlagen worden, der Regierung und dem neu gebildeten Wirtschafts-Rat (Conselho Economico, in dem besonders der Minister für Korporationen und Sozialfürsorge gehört werden muß) die Aufgabe zu übertragen, denjenigen Teil der Vorsorgekassen-Fonds zu bestimmen, der in Staatstiteln und Papieren von Privatunternehmungen investiert werden soll, die sich an der Ausführung des Aufbauplanes beteiligen.

Alle Fürsorgeinstitutionen wurden von der Industriesteuer A¹¹⁰⁾, der Grundsteuer¹¹⁰⁾ auf Gebäuden, die sie für Verwaltungszwecke benutzen, der Kapitalverwendungssteuer B¹¹⁰⁾, der Erbschafts- und Schenkungssteuer¹¹⁰⁾, der Stempelsteuer¹¹⁰⁾ und der Handänderungssteuer¹¹⁰⁾ befreit¹¹¹⁾. Bei Epidemien oder sonstigen allgemeinen Notfällen wie Kriegen usw. können ihnen Subventionen von der Staatskasse gewährt werden.

Außer den oben erwähnten Fonds wurde die Bildung von „*Fonds für kulturelle und soziale Werke*“ angeregt, mit deren Hilfe u. a. Ferienkolonien, Erholungs- und Gaststätten und Asyle finanziert werden könnten. Die freiwilligen Hilfskassen auf Gegenseitigkeit¹¹²⁾ besitzen lediglich drei Fonds: den festen Fonds, den Betriebsfonds und den Reservefonds. Der feste Fonds soll sich aus folgenden Werten zusammensetzen: 1. Staatstitel, 2. Immobilien, 3. Titel untergeordneter öffentlicher Körperschaften, 4. Hypotheken bis zu 50 % des Gebäudewertes und 5. Titel der Privatwirtschaft, die an in- oder ausländischen Börsen notiert werden und ohne Unterbrechung während drei Jahren vor der Anlage Dividenden abgeworfen haben. Die Titel der Privatwirtschaft dürfen nicht mehr als 50 % dieses Fonds ausmachen. Eine Kontrolle erfolgt durch das „*Institut für obligatorische Sozialversicherungen und allgemeine Vorsorge*“ (Instituto de Seguros Sociais Obrigatorios e de Previdência Geral), nach dessen Vorschlag der Finanzminister Direktionen schlecht geführter Kassen absetzen und neue ernennen kann. Die Hilfskassen auf Gegenseitigkeit dürfen auch *Sparkassen* gründen, wenn sie vom Finanzminister die Erlaubnis dazu bekommen haben. Bestehen solche Sparkassen, so müssen die Betriebsfonds bei ihnen eingezahlt und zum üblichen Satz für Sichtdepositen verzinst werden. Anderenfalls wären sie bei der „*Portugiesischen Sparkasse*“ einzuzahlen, die als autonomes Staatsinstitut an die Allg. Depositenkasse angeschlossen ist. Die angeschlossenen Sparkassen sind von den Stempelsteuern befreit und unterstehen der Bankenspektion (Inspeção do Comercio Bancario, ein staatliches Banken-Kontrollorgan). Sie dürfen keine Wechsel diskontieren und Darlehen nur gegen Faustpfänder und Hypotheken zu einem Zinssatz geben, der denjenigen der Allg. Depositenkasse nicht übersteigt. Ihre Gewinne sind dazu bestimmt, einen Reservefonds zu bilden, der 20 % der gesamten Depositen des vorhergehenden Jahres betragen muß und solange zu keinem anderen Zweck gebraucht werden darf, bis diese 20 % erreicht sind.

¹¹⁰⁾ v. Gersdorff (1), a.a.O. Die Steuern auf Staatstiteln wurden schon am 15. 11. 1930 von Salazar herabgesetzt und vereinfacht.

¹¹¹⁾ SNI: „*Previdência Social, Coleção de Legislação*“, 1945.

¹¹²⁾ Dekret Nr. 20944 vom 27. 2. 1932.

Die *Verwaltungsausgaben der verschiedenen Vorsorgekassen* betrugen im Jahre 1945 8036 Contos. Das waren 4 % ihrer Einnahmen in jenem Zeitraum (1951: 7,78 %, 1955: 7,33 %). In Contos¹¹³⁾:

Vorsorgekassen	Verwaltungsausgaben		Beitragszahlungen	
	1951	1955	1951	1955
Gewerkschaften	41 842	43 220	512 477	606 622
Übrige Kassen	26 514	30 501	467 709	565 491
Volkshäuser	7 901	14 158	19 186	22 990
Fischerhäuser	2 798	3 968	3 575	3 693
Beamtenpensionskassen . . .	5 205	7 342	91 833	153 032
	84 260	99 189	1 094 780	1 351 828

Eine Senkung dieser Ausgaben könnte wohl nur nach Aufgabe des differenzieren zu Gunsten eines zentralistischen Versicherungswesens¹¹⁴⁾ erreicht werden, was aber einen von der Regierung und vom Volk sehr unerwünschten Schritt zum Kollektivismus hin bedeuten würde.

Leider ist die ausreichende Versicherung bei dem niedrigen portugiesischen Volkseinkommen¹¹⁵⁾ immer noch eine Angelegenheit der kleinen Klasse der Reichen, die sie weniger aus dem Geist der Vorsorge heraus, als im Hinblick auf eine Kapitalanlage abschließt¹¹⁶⁾.

Verhältnis der Versicherungsprämien-Zahlungen zum Netto-Volkseinkommen zu Marktpreisen¹¹⁷⁾: 1938: 1,21 % 1947: 2,17 % 1948: 2,33 % 1955: 2,12 %
1949: 2,30 % 1950: 2,34 % 1951: 2,50 %

Verhältnis der Beiträge an die Vorsorgekassen zum Netto-Volkseinkommen zu Marktpreisen¹¹⁸⁾ 1938: 0,24 % 1949: 3,06 % 1955: 2,72 %
1950: 3,13 % 1951: 3,22 %

113) INE Org. Corp. und Caixa Geral de Depósitos, Crédito e Previdência (CGDCP, Allg. Depositenkasse): „Relatorio do Conselho de Administração e Parecer do Conselho Fiscal 1951“. 1955: Anuário Estatístico 1955 und Org. Corp. 1954/55.

114) Die Verwaltungsausgaben der allgemeinen staatlichen Sozialversicherung Neuseelands betrugen weniger als 2 % der gesamten Ausgaben für Unterstützungen mit Geld (für Pensionäre, Witwen, Waisen, große Familien, Invalide, Kranke, Bergleute und sonstige Hilfsbedürftige) und Dienst- oder Sachleistungen (Ärzte, Spitäler, Mütterfürsorge, Medikamente u. a.). Government Printer: 10 Years of Social Security in New Zealand, Wellington 1948, S. 15.

115) Vgl. S. 32, 33, 100.

116) Eurico Colares Vieira: O Peso da Industria de Seguros na Vida Economica Nacional, in: RdE, Juni 1948, S. 104.

117) Versicherungsprämien in Contos: 1938 (eigene Schätzung): 200 000; 1947: 710 263; 1948: 768 169; 1949: 805 124; 1950: 817 986; 1951: 876 445; 1955: 1 085 187. Alfredo da Costa Miranda: A Actividade Resseguradora do Ponto de Vista Financeiro, in: RdE, Dez. 1952, S. 259 und Boletim de Seguros, Nr. 46. Netto-Volkseinkommen zu Marktpreisen in 1000 Contos: 1938: 16 431; 1947: 32 588; 1948: 32 962; 1949: 34 963 und 1950: 34 879 (letzte Zahl nach unvollständigen Quellen berechnet und muß noch korrigiert werden). 1951: Noch keine Zahl bei der Ausarbeitung dieser Studie (1953) vom INE veröffentlicht. Wir haben angenommen, daß das Volkseinkommen auf das Niveau von 1949 gestiegen ist, also auf 34 963 000 Contos. 1938—1950: RdE Dez. 1951, S. 194. 1955: Vgl. S. 44 Nr. 19 u. An. Est. 1955, S. 86.

118) Beiträge an die Gewerkschaften (Mitglieder), Gewerkschaftsvorsorgekassen (Arbeitgeber- u. -nehmer), übrige Vorsorgekassen (Arbeitg. u. Arbeitn.), Volkshäuser (Mitgl.), Fischerhäuser (Mitgl.) und Hauptkasse für Pensionen und Unterstützungen an Staatsbeamte (Caixa Geral de Aposentações e Montepio dos Servidores do Estado, Zahlen in: CGDCP Relatorio 1950, 1951) ohne Hilfskassen auf Gegenseitigkeit (Associações de Secorros Mútuos) in Contos: 1938 (ohne Mitgliederbeiträge an die Gewerkschaften): 40 320, 1949: 1 070 178 (alle Einnahmen der Gewerkschaftsvorsorgekassen abzüglich der Personal-, Verwaltungs- und Materialausgaben in jenem Jahr. DdS 19. 4. 51, S. 48—49), 1950: 1 104 925 (DdS 28. 3. 52, S. 48—49), 1951: 1 126 647, 1955: 1 390 482 (INE Org. Corp.). Volkseinkommenszahlen wie oben Anmerkung 117.

Verhältnis der Versicherungsprämien und Beiträge an die Vorsorgekassen zum Netto-Volkseinkommen zu Marktpreisen¹¹⁹⁾: 1938: 1,46 % 1949: 5,36 %
1950: 5,51 % 1951: 5,72 % 1955: 4,85 %

Verhältnis der Anzahl der Feuerversicherungs-Policen zur Zahl der Stadthäuser im Jahre 1946: 32,2 %. Wert der versicherten Häuser 66 Mill. Contos. Feuerversicherungsprämien-Zahlungen: 1943: 94 538 Contos, 1946: 140 265 C., 1947: 164 512 C., 1948: 175 792 C., 1949: 186 798 C., 1950: 196 104 C., 1951: 206 357 C. und 1955: 252 392 Contos¹²⁰⁾.

In Escudos¹²⁰⁾:

Jahr	Lebensversicherung		In Escudos ¹²⁰⁾ :	
	Zahl der Policen pro 1000 Einw.	Kapital pro Kopf	Zahl der Policen pro 1000 Familien	Kapital pro Familie
1938	5,4	130,90	23,0	557,95
1945	8,6	245,85	36,7	1 047,95
1946	9,3	276,80	39,5	1 179,70
1955	11,9	430,10	48,9	1 771,10

Allgemeine Unfallversicherung.

	Zahl der Policen pro 1000 arbei- tende ¹²¹⁾ Einw.	Kapital pro Kopf der arbeitenden Bevölkerung	Zahl der Policen pro 1000 berufs- tätige ¹²¹⁾ Einw.	Kapital pro Kopf der berufstätigen Bevölkerung
1938	3,2	235,20		
1945	5,6	436,75		
1946	5,7	489,90		
1955	6,7	1 036,31	12,6	1 953,30

Arbeitsunfall-Versicherung.

	Entschädigung pro Unfall	Entschäd. pro Tag d. Arbeits- unfähigkeit	Ausgaben f. d. Behandlung pro Unfall	Mittlere jährliche Pension f. Inva- lidität u. Todesfall
1945	155,65	11,60	148,55	443,55
1946	173,10	12,45	180,03	487,00

Lebensversicherungsprämie pro Kopf der Bevölkerung:

England	(1937)	3,5 £	(385 Esc.)
U.S.A.	(1941)	31 \$	(766 Esc.)
Schweiz	(1943)	71 Fr.	(400 Esc.)
Portugal	(1946)	13,90 Esc.	(2,20 sFr.)
Portugal	(1951)	17,34 Esc.	(2,70 sFr.)
Portugal	(1955)	21,27 Esc.	(3,20 sFr.)

Zahl der Lebensvers.-Policen in Australien, das die gleiche Bevölkerungs-
zahl wie Portugal hat:

		Versichertes Kapital
1942	1 383 540	477 862 000 £
1944	1 506 264	535 525 000 £ (ca. 40 Mill. Contos)
In Portugal:		
1946	71 657	2 137 205 Contos
1955 (31. 12.)	104 528	3 779 704 „

¹¹⁹⁾ Versicherungsprämien und Beiträge an Vorsorgekassen (Anmerkung 117 und 118) in Contos: 1938: 240 320; 1949: 1 875 302; 1950: 1 922 911, 1951: 2 003 092, 1955: 2 475 669. Volkseinkommen: siehe Anmerkung 117.

¹²⁰⁾ RdE, Dez. 1952, S. 260. Alle Zahlen bis 1946 bei Vieira, a.a.O., S. 103–104 und errechnet aus Anuário Estatístico 1955, S. 10, 23, 85, 86.

¹²¹⁾ Zur „beschäftigten“ Bevölkerung werden im Haushalt tätige Familienangehörige, Hauspersonal, Empfänger von Einkommen aus Besitz, Gelegenheitsarbeiter und Hausierer gezählt; sie rechnen nicht zur „berufstätigen“ Bevölkerung (1955 ca. 3 312 000). Beide Gruppen zusammen bilden die „arbeitende“ Bevölkerung (1955 ca. 6 230 000).

Durch freiwillige Hilfskassen auf Gegenseitigkeit wurden bisher nicht mehr als 6 % der Bevölkerung betreut und durch die obligatorischen wie gesagt 11 %. 1951 überstiegen die Beiträge nicht einmal 120,80 Escudos pro Kopf der Bevölkerung.

Mit seinem niedrigen Lohn kann sich der portugiesische Arbeiter, selbst wenn er noch so sparsam wäre, keine ausreichende Versicherung leisten. Für Invalide besteht z. B. kaum die Möglichkeit einer Umschulung auf Büroarbeit, weil nicht einmal für junge Leute genügend Berufsschulen vorhanden sind. Die dringend notwendige Erhöhung der Produktivität pro Arbeiter durch Anwendung moderner Technik in Landwirtschaft und Industrie wird gehemmt, weil ein *Mangel an Facharbeitern* besteht. Viel mehr ausländische Ingenieure, Techniker und Spezialisten als bisher sollten im Portugiesischen Reich beschäftigt werden. Angesichts der Stabilität der Währung und der Finanzen lassen die Ausländer oft ihre laufenden Einnahmen und sogar ihre Ersparnisse in Portugal¹²²⁾, so daß die Zahlungsbilanz nicht belastet wird. Im Sechsjahresplan 1953—58 ist der Bau von 6 technischen Elementarschulen, 2 Industrieschulen für Frauen und 5 Berufsschulen vorgesehen¹²³⁾.

Als ergänzende Vorsorge zur Sicherung der Einkommen von Arbeitern und Angestellten durch die Vorsorgekassen und den Arbeitslosenfonds wäre wohl auch die *Versicherung der Einkommen von Selbständigerwerbenden* (von freiberuflich Tätigen, wie Künstlern, Schriftstellern, Journalisten, Lehrern usw.) als Schutz gegen künftige Depressionen und Krisen sehr ratsam. Eine rein staatliche oder vom Staat konzessionierte Einkommensversicherung (eventuell obligatorisch), nicht nur für den Fall der Arbeitslosigkeit, sondern auch bei Unfällen, Krankheiten und Invalidität würde gleichzeitig eine gute Ergänzung zur üblichen Form der *gemischten Lebensversicherung* sein, die den finanziellen Schutz bei plötzlichem Tode des Versicherten mit der Schaffung eines Sparkapitals verbindet (Auszahlung des versicherten Kapitals nach Ablauf der Vertragsdauer bei Erleben des vertraglich abgemachten Jahres oder bei Todesfall). Auch in Portugal hat das Kapital wegen des niedrigen Zinsfußes keine große Bedeutung für die Sicherstellung der Familie mehr, obwohl die Besteuerung dort so außerordentlich gering ist¹²⁴⁾. Die meisten Familien der oberen Einkommensklassen sind gerade infolge ihrer ungenügenden Sparsamkeit ganz allein auf das Arbeitseinkommen des Familienvaters und seine Sicherstellung angewiesen. Da die Arbeit der Frau außerhalb ihres Hauses in Portugal nicht gut angesehen und von der Regierung Salazar auch keinesfalls begünstigt wird — um die natürliche Arbeitsteilung in der Familie nicht zu stören¹²⁵⁾ — könnten den vielen Familien, die vom Arbeitseinkommen des Vaters abhängen, durch eine Einkommensversicherung wenigstens bestimmte Einnahmen garantiert werden. Die einbezahlten Prämien müßten dann, wie bei der Lebensversicherung, entweder beim Tode des Versicherten oder nach Ablauf des Versicherungsvertrages mindestens teilweise zurückvergütet werden (z. B. nachdem die Kinder soviel verdienen, daß sie ihre Eltern unterstützen können; solche Unterstützungen sind in Portugal heute noch üblich). Auch hier wäre zu überlegen, ob eine Sicherung gegen Geldentwertungen eingebaut werden kann. In der Schweiz haben die privaten Versicherungsgesellschaften bereits mit der Einkommensversicherung begonnen¹²⁶⁾. In Zeiten besonders geringer Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt geschieht es oft, daß verheiratete Frauen, die außerhalb ihres Hauses arbeiten — und noch heute viel schlechter (ca. um 30 bis 50 %) dafür

¹²²⁾ Caetano, a.a.O., S. 16—17.

¹²³⁾ Kostenvoranschlag dafür: 113 000 Contos. Für im Bau befindliche Berufsschulen sowie Verbesserung und Erweiterung alter Berufsschulen: 87 000 C. NdP 22. 11. 52, S. 14.

¹²⁴⁾ v. Gersdorff (1), a.a.O.

¹²⁵⁾ Vgl. Paul Descamps: *Le Portugal. La vie sociale actuelle*, Firmin-Didot, Paris 1935, S. 473—476, 466—477; Christine Garnier: *Vacances avec Salazar*, Grasset, Paris 1952, S. 13—16.

¹²⁶⁾ BN Nr. 437 vom 14. 10. 52.

entlohnt werden als Männer — den Familienvätern die Arbeitsplätze wegnehmen. Um das zu verhindern, wäre es aber nötig, nicht nur die Arbeit der Männer, sondern auch diejenige der Frauen bedeutend besser zu bezahlen, mindestens nach dem Prinzip: für gleiche Leistung gleicher Lohn. Frauen müssen in Portugal oft sehr schwere Arbeiten verrichten, wie z. B. Lasten (bis zu 50 kg) auf dem Kopf tragen, Fische von Haus zu Haus verkaufen usw., damit sie das Einkommen ihrer Familie über dem Existenzminimum halten können. Der Anteil der Frauen bei der Produktion von Fischkonserven beträgt 80 % (Bekleidung 71 %, Textilwaren 58 %, Tabak 54 %, Streichhölzer 53 %, Papier 37 %, Milchprodukte 36 %, Hutfabrikation 38 %)¹²⁷). Um das Einkommen größer Familien zu erhöhen, hat das „*Portugiesische Fischkonserven-Institut*“ (Instituto Português de Conservas de Peixe) einen *Spezialfonds gebildet*. Das Personal der Fischkonservenfabriken zahlt 10 % seines Lohnes in den Fonds ein und das Institut den gleichen Betrag. Davon wurden vor dem Kriege bezahlt¹²⁸): 1. Monatlich 15 s. für die Ehefrau des Arbeitnehmers und jedes minderjährige Kind, 2. Bei Geburt eines Kindes 4 £ 10 s., 3. Monatliche Unterstützungen je nach der Notlage für Mütter, invalide Väter, unverheiratete Schwestern sowie minderjährige Brüder und Schwestern, 4. Etwa 4 £ für Beerdigungskosten, 5. Mitgiften von etwa 60 £, je nach Dienstjahren des Arbeitnehmers, für seine heiratenden oder volljährig werdenden Kinder.

Kein Ersatz für die Lebensversicherung, aber wichtig als Anreiz zur Ansammlung eines Sparguthabens und zur Sicherung des Sparzieles ist das in Westdeutschland eingeführte *Sparen mit Versicherungsschutz*, das auch in Portugal Eingang finden könnte. Die deutsche Versicherung bezweckt z. B., dem Sparer, der regelmäßig 50 Monate lang bestimmte Sparbeträge (insgesamt nicht über 2 000,— DM) spart, während jener 4 Jahre und 2 Monate die Sicherheit zu geben, daß im Todesfalle die vereinbarte Sparvertragssumme voll ausgezahlt wird.

Ein interessantes Lebensversicherungssystem ist in Japan eingeführt worden¹²⁹):

„... Perhaps the most widespread life insurance system of the world is represented by the Post Office Life Insurance and Postal Annuity, whose major objective is to offer popular policies of moderate face value. Policies are divided into four classes, namely: 1. straight life policies with various payment plans; 2. endowment policies; 3. annuities; and 4. special policies for children. In 1950 the assets of Post Office Insurance increased by some 16,000 million yen and in mid-1951 they amounted to about 45,000 millions. Only a small part of the funds was invested directly in government securities and loans to public organs or policy holders. The bulk was placed with the Trust Fund Bureau of the Ministry of Finance¹³⁰) . . .”

¹²⁷) Armando (1), a.a.O.

¹²⁸) Cotta, a.a.O., S. 122.

¹²⁹) Ehrlich, Tamagna, a.a.O., S. 563.

¹³⁰) Die Funktionen dieses Bureaus werden folgendermaßen erklärt: „... This Bureau, which has been in existence since 1877 (bearing the name, prior to 1950, of Deposits Management Bureau), is administered as an autonomous agency under the supervision of the Ministry of Finance. Its main purpose is to manage the funds of the Postal Savings and Postal Transfer Systems, but it also handles various other public funds. Because of the great role played by the state in the savings and insurance fields, the Bureau is a central and most important organ of Japan's financial system. Its total funds in 1950 rose by 79,000 million yen reaching over 250,000 million yen; of this, more than one half represented postal savings and the remainder largely insurance funds (including postal insurance and social security funds). Under the Bureau's traditional investment policy (decided upon by a Committee on Investments which is presided over by the Minister of Finance and includes the governor of the Bank of Japan and government officials and appointed members), loans have been extended mainly to special accounts of the national government and to local governmental authorities and nonprofit institutions, and the bulk of the investments has been in government bonds. Recently a larger proportion of newly accrued funds has been used to purchase corporate and bank debentures; by this operation the Bureau has provided non-inflationary funds to the capital market . . .“

Das portugiesische Versicherungswesen leidet an ungenügender Produktivität. Es gibt viele Systeme, welche zu einer Steigerung der Produktivität angewendet werden können. Meistens kommt man zu einem *Zusammenschluß der verschiedenen Versicherungen*. Durch *Begünstigungsverträge* mit Vereinen und Unternehmungen, Gründung von Gesellschaften für Versicherungsvermittlung oder durch Zwangsversicherung wird z. B. versucht einige Vermittlungsorgane auszuschalten. Um tarifliche Begünstigungen gewähren zu können muß der Versicherer in der Lage sein entsprechende Einsparungen zu machen. Dies geschieht indem er die teurere individuelle Werbung seiner Berufsvermittler durch billigere Kollektivwerbung des Verbandes bei seinen Mitgliedern ersetzt. Der Begünstigungsvertrag kann auch durch eine *Kollektivversicherung* abgelöst werden. Der Verband, der bis dahin ein relativ unbeteiligter Vermittler der Begünstigungen war, muß nun als Partei in das Versicherungsverhältnis eintreten. Er wird Versicherungsnehmer und haftet der Versicherungsgesellschaft für die Zahlung aller Prämien, die er von seinen versicherten Verbandsmitgliedern einzieht. Letztere genießen den gleichen Versicherungsschutz wie vormals, sind aber nicht mehr Inhaber eigener Policen. Es gibt dann nur noch *einen* Versicherungsvertrag, die Kollektivpolice des Verbandes. Dadurch spart die Versicherungsgesellschaft die Kosten für die Verwaltung vieler Einzelverträge und kann sie in der Form eines zusätzlichen Kollektivrabattes den Versicherten zugute kommen lassen. Diese Rationalisierung gestattet ihr sogar vielfach, für die unter der Kollektivpolice versicherten Verbandsmitglieder eine Beibehaltung der Prämien, die für den Vergünstigungsvertrag ungenügend geworden waren, in Erwägung zu ziehen¹³¹⁾.

„Die vom Versicherer angebotenen Vergünstigungen bestehen in vorteilhafteren Prämien (niedrigeren Prämiensätzen, Sonderrabatten, Verzicht auf tarifmäßige Zuschläge), einer erweiterten Versicherungsdeckung, eventuell auch einer Gewinnbeteiligung. Als Gegenleistung erwartet die Versicherungsgesellschaft andererseits, daß der Verband sie in der Versicherungswerbung bei den Mitgliedern unterstützt. Hier sind verschiedene Hilfen üblich: die Verbandsorgane können durch Rundschreiben oder Publikationen im Verbandsblatt die Versicherungsnahme bei der betreffenden Gesellschaft empfehlen, sie können den Mitgliedern die Versicherung vermitteln und sogar — meist auf Grund eines Spezialagenturvertrages — die den Mitgliedern vermittelten Versicherungspolicen für den Versicherer verwalten. Wenn sich der Verband so intensiv um die Versicherungswerbung bemüht, darf er auf eine Sondervergütung Anspruch erheben. Der Versicherer entschädigt ihn nach Maßgabe des Erfolges durch Abschlußprovisionen, gelegentlich auch durch laufende Kommissionen und Gewinnbeteiligungen auf den von den Mitgliedern abgeschlossenen Versicherungen. Der Vergünstigungsvertrag gibt dem Versicherer die Möglichkeit, einen großen Kreis von Versicherungsinteressenten auf einfache Art und unter günstigen Voraussetzungen zu bearbeiten. Die Einsparungen an Werbekosten, die er dabei erzielt, kann er in Form von Vergünstigungen und Provisionen den Versicherten und Verbandsorganen zugute kommen lassen.“¹³²⁾

Heute sind in zunehmendem Maße Bestrebungen im Gange durch Zusammenarbeit zwischen den Versicherungsunternehmen *neue Verfahren zur Produktivitätssteigerung* zu ermitteln. Wesentliche Fortschritte sind in Frankreich durch die CAPA (Comité d'action pour la productivité dans l'assurance), einen Zusammenschluß zahlreicher in Frankreich tätiger Versicherer erreicht worden¹³³⁾. Voraussetzung zu Vergleichen auf zwischenbetrieblicher Basis ist jedoch eine zweckmäßige innerbetriebliche Kostenrechnung. Die dauernde Verbesserung der wirtschaftlichen Geschäftsführung ist bei der starken internationalen Konkurrenz in der Assekuranz unerlässlich und kommt wiederum der Gesamtheit der Versicherten in Form von niedrigeren Prämien oder einem umfassenderen Versicherungsschutz zugute.

131) Pierre Renold: Der Vergünstigungsvertrag in der Versicherung, ein verbandspolitisches Problem, in: NZZ Nr. 3124 vom 9. 12. 54.

132) Renold, a.a.O.

133) NZZ Nr. 2881 vom 19. 11. 54.

Eine wichtige Funktion der Versicherungsgesellschaften, nämlich die *Kreditfunktion*, scheint in Portugal überhaupt nicht wirksam zu werden. Versicherte können also ihre Ansprüche nicht verpfänden, ja ihre Verträge nicht einmal bei der Gesellschaft selbst beleihen. Bei Zahlungsschwierigkeiten können Beiträge bzw. Prämien nicht weitergezahlt werden, welche man sonst anlässlich der künftigen Auszahlung der Versicherungssumme abzieht, falls inzwischen keine Rückzahlung erfolgt ist. Die Versicherungen könnten ferner Bürgschaften übernehmen, wenn ihre Kunden zur Stellung von Kautionen verpflichtet sind (in Portugal sehr oft üblich für Beamte, Auswanderer usw.) oder einfache *Kautionsversicherung* (auch Unterschlagungs-, Veruntreuungs- oder Garantieversicherung genannt) betreiben. In Mexiko gibt es für die Kautions- und Bürgschaftsstellung besondere *Bürgschaftsinstitute* (*Compañías de Fianzas*).

Darlehen auf Grundbesitz in Verbindung mit der Lebensversicherung wie z. B. die *Hypotheken-Lebensversicherung*, die Entschuldungsversicherung (bei der im Falle des Todes eines Versicherten das zur Auszahlung gelangende Kapital der Tilgung einer etwa noch vorhandenen Hypothekenschuld dienen soll), eine für Landwirtschaft und Kleinwohnungsbau wichtige Versicherungsform, kennt man in Portugal ebenfalls nicht. Der vielfache Zwang zur hohen Kapitalanlage in Staatspapieren und die überhöhten Kautionen, welche dem Staat von den Versicherungsgesellschaften geleistet werden müssen, erscheinen äußerst bedenklich. Auch die *Zeitungsbezieher-Versicherung* ist in Portugal unbekannt, bei der man als Abonnent einer Zeitung nach der Zahlung eines höheren Preises gut versichert wird (und bei gewöhnlichen Preisen in weniger umfassender Weise, als das auf Grund eines üblichen Unfallversicherungsvertrages der Fall ist). Dagegen können andere als *Werbemittel gedachte Systeme* nicht empfohlen werden, nach welchen man z. B. als Käufer einer bestimmten Ware, als Empfänger einer Ansichtskarte oder als Träger der Hosenkнопfe einer bestimmten Firma gegen Unfälle oder andere Eventualitäten „versichert“ ist. Dagegen ist eine Kombination von Wertpapierverkauf und Versicherung denkbar. Eine gute Sicherung für die Anlage in Wertpapieren (welche aber in Portugal angesichts der Kurspflege durch die gegenwärtige Regierung Salazar noch nicht gefördert werden braucht) wäre eine *Kursverlust- oder Auslosungs- und Kreditversicherung*. Es handelt sich dabei um die Deckung von Verlusten durch Auslosung verlosbarer Wertpapiere und Anlagewerte, wie Pfandbriefe, Staatsanleihen und Schuldverschreibungen der Stadt- und Landgemeinden.

„... Der Umfang der Verluste durch Auslosung geht daraus hervor, daß der Einlösungsbetrag der in einem einzigen Jahre ausgelosten Stücke in Deutschland börsengängiger Wertpapiere um ungefähr 30 Millionen Mark niedriger war, als der Verkaufswert vor der Auslosung. Der Verlust entsteht dadurch, daß der Marktpreis zahlreicher Lose eine solche Steigerung aufweist, daß er den Betrag der niedrigsten Treffer, mit denen herauszukommen das Schicksal der meisten Lose ist, übersteigt. Der Besitzer eines Lospapiers erhält also bei der Auslosung einen geringeren Betrag, als er beim Ankauf des betreffenden Papiers vorausgab hat. Der Unterschied ist je nach Kursstand und Gattungen der Papiere verschieden. Der Ersatz (durch die Versicherung) wird meistens nicht in Geld geleistet. Die Regel bildet der Schadenersatz durch Lieferung eines Ersatzstückes. Das ist sehr wesentlich und höchst vorteilhaft für den Versicherten. Denn es besteht meist ein großer Unterschied zwischen dem Kurswert und dem Auslosungswert. Würde der Versicherte diesen Unterschied als Barentschädigung erhalten, so könnte er sich oft kein neues Stück anschaffen; denn bei einer Anschaffung von auch nur wenigen Stücken geht der Preis oft sehr in die Höhe. Je mehr sich ein Lospapier dem Aussterben nähert, desto schwieriger wird die Beschaffung; es ist daher für den Versicherten von größter Wichtigkeit, keine Barentschädigung, sondern ein

Ersatzstück geliefert zu erhalten. Die Versicherung wird in Deutschland von einer Aktiengesellschaft betrieben, außerdem als Nebenzweig von Bankgeschäften...¹³⁴⁾

Eine größere Beteiligung des Publikums an den Lebensversicherungsgesellschaften könnte man durch Einrichtung eines *besonderen Lebensversicherungs-Investment-Trusts* erreichen. In New York sollen 1,4 Mill. Anteile im Wert von ca. 20 Mill. Dollar zur Gründung einer Life Insurance Investment Inc. ausgegeben werden¹³⁵⁾. Während *Streik- und Aussperrungsversicherungen* nicht nötig sind (Streik- und Aussperrungsverbot), müssen noch folgende Versicherungsarten im Hinblick auf ihre eventuelle Einführung in Portugal erwähnt werden: *Versicherung gegen Mietverluste, Prozeßkosten-, Überschwemmungs-, Vieh-, Dürreversicherung, Sturmschäden- und Maschinenversicherung* (Ersatz von Schäden infolge von Unfällen, Ungeschicklichkeit, Fahrlässigkeit oder Böswilligkeit der Arbeiter oder anderer Personen, durch Sturm, infolge von Kurzschluß sowie bei Aufstellung oder Abbau der Maschinen innerhalb des Betriebsgrundstücks). Vorbedingung aller neuen Versicherungszweige ist die enge Verbindung mit einer leistungsfähigen, großen Rückversicherungsanstalt. Die 6 in Portugal tätigen Rückversicherungsgesellschaften arbeiten alle ausschließlich mit portugiesischem Kapital. Sie können (infolge Kapitalmangels) oder wollen (infolge zu hohen Risikos) nicht alle Rückversicherungen annehmen. Der daraus resultierende Import von Rückversicherungen hat jährlichen Devisenverlust von einigen 1000 Contos zur Folge¹³⁶⁾.

Der privaten Versicherung gegen Risiken, die von größter sozialer Wichtigkeit sind (wie z. B. in der Landwirtschaft und im Verkehr) wird vom „Neuen Staat“ weitgehende Freiheit gelassen, obwohl sie für das ganze Volk, wie oben bemerkt, nicht gerade sehr ökonomisch arbeitete. Die Vielfalt von Agenturen, der Mangel an Koordination der Gesellschaften untereinander, bedingte scharfe Konkurrenz und hohe allgemeine Ausgaben (z. B. für Reklame), mehr Kommissionen für Vermittler usw. Die Regierung sah sich deshalb genötigt einzugreifen. Der Nationalökonom Freppel Cotta aus Portugiesisch-Indien schrieb darüber im Jahre 1937¹³⁷⁾:

„...In the plan of economic and social reconstruction traced by Dr. Salazar there was a special rôle reserved for collective fire, transit, accident and life insurance, and the due exercise of that function would not be possible if the companies were not properly organized and did not act as one body. It is for that reason that in the early stages of the corporative organization decree-law No. 24 041 of the 20th June, 1934, since altered by decree-law No. 26 484 of 31st March, 1936, created The Guild of Assurers (Gremio dos Seguradores).

This is a corporative organism to which all companies doing insurance business, whether foreign or national, must necessarily belong. The functions of the guild are:

1. To direct and to check insurance business, maintaining its prestige, ensuring just and fair competition among the various concerns and enforcing respect for the interests and rights of the assured;
2. to lay down minimum rates for the various branches;
3. to provide information for its associates;
4. to centralize information on the assured, agents, brokers, re-assurers and in a word on all collaborating in the business;
5. to prepare statistics necessary to ensure that premium rates rest on scientific basis;

134) A. Manes: Grundzüge des Versicherungswesens (Privatversicherung), Teubner, Leipzig 1918, S. 111.

135) BN Nr. 39 vom 26. 1. 55.

136) RdE März 1955, S. 31.

137) a.a.O., S. 139—140.

6. to represent the associated companies in the negotiation, drawing up and issue of collective contracts of insurance, and to be responsible for their fulfilment within the limits fixed by law and its members;
7. to make by itself or in collaboration with others propaganda on behalf of insurance;
8. to promote an improvement in the conditions of its members' staffs by signing collective contracts of labour with the respective national syndicates and by collaborating in the progressive foundation of syndical institutions of providence meant to protect the employees in sickness, disablement and involuntary unemployment and to provide retirement pensions.

The minimum rates referred to above are subject to the approval of the Minister of Finance after the Inspector of Insurance has passed an opinion thereon. Control and administration are on representative lines, and revenue is raised by registration fees and levies on premiums. The majority of the executive must consist of Portuguese citizens representing Portuguese companies or concerns in which nationals hold a controlling interest. Voting rights are proportionate to net premiums earned in the country. On matters relating to a particular branch of insurance only members transacting business in that branch may vote . . .“

Die Regierung hat eine *kollektive Feuerversicherungspolice der Gilde der Versicherten auf alle „Casas Económicas“*¹³⁸⁾. Die Gilde baut verbrannte Häuser innerhalb eines Jahres wieder auf. Sie ersetzt dem Staat nicht eintreibbare Mieten und Amortisationsraten für diesen Zeitraum. Eine *kollektive Lebens- und Invaliditätspolice* verpflichtet die Gilde, bei Invalidität oder Tod eines Hausbewohners die Zahlung der Amortisationsraten zu übernehmen, so daß er selbst oder seine Erben keine weiteren Abzahlungslasten mehr zu tragen brauchen, also völlig schuldenfreie Hausbesitzer werden¹³⁹⁾. Die verschiedenen, von den Vorsorgekassen der Gilde ausbezahlten Hilfgelder bedeuteten vor dem Kriege eine Steigerung der Versicherungsbeamtengelder um 40 %¹³⁹⁾.

Der Stolz und die Empfindlichkeit der Portugiesen verbietet es, die wirtschaftliche Bevormundung durch den Staat zu übertreiben. Man hat sogar den Wunsch der Arbeiter vernommen, selbst über die für sie bestimmten Gelder zu verfügen. So z. B. beim Bau von Arbeiterhäusern, bei der Einrichtung von Pensionskassen usw.¹⁴⁰⁾. Von nachteiliger Wirkung auf die Kapitalbildung und wirtschaftliche Entwicklung wäre es wahrscheinlich, wenn man (gestützt auf die korporative Organisation) die *Gewinnverteilungen aller Gesellschaften (nicht nur der Versicherungsgesellschaften) vom Staat aus regeln* wollte, wie etwa in Brasilien (Verfassung von 1946, Art. 157). Andererseits erscheinen solche Bestimmungen vom Standpunkt der sozialen Gerechtigkeit aus nur zu gerechtfertigt. Man könnte auch einwenden, daß ja gerade dann die Möglichkeit bestehen würde durch Abzweigung eines Gewinnanteiles die Kapitalbildung zu erzwingen. Dem ist die Tatsache der Unkontrollierbarkeit der Gewinne entgegenzuhalten. Selbst in der sozialistischen und kommunistischen Wirtschaft lassen sich viele Mittel und Wege finden (die sogar durchaus „legal“ sein können) zur Verheimlichung von Gewinnen (Buchungen über Unkostenkonti, stille Reserven, etc.). Die Ansammlung übermäßiger stiller Reserven führt oft zu Kapitalfehlleitungen. Der eingangs beschriebene niedrige Grad der Produktivität des portugiesischen Versicherungswesens konnte auch nach seiner Aufnahme in die korporative Organisation kaum erhöht werden.

Da es nicht gelungen ist den Geldwert während des zweiten Weltkrieges stabil zu halten (er war neuerdings durch die Folgen des Koreakrieges ge-

¹³⁸⁾ Vgl. Kapitel „Bauwirtschaft“.

¹³⁹⁾ Cotta, a.a.O., S. 141.

¹⁴⁰⁾ Pierre Lassègue: *La Réforme de l'Entreprise*, Paris 1948, S. 206—207, zitiert von Adérito Sedas Nunes: *Crise social e Reforma da Empresa*. In: *Revista do Gabinete de Estudos corporativos*, April-Juni 1952, L., S. 107.

fährdet) hat man bereits daran gedacht, daß ein System gefunden werden muß, nach dem die Unterstützungszahlungen zum selben Geldwert wie Prämien- und Beitragszahlungen erfolgen könnten¹⁴¹⁾. Ein solches System ist das der Karlsruher Lebensversicherungs-A.G., die das *Geldentwertungsrisiko durch Aufstellung eines Index-Gewinnplanes ausschalten* will. Die Überschüsse dieser Gesellschaft sollen nun nicht mehr in der Form von Leistungserhöhungen, Prämienreduktionen, Gewinnbeteiligungen usw. an die Versicherten verteilt werden, sondern als *Geldentwertungsreserve* dienen. Versicherungszahlungen bei Todesfall werden gegebenenfalls aus diesem Fonds bis zur Höhe des versicherten Realwertes ergänzt. Die Gesellschaft wird ihre Mittel inflationsfest (etwa in Aktien) anlegen und sich gegen die Entwertung der Versicherungsbeträge rückversichern müssen¹⁴²⁾. Würde das aber nicht allzu hohe Prämien erfordern? Die oben erwähnten „Überschüsse“ gehören zum altbewährten System der *Auszahlung von Rechnungsüberschüssen an die Policenbesitzer* und der *Rückvergütung* von mindestens drei Monatsprämien, wenn die Versicherung für die Dauer eines Jahres nicht in Anspruch genommen wurde. Die „Basler Nachrichten“ berichteten am 9. 11. 53 (Nr. 474) unter anderem über die Verteilung der von der „Karlsruher“ im Jahre 1952 (und 1951) gemachten Gewinne:

„...Nach Vornahme von 1,3 (1,1) Mill. DM Abschreibungen und Wertberichtigungen verblieb ein Überschuß von 4,18 (3,4) Mill. DM., woraus wieder 99 % der Gewinnreserve der Versicherten zugewiesen werden, so daß dieselbe Ende 1952 rund 18 (14,7) Mill. DM. erreicht hat. Diese Gewinnentwicklung versetzt die Karlsruher in die Lage ab 1. Januar 1954 die laufenden Dividendenzahlungen an die Versicherten wieder aufzunehmen. Der überwiegende Teil der Großen-Versicherten habe den Vorschlag der Gesellschaft zur Ansammlung der Gewinnbeträge (an Stelle von Barauszahlungen) angenommen. Der Hauptversammlung am 17. Dezember wird vorgeschlagen, wieder 6 % Dividende — wie in den beiden vorangegangenen Jahren — auf 2,25 Mill. DM. Grundkapital zu verteilen.“

In Deutschland ging man auch dazu über in der Haftpflichtversicherung das *System der gleitenden Prämien, die sich nach der Entwicklung eines bestimmten Preisindex richten*, zur Anwendung zu bringen. Versuche die Sorgfalt der Versicherungsnehmer zur *Verhütung von Schäden durch Rückgabe der Beiträge bei schadensfreiem Verlauf* anzuregen, hatten guten Erfolg¹⁴³⁾. Schon am 6. 4. 1951 wurde in den „Basler Nachrichten“ ein Artikel von Artur Lauinger darüber veröffentlicht unter dem Titel „Indexrechnung für Haftpflichtprämien in Deutschland“. Lauinger schrieb unter anderem:

„...Besonders ungünstig haben sich die Verhältnisse in der Haftpflichtversicherung, in der allgemeinen wie in der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung entwickelt. Der erhebliche Anstieg des Preisniveaus hat, bei bisher unverändert gebliebenen Prämien, die Schadensbelastung des Versicherungsträgers derartig ansteigen lassen, daß recht bedeutende Verluste in diesem Versicherungszweige entstanden und nachzuweisen sind. Man hatte zunächst daran gedacht, durch eine Prämienerrhöhung — man sprach von 50 % — einen Ausgleich für den vermehrten Schadensbedarf zu schaffen. Auch dachte man an die Einführung einer gewissen Selbstbeteiligung des Versicherten, um die Zahl der durch Sorglosigkeit verursachten Schadensfälle herabzumindern. Da indessen die Entwicklung des allgemeinen Preisniveaus noch immer nach oben geht und sich daher die Voraussetzungen für eine gesicherte Rechnungsgrundlage auch bei Durchführung einer ansehnlichen festen Prämienerrhöhung nicht schaffen lassen, ist man in der „Allianz-Gruppe“, um auch künftigen Preisschwankungen begegnen zu können, auf den Gedanken gekommen, in der Haftpflichtversicherung eine Index-Prämie einzuführen, die entsprechend einem noch näher zu ermittelnden Index variabel — etwa mit jährlicher Neu-

141) de Castro Fernandes, a.a.O., S. 87.

142) „Die 4 im schweizerischen Wirtschaftsleben“, Zeitschrift für Bank, Industrie, Handel, Transport, Zürich, April 1953, Nr. 20, S. 27—28.

143) NZZ Nr. 3198 vom 27. 12. 53.

feststellung — gestaltet werden soll. Die Berechnungsmethode für einen solchen Index steht noch nicht fest, man will sich an diejenigen Faktoren anlehnen, aus welchen die von den Versicherungsunternehmen zu ersetzenden Schäden sich zusammensetzen. Daneben überlegt man die Einführung einer gewissen Selbstbeteiligung der Versicherungsnehmer an den aufkommenden Schäden, um klar zu machen, daß es zwar Aufgabe der Haftpflichtversicherung ist, für eine Fahrlässigkeit, nicht aber für Sorglosigkeit und deren Folgen aufzukommen. Ein gewisser Ausgleich soll den Versicherungsnehmern durch Einräumung eines außerordentlichen Kündigungsrechtes in den Fällen zugestanden werden, in welchen die Neugestaltung der Vertragsbeziehungen für den Versicherten eine besondere Härte bedeuten würde. Derartige neue Versicherungsmethoden bedürfen naturgemäß noch der Prüfung, auch der Zustimmung der staatlichen Aufsichtsbehörden, welchen die Versicherer unterstellt sind... Anerkennt man also, daß besondere Maßnahmen notwendig sind, um der schweren Verlustwirtschaft in der Haftpflichtversicherung ein Ende zu bereiten, so darf man zunächst darauf verweisen, daß bei sinkenden Indexziffern im jährlichen Turnus auch Prämienermäßigungen eintreten müssen, und daß wohl auch in dieser Branche die Möglichkeit besteht, schadenfrei verlaufene Versicherungsverträge bevorzugt zu bedenken. Da ein außerordentliches Kündigungsrecht bei Einführung der Indexprämie eingeräumt werden soll, kann auch der natürliche Wettbewerb unter den Versicherungsunternehmen einen Schutz im Einzelfalle schaffen. Die Indexprämie in der Versicherung einzuführen, wird nicht leicht sein, kann auch zu Weiterungen Anlaß geben. Man denke nur daran, daß, wenn sich die Versicherungsgesellschaften durch Annahme der Index-Berechnung für die Prämien einen Sonderschutz schaffen, die ihnen nahestehenden Personenkreise, die ebenfalls unter der Teuerung schwer zu leiden haben, auf den Gedanken kommen könnten — das liegt nahe — sich für ihre Forderungen an die Versicherungsgesellschaften ebenfalls auf eine Indexberechnung zu stützen. Damit würde ein wirtschaftspolitisches Moment in das Rechnungssystem kommen. Im übrigen ist der Index in der deutschen Versicherung durchaus nicht völlig unbekannt. Er findet sich besonders bei öffentlich-rechtlichen Versicherungsanstalten, und zwar seit Jahren, ohne daß sich daraus Mißhelligkeiten ergeben hätten. In der öffentlich-rechtlichen Versicherung, beispielsweise in der „Bayrischen Brandversicherungsanstalt“, wird die Entschädigung nicht nach den Wiederaufbaukosten am Tage des Brandschadens, sondern nach den jeweiligen Baukosten zu Zeiten des Wiederaufbaues bemessen. Zu diesem Zwecke hat die Versicherungskammer die bewegliche Versicherung herausgebildet, die seit dem 1. Oktober 1940 für alle bei der „Bayrischen Versicherungskammer“ versicherten Gegenstände gilt. Die bewegliche Versicherung geht von den Baukosten am 1. August 1914 aus. Die sich danach berechnende Versicherungssumme ist die „Stammversicherungssumme“. Getrennt für Gebäude und zugehörige Bestandteile gibt die Kammer jeweils bekannt, um wieviel sich seit dem 1. August 1914 die Baukosten durchschnittlich geändert haben (Baukostenindex, Teuerungszahl). Im Schadenfall wird die Stammversicherungssumme mit der Teuerungszahl vervielfacht. Die Haftsumme richtet sich also jeweils nach der Teuerungszahl. Die Beiträge werden jedoch nicht nach der Haftsumme berechnet, sondern nach der stets gleichbleibenden und gegenüber der Haftsumme wesentlich geringeren Stammversicherungssumme. Dieses System ist geeignet, Unterversicherungen auszuschalten. Die „Bayrische Versicherungskammer“ hat seit dem 1. Oktober 1929 die Neuwertversicherung eingeführt, bei welcher der Versicherungsnehmer den durch die Schätzung ermittelten Neuwert als Versicherungssumme wählen kann. Als versichert gilt bei der Neuwertversicherung der Neuwert zur Zeit des Eintritts des Schadenfalles. Unter der Voraussetzung, daß keine Unterversicherung vorliegt, werden im Schadenfall die vollen Wiederherstellungskosten vergütet. Ein weiterer Abzug wird vorgenommen, wenn der Zustandswert nicht mehr 80 % des Neuwertes beträgt. Auch die „Hamburger Feuerkasse“ hat die gleitende Neuwertversicherung eingeführt, ebenso die privaten Versicherungsgesellschaften Neuwertversicherungen für Wohngebäude, landwirtschaftliche Gebäude und industrielle Anlagen, wobei die Neuwertversicherungssumme im Versicherungsschein genannt werden mußte. Dieses vor einigen Jahren entwickelte System wurde 1950 bei den privaten Gesellschaften durch die sogenannte gleitende Neuwertversicherung für Wohn- und Geschäftsgebäude und für landwirtschaftliche

Gebäude ergänzt, wobei die Prämienberechnung aus der Versicherungssumme von 1914 multipliziert mit dem jeweiligen Teuerungszuschlag erfolgt. Man sieht, die Entwicklung der allgemeinen Verhältnisse in Deutschland, insbesondere die starke Teuerung, hat Anlaß zu einer Anpassung des Versicherungssystems schon seit längerer Zeit auch außerhalb der Haftpflichtversicherung gegeben, die jetzt in ihren aktuellen Schwierigkeiten nach einer Lösung der für sie entstandenen Probleme sucht. Es wird abzuwarten sein, zu welchen positiven Ergebnissen und Erfahrungen die deutsche Versicherung mit der verstärkten Anwendung des Kostenindex auf Versicherungssummen und Versicherungsprämien gelangen wird. Sicherlich wird die Versicherung jeden anderen Weg in Erwägung ziehen, der ihr gezeigt würde, um auf den bisherigen Berechnungsgrundlagen zu einem sicheren Ausgleich der entstandenen Schwierigkeiten zu gelangen. Indessen haben sich bisher aus Theorie und Praxis keine anderen und vor allem keine besseren Möglichkeiten geboten, zumal immer die unbedingte Sicherstellung der Vertragserfüllung im Mittelpunkt aller Bemühungen und Erwägungen bleiben muß.“

In Holland wurde die *Index-Sachversicherung* erst kürzlich eingeführt. Die „Basler Nachrichten“ (Nr. 223) meldeten am 29./30. 5. 1954:

„Auf dem Gebiete der Feuer-, Diebstahl- und Sturmversicherung wird nun in den Niederlanden auch die Neuerung eingeführt, daß die Prämie an die häufig schwankende Kaufkraft des Geldes angepaßt wird. Danach wird der Prämie jeweiligen der durch das Haager Statistische Amt berechnete monatliche Preisindex zugrunde gelegt. Zudem wird auch die Bestimmung eingeführt, daß nach zehnjährigem schadenfreiem Verlauf ein Prämienfreijahr gewährt wird.“

Auf dem Gebiet der obligatorischen Versicherung hat das vom portugiesischen Staat geförderte System der *Korporationen-Vorsorgekassen* unter anderem folgende Vorteile: 1. Die Beitragszahlungen von Arbeitgebern und -nehmern sind durch die gesetzliche Bestimmung gesichert, daß beide Gruppen Mitglieder einer Vorsorgekasse sein müssen, wenn sie einen Gesamtarbeitsvertrag abschließen. 2. Durch die Erhebung der Beiträge an der Quelle des Einkommenstromes werden die Kalkulationen erleichtert. 3. Es besteht die Möglichkeit, die Arbeitgeber zu (je nach den wirtschaftlichen Wechsellagen) variablen Prämien (mit einer bestimmten Höchstgrenze) zu veranlassen, so daß sie selbst zum Ausgleich der Konjunkturzyklen beitragen könnten. Ein auch in Portugal anwendbares System der *Eintreibung von Beiträgen zur Sozialversicherung* besteht in Mexiko. Dort dürfen selbständige Landwirte, die Mitglieder von Kreditgesellschaften auf Gegenseitigkeit (*Uniones de Credito*) sind, keinen Kredit erhalten, wenn sie ihre Sozialversicherungsbeiträge nicht pünktlich entrichtet haben und in Gebieten mit künstlicher Bewässerung bekommen sie auch keine Wasserzuteilungen in diesem Falle. Auf gleiche Weise wird dort der Zusammenschluß von Landwirten und Kleinhändlern zu Genossenschaften erzwingen und auch Steuereintreibungen würden damit erleichtert werden können. In Afrika läßt sich die Beachtung der Fürsorgevorschriften durch die Arbeitgeber ebenfalls dadurch erreichen, daß Arbeitsvermittlungen, Kredite und Wasserzuteilungen nur dann gewährt werden, wenn bestimmte Fürsorgemaßnahmen getroffen und bestimmte Beiträge oder Steuern bezahlt worden sind.

In einer von Armando Castro verfaßten Studie¹⁴⁴⁾ über die neuen Schätzungen des portugiesischen Volkseinkommens durch das Nationale Institut für Statistik (INE) kommt die Größenordnung der „Transfereinkommen“, also auch der *Einkommen aus Unterstützungszahlungen aller Art*, sehr deutlich zum Ausdruck: *Schätzung des disponiblen persönlichen Einkommens* des portugiesischen Volkes auf Grund von Berechnungen Armando Castros:

144) RdE Dez. 1951, S. 207 bis auf die Realwerte.

	1938	In Contos 1949 Realwert Lebenskosten 1938 = 100 1949 = 213	1949 Nominalw
1. Netto-Volkseinkommen zu Faktorenpreisen	15 509 000	14 050 000	33 244 000
2. Davon sind abzuziehen:			
a) Direkte Steuern	974 000	1 094 835	2 332 000
b) Unverteilte Gewinne	232 635	234 112	498 660
c) Beträge an den Arbeitslosenfonds	52 814	67 558	143 699
d) Beitr. an Sozialfürsorgeinstitute	12 836	189 082	402 745
e) Beitr. an die Hauptkasse für Pensionen u. Unterst. d. Staatsbeamten	27 484	41 133	87 615
Total . . .	1 299 769	1 626 720	3 464 719
3. Netto-Volkseinkommen zu Faktorenpreisen nach Abzug obiger Posten	14 209 231	12 423 280	29 779 281
4. Dazu sind hinzuzurechnen:			
Zahlungen des Staates:			
a) Zinsen an Besitzer v. Staatsschuldtiteln	223 200	133 145	283 600
b) Leibrenten an Besitzer v. Staatsschuldtiteln, die sie in Rententitel konvertieren ließen	9 500	6 760	14 400
c) Pensionen	138 468	174 165	370 953
d) Familienunterstützungen	—	20 516	43 700
Unterstützungszahlungen der Vorseorge-Kassen:			
e) Pensionen	15 893	27 759	59 127
f) Verschiedene Unterstützungen . .	7 893	23 951	51 016
g) Familienunterstützungen	—	46 593	99 244
Unterstützungszahlungen von im Ausland lebenden Familienangehörigen:			
h) Überweisungen von Emigranten	208 800	245 070	522 000
Total . . .	603 754	677 959	1 444 040
5. Disponibles persönliches Einkommen	14 812 985	13 101 239	31 223 321

Das war also das Einkommen, über das die Einkommensbezieher in jenen Jahren verfügen konnten, sei es für den Verbrauch oder das Sparen. Wie wir am anderen Ort dargelegt haben¹⁴⁵⁾ ist dies gerade das Existenzminimum:

	1938	1949 Realw. Nominalw.
Geschätzte Bevölkerungszahl	6 985 818	7 800 956
Lebenskostenindex (Nat. Inst. f. Stat. ¹⁴⁶⁾ . .	100	213
Disp. persönl. Eink. pro Kopf d. Bev. (Esc.)	2 120,44	1 879,10 4 002,50

Außer den bereits erwähnten Mängeln der Schätzung des Nationalen Instituts für Statistik¹⁴⁶⁾ weist die vorliegende noch einige Fehler auf, die der Verfasser selbst erwähnt. Er konnte sie nicht eliminieren, weil ihm Statistiken fehlten, die vom Institut noch nicht ausgearbeitet wurden. So ist die

¹⁴⁵⁾ v. Gersdorff (1), Basis: Monatsmittel vom 1. 7. 38 bis 30. 6. 39 = 100.

¹⁴⁶⁾ v. Gersdorff (1).

Summe der unter Punkt 2 aufgeführten Posten zu niedrig, da er die obligatorischen Beiträge der Staatsbeamten an die Nationale Tuberkulosehilfe, die obligatorischen Beiträge an einige Korporationen (z. B. an die Gewerkschaften) und die direkten Steuern, die zusätzlich von den Gemeinden erhoben werden, nicht berücksichtigen konnte. Der Posten: „Beiträge an den Arbeitslosenfonds“ bezieht sich nur auf das Jahr 1947 und hat sich bis 1949 zweifellos beträchtlich erhöht. Neben den unverteiltern Gewinnen und Steuern auf den Reingewinn der Gesellschaften (in Posten 2a enthalten) hat er aber offenbar die Gewinne öffentlicher Unternehmungen (1936—39: 14 000 Contos, 1949: 29 000 C.), wie überhaupt Einkommen des Staates aus staatlichem Vermögen (1936—39: 85 000 C., 1949: 257 000 C. ohne Beteiligungen, die in 2a enth. sind) nicht abgezogen. Da Statistiken über unverteilte Gewinne fehlen, berechnete Castro, daß dieser Posten stets etwas mehr als 2 % der in den „National Income Statistics, 1938—48“ (Statistical Office of the U.N.) angegebenen Volkseinkommen zu Faktorenpreisen ausmachte. Er nahm vorsichtigerweise 1,5 % für Portugal an. Die Summe der unter Punkt 4 aufgeführten Posten ist zu hoch, da einige unter ihnen, wie z. B. die Überweisungen der Emigranten und die Zinszahlungen an die Besitzer von Staatspapieren (sämtliche Zinsen ohne Einteilung der Empfänger in Einzelpersonen und Körperschaften) notwendigerweise überschätzt werden mußten. Die Summen des Postens „Unterstützungszahlungen der Vorsorgekassen“ verteilen sich nach Castro folgendermaßen auf die einzelnen korporativen Institutionen:

	In Contos:								
	Pensionen			Versch. Unterst.			Familienunterstützg.		
	1938	1949		1938	1949		1938	1949	
		Realwert	Nomwert		Realwert	Nomwert		Realwert	Nomwert
Vorsorgekassen	15 893	27 430	58 426	7 893	21 038	44 812	—	46 593	99 244
Fischerhäuser	—	329	701	—	421	895	—	—	—
Volkshäuser	—	—	—	—	2 492	5 309	—	—	—
	15 893	27 759	59 127	7 893	23 951	51 016	—	46 593	99 244

Verhältnis des Realwertes aller Unterstützungszahlungen ohne Überweisungen aus dem Ausland, (also 4c, d, e, f u. g) zum Realwert des verfügbaren persönlichen Einkommens (Punkt 5):

1938 1,09 % 1949 2,23 %

Während in Portugal die Beiträge der Arbeitgeber und -nehmer 1951 wie gesagt¹⁴⁷⁾ 3,22 % (1938: 0,24 %) des Netto-Volkseinkommens zu Marktpreisen ausmachten, betrugen 1951 in der Schweiz die Sozialbeiträge der Arbeitgeber allein 4,5 % des Netto-Volkseinkommens zu Marktpreisen (mit indirekten Steuern und ohne Subventionen). Dort macht die „Versicherung“ allein 10,8 % (1952, vor dem Kriege 8,9 %) des Familienbudgets aus, davon Alters- und Hinterlassenen-Versicherung 17 %, Pensions- und Hilfskassen 28 % und Lebensversicherung 24 %. Die Versicherungsausgaben sind höher als die Aufwendungen für Bekleidung! 1951 betrugen die Gesamtaufwendungen des Schweizervolkes für Versicherungen aller Art 2,4 Mrd. sFr., 12 % des Volkseinkommens (19,5 Mrd. sFr.)¹⁴⁸⁾.

In ihrem Artikel „Über die Sozialversicherung“ (Acerca da Previdência Nacional) haben Eurico Colares Vieira und J. Moura e Sá das portugiesische Sozialversicherungssystem einer heftigen, aber statistisch wohlfundierten Kritik unterworfen und einige Verbesserungsvorschläge gemacht. Colares Vieira ist Direktor der besten privaten (unabhängigen) Zeitschrift für Nationalökonomie in Portugal, der „Revista de Economia“ (RdE). Dieser Artikel erschien im De-

147) Vgl. S. 85.

148) BN Nr. 484 vom 14./15. 11. 53.

zemberheft 1953 (S. 185—224). Folgende Punkte halten wir darin für besonders bemerkenswert:

1. Die portugiesische Sozialversicherung kommt nur für *temporäre* Krankheit und Arbeitslosigkeit (unverschuldete) auf. Meistens nicht länger als drei Wochen.
2. Arbeits- und sonstige Unfälle müssen bei privaten Versicherungsgesellschaften versichert werden. Dies kann sich aber ein Arbeiter nicht leisten. Gegen erstere müssen sie ihre Arbeitgeber versichern, Ausgaben für gewöhnliche Unfälle dagegen hat die Armenfürsorge zu tragen!
3. Es besteht ein Mangel an Koordination unter den einzelnen Sozialversicherungsinstitutionen.
4. Die Anzahl und Streuung der kleinen Vorsorgekassen ist übertrieben hoch: 1950 gab es insgesamt 79 Institutionen mit 624 832 Mitgliedern. Viele Dienststellen sind doppelt und dreifach vorhanden mit entsprechender Verteuerung des Ganzen.
5. Es fehlt ein besonderes Organ, daß die gemeinsame Anlagepolitik der Kassen im Hinblick auf volkswirtschaftliche Notwendigkeiten bestimmt.
6. Ein Zusammenschluß würde große Arbeiten ermöglichen, welche die einzelnen Kassen nicht bewerkstelligen können; so wie z. B. die Federação das Habitações Economicas billige Häuser baut, die von den vereinigten Vorsorgekassen finanziert werden.
7. Eine Koordination der Vorsorgekassen mit der Arbeitslosenversicherung gibt es nicht.
8. Es werden lange Diskussionen darüber geführt, wer überhaupt für einen Schaden haftbar zu machen ist (welche Kasse, Versicherung, Amt usw.), wobei sich der Schaden inzwischen für den „Versicherten“ erheblich vergrößert. Diese Zustände sind auf die viel zu weitgehende Bürokratie zurückzuführen.
9. Jeder sollte nur *eine* bestimmte, für alle gleiche Summe zahlen, womit er gegen *alles* versichert ist, so daß keine Diskussionen über die Zuständigkeit entstehen können.
10. Nicht durch Abzweigung eines weiteren Teiles des Volkseinkommens, sondern durch Einsparungen und größere Effizienz sollen die Sozialversicherungsleistungen erhöht werden.
11. Mit einer Zentralisation des Versicherungswesens würden die hohen Kosten für Agenten (Vermittlung, Werbung etc.) wegfallen. Sie betragen in Contos:

	1950	1951	1952
Kommissionen für direkte Versicherungen	17 273	18 134	20 038
In % der Prämien	12,0	12,2	12,4
12. Es sollte eine obligatorische Unfallversicherung eingeführt werden.
13. Nur ein kleiner Teil des portugiesischen Volkes ist versichert. Lediglich 12 % der Bevölkerung werden von der Sozialversicherung „geschützt“.
14. Die Versicherung der Landbevölkerung ist besonders unzureichend. Die in der Landwirtschaft arbeitende Bevölkerung macht 47 % der gesamten berufstätigen Bevölkerung (1950 ohne Madeira und Azoren: 3 005 110) aus. Davon sind nur 17 % durch die „Volkshäuser“ notdürftig versichert. Dagegen sind alle Fischer mit ihren Familien, die nur 1 % der gesamten Bevölkerung ausmachen, durch die „Fischerhäuser“ versichert.
15. Man ist in der Sozialversicherung noch weit von Universalität und Solidarität entfernt.
16. Die Anlagen der Kassen geben nicht mehr als 3 % Zins, während technisch 4 % nötig wären. Durch vermehrte Anlage in Aktien könnten ohne Gefährdung der Sicherheit, größere Erträge erzielt und die Industrialisierung gefördert werden.

17. Bei den Anlagen der Kassen erhöhten sich die Posten „Kasse“ und „Andere“ (Kontokorrentguthaben, zinslose Darlehen an die FNAT). 1952 waren 25,3 % der Kapitalien von Gewerkschafts- und anderen Kassen in Bargeld „angelegt“, während der Posten „Andere“ 6,3 % ausmachte (1950: 13,1 % und 0,6 %; 1951: 24,1 % und 3,2 %). In Immobilien waren 20,2 % (1950: 29,9 %, 1951: 23,8 %) und in Wertpapieren 48,2 % der Mittel angelegt (1950: 58,4 %, 1951: 48,9 %). *Die Sozialversicherung braucht nicht derartig liquide zu sein.* Namhafte Erträge gehen ihr dadurch verloren. Der Posten „Depositen auf Sicht“ wurde bis 1955 abgebaut; dagegen stieg jedoch der Posten „Andere Anlagen“ ganz erheblich (vgl. S. 82—83).
18. Vom gesamten Titelbestand waren 1952 nur 11,2 % Aktien und 9,3 % Obligationen von Gesellschaften (1950: 7,5 % und 11,6 %; 1951: 7,9 % und 12,3 %). Der Rest waren Staatspapiere oder vom Staat garantierte Titel, *obwohl das Gesetz* (Dekret Nr. 35 611 vom 25. 4. 46 und Nr. 37 440 vom 6. 6. 49) *eine größere Anlage in Aktien erlaubt* (50 % in Immobilien, und Aktien und Obligationen von Gesellschaften). 1952 betrug dieser Prozentsatz nur 30 %, 20 % Immobilien und 10 % Aktien und Obligationen von Gesellschaften. Immerhin ist bis 1955 eine Steigerung der Anlage in Aktien vorgenommen worden; am 31. 12. 1955 machten Aktien 15,3 % vom gesamten Titelbestand aus. Den privaten Versicherungsgesellschaften ist z. B. in Italien nach dem neuen Versicherungsgesetz gestattet 25 % ihrer technischen oder tatsächlichen Reserven in Aktien anzulegen. 20 Mrd. Lire traten infolgedessen neu als *potentielle Nachfrage* auf dem Aktienmarkt in Erscheinung¹⁴⁹⁾. Trotz des für Neuanlagen und Konversionen außerordentlich niedrigen Zinsniveaus in der Schweiz ergab das Wertschriftenportefeuille der Eidgenössischen Versicherungs-AG infolge vermehrter Anlage in Aktien noch eine durchschnittliche Rendite von 3,92 %¹⁵⁰⁾.
19. Bei der Anlage von Bargeld wurden Verzögerungen von 1—2 Jahren festgestellt! Sie haben ihre Ursache in unnötigen Formalitäten. Es herrscht Planlosigkeit und Willkür bei der Anlage der Kapitalien. Dies alles hat sehr verderbliche deflatorische Folgen. Portugal kann sich eine solche Hortung nicht leisten (Senkung der Produktion, Arbeitslosigkeit, Entwertung von Vorräten). Der Kapitalakkumulation stehen keine ausreichenden Investitionen gegenüber.
20. Viele Kassen haben nicht das geschulte Personal, um statistische Daten zur Risikoberechnung und für andere wichtige versicherungsmathematische Berechnungen auswerten zu können.
21. 20—80 % der Gehälter als Altersrente vom 65. Lebensjahr ab entschädigen in keiner Weise für die Opfer der Prämienzahlungen bei ohnehin zu knappen Gehältern. Die Höhe der Zahlungen bei Invalidität dürfte sich nicht nach der Anzahl der Jahre richten, in denen Beiträge entrichtet wurden, sondern nach dem Grad der Invalidität. Bei der Altersversicherung werden eventuelle spätere Geldentwertungen unberücksichtigt gelassen. Während Beamte (obligatorisch versichert) schon beachtliche Pensionen beziehen, sind sie für Industriearbeiter noch völlig unzureichend.
22. Nur Beamtenwitwen sind sozialversichert.
23. In den Genuß von Familienzulagen (Abono de Familia) kommen nur Mitglieder der Gewerkschafts- und Pensionskassen sowie Staatsbeamte und einige Arbeiterkategorien. Die Zulagen richten sich nach der Höhe des Gehaltes.
24. Die Höhe der Beiträge sollte sich nach den Konjunkturzyklen und den Lebenshaltungskosten richten: hohe Beiträge in der Hochkonjunktur, niedrige in der Depression. Reiche Leute müßten hohe Beiträge zahlen, arme keine oder sehr niedrige.

149) BN Nr. 313 vom 27. 6. 54.

150) NZZ Nr. 1184 vom 14. 5. 54.

25. 13 % der gesamten Ausgaben der portugiesischen Sozialversicherung sind zur Deckung von Verwaltungskosten bestimmt.
26. Die Sozialversicherung sollte, zwecks Einsparung von Kosten, derart vereinheitlicht werden, daß nur noch vier Hauptabteilungen übrig bleiben: 1. Serviços Médico-Sociais e Hospitalares (Kranken- und Unfallversicherung: ärztliche Hilfe, Medikamente und Spitalpflege), 2. Caixa Nacional de Previdência (Alters-, Invaliden-, Hinterbliebenenversicherung usw.), 3. Serviços de Administração de Fundos (Anlage und Verwaltung der Versicherungsfonds), 4. Serviços Demográficos, Actuarias e de Contabilidade (Statistik, Buchhaltung, allgemeine Verwaltung, zentrale Kontrollstelle).
27. Für Schweizer und Amerikaner besteht z. B. nicht so sehr die Notwendigkeit der Sozialversicherung wie für Portugiesen mit ihren niedrigen Löhnen und Gehältern. Bei hohem Volkseinkommen braucht kein hoher Prozentsatz für Sozialversicherung aufgewendet werden, denn die Einkommensverteilung ist dann ohnehin gleichmäßiger, und die Möglichkeit zum Sparen für die Wechselfälle des Lebens besteht für jedermann, während in Portugal nicht einmal der „Mittelstand“ in der Lage ist nennenswerte Beträge zu sparen¹⁵¹⁾.
28. Ein internationaler Vergleich zeigt den tiefen Stand der portugiesischen Sozialversicherung mit aller Deutlichkeit: Durchschnittliche jährliche Einnahmen der Sozialversicherung (insgesamt), Unterstützungszahlungen und Ausgaben (insgesamt) im Jahre 1949: 1. in % des Netto-Volkseinkommens zu Faktorkosten (US-Dollar), 2. Dollar pro Kopf der gesamten Bevölkerung und 3. Dollar pro Kopf der arbeitenden Bevölkerung:

Staat	Volks- eink. Mill. \$	VE p. Kopf d. Bev. \$	Ges. Einn.			Unt.-Zahlung.			Ges. Ausg.		
			1. %	2. \$	3. \$	1. %	2. \$	3. \$	1. %	2. \$	3. \$
Türkei	2 452	125	3,2	4	7	2,1	3	5	2,1	3	5
Griechenland	1 008	128	4,1	7	10	2,5	4	6	3,0	5	8
Portugal	1 260	160	7,2	12	16	4,2	7	9	5,2	8	12
Österreich	1 516	216	15,0	43	61	13,4	38	55	14,1	40	58
Italien	10 800	235	11,5	25	38	10,1	22	33	10,8	23	35
Südafrik. Union . . .	3 200	264	5,7	11	19	3,6	7	12	3,7	7	12
Westdeutschland . . .	15 300	320	18,6	60	89	16,5	53	79	17,1	55	82
Finnland	1 399	348	10,6	37	57	8,4	29	45	8,8	31	47
Saargebiet	329	356	23,8	85	124	21,2	75	110	21,8	78	113
Israel	395	389	6,6	36	56	5,5	30	47	6,3	34	53
Irland	1 260	420	7,3	23	38	6,5	21	35	7,1	23	37
Island	66	476	10,3	85	136	7,9	65	105	8,3	69	110
Frankreich	19 857	482	13,9	66	102	13,0	62	95	13,7	65	100
Niederlande	5 000	502	9,4	35	55	7,9	30	47	8,4	31	50
Luxemburg	162	553	18,3	101	142	13,1	72	101	13,6	75	106
Belgien	5 015	582	14,1	82	120	12,2	71	104	12,8	75	109
Norwegen	1 898	587	9,2	39	50	8,3	35	52	8,5	36	53
Australien	5 374	679	8,6	46	69	6,7	36	54	6,9	37	56
Dänemark	2 908	689	9,2	52	80	8,6	49	75	9,0	51	78
Großbritannien . . .	38 922	773	12,9	75	111	10,5	61	90	11,3	65	97
Schweden	5 428	780	11,6	72	106	11,0	68	101	11,3	70	104
Schweiz	3 940	849	8,8	75	111	4,2	35	53	4,6	39	58
Neuseeland	1 610	856	15,6	98	154	14,5	91	143	14,8	92	146
Kanada	11 797	870	8,3	73	115	6,7	60	94	7,0	62	98
U. S. A.	216 831	1 453	6,0	88	135	4,6	68	104	4,8	71	109

¹⁵¹⁾ Vgl. S. 124 ff.

Während die Einnahmen und Ausgaben der 23 Gewerkschaftsvorsorgekassen (mit einer Mitgliederzahl von 354 963) 1952 614 266 und 341 083 Contos betrugen und ihre Fonds sowie die der „übrigen Kassen“ (vgl. S. 81) 1 798 943 C. und 1 790 209 C. erreichten, zahlten sie nur 307 Invalidenrenten und 64 (!) Altersrenten sowie 65 506 Krankenunterstützungsbeträge aus. Die Einnahmen der übrigen Vorsorgekassen beliefen sich auf 630 130 C., die Ausgaben auf 323 441 C. (!). Von ihnen wurden immerhin schon 6728 Invalidenrenten und 2811 Alterspensionen ausgezahlt sowie 33 080 Unterstützungen bei Krankheit¹⁵²⁾. Am 31. 12. 1952 waren 313 Gewerkschaften gezählt worden mit insges. 544 703 Mitgliedern. 273 Gesamtarbeitsverträge befanden sich in Kraft. Einnahmen und Ausgaben der 504 geöffneten Volkshäuser betrugen 40 669 und 28 700 (!) C. Es wurden 244 850 Mitglieder gezählt, während die 27 Fischerhäuser 56 580 Mitglieder hatten (die gesamte Fischerbevölkerung) und 19 578 C. ausgaben¹⁵³⁾. 34 613 Personen waren Mitglied der Pensionskassen für Beamte, welche 243 257 C. ausgaben und 385 987 C. (davon 291 300 C. Staatssubvention) einnahmen. 53 227 C. wurden allein an Hinterbliebenenpensionen vom „Montepio dos Servidores do Estado“ ausgezahlt¹⁵⁴⁾. Die Fürsorge für Beamte ist also noch am besten ausgebaut.

c. Kapitalbildung in einzelnen Wirtschaftszweigen.

1. Landwirtschaft.

Ebenso wie der Industriekredit, so ist auch der *Agrarkredit* noch so unzureichend, daß Agrarkreditkassen auf Gegenseitigkeit (Caixas de Crédito Agrícola Mútuo) gegründet wurden, um den Wucherern zu entgehen, die zwar längere Amortisationsfristen einräumen und weniger Sicherheiten verlangen als die Banken (die den Kleinbauern überhaupt keine Kredite gewähren, sondern nur Großgrundbesitzern und im allgemeinen nur jenen, die eigentlich keine Kredite benötigen), aber dafür Zinsen in Höhe von 12—16 %, sogar bis 20 % berechnen, so daß die Bauern ständig verschuldet bleiben, da die Grenzproduktivität des geliehenen Kapitals unter dem zu zahlenden Wucherzinssatz bleibt. Deshalb war es auch nötig, den von der Junta de Colonização Interna angesiedelten, vorher arbeitslosen Landarbeitern 2 %-Betriebs-Kredite, rückzahlbar in 30 Jahresraten zu gewähren und die gleichen staatlichen Kredite an jene Landwirte, die Meliorationen vornehmen wollen, wobei ihr Land- und Gebäudebesitz als ausreichende hypothekarische Sicherheit angesehen wird. Mit der Rückzahlung dieser 2 %-Kredite brauchen die Landwirte erst zwei Jahre nach Beendigung der Ameliorationen zu beginnen¹⁵⁵⁾. Am 31. 12. 1955 waren 141 *Agrarkreditkassen auf Gegenseitigkeit* in Portugal und auf den Azoren tätig, ziemlich gleichmäßig auf alle Distrikte verteilt. Man zählte 60 747 Mitglieder, denen Kredite von insgesamt 542 169 Contos gewährt worden waren. Auf der Passivseite ihrer Bilanz standen u. a. folgende Posten zu Buch: Depositen auf Zeit: 101 799 Contos, Kredit der Nationalen Kreditkasse (Caixa Nacional de Crédito, die an die Allgemeine Depositenkasse angeschlossen ist): 360 196 Contos, Sichtdepositen: 67 795 Contos, Sozialfonds: 47 430 Contos. Die *Nationale Kreditkasse* gewährte außerdem nur noch 2 297 Contos an langfristigen Agrarkrediten, ferner 85 100 Contos für die Weizenernte, 9 664 Contos kurzfristige Agrarkredite, 473 957 Contos langfristigen und 390 098 Contos kurzfristigen Industriekredit¹⁵⁶⁾.

Für die portugiesische Landbevölkerung scheint uns der Aufbau von *Spar- und Darlehenskassen nach dem System Raiffeisen* (neben weiterer Förderung der Bildung von Produktions- und Konsumgenossenschaften) sehr zweckmäßig

152) NdP 15. 5. 54, S. 12.

153) NdP 27. 2. 54, S. 4.

154) NdP 27. 2. 54, S. 4 u. 5. 6. 54, S. 26—27.

155) Vgl. Anhang, S. 200.

156) Est. Fin. 1955, S. 12 und 20—21.

zu sein. Spartätigkeit und Kapitalbildung ließen sich durch Benutzung aller Genossenschaften als Kapitalsammelstellen noch besser fördern, als mit weiterer Gründung von Nebenfialien der in Kleinstädten bestehenden Hauptfilialien der staatlichen „Allgemeinen Depositenkasse“. Mit Hilfe des Raiffeisensystems, eines kollektiven Selbsthilfedankens auf dem Gebiete des Geld- und Kreditwesens, sollte man eher die in Portugal bereits seit dem frühen Mittelalter bestehenden ländlichen Genossenschaften¹⁵⁷⁾ und die Agrarkreditkassen weiter ausbauen und vermehren. Ein Anfang wurde mit der Einrichtung von Spar- und Darlehenskassen in den „Volkshäusern“¹⁵⁸⁾, den Korporationen der Landarbeiter, gemacht. Davon gibt es jedoch noch viel zu wenig. Nicht einmal ein Fünftel der Landbevölkerung hat Volkshäuser oder spürt etwas von ihrer Tätigkeit. Raiffeisenkassen sind genossenschaftliche Vereinigungen des Bauern- und ländlichen Mittelstandes zur Förderung des Sparsinns und gemeinsamer Beschaffung der nötigen Betriebsmittel für Landwirtschaft und Kleingewerbe, Angestellte und Arbeiter. Sie beruhen auf der Selbsthilfe, bieten den Einlegern ausreichende Sicherheit, befriedigen Kreditbedürfnisse zu vorteilhaften Bedingungen und bilden mit ihrem gemeinnützigen Charakter und der bequemen örtlichen Verkehrsgelegenheit (eine Kasse pro Dorf ohne unnötige Konzentration) die zweckmäßigste Art der ländlichen Spar- und Darlehenskasse. Diese Ziele der Selbsthilfe, Selbstverwaltung und Selbstverantwortung suchen die Raiffeisenkassen zu erreichen, indem sie ihre Tätigkeit nach folgenden sechs Grundsätzen richten: 1. Die Raiffeisenkasse beschränkt ihre Tätigkeit auf ein eng begrenztes Gebiet, gewöhnlich eine Gemeinde. Nur in diesem Kreis wohnende Personen können Mitglieder der Genossenschaft werden. 2. Die Mitglieder haften unbeschränkt und solidarisch für die Verbindlichkeiten der Kasse. 3. Vorstand und Aufsichtsrat arbeiten ehrenamtlich. Nur der Kassierer bezieht ein Gehalt. 4. Darlehen und Kredite dürfen nur an Mitglieder und nur gegen solide Sicherheiten gewährt werden. 5. Es werden keine Dividenden und Tantiemen verteilt. Der nach Verzinsung der Genossenschaftsanteile mit höchstens 5 % verbleibende Reingewinn fließt in die unteilbaren Reserven. Die Reservefondserträge haben der vorteilhafteren Festsetzung der Zinssätze für Gläubiger und Schuldner zu dienen. Jedes Mitglied darf nur einen Genossenschaftsanteil besitzen. In Portugal würden Anteile im Wert von etwa 500 Esc. in Frage kommen. Wie aus Punkt 2 hervorgeht, besteht Nachnahme- oder Zubeußpflicht im Falle eines größeren Verlustes an Genossenschaftskapital oder Reserven. 6. Die einzelnen Kassen vereinigen sich zu gemeinsamer Arbeit in einem Landesverband. Die Zentralkasse sorgt für den Geldausgleich zwischen den Verbandskassen und macht sie sowohl vom Staat als auch von den Banken unabhängig.

In Portugal scheint eine Verbindung von Raiffeisenkassen mit dem System der „Casais Agricolas“¹⁵⁹⁾ und „Casas Económicas“¹⁶⁰⁾ durchaus möglich zu sein. Man fragt sich auch, ob der portugiesische Staat nicht einen *Entschuldungs- und Kredithilfefonds* für die Landwirtschaft einrichten sollte, dem er und vielleicht die Großgrundbesitzer¹⁶¹⁾ jährliche Beiträge zuweisen. Bauernhilfskassen könnte

157) Vgl. S. 13.

158) Vgl. S. 76.

159) Vgl. S. 16 und Anhang.

160) Vgl. S. 128.

161) 5 % der Landeigentümer besitzen drei Viertel des bebaubaren Bodens und erzeugten 1950 25,8 % des Gesamtwertes der landwirtschaftlichen Produktion (10,3 Mill. Contos)! Nur 1 % aller Besitzer des landwirtschaftlich genutzten Bodens (Schätzung für 1939: 5,84 Mill. ha) sind Eigentümer von Gütern mittlerer Größe. Sie erzeugten 1950 14,6 % der landwirtschaftlichen Gesamtproduktion. 12 % sind Kleinbauern und erzeugten 37,8 %, und 82 % sind Kätner mit einem Anteil von 21,8 %.

durch diesen Fonds geholfen werden. In Mexiko arbeitet z. B. (neben staatlichen Agrarkreditanstalten und Kreditgenossenschaften) als Stütze der Landwirtschaft und der Viehzucht der Fondo de Garantía y Fomento a la Agricultura y Ganadería, der von der Bank von Mexiko verwaltet wird. Er erhielt von der Regierung einen einmaligen Beitrag von 100 Mill. Pesos und bekommt laufend Mittel aus dem Staatshaushalt. Daneben hat er Einnahmen aus seinen Bürgschaften und Investitionen. Hauptaufgabe des Fonds ist die Übernahme von Bürgschaften bis zu 60 % für Kredite an die Landwirtschaft und Viehzucht, gewährt von privaten Kreditinstitutionen, denen er auch Anleihen gibt, die sie an die Landwirtschaft weitergeben und deren Kreditdokumente er diskontiert, sofern sie Kredite an die Landwirtschaft betreffen. In der Schweiz waren die Kredite an wirtschaftlich schwache Bauern eine gute Waffe im Kampf gegen die Landflucht¹⁶²⁾. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf unsere Ausführungen über die Besteuerung der Landwirtschaft¹⁶³⁾.

Die auf Grund des Sechsjahresplanes 1953—58 zur Förderung der Landwirtschaft vorgesehenen Mittel in Höhe von 1,33 Mill. Contos (13,8 % der gesamten Planmittel für das Mutterland, die sich nach dem 1955 revidierten Plan auf 9,629 Mill. C. belaufen) erscheinen viel zu niedrig, insbesondere für eine größere Mechanisierung, die Erweiterung der Anbaufläche, die Steigerung der Hektarerträge und der Reallöhne (die Löhne blieben seit 1946 auf der Höhe von 18—20 Esc. am Tag während die Lebenskosten z. B. 1953 32 Punkte über dem Niveau von 1948 lagen, sie fielen dann bis 1955 wieder um 11 Punkte). Dem Großgrundbesitzer fehlt bei diesen außerordentlich niedrigen Löhnen für Landarbeiter das Bestreben, teure Maschinen zu kaufen und den Kleinbauern fehlen die nötigen Kapitalien. Man hofft aber durch eine verstärkte Industrialisierung (14,1 % der Planmittel sind dafür vorgesehen) zunehmende Anziehungskraft auf Arbeitslose, Saison- und Landarbeiter, insbesondere auch durch die etwas höheren Industrielöhne ausüben und so die Gutsbesitzer indirekt zwingen zu können in vermehrtem Maße Maschinen zu verwenden. Weitere Hilfe beim Übergang von extensiven zu intensiven Bebauungsmethoden leistet die Regierung durch Verteilung von kontrolliertem Saatgut, Kurse zur Heranbildung von jungen Landwirten mit Hilfe der Volkshäuser und die Zollbefreiung der Einfuhr von Dünger, Schädlingsbekämpfungsmitteln und landwirtschaftlichen Maschinen. Trotzdem erschien letztere noch 1952 gering (Jan.—Nov.: 54,7 Mill. Esc.) gegenüber der Einfuhr von Personenwagen (212,2 Mill.)¹⁶⁴⁾.

2. Fischerei

Eine beachtlich hohe Entwicklung hat Portugal schon vor Salazars Regierungszeit in der Fischerei und Forstwirtschaft erreicht. Hermann Lautensach¹⁶⁵⁾ schrieb darüber im Jahre 1932:

„... Portugal steht bezüglich der Intensität der Fischerei also mit Großbritannien, Spanien und Dänemark zusammen in zweiter Linie. In dieser achtunggebietenden Stellung, die die Fischerei in Portugal einnimmt, spiegelt sich seine atlantische Saumlage, die das Land auf zwei Seiten in ungehinderte Verbindung mit dem Meer bringt. Sie ist der bescheidene Überrest jener Seegeltung, die die erste Entdecker-

¹⁶²⁾ NZZ Nr. 48 vom 7. 1. 1955.

¹⁶³⁾ „Anleihe zur Rettung des Südens“, Landverleih an Neusiedler, Wettbewerb und Prämien für Siedler, Staatsbeteiligung an den Erträgen der Siedler, die Kredite vom Staat erhalten haben, Indexsteuern für die Landwirtschaft, Landschenkungsaktion usw. Vgl. v. Gersdorff (1), a.a.O.

¹⁶⁴⁾ Vgl. Rheinisch-Westfäl. Bank: Portugal u. seine überseeischen Provinzen, 1953, S. 10.

¹⁶⁵⁾ a.a.O., S. 140—146.

nation der Erde vor 400 Jahren besaß... Seit dem 16. Jahrhundert ist der Klippfisch (bacalhau) eine Nationalspeise der Portugiesen. Da er viele Monate lang haltbar ist, trägt er seinerseits dazu bei, die jahreszeitlichen Ungleichheiten in der Fischversorgung zu verringern. Portugal hat den Zustand der Selbstversorgung aber längst aufgegeben und führt acht Neuntel seines Bedarfes an Klippfisch ein, vorwiegend aus England und Norwegen...“

Inzwischen ist der Anteil der Selbstversorgung an der gesamten Stockfischversorgung durch den Ausbau der Bacalhau-Segelflotte (1955: 48 Einheiten) gestiegen (1956: 75 %). Portugal besitzt mit 16 659 Einheiten (1955, nur Fischerflotte) immer noch die größte Segelflotte der Welt und es gibt keine Fischerei, ja keine Arbeitsweise überhaupt, die gefährlicher wäre und mehr Mut verlangt, als der portugiesische Kabeljaufang zwischen Grönland und Neufundland. Er wird mit Leinenangeln von ganz kleinen Ein-Mann-Booten aus betrieben, die auf den Decks von Seglern (Schonern) dorthin transportiert werden¹⁶⁶). Neuerdings arbeitet man auch mit Netzen. Portugals Verbrauch an Fischen pro Kopf der Bevölkerung mit 45 kg pro Jahr steht nur hinter dem Verbrauch in Norwegen und Island zurück. Zur Finanzierung der Erneuerung und Modernisierung der verschiedenen Fischereifloten, zur Verbesserung der Fangmittel und -methoden, zur weiteren Ausrüstung für die vollständigere Verwertung der Fische, zur Kreditgewährung an Reeder und Fischer direkt oder über ihre Gilden bzw. „Fischerhäuser“¹⁶⁷) und zur Anlage von Austern- und anderen Muschelskulturen wurde am 20. 7. 1953 mit Erlaß des Dekretes Nr. 39 283 ein staatlicher, autonomer „Fonds für die Erneuerung und Ausrüstung der Fischerei“ (Fundo de Renovação e de Apetrechamento da Industria de Pesca) gegründet. Er wird von einer Verwaltungskommission geleitet, die sich aus dem Delegierten der Regierung bei den Fischerhäusern, den Fischereikorporationen (Präsident), einem vom Finanzminister ausgewählten Vertreter der Direktionen von „Gremios“ der Reeder (der Gilden der Fischerei-Unternehmer) und einem Vertreter des Finanzministers (Sekretär) zusammensetzt. Die Kosten für Verwaltung und Ausgabe von Obligationen tragen die Fischereikorporationen gemeinsam zu gleichen Teilen. Der Fonds darf eine „Anleihe zur Erneuerung und Ausrüstung der Fischerei“ bis zur Höhe von 250 000 Contos aufnehmen, die er vom dritten Jahre an, seit der Ausgabe, in 12 Jahresraten zu pari zurückzahlen hat. Vorzeitige Rückzahlung kann nach 8 Jahren seit der Ausgabe erfolgen. Der Fonds verkauft Obligationen von je einem Conto und verzinst sie mit 3½ %. Sie werden vom Staat garantiert mit allen Steuerbefreiungen der gewöhnlichen Staatsschuld sowie einer Reduktion der Kapitalverwendungssteuer um 1 %. Die mit Anleiheerträgen vom Fonds erworbenen Schiffe und Ausrüstungen bilden vorzugsweise die hypothekarische Garantie für seine Zahlungen. Solange die Reeder noch an den Fonds verschuldet sind, dürfen sie keine Beleihungen oder Verkäufe ohne seine Erlaubnis vornehmen. Sie bekommen 75 % des ganzen Wertes einer neuen Schiffseinheit vom Fonds als Darlehen, wenn das Schiff im Inland gebaut wird und sind nach der Vergebung eines Auftrages an das Ausland nur dann in gleicher Weise zu berücksichtigen, wenn sie nachweisen können, daß das bestellte Schiff auf keiner einheimischen Werft gebaut werden kann.

G. Armando gibt in seinem Artikel „Die Bedeutung der Fischwirtschaft in Portugal“¹⁶⁸) eine gute Übersicht über diesen Wirtschaftszweig im allgemeinen und seine Förderung durch das korporative System im besonderen. Wir zitieren deshalb einige Ausführungen Armandos:

¹⁶⁶) Vgl. Allan Villiers: The Quest of Schooner Argus, Scribner's Sons, New York, 1951; ferner G. Armando (2): Die Bedeutung der Fischwirtschaft in Portugal, in: Wirtschaftsdienst, Hamburg, Januar 1957, S. 39—42.

¹⁶⁷) Vgl. S. 76.

¹⁶⁸) a.a.O., S. 40—42.

Fangerlöse der portugiesischen Hochseefischerei 1955

Position	% des Gesamtwertes	Mill. Esc.
Bruttofangerlös	100	231,0
Abzüge:		
Steuern	11	25,4
Sozialbeiträge und prozentuale Beteiligung der Besatzungen	18	41,6
Löschgebühren	6	13,9
Beiträge für das Gremio	1	2,3
Abzüge insgesamt	36	83,2
Nettoerlös	64	147,8

Mit der Einführung des Korporativsystems im Jahre 1937 ist auch für die im Fischereigewerbe beschäftigten Arbeitnehmer eine neue Epoche angebrochen, in der sie Schutz und Förderung finden. Ihre beruflichen Interessen wurden früher durch kleine örtliche Verbände vertreten, die bei dem großen Angebot von Arbeitssuchenden nur geringen Schutz gegen Ausbeutung gewähren konnten. Das hat sich durch das Gesetz von 1937 grundlegend geändert. Während die Unternehmer (Reeder) sich je nach ihrer Kategorie in Gremios zusammenschlossen, wurde für die Fischer eine Organisation geschaffen, die auf den bis dahin bestehenden Ortsverbänden, die vielfach von ausgesprochen individuellem Charakter sind, beruht. Die Fischer haben kein Syndikat, aus der Erkenntnis heraus, daß die größere Zahl von ihnen nicht Arbeitnehmer im üblichen Sinne sind, sondern Einzelgänger, die selbständig für sich und auf eigene Rechnung arbeiten. Für sie wurden in allen nennenswerten Fischereihäfen die sogenannten „Casas dos Pescadores“ (Fischerhäuser) gegründet, deren Aufgabe in der Vertretung ihrer beruflichen Interessen, der Nachwuchsausbildung sowie der Fürsorge und Unterstützung bei Krankheit, Unfall, Alter usw. besteht. Als vermittelnde Instanz zwischen den Fischerhäusern einerseits und den Gremios der Arbeitgeber und den staatlichen Behörden andererseits steht die „Junta Central das Casas dos Pescadores“ (Zentral-Ausschuß der Fischerhäuser), die Spitze der gesamten Organisation. Die Aufgabe dieses Zentral-Ausschusses ist es, die Tätigkeit der Fischerhäuser beratend zu leiten, das groß angelegte Fürsorgesystem ständig weiter auszubauen und den gemeinsamen Fundus der Fischerhäuser zu verwalten und die erforderlichen Geldmittel zur Verfügung zu stellen. Die Leistungen des Zentral-Ausschusses sind um so anerkennenswerter, als er bei Aufnahme seiner Wirksamkeit im Jahre 1937 nur auf die geringen Beiträge der Organisierten angewiesen war. Weitreichende Pläne konnten erst in Angriff genommen werden, als freiwillige Beiträge der Unternehmer ihre Durchführung gestattete. Es bestehen jetzt in Portugal, auf den Azoren und Madeira 28 Fischerhäuser mit 57 287 Mitgliedern. Für ärztliche Hilfe und Arzneien, Unterstützungen, Invaliden- und Krankengelder, Gewährung von Lebensmitteln und Kleidung bei unfreiwilliger Arbeitslosigkeit wurden 1954 im ganzen 8,6 Mill. Esc. ausgegeben. Die Mittel für die im Jahre 1946 eingeführte Familienunterstützung, die den Fischern der Kabeljauflotte, der Hochseefischerei, des Thun- und Walfischfangs gewährt wird, werden aus prozentualen Beiträgen der betreffenden Unternehmergruppen genommen. 1954 wurden insgesamt 4,3 Mill. Esc. ausgezahlt. Auch die Invaliden- und Altersrente ist erst durch die Fischerhäuser eingeführt worden. Zu ihrem Fonds trägt der Unternehmer mit 600 Esc. für jeden Versicherten und der einzelne versicherte Fischer mit 250 Esc. im Jahr bei. 1954 erhielten 118 Fischer Pensionen bis zu 400 Esc. monatlich. Beruflich werden die Mitglieder der Fischerhäuser durch kollektive Arbeitsverträge, Darlehen zur Anschaffung von Booten und Gerätschaften bei selbständiger Tätigkeit und neuerdings durch die Einrichtung von Zahlreichen über das ganze Land verstreuten Verkaufsstellen zur Ausschaltung des Zwischenhandels gefördert. Um die soziale Stellung dieses Standes zu heben, haben die Fischerhäuser und der Zentral-Ausschuß Fachschulen aller Art, Bibliotheken, Sportgruppen, Asyle, Erholungsheime, Ferienkolonien, Kantinen, Entbindungsheime, Krippen, Kindergärten, Apotheken errichtet. Besondere Aufmerksamkeit wurde der Schaffung gesunder Wohnverhältnisse gewidmet. Zu diesem Zweck hat man in allen Fischereihäfen, den örtlichen Verhältnissen entsprechend, neue Wohnviertel mit 2- bis 4-Familienhäusern angelegt. Bisher sind 1 664 solcher Häuser mit einem Kostenaufwand von

47 Mill. Esc. erbaut worden, 150 befinden sich zur Zeit im Bau und weitere 444 sind geplant....

Im Gesamtbild des portugiesischen Wirtschaftslebens nehmen die Fischwirtschaft und die Fischkonservenindustrie einen hervorragenden Platz ein, und man hofft, daß durch die korporative Eingliederung und Zusammenfassung der verschiedenen produktiven Kräfte Verhältnisse geschaffen werden, die es ermöglichen, kritische Perioden in Zukunft ohne größeren Schaden überwinden zu können.“

3. Verkehrswirtschaft.

Das portugiesische Eisenbahnwesen wurde 1947 durch eine Änderung der Statuten der größten Eisenbahngesellschaft, der halbstaatlichen Aktiengesellschaft „Caminhos de Ferro de Portugal“ (C.P.) vollkommen unabhängig vom Ausland (im wesentlichen von französischen Aktionären). Anfang 1952 beschloß die portugiesische Regierung Eisenbahnkonzessionen für die verschiedenen Unternehmen durch eine einzige Konzession zu ersetzen. Der Eisenbahnbetrieb soll dadurch rationalisiert werden; gleichzeitig sollen auf diese Weise Einsparungen erfolgen. Die neue Konzession wurde an die C. P. erteilt. Sie erlischt am 31. 12. 2000 und dauert somit etwa 50 Jahre. Die Gesellschaft hat sich verpflichtet, das Bahnnetz zu modernisieren und nach den *Methoden einer privaten Industrieunternehmung* zu betreiben. Die Regierung kann die Betriebslasten durch Zuschüsse oder Darlehen erleichtern und behält sich das Recht vor, die Konzession nach 25 Jahren zurückzukaufen. Zur Finanzierung des Aufbaus (u. a. auch Erweiterung und Elektrifizierung) der durch ihre mangelhafte Ausrüstung schlecht rentierenden Eisenbahnen wäre neben den bereits im Umlauf befindlichen gewöhnlichen $3\frac{1}{2}\%$ -Obligationen (Nennwert 1 Conto)¹⁶⁹⁾ die Ausgabe von etwas kleiner gestückelten *Spezialbonds* möglich (mit fünfjähriger oder längerer Laufzeit) in allen Bahnhöfen, Sparkassen und Postämtern, versehen mit einem Zinsfuß von etwa 4 %. Die Besitzer der neuen Bonds sollten in den Genuß von Kilometerlosen mit großen Gewinnchancen (z. B. 1 : 9) kommen, die sie zu Gratisreisen berechtigen. In Frankreich hatte diese Anleiheart einen großen Erfolg. Dort stehen Kapital und Zinsen nicht fest, sondern sind an die Fluktuationen des Billetpreises gebunden, dessen Wert (Drittklasstarif) zur Zeit der Ausgabe 5 fFr. pro Passagierkilometer betrug. Eine Obligation von 10 000 fFr. soll stets 2 000 Drittklasskilometer wert bleiben. Nach französischem Beispiel könnten in Lissabon und Porto auch sogenannte „*Bahnhofsmärkte*“ (Großwarenmärkte, Warenbörsen) nützlich sein (mit Gabelhubtraktoren, rollenden Treppen, Elevatoren und verschiedenen Einrichtungen zur Wagenentladung im Hafen Lissabon). Die fiskalische Belastung der Autotransporte wurde 1948 durch ein abgestuftes Steuersystem noch verstärkt, um die vermehrte Benutzung der Straßen auf Kosten der Eisenbahnen wieder rückgängig zu machen¹⁷⁰⁾. Demselben Zwecke diene ein Kredit in Höhe von 320 000 Contos, den die Regierung der C. P. am 7. Mai 1951 gewährt hatte, damit die Gesellschaft ihre Anlagen erneuern und ausbauen kann¹⁷¹⁾. Im Jahre 1953 bekam sie Darlehen von insgesamt 75 000 Contos, die zu zwei Dritteln von der Sozialversicherung (Vorsorgekassen etc.) und zu einem Drittel von Privatversicherungen gegeben worden waren¹⁷²⁾.

Das portugiesische *Eisenbahnnetz*, das 1926 eine Länge von 3 234 km aufwies, erreichte 1934 3 459 km, 1941 3 586 km und 1955 4 589 km (davon 2 824 km Breit-

¹⁶⁹⁾ In Mexiko wird die Amortisation der Eisenbahnobligationen mit Steuererträgen aus der Besteuerung der Eisenbahnen bzw. Eisenbahnbenutzer finanziert.

¹⁷⁰⁾ Bank of London & South America Ltd.: *Economic Trends in Portugal*, Fortnightly Review Supplement, Nr. 9, Dez. 1953, S. 887.

¹⁷¹⁾ Centre Portugais d'Informations: Oliveira Salazar. 25 Ans de Stabilité et de Progrès 27 Avril 1928 — 27 Avril 1953, Genf, S. 10.

¹⁷²⁾ Mitteilungen der Bundesauskunftsstelle für den Außenhandel, Nr. 12, Bonn, 12. 3. 1953.

spur und 765 km Schmalspur). Die mit Spanien gemeinsame größere Spurweite gegenüber den anderen europäischen Staaten (außer Rußland) ermöglicht die Benutzung schnellerer Lokomotiven¹⁷³⁾. Es lassen sich aber noch mehr Argumente gegen die Breitspur bei den Eisenbahnen anführen. So schreibt z. B. H. Lautensach¹⁷⁴⁾:

„... Im gleichen Jahrzehnt, in dem Portugal mit dem Ausbau seiner Straßen begann, ging es auch an die Anlage eines Eisenbahnnetzes. Es begann von Lissabon aus in mitteleuropäischer Spur je eine Linie auf beiden Seiten des Tejo zu bauen, ging aber 1859 zu der von Spanien bevorzugten weiten Spur von 1,67 m über. Diese hat sich in der Folgezeit ungeeignet für die Iberische Halbinsel erwiesen. In den Ebenen bietet die größere Geräumigkeit der Wagen wegen der im allgemeinen geringen Stärke des Verkehrs keine Vorteile, auf den Gebirgsstrecken dagegen entstehen durch den Zwang zu großem Kurvenradius und zu entsprechend breiter Anlage der Kunstbauten große Schwierigkeiten. Die beiden iberischen Staaten haben sich so zu den im morphologischen Aufbau ihres Landes und ihrer Wirtschaftspsychologie liegenden Hindernisse ein neues selbst in den Weg gestellt. Es zeigt sich, daß ein Aufbau des ganzen Netzes in der Breitspur unmöglich, aber auch unnötig war, und so sind Spanier wie Portugiesen in den starke Höhenunterschiede besitzenden Landesteilen zur Schmalspur übergegangen, die Kurven bis zu 60 m Halbmesser und Steigungen bis zu 1:40 verträgt und daher dem Gelände inniger angepaßt werden kann als die zu viel steiferen Linienführung gezwungene Breitspur, so daß die kostspieligen Brücken- und Tunnelbauten in stärkerem Maß vermieden werden. Portugals Schmalspurbahnen sind heute sämtlich auf 1 m Schienenabstand gebracht. Sie finden sich nur in der nördlichen Landeshälfte. Vor allem dienen sie der Überwindung der gewaltigen Geländeschwierigkeiten und Höhendifferenzen, die der Aufstieg aus der Schlucht des Douro-Tales auf die Hochflächen von Traz-os-Montes bietet... Beide Karten zeigen, daß die Verbindung Lissabon-Porto, die einzige zweigleisige Fernlinie des Landes, die Achse des portugiesischen Eisenbahnverkehrs bildet...“

Die Linie Lissabon—Porto umfaßt nur 10 % des gesamten Eisenbahnnetzes, aber auch heute noch werden 47 % des gesamten Eisenbahnverkehrs auf dieser Strecke bewältigt¹⁷⁵⁾. Durch ihre Elektrifizierung können erhebliche Einsparungen gemacht werden. So erklärte der Verkehrsminister General Gomes de Araújo anlässlich der Einweihung der ersten elektrifizierten Teilstrecke Lissabon (Santa Apolónia) — Carregado am 28. 4. 1957, daß durch die Anschaffung von 15 elektrischen Lokomotiven und 25 elektrischen Triebwagen 46 000 Contos im Jahr eingespart werden können (bei gleichem Fahrplan), da die Antriebskosten für diese Loks 2 Esc. pro km und für die Triebwagen 1,40 Esc. ausmachen (Höchstgeschwindigkeit: 120 std./km). Für Dampflokomotiven (Kohle) hatten sich diese Kosten 1956 auf 12,10 Esc. belaufen, für Diesellokomotiven auf 4,40 Esc., Dieselschlepper 2,35 und für Dieseltriebwagen auf 1,40 Esc.¹⁷⁵⁾. Durch die Elektrifizierung können Devisen eingespart werden, die man vorher für die Einfuhr von Kohle benötigte, die Geschwindigkeit und Frequenz der Züge kann erhöht werden, was besonders wichtig ist für den Verkehr in der Umgebung der Städte Lissabon und Porto. Es ist jetzt auch möglich Rohöl aus Angola in Lissabon zu raffinieren für die im Betrieb billigeren Dieselloks, so daß der Import ausländischen Dieselöls vermindert werden kann. Auf Grund des 1955 revidierten Sechsjahresplanes 1953—1958 (Gesetz Nr. 2077) ist im europäischen Portugal die Ausgabe von 2,91 Mill. Contos für den Ausbau des Verkehrs- und Nachrichtenwesens vorgesehen, das sind 30,2 % der gesamten Sechsjahresplanausgaben für das europäische Portugal (1953 [Gesetz Nr. 2058]: 2,421 Mill. C., 32,1 %).

Besonders im afrikanischen Portugal würden die neuen, in Deutschland entwickelten Bahntypen (z. B. *Straßen-Schienen-Omnibus*) von großem Vorteil

¹⁷³⁾ Bestand 1952: 500, ferner 64 Triebwagen, rd. 1100 Personen- und 9500 Güterwagen, 1955: 507 (davon 64 Diesel- und Nicht-Dampf-Loks), 104 (86 Diesel, 18 elektr.), 1138, 9505. 1947 wurden noch 97,6 % der Loks mit Kohle betrieben.

¹⁷⁴⁾ a.a.O., S. 180—181 und 183.

¹⁷⁵⁾ NdP 4. 5. 57, S. 3.

sein, welche auch auf der Straße fahren können. Ebenso der Gebrauch von *Großbehältern*, geschlossen (auch für flüssige Stoffe und Kühlgut) und offen (für feste Stoffe wie Baumaterial usw.), zusammenlegbaren Transportkisten, Transportbrettern und Kleinbehältern. Nach Berechnung der kleinen Miete wird eine verbilligte Fracht nur für das Gewicht des Behälterinhaltes verlangt und der Behälter spesenfrei zurückbefördert. Die Bahnbenutzer könnten auch eigene Behälter in den Bahnhöfen unterstellen. Folgende *Ersparnisse* ließen sich dabei erzielen: Verminderung der Verpackungskosten, Zeit-, Arbeits- und Raumersparnis, Schutz vor Beschädigungen, Beschleunigung des Transportes direkt zum Bestimmungsort, Transportverbilligung durch Wegfall des zweifachen Umladens und im Fall der Miete keine Anschaffungs- und Reparaturkosten der Behälter.

Die Investitions-, Betriebs- und Personalpolitik des Eisenbahn-Konzessionärs muß sich nach den Möglichkeiten und Bedürfnissen der Wirtschaft richten. Er ist immerhin einer der größten Auftraggeber für das In- und Ausland. Zur Belebung des eigenen und des Fremdenverkehrs dürfte eine größere Fahrplandichte und der *Ausbau des Tarifsystems* nach sozialen, volkswirtschaftlichen und siedlungspolitischen Gesichtspunkten beitragen, wie z.B. die Erweiterung des Abonnementsverkehrs¹⁷⁶⁾ mit Sozialtarifen (Strecken-, Rundreise-, Ferien- und Jahresabonnements) und verschiedene Tarifklassen im Güterverkehr (Vorrang der lebensnotwendigen Güter mit stark reduzierten Tarifen). Der Abonnementsverkehr erlaubt eine weitgehende Auflockerung der portugiesischen Siedlungsstruktur durch Verhinderung der Konzentration in Lissabon und Porto. Hier ist noch die Möglichkeit des Verkaufs von *Reisegeschenkgutscheinen* zu erwähnen, welche auf einen festen Geldbetrag oder für eine bestimmte Strecke ausgestellt und bei der Bahn gegen Billette umgetauscht werden.

Nach Übernahme der Lissabonner *Straßenbahnen* durch den Staat (aus englischem Besitz) wird die Einführung eines Abonnementsystems und die *Verbindung des Billettverkaufs mit einer Lotterie* (die täglich Ziehungen veranstaltet und Gewinne verteilt) die Einnahmen erhöhen, das Schwarzfahren vermindern und die Beibehaltung der Billettpreise auf ihrem niedrigen Niveau ermöglichen (kleine Fahrt: 0,50 Esc., große Fahrt: 0,80 Esc. [0,12 sFr.], in Basel: 0,70 sFr [4,50 Esc.]). Zur Finanzierung des Straßenbaus wird in Goa (Portugiesisch-Indien) das mittelalterliche System der Erhebung von *Brückenzöllen* angewendet. In Angola ist die *Erhebung von Straßenzöllen* vorgeschlagen worden¹⁷⁷⁾. Große Erfolge sind seit Mitte der dreißiger Jahre in Mexiko mit der Ausgabe von 5 % *Straßenbau-Obligationen* (Laufzeit 10 Jahre) erzielt worden. Diese „Bonos de Caminos“ konnten durch ihre stets pünktliche Amortisation aus den Erträgen der Benzinststeuer sehr gut gesichert werden. Ihre weite Verbreitung zeigt z.B. die Tatsache, daß sie im Jahre 1950 nicht weniger als 61,6% der gesamten inneren Bundesschuld ausmachten¹⁷⁸⁾. In Portugal liegt der Straßenbau in der Hand einer autonomen staatlichen Organisation, der „Junta Autónoma de Estradas“, die seit 1945 auf Grund eines 10-Jahresplanes jährlich ca. 100 000 Contos für den Straßenbau ausgibt.

¹⁷⁶⁾ Es gibt gegenwärtig in Portugal: 1. Abonnements für Personen, die täglich reisen müssen, gültig für 1 Woche, 1, 3 oder 6 Monate. Studenten und Schüler haben eine Ermäßigung von 50 %. 2. Kilometerheftchen, 3. Kl. 300 Esc., 2. Kl. 420 Esc. für die ersten 1500 km, für jede weiteren 100 km oder Teile davon 28 und 30 Esc., gültig 3 Monate. 3. Familienbillette für 4 oder mehr Personen, einschl. Hauspersonal, welche mehr als 50 km reisen, davon zahlen 3 Normaltarif und die übrigen 1/4 des des Normaltarifs. 4. Wochenendbillette. 5. Kollektiv-Billette (mindestens 10 Personen, die mehr als 50 km reisen) für Ausflügler (gültig 20 Tage), Sportler (gültig 10 Tage), Künstler, Pilger und Festteilnehmer, Arbeiter und Fischer (über 20 km, Normaltarif mit 20 % Ermäßigung). Vgl. C. P.: „Guia Oficial dos Caminhos de Ferro de Portugal“, Nr. 952, April 1954, S. 17–18 und 104.

¹⁷⁷⁾ v. Gersdorff (1), a.a.O.

¹⁷⁸⁾ v. Gersdorff (4), a.a.O.

Neben den am anderen Ort¹⁷⁷⁾ erwähnten 2¾ %-Obligationen für die Erneuerung der Handelsmarine über den „Fundo de Renovação da Marinha Mercante“ wären in Portugal noch besondere *Schiffahrts-Obligationen* denkbar, bei deren Verkauf durch denselben Fonds gleichzeitig „Seemeilen-Lose“ mit großen Gewinnchancen abgegeben werden könnten, welche zu Gratisreisen z. B. nach Madeira, den Azoren usw. berechtigten, ähnlich dem in Frankreich so erfolgreichen Kilometerlossystem bei der Auflage von Eisenbahn-Bonds. Nur im Falle einer neuen Kriegshauße wäre die *Ausgabe von Obligationen* zu erwägen, die zwecks Umgehung des Währungsrisikos an den freien Goldpreis oder Dollarkurs gebunden sind, weil Frachten in Dollar notiert werden. Kleinsparer bekämen damit Gelegenheit, ihr Geld so anzulegen, daß es höchstens mit einer Entwertung des Dollars, aber nicht selbst als nationale Währung an Kaufkraft verlieren kann. Der Aufbau der Handelsflotte liegt in der Hand der beiden Behörden Direcção da Marinha Mercante und Junta Nacional da Marinha Mercante. Einen ausgezeichneten Überblick über ihre Entwicklung und die Durchführung des Aufbauplanes 1945—1955 gibt F. Marques da Silva in seinem Artikel „A Marinha Mercante Nacional nos Anos de 1945 a 1954“¹⁷⁸⁾. Ziel des Planes war die Sicherung von insgesamt 60 % des seegebundenen Güterverkehrs mit Portugal für die portugiesische Flagge, erreicht wurden insges. 37 %, nur 43 % der eingeführten Güter (inkl. Azoren und Madeira) und 27 % der ausgeführten wurden auf portugiesischen Schiffen transportiert. Die Handelsflotte umfaßte 1939 266 Schiffe mit 269 118 BRT (davon 2 Tanker mit 761 BRT) und 1955 323 Schiffe mit 563 417 BRT (davon 10 Tanker mit 59 776 BRT)¹⁷⁹⁾. Sie konnte 1950 beim Warenimport aus dem Ausland ca. 300 000 C. an Frachten in Devisen einsparen (NdP 24. 11. 51, S. 15). Neben der staatlichen Unterstützung, die dem Schiffsbau aus dem „Fonds für die Erneuerung der Handelsmarine“ gewährt wird, besteht die den Reedern auferlegte Verpflichtung, 75 % ihrer Gewinne einem besonderen Fonds zu überweisen, mit dem dann die Ersatzkäufe und Neubauten bestritten werden. Ein gerechter Ausgleich für die ihnen gewährten Vergünstigungen (vgl. S. 104, 159).

4. Energiewirtschaft¹⁸⁰⁾.

In Portugal arbeiten acht unabhängige private Elektrizitätsgesellschaften und drei, an denen der Staat beteiligt ist. Ihre 28 Kraftwerke erzeugten 1956 1,6 Mrd. kWh. Nach dem Gesetz vom 26. 12. 1944 über die Elektrifizierung des Landes können Privatgesellschaften die Konzession zur Errichtung eines Kraftwerkes erhalten. Bei den großen Unternehmungen beteiligt sich der Staat direkt an der Finanzierung und an der Leitung, während kleinere Unternehmen Kredite vom Staat erhalten können. Die Regierung wird von einem „Hohen Rat für Elektrizität“ beraten, der neue Projekte prüft und für die gute Zusammenarbeit der verschiedenen Zweige der Energiewirtschaft zu sorgen hat. Die großen Gesellschaften haben sich auch verpflichtet, Flußregulierungen vorzunehmen, alle Wasserläufe möglichst vollständig für die Bewässerung zu nutzen (Bau von Bewässerungsanlagen), Zugangsstraßen und Brücken sowie Siedlungen für die Arbeiter zu bauen. Trotz einer Produktionssteigerung von 1927 (186 Mill. kWh) bis 1945 (545 Mill. kWh) um jährlich 7 % und von 1945 bis 1955 (1,6 Mrd.) um jährlich 12 % steht Portugal im Elektrizitätsverbrauch in Europa neben Griechenland und der Türkei immer noch an letzter Stelle. Der Verbrauch an elektrischer Energie pro Kopf der Bevölkerung beträgt nur etwa 1/5 des mitteleuropäischen Durchschnitts. Oft kann der Energiebedarf der

178) RdE Juni 1956, S. 49 ff.

180) Vgl. G. Armando (4): Ausbau der Elektrizitätsversorgung in Portugal, in: Wirtschaftsdienst, Hamburg, März 1957, S. 148/49, und Vergilio Moreira: Aspectos Financeiros e Administrativos do Problema da Electricidade em Portugal, in: RdE März 1956, S. 35 ff.

Industrie nicht gedeckt werden. Die Unternehmung Amoníaco Português konnte z. B. 1953 ihre Kapazität infolge Energiemangels nur zur Hälfte ausnutzen. Industrien, die privatwirtschaftlich unrentabel sind (die Produktionskosten der União Fabril do Azoto lagen z. B. 1953 über ihrem Verkaufspreis!) versucht man durch die Gewährung von Vorzugstarifen und andere Subventionen zur Verbilligung der Brennstoffe zu helfen.

Zur Steigerung der Energieproduktion lassen sich wahrscheinlich auch in Portugal Finanzierungsmethoden anwenden, mit denen man z. B. in Frankreich einigen Erfolg hatte. Die *Ausgabe von Elektrizitäts-Bons* der „Électricité de France“ mit variabler Verzinsung wird in der Neuen Zürcher Zeitung vom 21. 10. 1952 wie folgt beschrieben:

„Gegen Hergabe eines Betrages von 16 000 Fr. erwirbt der Zeichner Anspruch auf ein Einkommen, das dem durchschnittlichen jährlichen Verkaufspreis für 100 kWh Stark- und Schwachstrom entspricht und mindestens 720 Fr. ausmacht. Dieses Mindesteinkommen bedeutet Verzinsung des Kapitals mit $\frac{1}{3}\%$. Der durchschnittliche Verkaufspreis wird in der Weise ermittelt, daß die gesamten Erlöse, die von der „Électricité de France“ im Laufe eines Jahres aus dem Verkauf von Stark- und Schwachstrom, unter Abzug der darauf ruhenden Steuern erzielt worden sind, durch die Zahl der abgegebenen kWh dividiert wird. Da die Stromtarife mit der Geldentwertung zu steigen pflegen, kann der Zeichner damit rechnen, daß sein Einkommen daraus entsprechend hinaufgehen, also von der Geldverschlechterung nicht betroffen wird. Die derart mit einer Sachwertklausel ausgestatteten Obligationen haben eine Laufzeit von 15 Jahren und sind ab 15. 7. 1958 rückzahlbar durch Auslösung oder auf Verlangen des Inhabers. Der Einlösungskurs muß das Zwanzigfache des zuletzt gezahlten Jahreseinkommens, mindestens aber 16 000 Fr., also den Kaufpreis betragen, was wiederum eine Sachwertklausel darstellt. Bei Rückzahlung auf Verlangen des Inhabers erhält letzterer nur den Ausgabepreis. Die neuen „Erzeugungsanteile“ sind zum Handel an der Börse zugelassen. Der Betrag der Emission ist nicht festgesetzt und hängt von den Zeichnungsergebnissen ab.“

Das Risiko beim Bau von Kraftwerken ist in Portugal sehr gering, denn mit dem fortschreitenden Energiebedarf der schnell wachsenden Bevölkerung und neuer Industrien ist die Nachfrage nach Energie größer, als die maximale Produktion der Kraftwerke überhaupt sein kann. Bisher mußten hochwertige Kohlen eingeführt werden, was Devisen kostet und besonders im Kriege zu unüberwindlichen Versorgungsschwierigkeiten führte, obwohl die eigenen Wasserkräfte, allein des Tejo und Douro, 8 Mrd. kWh pro Jahr produzieren könnten. Man nimmt an, daß 1956 nur $\frac{1}{6}$ des portugiesischen Wasserkraftpotentials genutzt war. Infolge unzureichender und wenig wirtschaftlicher eigener Kohleförderung (schwache Heizkraft und hoher Aschegehalt) war der Anteil der inländischen Kohlen an der gesamten Brennstoffversorgung der Wärmekraftwerke gering. Noch 1951 betrug der Importanteil (einschl. Holzkohle und flüssige Brennstoffe) 70 % des Gesamtverbrauchs, obwohl die Einfuhren fester Brennstoffe mit der Steigerung der Wasserkraftelektrizitätsproduktion ständig zurückgegangen sind. 1938 stand einer Förderung von 308 000 t Steinkohle (Anthrazit) und 18 000 t Braunkohle eine Einfuhr von 1 152 000 t (einschl. Koks) gegenüber, während 1952 bei einer Förderung von 442 000 t Steinkohle und 74 000 t Braunkohle nur noch 464 000 t importiert werden mußten. 1955 stieg der Anteil inländischer Brennstoffe am Gesamtverbrauch auf rd. 60 %, während der Verbrauch von ausländischen auf 40 % gesunken ist, weil nach Errichtung größerer Wasserkraftwerke einige große Wärmekraftwerke, die hauptsächlich mit ausländischer Kohle arbeiteten, stillgelegt werden konnten und durch den Ausbau des Hochspannungsnetzes eine Anzahl kleinerer Kraftwerke, die vorwiegend Importtheizöl verwendeten, geschlossen wurden. Die Wärmekraftwerke, die 1951 noch 20 % des Energiebedarfes deckten, sollen soweit stillgelegt und durch Wasserkraftwerke ersetzt werden, daß sie nur noch als Reserve für Spitzenbeanspruchung und für regenlose Perioden gebraucht werden, die in Portugal sehr häufig vorkommen. Aber die stetigen Winde vom Ozean könnten in der gleichen Weise wie in Holland durch die Errichtung von

besonderen Windmühlen zur Energieerzeugung genutzt werden. Bisher kennt man in Portugal nur Windmühlen zur Herstellung von Weizenmehl. 1953 hatten 40 % der Bevölkerung immer noch keine Stromversorgung, obwohl die Elektrizitätserzeugung dreimal so hoch war wie 1937. Manche Distrikte sind fast ganz ohne Elektrizität¹⁸¹⁾:

Distrikt	Durchschnittl. Energieverbrauch pro Kopf der Bevölkerung in kWh im Jahre 1950	Prozentsatz d. elektrif. Landgemeinden Ende 1950
Porto	236	77
Setubal	202	43
Lissabon	201	45
Braga	99	39
Coimbra	79	55
Castelo Branco	73	32
Leiria	52	32
Santarém	48	24
Aveiro	45	72
Viseu	37	21
Vila Real	35	14
Evora	23	8
Guarda	20	18
Faro	18	49
Viana do Castelo	12	17
Beja	7	13
Bragança	3	0,4

Jahr	Geschätzter Energiebedarf in Mill. kWh	Geschätzte Energieprodukt. in Mill. kWh	Saldo
1951		1 040 effektiv	
1952	1 390	1 339 „	— 51
1953	1 570	1 150	— 420
1954	1 690	1 230	— 460
1955	1 810	1 430	— 380
1956	1 940	1 650 gesch. u. effektiv	— 290
1957	2 070	1 850	— 220
1958	2 210	2 340	+ 130

Trotz dieser voraussichtlichen Verdoppelung und der vorherigen Verfünfachung der Energieproduktion (1928: 216 Mill. kWh) durch den Bau von Kraftwerken kann Portugal seinen Rückstand gegenüber allen anderen Kleinstaaten nicht mehr aufholen:

Energieproduktion pro Kopf der Bevölkerung in kWh ¹⁸²⁾ :		
Staat	1948	1949
Norwegen	3 911	4 863
Schweden	2 088	2 197
Schweiz	1 263	2 073
Belgien	940	949
Holland	500	598
Spanien	191	232
Portugal	98	245 (1958, wenn die Bevölkerungszahl etwa 9 000 000 beträgt)

181) NdP 13. 9. 1952, S. 11—13.

182) NdP 13. 9. 52, S. 11.

Um diese vorgesehene Erhöhung zu erreichen, sollten von 1953 ab 2 430 000 Contos für neue Zentralen und Verteilungsnetze ausgegeben werden. Durch die Ausgabe neuartiger Aktien und Obligationen könnte man vielleicht doch mehr Mittel dafür aufbringen. Ein Anfang ist am 7. Juli 1953 bei der Gründung der „Hidro-Elétrica do Douro“ gemacht worden. Nach der Zeichnung des Anfangskapitals von 70 000 Contos durch den Aufbaufonds (27 500 C.), die Vorsorgekassen (27 500 C.) und einen Unternehmer (Delfim Ferreira 15 000 C.) wurden dem Publikum 40 000 Contos zur Zeichnung reserviert. Davon dürften hauptsächlich Bürger und zurückgekehrte Emigranten (aus Brasilien, Venezuela usw.) mit mittleren Vermögen profitieren. Zeichner von Aktien bis zum Nominalwert von 100 Contos werden bei der Zuteilung vorgezogen. Diese Aktionäre können ihre Anteile (Nominalwert: 1 Conto) in Raten liberieren: 20 % sofort, vom 20.—30. 12. 53 30 %, vom 15.—30. 6. 54 25 % und vom 15.—30. 12. 54 25 %. Nach vollständiger Liberierung wird ihnen ab 1. 1. 1955 ein Jahreszins von 4 % für drei Jahre garantiert. Sie konnten zwischen Namens- und Inhaberaktien wählen. Die Zeichnungsfrist lief sechs Tage (17.—22. 8. 53). Im Falle des Konkurses werden die kleinen Aktionäre mit einem Kapital bis zu 100 Contos zuerst ausgezahlt. Die Auflage einer späteren zweiten Serie von Aktien zu gleichen Bedingungen soll das Aktienkapital auf 220 000 Contos bringen. Der Staat soll dieser Gesellschaft in Zukunft auch Darlehen gewähren und ihre Obligationen werden vom Aufbaufonds und den Vorsorgekassen gezeichnet¹⁸³⁾. Ungünstig für die Investoren von kleinen Vermögen ist der hohe Nominalbetrag einer Aktie (1 Conto). Ein Abgeordneter des Parlaments und auch Vergílio Moreira fordert in seinem Artikel „Finanzielle und administrative Aspekte des Elektrizitätsproblems in Portugal“¹⁸⁴⁾, daß der Staat seine Elektrizitätsaktien verkauft, wenn das Kursniveau für diese Aktien hoch ist (wie das 1956 der Fall war) um mit den Erlösen neue Unternehmungen finanzieren zu können, etwa so wie in Mexiko, wo Finanzminister Flores im Sommer 1956 vor den in Acapulco versammelten Bankiers erklärt hat, daß er die im Staatsbesitz (in den staatlichen Banken) befindlichen Aktien an das Publikum verkaufen werde (um das zu geringe Aktienangebot zu erhöhen), mit gleichzeitiger Propagandaaktion für die Popularisierung des Aktienbesitzes. Aufgabe der Bankiers sollte es sein ihrerseits weitere Aktien anzubieten und die Aktien in Mexiko populär zu machen¹⁸⁵⁾. Moreira meint, daß man nach den ständigen Überzeichnungen der 5 %-Obligationen der Elektrizitätsgesellschaften (oft um das Zehnfache des Nominalbetrages) endlich dazu übergehen sollte einen niedrigeren Zinssatz für diese Obligationen zu wählen.

Neben der *Ausgabe von Produktionsanteilen* durch staatliche und private Gesellschaften nach französischem Beispiel (also von Obligationen, deren Verzinsungs- und Rückzahlungsbedingungen sich mit steigender Produktion der Gesellschaften verbessern) dürften *Obligationen mit steigenden Zinssätzen* sehr anziehend wirken. So hat z. B. die französische „Caisse Nationale de Crédit Agricole“¹⁸⁶⁾, die fortlaufend kurz- und mittelfristige Kassenscheine ausgibt, Obligationen mit fünfzehnjähriger Laufzeit zur Zeichnung aufgelegt, die zunächst mit 5½ % und nach Ablauf von 7 Jahren mit 6 % verzinst werden. Die Rückzahlung kann gemäß Wahl des Inhabers nach Ablauf von sieben Jahren zum Nennwert, von elf Jahren zu 110 % und von fünfzehn Jahren zu 120 % erfolgen. Der Gesamtbetrag der Emissionen wird nicht festgesetzt und hängt von den Ergebnissen der Zeichnungen ab.

Zur Selbstfinanzierung ihrer Ausbaubedürfnisse ist auch die Erhebung eines „Not-Escudo“ pro Kilowattstunde durch die Elektrizitätsgesellschaften denkbar.

¹⁸³⁾ NdP 11. 7. 53, S. 7 und NdP 15. 8. 53, S. 12.

¹⁸⁴⁾ a.a.O., S. 39.

¹⁸⁵⁾ Vgl. v. Gersdorff (4), a.a.O.

¹⁸⁶⁾ NZZ Nr. 2736 vom 18. 11. 53.

Die Einräumung von weitergehenden Beteiligungsrechten für ausländische Firmen (als bis zum bisher gestatteten Drittel des Gesamtkapitals) an portugiesischen Kraftwerken werden die Behörden aus den am anderen Ort dargelegten Gründen¹⁸⁷⁾ kaum gestatten. Sie böte aber sehr interessante *Möglichkeiten der direkten Kapitalanlage* für alte Lieferanten aus kleinen Staaten ohne imperialistische Ambitionen wie z. B. die Schweizer Firma Brown Boveri¹⁸⁸⁾.

Die *Festsetzung von niedrigen Tarifen* kann einen heilsamen Zwang zu Kostenkürzungen und Rationalisierungen ausüben. 1951 wurden sie für die Stadt Lissabon auf Grund des neuen Kraftwerkes „Castelo do Bode“ als 1. Etappe um 40 % (für Heizungszwecke), 25 % (für Hausfrauen) und 10 % (für Antriebszwecke) gesenkt¹⁸⁹⁾. Im Oktober 1954 hatte die Regierung einen Spezialtarif für Aufbau und Kolonisation eingeführt. In der Hauptstadt gelten ab 1. 1. 55 degressive Tarife für Haushalte (3. Kategorie: Senkung von 0,70 auf 0,50 Esc. pro kWh). Außerdem wurden die Tarife für private Wohltätigkeitsinstitutionen, Lichtreklamen und Heizungsanlagen gesenkt. Der Sondertarif für kleine Verbraucher ermäßigte sich von 1,50 auf 1,30 Esc.¹⁹⁰⁾. Größere Produktion bei niedrigeren Preisen führte von 1951 bis 1953 zu einer Konsumsteigerung von 42 %. Der mittlere Verkaufspreis, der sich 1950 auf 2,05 Esc./kWh belief, sank bis zum Jahre 1953 um 23 %. Im Vergleich zu Vorkriegspreisen ist eine Preissenkung von mehr als 40 % festzustellen, wenn man das Sinken des Geldwertes, die Entwicklung des allgemeinen Preisniveaus berücksichtigt¹⁹¹⁾. *Endziel ist ein Einheitstarif* für das ganze Land zwecks gerechter Verteilung.

Die *Gesamtstromerzeugung* blieb 1952 (Jan./Nov.) mit 991 Mill. kWh und 1953 (Jan./Nov.) mit 1004 Mill. kWh wie erwartet weit hinter dem geschätzten Bedarf zurück, war aber im Vergleich zur Produktion von 1946 (640 Mill. kWh) etwa doppelt so hoch. Damals (1946) verteilte sie sich noch fast genau zur Hälfte auf Wasser- und Kohlenkraftwerke, während sie heute hauptsächlich von Wasserkraftwerken geliefert wird. Bis dahin gab es in Portugal nur einige Elektrizitätswerke mittlerer Größe neben einer Unzahl kleiner und kleinster, wobei natürlich alle Nachteile einer unnötig verzettelten Anlage zutage traten, in erster Linie überhöhte Kosten und ein ganz uneinheitliches Preissystem. Außerdem wurde die verwendete Kohle zum größten Teil importiert, da die portugiesische nur einen geringen Heizwert besitzt. Das Hauptbestreben war dann darauf gerichtet, das Schwergewicht der Stromerzeugung in Zukunft auf die Nutzung der Wasserkräfte zu verlegen, wozu alle natürlichen Vorbedingungen gegeben sind. Der Bau von Stau- und Elektrizitätswerken ist bereits vor dem Kriege begonnen worden, machte aber dann infolge der unregelmäßigen ausländischen Materiallieferungen nur langsam Fortschritte¹⁹²⁾. Ein Abkommen mit Spanien über die Kraftnutzung der Grenzstrecke des Douro (auf der der Fluß von 600 m auf 120 m Meereshöhe herabfließt!) wurde schon 1927 abgeschlossen!

Erst nach 1946 hatte man Neubauten energisch vorangetrieben. Durch die neuen Werke in Nord- und Mittelportugal konnte die Stromerzeugung, wie gesagt, ganz bedeutend verbilligt werden. Trotz der Verdoppelung der Produktion seit 1946 muß der Bedarf noch stärker ansteigen, hauptsächlich infolge des Aufbaus von chemischen und metallurgischen Industrieanlagen. Daher die Pläne für die Nutzbarmachung des portugiesischen Teils des Douro und des Guadiana. Das *Kapital der neuen Gesellschaften* wurde meistens auf den Staat, die alten Gesellschaften und das Publikum verteilt (z. B. AK von 24 000 C.

187) v. Gersdorff (2).

188) „Revue Brown Boveri“, Baden (Schweiz), Jan./Feb./März 1951, S. 26, 33, 83, 29 und BN 22./23. 3. 1952.

189) Bul. März/Apr. 1951, S. 11.

190) NdP 30. 10. 54, S. 13.

191) NdP 1. 1. 55, S. 10.

192) NZZ Nr. 1739 vom 20. 8. 48.

der Hidro Eléctrica do Zêzere: Staat und schon bestehende Elektrizitätsgesellschaften je 80 000 C., private Zeichner auf dem Kapitalmarkt 80 000 C.). Zur Zeit des Fünfzehnjahresplanes (1935—1950) fanden fast nur derartige Finanzierungen statt neben jenen der Korporationen. Schon 1948 war eine belebende Wirkung auf zwei Industriezweige festzustellen: auf die in der Nähe von Porto gelegene Porzellan-Industrie, der die Herstellung der Isolatoren übertragen wurde; außerdem ist die Kupfergewinnung wieder lohnender geworden, da die nur einheimische Erze verarbeitende „Portugiesische Kupfergesellschaft“ mit der Produktion eines Teiles der Hochspannungsleitungen beauftragt werden konnte¹⁹³⁾.

Auf Grund des 1955 revidierten *Sechsjahresplanes 1953—1958* ist im europäischen Portugal der größte Betrag für die Elektrifizierung vorgesehen (3,677 Mill. C. = 38,1 % der gesamten Planausgaben für das europ. Portugal). Auch im ursprünglichen Plan kam auf die Elektrifizierung der größte Betrag (2,763 Mill. C. = 36,3 %¹⁹⁴⁾. Verglichen mit der erwarteten Produktion aller anderen westeuropäischen Länder während derselben Periode wird die portugiesische Jahresproduktion, prozentual gesehen, dem Dreifachen entsprechen. Aber noch im Jahre 1953 war es notwendig den Bau eines großen Wärmekraftwerkes in Nordportugal zu beschließen, um die Stromversorgung auch in Trockenzeiten sicherstellen zu können. Auf dem Gebiet der Produktion von Elektrogeräten war man ebenfalls nicht untätig. 1953 wurde in Cabo Ruivo eine Kabelfabrik eröffnet, die in Zusammenarbeit mit der British Insulated Callders Cables Ltd. errichtet worden war. Ihre Kapazität beträgt 1 Mill. m Kabel im Jahr, etwa das Doppelte der in den Vorjahren importierten Menge¹⁹⁵⁾.

Über die geplante *Elektrifizierung der portugiesischen Eisenbahnen* fand sich folgende Notiz im Bulletin des Centre Portugais d'Informations Genf¹⁹⁶⁾:

„Eine Delegation Schweizer Techniker der Montageindustrie für elektrische Eisenbahnlinien befindet sich augenblicklich in Lissabon um die Terrains zu überprüfen, die für das Elektrifizierungsprogramm (erste Phase) benutzt werden sollen, welches die portugiesische Regierung beschlossen hat nunmehr zur Ausführung zu bringen und für welches sie jetzt schon über ein Budget von 600 000 000 Escudos verfügt. Außerdem haben sich zwei englische Delegationen ebenfalls nach Portugal begeben, um sich mit denselben Fragen zu beschäftigen. In der Tat hat Portugal beschlossen, die Ausführungsarbeiten seines großen Elektrifizierungsprogramms den Gewinnern eines Wettbewerbs anzuvertrauen, an welchem die Techniker der wichtigsten Länder Westeuropas teilnehmen können, nämlich außer der Schweiz und England, sind bereits Belgien, Frankreich, die Niederlande, Schweden, Deutschland, Italien und Spanien eingetragen. Jede teilnehmende Delegation vertritt die großen Spezialfirmen des betreffenden Landes, was diese Bewerbung in einen internationalen Wettbewerb verwandelt, anstatt einer gewöhnlichen Geschäftskonkurrenz. Die vorgesehenen Arbeiten sollen in drei verschiedenen Zonen vorgenommen werden: 1. die Elektrifizierung der Strecke Lissabon—Sintra, was die schnelle Verbindung zwischen der Hauptstadt und dem berühmten Ausflugs- und Reiseziel der Serra de Sintra (28 km) sichern soll (am 28. 4. 1957 in Betrieb genommen); 2. die Elektrifizierung der Strecke Lissabon—Entroncamento (110 km), die die Verbindung zwischen der Hauptstadt und Porto weniger zeitraubend gestalten und vereinfachen soll, und auch den Verkehr zwischen der Hauptstadt und den Linien, die aus Spanien und Frankreich kommen; 3. die Elektrifizierung der Umgebung von Porto, was der Arbeiterbevölkerung dieser Gegend eine schnelle Verbindung sichern soll und was außerdem ein nützliches Transportmittel für die zahlreichen Industrieprodukte bedeuten wird. Die Elektrifizierung dieser Linien wird eine fühlbare Ersparnis an Brennstoffen, die zum großen Teil vom Ausland eingeführt werden müssen, mitschbringen und wird sich der weißen Kohle, die von den neuen hydroelektrischen Installationen des Landes geliefert wird, bedienen. Der Wett-

¹⁹³⁾ NZZ Nr. 1739 vom 20. 8. 48.

¹⁹⁴⁾ RdE 1955, S. 146.

¹⁹⁵⁾ Inf. Genf Nr. 45 vom 16. 7. 53.

¹⁹⁶⁾ Nr. 56 vom 11. 2. 1954.

bewerb wird in drei bis vier Monaten stattfinden, und die Arbeiten sollen 1958 beendet sein.“

In *Portugiesisch-Afrika* ist die Ausgabe von 942 000 C. (422 000 Angola, 520 000 C. Moçambique) für die Elektrifizierung im Rahmen des Sechsjahresplanes vorgesehen. Dort arbeiten bereits die Werke Mabubas, Biopio, Matala (Angola) und Revué, Movene (Moçambique mit insges. 266 Stationen).

Wegen ungünstiger Witterungsbedingungen ist 1953 der Anteil der Wärmekraftwerke an der *Stromversorgung* Portugals gegenüber 1952 gestiegen, wobei trotz der um 6 % erhöhten Eigenproduktion Kohlen aus dem Ausland eingeführt werden mußten. Eine volle Ausnutzung der Wasserkraftwerke war aber auch in anderen Jahren aus demselben Grunde nicht möglich. Während die Schweiz im zweiten Weltkrieg durch ihre vielen Wasserkraftwerke volle Stromversorgung aufrechterhalten und sogar noch Energie exportieren konnte, hatte man in Portugal wegen unzureichender hydroelektrischer Energieversorgung eine Reihe von Einschränkungen für den Stromverbrauch anordnen müssen. So z. B. im März 1942, als durch Regierungsdekret die gesamte Erzeugung und Verteilung des elektrischen Stromes geregelt worden war¹⁹⁷⁾. Es kann gar keine Rede davon sein, daß Portugal per Saldo „Gewinne“ im Kriege erzielt hat, daß die Kriegsjahre „Prosperitätsjahre“ für dieses Land gewesen sind¹⁹⁸⁾.

Die eigene *Kohlenförderung* deckte damals nur 25 % des Konsums. Der Brennstoffmangel führte zu Einschränkungen des Eisenbahnverkehrs¹⁹⁹⁾. Auch auf diesem Gebiet konnte man seither Fortschritte erzielen. Der Wassermangel im Jahre 1953 ließ sich durch die erwähnte Steigerung der Kohlenproduktion einigermaßen ausgleichen. Ausländische Sachverständige sehen in den reichlichen Braunkohlenvorkommen eine noch keineswegs genügend genutzte Brennstoffquelle, nicht nur für die Energieversorgung, sondern auch für die Eisenschmelze, beurteilen aber die Einrichtung einer vollständigen schwerindustriellen Anlage einschließlich Walzwerk noch zurückhaltend. Im Revier von Moncorvo ist eine Reserve von 400 Mill. t Erz mit über 45 % Eisengehalt festgestellt worden²⁰⁰⁾. 1953 erschien zum ersten Mal Eisenerz aus den Gruben von Malatane (Moçambique) auf dem Weltmarkt. Es wird mit Lastwagenkolonnen (500 t pro Tag) nach Ressano Garcia und von dort per Eisenbahn zum Verschiffshafen Lourenço Marques transportiert, über den auch der südrhodesische Kohlenexport abgewickelt wird. Moçambique besitzt ferner im Bezirk von Tete Kohlengruben, deren Förderung (1955: 172 000 t, 1953: 161 000 t) aber für die Versorgung dieser Provinz nicht ausreichen, so daß Kohlen aus Südrhodesien (Wankie Colliery Co.) und Transvaal eingeführt werden müssen (1955: insgesamt 226 000 t). Die Produktion der Moatize-Gruben dient in erster Linie zur Versorgung der einheimischen Eisenbahnen. Seit Mitte 1951 werden geringe Mengen exportiert, hauptsächlich nach Portugal. Die bei Dondo in der Nähe von Beira errichtete Zementfabrik (welche nicht nur die Versorgung des gesamten Inlandsmarktes, sondern darüber hinaus Exporte nach Deutsch-Ost und Kenya ermöglicht) ist ein bedeutender Konsument von Koks. Als Transportweg dient die Tete-Bahn, die auf Grund des Sechsjahresplanes ausgebaut werden soll (Verlängerung bis Furancungo). Mit Hilfe moderner Förderanlagen könnte die Produktion von Mineralien verdreifacht werden²⁰¹⁾. Bei Prospektierungsarbeiten leisten die USA Kapitalhilfe (Technical Assistance). Durch eine Steigerung der Kohlenproduktion und Verbesserung der Verkehrswege läßt sich vollständige Selbstversorgung sichern. Außerdem kann für die südafrikanische Kohle ernsthafte Konkurrenz entstehen, denn Tete-Kohle soll in der Qualität

197) NZ Nr. 117 vom 11. 3. 42.

198) Vgl. auch v. Gersdorff (1), a.a.O.

199) St. Galler Tagblatt Nr. 430 vom 14. 9. 42.

200) Mitteilungen der Bundesauskunftsstelle für den Außenhandel Nr. 12, Bonn 12. 3. 53.

201) Norddeutsche Bank AG: Portugal und seine überseeischen Provinzen, Wirtschaftsbericht, Hamburg, März 1953, S. 32.

besser sein. Der Vorrat wird auf 700 Mill. t geschätzt. Das Kapital der größten Gesellschaft²⁰²⁾, die im Tete-Bezirk arbeitet, beläuft sich auf 40 000 C. Es ist mehrheitlich in belgischen Händen. 1947 war nämlich die „Société Minière et Géologique du Zambèze“ (gegr. 1919) mit kleineren portugiesischen Gesellschaften zur „Companhia Carbonifera de Moçambique“ vereinigt worden. Auch in Angola gibt es Kohlenlager, die aber bis auf einige bituminöse Kohle noch nicht abgebaut wurden. 1952 mußte Steinkohle im Wert von 19 164 C. eingeführt werden, sowie Benzin (68 905), Dieselöl (34 989) und Schmieröl (26 844)²⁰³⁾. Man fährt dort auch mit dem bei der Zuckerproduktion anfallenden Alkohol als Ersatz für Benzin.

Interessant könnten für Portugal auf dem Gebiete der Finanzierung der Kohlen- und Gaswirtschaft französische *Indexanleihen* sein, die den oben beschriebenen Elektrizitätsbons ähnlich sind. Obwohl der Escudo eine äußerst solide, „harte“ Währung ist und es so scheint, als ob man der währungspolitischen Logik entbehrt, wenn man Indexanleihen auch für Portugal vorschlägt, so ist doch zu sagen, daß in erster Linie stets die Sicherheit der Sparer maßgebend sein muß und gerade sie konnte Ministerpräsident Salazar vor keiner Geldwertverminderung schützen²⁰⁴⁾. Nur den größeren Mächten ist es möglich, einen eigenen Preisstand aufrechtzuerhalten. Kleine haben sich den großen anzuschließen. So mußte Salazar den Pfundabwertungen folgen²⁰⁴⁾. Der staatliche Kohlenbergbau Frankreichs (Charbonnages de France) hat nicht nur im Jahre 1952 seine Anleihen bei Schweizer Banken (von der Eidgenossenschaft garantiert!) durch Lieferungs- und Preisklauseln gegen Kürzung seiner Lieferungen infolge Kohlenmangels und Preissteigerungen mit einer Garantie versehen, sondern auch seine Emissionen im Inland von 1953 (5½–6 %-Obligationen im Wert von 20,44 Mrd. fFr. auf 9 Jahre) und 1954 dadurch gegen eine eventuelle Geldentwertung geschützt, daß sich der Rückzahlungskurs nach dem Kohlenpreisindex richtet. Der Zinsfuß beträgt während der ersten drei Jahre 5¼ % und für die letzten sechs Jahre 6 %, der Ausgabekurs 100 %. Rückzahlung erfolgt nach diesen 9 Jahren mindestens zum Nennwert, wobei im Fall der Steigerung des Kohlenpreisindex eine, nach dieser sich richtende Rückzahlungsprämie, gezahlt wird. Der Obligationär hat die Möglichkeit nach Ablauf von 3 bzw. 6 Jahren Rückzahlung, allerdings nur zum Nennwert, zu verlangen²⁰⁵⁾. Es gibt aber auch französische Obligationen, deren Verzinsungs- und Rückzahlungsbedingungen sich mit steigender Produktion der Gesellschaften verbessern. Die staatliche Gasgesellschaft Frankreichs (Gaz de France) hat Anfang Dezember 1953 eine Anleihe von 3 Mrd. fFr. bei verschiedenen Versicherungsgesellschaften untergebracht, aufgeteilt in „Produktionsanteile“ nach dem Muster der *Électricité de France*. Jeder Anteil entspricht dem durchschnittlichen Verkaufspreis von 500 m³ Gas. Dieser Verkaufspreis betrug 1952 ca. 23 fFr. Dementsprechend beträgt der Emissionspreis sowie der garantierte Einlösungswert des Anteils 11 500 fFr. Der Jahreszins entspricht dem Verkaufspreis von 25 m³ Gas, kommt also 5 % gleich. Immerhin wurde der Mindesteinlösungswert der Jahrescoupons mit nur 525 fFr. festgesetzt. Die Laufzeit der Anleihe ist auf 18 Jahre begrenzt worden. Die Rückzahlung beginnt im sechsten Jahr und erfolgt in 13 Jahresraten durch Ziehung. Vorzeitige Tilgung durch Rückkauf an der Börse ist zulässig. Die Anleihe wird vom Staat garantiert²⁰⁶⁾.

In diesem Zusammenhang ist noch ein Blick auf die *portugiesische Erdöl- und Uranwirtschaft* zu werfen. Infolge des Mangels an eigenem Erdöl und des Fehlens einer großen Raffinerie mußte während des zweiten Weltkrieges die

²⁰²⁾ Die Produktion der übrigen ca. 40 Bergwerksgesellschaften ist unbedeutend.

²⁰³⁾ Jahresbericht 1952 der BdA, S. 27.

²⁰⁴⁾ v. Gersdorff (1), a.a.O. Argumente gegen Indexanleihen und andere Anwendungen von Indices siehe S. 179 und S. 49, 196 f.

²⁰⁵⁾ NZZ Nr. 1184 vom 14. 5. 54.

²⁰⁶⁾ NZZ Nr. 2931 v. 4. 12. 53.

Rationierung für Benzin und gewisse Rohprodukte eingeführt werden²⁰⁷). Von der Einschränkung des Benzinverbrauchs wurden auch industrielle Unternehmungen getroffen, die Benzinmotoren in Betrieb hatten. Schließlich mußte die Benutzung solcher Aggregate gänzlich untersagt werden, ebenso wie der Verkehr mit Privatfahrzeugen und Motorrädern²⁰⁸). Nach derartig schlechten Erfahrungen ging man daran, selbst Bohrungen durchführen zu lassen und die eigene Raffinerie (Sacor) zu vergrößern. Erst im Jahre 1953 war es der staatlichen Sacor möglich zur Selbstfinanzierung überzugehen²⁰⁹). Sie läßt in Westdeutschland eine Crackanlage amerikanischen Patents bauen, die 40 Mill. DM kosten soll²¹⁰). Über Bohrungen in Portugal schrieb die „Erdölzeitung“²¹¹) im April 1953:

„... Im Zuge eben begonnener Schurfarbeiten der Cia. dos Petroleos de Portugal (einer halbstaatlichen Gesellschaft, die mit 51 % portugiesischem und 49 % schwedischem Kapital arbeitet) stieß die Bohrung Abadia 1 bei nur 144 m Tiefe in sandig-mergeligen Schichten auf Kluftöl, von welchem 30 bis 40 Liter täglich geschöpft werden konnten. Da starke Gase zusetzten, wurde die Bohrung abgeschlossen. Die fündige Sonde ist von dem auch in Österreich bestbekannten Erdölgeologen Professor KREJCI-GRAF loziert worden, der gemeinsam mit dem deutschen Erdölgeologen Dr. MEMPEL für die Cia. dos Petroleos de Portugal verpflichtet ist. Die Schurfbohrung befindet sich auf dem Scheitel der geologischen Struktur von Torres Vedras (Salzaufbruch). Es soll an derselben Stelle jetzt eine Tiefbohrung entsprechenden Durchmessers angesetzt werden, um die Lagerstätte näher zu erforschen...“

Die portugiesische Regierung hat der Gesellschaft „Combustiveis do Lobito“ Schurfrechte in der Provinz Angola bewilligt. Diese Firma will dort 7 Mill. Dollar für die Erdölforschung investieren²¹²). In Angola arbeitet auch eine Tochtergesellschaft der „Petrofina, S.A.“ Brüssel, die 1954 eine 4 %-Schweizerfranken-Anleihe in Höhe von 40 Mill. aufgenommen hat. Die Hauptinteressen der Petrofina liegen jedoch in Kanada und Mexiko. In Angola betätigt sie sich beim Verkauf von Ölprodukten und führt Bohrungen durch, die schon an der Küste bei Amboim und Cacoba fündig wurden. Es bestand aber von seiten der Unternehmer kein Interesse an der Ausbeutung²¹³). Im September 1954 ist im Gebiet von Benfica dicht bei Luanda ein Bohrturm errichtet worden²¹⁴). Nach Ablauf des ersten Jahres konnte ein Tanker mit 5 000 t Rohöl nach Lissabon geschickt werden. Unter der Stadt Luanda wurde in 180 bis 2800 m Tiefe ein riesiges Ölbassin (mit Öl von guter Qualität und hohem Druck) gefunden, das sich bis unter den Meeresboden erstrecken soll. Die nach den letzten Bohrungen erschlossenen Reserven werden mit 10 Mill. Gallonen angegeben, die sich im Laufe der nächsten Zeit auf 100 Mill. erhöhen sollen. Bei Luanda will die Regierung eine große Raffinerie und in Portugal ein Wasserkraftwerk errichten, das mit Angola-Öl betrieben werden kann²¹⁵).

Auch Moçambique wird nach Erdöl abgesucht, teilweise sogar mit Flugzeugen. Ein Bericht der südafrikanischen Nachrichtenagentur Cesafen lautet²¹⁶):

„Schon seit längerer Zeit wird in Moçambique nach Erdöl gesucht. Es scheint, daß die Bohrungen der „Mozambique Gulf Oil Company“ erfolgreich waren, da die Gesellschaft aus Amerika neue Maschinen erhalten hat. Moçambique ist reicher an Bodenschätzen, als man gemeinhin annimmt, doch fehlte es bisher an Kapital (!), um Schürfungen und Bohrungen systematisch vorzunehmen.“

207) St. Galler Tagbl. Nr. 430 v. 14. 9. 42.

208) NZZ Nr. 261 v. 17. 2. 42.

209) Mitt. d. Bundesausk. f. d. Außenhdl. Nr. 12 v. 12. 3. 53.

210) Nachrichten für den Außenhandel Nr. 37, Berlin, 26. 5. 53.

211) Wien, Urban-Verlag, Jg. 69, S. 74.

212) Erdölzeitung, Wien, 68. Jg. 1952, S. 152.

213) Obermaier, a.a.O., S. 8.

214) NdP 25. 9. 1954.

215) Armando (3), a.a.O., S. 149.

216) BN Nr. 295 vom 15. 7. 52.

Im Mai 1948 wurde zwischen der Regierung und der amerikanischen Mozambique Gulf Oil Co. ein Vertrag abgeschlossen, wonach die Gesellschaft sich für den Zeitraum von 10 Jahren zur Prospektierung in der Provinz Sul do Save verpflichtet. Vaughan²¹⁷⁾ schreibt über die Bedingungen dieses Vertrages:

„... Oil had to be found within three years from that date unless within that period a sum of 600 000 dollars had been spent, in which case the period in which oil must be found would be extendable by two years. These 600 000 dollars were spent in the first year and, consequently, in May, 1951, the period for finding oil was extended to May, 1953. At the same time a proviso was added that if within the period May, 1951, to May, 1953, a further 500 000 dollars were spent in Moçambique, the period in which oil must be found would be extendable to the whole period of the contract, i. e. ten years from May, 1948. A magnetometer survey by air was completed in 1949. Since that time ground surveys have continued throughout the concession covering both geological and geophysical studies of the area.“

1951 soll von der Mozambique Gulf Oil Co. die erste Phase der Bohrungsarbeiten auf einem Gebiet von 120 000 (?) qkm durchgeführt worden sein²¹⁸⁾.

Die große Hoffnung Portugals auf dem Gebiet der Energiewirtschaft sind (infolge des Mangels an Kohle und Erdöl) seine beträchtlichen *Reserven an Uranerzen*. An sich ausreichende Wasserenergiequellen werden zwar noch lange nicht voll genutzt und bieten viele Möglichkeiten beim Mehrzweckebau (Energiegewinnung, Bewässerung, Flußregulierung, Schiffahrt), aber leider würden die in Portugal häufig vorkommenden regenarmen Perioden auch bei voller Nutzung zu Einschränkungen des Stromverbrauchs zwingen. Die portugiesische Uranerzförderung (Mutterland und Übersee) im Jahre 1953, bezogen auf den Urangehalt der Erze, betrug 250 t. Verglichen mit der übrigen Förderung der Welt ist dies eine recht ansehnliche Menge²¹⁹⁾: In t:

<i>Westliche Hemisphäre:</i>	7 800
Belgien und Belgisch-Kongo	4 450
Britisches Commonwealth	1 750
davon: Kanada	1 440
Großbritannien	300
Australien	5
Südafrika	5
USA	1 200
Süd- und Mittelamerika	20
Portugal mit Überseeprovinzen	250
Frankreich	100
Sonstige Länder	30
<i>Östliche Hemisphäre:</i>	1 270
UdSSR	900
Tschechoslowakei	300
Ostdeutschland	50
China	10
Bulgarien	10

Die meisten Uranerze beziehen die USA auch heute aus Belgisch-Kongo, Kanada, Portugal und dem Britischen Commonwealth. Verglichen etwa mit derjenigen Portugals ist die Uranerzgewinnung in Australien und Südafrika noch unbedeutend. Die reichhaltigsten Lager in Belgisch-Kongo sind indessen abgebaut, die anderen erschöpfen sich ebenfalls. Außerdem drohen die Belgier mit Verweigerung weiterer Lieferungen, wenn die USA ihr 1944 der Exilregierung gegebenes Versprechen nicht einhalten und kein Atomwerk in Belgien bauen. Da England die Produktion des Commonwealth selbst braucht und Frankreich

²¹⁷⁾ a.a.O., S. 28.

²¹⁸⁾ Norddeutsche Bank, a.a.O., S. 32.

²¹⁹⁾ Orion, Zeitschrift für Natur und Technik, 9. Jg. November 1954, Heft 21/22, S. 915. Die Zahlen sind möglicherweise nicht ganz zuverlässig.

Selbstversorger ist, zählt Portugal gegenwärtig zu den wichtigsten Lieferanten der USA. Während Holland, Schweden, Norwegen, Italien, Brasilien und Argentinien schon lange Atomenergieprojekte verfolgen, haben Portugal und die Schweiz bisher gezögert, eigene Anlagen zu bauen. Dabei hat Portugal noch den Vorteil eigene große Erzvorräte zu besitzen. Man wollte in Lissabon zuerst überhaupt nichts von einer Ausbeutung der Uranerzvorkommen wissen. Die Ausfuhr von Uranerz aus Moçambique war lange Zeit verboten. Bezeichnend ist eine Bemerkung Vaughans²²⁰) darüber:

„... Radio Active Minerals. Discovery of these in the Tete area has been made and uranium extracted. In 1949 some 40 tons of radio active mineral, with uranium content, were bought by a French firm, but no uranium was exported in 1950. The provincial Government has reserved for itself the rights in this area, and prospecting concessions can only be granted through them, as the Portuguese Government has prohibited all independent prospecting for uranium and thorium throughout the Portuguese Empire...“

Welche Schwierigkeiten der Besitz eines seltenen strategischen Rohstoffes für ein Land mit sich bringt, das ihn nicht selbst verwerten kann, hat der *Wolfram-Rausch* während des zweiten Weltkrieges zur Genüge gezeigt. Der Preis für Wolframerz war damals von 20 auf 500 Esc. gestiegen. Die Bauern verließen in Massen ihre Felder, um die verbotene Erzgraberei mit primitiven Werkzeugen aufzunehmen. Sie förderten oft mehr als die konzessionierten Grubenbetriebe. Bei Kriegsende wurde nicht nur die heimliche, sondern auch die meiste konzessionierte Erzförderung aufgegeben. Weder in der Landwirtschaft noch in der Industrie hat man es verstanden die während des Krieges erzielten Konjunkturgewinne volkswirtschaftlich richtig anzulegen, etwa zur Sanierung oder Rationalisierung. Auch die durchaus vernünftige Wirtschaftspolitik der Regierung vermochte nichts daran zu ändern.

Nachdem man erst geglaubt hatte, daß Ministerpräsident Salazar die Ausbeutung der Uranerzvorkommen in Portugal und Moçambique mit allen Mitteln verhindern wolle, zeigte doch die Koreahausse, daß ein weiterer Abbau der Wolframerze (Portugal wurde nach dem Ausfall Chinas Hauptlieferant) und schließlich der Uranerze nicht zu verhindern war. Langsam reifte der Entschluß zur Gründung einer „*Junta de Energia Nuclear*“, die nicht nur forschen, sondern auch auswerten soll, in eigener Regie für die eigene Wirtschaft. Den letzten Anstoß dazu gaben verlockende Angebote der Engländer und Amerikaner. Im Wahljahr 1953 wurde Salazar von der Opposition vorgeworfen, daß er ausländische Finanzierungspläne und -angebote ausschlug, welche angeblich alle Anstrengungen und Opfer des beginnenden Sechsjahresplanes unnötig machen und Portugal auf das materielle Niveau Belgiens heben würden²²¹). Schließlich beauftragte Salazar seinen bewährtesten Minister, Ing. José Frederico Ulrich mit der Führung der erwähnten Junta (autonome Staatsverwaltung). Ulrich hat sich während seiner siebenjährigen Dienstzeit als Minister für öffentliche Arbeiten große Verdienste erworben und gilt als einer der fähigsten Männer der Regierung Salazar. Dies zeigt die Bedeutung, welche man der Nutzung der Atomenergie beimißt. Mit seinen bescheidenen Mitteln wird Portugal den Rückstand in der Atomforschung nur aufholen können, wenn es die Hilfe der Amerikaner und Engländer gewinnen kann, die ihre Fortschritte in der Atomphysik nur mit vielen Milliarden an Staats-Ausgaben à fonds perdu erringen konnten. Portugals Reichtum an Uranerzen und seine traditionelle Freundschaft mit England und den USA gibt ihm eine gute Verhandlungsbasis. Staatliche Souveränität nach Art des 19. Jahrhunderts gibt es ohnehin nicht mehr.

²²⁰) a.a.O., S. 27—28.

²²¹) Irene Seligo: Uran, eine neue Energiequelle Portugals. Die Atomkraft soll ausgewertet werden. In: FAZ 30. 4./1. 5. 54.

„...Holz als Energiequelle ermangelte des politischen Gewichts, Gas und Elektrizität waren und sind eine kommunal- und staatspolitische Realität, Atomenergie ist eine weltpolitische Realität und wird es bleiben, falls nicht eine über die Welt zerstreute Zahl von Lagerstätten des Urans noch gefunden werden sollte...²²²⁾.“

Es ist schon lange bekannt, daß in den unwegsamen Gebirgen Mittel- und Nordportugals neben Wolfram und Zinn (estanho) bedeutende Vorkommen an radioaktiven Erzen lagern. Ausländisches Interesse daran begann sich seit 1945 bemerkbar zu machen, als der Wettlauf der Amerikaner und Engländer nach solchen Fundstellen einsetzte²²¹⁾. Im Herbst 1952 hatte sogar Außenminister Eden eine große englische Wolframmine im oberen Vougatal besichtigt, aus deren Halden heute bereits Uran gewonnen wird. Es soll damals auch zu Verhandlungen wegen einer Generalkonzession für Uranvorkommen in Portugal und Portugiesisch-Afrika gekommen sein²²¹⁾. Dort sind solche Vorkommen hauptsächlich in Moçambique gefunden worden, im Mavudzi-Tal (Tete-Distrikt). Abbau erfolgt erst seit 1950, vornehmlich durch Handarbeit²²³⁾.

Nicht zuletzt ist das Ungenügen seines Energiepotentials der Grund dafür gewesen, daß Portugal noch heute ein Agrar- und kein Industriestaat ist. Es hat nun die große Chance, sehr bald zu einem Industriestaat aufzusteigen — vorausgesetzt, daß die Rentabilität der Atomenergiegewinnung gesichert werden kann — und zwar mit allen Vorteilen, welche die Atomenergie schon heute bietet. Für die *Standortbestimmung der neuen Industrien* werden Transport- und Lagerungskosten des Rohstoffes Uran auf ein Minimum reduziert werden, so daß die Energie zu einer billigen Ubiquität wird, deren wesentlichster Kostenfaktor im Energietransport liegt²²⁴⁾. Die Industrialisierung Portugals und seiner afrikanischen Provinzen wäre damit von den stärksten Attraktions- und Agglomerationskräften der hochkapitalistischen Epoche befreit. Energierohstofforientierung bei der Lokalisierung von Industrien würde von vornherein ausgeschaltet, während der Konsum- und Arbeitsorientierung vermehrte Bedeutung zukäme. Vielleicht läßt sich aber dann auch der Landflucht und Verstädterung, der Bildung eines weißen und schwarzen Proletariates und damit der Entstehung des Klassenkampfes besser entgegenwirken. Die Verminderung der versteckten Arbeitslosigkeit auf dem Lande, besonders in Südportugal, kann durch eine stärkere Entwicklung von Industrie und Handwerk in dieser abgelegenen Gegend sowie in kleineren und mittleren Orten besser durchgeführt werden, wenn man die dezentralisierend wirkende Kraft der Atomenergie benutzen kann. In Afrika könnten jene Orte, in denen die Produktion am gesündesten und bequemsten ist (z. B. die Hochländer von Angola und Moçambique) die größten Anziehungspunkte bilden. Da man nur auf wenig bestehende Industrien Rücksicht zu nehmen braucht, kann durch die Anlage von Verkehrswegen und die Produktionssteigerung an den nunmehr günstigsten Standorten ein Maximum der neuen technischen Möglichkeiten verwirklicht werden.

„...Besondere Bedeutung kommt... Kleinreaktoren zu, mit deren Weiterentwicklung man sich in Amerika bereits befaßt. Diese Anlagen mit einer Stromleistung von etwa 1800 kW dürften besonders für abgelegene Ortschaften und Industriebetriebe geeignet sein, für die die Energieversorgung durch Anschluß an ein bestehendes Verteilungsnetz entweder aus technischen Gründen besonders schwierig oder aber nur zu hohen Kosten möglich wäre. Die Kleinreaktoren haben

²²²⁾ Edgar Salin: Wirtschaft und Technik als politische Realität, Sigillum-Verl. Köln, 1954, S. 20. Vgl. auch: E. Salin: Ökonomik der Atomkraft, Köln, 1955, und W. Amflur-Thuf: Standortprobleme für atomare Energieerzeugung, in: Wirtschaftsdienst, Hamburg, Juni 1956, S. 318—321.

²²³⁾ Obermaier, a.a.O., S. 37.

²²⁴⁾ Salin, a.a.O., S. 19.

einen Durchmesser von nur 50 cm, können daher leicht, sogar mit dem Flugzeug, transportiert und an Ort und Stelle installiert werden...⁽²²⁵⁾

Die Industrialisierung Portugals braucht nun nicht mehr auf Kosten der Industrialisierung der afrikanischen Provinzen erfolgen. Unternehmungen, die afrikanische Rohstoffe in Portugal verarbeiten, können Produktionsstätten an die Gewinnungsorte ihres Verarbeitungssstoffes legen, da das Problem der Energiebedarfsdeckung durch Benutzung der Atomenergie verhältnismäßig leicht zu lösen sein wird. Daß die Regierung Salazar dem „Gemeinsamen Europäischen Markt“ nicht beitreten möchte, um das europäische und afrikanische Portugal nach Aufhebung der noch bestehenden Zollschränken zu einem „Gemeinsamen Portugiesischen Markt“ zusammenzuschließen, läßt jedoch vermuten, daß man auch in Zukunft die Absicht hat Afrika zunächst als Absatzgebiet für die sonst konkurrenzunfähige Industrie des Mutterlandes⁽²²⁶⁾ zu benutzen und eine stärkere Industrialisierung der Überseegebiete auf einen späteren Zeitpunkt verschieben will.

Benachbarte Siedlungen sollten sich zu *Finanzierungsgesellschaften* zusammenschließen und mit Hilfe des Staates Reaktoren als Gemeinschaftswerke bauen. Die hohen Entwicklungskosten werden in den USA und in England allein vom Staat getragen, während Portugal nicht nur durch seine Erzlieferungen verdienen kann, sondern auch durch die Ersparnis an Entwicklungskosten. Nach einer Meldung des „Bund“ (Bern, 1. 5. 1954) soll das *Uran bereits eine billigere Energiequelle sein, als Kohle* (welche in Portugal im Gegensatz zur Tete-Kohle noch dazu von minderwertiger Qualität ist⁽²²⁷⁾), besonders unter Berücksichtigung der Transportkosten:

„New York. Die Fortführung der Atomforschung läßt nunmehr auch auf die Kosten der Atomenergie gewisse Schlüsse zu. Schon jetzt zeigt es sich, daß viele Schätzungen über die Erzeugungskosten nutzbarer Energie aus Kernreaktoren zu hoch gegriffen sind. Uran 235, das als einziges in der Natur vorkommendes Element mit langsamen Neutronen spaltbar ist, findet sich in allem natürlichen Uran im konstanten Verhältnis 1 : 140. Das Isotop läßt sich in einem Reaktor entsprechender Bauart in seiner natürlichen Konzentration von 0,7 Prozent, aber auch in jeder beliebig angereicherten Form verwenden. Nach Schätzungen der Atomenergiekommission dürfte 1 kg reines Uran 235 etwa 20 000 Dollar kosten; bei Berücksichtigung des Energieäquivalents entspricht dies einem Kohlenpreis von nur 6 Dollar pro Tonne. Selbst in seiner teuersten Form stellt sich also der atomare Brennstoff U-235 in manchen — von den Kohlenvorkommen entfernten — Gebieten der USA und noch mehr in anderen Weltteilen, billiger als Kohle. Weiter ist zu

225) Amflur-Thuf, a.a.O., S. 321. Für Orte, die mit der Eisenbahn zu erreichen sind, aber noch keine Elektrizitätsversorgung haben, können die von Brown Boveri (Schweiz) konstruierten fahrbaren Gasturbinenkraftwerke (Kapazität: 6200 kW) gute Dienste leisten. Mit diesen Stromerzeugungsanlagen ist es möglich, eine kleinere Stadt mit elektrischer Energie zu versorgen. Sie werden in Mexiko mit Erfolg in Fällen von Energieverknappungen (Wassermangel in Dürrezeiten) verwendet und können auch zur Überwindung saisonaler Arbeitslosigkeit, für Heimindustrien usw., eingesetzt werden.

226) Gemeint ist die Industrie mit Ausnahme der Exportindustrie. Leider hat die wichtigste Exportindustrie, die Fischkonservenindustrie, neuerdings mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen (Abnahme der Sardinenfänge um 50 % (1955) und entsprechend höhere Fischpreise), die die Schließung der Fabriken und Stockungen beim Absatz im Ausland zur Folge haben. Die marokkanische Konkurrenz produziert billiger und kann für jede in den USA abgesetzte Kiste 3 Kisten zollfrei nach Frankreich einführen. Die ausländischen Kunden ziehen neuerdings niedrigere Preise der höheren Qualität der portugiesischen Produkte vor. Sardinenkonserven sind nicht mehr Genußmittel, sondern nur noch Nahrungsmittel. Vgl. Armando (2), a.a.O.

227) Diese Kohle könnte wirtschaftlicher in Produkte höheren Wertes als elektr. Energie (z. B. in chemische Produkte) umgewandelt werden.

bedenken, daß mit Hilfe des sogenannten Arco-Reaktors sekundäre Reaktor-brennstoffe wie Uran 238 oder Thorium in Uran 235 bzw. Plutonium übergeführt werden, wobei gleichzeitig Energie frei wird. Auf diese Weise fällt mehr atomarer Brennstoff an, als verbraucht wird. Diese Entwicklung läßt nicht nur starke Kosten-senkungen bei nuklearen Brennstoffen erwarten, sondern kommt praktisch einer Steigerung der Weltvorräte an spaltbaren Materialien auf das Vielfache gleich. Bei Verwendung von Reaktoren, die Energie und atomare Brennstoffe gleichzeitig liefern, dürften die gegenwärtig bekannten Uranreserven zumindest 25 Mal größer sein als die gesamten fossilen Brennstoffvorräte der Welt an Kohle, Öl und Gas. In dem Maße, als diese Vorräte immer mehr aufgebraucht werden, muß sich die Aufmerksamkeit in gesteigertem Umfang zwangsläufig der Atomenergie zuwenden, die die Aufrechterhaltung eines hohen Lebensstandards auch in Zukunft verspricht.“

„...Nach Edgar Salin werden in einem modernen thermischen Kraftwerk zur Erzeugung von 100 Mill. kWh elektrischer Energie 35 000 t Kohle benötigt, das sind 3500 Eisenbahnwaggons; für die gleiche Elektrizitätsmenge sind im einfachsten Atomreaktor dagegen nur 35 kg Uran erforderlich²²⁸⁾...“

Weitere Einsparungsmöglichkeiten bietet die Verwendung von radioaktiven Isotopen, die in immer größeren Mengen anfallenden Nebenprodukte der Atomenergieerzeugung. „Strahlende Isotope“ waren schon früher bekannt. Vom Reaktor werden sie in einer großen Fülle und Mannigfaltigkeit geliefert und stellen daher das zweite Anwendungsgebiet der friedlichen Atomenergie dar, das heute überhaupt noch nicht zu übersehen ist, aber mindestens ebenso bedeutend werden wird wie die Stromerzeugung aus Atomenergie. Einsparungen konnten bisher auf folgenden Gebieten erzielt werden: Produktion von Röntgen-apparaturen, Lebensmittelkonservierung, Düngung, Messung und Regulierung bei der Produktion von Bandstählen im Walzwerk (jetzt 2500 m in der Minute)²²⁹⁾.

„...Neben den chemischen, biochemischen und landwirtschaftlichen Forschungs-instituten gab es im Juli 1954 in den Vereinigten Staaten bereits 850 industrielle Verbraucher von Radio-Isotopen. Nach Angaben der Atomenergie-Kommission erzielt die amerikanische Industrie schon heute durch Anwendung von Isotopen auf den verschiedensten Gebieten Einsparungen von jährlich 100 Millionen Dollar. In zehn Jahren werden es mindestens eine Milliarde Dollar sein²³⁰⁾...“

Noch 1931 konnte H. Lautensach über Portugal schreiben²³¹⁾:

„...So stellte sich heraus, daß das kleine Land nicht gleichzeitig zu beidem fähig war, zu einer wirtschaftlichen Erschließung der riesigen überseeischen Besitzungen, die es in einer genialen Zusammenfassung aller Kräfte als erster unter den europäischen Staaten gewonnen hatte, und zu einer zielbewußten Entwicklung des heimischen Bodens. Auch heute noch bilden diese beiden Wege wie A. Sergio klar betont hat, das Entweder-Oder der kulturgeographischen Entwicklungsmöglichkeiten Portugals...“

Seit 1931 hat die Regierung Salazar nach erfolgreichen Finanz- und Währungsreformen²³¹⁾ sowohl im Mutterland, als auch in Übersee Leistungen vollbracht, die man damals noch nicht für realisierbar hielt. Heute bieten sich nicht nur mit Hilfe der Technik und Atomenergie, sondern auch mit dem Kapital und Arbeitspotential des Auslandes ungeahnte Möglichkeiten für den materiellen Aufstieg des Portugiesischen Reiches, in dem, wie wir in dieser Studie zu zeigen suchen, auch Inlandskapital mobilisiert werden kann.

²²⁸⁾ Zitiert von Amflur-Thuf, a.a.O., S. 319.

²²⁹⁾ Hans Gerhard Meyer: Segensreiche Atomtechnik. Die Fragen und Probleme, bei deren Lösung „strahlende Atome“ (radioaktive Isotope) unentbehrlich oder hilfreich sind, vermehren sich fast täglich. In: Die Weltwoche Nr. 1097 vom 19. 11. 1954. Vgl. auch Felix Wachsmann: Die radioaktiven Isotope, Francke, Bern 1954; E. Kohl: Uran (ein Kapitel über Uran-Fundstätten), F. Encke, Stuttgart 1954.

²³⁰⁾ a.a.O., S. 98.

²³¹⁾ v. Gersdorff (1), a.a.O.

5. Bauwirtschaft.

Trotz der Priorität, die der Industrie bei der Anlage der knappen portugiesischen Kapitalien gegeben werden muß, sollen hier noch einige vorhandene und mögliche Finanzierungssysteme für die Bauwirtschaft zur Diskussion gestellt werden²³²).

„Wie fast überall in der Welt ist die Wohnungsnot auch in Portugal zu einem ernststen Problem geworden, da sich die Divergenz zwischen Baukosten und Mieten und den durchschnittlichen Einkommen, wesentlich verschlechtert hat. So datieren die ersten Maßnahmen zur Behebung der Wohnungsnot bereits aus dem Jahre 1918. Sie wurden aber wegen der schlechten Lage des portugiesischen Staates teilweise nicht ausgeführt. Zeitweise ergab die starke Auswanderung aus Portugal eine leichte Besserung der Wohnlage der mittleren Volksschichten. Aber erst nach 1928 erlaubte die Lösung der finanziellen und wirtschaftlichen Probleme die Aufstellung eines großen Wohnprogramms. Man begann mit dem Abriß ungesunder Wohnquartiere, ersetzte sie durch provisorische Wohnungen, nahm das Land durch Luftaufnahmen auf, legte den Stadtverwaltungen die Ausarbeitung geeigneter Maßnahmen zur Hebung der hygienischen Einrichtungen auf und vertraute die Organisation und Kontrolle der Pläne besonderen Organisationen an. Die nötigen Gesetze wurden geschaffen, die den Kauf oder die Beschlagnahme geeigneten Baulandes ermöglichten, um Wohnungen zu tragbaren Preisen zu erstellen. Eine Untersuchung im Jahre 1950 ergab, daß auf dem portugiesischen Festland und den angrenzenden Inseln 2 047 398 Familien lebten, von denen 1 027 688 Wohnungseigentümer waren. In Mietswohnungen lebten 816 505 Familien, während 190 017 in Wohnungen eingewiesen waren. 2 592 Familien hatten keine Wohnung, 13 449 Familien wohnten in ungeeigneten und provisorischen Unterkünften... Zur Lösung des Wohnungsproblems sieht der portugiesische Staat folgende Wege vor: Bau von Häusern mit freien Mieten für die wohlhabenden Kreise; Häuser mit beschränkten Mieten für den kleinen Geschäftsmann und die freien Berufe; Häuser mit billigen Mieten für Handwerker; Häuser mit kleinen Mieten für diejenigen Kreise, die nur über ein beschränktes Einkommen verfügen; Häuser mit ganz kleinen Mieten für diejenigen, die nur über ein unregelmäßiges Einkommen verfügen. Hierzu kommen die Bauvorhaben, die einen besonderen Charakter tragen, wie die Errichtung von Wohnungen für Fischer, Land- und Industriearbeiter. Eine unmittelbare Hilfe leistet der Staat durch

- a) Bau von Wohnungen auf Staatskosten, die sogenannten „Casas Economicas“ und die Landarbeiterhäuser,
- b) Bau von Wohnungen durch den Staat in Zusammenarbeit mit den Verwaltungskörperschaften,
- c) Gewährung eines nicht rückzahlbaren Anteils, der bis zu 50 v. H. der Baukosten betragen kann (Fischerhäuser),
- d) Gewährung einer nicht rückzahlbaren Beihilfe, die je nach dem Bauvorhaben festgesetzt wird (Häuser für Familien mit beschränkten Mitteln),
- e) Gewährung einer nicht rückzahlbaren Beihilfe, die die Differenz zwischen dem für den Kauf des bereits aufgeschlossenen Terrains festgesetzten Preis und dem tatsächlichen Preis, zuzüglich der Auflassungskosten, Kanalisation, Licht und Wasser, darstellt,
- f) Gewährung einer Beihilfe von 50 v. H. der Baukosten, die langfristig rückzahlbar ist (ohne Zinsen),
- g) Gewährung eines Darlehens der „Caixa Geral de Depósitos, Crédito e Previdência“ (Allg. Depositenkasse) mit langfristiger Amortisation und relativ geringem Zinssatz (Häuser mit geringen Mieten) und durch indirekte Hilfe wie Befreiung von fiskalischen Abgaben bei Übertragung oder Schenkung und u. a. durch Erlaß der Grundsteuer. Außerdem können städtische Abgaben erlassen werden...

²³²⁾ Vgl. für diesen Abschnitt: Bul. 31. 3. 44, S. 6; 31. 8. 47, S. 22; 30. 11. 48, S. 12; 31. 3. 49, S. 11; SPN: Casas Economicas, 1943; J. de Castro Fernandes: A Previdência e o Problema da Habitação, SNI, Okt. 1948; Sub-Secretariado do Estado das Corporações e de Prev. Soc.: Organização corporativa nacional, Nr. 13, 1934, S. 35–52; NdP 31. 5. 52; 21. 6. 52; 21. 2. 53; Federação das Caixas de Previdência: abc do Seguro Social, Lissabon 1949, S. 35.

Das Gesetz Nr. 2007 (vom 7. 5. 45) sieht vor, daß Kooperativen und Gesellschaften mit beschränkter Haftung, die zu diesem speziellen Zweck begründet werden, den Wirtschaftsorganisationen, den Fürsorgeeinrichtungen und Einrichtungen des öffentlichen Dienstes, industriellen Unternehmen und geeigneten privaten Einrichtungen, die billige Wohnungen schaffen wollen, bestimmte Bauerleichterungen gewährt werden, wenn sie die im Gesetz vorgeschriebenen Bedingungen erfüllen. Die Wohnungen selbst können durch Barzahlung, Abzahlung und Miete erworben werden. Der Kaufpreis darf die 20-fache Jahresmiete nicht übersteigen. Die Wohnungen werden mietsweise nur an Personen abgegeben, deren Gehalt die 6-fache Miete nicht übersteigt, doch bleibt ein Spielraum von 20 v. H. Untermiete und Weitervermietung sind untersagt. Die monatlichen Mieten sind bei den Wohnungen der ersten Klasse auf 500 Escudos für ein Einzelhaus und auf 400 Escudos für ein Mehrfamilienhaus begrenzt. Bei den Häusern der zweiten Klasse beträgt die Miete 300 oder 240 Escudos. Das Gesetz Nr. 2007 eröffnet besonders den kooperativen Baugesellschaften, die diese Bauten unternehmen wollen, große Möglichkeiten. Die Baulust hat daher beträchtlich zugenommen. Nach einer Erhebung der Direcção dos Serviços de Urbanização vom Ende des Jahres 1951 hatten die durch das Ministério das Finanças genehmigten Gesellschaften 1322 Herdstellen fertiggestellt, 186 waren im Bau. Die rund 35 000 eingetragenen Familien stellten etwa 1,7 v. H. der portugiesischen Bevölkerung dar, jede Familie zu rund vier Personen gerechnet²³³⁾ ...“

In seinem Artikel „*So lebt der portugiesische Mittelstand*“ gibt das „Handelsblatt“²³⁴⁾ eine Beschreibung der Wohnungskosten des „Mittelstandes“, der aus obigem System Vorteil ziehen kann:

„Luis Manuel (da Silva) ist als Buchhalter im größten Lissabonner Warenhaus beschäftigt, 38 Jahre alt und schon 12 Jahre bei seiner Firma. Mit Frau und zwei Kindern von 8 und 13 Jahren hat er im „Bairro (Economico) da Encarnação“, also gleich beim Flughafen, eine Wohnung, die fünf Zimmer, Küche, Bad und Vorratskeller umfaßt. Dieses Bairro oder Viertel wurde im Zuge des sozialen Wohnungsbauwerks vor etwa fünf Jahren errichtet. Luis Manuel hat Anspruch auf eine derartige Wohnung, weil er Mitglied einer Berufsorganisation (Korporation) ist (Sindicato Nacional dos Empregados de Escritorio), welche die Bauten im wesentlichen finanziert hat. Der Andrang zu diesen Wohnungen war, als er sich vor sechs Jahren auf die Liste der Anwärter setzen ließ, noch nicht so groß, weil das Viertel verkehrsmäßig nicht allzu günstig liegt. Seit Kriegsende sind übrigens am Rande Lissabons vier derartige Wohnviertel mit insgesamt 2000 Wohnungen entstanden. Die Wohnung kostet 290 Escudos im Monat, zum Umrechnungskurs von 1 : 7 also rund 41 DM. Da er als Buchhalter seine 2000 Esc. verdient und im Dezember, wie üblich, ein Monatsgehalt extra bezieht, braucht er für die Wohnung nur etwas mehr als 10 % des Gehalts aufzubringen. Für normale Wohnungen dieser Art müssen 600 bis 700 Esc. gezahlt werden. Für Wasser, Licht und Gas wendet er monatsdurchschnittlich 150 Esc. auf, für Ernährung 1000 Esc., soweit sie zu Hause eingenommen wird. Fahrgeld für Luis Manuel und das ältere Kind, welches schon die Handelsschule besucht, machten 150 Esc. aus. Für Kleidung und Schuhe gehen 200 Esc., für Schulgeld und Schulmaterial in der Handelsschule 100 Esc. drauf. Ein Konfektionsanzug muß mit 600 bis 1000 Escudos bezahlt werden. Luis Manuel hält eine Tageszeitung, ist Mitglied des Fußballklubs „Bemfica“ und hat für den Mitgliedsbeitrag von 15 Esc. freien Zutritt zu zwei Wettspielen seines Klubs im Monat. Mit der ganzen Familie geht er monatlich einmal ins Kino und zahlt dafür, natürlich zweiter Rang, 28 Esc. Er dreht sich seine Zigaretten selbst und hat für 30 Esc. im Monat genügend Tabak um sich täglich 20 sparsam gedrehte Zigaretten zu leisten. Das jüngere Kind besucht übrigens noch die Volksschule; dort wird kein Schulgeld erhoben, Lernmittel sind frei ... Da die Fahrt nach Hause (vom Arbeitsplatz) und zurück für Luis Manuel 2 Esc. kosten würde, zieht er es vor, in einem der F.N.A.T.-Restaurants (F.N.A.T. = Nationalstiftung Freude an der Arbeit) sein Mittagessen für 4 Esc. einzunehmen, wofür er reichlich Suppe, ein Hauptgericht — abwechselnd Fisch und Fleisch — dazu ein Glas Wein und ein Brötchen bekommt. Alles ist sehr reichlich. Als Urlaub stehen ihm 25 Arbeitstage zu, die er mit dem Extragehalt zu bestreiten sucht. Er

²³³⁾ M. von Treskow: Das Problem des Wohnungsbaues in Portugal, in: Bauamt und Gemeindebau, Heft 11, Curt R. Vincentz-Verlag, Hannover, November 1952, S. 385—386.

²³⁴⁾ Nr. 149, Düsseldorf, 22. 12. 1950.

kann hierfür im Verlauf des Jahres auch sparen(?). Auf sein Jahresgehalt von 24 000 Esc. zahlt Luis Manuel eine Einkommenssteuer („Berufssteuer“) von 2 % oder 480 Esc., die von der Firma einbehalten werden. Die Staffelung ist mit höherem Einkommen progressiv. Von der Gratifikation in Höhe von 2000 Esc. ist ein Steuersatz von 5 % fällig. Zu den vorgenannten Ausgaben kommen aber noch die Ausgaben für sein Mittagessen (im FNAT-Restaurant) von monatlich rund 120 Esc., ferner Aufwendungen für Reinmachfrau, Medikamente usw. Seinen Urlaub pflegt er an einer kleinen Praia (Strand), also am Meer zu verbringen, wo er für rund 800 Esc. eine kleine Sommerwohnung von zwei Zimmern, Küche und Bad mieten kann. Derartige Wohnungen werden von der ansässigen Bevölkerung in der Saison von Juli bis September gern vermietet, während der die Schulen geschlossen sind. Sie rückt für diese Zeit irgendwo zusammen... Für die Wechselfälle des Lebens sorgt als Teil des Syndikats (Gewerkschaft) die Versorgungskasse (s. Abschnitt über Vorsorgekassen, „Caixas de Previdência“). Sie zahlt Luis Manuel, falls er krank werden sollte, drei Viertel des Gehalts auf drei Monate. Der Kassenarzt behandelt ihn und seine Familie frei. Injektionen sind ebenfalls frei, Medikamente aber nicht; dies weil Injektionen persönlich sind, ihre Anwendung daher kontrolliert werden kann. Für jedes Kind zahlt die Kasse außerdem in gesunden und kranken Tagen je nach dem Gehalt des Vaters 60 bis 100 Esc., Luis Manuel bekommt für seine beiden Kinder 160 Esc. bis sie selbst verdienen. Für Geburtshilfe kommt die Kasse ebenfalls auf, außerdem für ein Stillgeld von monatlich 50 Esc. auf acht Monate. Dafür zahlt Luis Manuel monatlich alles in allem 5,5 %, sein Arbeitgeber 15 % des Gehalts; außerdem müssen an Arbeitslosenversicherung 1,5 % bzw. 1 % des Gehalts aufgebracht werden. Mit 65 Jahren hat Luis Manuel, da er die Karenzzeit von 10 Jahren mehr als erfüllt hat, Anspruch auf 20 %(!) des Gehalts als Altersversicherung, die jedes Jahr um 2 % bis maximal 80 % steigt, so daß es sich wohl lohnt recht alt zu werden.(?) Die Wohnansprüche sind naturgemäß — im wahrsten Sinn des Wortes — viel niedriger als im unfreundlichen Norden Europas. Familie da Silva verbringt einen erheblichen Teil der reichlich bemessenen Freizeit in den Anlagen am Flughafen, in einem der vielen Parks, auf den Promenaden. Luis Manuel trifft man gelegentlich in einem Kaffeehaus bzw. einer Leitaria, die es beinahe alle paar Schritte gibt. Dort rauchen nicht nur Zigaretten, sondern auch die Köpfe. Bei einem Glas Kaffee, der einschließlich Zucker und Trinkgeld 20 Pf. kostet, diskutiert man stundenlang, wie es scheint, um des Diskutierens willen. Aufwendungen für Heizung, die relativ teuer ist, fallen daher ganz weg. Merkwürdigerweise frieren die Portugiesen durchweg weniger als die Deutschen. Damit wäre aufgezeichnet, was das Leben eines mittleren Angestellten in der portugiesischen Hauptstadt kostet, der gleichzeitig Familienvater ist. Daß die Arbeiter und auch die Leute auf dem Lande, erheblich einfacher und genügsamer leben, braucht kaum betont zu werden. Es gibt auf der anderen Seite auch eine, allerdings nur verhältnismäßig dünne Oberschicht, die man jedoch immer weniger auf dem Lande als in der Stadt antrifft. Auch die großen Landgüter sind mehr und mehr in die Hände von reichen Kaufleuten, Bankiers usw. übergegangen. Gegenüber der Lebenshaltung im sonstigen Südeuropa sind in Portugal kaum nennenswerte Unterschiede festzustellen. Bei jedem Vergleich mit den Lebenshaltungskosten und dem Aufwand im Norden Europas muß beachtet werden, daß der Südländer aus einer ganz anderen Landschaft heraus weniger Wert auf kostenzehrenden Komfort(?) und pedantische Sauberkeit legt(?). Das sind für ihn „quantités négligeables“, die er durch eine nicht so leicht abzugrenzende Phantasie spielend ersetzt. Und noch mehr als das.“

Zu diesen instruktiven Ausführungen muß noch folgendes gesagt werden:

1. Es ist unwahrscheinlich, daß ein Familienvater mit zwei Kindern und 2326 Esc. Monatsgehalt (inkl. Gratifikation und Kinderzulage) noch freiwillig für die Ferien oder etwas anderes sparen kann. Selbst wenn er es könnte, würde er als echter Portugiese eher ein Lotterielos kaufen als sparen. Nur wenige Angestellte können sich für die Ferienzeit ein Haus am Meer mieten. Diese verdienen aber mehr als 2 Contos im Monat. Nach obiger Rechnung ergeben sich monatlich Ausgaben in Höhe von 2271 Esc. (ohne Kaffeehausausgaben, Zeitung u. ä.), so daß bei diesem Beispiel nicht einmal 55 Esc. zum Sparen für die Miete (1 Monat: 800 Esc.) des Ferienhauses am

Meer zur Verfügung stehen. Dazu wäre ein Betrag von 66 Esc. im Monat, ohne Berücksichtigung von anderen Nebenausgaben, erforderlich.

2. Die Mangelhaftigkeit der Altersversicherung wird hier deutlich sichtbar.
3. Daß die Portugiesen sich durchaus gern Komfort, ja unnötigen Luxus leisten, sogar wenn ihr Einkommen dies eigentlich nicht zuläßt, haben wir am anderen Ort²³⁵⁾ dargelegt und begründet.
4. Man legt in Portugal noch viel mehr Wert auf Sauberkeit und macht entsprechende Ausgaben dafür, als in Nordeuropa. Die Kleidung ist eleganter, selbst bei Leuten mit obigen und noch niedrigeren Einkommen. Die Straßen werden regelmäßig gereinigt, Hauswände (innere und äußere) oft gestrichen, Tapeten als unhygienisch empfunden. Gerade infolge des Klimas nimmt man morgens und abends eine Dusche oder ein Bad, während in Nordeuropa nur „das Bad am Samstag abend“ üblich ist, und sonstige Duschen und Bäder wohl kaum.

Ohne staatliche Subventionen können auch Korporationen keine billigen Häuser erstellen und es fragt sich, ob die *Finanzierung* nicht ebensogut *ohne Mitwirkung der Steuerzahler* sichergestellt werden kann. So wären z. B. die Gemeinden, Städte und das Finanzministerium ohne weiteres in der Lage zu niedrigem Zinsfuß Anleihen aufzunehmen, welche sozialen Baugenossenschaften gegen Abtretung entsprechender Grundpfandtitel zur Verfügung gestellt werden könnten. Da solche Körperschaften auch langfristige Anleihen heute zu $3\frac{1}{2}\%$ Zins erhalten, während der Zinssatz für erste Hypotheken auf dem privaten Hypothekenmarkt durchschnittlich $6\frac{1}{2}\%$ beträgt (1951: 6,93 %, Kreditinstitute: 4,51 %, 3. Quartal 1955: 6,85 und 4,31 %), ergäbe sich aus dieser Zinsdifferenz für die sozialen Baugenossenschaften eine Kosteneinsparung, die es erlauben würde auf solche Weise finanzierte Neubauwohnungen für Bezieher von niedrigen Einkommen auch ohne Subventionen erheblich zu verbilligen. Sie kann einer Subventionierung von 10—15 % der Baukosten entsprechen. Die Risiken für die öffentliche Hand bestehen darin, daß 94 % der Anlagekosten belehnt werden müssen. Man weiß auch nicht zu welchem Zinssatz Konversionsanleihen aufzunehmen sind, wenn diese Anleihen oder Darlehen zur Rückzahlung fällig werden. Die Amortisationen der Baugenossenschaften werden erst einen kleinen Teil der erhaltenen Summen ausmachen. Ist der Zinssatz für die öffentliche Hand höher als der heutige — der für ein wirtschaftlich wenig entwickeltes Land wie Portugal sehr niedrig liegt — so muß sie den Baugenossenschaften entweder die erhöhten Selbstkosten für die Geldbeschaffung anrechnen (was zu Mietpreiserhöhungen für die Genossenschaftsmieter führt) oder die Zinsdifferenz muß aus öffentlichen Mitteln bezahlt werden, was auf eine spätere Subventionierung hinausläufe. In Portugal besteht indessen wenig Gefahr, daß dieser Fall eintritt, denn das Zinsniveau der Staatsanleihen wurde seit seiner Senkung vor und während des Krieges stets auf dem gleichen niedrigen Stand gehalten. (Renditen 1955: 2,41 % — 3,39 %). Eine Konkurrenzierung des privaten Hypothekenmarktes durch Zinsunterbietung würde insofern heilsam sein, als dadurch der hohe Hypothekarzinsfuß etwas gesenkt werden könnte. Andererseits würden gleichzeitig auch die schon zu niedrigen Zinssätze für Sparguthaben, Pensionskassen-, Versicherungsfonds etc. weiter reduziert. Ferner ist eine größere Investition in der Bauwirtschaft volkswirtschaftlich gesehen, wie oben bemerkt, höchst ungünstig für Portugal, das zunächst seine Industrialisierung zu finanzieren hat. Da die Verzinsung der Spargelder dort ohnehin zu niedrig ist, müssen auch für die Geldsparer höherverzinsliche Anlagemöglichkeiten bestehen, um eine Benachteiligung der meist niedrige Einkommen beziehenden Kontosparer gegenüber den reichen Effektensparern zu vermeiden, besonders im Falle einer Wiederholung der Inflation, wie sie zur Zeit des zweiten Weltkrieges in Portugal stattfand. Ein höherer Sparzins sollte nicht nur den

²³⁵⁾ v. Gersdorff (1).

echten Sparern (die infolge Konsumverzichts Spareinlagen machen können), sondern auch allen anderen Sparern wie Kontokorrent-Kunden, Gesellschaften usw. zugute kommen. Nach weiteren Steigerungen der bisherigen Sparleistungen werden dann kleine Banken und Sparkassen in die Lage versetzt mittel- und langfristige Kreditbedürfnisse kleiner Betriebe zu befriedigen. Seit 1944 gelten in Portugal folgende Zinssätze²³⁶⁾:

Banken und Bankiers: Diskontsatz 2—4½ %/o, gesicherte Kredite 1—4 %/o, Depositen auf Sicht bis zu 100 C. ½—1 %/o, über 100 C. ⅓—¾ %/o, drei Monate fest 1—1¾ %/o, sechs Monate 1½—2 %/o, zwölf Monate 1½—2 %/o. *Allg. Depositenkasse:* Kurzfrist. Hypothekarkredite 3¾—4 %/o, langfrist. 4—5 %/o, auf Kontokorrent 4 %/o, Kontokorrent- und Lombardkredite 3—3½ %/o, Diskontsatz Lagerscheine 3 %/o, Lombard-Kredite auf Gold, Silber und Juwelen 8 %/o, Sichtdepositen bis 10 Contos 2 %/o, 10—100 C. 1 %/o, 100—500 C. ⅓ %/o, 500—2000 C. ⅓ %/o, über 2000 C. zinslos, Depositen auf Zeit bis höchstens 100 C. 1¾ %/o!

Baugenossenschaften und *Genossenschaften* überhaupt konnten sich in Portugal infolge des individualistischen Charakters der Menschen nur sehr langsam entwickeln²³⁷⁾. So hatte z. B. die Baugenossenschaft „Das Wohnungsproblem“ (O Problema da Habitação) während vieler Jahre große Mühe Kredite von der „Nationalen Kreditkasse“ (an die Allg. Depositenkasse angeschl.) zu erhalten. Diese Baugenossenschaft hatte 1929 130 Mitglieder, 1931 120, 1938 592, 1942 1396 und 1948 11 267. Sie hatte bis zum 31. 12. 1948 insgesamt 657 Häuser im Wert von 73 276 C. gebaut, davon allein im Jahre 1948 151, 1947 134 und 1946 75 gegenüber nur 41 Häusern im Zeitraum 1927 bis 1938. Erst nach dem Kriege begannen Baugenossenschaften auch große Mietshäuser mit Etagen-eigentum zu bauen. In Moçambique gibt es bereits Baugenossenschaften für Schwarze, die nicht nur Zahlungen leisten, sondern auch Arbeit, so daß die Bauten relativ schnell errichtet werden können. Der Staat erleichtert die Beschaffung von Baumaterialien, auch für provisorische Bauten, damit diejenigen Schwarzen, die bereits ein gewisses Minimum von Hygiene und Sauberkeit eingeführt haben, möglichst schnell in den Besitz von besseren Häusern kommen.

Das Nord-Departement Frankreichs hat im Dezember 1953 eine interessante Anleihe im Betrage von 1 Mrd. fFr. aufgelegt, deren Ertrag zur Finanzierung des Wohnungsbaus verwendet werden soll. Es handelt sich um eine 6 %/o-Anleihe, die zu 99 % Zeichnungskurs begeben wurde. Rückzahlung erfolgt innerhalb von 20 Jahren durch Ziehung, wobei die Obligationen zum Nennwert einzulösen sind. Besondere Wertsicherungen sind nicht vorgesehen, aber dafür werden bei jeder Ziehung zwei Einfamilienhäuser verlost. Der Gewinner wird sich entweder ein Haus eines bestimmten Typs bauen oder den entsprechenden Geldbetrag in bar auszahlen lassen können. Ferner werden 10 Trostlose im Werte von je 10 % dieses Betrages gezogen²³⁸⁾.

Für Portugiesen mit höheren Einkommen, als sie die oben beschriebene Familie besitzt, ist die Gründung von Aktiengesellschaften denkbar, die Wohnungen aller Größenordnungen bauen, auch solche für Dauerpensionäre, die ihre Verpflegung in einer Hausküche bekommen (z. B. Junggesellen und ältere Personen, die sich auch ganz von der Verwaltung betreuen lassen). Viele Mietinteressenten, die über Eigenkapital verfügen, können sich auf diese Weise an der Finanzierung beteiligen sowie auch durch Kauf ganzer Etagen oder Wohnungen. Kleine Wohnhäuser, die in Portugal großen Mietskasernen vorgezogen werden, lassen sich durch Anzahlung von 40 % der Baukosten und Aufnahme 1. und 2. Hypotheken finanzieren. Nach Zahlung dieser 40 % sind die Anzahlen-

²³⁶⁾ BdP Rel. 1953, S. 68—69.

²³⁷⁾ Vergílio Moreira: As cooperativas e o problema da habitação, in: RdE Juni 1949, S. 123 f.

²³⁸⁾ NZZ Nr. 2931 vom 4. 12. 53.

den bereits Hausbesitzer und zahlen dann während 10 Jahren die relativ kleinen Tilgungsraten (in Westdeutschland DM 200 monatlich bei einem Hauspreis von DM 34 700 und einer Anzahlung von 13 700 DM).

Der Staat hat den Bau von Mietskasernen (deren Kosten zwar bedeutend niedriger sind) absichtlich nicht erwogen, da in ihnen weder die Würde des Menschen, noch die Unabhängigkeit der Familie respektiert werden kann. Man errichtet deswegen „Casas Economicas“ (billige Einzelhäuser), die im heißen Süden des Landes im altbewährten arabischen Stil (ohne Fenster) gebaut werden. Bisher wurden diese Casas Economicas nicht nur mit Geldern des Staates, sondern auch mit Mitteln der Gemeinden, der Vorsorgekassen von Korporationen (Anlage der Reservefonds) und der „Volkshäuser“ finanziert. Sie werden an Staatsbeamte und Arbeiter öffentlicher Unternehmungen sowie an Mitglieder der Syndikate (der Gewerkschaften des portugiesischen Korporationensystems) je nach ihrem Alter, der Zahl der Familienmitglieder, der Zusammensetzung der Familien, ihren Einkommen und ihrem beruflichen und charakterlichen Verhalten verteilt. Innerhalb von 20 oder 25 Jahren müssen sie mit einem Amortisationssatz von 2 % abbezahlt werden. Die dafür nötigen Monatsraten, die Feuerversicherungsprämien und sogar Lebens-, Invaliditäts-, Kranken- und Arbeitslosenversicherungsprämien ziehen die Arbeitgeber sofort von den Gehältern und Löhnen ab. Diese Abzüge dürfen ein Fünftel der gesamten Einnahmen (Gehaltsminimum) einer Familie nicht überschreiten. Das ist nicht mehr, als sonst für eine gewöhnliche Miete gezahlt werden müßte. Die Berechnung der Abzüge geschieht auf Grund ihrer Kapitalisation in Staatstiteln mit der höchsten Rendite, als Funktion des Familieneinkommens und nach der Art wie dieses Einkommen die „rechtmäßigen“ Lasten der Familie tragen konnte. Die Regierung setzte 1934 den Mindestrendite Satz der Kapitalien, die sich im „Fonds für billige Häuser“ befinden, auf 5 % fest. Kredite der Allg. Depositenkasse an Korporationen und untergeordnete öffentliche Körperschaften für den Bau von Casas Economicas wurden dementsprechend mit dem Zinssatz von 5 % versehen, der bedeutend tiefer lag, als der vorherige Satz. Danach wurde die Verbilligung der Kredite fortgesetzt. Die Kosten des Versicherungsschutzes dürfen nicht über 15 % der monatlichen Miete hinausgehen. Beim Tod des Familienvaters geht das billige Haus kostenlos in den Besitz der Frau und der Kinder über. Auf diese Weise bleibt der Familie ihr Haus erhalten, nicht nur im Falle der dauernden Arbeitsunfähigkeit, sondern auch beim Tod des Vaters. Sie kann, wenn es ihren Lebensbedingungen nicht schadet, das Haus in 5 und auch sonst vor Ablauf der Abzahlungsfrist von 25 Jahren bezahlen. Die *Vorfinanzierung* erfolgt auf folgende Weise: 50 % gibt der Staat in Form einer zinslosen, innerhalb von 25 Jahren rückzahlbaren Beihilfe; 50 % werden von den Verwaltungsbehörden (Juntas etc.) zu 3,5 % mit 25-jähriger Amortisation bei der Allg. Depositenkasse aufgenommen. Das billige Haus darf weder zu Lebzeiten noch nach dem Tode des Familienvaters verkauft oder beliehen und beim Erwerb des Hauses brauchen keine Handänderungssteuern, beim Tode des Besitzers keine Erbschaftssteuern, während der ersten 10 Jahre keine Grundsteuern und in diesem Zeitraum nicht einmal Unterhalts- und Verbesserungskosten gezahlt werden. Bei der Ausstellung der Krediturkunden werden die Stempelsteuern erlassen, was die Notarkosten um 50 % senkt²³⁹). Die Finanzierung von Casas Economicas, auch durch Fürsorgeinstitutionen, Versicherungen und die Allg. Depositenkasse (Zinssätze 3½ bis 4 %, Laufzeit bis zu 25 Jahren) wird vom „Amt für den Bau von billigen Häusern“ gefördert. In Zukunft sollen die bestehenden Privatunternehmungen freiwillig und neue bei der Erteilung der staatlichen Lizenz dazu gezwungen, ebenfalls billige Häuser für ihre Arbeiter und Angestellten bauen, wobei sie vom Staat mit Steuer- und anderen Privilegien sowie billigen langfristigen Krediten unterstützt werden. Oft stell-

²³⁹) NdP 16. 2. 57, S. 6.

ten Gemeinden Bauland kostenlos zur Verfügung. Aus armen, z. T. unzufriedenen Arbeitern könnten durch den Ausbau dieses Systems z. B. durch ihre Beteiligung am Gewinn der Unternehmungen, Leistungsprämien, Gratifikationen usw. loyale, an ihrer Arbeit interessierte Mitarbeiter gemacht werden. Die dadurch ermöglichten Steigerungen der Produktivität der Arbeit würden dringend notwendige Lohnerhöhungen von vornherein rechtfertigen, so daß nicht nur die billigen Häuser schneller bezahlt, sondern auch die Kaufkraft und damit der äußerst niedrige Lebensstandard der Arbeiter und Angestellten gehoben werden könnte. Anfang 1952 hatte z. B. die größte private Industriegesellschaft, die „Companhia União Fabril“ (Schiffswerft, Bank und Chemie) die Initiative ergriffen, indem sie in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für öffentliche Arbeiten den Bau von 750 Häusern für ihre Arbeiter und die Ausgabe von 42 000 Contos für diesen Zweck beschlossen hat²⁴⁰⁾. Durch den Ausbau des Systems der „Casas Economicas“ (Arbeiter werden Hausbesitzer) sollte die Bildung eines industriellen Proletariates — das bisher in Portugal noch kaum zu finden ist — verhindert werden können.

Ende 1941 gab es bereits 2 971 billige Einzelhäuser und 61 andere dazugehörige Bauten (Kirchen, Schulen, Märkte, Festsäle, Kindergärten, Krankenstuben mit unentgeltlicher Behandlung etc.), die von 2 583 Familienvätern mit ihren 7 950 Angehörigen bewohnt wurden²⁴¹⁾. Die Kosten hatten sich auf 59 445 Contos belaufen (20 C. pro Haus). Im Bau waren 2 378 billige Häuser. Allein die schon erwähnten Vorsorgekassen hatten bis 1946 120 000 Contos in 2 066, zum Teil für ihre Mitglieder bestimmte Häuser investiert (58 C. pro Haus). Große Initiative beim Bau von Casas Economicas entfalten die Korporationen (Unternehmerorganisationen, sog. „Gremios“, Gewerkschaften „Sindicatos“, Korporationen der Landwirtschaft „Casas do Povo“ und der Fischerei „Casas dos Pescadores“). Ihre finanzielle Bedeutung geht aus ihrem Budget für das Jahr 1953 hervor²⁴²⁾:

	In Contos:		Zum Vergleich:
	Korporat.	Institute, Juntas usw. ²⁴³⁾	Staat
Ordentliche Einnahmen (Beiträge, Mieten, Vermögenserträge usw.)	594 422	277 447	5 120 777
Außerordentliche Einnahmen (Subventionen, Spenden, Verkäufe)	3 360 039	849 752	1 244 105
Total	3 954 461	1 127 179	6 364 882
Ordentliche Ausgaben	524 601	236 359	4 897 670
Außerordentliche Ausgaben	3 419 014	883 785	1 454 105
Total	3 943 615	1 120 144	6 351 775
Saldo +	10 846	+ 7 035	+ 13 107

1946 war auch der Bau von billigen Häusern für Fischer, Eisenbahner und andere arme Familien in Angriff genommen worden.

„... Der Bau von Fischerhäusern ist der „Junta Central das Casas dos Pescadores“ übertragen. Das Gesetz Nr. 37 790 sieht eine Beihilfe des Staates von 50 v. H. der Baukosten vor. Diese Häuser werden an Fischerfamilien vermietet und entsprechen mit 2, 3 oder 4 Räumen, einschließlich Küche und Bad den bescheidenen Wohnbedingungen der Fischer entlang der portugiesischen Küste. Sie genießen Befreiung von der Grunderwerbssteuer und für 15 Jahre von der Grundsteuer. Die

²⁴⁰⁾ NdP.

²⁴¹⁾ 1951: 7 603 Herdstellen gebaut, 2 769 im Bau (v. Treskow, a.a.O., S. 386).

²⁴²⁾ NdP 6. 6. 1953, S. 12.

²⁴³⁾ Sammelbezeichnung: „Organismos de Coordenação Económica“. Vgl. S. 143 ff.

Bauausführung unterliegt den Verwaltungsbehörden und den Fürsorgeeinrichtungen (Misericordias), denen der Staat zu diesem Zweck eine rückzahlbare Beihilfe von 10 000 Escudos je Wohnung gewährt. Das Gesetz Nr. 2014 regelt den Bau ländlicher Siedlungshäuser, die im Auftrag des Staates durch die „Junta de Colonização Interna“ erstellt werden. Sie werden den Siedlern versuchsweise auf unbestimmte Zeit — etwa 5 Jahre — zugeteilt, danach tritt das volle Nutznießungsrecht ein. Der Preis eines solchen Hofes (casal agrícola, s. Anhang), in den das Baugrundstück, das Haus, Mobiliar, landwirtschaftliches Gerät und Betriebskapital einbegriffen sind, wird von der „Junta“ festgesetzt und entspricht den Bodenpreisen, den Kosten des Baues und der Amelioration. In die jährliche Abzahlung ist eine geringe Verzinsung einbegriffen. Bei dem Bau von Arbeiterhäusern gewährt der Staat eine Befreiung von der Grundsteuer und eine Herabsetzung anderer Steuern für eine Reihe von Jahren und gestattet den Erwerb besonders geeigneter Grundstücke und die Entzweigung von Bauplätzen, wenn die Errichtung der Häuser im öffentlichen Interesse ist... Wohnungen mit besonderen fiskalischen Bauerleichterungen sieht das Gesetz Nr. 31561 vor. Es handelt sich hier um Neubauten oder Umbauten älterer Gebäude, die zu der Kategorie der Häuser mit billigen Mieten gehören. Es kann eine Befreiung von der Grundsteuer für 4 bis 12 Jahre beantragt werden, doch müssen die Um- und Ausbauten eine höhere Ertragsfähigkeit garantieren²⁴⁴⁾...“

Mit der provisorischen, staatlich subventionierten Ersetzung der „bairros de lata“ (Blechkästen- und Bretterbuden-Viertel in Lissabon und anderen Städten) durch demontierbare Häuser mit sehr niedrigem Mietzins, wurde schon vor dem Kriege begonnen. Nach dem Krieg förderte der Staat auch den Bau von Häusern ortsüblicher Bauweise mit niedrigen Mieten für die „Mittelklasse“ (*casas de renda económica*), da die Privatunternehmen nur für die Reichen bauten, um möglichst hohe Renditen erzielen zu können²⁴⁵⁾. Laut Dekretgesetz Nr. 36 212 vom 7. 4. 1947 dürfen die Gemeinden Bauland versteigern, und zwar an denjenigen, der die niedrigsten Mietzinsen in seinem Hause zu fordern verspricht. Sie können die Versteigerung ihrer Grundstücke auch zum Höchstpreis vornehmen, wenn sie vorher die Mieten für die darauf zu erstellenden Häuser festgesetzt haben. Auch für diese Häuser gelten dann dieselben Privilegien wie für die anderen. Wenn die Gemeinden selbst billige Häuser bauten, so bekamen sie vom Staat 50 % der Baukosten als Gratis-Darlehen rückzahlbar in 20 bis 25 Jahren und für den Rest ein Darlehen der Allg. Depositenkasse, das z. B. 1949 zu 3½ % zu verzinsen und im gleichen Zeitraum zurückzuzahlen war, so daß sie im ganzen nur einen durchschnittlichen Zins von 1,75 % zu entrichten brauchten.

Durch Dekretgesetz Nr. 23052 vom 23. 9. 1933 hatte man die monatlichen Amortisations- und Versicherungs-Raten für die damaligen 6 Typen von „Casas Economicas“ im Wert von 10 bis 25 Contos²⁴⁶⁾ auf 80 bis 200 Escudos festgesetzt (Monatslöhne: 390—1170 Esc.). Bis 1952 waren infolge der kriegsbedingten Preisteigerungen auch die Hauspreise auf 40 bis 50 Contos und die von den ebenfalls gestiegenen Löhnen abzuziehenden Monatsraten auf 120 bis 150 Escudos erhöht worden²⁴⁷⁾. Aber da die Preise während des Krieges schneller gestiegen sind, als die Löhne (Streikverbot und Lohnstops) und nach dem Kriege stabil blieben (bis auf eine vorübergehende Senkung im Jahre 1948), ergab sich ein Rückgang des Reallohnlevels um mindestens 3 %. Heute sind vier Kategorien — die ungefähr den Gehaltsklassen entsprechen — beim Bau der billigen Häuser vorgesehen und zwar mit je drei verschiedenen Typen: 1. für Ehepaare ohne Kinder, 2. für Ehepaare mit Kindern eines Geschlechts, 3. für Ehepaare mit Kindern beider Geschlechter und größere Familien. Die Verteilung der Casas

²⁴⁴⁾ v. Treskow, a.a.O., Heft 12, Dezember 1952, S. 421.

²⁴⁵⁾ Sie machten z. B. in Lissabon enorme Fehlinvestitionen, indem sie luxuriöse Wohnblöcke bauten, die dann wegen zu hoher Mieten in Bureaugebäude umgebaut werden mußten. Viele private Geldgeber verloren so ihr Geld, das gewagter, aber besser in Fabrikbauten hätte angelegt werden sollen.

²⁴⁶⁾ Von den billigsten wurden am meisten gebaut.

²⁴⁷⁾ NdP 22. 8. 53, S. 2.

Economicas erfolgt durch die „Generaldirektion für soziale Fürsorge und billige Häuser“ des Ministeriums der Korporationen und der sozialen Fürsorge (Direcção Geral de Previdência e Habitações Economicas do Ministerio das Corporações e Previdência Social). Der Bau wird von der „Generaldirektion für nationale Gebäude und Denkmäler“ des Ministeriums für öffentliche Arbeiten (Direcção Geral dos Edifícios e Monumentos Nacionais do Ministerio das Obras Públicas) ausgeführt, die Planung unterliegt den jeweiligen Stadtbehörden, in deren Bereich die sogenannten „Bairros Economicos“ — die neuen Stadtviertel billiger Häuser — angelegt werden sollen²⁴⁸⁾.

Am 7. April 1947 wurde durch Dekret Nr. 36124 die Erhöhung der Materialpreise während der Bauzeit verboten (das Dekret betraf den Bau der Häuser mit niedrigen Mieten nicht). Die ganze staatliche Verbilligung des Wohnens hatte eine Verminderung der Bodenspekulation und der Baupreise zur Folge, was die Wiederaufnahme einer rentablen privaten Bautätigkeit, auch für Wohnungssuchende der mittleren Einkommensklassen ermöglichte. Oft hätten Privatleute billiger bauen können als der Staat, wenn sie sich mit bescheideneren Renditen zufrieden gegeben hätten.

Von 1936 bis 1951 sind vom Staat 397 525 Contos (davon Arbeitslosenfonds 71 185 C.) an Beiträgen und Subventionen für den Bau von Häusern der erwähnten Arten ausgegeben worden. Die staatliche Subvention pro Haus für arme Familien betrug 1938 fünf Contos und 1945 zehn Contos. Am 31. 10. 1950 waren 9 729 Bauten schon bewohnt oder schlüsselfertig und 3 578 im Bau. Ab 1951 sollten jährlich 50 000 Contos (1950 waren es 57 959 und 1951 28 883 C.) für den Bau billiger Häuser aller Art ausgegeben werden.

Angesichts der großen Bevölkerungszunahme und des tiefen Lohnniveaus wird diese Summe und die Zahl der erstellten Häuschen von Kritikern als viel zu niedrig angesehen, so daß weitere Finanzierungsmethoden erwogen werden. Nach einem vom Minister für Korporationen und Sozialfürsorge vorgelegten Gesetz sollen über die im Staatshaushalt vorgesehenen Beträge hinaus auch Mittel aus Sozialversicherungsbeiträgen für den Bau von billigen Häusern Verwendung finden, und zwar in Form von Darlehen an Privatpersonen zum Bau von Eigenheimen oder an Unternehmer zur Errichtung von Siedlungen für die Arbeiter und Angestellten ihrer Betriebe. Auch Steuervergünstigungen sind vorgesehen²⁴⁹⁾. Da es bisher nicht immer ohne Rückzahlungsschwierigkeiten abging, würde die Ausgabe von *Spezialobligationen* zur Finanzierung eines Mehrfachen an billigen Häusern verhelfen. Auf diese Häuser müßten in erster Linie die Zeichner, etwa nach einem Verlosungssystem, Anrecht haben. Denkbar wäre auch der Bau von gewöhnlichen Wohnhäusern in der Nähe von Fabriken und billigen Transportmitteln auf staatlichen Grundstücken und mit staatlichen Mitteln, wobei solche Häuser teils zu den Selbstkosten und teils zu normalen Preisen vermietet werden könnten. Nach Abzug der Selbstkosten (bei der zweiten Kategorie) wird ein Fonds gebildet, aus dem Mietzinszuschüsse an notleidende Mieter zu leisten sind. Eine weitere Förderung der Bauwirtschaft könnte vielleicht durch die Errichtung einer *Bausparkasse* erreicht werden und zwar entweder bei der Allg. Depositenkasse oder als selbständiges Institut. Dabei würde die Einführung des *Prämien-Bausparens* von Nutzen sein, wobei die Prämien direkt von der Bausparkasse oder vom Fiskus in Form von Steuerbegünstigungen gezahlt werden können. In Westdeutschland überwiesen die Finanzämter im Jahre 1953 23 Mill. DM als Prämien auf die Sparkonten der Prämienbausparer²⁵⁰⁾. In Moçambique werden Baudarlehen vom *Montepio de*

²⁴⁸⁾ von Treskow, a.a.O., Heft 11, S. 386.

²⁴⁹⁾ Veröffentlicht in: Deutsche Überseeische Bank: Wirtschaftsbericht über die latein-amerikanischen Länder sowie Spanien und Portugal, Hamburg, Febr. 1957, S. 26.

²⁵⁰⁾ Klaus Leist: Investitionen und Sozialstruktur in Westdeutschland, Polygraphischer Verlag, Zürich 1956, S. 45.

muß zwangsläufig zu einem vermehrten Bedürfnis nach anderen „mündelsicheren“, höher verzinslichen Anlagen führen. Da diese im Inland nur in sehr beschränktem Maße zur Verfügung stehen²⁶¹⁾, könnte man den Liegenschaftsbesitz durch staatliche (etwa von der Allg. Depositenkasse gegründete) oder vom Staat konzessionierte private *Immobilien-Gesellschaften und -Investment-Trusts* (Gründung durch Banken) auch Besitzern von mittleren und kleinen Vermögen zugänglich machen. Diese Trusts haben sich in den U.S.A. und in der Schweiz²⁶²⁾ gut bewährt. Sie erwerben nur bebaute Grundstücke, die eine regelmäßige Jahreseinnahme erwarten lassen. Dafür kommen natürlich vor allem erstklassige moderne Miets- und Geschäftshäuser, möglichst im Zentrum der Städte in Frage, während z. B. Fabriken, Villen und Hotels in Kurorten ausgeschlossen werden müssen. Anlagen in Bauland, landwirtschaftlichen Betrieben und anderen Immobilienwerten mit niedrigem Ertrag dürfen $\frac{1}{10}$ des Gesamtwertes der Anlagen nicht übersteigen. Die flüssigen Mittel können auch in Form von Bankguthaben, sowie in Staats- und Bankobligationen angelegt werden. Die erworbenen Grundstücke dürfen nur bis höchstens 50 % mit Hypotheken belastet sein. Die Geldgeber werden durch Zertifikate am Immobilienbesitz beteiligt. Diese Ausweise über Anteilsrechte am Miteigentumsfonds sind äußerlich einer Aktie ähnlich. Sie enthalten Mantel und Coupons, lauten auf den Inhaber und können an den Börsen notiert werden. Auch lauten sie auf keinen festen Nominalwert und festen Zins, sondern versprechen nur einen Anteil am Sachvermögen des Fonds und am Ertrag. Der auf diesen Zertifikaten ausgeschüttete Zins schwankt zwischen dem durchschnittlichen Obligationenzins und der normalen Aktienrendite. Solche Wertpapiere stellen eigentlich ein Mittelding zwischen Aktie und Obligation dar, zwischen Sachwert und Geldwert. Ihre Emission erfolgt z. B. in der Schweiz zunächst zum runden Ausgabepreis von 1000 Fr. pro Anteil. In Portugal würde höchstens ein Conto (150 Fr.) oder ein halber Conto in Frage kommen, wenn man auch Sparer kleiner Beträge berücksichtigen will. Dieser Preis bleibt solange in Kraft bis die Trustleitung nach einer Neueinschätzung der Immobilien durch Experten eine Änderung vornimmt und den neuen Ausgabepreis an die Neubewertung anpaßt. Den inneren Wert eines Anteils berechnet sie auf folgende Weise: Die Summe des Wertes sämtlicher Miteigentumsobjekte wird nach Abzug aller Lasten und Umstellungen durch die Zahl der jeweils im Umlauf befindlichen Anteile dividiert. Zertifikatsinhaber, die aus dem Miteigentumsverhältnis auszuschneiden wünschen, können nur den Auskauf verlangen. Die rechtliche Basis des Miteigentumsverhältnisses zwischen dem Fonds und den Zertifikatsbesitzern bildet der Treuhandvertrag, der auf den Zertifikaten abgedruckt sein muß und den die Besitzer beim Erwerb anerkennen müssen. Die vielen Enttäuschungen mit Anlagen in brasilianischen, englischen und französischen Werten durch Devisenbewirtschaftung, Vermögenssperren etc., die Inflation während des zweiten Weltkrieges und die weitere Unsicherheit der außenpolitischen Lage, sollten den portugiesischen Sparern die Anlage ihrer Ersparnisse in durch Sachwerte gesicherten Zertifikaten auch wegen der weitgehenden Risikoverteilung als ratsam erscheinen lassen. Den meisten von ihnen fehlen die Mittel zum Erwerb eines eigenen Hauses und viele werden einen Eigenbesitz auch gar nicht wünschen, weil sie sich z. B. wegen eines möglichen Aufenthaltes in den Überseeprovinzen nicht festlegen wollen. Die Banken, denen langfristige Hypothekar- oder gar Grundstücks-Geschäfte verboten sind, könnten sich (unter Wahrung der im Portugal Salazars besonders strengen Liquiditäts-Vorschriften und -Grundsätze) über

²⁶¹⁾ Siehe oben S. 57 ff. Die dort angegebenen Papiere sind zwar „erstklassig“, aber nicht „mündelsicher“. Dies kann man eher von den danach aufgeführten Industrie-Obligationen sagen. Erst im Oktober 1954 wurde bei einer neuen Emission höhere Verzinsung zugestanden (5 % - Obligationen der União Electrica Portuguesa).

²⁶²⁾ Vgl. Heinrich Küng: Die Immobilien-Investment-Trusts, in: BN Nr. 87 v. 27. 2. 51 und Nr. 89 v. 28. 2. 51. Alle folgenden Ausführungen stützen sich auf Küngs Artikel.

Investment-Trusts auch an diesen Geschäften beteiligen. Angesichts des für Europa außerordentlich hohen Bevölkerungszuwachses von jährlich etwa 90 000 bis 105 000 Personen (1,2 %) und der lebhaften Geschäftstätigkeit seit dem Korea-Krieg werden die Baukosten, die Nachfrage nach Wohnungen und damit der Wert der Häuser weiterhin steigen. Es könnte aber wieder eine Zeit kommen, in der die Mieten vom Mieter bestimmt werden. Da der Immobilien-Investment-Trust, im Gegensatz zur Hypothekbank, Eigentümer der Grundstücke wird, kommt er zwar in den Genuß der Vorteile von Mehrwerten, aber er hat auch alle Risiken zu tragen. Es müssen deswegen neben den gewöhnlichen Rücklagen und Abschreibungen besondere Reserven für den Fall des Sinkens der Liegenschaftspreise angelegt werden, speziell für Grundstücke, die zu überhöhten Preisen gekauft wurden. Selbstverständlich würden auch Steuererleichterungen bis zu einer bestimmten Höhe des Zertifikatbesitzes ratsam sein, weil die Besitzer kleiner und mittlerer Vermögen ohnehin nicht sehr stark besteuert werden dürfen. Für den Bau von billigen Wohnungen käme sogar die Einführung von gänzlich steuerfreien Pfandbriefen in Frage. Hier ist auch noch die Schaffung einer *Hypothekenversicherung* zu erwähnen, die die Gläubiger gegen Verluste aus Zwangsversteigerungen von Grundstücken und Geldentwertungen schützt. Beim Tod des Familienoberhauptes kann durch eine Hypothekarversicherung mit der Ablösung von drückenden Schuldenlasten begonnen werden.

Die großen staatlichen Fonds, die wir oben besprochen haben, können den Staat natürlich zu unwirtschaftlichen Ausgaben verleiten. Eine gute Verwendung der Fondsgelder würde durch ihre Abgabe an *Pfandbriefzentralen* (z. B. an die „Portugiesische Pfandbrief-Gesellschaft“) und die eben beschriebenen Trusts für den Wohnungsbau gesichert werden. Pfandbriefzentralen hätten außerdem noch die Aufgabe Industrien mit ihren Bauvorhaben durch die Übernahme von Hypotheken zu unterstützen. Die seit etwa 1950 notwendig gewordene Abschöpfung liquider, brachliegender Kapitalien kann sich wirksamer vollziehen, wenn der Staat eine volkswirtschaftlich so nützliche und leicht kontrollierbare Anlageform begünstigt, wie sie der ausgesprochen langfristige Pfandbriefkredit darstellt. Die Pfandbriefinstitute sind ja auch in der Lage, echte, für die ganze Laufzeit der Darlehen unkündbare Tilgungshypotheken zu geben. Die Statistiken über Hypotheken sind in Portugal bereits sehr gut ausgebaut. Von einzelnen Privaten wurden demnach z. B. im Jahre 1950 immer noch mehr Hypothekendarlehen (jedoch zu höheren Zinssätzen) gegeben, als von Kreditinstituten (1955 fast ebensoviel): In Contos 1950²⁶³⁾:

% Kredit- Private		% Kredit- Private		% Kredit- Private		% Kredit- Private	
institute		institute		institute		institute	
Total	228 914	700 883					
0	35 378	30 729	3	41 265	3 277	5,25	—
1	—	238	3,5	850	343	5,5	27 730
1½	30	—	3,75	6 970	—	5,75	—
1½/2	—	684	4	23 825	8 855	6	27 859
1¾	—	—	4,25	603	—	6,25	35
2	9 000	4 888	4,5	30 656	1 918	6,5	14 029
2¼	—	144	4,75	—	—	6,75	—
2½/2	295	3 114	5	756	23 800	7	3 845

Der größte Teil (40,7 % und 34,3 %) der von Privaten gewährten Hypothekendarlehen wurde also zu 6,5 % und 8 % gegeben (1955 ebenfalls). Die Kreditinstitute gewährten die meisten Hypothekendarlehen zu 3 % (1955: 4 %), das sind 18 % der gesamten Hypothekendarlehen und zinslos (15,2 %) sowie zu 4,5 % (13,4 % d. ges. Hyp.), 6 % (12,2 %), 5,5 % (12,1 %) und 4 % (10,4 %). Die

²⁶³⁾ Est. Fin. 1950, S. 66.

durchschnittlichen jährlichen Hypothekarzinsätze betrugen von 1940 bis 1955^{263a)}:

Basis der Indexziffern: Jahresdurchschnitt 1938 = 100.

Jahr	Total	Indexz.	Kred. I.	Indexz.	Private	Indexz.
1940	6,33	100,7	5,56	102,6	7,11	100,9
1941	6,20	93,6	5,23	96,5	7,05	100,1
1942	5,89	93,6	4,94	91,1	6,77	96,0
1943	5,45	86,7	4,18	77,1	6,66	94,5
1944	5,12	81,3	3,86	71,1	6,42	91,2
1945	4,93	78,3	3,53	65,0	6,44	91,4
1946	4,90	77,9	3,58	66,1	6,52	92,6
1947	4,91	78,1	3,96	72,9	6,52	92,5
1948	4,85	77,2	3,96	73,3	6,50	92,3
1949	5,44	86,6	3,87	71,4	6,70	95,2
1950	6,41	101,9	4,61	85,0	6,90	97,9
1951	6,06	96,3	4,51	83,2	6,93	98,4
1955	5,62	89,4	4,34	80,0	6,90	97,1

Zahl der durch Hypotheken belasteten Gebäude und die Summen, die durch diese Gebäude garantiert werden: In Contos^{263a)}:

Jahr	Zahl d. Hyp.- Verträge	Gesamte ge- schuldete Summe	Zahl der Gebäude	Garantierte Summen
1936		281 276	22 661	271 598
1937		335 859	22 951	326 425
1938		368 131	23 364	355 552
1939		358 668	23 474	340 601
1940		327 917	20 314	300 788
1941	9 733	304 027	19 427	274 199
1942	7 625	381 650	14 589	460 575
1943	7 757	463 055	13 622	437 058
1944	8 500	573 136	13 573	537 601
1945	9 854	686 032	16 525	637 518
1946	12 451	957 690	18 721	896 188
1947	13 036	1 368 839	18 231	1 281 458
1948	14 034	1 613 827	22 545	1 529 836
1949	14 418	1 377 297	19 263	1 259 476
1950	14 696	929 797	19 934	814 038
1951	13 044	933 016	18 835	816 968
1952	13 172	996 957	18 414	864 787
1953	13 834	1 144 463	19 302	1 022 473
1954	13 780	1 244 450	20 332	1 124 448
1955	13 436	1 409 032	19 920	1 291 832

Von den 19 934 im Jahre 1950 belasteten Gebäuden gleicher Art, die 814 038 Contos garantierten, lagen 5 224 (26,2 %) auf dem Lande und garantierten 174 903 Contos (21,49 %), 4 954 (24,8 %) in der Stadt und garantierten 388 569 Contos (47,73 %) und 9 756 (49 %) Gebäude verschiedener Art in Stadt und Land verstreut garantierten 250 566 Contos (30,78 %).

Der Hausbesitz wird auch begünstigt, wenn die Finanzämter den Abzug der Hypothekarzinsen vom besteuerebaren Einkommen gestatten. Staatliche Baugesellschaften, die über 80 % des Hauswertes als Hypotheken (verzinsbar zu etwa 4 %, rückzahlbar in 20 Jahren wie bei den „Casas Economicas“) geben,

^{263a)} Est. Fin. 1950, S. 61, 97, 1951, S. 65, 1955, S. 101.

würden den Hauskauf für die Bezieher von mittleren Einkommen erleichtern. Die niedrigen Löhne der Bauarbeiter und die leichte Bauart der kleinen Einfamilien-Häuser, die wegen des milden portugiesischen Klimas möglich ist, erlauben die erstaunlich tiefen Hauspreise von 60 bis 100 Contos (9 000—15 000 sFr.) und entsprechend niedrige Mieten. Eine große möblierte Neun-Zimmer-Wohnung in Lissabon gilt noch als sehr teuer, wenn sie 3 Contos (450 sFr.) im Monat kostet.

Nach diesen Vorschlägen zur Förderung der Bauwirtschaft betonen wir noch einmal, daß in Portugal zunächst die Industrialisierung finanziert werden muß und erst in zweiter Linie der Hausbau. Wegen der niedrigen Verzinsung (ungenügende Risikoprämie) anderer Anlagen und ihrer geringeren Sicherheit werden Privatkapitalien ohnehin zu stark im Immobilien- und Handelskredit festgelegt²⁶⁴). Professor Henry C. Wallich (damals Federal Reserve Bank N.Y., heute Weltbank), Berater der ECA-Spezialmission in Portugal, kommt in seinem Bericht „O Sistema Financeiro Português“²⁶⁵) zu dem Schluß, daß die Zinssätze für den Agrar-, Industrie- und Kolonialkredit nicht gerade zum Sparen in dieser Form verlocken. Er schlägt Einschränkung des Hypothekar- und bessere Verzinsung des Industriekredites vor²⁶⁶).

6. Exportwirtschaft.

Die *Organisation der englischen Exportversicherung* könnte für Portugal als Vorbild dienen. Seit der Verschärfung des Wettbewerbes auf dem Weltmarkt ist sie für die Ausfuhr Großbritanniens zur tragenden Stütze geworden und spielt auch bei der Kapitalbildung keine geringe Rolle. Die staatliche Exporthilfe hat dort eine umfassendere und bessere Wirkung als in den meisten Konkurrentenländern. Sie wird vom „Exportkreditgarantiedepartement“ gewährt, das früher dem Handelsamt unterstellt war, heute jedoch unter der selbständigen Leitung eines Staatsministers steht und nur durch die Oberaufsicht des Handelsministers mit dem „Board of Trade“ verbunden bleibt. Dieses Departement wurde im Jahre 1926 eingerichtet. Gegen Erhebung einer bescheidenen Prämie von durchschnittlich weniger als 1 % (Minimum $\frac{1}{4}$ %, Maximum 2 %, je nach Bestimmungsland, Policentyp, Maß der Risiken und Zahlungsterminen) werden Versicherungspolice für die Deckung der hauptsächlichsten Risiken des Exporthandels ausgegeben.

„... Dem Departement steht ein ehrenamtlicher Beratungsausschuß zur Seite, der sich aus Vertretern von Banken, Industrie, Handel und Gewerkschaften zusammensetzt und besonders bei der Gewährung langfristiger Garantien für hohe Summen ein entscheidendes Wort mitspricht, ohne allerdings zu bindenden Vorschriften ermächtigt zu sein. Die Mitglieder dieses Rates werden vom Handelsminister ernannt, und die durch ihre Tätigkeit wirksame Zusammenarbeit zwischen Behörden und Privatwirtschaft gilt vielerorts als Beispiel eines echt englischen Kompromisses. Der Vielgestaltigkeit der Exporttransaktionen wird das Exportgarantiesystem durch eine Vielzahl verschiedener Policentypen gerecht. Innerhalb der Garantien für Konsumgüterexporte, die unter dem Sammelbegriff „kurzfristige Garantien“ stehen, sind die Policen weitgehend standardisiert. Die beiden Hauptformen sind die „Kontraktpolice“ und die „Versicherungspolice“. Die erstere beginnt vom Zeitpunkt des Vertragsabschlusses an zu wirken, die letztere erst vom Datum der Verschiffung an. Als hauptsächlich versicherte Risiken erscheinen die Zahlungsunfähigkeit des Schuldners, das Ausbleiben der Zahlung bis zu einem Jahr nach Fälligkeit, die Verweigerung der erforderlichen Devisen durch die ausländischen Behörden, der Ausbruch eines Krieges oder innerer Unruhen im Schuldnerland, Verluste aus Transportver-

²⁶⁴) Vgl. S. XIV, 20.

²⁶⁵) ECA, Lissabon, März 1951, S. 13—14.

²⁶⁶) Vgl. S. 177.

zögerungen außerhalb Großbritanniens sowie aus anderen Ursachen, die außerhalb des Machtbereiches von Verkäufer und Käufer liegen, wozu insbesondere auch die Verschärfung von Außenhandelsrestriktionen nach Vertragsabschluß gehört. Das System deckt also — und dadurch zeichnet es sich gegenüber privaten Versicherungen aus — sowohl kommerzielle, wie politische Risiken. Nicht versichert sind Risiken, die üblicherweise durch andere Versicherungen (namentlich Transportversicherung) gedeckt werden, das Verlustrisiko auf Grund von Schwankungen der Wechselkurse, die Verweigerung der Annahme der Sendung durch einen zahlungsfähigen Käufer (z. B. wegen inzwischen eingetretener Preisrückgänge), Verluste, die durch Ereignisse innerhalb Großbritanniens verursacht sind. Der vom Departement garantierte Betrag beläuft sich in der Regel auf 85 % der Rechnungssumme für Verluste, die aus Zahlungsunfähigkeit des Schuldners oder dem Ausbleiben der Zahlung während eines Jahres entstehen, und auf 90 % für die anderen versicherten Risiken... In den letzten Jahren hat das System der Globalversicherung sehr stark an Verbreitung gewonnen. Diese gestattet dem Exporteur, die geschätzte Gesamtsumme seiner Ausfuhren während eines Jahres durch eine einzige Police zu versichern. Prämien und Garantiebeträge sind auch hier verschieden je nach Auslandsmärkten, Zahlungsmodus usw. Das Departement sucht die Globalversicherung nach Möglichkeit zu fördern, da sie einen erhöhten Risikoausgleich verschafft und daher kleinere Prämien gestattet. Die Haftung des Versicherers ist jeweils auf eine bestimmte Gesamtsumme beschränkt, doch wendet das Departement, um die Exporteure zur Übernahme von Globalpolicen zu ermutigen, eine large Praxis an und ist bereit, im einzelnen Fall über die vertraglich vereinbarte Haftpflicht hinauszugehen. Der versicherte Exporteur unterrichtet das Departement monatlich über den Abschluß von Geschäften, die Verschiffung von Sendungen und allfällige ausstehende Zahlungen. Das Departement erwartet über Zahlungsunfähigkeit oder Zahlungsverzüge der Schuldner so frühzeitig als möglich orientiert zu werden, um den Exporteur bei der Vermeidung von Verlusten unterstützen zu können. Wenn nach der Auszahlung von Versicherungsleistungen vom Schuldner Zahlungen hereingebracht werden können, so werden die entsprechenden Beträge im Verhältnis der Haftbarkeit (also 85 zu 15 oder 90 zu 10) auf das Departement und den Exporteur verteilt. Im Gegensatz zu den Garantien im Konsumgüterhandel bestehen für die Versicherung von Kapitalgüterexporten keine Standardpolicen. Die Verschiedenartigkeit dieser Exporte bringt es mit sich, daß für jede einzelne Transaktion eine individuelle Police ausgestellt wird. Die Rechte und Pflichten, die Gegenstand dieser „mittelfristigen Policen“ sind, variieren von Fall zu Fall, sind aber im ganzen von denen der Konsumgüter-Exportgarantien nicht wesentlich verschieden. Während langer Zeit ließen die Devisenbewirtschaftungsmaßnahmen in vielen außerhalb der Sterlingzone liegenden Ländern nur Versicherungen von zweijähriger Gültigkeit zu. Seit den letzten Monaten des Jahres 1953 sind jedoch wegen der Lockerung des internationalen Zahlungsverkehrs Laufzeiten bis zu 4 Jahren immer häufiger geworden. Auch hier ist die Praxis des Departements großzügig und kommt besonderen Bedürfnissen der Exporteure so weitgehend als möglich entgegen. Zur Deckung von Risiken, die mit einigen besonderen Transaktionen zusammenhängen, besteht eine Anzahl Spezialpolicen. Die „Police für externe Transaktionen“ versichert den Handelsverkehr, bei dessen Abwicklung Großbritannien nicht — bzw. nur zahlungstechnisch — berührt wird. Sie ist vor allem im Rohwarenhandel von Bedeutung, bei dem die Waren häufig direkt vom Ursprungsland ins Bestimmungsland geliefert werden. Im Wollhandel besteht die „Verarbeitungspolice“. Sie wurde geschaffen für Fälle, in denen ein englischer Importeur die gekaufte Rohwolle im Ausland verarbeiten läßt, und sie deckt die Risiken, die z. B. aus der Möglichkeit der Konfiskation, der Einführung von Embargobestimmungen oder dem Kriegsausbruch im Verarbeitungsland erwachsen. Die „Cif-Police“ deckt das Risiko von Verlusten aus der Erhöhung von Frachtsätzen und Transportversicherungsprämien in der Zeit zwischen Vertragsabschluß und Verschiffung. Besondere Garantien werden durch verschiedene Policetypen bei dollarverdienenden Transaktionen gewährt. Sie decken Verlustrisiken, die mit besonderen Anstrengungen der Exporteure zum Abschluß von Geschäften auf den Dollarmärkten im Zusammenhang stehen, wie etwa Marktanalysen, Werbekampagnen und Kapitalanlagen. Verfolgen diese Anstrengungen das Ziel einer strukturellen Ausdehnung der dollarverdienenden Umsätze, so gewährt das Departement auch langfristige Kreditgarantien. Die finan-

zielle Bedeutung der Exportrisikogarantien ist seit Kriegsende gestiegen. Seit dem Finanzjahr 1951/52 (April bis März) lag die jährliche Gesamtversicherungssumme stets über 500 Millionen Pfund Sterling und deckte gut 20 % des Wertes aller Exporte. Die große Unsicherheit über das Eintreten von Versicherungsfällen und damit das Ausmaß der Risiken kommen im Verhältnis von Prämieinnahmen und ausbezahlten Leistungen zum Ausdruck. Obwohl sich diese beiden Summen grundsätzlich die Waage halten sollten, ergaben sich seit Bestehen der Versicherung abwechselungsweise bedeutende Aktiv- und Passivsaldoen. So machten in den Jahren 1941 bis 1945 die Prämieinnahmen nur gut 40 % der ausbezahlten Leistungen aus. In der ersten Nachkriegszeit, als wegen des großen Nachholbedarfs der zerstörten Welt die Exporteure sich ihre Märkte fast nach Belieben aussuchen konnten, ergaben sich hohe Einnahmeüberschüsse. Die Relation von Prämieeinnahmen und gewährten Leistungen betrug sich für 1946/47 auf rund 4500 Prozent, für 1947/48 auf 2200 Prozent, für 1948/49 auf 1600 Prozent, für 1949/50 auf 230 Prozent. In den folgenden Jahren kam die Versteifung des internationalen Wettbewerbs immer deutlicher zum Ausdruck. Die entsprechenden Prozentzahlen lauten 100 % für 1950/51, 500 % für 1951/52 (Korea-„Boom“!), 19 % für 1952/53 (eine Zeit des Konjunktüreintritts) und 23 % für 1953/54 (eine Periode, in der sich die Ausdehnung der Garantieleistungen für Transaktionen auf den südamerikanischen Märkten ungünstig ausgewirkt zu haben scheint). Neben der eigentlichen Versicherungstätigkeit ist das Exportkreditgarantiedepartement auch zur Gewährung direkter Auslandskredite ermächtigt. Diese haben die Form von Staatskrediten, deren Verwaltung dem Departement übertragen ist. Nach zwei größeren Darlehen an Jugoslawien und Pakistan wurde im vergangenen November ein 10-Millionen Kredit an Persien gewährt. Dieser ging parallel zur Wiederaufnahme in die „transferable account“-Zone und hatte zum Zweck, die seit der Verstaatlichung des Ölbergbaus geschwundenen Sterlingreserven Persiens zu erhöhen und dem Land dadurch erneute Sterlingimporte zu ermöglichen. Schließlich verdient noch die vom Exportkreditgarantiedepartement verwirklichte Zusammenarbeit mit den Banken hervorgehoben zu werden. Einmal gewährt das Departement den Banken direkte Garantien für Kredite an ausländische Käufer britischer Exportgüter. Sodann besteht ein Abkommen, wonach die Exporteure berechtigt sind, durch Versicherungspolizen garantierte Fakturen durch ihre Bank diskontieren zu lassen. Die Übertragung, der in der Police verbrieften Rechte an die Bank erfolgt durch die Unterbreitung einer entsprechenden Deklaration an das Departement. Im Laufe des Jahres 1954 ist nach Vereinbarungen mit dem Departement auch die Deckung langfristiger Bankkredite an die Exporteure durch Versicherungspolizen von bisherigen gesetzlichen Bindungen befreit und ihre Praxis erweitert worden. Es läßt sich also erkennen, daß das Exportkreditgarantiedepartement nicht nur in der Übernahme von Verlustrisiken, sondern auch in der direkten und indirekten Finanzierung von Exporten dem Ausfuhrhandel wertvolle Dienste erweist²⁶⁷⁾.

In Westdeutschland wurde die „Hermes Kreditversicherungs-AG“ mit der staatlichen Exportrisikoversicherung beauftragt, und zwar nach Erlaß des „Gesetzes über die Übernahme von Sicherheitsleistungen und Gewährleistungen zur Förderung der Ausfuhr“ im Jahre 1949.

„... Mit diesem Gesetz übernahm der Bund die unentbehrlichen Ausfuhrgarantien und Ausfuhrbürgschaften zugunsten des deutschen Exporteurs. Er bediente sich zu seiner eigenen Sicherung der aus der Vorkriegszeit noch vorhandenen, sorgfältig aufgebauten und entwickelten Arbeitsorganisation der „Hermes“ in Hamburg... Eine Beteiligung der „Hermes“ an den von den Ausfuhrgarantien und Ausfuhrbürgschaften gedeckten wirtschaftlichen und politischen Risiken besteht nicht, alleiniger Risikoträger aus diesen Garantien und Bürgschaften war und ist vielmehr der Bund, der weder am Aktienkapital noch in anderer Form an der „Hermes Kreditversicherungs-AG“ beteiligt ist. Für die Inanspruchnahme der Ausfuhrgarantien und Ausfuhrbürgschaften entrichten die deutschen Exporteure ein Entgelt, das voll dem Bunde zufließt, während der Bund der „Hermes“ die mit der Bearbeitung der Geschäfte verbundenen Unkosten sowie eine besondere Bearbeitungsgebühr vergütet. In ähnlicher Weise ist die „Hermes“ seit dem März 1950 vom

²⁶⁷⁾ W. Zeller: Wesen und Bedeutung der englischen Exportrisikogarantie, in: Der Bund Nr. 13 vom 9. 1. 55.

Bund auch mit der mandatarischen Bearbeitung der Garantien für den Warenverkehr zwischen der Bundesrepublik und Berlin (West) betraut... Das System der Garantien und Bürgschaften des Bundes hat sich in den inzwischen verstrichenen fünf Jahren durchaus bewährt. Der deutsche Außenhandel konnte mit dieser Stütze unerwartet stark entwickelt werden, wobei ihm freilich die eigene Leistung der Produktion und auch das Freiwerden gewisser Märkte im Auslande durch veränderte politische Konstellationen zugute kam. Natürlich mußte der Bund zur Durchführung der Garantien und Bürgschaften erhebliche Mittel einsetzen. Er stellte einen „Garantiefonds“ zur Verfügung, der ursprünglich 120 Mill. DM betragen hatte, aber bereits im September 1950 auf 600 Mill. DM erhöht wurde. Im Jahre 1951 machte die weitere Entwicklung des deutschen Ausfuhrhandels eine Verdoppelung des Garantiefonds des Bundes auf 1,20 Mrd. DM notwendig, im Jahre 1952 folgte eine nochmalige Verdoppelung auf 2,40 Mrd. DM, der im Jahre 1953 sich eine erneute Auffüllung auf 4 Mrd. DM anschloß. Soeben wird bekannt, daß dem Bonner Parlament der Antrag auf eine weitere Erhöhung des Garantiefonds des Bundes auf 5 Mrd. DM zur Entscheidung vorliegt. Es ist bisher noch nicht bekannt geworden, in welchem Umfange bis zur Gegenwart der Bund aus diesen Garantieleistungen in Anspruch genommen worden ist. Immerhin ist damit zu rechnen, daß durch diese Garantien gewisse nicht unerhebliche Ausfälle, besonders im überseeischen deutschen Exportgeschäft abgedeckt werden mußten. Wenn die Ausfälle sich bis jetzt in engen Grenzen gehalten haben und nach allgemeiner Annahme auch in Zukunft halten werden, so hat das seine wesentliche Ursache darin, daß dem Bunde die vieljährigen Erfahrungen der von ihm zur Mitwirkung herangezogenen „Hermes Kreditversicherungs AG“ in Hamburg zu Verfügung standen und stehen, die schon in den Vorkriegsjahren ein engmaschiges, über die ganze Welt ausgedehntes Auskunfts- und Prüfungsnetz entwickelt hatte, so daß diese Gesellschaft durch ihre Verbindungen und durch ihre sorgfältige Risikobeurteilung dem Bund einen wesentlichen Schutz gegen besondere Gefahren aus Garantien usw. im Exportgeschäft zur Verfügung stellen konnte. Jedenfalls hat dieses Garantiesystem wesentlich zur Förderung der deutschen Ausfuhr und zum Schutz des Exporteurs gegen das wirtschaftliche Risiko beigetragen, das mit jeder internationalen Handelstätigkeit verbunden ist. Die „Hermes“ selbst hat in einem der jüngsten Berichte festgestellt, daß sie mit ihrer Tätigkeit, das heißt durch ihre Kreditprüfung, ihre Kundschaft in zahlreichen Fällen vor Verlusten habe bewahren können²⁶⁸⁾.“

Auch in Portugal könnte man weitere Staatseinnahmen durch eine staatliche, oder halbstaatliche eventuell obligatorische *Export-Risiko-Versicherung* erzielen. Da die Privatinitiative dort nicht groß ist und ohnehin die Tendenz besteht, Verluste möglichst auf den Staat abzuwälzen, würden mit einer solchen Versicherung sowohl das Sicherheitsbedürfnis der Kaufleute befriedigt, als auch Mittel für die großen Investitionsaufgaben der Staatsverwaltung beschafft. Erfahrungsgemäß übersteigen die Einnahmen durch Prämienzahlungen die Ausgaben für Schadenersatzleistungen (z. B. in England) bei weitem. Als Gegenstand der Versicherung kämen die in den Verträgen der portugiesischen Lieferanten mit ausländischen Schuldern als Preis vereinbarten Geldforderungen (Zahlungsunfähigkeit des Schuldners und Kursverluste) in Frage, sowie das politische Risiko, die Uneinbringlichkeit von Forderungen infolge bestimmter politischer Ereignisse und allgemeiner staatlicher Maßnahmen des Schuldnerlandes, welche Moratorien, Abwertungen, Zahlungsverbote, Transferverbote und Sperrungen von im Schuldnerland bezahlten Landeswährungsbeträgen einschließen. Als Uneinbringlichkeit infolge politischer Ereignisse hätte die Beschlagnahme durch ausländische Behörden und Verlust, Vernichtung oder Beschädigung der Waren durch Unruhen, Revolutionen usw. zu gelten. Auch bei Fabrikationsrisiken würde die Versicherung dem portugiesischen Fabrikanten von Exportgütern die Selbstkosten der vereinbarten Lieferungen und Leistungen zu ersetzen haben. Die Fabrikationsrisiken bestehen vor allem darin, daß die Fertigstellung und der Versand aus politischen Gründen unmöglich sind oder nicht mehr zugemutet werden können und bei anderweitiger Verwendung einen Teil der Selbstkosten

²⁶⁸⁾ NZZ Nr. 2054 vom 25. 8. 54.

nicht mehr decken. Die jüngste Vergangenheit hat gezeigt, daß private Versicherungsgesellschaften fast niemals Versicherung gegen das politische Risiko gewähren. Aber die Kreditversicherung (Versicherung der Außenstände aus Warenlieferungen) findet nun selbst von seiten dieser Gesellschaften vermehrtes Interesse und ließ z. B. der Eidgenössischen Versicherungs-AG. im Jahre 1953 infolge des Ausbleibens größerer Schäden einen Überschuß²⁶⁹⁾. In letzter Zeit wurde in der Schweiz wiederholt die Frage aufgeworfen, ob die Versicherungsgesellschaften nicht auch die sogenannten politischen Risiken decken könnten. Nach der Ansicht der Gesellschaften ist dies unmöglich, da jeder versicherungstechnische Ausgleich fehlen würde. Die Versicherung gegen diese Gefahren kann lediglich der Staat im Interesse der Arbeitsbeschaffung und der Exportförderung übernehmen, was in der Schweiz seit vielen Jahren geschehen ist.

Zur Förderung der Exportwirtschaft wäre auch die Gründung einer staatlichen *Export-Kredit-Junta* (deren Gewinne erhebliche Staatseinnahmen darstellen können), sowie einer *staatlich garantierten oder ganz privaten Ausfuhr-Kredit-Aktiengesellschaft* denkbar, deren Aktien und Obligationen steuerlich begünstigt werden. Diese Steuerbegünstigung könnte man auf alle Kreditinstitute ausdehnen, die Ausfuhrgeschäfte durch Gewährung von mittel- und langfristigen Krediten zu niedrigen Zinssätzen finanzieren. Angesichts der traditionellen Politik des billigen Geldes (von seiten der Salazar-Regierung) würde eine staatliche Export-Kredit-Bank ohnehin nur niedrige Zinsen für ihre Kredite verlangen dürfen. Ferner wäre eine Verlängerung der Diskontierungsdauer von Exporttratten, zum Beispiel von 3 auf 4 Monate empfehlenswert und für die bestehenden Kreditinstitute, die Exportkredite gewähren, würde die Einrichtung einer *staatlichen Export-Kredit-Versicherung*²⁷⁰⁾, die mittel- und langfristige Exportkredite garantiert, wie in Italien, eine große Stütze sein. Damit die Exporteure nicht nur besonders risikoreiche Exporte versichern lassen, müßte eine, *eventuell obligatorische Ausfuhr-Pauschalversicherung* eingeführt werden, die alle Auslandsgeschäfte versichert. So könnte man die Prämien niedrig halten, hätte damit die Kosten der Unternehmungen nicht allzu stark erhöht und eine gute Risikoverteilung erreicht. Die Exportkredit-Versicherung soll billiger zu stehen kommen, als Kapital, selbst unter erschwerten Umständen. Entgegenkommende Behandlung im Schadensfall, genügende Vorentscheidung und prozentuale Deckung des eintretenden Verlustes sind Bedingungen, die erfüllt werden müßten. Protesterhebung sollte genügen, um die Versicherungsleistungen fordern zu können, auch ohne genaue Beweisführung, daß alles getan wurde, um die Forderung an den Schuldner im Ausland sicherzustellen. Die Exportfinanzierung wird dadurch erleichtert, daß Banken eher geneigt sind Kredit zu geben, wenn der Exporteur eine Staatsgarantie erhalten hat. Der Staat kann auch als Exportrückversicherer fungieren oder als Erstversicherer mit seiner Garantie haften, während private Gesellschaften als Rückversicherer hinzukommen. Den portugiesischen Gläubigern sollte die Möglichkeit gegeben werden, ihre Forderungen (z. B. an Schuldner in Brasilien) mit Disagio verkaufen zu können. Der Verlust, der ihnen dabei entstünde, wäre dann durch die Kreditversicherung zu decken.

Günstig für die Förderung des Exports wäre ferner *zollfreie Einfuhr im Veredelungsverkehr* und *Erlaß der Exportabgabe*, welche den Portweinexporteuren auferlegt wird. Reexport und Transit sind ohnehin zollfrei. Den Fabrikanten von Exportwaren könnte die Absetzung eines bestimmten Prozentsatzes (z. B. 3 bis 4 %) an steuerfreien Rücklagen (steuerfreie Exportreserve) bei der Gewinnermittlung erlaubt werden. Wenn man auch in Portugal einmal zur Erhebung von allgemeinen Umsatzsteuern übergeht, werden Umsatzsteuer-Rück-

²⁶⁹⁾ NZZ Nr. 1184 vom 14. 5. 54.

²⁷⁰⁾ Sigismund Remy: Probleme der Exportfinanzierung mit besonderer Berücksichtigung der Schweiz, Diss. Basel 1940, S. 117—127.

vergütungen auf diese Fabrikanten und auf Export-Kaufleute anregend wirken. Steuerbegünstigte Abschreibungen, je nach dem Anteil des besonders erwünschten Exportes (z. B. nach den USA) am Gesamtumsatz, sollten etwa für große Handelshäuser möglich sein.

Der am 2. September 1949, nach einer weiteren Verschlechterung (Passivierung) der Handelsbilanz gegründete *Export-Förderungs-Fonds* (Fundo de Fomento de Exportação, Gesetzesdekret Nr. 37538) wird mit besonderen, auf bestimmte Einfuhrwaren gelegten Zöllen, mit Beiträgen von Wirtschaftsverbänden und Zinsen des eigenen Vermögens gespeist. Nach seiner Gründung sind ihm zunächst Erträge aus Zöllen von 15 bis 50 % auf Luxus-Personenautos (15 % des Verkaufspreises bei der billigsten Klasse und 50 % bei der teuersten)²⁷¹⁾ zugeflossen. Aufgabe dieses Fonds war in erster Linie die rationelle Organisation des Exports, systematische Erforschung und Beobachtung der ausländischen Märkte und ihrer Möglichkeiten für die portugiesische Ausfuhr und Unterstützung aller Institutionen, die sich mit der Propaganda für portugiesische Produkte im Ausland, hauptsächlich in Amerika befassen, wozu der einzelne Exporteur allein nicht imstande gewesen wäre (gemeinsame Werbe- und Absatzkampagnen). Erst später kam die Aufgabe hinzu, diejenigen Industrien und anderen Wirtschaftszweige direkt zu fördern (durch Subventionen, Käufe von Obligationen und Aktien usw.), die mit ihrer Produktion dazu beitragen, daß weniger Waren aus dem Ausland eingeführt werden müssen. Infolge des verminderten Handels mit den traditionellen Hauptpartnern England (Portwein-Einfuhrrestriktionen auf Grund der Austerität-Politik: Portwein = non-essential-Gut) und Deutschland nach dem Kriege, war Portugal ganz auf den amerikanischen Markt angewiesen, der nur durch äußerst kostspielige Werbungen, schärfste Kalkulation mit geringeren Gewinnmargen (schon allein wegen der hohen amerikanischen Zollmauern) und stärksten Konkurrenzkampf mit den amerikanischen Kunststoffproduzenten (Ersatzerzeugnisse für Sisalfasern usw.) für die portugiesischen Waren (außer den fest eingeführten wie Kork und Harzprodukte) erobert werden konnte. Für die systematische Exportförderung durch Marktforschung usw. arbeitet über dem Fonds eine aus Industriellen, Exporteuren, Beamten und Nationalökonomern zusammengesetzte Kommission, in der auch die Ministerien für Wirtschaft und Finanzen vertreten sind. Sie soll die Bedürfnisse und Sonderwünsche der ausländischen Importeure und Konsumenten an Ort und Stelle studieren und laufend mit allen Einzelheiten an die heimischen Produzenten und Exporteure herantragen.

Die *Einnahmen und Ausgaben des Export-Förderungs-Fonds* während der ersten beiden Jahre seines Bestehens beliefen sich auf folgende Summen in Contos²⁷²⁾:

	1950	1951
Einnahmen	49 558	43 256
Ausgaben	10 358	13 616
Saldi	39 200	29 640

Diese Beträge ergeben einen jährlichen Durchschnittssaldo von 34 420 Contos, aber man rechnet angesichts der Entwicklung des Außenhandels vorsichtigerweise für die Zukunft mit jährlich verfügbaren Saldi von 15 000 Contos. So könnte dieser Fonds im Zeitraum des *Sechsjahresplanes* 1953—58 90 000 Contos erübrigen, um damit zur Finanzierung der geplanten Ausgaben beizutragen. Dazu kommen 97 088 Contos, die sich zur Zeit der Veröffentlichung des Planes, am 3. 9. 1952 als verfügbare Gelder im Fonds befanden, so daß rund 180 000 Contos als Beitrag des Fonds zur Finanzierung des Planes zur Verfügung stehen werden. Diese Mittel sind besonders für die Förderung der Exportindustrien

²⁷¹⁾ NZZ Nr. 2318 vom 11. 11. 1949.

²⁷²⁾ NdP 4. 10. 1952, S. 11.

und auch für andere Industrien bestimmt (Industrien, die mit ihrer Produktion zur Verminderung der Importe aus dem Ausland beitragen). Der Exportförderungsfonds konnte bisher nicht viel leisten, da ihm zu wenig Mittel zufließen. Neben den bestehenden Spezialzöllen auf Luxusimporte ließen sich noch folgende *Finanzierungsmethoden* anwenden²⁷³): 1. Zollrückvergütung für wieder ausgeführte Produkte. 2. Devisenprämien auf knappe Devisen, welche die Importeure (z. B. von amerikanischen Waren) zahlen müssen. Ist die Nachfrage nach Devisen am Importmarkt größer als das Angebot, so werden die Importeure auch freiwillig eine Devisenprämie zahlen. Die Prämie hat die Aufgabe eines beweglichen Zolls. Bei Stockung der Ausfuhr (Devisenknappheit) wird auch der Import gebremst. 3. Belastung des inländischen Luxuskonsums. 4. Produktionsumsatzsteuern. 5. Ausfuhrprämien als Solidaritätssteuer der Exportindustrie und der Exporteure. Zuteilung und Höhe der Prämien je nach Handels- bzw. Devisenbilanz. Der Exportförderungsfonds wäre dann in der Lage folgende Zahlungen zu leisten: 1. Vorschüsse an die Exporteure. 2. Kompensationsprämien. 3. Versicherungsprämien. 4. Kreditgewährungen an ein halbamtliches Institut, das Erleichterungen der Exportfinanzierung ermöglicht (etwa Bevorschussung von Clearingguthaben), die Exportrisikogarantie verwaltet und Fabriksubventionen zuteilt. Mit Hilfe solcher Subventionen würde die portugiesische Exportindustrie konkurrenzfähiger gemacht und ihr Beschäftigungsgrad gesichert. Exportaufträge, die sonst wegen der Konkurrenzbedingungen des Auslandes nicht angenommen werden könnten, würden dann von der portugiesischen Industrie ausgeführt. Es hat sich gezeigt, daß die vom Staat geförderte Exportsteigerung billiger ist, als Notstandsarbeiten²⁷³).

Bei der Förderung des Exportes der wichtigsten Exportwaren, wie Fischkonserven, Kork, Portwein, Harzprodukte usw. haben die sogenannten *prae-korporativen Organe*, halbstaatliche autonome Institutionen für wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Staat und Korporationen (Organismos de Coordenação Economica), ausgezeichnete Dienste geleistet. Es handelt sich um drei Arten von Einrichtungen, die einmal Korporationen werden sollen, nämlich um die „Regulierenden Kommissionen“, „Juntas“ und „Institute“. Sie haben folgende Aufgaben:

1. Regulierende Kommissionen: Kontrolle der Importe zur Übereinstimmung mit dem Bedarf und der Produktion in Portugal und seinen Überseeprovinzen.

2. Juntas: Verbesserung der Produktion, der Qualität bestimmter Waren und des Handels damit, zwecks Erhöhung des Exportes.

3. Institute: Verbesserung der Qualität bestimmter Waren und Exportsteigerung durch vermehrte Forschung, Qualitätskontrolle, Propaganda im Ausland und Förderung der Zusammenarbeit zwischen Produzenten und Händlern.

Von den Instituten haben besonders das „Portweininstitut“ und das „Fischkonserveninstitut“ große Bedeutung für den Export erlangt. Außerdem arbeitet noch das „Brotinstitut“ für Weizenanbau und -verteilung. Juntas haben sich beim Export von Harzprodukten und Kork bewährt. Sie bewirkten die Verbesserung der Qualität dieser Waren, verteidigten ihren guten Ruf im Ausland und veranstalten energische Werbungen. Nicht zu unterschätzen ist ferner die kapitalbildende Wirkung all dieser Institutionen. Die obligatorische Mitgliedschaft der Firmen bringt ihnen namhafte Beiträge und sonstige Einnahmen²⁷⁴), wovon nur ein kleiner Teil sofort wieder ausgegeben werden muß. Der Rest kommt in Fonds oder dient zur direkten und indirekten Anlage sowie zur Gewährung von Darlehen an die Mitglieder²⁷⁵).

²⁷³) Remy, a.a.O., S. 100—111 und S. 144.

²⁷⁴) Vgl. S. 129.

²⁷⁵) Unsere Ausführungen stützen sich auf die Dissertation von W. F. Hesselink: Über die Weine des Weinbaugebietes am Douro, „die sog. Portweine“, München 1904, und auf das Werk von Cotta, a.a.O., S. 55—78, 108—123. Das System ist das gleiche geblieben, während die Geldbeträge der Kriegsteuerung gemäß seitdem erhöht wurden.

Dem *Portweininstitut*²⁷⁵⁾ müssen alle Portwein-Händler und -Produzenten angeschlossen sein. Es hat Disziplinargewalt und kann Bußen von 1—50 Contos auferlegen, ja sogar Verbote weiterer Produktion oder Exporte aussprechen sowie Portweinanalysen, Qualitäts- und Ursprungszeugnisse — gültig für 90 Tage, gegen Entrichtung einer Gebühr — ausarbeiten und Garantiesiegel verkaufen. Für alle technisch-wissenschaftlichen Fragen, die sich ergeben (Boden, Klima, Weinreben) steht dem Institut heute ein gut geschulter Mitarbeiterstab zur Verfügung. Es verfügt auch über moderne technische Einrichtungen, mit denen wissenschaftliche Untersuchungen vorgenommen werden können. Motorisierte technische Prüfungskommissionen überwachen die Weinerzeugung im Dourogebiet und schaffen damit eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß nur ein hochwertiger Wein in den Handel kommt. Umfangreiche Marktforschungen erlauben bestmöglichen Absatz. Der Portwein wird, soweit er nicht im Dourogebiet selbst verbleibt, von den in Vila Nova de Gaia bei Porto an der Douromündung ansässigen Exporteuren unter ständiger Kontrolle des Instituts angekauft, zubereitet und eingelagert. Nur Portwein aus den Lagerhäusern von Vila Nova de Gaia darf für den Export verwendet werden.

Früher waren die Engländer fast die einzigen Kunden und daher war auch der Handel zum größten Teil in ihren Händen. Seit Ende des letzten Jahrhunderts wird Portwein über die ganze Erde versandt und so fand man schon damals in Vila Nova de Gaia außer portugiesischen und englischen auch andere ausländische Firmen. Trotzdem das Institut den Namen „Portwein“ im Ausland zäh verteidigt, wird z. B. in der Kap-Provinz Wein produziert, der unter der Bezeichnung „Portwein“ in den Handel kommt. Dieser sogen. „Portwein“ ist natürlich viel billiger als der Original-Portwein, aber solche Surrogate können einen Douroport in keiner Weise ersetzen, weil er durch die Lagerung besser wird und gut bekömmlich ist, während Surrogate mit zunehmendem Alter schlechter werden, widerstehen und nicht bekommen. Der Konsument gibt sich oft mit Surrogaten zufrieden, weil er echten Port überhaupt nicht kennt. Bestimmung von Jahr und Lage bei gewöhnlichem Portwein verrät nur Unkenntnis, denn es handelt sich dabei immer um eine Mischung von Weinen aus den verschiedensten Jahren und Lagen. Nur in besonders guten Weinjahren werden die besten Weine apart aufgehoben und kommen dann als „Vintage Weine“ in den Handel. Sie sind kräftiger und besitzen mehr Aroma und Körper als die gewöhnlichen Weine, müssen deshalb länger lagern und mehrere Male angestochen werden, bevor sie versandt werden können. Das Klassifizieren der Portweine ist eine sehr schwierige Arbeit, denn ein junger Dourowein ist durchaus noch kein Portwein, und es gehört eine große Sachkenntnis dazu, beurteilen zu können, wie ein so junger Wein sich entwickeln wird. Deshalb legen alle Firmen Wert darauf, sich selbst zu kontrollieren, indem sie einen Berufsweinprobierer vom Portweininstitut beauftragen, sein Urteil über ihre Qualifikation abzugeben. Auch bei weiteren Geschmackssachen, wie Erfrischung von alten Weinen mit jüngeren, Ankauf von Weinsprit usw. wird dieser Weinprobierer oft zu Rate gezogen.

Das Portweininstitut setzt auch die jährlich zu kelternden, auszureifenden und zu verkaufenden Mengen fest, sowie Höchstpreise für Produzenten und Händler, ordnet technische, hygienische und Qualitätsverbesserungen an, registriert alle Marken und prüft ihre Qualität durch diplomierte Portweinschmecker. Es verteidigt nicht nur den guten Namen, sondern bürgt auch für die Güte des Portweines im In- und Ausland. Kein Liter Portwein darf das Land ohne Prüfung und Genehmigung des Institutes verlassen. Vor jeder Sendung ins Ausland muß ein Muster davon beim Institut deponiert werden. Außerdem kann der ausländische Importeur nach Eintreffen der Ware beim Institut reklamieren. Die beanstandete Ware wird dann sofort im Institut analysiert. Durch dauernde Kontrolle, Beschränkung auf beste Reblagen, ständige Veredelung der Gewächse und sorgfältigste, wissenschaftliche Verarbeitung,

konnte das Institut Markenweine von unübertrefflicher Qualität auf den Weltmarkt bringen. Es ist daher nicht verwunderlich, daß der Portwein überall geschätzt wird. Die mineralhaltigen Schieferhügel an den Ufern des Ober-Douro ist ausgezeichnete Erde²⁷⁶⁾ für den Weinbau, der dort vor dem ungünstigen Einfluß des Meeres geschützt ist. Älter als seine Geschichte der Entdeckungen ist die hochstehende Weinkultur Portugals und es gibt kein Weingebiet auf der ganzen Welt, das so viele Vorzüge hat²⁷⁷⁾. Das Bepflanzen eines Weinberges im Alto-Douro ist sehr kostspielig wegen der steilen und rauen Abhänge. Die Reblaus hat auch dort ungeheuren Schaden angerichtet. Sie wurde im Jahre 1868 zum ersten Mal in diesem Gebiet festgestellt. Infolge der hohen Kosten fehlte oft das erforderliche Geld zur Wiederherstellung der verwüsteten Weinberge.

Das Portweininstitut bezieht seine *Einnahmen* hauptsächlich von den Weinexporteuren, die obligatorisch im „*Gremio dos Exportadores de Vinho do Porto*“ zusammengeschlossen sind²⁷⁸⁾. Diese Korporation unterhält Lagerhäuser in Vila Nova de Gaia. Händler, die keinen ständigen Mindestvorrat von 150 000 Litern aufweisen können und keine geeigneten Installationen besitzen, dürfen nicht Mitglieder sein, bekommen also nicht die Erlaubnis Portwein zu exportieren. Das Gremio fördert den Absatz von Portwein, hilft dem Institut bei der Aufdeckung von Betrügereien, zahlt Industriesteuern²⁷⁹⁾ und führt sogar Kompensationsgeschäfte in Zusammenarbeit mit anderen Korporationen durch (z. B. 1939: Portwein gegen Klippfische von den Far Oer-Inseln). Die Mitglieder zahlten vor dem Kriege 1 Conto Registrationsgebühr, monatlich eine feste Taxe von 50 Esc. und eine variable von 50 Esc. für jede gelagerte Menge von 500 000 Litern, die über die ersten 500 000 Liter hinausgeht (bis zum Höchstbetrag von 250 Esc.) und 2,50 Esc. pro Hektoliter exportierten Wein. Jede Firma darf nur einen bestimmten Prozentsatz ihrer Lagervorräte innerhalb eines gewissen Zeitraumes veräußern (Exportkapazität). Im allgemeinen soll ein Exporteur nicht mehr als 60 % seiner Lagervorräte im Jahr abgeben. Alle Käufe im Dourogebiet haben während der Zeit der Weinlese zu erfolgen²⁸⁰⁾, damit sie nicht zu späteren, niedrigeren Preisen getätigt werden können. Zur Berechnung der

Exportkapazität (K) hat man folgende Formel aufgestellt²⁸¹⁾: $\frac{C \cdot S}{E} = K$ (Preise = C, Lagerbestand = S, Umfang der früheren Verkäufe = E). Durch Anwendung dieser Formel soll eine gerechte Gewinnverteilung erreicht werden. Überschüssige Mengen werden in Porto und Umgebung verbraucht oder destilliert.

Auf dem Gebiet der *Geldbeschaffung* gilt das im Mai 1939 erlassene Dekretgesetz Nr. 29 601, das folgendes bestimmt:

1. Jede Beleihung von Portwein darf nur gegen Vorlage einer vom Portwein-Institut begutachteten Vorratsbescheinigung erfolgen. Das Institut führt über die gesamten Weinvorräte aller Exporteure Buch und ist infolgedessen jederzeit in der Lage festzustellen, ob ein Gesuch auf Ausstellung einer Vorratsbescheinigung berechtigt ist oder nicht.
2. Der gesamte Lagervorrat des betreffenden Exporteurs haftet als Sicherung.
3. Kollektivhaftung aller Portweinexporteure für den geliehenen Betrag, wenn der Schuldner seinen Verpflichtungen nicht nachkommt.

Die Vorratsscheine werden im allgemeinen von den Firmen selbst ausgestellt und dann dem Institut zur Gegenzeichnung vorgelegt. Da es über die Preis-

²⁷⁶⁾ Eisenhaltiger Tonboden, arm an Phosphaten, reich an Kali und Kalk.

²⁷⁷⁾ Weitere Einzelheiten im Anhang.

²⁷⁸⁾ Dekrete Nr. 22460 v. 10. 4. 33, Nr. 23183, Nr. 23184 v. 28. 10. 33, Nr. 27282 vom 24. 11. 36.

²⁷⁹⁾ v. Gersdorff (I), a.a.O.

²⁸⁰⁾ Gesetz Nr. 26899 aus dem Jahre 1936.

²⁸¹⁾ Ernst Tigges: Ansätze und Erfolge der Wirtschaftsordnung im korporativen Portugal, Diss. Berlin, 1942, S. 86.

verhältnisse gut unterrichtet ist, kann es festlegen, für welche Summe der Schein auf dem Geldmarkt gut ist. Die Weingroßhändler in Vila Nova de Gaia sind nicht einfach nur einige der vielen Mittelsmänner zwischen Produzent und Konsument, wie dies sonst meistens der Fall ist. In ihren Magazinen wird oft erst der Prozeß vollendet, durch den der junge Dourowein in fertigen Handelsportwein umgewandelt wird. Die Magazine werden so dunkel wie möglich gehalten, weil man der Ansicht ist, daß sich der Wein sonst nicht gut entwickelt. Die Lagerfässer liegen in langen Reihen, meistens 2—3, selten 4 Lagen hoch. Sie wurden vor dem ersten Weltkrieg nur von Karpathen-Holz gemacht (Einfuhr via Triest oder Danzig). Holz aus Süd-Amerika, das viel billiger ist und für Sherry benutzt wird, ist für Portweinfässer nicht zu gebrauchen. Sherry wird außerdem in alten Cognac-Fässern gelagert. Um neue Portweinfässer weingrün zu machen, läßt man sie vier Wochen, mit Wasser gefüllt, liegen. Sie werden nicht geschwefelt, sondern bloß mit Alkohol gespült. Wenn aus einem jungen Dourowein ein guter Portwein hervorgehen soll, so muß seine Behandlung mit der größten Sorgfalt und Sachkenntnis geschehen. Das Portweininstitut hat außer den oben erwähnten Gebühren und Bußen noch folgende Abgaben zu kassieren: Vor dem Kriege:

1. Fünf Escudos pro Hektoliter Faßwein und 2,50 Esc. pro 100 Flaschen, zahlbar im Zollamt beim Export.
2. 50 % einer Abgabe von 20 Esc. pro Hektoliter Wein, der außerhalb der Douro-Wein-Region gewachsen und innerhalb dieses Gebietes von den Großhändlern verkauft wird.
3. 55 % der Abgabe von 2,50 Esc., welche die Exporteure pro Hektoliter ausgeführten Wein zahlen müssen.

Die „Wein-Großhändler-Gilde“ hat Verkaufsbedingungen an die Detailgeschäfte festzulegen, die Keller-Anlagen ihrer Mitglieder zu prüfen in bezug auf Kapazität, Ventilation, Sauberkeit und hygienische Arbeitsbedingungen für die Arbeiter, Informationen zu geben, Propaganda zu machen und Vorsorgeinstitutionen für die Arbeiter einzurichten. Die Mitglieder der Gilde (Mitgliedschaft obligatorisch) müssen eine gewisse Mindestausrüstung besitzen, Mindestlager von einem Fünftel ihrer jährlichen Verkäufe halten, Industriesteuern zahlen (vor dem Krieg 1500 Esc., bei jährlichen Verkäufen von weniger als 100 000 Litern ermäßigt auf 500 Esc.) und im Handelsregister eingetragen sein. Sie zahlten vor dem Kriege an die Gilde (Gremio): 200 Esc. Einschreibgebühr, 20 Esc. am 15. jedes Monats, 1 Esc. pro Hektoliter (Wein und andere Produkte), der an Detailhändler verkauft wird und Bußen bei Verletzungen der Preisvorschriften und anderen Bestimmungen. Mit diesen Mitteln können alle Auslagen für Propaganda usw. einschließlich des Gehalts für den Staatsbeamten (Abgeordneter der Regierung) bezahlt werden. Ganz allgemein gilt, daß die Korporationen sich selbst, ganz ohne Staatssubventionen finanzieren sollen, wobei die von ihnen gebildeten Fonds wichtige Quellen der Kapitalbildung sind.

Alle Winzer der Portwein-Region müssen ebenfalls Mitglied einer korporativen Organisation, des „Douro-Hauses“ (Casa do Douro) sein. Diese Korporation kontrolliert die Weinberge, garantiert die Echtheit und Güte des Portweins, gibt Anweisungen (z. B. neue Arbeitsmethoden) und technische Hilfe, verteilt die Brantweinmengen, welche dem Portwein zugesetzt werden müssen, setzt die Menge des zu verkaufenden Weines fest, gründet Winzer-Korporationen, schließt Gesamtarbeitsverträge mit den Volkshäusern und Gewerkschaften ab (in denen die Gründung von Vorsorgekassen, auch zwecks Gewährung von Hilfe bei Arbeitslosigkeit, beschlossen wird), sorgt für eine gerechte Lohnpolitik, sichert bedürftigen Arbeitern Unterstützung, legt ein Kataster aller Weingüter des Douro-Gebietes an und führt die Anordnungen des Portweininstituts aus. Alle Winzer haben das Recht, jede Weinmenge, die sie nicht direkt verkaufen können, zu den festgesetzten Preisen an das Douro-Haus zu verkaufen und technische oder finanzielle Hilfe vom Haus zu erhalten. Ihre Pflichten sind:

1. alle Anordnungen in bezug auf Produktion (Kontingentierung zur Vermeidung von Preisstürzen), Qualität und Handel zu befolgen und 2. dem Haus bei der Qualitätsverbesserung und Kontrolle zu helfen. Vor dem Kriege hatten sie zu zahlen: 1. für jeden gewonnenen Hektoliter 4 d. an den Kapitalfonds, 10 d. an den Kreditfonds des Douro-Hauses und 2. pro Hektoliter, den sie bei der obligatorischen Meldung ihrer Gesamtproduktion (am 15. November jeden Jahres) dem Hause nicht angegeben haben 1 d. 30 % der obigen 4 d. gingen an den Zentralfonds, 30 % an den lokalen Gilden-Fonds und die restlichen 40 % an Sozialvorsorgefonds des Douro-Hauses. Der Zentralfonds bekam außerdem 50 % der oben erwähnten 20 Esc. pro Hektoliter Wein, der außerhalb der Douro-Region gewachsen ist, aber dort verkauft wurde. Auch Bußen und Legate kamen in diesen Fonds, der sämtliche Ausgaben des Douro-Hauses bestritt. Überschüsse wurden auf Reserve-, Vorsorge- und Kreditfonds verteilt. Der Kreditfonds mußte ein Minimum von 450 000 £ erreichen. Seine Haupteinnahme bildete der Beitrag der Mitglieder von 10 d. pro erzeugten Hektoliter. Gewinne bei Transaktionen und Kreditgewährungen (Höchstzinssatz 5 %) bildeten ebenfalls eine Einnahmequelle dieses Fonds. Er darf Anleihen aufnehmen, aber Kredite nur in Form von Lombardierungen der Lagerscheine (warrants) gewähren, die das Douro-Haus ausstellt. Das Haus gründet auch Volkshäuser²⁸²⁾, verwaltet die Vorsorgefonds derselben und gewährt Arbeitslosen- und Invalidenunterstützungen.

Die *Einnahmen des Fischkonserven-Instituts* bestanden vor dem Kriege in einer von den Zollämtern erhobenen Abgabe pro 100 kg exportierten Fisch: 7 s. 3 d. auf Thunfisch, 4 s. 6 d. auf Sardinen, 2 s. 9 d. auf andere Fische und 1 s. 10 d. auf Nicht-Fischkonserven. Mit 40 % dieser Einnahmen wurden Propagandaaktionen im Ausland, die Verteidigung des guten Rufes der weltbekannten Qualitätskonserven²⁸³⁾ und ähnliche Aufgaben finanziert. 60 % gingen an die Gilden der Fischkonservenfabrikanten, wobei dieser Betrag auf die einzelnen Gilden je nach der Menge verteilt wurde, die eine Gilde im vorhergehenden Monat exportiert hatte und in folgenden Quoten auf die verschiedenen Fonds: $\frac{9}{20}$ an den Korporations- oder Kapitalfonds, $\frac{10}{20}$ an den Sozialvorsorgefonds und $\frac{1}{20}$ an den „Einnahmen-Fonds“²⁸⁴⁾. Der Kapitalfonds mußte von allen Gilden bis zur Höchstsumme von 30 000 Contos gebildet werden. Er soll zur „Verteidigung der Fischkonservenindustrie“ dienen und zur Kreditgewährung an Fabrikanten durch Lombardierung von Lagerscheinen. Überschüsse werden wie folgt verwendet: 1. Ersatz von Entnahmen aus dem Kapitalfonds. 2. 20 % davon an den Reserve-Fonds. 3. 30 % als Sozialfürsorge und Hilfe für alte Arbeiter. 4. Vortrag auf neue Rechnung. Ohne erfolgte Qualitätsprüfung durch das Fischkonserven-Institut darf kein Fisch exportiert werden. Um die Qualität und den Vitamingehalt²⁸⁵⁾ zu erhöhen richtete das Institut moderne Versuchslaboratorien ein. Außerdem hat es genaue Normen über die Fabrikation und Verpackungsart eingeführt, deren Einhaltung für die Zuteilung von Exportlizenzen Voraussetzung ist. Zum Schutze der Fischbrut verbietet das Institut den Fischfang in gewissen Jahreszeiten. Unumstritten sind auch seine Verdienste um die Verbesserung der maschinellen und hygienischen Einrichtungen in den Fabriken. Auf seine Initiative hin entstanden neue Betriebe, in denen heute Fischmehl und andere Zwischenprodukte aus Abfällen hergestellt werden. Vorschriften über die Preise vereinfachen den Absatz im In- und Ausland, und

²⁸²⁾ Vgl. Fußnote 86 auf Seite 76.

²⁸³⁾ Dies gelingt offenbar nicht immer, denn in Jugoslawien, Japan und den USA werden auch „Sardinen“-Konserven hergestellt und exportiert, obwohl richtige Sardinen nur in französischen, spanischen, portugiesischen und marokkanischen Küstengewässern leben.

²⁸⁴⁾ „revenue fund“ bei Cotta, a.a.O., S. 112 und 114.

²⁸⁵⁾ 100 g Ölsardinenkonserve enthalten jetzt 5 Vitamine und 372 Kalorien, den höchsten Nährwert von allen bisher bekannten Lebensmitteln.

eine wirksame Propaganda fördert ihn, u. a. durch Beteiligung an internationalen Messen²⁸⁶). Eine weitere Absatzsteigerung ließe sich zweifellos erzielen, wenn das Institut die Anordnung treffen würde, daß *alle* Konservenfabriken einen *praktischen, wirklich brauchbaren Schlüssel* an ihre Büchsen anlöten lassen.

Die *Fischkonservenfabrikanten-Gilde* hat folgende Aufgaben: 1. Kreditgewährung an ihre Mitglieder. 2. Errichtung von komplementären Produktionsstätten zur Herstellung von anderen Fischprodukten wie z. B. Fischmehl, damit das ganze Personal in der toten Saison beschäftigt werden kann. 3. Bau von „Casas Economicas“²⁸⁷). 4. Verbesserung der Arbeitsbedingungen. 5. Abschluß von Gesamtarbeitsverträgen²⁸⁸). 6. Gründung von Gewerkschafts-Vorsorgekassen²⁸⁹). 7. Unterhalt besonderer Schulen für die Kinder des Personals und die Analphabeten, die in der Fischkonservenindustrie arbeiten. Die finanzielle Bedeutung der Institute und Juntas, nicht nur für die Exportindustrie, sondern auch für die gesamte portugiesische Volkswirtschaft, ist aus dem Vergleich ihrer Einnahmen mit denjenigen des Staates ersichtlich²⁹⁰).

„... 1954 hatte Portugal 273 Fischkonservenfabriken, von denen 213 mit Motorkraft arbeiteten. Hauptprodukt waren 52 459 t Sardinenkonserven, neben denen andere Produkte wie Thunfisch, Makrelen und Anchovis nur unbedeutend waren. Beschäftigt wurden rund 1000 Angestellte und 20 000 Arbeiter (31. 12. 1955 : 22 521 insges.), von denen 80 % Frauen waren. Der mittlere Tageslohn eines Vollarbeiters beträgt für den Mann 26 Esc., für die Frau 14,50 Esc., bei Hilfsarbeitern für den Mann 21 Esc. und für die Frau 13,50 Esc. 40 % der Arbeiter sind vollbeschäftigt, d. h. sie arbeiten an 203 Tagen im Jahr, die Hilfsarbeiter nur an 116 Tagen. Die Fischkonservenindustrie verbraucht für rund 10 Mill. Esc. Betriebsstoff und Energie; hiervon entfallen auf importierte Steinkohle 3,2 Mill., Holzkohle 3,7 Mill., Heizöl und Treibstoffe 1,8 Mill. und Elektrizität 1,2 Mill. Esc. In den Gesamtausgaben für die Produktion steht der Ankauf von Rohmaterialien (Fische und Öl im Inland und Weißblech aus dem Ausland) mit 75,6 % an der Spitze. Dann folgen Löhne und Gehälter mit 15,1 %, Betriebsstoffe 2,1 %, Fürsorgebeiträge 2 %, Steuern und Lizenzen 2,1 % und Abnutzung 3,1 % ...“²⁹¹).

Das Anlagekapital der Fischkonservenindustrie wird auf 500 000 Contos geschätzt, das Betriebskapital auf 520 000 C. Der Wert ihrer Ausfuhr betrug 1950 500 741 C., 1955 922 901 C.

7. Fremdenverkehr.

Von großer Bedeutung für die Kapitalbildung in Portugal kann eine Förderung des Fremdenverkehrs werden. Obwohl auch auf diesem Gebiet viel getan wurde, sind weitere Anstrengungen notwendig, um den Rückstand im Vergleich zu anderen Ländern aufzuholen. Bisher ist hauptsächlich mit Staatsgeldern (zinslose Darlehen, Subventionen, Beteiligungen) und Steuerbefreiungen gearbeitet worden. In der portugiesischen Zahlungsbilanz spielt der Fremdenverkehr mit durchschnittlich 300 Mill. Esc. bereits keine unbedeutende Rolle mehr und macht rund 5 % der Gesamteinkünfte aus. 1955 betrug der Überschuß aus dem Reiseverkehr 172 Mill. Esc. gegenüber 146 Mill. 1954 und 106 Mill. 1953. Man ist jedoch der Ansicht, daß sich diese Ergebnisse wesentlich verbessern lassen²⁹²).

²⁸⁶) Bund Nr. 175 (Sonderbeilage: „Portugal“) vom 14. 4. 1954, S. 11.

²⁸⁷) Vgl. S. 128 ff.

²⁸⁸) Vgl. Fußnote 88 auf S. 76.

²⁸⁹) Vgl. S. 76 ff.

²⁹⁰) Vgl. S. 129.

²⁹¹) Armando (2), a.a.O., S. 42.

²⁹²) Bund Nr. 517 v. 5. 11. 54

Unsichtbare Zahlungsbilanzposten²⁹³):

In 1000 Contos:

	1948			1949			1950		
	Soll	H.	Saldo	S.	H.	Sa.	S.	H.	Sa.
Tourismus	65	217	+ 152	78	246	+ 168	110	250	+ 140
Transporte	697	265	— 432	533	250	— 283	490	300	— 190
Ein- & Ausw.	46	517	+ 471	52	522	+ 470	53	504	+ 451
Kap.-Ertr.	165	285	+ 120	70	184	+ 114	95	210	+ 115
Legate, Pens.	155	346	+ 191	144	390	+ 246	130	382	+ 252
Überseepro ²⁹⁴)	—	—	+ 555	—	—	+ 635	—	—	+ 350
Verschiedenes	69	92	+ 23	176	220	+ 44	160	181	+ 21
Total:	1197	1722	+ 1080	053	1812	+ 1394	1038	1827	+ 1339
Kap.-Operat.	665	555	— 110	476	135	— 341	84	148	— 64
Staat	251	—	— 251	414	—	— 414	1	—	— 1
Private	414	555	+ 141	62	135	+ 73	83	148	+ 65
Irrt. & Ausl.	—	—	+ 138	—	—	+ 470	—	—	+ 534
Saldo Zahl.-Bil.	—	—	— 2966	—	—	— 1964	—	—	+ 471
Saldo Tourismus			+ 85	(1936) ²⁹⁵)					

	1951			1952			1955		
	S.	H.	Sa.	S.	H.	Sa.	S.	H.	Sa.
Tourismus	267	386	+ 119	369	440	+ 71	238	410	+ 172
Transporte	510	330	— 180	465	350	— 115	512	488	— 24
Ein- & Ausw.	69	558	+ 489	48	211	+ 163	65	342	+ 277
Kap.-Ertr.	87	300	+ 213	99	151	+ 52	137	219	+ 82
Legate, Pens.	153	425	+ 272	35	171	+ 136	54	348	+ 294
Überseepro ²⁹⁴)	—	—	+ 600	—	—	+ 600	513	1080	+ 567
Verschiedenes	349	356	+ 7	328	470	+ 142	—	—	—
Total:	1435	2355	+ 1520	1344	1793	+ 1049	1519	2887	+ 1416
Kap.-Operat.	235	387	+ 152	114	245	+ 131	—	—	+ 135
Staat	159	294	+ 135	100	139	+ 39	—	—	+ 27
Private	76	93	+ 17	14	106	+ 92	—	—	+ 108
Irrt. & Ausl.	—	—	+ 265	—	—	+ 455	—	—	— 72
Saldo Zahl.-Bil.	—	—	+ 2179	—	—	+ 421	—	—	+ 629

Ohne die hohen „unsichtbaren Einnahmen“ aus Portugiesisch-Afrika wäre ein Ausgleich der Zahlungsbilanz nicht möglich, denn die *Handelsbilanz-Defizite des Mutterlandes* sind zu hoch und die Handelsbilanz-Überschüsse der Überseeprovinzen reichen zu ihrer Deckung meistens nicht aus²⁹³):

	1948			1949		
	S.	H.	Sa.	S.	H.	Sa.
Waren:						
Mutterl. (Fob)	8479	3073	— 5406	7027	3018	— 4009
Korrektur	— 2031	— 189	+ 1842	796	— 64	+ 732
Überseepro ²⁹⁴) (Cif)	2344	1834	— 510	2181	1971	— 210
Summe . . .	8792	4718	— 4074	8412	4925	— 3487

²⁹³) BdP 1950, 1953, 1955.

²⁹⁴) Saldi aus unsichtbaren Einnahmen und Ausgaben 1955 einschließlich Posten „Verschiedenes“.

²⁹⁵) Irmgard de Arlandis: Währung und Wirtschaft im neuen Portugal, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Fischer, Jena 1939, 49. Bd., S. 587.

	1950			1951		
	S.	H.	Sa.	S.	H.	Sa.
Waren:						
Mutterl. (Fob)	5863	3985	— 1878	7565	5818	— 1747
Korrektur	— 135	— 41	+ 94	— 364	— 106	+ 258
Überseepro. (Cif)	2221	2539	+ 318	1608	3339	+ 1731
Summe . . .	7949	6483	— 1466	8809	9051	+ 242

	1952			1955		
	S.	H.	Sa.	S.	H.	Sa.
Waren:						
Mutterl. (Fob)	7668	5044	— 2624	9200	6235	— 2965
Korrektur	— 160	+ 148	+ 308	— 449	+ 305	+ 754
Überseepro. (Cif)	1770	2872	+ 1102	2199	3608	+ 1409
Summe . . .	9278	8064	— 1214	10950	10148	— 802

So sind z. B. die unsichtbaren Einnahmen von Moçambique sehr groß, weil viel südafrikanische Pfunde von den Touristen aus den Städten Johannesburg und Pretoria in Moçambique ausgegeben werden²⁹⁶⁾ und ebenso von den Schwarzen dieser portugiesischen Provinz, die in den Goldgruben der Union arbeiten²⁹⁷⁾ und den Reisenden aus Transvaal, den beiden Rhodesien, Nyassaland und Belgisch-Kongo, die sich nach den nächsten, in Moçambique liegenden Häfen begeben. Dazu kommen natürlich noch die Frachteinnahmen aus dem umfangreichen Güterverkehr dieser vom Indischen Ozean abgeschnittenen Gebiete.

Erst am 23. 12. 1954 gab es eine allgemeine Regelung der „Hôtelindustrie“ mit Erlaß des Gesetzes Nr. 2073, worin die Bedingungen für *Steuerbefreiungen, Hôtel-Kredite* und Beteiligungen des Staates an der Finanzierung von Hotelbauten über den „*Fonds für Tourismus*“ (Fundo de Turismo), das Ministerium für öffentliche Arbeiten und das Nationale Informationssekretariat (Secretariado Nacional da Informação, SNI) festgelegt wurden. Um den Mangel an Fremdenzimmern in Lissabon zu beheben, wird dort mit ausschließlich portugiesischem Kapital ein großes Luxus-Hôtel²⁹⁸⁾ gebaut werden, das während 20 Jahren von sämtlichen Steuern befreit ist²⁹⁹⁾, ebenso wie andere Hôtels in gewissen Fällen Steuer- und Zollbefreiungen genießen. Der Staat beteiligt sich außerdem an Unternehmungen privater und lokaler Fremdenverkehrsorganisationen. Darlehen des Staates an erstere brauchen nicht verzinst zu werden und sind, angefangen vom 6. Jahr nach Eröffnung des Betriebes, in 20 gleichen Jahresraten zurückzuzahlen³⁰⁰⁾.

Neben Luxus- und Erstklass-Hôtels werden aber auch billigere Häuser gebaut. Trotzdem fehlen noch weitere Hôtels aller Klassen, so daß oft die schönsten Gegenden infolge des Mangels an Logiermöglichkeiten nicht besucht werden können. Der Staat beteiligt sich am Hôtelbau über das Informationssekretariat mit seinen „*Pousadas*“. Es handelt sich dabei um Rasthäuser, die in der Nähe von Hauptverkehrsstraßen liegen. Diese Pousadas, von denen es gegenwärtig (1955) neun gibt, sind im Stil der jeweiligen Provinz erbaut — etwa der Architektur alter Gutshöfe nachgebildet — sehr geschmackvoll mit rustiken Möbeln als gemütliche Landgasthöfe eingerichtet mit Platz für nicht mehr als 30 Personen, wo man wie in einem großen Landhaus lebt. Infolge des geringen Hôtel-

²⁹⁶⁾ Der schöne Badestrand Polana bei Lourenço Marques (Luxus-Hotel, Golf etc.) ist der nächste von Johannesburg aus!

²⁹⁷⁾ Ein großer Teil der schwarzen Bergarbeiter der Union kommt aus Moçambique!

²⁹⁸⁾ 300 Zimmer mit Bad in schönster Lage mit Aussicht auf den Tejo, Schwimmbad, Läden, Ausstellungssälen, Dancing, Lesesälen, Gärten u. a. m.

²⁹⁹⁾ NdP 28. 3. 53.

³⁰⁰⁾ NdP 27. 2. 54, S. 11.

zimmerangebotes ist der Aufenthalt in den Pousadas meistens auf 5 Tage beschränkt. Die Gewinne, die der Staat aus dem „Fremdengeschäft“ zieht, sind nur Konzessionsgebühren und die laufenden Zahlungen der Pächter. Man überläßt diesen Wirtschaftszweig ebenso wie die anderen der Privatinitiative. Es fragt sich nun, welches System wirtschaftlicher ist, das portugiesische oder das spanische („Paradores“ mit vom Staat angestellten Direktoren). Die Pensionspreise der Pousadas sind etwas niedriger als die der Erstklass-Hôtels:

Esc.

Komplette Pension:

1 Person (mit Badezimmer)	100,—
2 Personen (mit Badezimmer)	170,—
1 Person (ohne Badezimmer)	80,—
2 Personen (ohne Badezimmer)	140,—

Übernachtung:

1 Person (Zimmer, Frühstück, Badezimmer)	50,—
2 Personen (Zimmer, Frühstück, Badezimmer)	80,—
1 Person (Zimmer, Frühstück, ein Bad)	40,—
2 Personen (Zimmer, Frühstück, ein Bad)	70,—

Mahlzeiten:

Frühstück, Gäste:	—
Passanten:	7,—
Mittagessen, Gäste	30,—
Passanten	37,50
Abendessen, Gäste	30,—
Passanten	37,50

Ein Bad (in der Pension einbegriffen)	7,—
Eine Dusche	3,50

Neben den Pousadas gibt es noch, als reine Privatunternehmungen, 17 „*Estalagens*“, Herbergen, den Pousadas ähnlich, die als Vorbild dienten. Der Fonds für Tourismus könnte neben staatlichen Mitteln auch private erhalten, wenn seine Verpflichtungen vom Staat, z. B. vom Nat. Aufbaufonds, garantiert werden. In Mexiko wird der am 13. 12. 1956 gegründete *Garantie- und Aufbaufonds für Tourismus* (Fondo de Garantia y Fomento del Turismo) von der halbstaatlichen Investmentbank Nacional Financiera verwaltet. Dem Fonds fließen folgende Mittel zu: 50 Mill. Pesos Bundesmittel als Anfangskapital, jährliche Bundesbudgetmittel, Beiträge der Einzelstaaten für Tourismuszwecke in ihrem Bereich, Beiträge von Privaten und Erträge aus Anleiheoperationen des Fonds. Die Nacional Financiera garantiert den privaten Kreditinstitutionen Kredite, die sie an Tourismusunternehmungen gewähren; sie garantiert auch Wertpapiere von Kreditinstituten oder privaten Gesellschaften, die zur Finanzierung der Förderung des Tourismus bestimmt sind; sie zeichnet selbst (zwecks späteren Verkaufs) Aktien von Tourismusunternehmungen, die vom Technischen Komitee (Vertreter des Finanz- und Wirtschaftsministeriums, der Bank von Mexiko und der Nacional Financiera) als förderungswürdig angesehen werden; sie erwirbt Obligationen und andere Wertpapiere, die von privaten Kreditinstituten oder Privatunternehmungen zur Förderung des Tourismus ausgegeben werden; sie diskontiert den privaten Kreditanstalten Kreditdokumente, die aus Kreditoperationen mit Tourismusunternehmungen stammen; sie gibt diesen Anstalten Kredite, damit sie ihrerseits dem Tourismus Kredit gewähren können, und in Ausnahmefällen soll die Nacional Financiera auch Direktkredite gewähren, wenn das Technische Komitee dies für notwendig hält. Mit Bewilligung des Finanzministeriums kann die Nacional Financiera auch Kredite des Auslandes garantieren und weitergeben, die für die Ausrüstung der Fremdenverkehrsbetriebe bestimmt sind; sie kann auch selbst Wertpapiere zur Förderung des Tourismus ausgeben. Zu den Aufgaben des Fonds zählt die Erforschung neuer

Fremdenverkehrsmöglichkeiten, die Unterstützung und Förderung der bestehenden Einrichtungen und die intensive Fremdenverkehrswerbung im In- und Ausland.

Zur Auffüllung des bei weitem noch nicht ausreichenden portugiesischen Fonds für Tourismus wäre auch die Aufnahme einer *Fremdenverkehrsanleihe* auf dem stets sehr flüssigen inländischen Kapitalmarkt denkbar. In Österreich ist z. B. für 1955 die Emission einer solchen Anleihe zum Ausbau von Fremdenverkehrsbetrieben vorgesehen, deren Ertrag auf 90 Mill. Schilling geschätzt wird. 1954 standen dort 80 Mill. Sch. für diesen Zweck zur Verfügung. Die Deviseneingänge aus dem österreichischen Fremdenverkehr jenes Jahres werden auf etwas über 2 Mrd. Sch. veranschlagt gegen 1,5 Mrd. im Jahre 1953. Die *Aufwendungen für Fremdenverkehrswerbungen* betrugen 1954 18 Mill. Sch. und für 1955 sind 26,2 Mill. Sch. aus staatlichen Mitteln zur Verfügung gestellt worden. Nur die Schweiz wendet absolut und relativ mehr Mittel für diese Werbung auf als Österreich und selbst dort beklagt man sich über mangelhafte Finanzierung³⁰¹⁾, verlangt man *höhere Beiträge der Hôtels, des Gastgewerbes und der Bahnen an die Schweizerische Zentrale für Verkehrsförderung*³⁰²⁾ sowie Beiträge des Handels, des Gewerbes, der Landwirtschaft und Industrie, da diese Wirtschaftszweige ebenfalls von der Werbung für den Fremdenverkehr profitieren. Hôtels (über den Hôtelierverein) zahlten bisher 2 Rp. pro Logiernacht an die Zentrale und Bahnen 2‰ der Einnahmen aus dem Personenverkehr. Die Vereine der Hoteliers und Gastwirte ziehen die Beiträge bei ihren Mitgliedern ein und liefern sie an die Zentrale ab. Weitere Beiträge leisten regionale und lokale Verkehrsvereine, Kantone und Gemeinden. Bisher arbeitete die Zentrale mit einem Betrag von 4,4 Mill. Fr., fordert aber 7½ Mill. wegen der inzwischen eingetretenen Teuerung. Der Schweiz fließen jährlich 1,6 Mrd. Fr. durch den Tourismus zu, für den 120 000 Personen und ein Kapital von 6½ Mrd. Fr. arbeiten³⁰³⁾.

Auch auf dem Gebiet des Inlandreiseverkehrs wurde in der Schweiz Vorbildliches geleistet. Die Organisation der „*Schweizer Reisekasse*“ sucht ihren Mitgliedern Ausspannung durch Reisen und Ferienaufenthalte, Erholung im weitesten Sinn zu verschaffen, indem sie ihnen größtmögliche Entschluß- und Bewegungsfreiheit in ihren Reise- und Ferienplänen läßt, sowohl in der Wahl der Verkehrsmittel als der Gaststätten. 1311 Hôtels und Pensionen nehmen *Reisegutscheine* an Zahlungsstatt an. Auf einen Gastbetrieb kommen rund 2000 Fr. Die Leitung der Kasse hofft indessen durch Verbesserung der Zusammenarbeit die Verwendung von Reisegutscheinen als Zahlungsmittel in Hôtels, beim Reisenden wie beim Hotelier noch beliebter zu machen. Sie arbeitet auch daran für Familienferien entsprechende Möglichkeiten und Erleichterungen zu schaffen. Somit ist die Reisekasse heute schon eine gut vorankommende Organisation, 56 der bedeutendsten Arbeitnehmerverbände, 294 Konsumvereine, 633 Arbeitgeberfirmen und 54 Firmen des privaten Detailhandels arbeiten mit. Die Zahl der eingeschriebenen Reisekassenmitglieder ist von 163 000 (1952) auf 174 000 (1953) angestiegen. Der Ausbau des weitverzweigten Systems verbilligter Markenabgaben zeitigte einen erhöhten Absatz (1953: 20,6 Mill. Fr., 1952: 18,6 Mill. Fr.), wobei die Hälfte der Marken in den Lebensmittelgeschäften durch die Hausfrauen gekauft werden. Die Gesamtsumme der Verbilligung für Reisen und Ferien belief sich im Geschäftsjahr 1953 auf 1,8 Mill. Fr. Eingelöst wurden die Marken zu drei Vierteln bei den Schweiz. Bundesbahnen und privaten Transportunternehmungen. Die Zahl der Mitglieder der Verwaltung wurde 1954 (Neuwahlen) von 23 auf 32 erhöht, da künftig auch die Markenverkaufsstellen, d. h. die eigentlichen Vertreter der Reisekasse, Sitz und Stimme in der Verwaltung

³⁰¹⁾ Die gesamte Schweizer Hotellerie gibt jährlich 12 Mill. sFr. für Werbungen aus.

³⁰²⁾ Entspricht in Portugal etwa dem SNI.

³⁰³⁾ BN Nr. 209 vom 19. 5. 54.

haben werden. Die 9 neuen Verwaltungssitze entfallen auf die Arbeitgeberschaft, die Arbeitnehmerschaft, die Konsumgenossenschaften, den privaten Lebensmittel- und Detailhandel (neu) und die Bundesbahnen³⁰⁴). In Westdeutschland ist für einen großen Kreis von Sparern durch das *Reisesparen* Anreiz geschaffen worden, die für eine Urlaubsreise erforderlichen Beträge auf einem Sparkonto bei der Sparkasse anzusammeln. Die Sparkassenorganisation hat mit der GESOREI (Gemeinschaft für Sozialtouristik und Reisesparen) einen Vertrag abgeschlossen, der dem Reisesparer bei den Sparkassen eine Vergünstigung von 5 % des Preises der Reise (bei Gesellschaftsreisen bis zu 12,50 DM pro Person und Reise) bietet. Reisesparer im Sinne dieses Vertrages ist jeder, der bei der Sparkasse mindestens während der Dauer von drei Monaten für eine Reise spart und der Sparkasse diesen Sparzweck spätestens drei Monate vor Reiseantritt bekanntgibt. In welcher Weise und in welchen Abständen gespart wird ist gleichgültig. Mit der Bescheinigung der Sparkasse über das vollzogene Reisesparen kann der Sparer die 5 %-Reduktion von jedem Reisebüro erhalten.

Ähnliche Reise-Sparsysteme und Werbefinanzierungen lassen sich wahrscheinlich auch in Portugal einführen. Für Ferienkolonien und für Ferienreisen (z. B. nach Madeira) der Arbeiter und Angestellten sorgt dort die vom Staat, den Korporationen und den Vorsorgekassen mit Beiträgen und Krediten (zinslos oder sehr niedrige Zinssätze) finanzierte „*Nationalstiftung Freude an der Arbeit*“ (Fundação Nacional Alegria no Trabalho, FNAT). Zu erwähnen ist hier noch die Möglichkeit des *Zwangssparens via Postämter durch Zuschläge auf Briefmarken*, womit jeder Benutzer der Post gezwungen wäre einen Beitrag zur Finanzierung des Gastgewerbes, des Verkehrs und der Fremdenverkehrswerbung über den Fonds für Tourismus zu leisten. Weniger zu empfehlen sind *Steuern auf Hotelrechnungen*, obwohl sie den Paß-Visa-Gebühren noch immer vorzuziehen sind.

Besonders günstig hat sich in Portugal die *Staatskontrolle über das Gastgewerbe* ausgewirkt. Vom Staat angestellte Inspektoren wachen darüber, daß die Qualität der Hotels nicht absinkt, verhindern ungenaue Kategoriebezeichnungen, können sogar die Schließung von schlecht geführten Betrieben anordnen (die dem guten Ruf des portugiesischen Gastgewerbes schaden) und sorgen für *kleine staatliche Subventionen* an jene, deren Bemühungen eine solche Hilfe als weiteren Ansporn rechtfertigen³⁰⁵). Auch die Einrichtung von Hotelfachschulen ist vorgesehen³⁰⁶). Die Regierung hat eine *Liste von 365 staatlich approbierten Hotels, Gasthöfen und Pensionen aller Kategorien*³⁰⁷) mit den entsprechenden Preisen veröffentlicht (Guia Hoteleiro Oficial), welche Fremden Übervorteilungen ersparen soll. Sie kommt jedes Jahr in verbesserter und berichtigter Auflage heraus.

Es war eine gute Idee keine fixen Tagesordnungen in den Pousadas einzuführen (Frühstück 8—11 Uhr, Mittagessen 12—15, Abendessen 19—21,30 Uhr), aber man zieht keine Mahlzeiten von der Rechnung ab, wenn sie nicht eingenommen wurden. Sicherlich wäre es den Gästen dienlicher, wenn sie überhaupt nur eine Mahlzeit im Hotel zu nehmen brauchten, oder nicht bezogene Lunchpakete in der Rechnung abgezogen würden. Selbstbedienungsbuffet und Selbstbesorgung von Zimmern ist in Portugal infolge des großen Angebots an Arbeitskräften und der niedrigen Löhne³⁰⁸) nicht nötig. Auch die Abschaffung des Trinkzwanges (in den Pousadas sind Getränke in der Pension inbegriffen) und die Einführung von Pauschalpreisen statt Trinkgeld wäre zu empfehlen. In

304) Bund Nr. 251 vom 1. 6. 54.

305) NdP 16. 8. 52.

306) Bul. 30. 11. 44.

307) Anfang 1957 gab es 178 Hotels (6 Luxus-, 36 erster, 45 zweiter und 92 dritter Klasse) in Portugal (ohne Madeira und Azoren). 33 Hotels, 6 Pousadas und 11 Pensionen waren im Bau. NdP 27. 4. 57, S. 10.

308) Hauspersonal erhält gewöhnlich einen Lohn von 250—300 Esc. im Monat und Verpflegung.

England hat sich sogar ein System bewährt, wonach den Gästen überhaupt keine Rechnung vorgelegt wird. Sie zahlen, was sie schuldig zu sein glauben, mit dem Ergebnis, daß die meisten mehr zahlen als sie sonst auf Grund von Rechnungen zahlen müßten. Ein weniger steifer, familiärerer Betrieb kann auch dadurch erreicht werden, daß der Wirt die Gäste einander vorstellt. Sehr anziehend dürfte ferner die Einrichtung von Hotels sein, welche angegliederte einfache Wohnungen mit Kochnische (Hauptmahlzeit im Hotel) besitzen, eine Kombination von Ferienwohnung und Hotel (Ferienhotel oder Wohnkolonie), wie sie in den USA zu finden ist.

Auch in Portugiesisch-Afrika besteht großer Mangel an Hotels aller Klassen. Obwohl die Überseeprovinzen gute Häfen haben und die Zahl der Eisenbahnlinien in Moçambique für afrikanische Verhältnisse bereits beachtlich ist, fehlte es bisher an Kapital, um genügend Hotels bauen zu können. Noch am 20. März 1948 schrieb die Neue Zürcher Zeitung über Angola:

„... Die Reisenden, die nicht bei Freunden wohnen können, finden nicht leicht eine Unterkunft. In Loanda gibt es ein Hotel vierter Klasse, auch in Lobito findet man ein Hotel, aber sonst gibt es im ganzen Land nichts was den Namen eines Hotels verdienen würde. Man muß eben bei Freunden, Geschäftsleuten oder Beamten unterzukommen suchen. Und dabei wäre gewiß ein großes Bedürfnis nach Hotels vorhanden...“

1954 gab es 120 Hotels in Angola (1947: 78, 1952: 92, 1953: 113) mit 2141 Gästezimmern (1432, 1778, 3410), die 304 Weiße (1952: 158, 1953: 230) und 1269 Schwarze (1375, 1356) beschäftigten³⁰⁹). In Moçambique gab es 1954 106 Hotels (1953: 92) mit 2037 Gästezimmern (1813), die 287 Weiße (260) und 1873 (1524) Schwarze beschäftigten. Die Zahl der Gäste betrug 1954 in Angola ca. 30 000 (1953: 32 000), in Moçambique 725 000 (54 000)³⁰⁹). Von 1948 bis 1952 wurden durchschnittlich etwa vier Hotels oder 85 Gästezimmer pro Jahr gebaut. Offenbar reicht diese Menge bei weitem nicht aus, denn die Nachfrage nach Unterkunft ist so groß, daß die Pensionspreise übermäßig hoch sind. Die Gesamtzahl der Häuser, die im Jahre 1951 in Angola errichtet worden waren, betrug 558³¹⁰).

Neben einem gut ausgebauten Gastgewerbe ist es vor allem eine zweckmäßige Organisation der Verkehrswirtschaft, die zur Förderung des Fremdenverkehrs beiträgt. Im Hinblick darauf sind neben dem oben Erörterten (Eisenbahnprobleme) noch einige Punkte erwähnenswert. In Portugal sind große Anstrengungen gemacht worden, um den Eisenbahnverkehr zu verbessern. Die halbstaatliche „Portugiesische Eisenbahngesellschaft“, welche die meisten Linien besitzt, hat dieselelektrische Lokomotiven angeschafft, um die wichtigste Strecke Lissabon—Porto in 4 Stunden bewältigen zu können, was eine Ersparnis von 80 Minuten gegenüber der früheren Fahrzeit darstellt. Erst kürzlich erschien folgende Meldung in den „Basler Nachrichten“³¹¹):

„Lissabon, 1. Februar Ag. Die portugiesischen Eisenbahnen haben in Holland 35 Diesel-Leichttriebwagen von 400 PS Stärke sowie 20 Anhängerwagen gekauft. Die mit diesen neuen Leichttriebwagen unternommenen Versuche haben vollauf befriedigt. Der Ankauf dieser Leichttriebwagen bedeutet eine wesentliche Etappe bei der Modernisierung des portugiesischen Eisenbahnnetzes.“

Die Portugiesische Eisenbahngesellschaft hat sich im Jahre 1952 verpflichtet gewisse Tarifposten im öffentlichen Interesse herabzusetzen³¹²). Sicher wäre auch eine besondere *Tarifiermäßigung für ausländische Touristen* sehr vorteilhaft (neben den oben erwähnten Sondertarifen), denn andere Länder, wie zum Beispiel Italien, haben mit solchen Vorzugstarifen sehr gute Erfolge erzielt. Besondere Rundreisefahrkarten für den Fremdenverkehr, sogenannte „*Kilometerbillette*“, die dem Inhaber ermöglichen bei reduziertem Tarif alle Bahnlinien in

³⁰⁹) Bul. 30. 6. 49, NdP 12. 7. 52, Anuário Estatístico do Ultramar 1954, S. 206—207.

³¹⁰) NdP 12. 7. 52.

³¹¹) Nr. 50 vom 2. 2. 55.

³¹²) BN vom 15. 4. 52.

der 1. Klasse³¹³⁾ zu befahren, würden zweifellos geeignet sein den Fremdenverkehr anzuregen. In Argentinien werden solche Billette für insgesamt 4000 oder 6000 km, mit einer Gültigkeitsdauer von 90 Tagen vom Ausgabedatum an, verkauft³¹⁴⁾. Zur Förderung des Exportes wäre ebenfalls die *Reduktion der Bahntarife für Exportgüter* denkbar, wobei die Differenz vom Staat vergütet wird. Die *Eisenbahnsteuer* wurde von 12 auf 7 % der Personentarife herabgesetzt, aber sie darf immer noch auf die Reisenden abgewälzt werden. Einnahmen aus dieser Steuer und andere Staatsgelder fließen in den *Eisenbahn-Spezialfonds* (Fundo Especial dos Caminhos de Ferro), mit dessen Hilfe das Bahnnetz verbessert wird. Außer der Hauptstrecke Lissabon—Porto und der elektrisch betriebenen Bahn von Lissabon-Cais do Sodré über Estoril nach Cascais sind *fast alle Linien eingleisig*, so daß man zur Förderung des Personen- und Warenverkehrs nach Spanien und Portugal wenigstens für die Strecken Irun—Lissabon und Lissabon-Madrid ein zweites Gleis in Zusammenarbeit mit Spanien bauen müßte. Was nützt es z. B., daß der Zug Paris—Bordeaux mit teilweise 140 km/h rast und nur in Bordeaux 4 Minuten hält, wenn man in Irun mehr als eine Stunde auf den Anschlußzug nach Lissabon und Madrid warten muß, der nur alle drei Tage in der Woche fährt? Dieser Zug ist deswegen ständig überfüllt — so daß man einige Tage vorher einen Platz reservieren lassen muß, wobei noch zweifelhaft ist, ob man ihn wirklich bekommt — und fährt dann keineswegs im 140-km-Tempo weiter! Zur weiteren Elektrifizierung des portugiesischen Eisenbahnnetzes wäre noch der *Bau von bahn-eigenen Wasserkraftwerken* mit entsprechend billigem Strom zu erwägen.

Besonders gut ist in Portugal der *private Autobusdienst* ausgebaut (nicht zuletzt infolge der Rückständigkeit der Bahnen!), so daß es bedeutend angenehmer für die Touristen ist, sich dieses Verkehrsmittels zu bedienen, als der rußigen Eisenbahnen. Die Straßen werden von den „*Junta Autónoma de Estradas*“ (gegr. 1926) unterhalten und sind teilweise in ausgezeichnetem Zustand. Der Straßenbau kann durch die oben vorgeschlagene *Auflage von Anleihen und ihre Tilgung durch Erhebung von Straßen- und Brückenzöllen* finanziert werden. Sehr zu überlegen ist dies auch für Portugiesisch-Afrika, wo die Mittel für einige sehr wichtige Verbindungsstraßen auf diese Weise im Mutterland beschafft und von den Überseeprovinzen zurückgezahlt werden könnten³¹⁵⁾. Im Sechsjahresplan 1953—58 wurden zur Verbesserung des Verkehrswesens im Mutterland keine Ausgaben für Straßen und Brücken vorgesehen³¹⁶⁾: Häfen 915 000 C., Handelsmarine 480 000 C. (3 Schiffe), Eisenbahnen 600 000 C., Post, Telegraph, Telefon 300 000 C. Überseeprovinzen: Eisenbahnen 2 175 000 C., Häfen, See- und Flußverkehr 543 000 C., Straßen und Brücken 136 000 C., Flugplätze 111 000 Contos. Die Zulassung der nationalen neben den bisher geforderten internationalen Führerscheinen und ein Abkommen mit Spanien über die Öffnung der wenigen Grenzpassierstellen auch während der Nacht (ab 21 Uhr werden sie gewöhnlich geschlossen) würde den Fremdenverkehr nach Portugal noch mehr erleichtern.

Die *Flugverbindungen nach Portugal* sind gut. Nach Portugiesisch-Afrika fliegt die portugiesische Gesellschaft Transportes Aéreos Portugueses (T.A.P.) nur einmal in der Woche, und zwar von Lissabon über São Tomé nach Luanda, während die französische und belgische Fluggesellschaft (Air France und Sabena) sechsmal pro Woche die Verbindung nach Brazzaville und Léopoldville herstellt. Der Staat hatte im Rahmen des Fünfzehnjahresplanes 1935—50 446 000 Contos für die Zivilluftfahrt ausgegeben³¹⁷⁾ und im Sechsjahresplan

³¹³⁾ Die 1. Kl. entspricht in Spanien und Portugal der früheren 2. Kl. in den anderen Ländern Westeuropas.

³¹⁴⁾ NZZ Nr. 2410 v. 16. 10. 53.

³¹⁵⁾ v. Gersdorff (2), a.a.O.

³¹⁶⁾ BNU: Boletim Trimestral Nr. 12 vom 31. 12. 52.

³¹⁷⁾ Vgl. Relatorio do Governo etc., a.a.O., S. 29.

England hat sich sogar ein System bewährt, wonach den Gästen überhaupt keine Rechnung vorgelegt wird. Sie zahlen, was sie schuldig zu sein glauben, mit dem Ergebnis, daß die meisten mehr zahlen als sie sonst auf Grund von Rechnungen zahlen müßten. Ein weniger steifer, familiärerer Betrieb kann auch dadurch erreicht werden, daß der Wirt die Gäste einander vorstellt. Sehr anziehend dürfte ferner die Einrichtung von Hotels sein, welche angegliederte einfache Wohnungen mit Kochnische (Hauptmahlzeit im Hotel) besitzen, eine Kombination von Ferienwohnung und Hotel (Ferienhotel oder Wohnkolonie), wie sie in den USA zu finden ist.

Auch in Portugiesisch-Afrika besteht großer Mangel an Hotels aller Klassen. Obwohl die Überseeprovinzen gute Häfen haben und die Zahl der Eisenbahnlinien in Moçambique für afrikanische Verhältnisse bereits beachtlich ist, fehlte es bisher an Kapital, um genügend Hotels bauen zu können. Noch am 20. März 1948 schrieb die Neue Zürcher Zeitung über Angola:

„... Die Reisenden, die nicht bei Freunden wohnen können, finden nicht leicht eine Unterkunft. In Loanda gibt es ein Hotel vierter Klasse, auch in Lobito findet man ein Hotel, aber sonst gibt es im ganzen Land nichts was den Namen eines Hotels verdienen würde. Man muß eben bei Freunden, Geschäftsleuten oder Beamten unterzukommen suchen. Und dabei wäre gewiß ein großes Bedürfnis nach Hotels vorhanden...“

1954 gab es 120 Hotels in Angola (1947: 78, 1952: 92, 1953: 113) mit 2141 Gästezimmern (1432, 1778, 3410), die 304 Weiße (1952: 158, 1953: 230) und 1269 Schwarze (1375, 1356) beschäftigten³⁰⁹). In Moçambique gab es 1954 106 Hotels (1953: 92) mit 2037 Gästezimmern (1813), die 287 Weiße (260) und 1873 (1524) Schwarze beschäftigten. Die Zahl der Gäste betrug 1954 in Angola ca. 30 000 (1953: 32 000), in Moçambique 725 000 (54 000)³⁰⁹). Von 1948 bis 1952 wurden durchschnittlich etwa vier Hotels oder 85 Gästezimmer pro Jahr gebaut. Offenbar reicht diese Menge bei weitem nicht aus, denn die Nachfrage nach Unterkunft ist so groß, daß die Pensionspreise übermäßig hoch sind. Die Gesamtzahl der Häuser, die im Jahre 1951 in Angola errichtet worden waren, betrug 558³¹⁰).

Neben einem gut ausgebauten Gastgewerbe ist es vor allem eine zweckmäßige *Organisation der Verkehrswirtschaft*, die zur Förderung des Fremdenverkehrs beiträgt. Im Hinblick darauf sind neben dem oben Erörterten (Eisenbahnprobleme) noch einige Punkte erwähnenswert. In Portugal sind große Anstrengungen gemacht worden, um den *Eisenbahnverkehr* zu verbessern. Die halbstaatliche „Portugiesische Eisenbahngesellschaft“, welche die meisten Linien besitzt, hat dieselektrische Lokomotiven angeschafft, um die wichtigste Strecke Lissabon—Porto in 4 Stunden bewältigen zu können, was eine Ersparnis von 80 Minuten gegenüber der früheren Fahrzeit darstellt. Erst kürzlich erschien folgende Meldung in den „Basler Nachrichten“³¹¹):

„Lissabon, 1. Februar Ag. Die portugiesischen Eisenbahnen haben in Holland 35 Diesel-Leichttriebwagen von 400 PS Stärke sowie 20 Anhängerwagen gekauft. Die mit diesen neuen Leichttriebwagen unternommenen Versuche haben vollauf befriedigt. Der Ankauf dieser Leichttriebwagen bedeutet eine wesentliche Etappe bei der Modernisierung des portugiesischen Eisenbahnnetzes.“

Die Portugiesische Eisenbahngesellschaft hat sich im Jahre 1952 verpflichtet gewisse Tarifposten im öffentlichen Interesse herabzusetzen³¹²). Sicher wäre auch eine besondere *Tarifiermäßigung für ausländische Touristen* sehr vorteilhaft (neben den oben erwähnten Sondertarifen), denn andere Länder, wie zum Beispiel Italien, haben mit solchen Vorzugstarifen sehr gute Erfolge erzielt. Besondere Rundreisefahrkarten für den Fremdenverkehr, sogenannte „*Kilometer-billette*“, die dem Inhaber ermöglichen bei reduziertem Tarif alle Bahnlinien in

³⁰⁹) Bul. 30. 6. 49, NdP 12. 7. 52, Anuário Estatístico do Ultramar 1954, S. 206—207.

³¹⁰) NdP 12. 7. 52.

³¹¹) Nr. 50 vom 2. 2. 55.

³¹²) BN vom 15. 4. 52.

der 1. Klasse³¹³⁾ zu befahren, würden zweifellos geeignet sein den Fremdenverkehr anzuregen. In Argentinien werden solche Billette für insgesamt 4000 oder 6000 km, mit einer Gültigkeitsdauer von 90 Tagen vom Ausgabedatum an, verkauft³¹⁴⁾. Zur Förderung des Exportes wäre ebenfalls die *Reduktion der Bahnlarife für Exportgüter* denkbar, wobei die Differenz vom Staat vergütet wird. Die *Eisenbahnsteuer* wurde von 12 auf 7 % der Personentarife herabgesetzt, aber sie darf immer noch auf die Reisenden abgewälzt werden. Einnahmen aus dieser Steuer und andere Staatsgelder fließen in den *Eisenbahn-Spezialfonds* (Fundo Especial dos Caminhos de Ferro), mit dessen Hilfe das Bahnnetz verbessert wird. Außer der Hauptstrecke Lissabon—Porto und der elektrisch betriebenen Bahn von Lissabon-Cais do Sodré über Estoril nach Cascais sind *fast alle Linien eingleisig*, so daß man zur Förderung des Personen- und Warenverkehrs nach Spanien und Portugal wenigstens für die Strecken Irun—Lissabon und Lissabon-Madrid ein zweites Gleis in Zusammenarbeit mit Spanien bauen müßte. Was nützt es z. B., daß der Zug Paris—Bordeaux mit teilweise 140 km/h rast und nur in Bordeaux 4 Minuten hält, wenn man in Irun mehr als eine Stunde auf den Anschlußzug nach Lissabon und Madrid warten muß, der nur alle drei Tage in der Woche fährt? Dieser Zug ist deswegen ständig überfüllt — so daß man einige Tage vorher einen Platz reservieren lassen muß, wobei noch zweifelhaft ist, ob man ihn wirklich bekommt — und fährt dann keineswegs im 140-km-Tempo weiter! Zur weiteren Elektrifizierung des portugiesischen Eisenbahnnetzes wäre noch der *Bau von bahneigenen Wasserkraftwerken* mit entsprechend billigem Strom zu erwägen.

Besonders gut ist in Portugal der *private Autobusdienst* ausgebaut (nicht zuletzt infolge der Rückständigkeit der Bahnen!), so daß es bedeutend angenehmer für die Touristen ist, sich dieses Verkehrsmittels zu bedienen, als der russigen Eisenbahnen. Die Straßen werden von den „*Junta Autónoma de Estradas*“ (gegr. 1926) unterhalten und sind teilweise in ausgezeichnetem Zustand. Der Straßenbau kann durch die oben vorgeschlagene *Auflage von Anleihen und ihre Tilgung durch Erhebung von Straßen- und Brückenzöllen* finanziert werden. Sehr zu überlegen ist dies auch für Portugiesisch-Afrika, wo die Mittel für einige sehr wichtige Verbindungsstraßen auf diese Weise im Mutterland beschafft und von den Überseeprovinzen zurückgezahlt werden könnten³¹⁵⁾. Im Sechsjahresplan 1953—58 wurden zur Verbesserung des Verkehrswesens im Mutterland keine Ausgaben für Straßen und Brücken vorgesehen³¹⁶⁾: Häfen 915 000 C., Handelsmarine 480 000 C. (3 Schiffe), Eisenbahnen 600 000 C., Post, Telegraph, Telephon 300 000 C. Überseeprovinzen: Eisenbahnen 2 175 000 C., Häfen, See- und Flußverkehr 543 000 C., Straßen und Brücken 136 000 C., Flugplätze 111 000 Contos. Die Zulassung der nationalen neben den bisher geforderten internationalen Führerscheinen und ein Abkommen mit Spanien über die Öffnung der wenigen Grenzpassierstellen auch während der Nacht (ab 21 Uhr werden sie gewöhnlich geschlossen) würde den Fremdenverkehr nach Portugal noch mehr erleichtern.

Die *Flugverbindungen nach Portugal* sind gut. Nach Portugiesisch-Afrika fliegt die portugiesische Gesellschaft Transportes Aéreos Portugueses (T.A.P.) nur einmal in der Woche, und zwar von Lissabon über São Tomé nach Luanda, während die französische und belgische Fluggesellschaft (Air France und Sabena) sechsmal pro Woche die Verbindung nach Brazzaville und Léopoldville herstellt. Der Staat hatte im Rahmen des Fünfzehnjahresplanes 1935—50 446 000 Contos für die Zivilluftfahrt ausgegeben³¹⁷⁾ und im Sechsjahresplan

313) Die 1. Kl. entspricht in Spanien und Portugal der früheren 2. Kl. in den anderen Ländern Westeuropas.

314) NZZ Nr. 2410 v. 16. 10. 53.

315) v. Gersdorff (2), a.a.O.

316) BNU: Boletim Trimestral Nr. 12 vom 31. 12. 52.

317) Vgl. Relatorio do Governo etc., a.a.O., S. 29.

1953—58 sind Ausgaben in Höhe von 271 000 C. vorgesehen (196 000 für Flughäfen und 75 000 für die Zivilluftfahrt³¹⁸). Anfang 1953 wurde die Konzession für die bisher staatliche Gesellschaft T.A.P. an eine Privatgesellschaft vergeben, die Obligationen im Betrage von 75 000 Contos zur Finanzierung des Kaufs von Flugzeugen ausgeben darf. Obligationen, die auf dem Kapitalmarkt keinen Absatz finden, kauft der Staat, der ohnehin Aktien im Nominalwert von 100 000 C. zeichnet und sich auch noch verpflichtet Zins- und Amortisationszahlungen zu garantieren. 75 % des Kapitals der neuen Gesellschaft muß sich in der Hand von portugiesischen Staatsangehörigen befinden und die meisten Angestellten müssen ebenfalls Portugiesen sein³¹⁹). Sie darf nur Linien befiegen, die von nationalem Interesse sind: Lissabon—Porto, Lissabon—Funchal (Madeira), Lissabon—São Tomé—Luanda, Lissabon—Madrid, Lissabon—Paris, Lissabon—London und Luanda—Lourenço Marques. Später auch Lissabon—Rio de Janeiro. Die Salazar-Regierung überläßt also wieder einmal, altbewährter Praxis gemäß, eine ihrer Unternehmungen der Privat-„Initiative“, nachdem sie selbst das Gründerrisiko getragen hat. Man erwartet von der neuen Gesellschaft, daß sie auf Grund der ihr gewährten kommerziellen Autonomie mit größerer Rentabilität arbeiten kann, als dies einer rein staatlichen Unternehmung möglich ist. Der Staat soll aber weiterhin eine gewisse Kontrolle ausüben und das Volk gegen privaten Egoismus schützen. In den Flugzeugen der T.A.P. und ausländischen Gesellschaften wird eine Zeitschrift, der „Lisbon Courier“, verteilt, die Nachrichten und Bildberichte von den landschaftlichen und architektonischen Schönheiten des Portugiesischen Reiches bringt.

Flugreisen nach Angola und Moçambique ließen sich in Europa leicht organisieren, wobei große Ausbeute an interessanten Filmen und Großwildaufnahmen garantiert werden könnte. Die Kosten für den Bau von „Baum-Hotels“ würden nicht allzu hoch sein. Strikte Bedingung für solche Reisen wäre allerdings ein Jagdverbot. Die Einführung der sich in anderen Gesellschaften gut bewährenden Touristenklasse und eine weitere Verbilligung der Flugbillette (z. B. durch Verzicht auf Stewardessen, Mahlzeiten, Drucksachen) würde auch Leuten mit mittleren Einkommen gestatten, Flugreisen zu unternehmen. Portugiesisch-Afrika hat eine große Zukunft vor sich und liegt durch die schnellen Flugreisen nicht mehr in unerreichbarer Ferne. Ostafrika wird z. B. schon von der Scandinavian Airlines als Reiseland erschlossen. Autos können dort zu niedrigen Preisen gemietet werden. Auch die Hotelpreise sind günstig (trotz Mahlzeiten mit 12 Gerichten!). Ausflüge in Naturschutzreservate und Großwildjagden (leider nicht nur mit dem Photoapparat!) werden von Spezialfirmen organisiert³²⁰). Die zum Teil sehr guten Jagdgesetze, die in Portugiesisch-Afrika gelten, haben wir am anderen Ort³²¹) beschrieben. Es ist zu hoffen, daß auf Grund des Gesetzes Nr. 2069 vom 2. 4. 54 und der Tätigkeit des neuen „Hohen Rates für Naturschutz“ (Conselho Superior de Protecção da Natureza, Überseeministerium) schärfere Jagdbestimmungen erlassen werden, die einen besseren Schutz der afrikanischen Tierwelt gewährleisten. An Attraktionen für Fremde fehlt es in Portugiesisch-Afrika, selbst ohne „Großwildjagd“, in gar keiner Weise. Der Gorongosa Nationalpark in Moçambique mit Flugplatz und Herbergen läßt sich mit dem berühmten Krüger Nationalpark der Südafrikanischen Union (der an der Grenze von Moçambique liegt) vergleichen. Er soll sogar noch viel schöner und wildreicher sein. Da es in Angola ebenfalls viel Wild gibt, ist die Einrichtung von großen Nationalparks mit Pousadas nicht nur zum Schutz des ur-

³¹⁸) NdP 22. 11. 52, S. 14.

³¹⁹) NdP 4. 4. 53, S. 2.

³²⁰) BN Nr. 258 v. 22. 6. 54.

³²¹) v. Gersdorff (1).

sprünglichen Landschaftsbildes, der wilden Tiere und der Pflanzen notwendig, sondern auch zur *Steigerung der „unsichtbaren Einnahmen“* Angolas. In dieser riesigen Provinz (1 246 700 qkm) sind bisher nur drei kleine Gebiete zu „Jagd-reservaten“ erklärt worden.

Portugal mit seinen herrlichen Inseln (Madeira- und Azorenarchipel) und Überseeprovinzen besitzt in der Tat alle Voraussetzungen, um aus dem Fremdenverkehr einen wichtigen Wirtschaftszweig und eine reich fließende Devisenquelle (1956: 592 000 Contos) zu machen: Gute Schiffs- und Flugverbindungen, abwechslungsreiche schöne Landschaften mit unzähligen Strandpartien (teilweise über 100 km lang!), ein äußerst mildes Klima, herrliche Kunstschatze, prächtige Bauten³²²⁾, völlig freier Import und Export von Devisen und portugiesischen Zahlungsmitteln (wie z. B. in den USA, Kanada und der Schweiz), gute Hauptverkehrsstraßen, stabile politische Verhältnisse, stabile Währung, leichte Verständigungsmöglichkeit mit der Stadtbevölkerung durch die Tatsache, daß das Französische fast zur zweiten Landessprache geworden ist³²³⁾, gut geführte, geschmackvoll eingerichtete Hotels und Pensionen (nach den spanischen die billigsten in Europa!) und nicht zuletzt die sprichwörtlich gewordene Gastfreundschaft, die spontane, natürliche Herzlichkeit und Hilfsbereitschaft der ganzen Bevölkerung. Neben all dem Neuen, was wir oben beschrieben haben, konnten sich schöne alte Volksbräuche erhalten, weil die Bevölkerung Sinn für Tradition bewahrt hat. Das Leben im allgemeinen ist in Portugal für Fremde zwar nicht so billig wie in Spanien, aber doch viel billiger als in allen übrigen Ländern Westeuropas. Trotzdem ist Portugal noch kein ausgesprochenes Land des Tourismus. Noch im Oktober 1954 schrieb der Korrespondent des Berner „Bund“ (H.-S.) aus Lissabon in einem Artikel mit dem Titel „*Schwierigkeiten im portugiesischen Fremdenverkehr*“³²⁴⁾:

„Der große Fremdenstrom, der die meisten Länder Mittel- und Westeuropas durchzieht, versiegt an der portugiesischen Grenze. Portugal ist kein Reiseziel für Touristenmassen, wenn auch die Zeit längst vorüber ist, wo nur spleenige Engländer Portugal und Madeira besuchten. Kann sich also Portugals Fremdenverkehr nicht mit dem der ausgesprochenen Reiseländer messen, so nimmt er sich mit mehr als 152 000 Besuchern im vergangenen Jahr gegenüber 146 000 (?) vor zwei Jahren und mit 73 500 Fremden im ersten Semester 1954 recht respektabel aus. Es ist dabei eine Eigenart dieses Fremdenverkehrs, daß er zu einem beträchtlichen Teil auf europäische Gäste aus den afrikanischen Kolonien angewiesen ist. Zwar lieferte Spanien mit 66 000 Besuchern im abgelaufenen Jahr zahlenmäßig das Hauptkontingent der Portugalreisenden, in weitem Abstand gefolgt von den Vereinigten Staaten (18 000), doch ist die Zahl der Übernachtungen britischer, französischer und belgischer Gäste, die zumeist aus Afrika auf Europaaufenthalt kommen, insgesamt wesentlich höher, als die spanischer oder amerikanischer Blitzreisender. Einen wesentlichen Anteil machen die Brasilianer aus (7000), während für die übrigen südamerikanischen Gäste Portugal eher eine Durchgangsstation auf dem Weg nach Spanien ist. Unter den aus Europa kommenden Touristen stehen die Deutschen mit 6091 (1952 : 5866) Personen an erster Stelle, gefolgt von den Italienern und an dritter Stelle den Schweizern, von denen im letzten Jahr 2358, 1952 allerdings 3402 und im ersten Halbjahr 1954 bereits 1264 nach Portugal kamen . . .“

Nach offiziellen portugiesischen Statistiken betrug die *Zahl der Fremden, die nach Portugal reisten*³²⁵⁾:

³²²⁾ Vgl. Job a.a.O. und SNI: *Monuments du Portugal*, L. 1940.

³²³⁾ In Lissabon werden mehr französische als portugiesische Bücher verkauft!

³²⁴⁾ Nr. 517 v. 5. 11. 54.

³²⁵⁾ Vgl. *Economic Survey of Europe* in 1948, prepared by the Economic Commission for Europe, Research and Planning Division, UN Geneva 1949, S. 288—289, BdP Rel. 1951, S. 112, NdP 25. 10. 52; 27. 12. 52; 17. 10. 53, S. 6; 15. 1. 55, S. 12.

Jahr	Insgesamt	Davon aus den USA	%	Aus der Schweiz	%	Aus West- deutschl.	%
1939	26 161						
1944	55 000						
1947	61 180 ³²⁶⁾	6 500	10,6	1 661	2,7		
1949	55 400	6 500	11,7				
1950	76 307						
1951	86 576						
1952	110 011	19 500	17,7	3 402	3,0	5 866	5,32
1953	152 690	18 000	11,7	2 358	1,5	6 091	3,98
1954 ³²⁷⁾	165 460						
1955 ³²⁷⁾	202 190						
1956 ³²⁷⁾	232 261						

Im Vergleich zum Jahre 1952 ergibt sich für 1953 eine Steigerung um 38,8 %, was um so bemerkenswerter ist, als in keinem Lande (im gleichen Zeitraum) eine Erhöhung der Besucherzahlen über 20 % hinaus erzielt werden konnte. Die Zahl der Touristen aus den USA hat sich seit 1949 verdreifacht. Die Amerikaner blieben auch länger, nämlich 6 bis 7 Tage im Durchschnitt, während sie sich 1946 durchschnittlich nur 2½ Tage in Portugal aufgehalten hatten³²⁸⁾. 1952 kamen 43,7 % der Touristen aus Übersee, 27 % aus Spanien, 10 % aus Frankreich, weitere 10 % aus Großbritannien, nur 4 % aus Deutschland und 2,3 % aus der Schweiz. 1955 wurden in den portugiesischen Hotels und Pensionen 247 641 im Ausland wohnhafte Ausländer gezählt (833 350 Übernachtungen), u. a. 69 428 Franzosen, 46 274 Bürger der USA, 30 539 Engländer, 25 385 Spanier, 10 514 Holländer, 9265 Deutsche, 8884 Belgier, 7597 Brasilianer, 6861 Italiener, 5186 Schweizer, 4620 Argentinier, 4174 Schweden, 1719 Kanadier, 1519 Dänen, 1393 Venezolaner, 1296 Kolumbianer, 1218 Australier, 1204 Österreicher, 812 Norweger³²⁹⁾. Aus dieser Statistik ist zu schließen, daß die portugiesische Fremdenverkehrswerbung vor allem in Deutschland erheblich verstärkt werden muß (besonders wichtig zum Ausgleich der portugiesisch-deutschen Zahlungsbilanz, die schon seit einigen Jahren ein hohes portugiesisches Defizit ausweist) sowie in Belgien, der Schweiz, Österreich, Dänemark, Skandinavien und Kanada. Die Handelsbilanz Westdeutschland—Portugal zeigt die ständigen Überschüsse zugunsten Westdeutschlands: 1950: 16,9 Mill. DM; 1951: 20,3 Mill.; 1952: 29,6; 1954: 122,6; 1955: 139,8; 1956: 198,1. Diese Defizite für Portugal könnten auch mit Exportsteigerungen von Portwein, Kaffee, Sisal, Fischkonserven, Kork, Früchten usw. nach verstärkten Werbungen direkt in Deutschland über die Konsulate und noch zu gründende Werbezentralen („Casas de Portugal“, etwa in Hamburg und Frankfurt a. M.) ausgeglichen werden. Die Dienstleistungsbilanz wird ebenso ungünstig für Portugal aussehen, denn der größte Teil des Personen- und Warenverkehrs zwischen deutschen und portugiesischen Häfen liegt in den Händen deutscher Reedereien, wie z. B. der Dampfschiffahrtsgesellschaft „Hansa“ in Bremen (neben Portugal Indien, Persischer Golf, Spanien und Marokko) und der Oldenburg-Portugiesischen Dampfschiffs-Reederei in Hamburg (gegr. 1881 in Oldenburg, verlor in beiden Weltkriegen sämtliche Schiffe!). Nur vor dem 2. Weltkrieg hatte die portugiesische Flagge im Frachtlinienverkehr zwischen Hamburg und Portugal die deutsche Flagge seit 1930 überflügelt. Für den Frachtverkehr zwischen Deutschland und Portugal kamen damals 3 deutsche und 4 portugiesische, für die Personen- und Paket-Beförderung hauptsächlich 4 deutsche Schiffahrts-Gesellschaften in Frage. Personendampfer legten in Lissabon vor allem wegen der Briefpost von und nach Über-

³²⁶⁾ Zum Vergleich: Schweiz: 1 534 797!

³²⁷⁾ NdP 27. 4. 57, S. 10. Zum Vergleich 1954 Österreich: 1 959 595.

³²⁸⁾ NdP 27. 12. 52.

³²⁹⁾ Anuário Estatístico 1955, S. 346—347.

see an^{329a}). Die portugiesischen Gesellschaften haben nicht nur den Vorteil der niedrigeren Löhne, sondern auch Zoll- und Hafengebührenermäßigungen in portugiesischen Häfen für alle auf portugiesischen Schiffen beförderten Waren.

Da von den 86 576 Ausländern, die Portugal im Jahre 1951 besuchten, fast alle an der „portugiesischen Riviera“, der Küste zwischen Lissabon, Estoril und Cascais blieben, erhofft man sich vom Bau weiterer Pousadas und Estalagens auch eine *größere Streuung des Fremdenverkehrs*³³⁰). Die Regierung gibt sich alle Mühe, um auch die Aufmerksamkeit der Reisenden mit *wenig Mitteln* und der Gruppentouristen auf Portugal zu lenken. Damit wird der noch vor wenigen Jahren vertretene Standpunkt aufgegeben, daß Portugal sich auf die Luxus-touristen und nicht auf den Besucher mit beschränkten Mitteln einzustellen habe. Bei diesem Taktikwechsel spielte die *Anziehungskraft des Wallfahrtsortes Fatima*, der sich in letzter Zeit steigender Beliebtheit bei Pilgern aller sozialen Gruppen erfreut, eine erhebliche Rolle³³¹).

Die bis zum 15. 2. 1955 für das europäische und heute noch für das über-seische Portugal von der Regierung angeordnete *Erteilung von Sichtvermerken und die Erhebung von Visa-Gebühren hat sich als erheblicher Schaden für den Fremdenverkehr und das ganze portugiesische Gastgewerbe erwiesen*. Der Anteil an den *gesamten Einnahmen der Konsulate*, den die Einnahmen durch Erhebung von Reisevisa-Gebühren ausmachten, kann nicht groß gewesen sein, obwohl die Gebühren sehr hoch waren (75—100 Esc. = 12—15 sFr.), denn unter diesem Sammelposten figurieren auch die Gebühren, mit denen der Warenverkehr belastet wird, wie z. B. solche für Konsultatsverzeichnisse zollpflichtiger Güter und für Ursprungszeugnisse. Die gesamten Einnahmen der portugiesischen Konsulate beliefen sich auf folgende Summen³³²):

Jahr	Contos	Jahr	Contos	Jahr	Contos
1930/1	4 472	1946	15 275	1949	19 338
1938	11 886	1947	13 219	1950	20 221
1945	5 564	1948	18 712	1951	21 881

Sicherlich würde die kostenlose, sofortige Erteilung von Touristenvisa oder völlige Visafreiheit besser zur Förderung des Fremdenverkehrs nach dem Por-tugiesischen Reich beitragen. Der dabei entstehende Verlust an Staatseinnahmen könnte notfalls durch die *Erhebung einer Taxe auf die Hotelrechnungen* — die natürlich für Luxushotels höher sein müßte, als für Gasthöfe — mehr als aus-geglichen werden. Mit den *Mehreinnahmen wäre es möglich Werbungen großen Stils im Ausland zu finanzieren*. Diese Besteuerung der Ausländer wäre zwar höher, aber dafür weniger lästig als Visa-Gebühren. Außerdem hätte man ja eine Möglichkeit die kostspielige Arbeit der Erteilung von Sichtvermerken zu vermeiden, wenn auf den Konsulaten und in den wenigen Zollämtern Listen geführt werden, auf denen alle unerwünschten Ausländer verzeichnet sind. Beamtengehälter, Zeit und Telegrammspesen für Rückfragen in Lissabon bei der Fremdenpolizei (Policia Internacional e de Defesa do Estado, abgek.: PIDE) könnte der Staat dadurch sparen.

Bisher ist auf dem Gebiet der *Förderung des Fremdenverkehrs*, (Werbung, Bau von Pousadas usw.) schon viel geleistet worden, besonders vom *staatlichen Informationssekretariat* (Secretariado Nacional da Informação, abgek. SNI, Lissabon), das eine sehr gut illustrierte Touristenzeitschrift „*Panorama*“ ver-kaufte und die Zeitschrift „*Portugal, Bulletin de renseignements politiques, économiques et littéraires*“ (Bul.), seit Mitte 1956: „*Portugal, an Informative Review*“ herausgibt. Letztere erscheint alle zwei Monate in französischer und englischer Sprache und wird gratis an jeden Interessenten im Ausland ver-

^{329a}) Vgl. Blau, a.a.O., S. 71 u. 97.

³³⁰) BN Nr. 326 v. 4. 8. 52.

³³¹) Bund Nr. 517 v. 5. 11. 54.

³³²) DdS Nr. 144 vom 28. 3. 52, S. 33.

schickt. Das SNI hat in einigen Ländern verschiedene, mit Geschmack ausgestattete Kultur- und Werbezentralen, die sogenannten „Casas de Portugal“ eingerichtet, eine Initiative, die dem portugiesischen Handel und Gastgewerbe ohne Zweifel erhebliche Mehreinnahmen verschafft hat. Casas de Portugal befinden sich in folgenden Städten: Paris (7, R. Scribe), Rom (Centro Portoghese d'Informazioni, 30 via Monte Savello), London (Lower Regent Street 20), Brüssel (Solar de Portugal, Grande Place 13), Antwerpen, Genf (Centre portugais d'Informations, Quai Wilson 41), New York (5th Avenue 630), Rio de Janeiro, São Paulo, Nairobi (Bazaar Street, Trust Mansions 2426. Für die vielen dort lebenden portugiesischen Staatsbürger aus Goa) und Léopoldville (Casa dos Portugueses). Der Bau von weiteren Casas de Portugal ist noch in Johannesburg und Marokko geplant. Denkt man an die große Zahl der Touristen aus Spanien und Westdeutschland, so vermißt man Informationszentren in diesen Staaten, ebenso in Holland und den skandinavischen Ländern.

Sehr groß ist das Interesse der portugiesischen Regierung für *Staatsbesuche, Ausstellungen und Konferenzen* aller Art, wobei die Staatsausgaben, die solche Veranstaltungen bedingen, erfahrungsgemäß durch Ausgaben der Fremden mehr als ausgeglichen werden. Vom 15. bis 19. September 1952 fand z. B. in Lourenço Marques der „IV Internationale Kongreß für Tourismus in Afrika“ statt und in Lissabon vom 6. bis 13. 10. 1953 die 8. Jahresversammlung der „International Union of Official Travel Organisations“ (IUOTO), an der Vertreter der amtlichen Fremdenverkehrsorganisationen aus 48 Ländern teilnahmen. Als wesentliche Voraussetzung für die Arbeit der internationalen Fremdenverkehrsorganisation wurde die *allgemeine Zollfreiheit für Verkehrswerbematerial* jeglicher Art gefordert³³³). Freie Einfuhr für dieses Material wird von der portugiesischen Regierung erwogen³³⁴). Plänen für eine *gemeinsame Europawerbung in den USA* wurde zugestimmt. Leider ist die *Abschaffung der Zollkontrolle für Touristen* nicht vorgeschlagen worden. In keinem Staat bringt sie Einnahmen, welche auch nur die Besoldung der kontrollierenden Beamten ermöglicht!

Trotzdem so viel auf dem Gebiet der Förderung des Fremdenverkehrs und des Hotelbaus geleistet wird, sind in Zukunft bedeutend *mehr Ausgaben für Werbungen* (mit Prospekten, Plakaten, Inseraten usw.) *besonders in den USA, der Schweiz und Deutschland notwendig*. Nach Annahme des Gesetzes, das dem amerikanischen Reisenden gestatten soll, Waren im Gegenwert von 1000 Dollar zollfrei nach Hause mitzubringen, anstatt im Wert von nur 500 Dollar (einmal innerhalb von 6 Monaten) werden die amerikanischen Touristen auch mehr für portugiesische Waren ausgeben, wenn das SNI entsprechende *Werbungen für Portugal-Reisen in den USA* veranstaltet. Statistiken des New Yorker Zollamtes zeigen, daß alle Touristen auch Erhöhungen der zollfreien Quote voll ausgenützt haben und daß jene, die zum zweiten- oder drittenmal nach Europa reisen, immer mehr auf wertlose „Andenken“ (Souvenirs) verzichten und sich auf solidere Ware konzentrieren³³⁵). Vielleicht kann es der portugiesischen Regierung auf diese Weise gelingen, die *Dollareinnahmen der Wirtschaft zu steigern*, deren niedrige Höhe ihr vor und nach der Marshall-Hilfe nicht geringe Schwierigkeiten bereitet hat (u. a. durch amerikanische Zollmauern, geringe Nachfrage, Unkenntnis usw.)³³⁶). Der amerikanische Tourist, der seine Ferien in Portugal verbringt, ist nicht nur zu einem wichtigen Faktor für Portugal geworden, sondern auch für den eigenen Staat. Er trägt mit seinen Ausgaben dazu bei, portugiesischen Dollarmangel zu beseitigen und ermöglicht der amerikanischen Wirtschaft (als Exportwarenfabrikant oder Exporteur vielleicht sogar sich selbst) Waren im Portugiesischen Reich abzusetzen.

³³³) BN Nr. 446 v. 21. 10. 53.

³³⁴) NdP 17. 10. 53, S. 8.

³³⁵) NZZ Nr. 21 (Fernauss.) v. 22. 1. 55.

³³⁶) v. Gersdorff (2), a.a.O.

8. Industrie.

aa. Möglichkeiten der Finanzierung von Industrien durch den Staat und Private.

Nicht nur im afrikanischen, sondern auch im europäischen Portugal hat der Staat die Initiative ergreifen müssen, um die Privatwirtschaft vorwärtzubringen. Es ist aber nicht so, daß es in Portugal große Unternehmerpersönlichkeiten überhaupt nicht gibt. Wir wollen nur an den in amerikanischem Stil arbeitenden Industriellen Alfredo da Silva erinnern. Er hat die größte Industrieunternehmung („União Fabril“) geschaffen, die es auf der Iberischen Halbinsel gibt. Obwohl Portugiesen eher geneigt sind, vom Spiel und vom persönlichen Glück mehr zu erwarten, als von der stetigen gemeinsamen Anstrengung und Erfahrung, ziehen die rührigen, zielbewußten und ehrgeizigen unter ihnen die Beamtenlaufbahn dem Beruf des Unternehmers vor. Das erklärt zum Teil auch die Tüchtigkeit der Gouverneure in Afrika und die geringe Neigung der Berufsstände, Korporationen zu bilden. Werden sie gebildet, so eher als Mittel zur Gewinnung von Monopolstellungen. Risikobereitschaft ist aber auch in wirtschaftlich entwickelten Ländern kaum noch festzustellen (im Vergleich zum 19. Jahrhundert). Zur Zeit der Hochkonjunkturen und bei gutem Geschäftsgang lehnt man jegliche Intervention des Staates ab, während in Zeiten mit schlechter Geschäftslage die Unterstützung durch den Staat gefordert wird. Für große Investitionen fehlen in Portugal die notwendigen Kapitalien. Wie eingangs gesagt, ist der Portugiese kein Sparer. Sein soziales Geltungsbedürfnis verleitet ihn leichter als den Mitteleuropäer, seinen ganzen Verdienst in Konsum- und vielen Luxusgütern anzulegen. Kleider und Autos spielen eine wichtige Rolle. Im Geschäftsleben sind gute Freunde unter Umständen wertvoller als günstige Preise oder Lieferbedingungen. Advokaten, Schriftsteller, Gelehrte und Künstler sind angesehenere als erfolgreiche Geschäftsleute. Der Mensch wird nicht nur nach seinem wirtschaftlichen Erfolg gewertet. Die teilweise noch mittelalterliche, vorkapitalistische Mentalität der meisten Portugiesen bereitet der Regierung oft Schwierigkeiten bei der Durchführung ihrer Industrialisierungspläne. Ministerpräsident Salazar hatte gegen die Skepsis derer anzukämpfen, die sich bewußt waren, daß Portugal hauptsächlich von der Landwirtschaft gelebt hat und selbst in diesem Wirtschaftszweig nur beim Weinbau und in der Forstwirtschaft einen hohen Produktivitätsgrad erreichte. Im zweiten Weltkrieg war man aber gezwungen, so weit wie möglich alles das selbst herzustellen, was vom Ausland nicht mehr bezogen werden konnte. Dies führte zur Weiterentwicklung der Industrie und zum Bau von Wasserkraftwerken, um eine größere Unabhängigkeit von ausländischen Kohlenlieferungen, niedrigere Energiepreise und eine weitere Einsparung von Devisen zu erreichen. Andererseits wurden die Industrialisierungsbestrebungen durch die Schwierigkeit gehemmt, Lieferungen von Fabrikausrüstungen, Halbfabrikaten und Rohstoffen aus den kriegsführenden Industrieländern zu erhalten³³⁷). 1953 betrug der Anteil der Industrie am Bruttosozialprodukt bereits 35,5 %, 1954 36,6 % und 1955 37,4 %.

³³⁷) Ing. José Maria Mercier Marques gibt in seinem Buch „Notas sobre Temas Industriais“ (Tip. da Empresa Nacional de Publicidade, Lissabon 1942) einen ausgezeichneten Überblick über die Industrialisierungsmöglichkeiten Portugals zur damaligen Zeit. Einige seiner Vorschläge sind inzwischen durchgeführt worden, viele sind heute noch zu überlegen. In einer, dem 2. Kongreß der Portugiesischen Industrie (1957) vorgelegten Schrift („Mentalidade Industrial“), macht Marques Vorschläge zur Erziehung der Portugiesen im Hinblick auf die Schaffung einer „Industrie-Mentalität“: 1. Schon in der Volksschule soll im Kind der Erfindungsgeist und das Interesse für die Produktion geweckt werden. 2. In den Schulen aller Art sollen Vorlesungen, Fabrikbesichtigungen, Kulturfilme, Graphiken usw. die Liebe zur Industrie fördern und das Verständnis für die Vorteile, die sie dem Lande bringt. Arbeiten, die Erfindungsgeist zeigen oder Neigung zur Lösung technischer Probleme sollten prämiert werden. 3. Die Einrichtung von neuen Museen, in denen sich Ausstellungen über Industrien und Erfindungen befinden, soll die Schuljugend und das Publikum im allgemeinen mit der Entwicklung der Technik und mit den Produktionsmitteln bekannt machen. 4. Die Industriellen sollten sich angewöhnen, regelmäßige Ver-

Die 1944 weiter ausgebaut *Kontrolle der Industrie* wurde am 3. 1. 1931 (Dekret Nr. 19 354), also schon vor Erlass der Dekrete zur Einführung des Korporativ-Systems angeordnet, um eine ruinöse Konkurrenz und eine Überproduktion angesichts der Weltwirtschaftskrise zu verhindern (Verbot der Aufstellung von Maschinen, die Arbeiterentlassungen notwendig machen und mit denen Produkte hergestellt werden sollen, für die keine ausreichende Nachfrage besteht u. a. m.), sowie die industrielle Entwicklung des Landes zu fördern, in bestimmte Bahnen zu lenken und den Unternehmern bei der Lösung aller technischen Probleme zu helfen. Auf Grund der Verfassung und des Arbeitsstatutes³³⁸) wurden folgende Bestimmungen erlassen: Die Genehmigung der Regierung ist notwendig: 1. bei der Gründung neuer Fabriken, 2. bei der Wiedereröffnung solcher, die zwei Jahre lang aus Kontrollgründen geschlossen waren, 3. bei der Aufstellung von Maschinen, die die Produktion erhöhen und 4. beim Verkauf von Fabriken an Ausländer oder Gesellschaften, in denen die portugiesischen Staatsbürger nicht die kontrollierende Aktienmehrheit haben. Es erwies sich dann als notwendig, den *Aufgabenkreis der „Generaldirektion für die Industrie“* (Direcção Geral da Industria), des kontrollierenden Staatsorgans, besser abzugrenzen. Das geschah mit Gesetz Nr. 1956 vom 17. 5. 1937 und Gesetzesdekret Nr. 27 994 vom 26. 8. 1937. Die Hauptbestimmungen sind folgende: 1. es dürfen nur solche Industrien der Zulassungsprüfung unterzogen werden, deren Produktionskapazität den inländischen Verbrauch und die Ausfuhrmöglichkeiten bei weitem übersteigen, 2. Industrien, die teure ausländische Maschinen gebrauchen, 3. die viel Personal beschäftigen, das durch Aufstellung neuer Maschinen entlassen werden müßte, 4. die vorwiegend Material oder Rohstoffe ausländischer Herkunft verwenden, 5. die Waren herstellen, welche für andere Industrien von wirtschaftlicher und sozialer Bedeutung unentbehrlich sind, 6. die zu ihrer Einrichtung außerordentlich große Beträge, besonders für die Bezahlung ausländischer Maschinen benötigen, 7. die hauptsächlich Waren für den Export herstellen und einen großen Einfluß auf die Handelsbilanz haben und 8. diejenigen, die korporativ organisiert sind und infolgedessen schon ein besonderes Kontrollregime besitzen. Anlässlich der Unterstützung neuer Industrien dürfen exklusive Rechte (Steuervergünstigungen etc.) nur für 10 Jahre gewährt werden und nur dann, wenn sie von besonderer volkswirtschaftlicher und militärischer Wichtigkeit sind. Die kontrollierten Industrien müssen der „Generaldirektion für die Industrie“ in bestimmten Zeitabständen ihre Verkaufspreise, ihre Materialkosten (im In- und Ausland), Arbeitsbedingungen und sämtliche auszubehaltenden Löhne und Gehälter melden. Die Direktion gibt außer den Lizenzen mit wirtschaftlichen, technischen und Sicherheitsbedingungen für die Einrichtung neuer Industrien auch noch Genehmigungen für den Verbrauch von Energie (Elektrizität, Gas und Petroleum). Wenn ein Industrieller keine Beweise seiner Bemühungen um Konsolidierung und Verbesserung seines Unternehmens gibt oder die ihm in der Lizenz gegebene Aufgabe, wie z. B.

sammlungen abzuhalten, auf denen Probleme wie Rohstoffe, Gehälter und Löhne, Kostenelemente, Verbesserung der Anlagen, Märkte usw. diskutiert werden. Ferner sollten Vorträge, Filmvorführungen über Industrie- und Wirtschaftsthemen, Kongresse, Ausstellungen usw. als Treffpunkte für die Industriellen dienen, wo sie die Möglichkeit hätten, eine wirksamere Zusammenarbeit auf verschiedenen Gebieten zu vereinbaren. 5. Für das ganze Volk sollte eine intensive und stetige Propaganda mit allen möglichen Mitteln getrieben werden (durch Kino, Presse, Plakate, Graphiken, Radio usw.), damit ihm die Vorteile und der Gewinn klarer wird, den es aus der Industrialisierung ziehen kann. 6. Der Industriekredit sollte auf fairen, gerechten Grundlagen gefördert werden, im Geiste des Vertrauens und der guten Zusammenarbeit. 7. Die Industrie- und Steuergesetzgebung sollte vereinfacht, ein Plan für eine Industrie-Politik müßte geschaffen und die Koordinierung der produktiven Tätigkeiten eingerichtet werden. Die technologische und Wirtschafts-Forschung sollte man intensivieren.

³³⁸) Dekret Nr. 23048 vom 23. 9. 33.

Erstellung von Sicherheitseinrichtungen für die Arbeiter nicht löst, kann ihm die Lizenz wieder entzogen werden.

Am 24. Mai 1944 wurde ein Gesetz veröffentlicht, in dem Salazar die *Reorganisation der bestehenden und die Errichtung neuer Industrien* anordnete. Vergeudung von Arbeitskraft und Material sollte vermieden, größere Beschäftigung in gut geplanten, hygienischen Fabriken gesichert, Einfuhren von Gütern, die auch im Inland hergestellt werden können, sollten erspart und die Exporte erhöht werden. Die vorherigen unbefriedigenden Schutzzölle wollte man senken und die Rentabilität der vorhandenen Fabriken durch „Konzentrationen“ erhöhen. Mit der Aufstellung moderner Maschinen, einer Verminderung der Anzahl der Fabriken, der Erteilung verbesserten technischen Unterrichtes und erhöhter Energieproduktion durch den Bau von Wasserkraftwerken wollte man eine größere Produktivität erreichen. Die bestehenden Industrien wurden folgendermaßen eingeteilt: 1. Großbetriebe (Zement, Bier, Tabak, Streichhölzer und chemischer Dünger), 2. Industrien, die das Land vollständig versorgen können, obwohl bei ihnen der Kleinbetrieb vorherrscht (Konserven, Kork, Zucker, Hüte, Harzprodukte, Seife, Kalk, Gips, Kakao, Schokolade, Büchsen, Weizen- und Reismühlen) und 3. verstreute Kleinbetriebe, die den Bedarf des Landes nicht decken können. Gleichzeitig wurde die Zahl der Fabriken und der in ihnen beschäftigten Arbeiter, der Wert der Ausrüstung jeder Fabrik, der jährliche Wert der Produktion und der jährliche Wert und die Menge derjenigen Importgüter ermittelt, die auch von diesen Industrien produziert werden. Danach hatte man die Möglichkeit Gründungen von neuen Industrien anzuordnen, die zum größten Teil inländische Rohstoffe oder solche der Überseeprovinzen verarbeiten konnten, wie zunächst Basisindustrien (Wasserkraftwerke, Eisen und Eisenwaren, Kupfer und Kupferwaren, Ammoniumsulfat, Zellulose und Papier) und die Reorganisation der bestehenden Industrien (Aufstellung neuer Maschinen in modernen Fabrikgebäuden, Konzentration in geeigneten Großbetrieben, Standardisierung der Produkte, Koordinierung der Produktionsprozesse usw.), so daß sie befähigt wurden den Bedarf des Binnenmarktes in quantitativer, qualitativer und preislicher Hinsicht gut zu decken und die Arbeitsbedingungen (Hygiene usw.) zu verbessern. Die verschmolzenen Unternehmungen hatte man am Kapital der neuen beteiligt und widerstrebende Firmen enteignet. Letztere wurden ebenso wie die infolge der Konzentration geschlossenen Betriebe mit $4\frac{1}{2}\%$ -Obligationen (Laufzeit 20 Jahre) entschädigt. Für jede Industrie hatte man einen Ablösungsfonds gegründet, der mit den Erträgen einer Steuer auf den Wert der Güter gespeist wurde, die jede reorganisierte Industrie produzierte. Staatshilfe ist durch Kreditgewährungen, Befreiung von Importzöllen für Maschinen und sonstige Ausrüstung, Steuerbefreiung, besondere Privilegien für die Unternehmer (innerhalb eines Zeitraumes, der 10 Jahre nicht überschreiten durfte) und Schutz vor unlauterem Wettbewerb gewährt worden. Die begünstigten Unternehmer mußten aber die Verpflichtung eingehen, sich um die Beschaffung neuer Maschinen zu bemühen, ihre Betriebe zu erweitern, hygienischer und unfallsicherer einzurichten und die Produktion zu vereinheitlichen, da sie sonst aller Privilegien verlustig gingen. Spezialkommissionen hatten die Reorganisation der Industrie zu überwachen und dabei zu beraten. Sie mußten jede Industrie studieren, die vorhandenen Maschinen als noch brauchbar oder unbrauchbar erklären, Firmen gruppieren und entscheiden über die Zahl, den Standort und die Ausrüstung der zusammengefaßten Industrien, die Rangordnungen und Gehälter des Personals, die Pläne für den Unterricht der Lehrlinge, das Maß der Standardisierung von Produkten und inwieweit portugiesische Rohstoffe gebraucht werden sollen, die Preise der Fertigwaren und andere Probleme.

Ein die Regierung beratendes Organ, der *Oberste Rat für die Industrie* (Conselho Superior da Industria) hat heute für die Reorganisation und die Ent-

wicklung der Industrien zu sorgen. Er setzt sich aus namhaften Ingenieuren, fähigen Industriellen und den Vertretern der Korporationen zusammen. Der Wirtschaftsminister ist verpflichtet, den Rat bei jedem Erlaß und jeder Aufhebung von Bestimmungen zu befragen, welche die Industrie betreffen. Eine besonders wichtige Rolle hat er bei der Ausführung des Sechsjahresplanes 1953—58 zu spielen. Im Plan sind die größten Ausgaben für die Industrialisierung vorgesehen (Quote für das Europäische Portugal: Industrie 3 310 000 Contos, Verkehr 2 240 000, Landwirtschaft 1 290 000, Berufsschulen 200 000 und noch zu gründende Übersee-Aufbaubank 160 000 Contos).

Am 1. Januar 1947 trat außerdem die *„Junta für industrielle Entwicklung“* in Funktion, die in völlig selbständiger Weise eine größere wirtschaftliche Unabhängigkeit vom Ausland, Beschäftigung aller arbeitsfähigen Portugiesen und bessere Zusammenarbeit sichern soll. Sie muß auch feststellen, warum neue Industrien, deren Lizenzfrist (Laufzeit meistens 2 Jahre) abgelaufen ist, die Arbeit noch nicht aufgenommen haben. Die Junta hat ihrerseits Kommissionen gebildet, die beauftragt wurden, alle Maßnahmen vorzuschlagen, welche geeignet sind bestimmte Industrien in einen nationalen Aufbauplan einzubeziehen. Vergeudung von Energie und Rohstoffen durch Versorgung von Fabriken, in denen immer noch alte, ungeeignete Maschinen arbeiteten, sollte vermieden werden. Die Lage der Arbeiter, die infolge der schlechten Organisation der Industrie oft nur als möglichst billig zu haltende „Kostenfaktoren“ betrachtet worden waren, wollte man verbessern. Das Ziel war, den Binnenmarkt zu möglichst niedrigen Preisen mit Gütern der besten Qualität, bei möglichst hohen Löhnen, zu versorgen.

Trotz dieser Häufung von Institutionen zur Förderung der Industrie durch den Staat und Private und trotz der übertriebenen Gewinnmargen mußte die Regierung weitere Anstrengungen machen, um Sparer und Unternehmer zu finden, die ihr Geld riskierten und ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellten. Im Gegensatz zum Salazar'schen Grundsatz, daß der Staat über der Wirtschaft stehen soll, daß er nur zu fördern, zu lenken, zu koordinieren und zu schlichten hat, wurde ausnahmsweise ein großer Teil des Kapitals der neuen industriellen Unternehmungen vom Finanzministerium und den Korporationen mitgezeichnet, um den einzelnen Unternehmern und kleinen Aktionären auf diese Weise das Gefühl der Sicherheit zu geben. Die Regierung konnte dadurch den Zweifel und die angeblich überlegene Gleichgültigkeit von Besitzern großer Kapitalien bekämpfen und sich den maßgebenden Einfluß sichern, der wegen der Monopolstellung vieler neuer Unternehmungen unbedingt notwendig war. Später sollen sie ganz in private Hände übergehen, so daß der Staat dieses ihm fremde Tätigkeitsfeld wieder der „Privatinitiative“ überlassen kann, sobald sie ihren Aufgaben gewachsen ist. Das gleiche Verfahren wird auch bei der *Förderung des Korporativ-Systems* angewendet, das eine staatsfreie Selbstverwaltungsordnung werden soll, zum Unterschied von den faschistischen Korporationen, die politische Kontrollorganisationen des Staates waren. Endziel ist schließlich nicht die staatlich geleitete, sondern die sich selbst führende Wirtschaft, bei deren Gestaltung die Staatsbeamten nur als selbständige Berater und Schiedsrichter mitwirken sollen. Ende 1956 wurde die Konstituierung der sechs umfassenden Körperschaften für Landwirtschaft, Industrie, Handel, Transportwesen und Fremdenverkehr, Bank- und Versicherungswesen, Fischerei und Fischkonservierung angeordnet, in denen die Gilden (Gremios) der Unternehmer und Besitzer und die Gewerkschaften (Sindicatos) der Arbeitnehmer und freien Berufe gleichberechtigt nebeneinander stehen.

„... Das Prinzip des portugiesischen Korporationssystems ist nicht nur ein wirtschaftliches, wie man vermuten könnte, sondern das Ziel ist, nach und nach auch alle wissenschaftlichen, künstlerischen, literarischen, erzieherischen und wohlthätigen Organisationen, Institute und Körperschaften in das System einzugliedern. Kein Wunder, daß vielfach von einem „totalitären“ System mit entsprechendem poli-

tischem Anstrich gesprochen wird, so sehr auch die amtlichen Stellen dagegen protestieren. Die Hoffnung, daß die im Jahre 1933 von Salazar ins Leben gerufene Idee des „Neuen Körperschaftsstaates“ sich spontan durchsetzen würde, hat sich aus den verschiedensten Gründen, wie Mißtrauen und Widerstand einiger Kreise, die eine Einschränkung ihrer persönlichen Freiheit fürchteten, und der Verwirrung der Kriegsjahre nicht verwirklicht. Die praktische Durchführung des Systems ist nur sehr langsam fortgeschritten, nicht zum wenigsten, weil in einer Reihe von Organisationen der Beitritt freiwillig war. Dem soll nun durch das neue Gesetz, das bereits die Zustimmung der „Körperschafts-Kammer“ und der „Nationalversammlung“ gefunden hat, ein Ende gemacht werden. In dieser gesetzlich festgelegten, einheitlichen und integralen Struktur aller produktiven Kräfte des Landes, in der jede Körperschaft ihre beruflichen Interessen vertritt, sollen irgendwelche Rivalitäten verhindert und keiner Körperschaft ein Übergewicht zugestanden werden. Es genüge nicht, eine Entwicklung zum totalitären Staat zu vermeiden, so heißt es, sondern es sei auch notwendig, jegliche totalitäre oder diktatorische Tendenz in den einzelnen Korporationen von vornherein zu unterbinden. Einseitige und unnachgiebige Verteidigung egoistischer Klassen- und Berufsinteressen auf Kosten des Allgemeinwohls müssen unmöglich gemacht werden. Hierüber zu wachen und im Notfalle einzugreifen, wird die Aufgabe des Staates sein. Die seit dem Kriege in Portugal in Gang gekommene Entwicklung der verschiedenen Industriezweige muß als einer der wichtigsten Gründe für die Durchführung des Körperschafts-systems angesehen werden. Die stagnierende Landwirtschaft, die in ihrer Entwicklung durch klimatische Bedingungen und Bodenverhältnisse sowie durch veraltete Methoden behindert ist, ist nicht fähig, der im ständigen Anwachsen begriffenen Bevölkerung die nötigen Lebensmittel zu liefern, geschweige denn neue Arbeitsmöglichkeiten zu bieten. Nur die Industrialisierung eröffnet neue Beschäftigungsmöglichkeiten in größerem Ausmaß. Diese notwendige Industrialisierung in die richtigen Bahnen zu leiten und in den Grenzen zu halten, die durch den Mangel an Rohstoffen im eigenen Lande gesetzt sind, wird im Rahmen des Körperschaftssystems, so sagt man, am sichersten möglich sein. Wie es heißt, wird private Initiative Raum und Wirkungsmöglichkeit haben — aber nur solange, als sie das Interesse der Allgemeinheit, das heißt hier wohl der Berufsgenossen, nicht schädigt...³³⁹⁾“

Ministerpräsident Salazar möchte die Wirtschaft Portugals weitgehend der Privatinitiative überlassen³⁴⁰⁾, hat aber in Wirklichkeit viele staatliche Interventionen auf wirtschaftlichem Gebiet angeordnet. Der Staat hat das Recht und die Pflicht: 1. einige Monopole, die von öffentlichem Interesse sind, selbst zu übernehmen oder an Private zu vergeben, 2. Unternehmungen zu betreiben, deren Nutzen für das Volk größer ist, wenn sie nicht von Privaten geleitet werden, 3. nur in diejenigen Privatunternehmungen einzugreifen, welche mit öffentlichen Mitteln finanziert wurden und in jene, bei denen mit Interventionen ein größerer volkswirtschaftlicher Nutzen erreicht werden kann, als ohne Interventionen, 4. die Privatwirtschaften zu koordinieren und ihnen Weisungen zu erteilen, 5. Produktion, Berufe, Beschäftigung, Kapital und Arbeit im Gleichgewicht zu halten, 6. die Volkswirtschaft vor „parasitären“ landwirtschaftlichen, industriellen und kommerziellen Unternehmungen zu schützen, „die mit den höheren Zielen des menschlichen Lebens nicht vereinbar sind“, 7. dafür zu sorgen, daß durch die Vervollkommnung der Technik, der Dienstleistungen und des Kreditwesens der niedrigste Preis und der höchste Lohn erreicht wird, der mit einer angemessenen Verzinsung der anderen Produktions-Faktoren vereinbar ist, 8. dafür zu sorgen, daß die Lage der armen Klassen verbessert und ihnen ein menschenwürdiges Existenzminimum gesichert wird, 9. die korporative wirtschaftliche Entwicklung zu begünstigen und sowohl eine ungeordnete Konkurrenz als auch die Überlassung von Funktionen an den Staat zu verhindern, welche die Privaten natürlicherweise übernehmen sollten, 10. die

³³⁹⁾ Armando (1) a.a.O., S. 569.

³⁴⁰⁾ Vgl. Verfassung der Portugiesischen Republik, Kap. 8 u. 11 sowie Nat. Arbeitsstatut, Dekret Nr. 23048 vom 23. 9. 1933, veröffentlicht vom SNI in: „Previdência Social“, a.a.O., S. 11—19 und von Marcotte, a.a.O., S. 481—488 (Übersetzung).

bureaukratischen Staats-Interventionen auf dem Gebiete der nationalen Volkswirtschaft auf ein Minimum zu reduzieren und sowohl Streiks als auch Ausschlüsse zu verhindern, indem der Arbeitsfriede durch Arbeitsgerichte gewahrt wird, 11. die Besiedelung der Überseeprovinzen zu fördern, die Emigranten zu schützen und die Emigration zu regeln, 12. Privatunternehmungen, die bei sonst gleichen Kosten die höchsten Erlöse ausweisen, zu fördern, jedoch ohne Schaden für den sozialen Vorteil, den die kleinen Hausindustrien gewähren und den Schutz, dessen sie bedürfen, 13. die Beziehungen der eigenen Volkswirtschaft zu den fremden so zu regeln, daß das Prinzip der Zusammenarbeit befolgt wird und weder Handelsvorteile für die eigene Volkswirtschaft ungenutzt gelassen, noch die notwendigen Verteidigungen gegen Drohungen und Angriffe von außen vernachlässigt werden, 14. die Bedingungen des Gebrauchs von Besitzungen, Kapital und Arbeitskraft durch die Gesetzgebung den sozialen Zielen gemäß festzusetzen, da sie eine gesellschaftliche Funktion innerhalb einer Lebensordnung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Solidarität erfüllen, 15. Enteignungen nach angemessener Entschädigung vorzunehmen, 16. die Privatunternehmungen in Krisenzeiten zu zwingen mit den staatlichen und korporativen Dienststellen zusammenzuarbeiten, um die Vollbeschäftigung zu erreichen, 17. die Besetzung verschiedener Arbeitsplätze durch einen einzelnen, das sogenannte „Mehrfachverdienertum“, in den Privatunternehmungen zu verhindern, da dies nach portugiesischer Auffassung unwirtschaftlich ist und allgemein als unfair angesehen wird und 18. alle Institutionen für Solidarität, Vorsorge und Zusammenarbeit zu fördern und zu unterstützen. Der Einfluß des Staates auf die Volkswirtschaft ist ferner dadurch gegeben, daß sämtliche Bodenschätze, Heilquellen, wie überhaupt alle Gewässer, Straßen, Eisenbahnen und die meisten Baudenkmäler und Kunstschatze dem Staate gehören. Letztere dürfen nicht an Ausländer verkauft werden.

Angeichts des beträchtlichen Staatsvermögens in Portugal und des Bestrebens der Regierung Staatsbetriebe privaten Unternehmern zu übergeben, könnte der in Deutschland (auf Grund von Erfahrungen in Österreich) gemachte Vorschlag Interesse finden, klein gestückelte, sog. „Volksaktien“ auszugeben, mit deren Erlös der staatliche Besitz abgelöst werden kann. Da die Aktionäre der heutigen Aktiengesellschaft ohnehin weder den Willen bekunden Einfluß auf ihre Gesellschaft auszuüben noch zeitlich oder (und) finanziell die Möglichkeit dazu haben, ist es nicht notwendig den „Volksaktionären“ das Stimmrecht zu gewähren. Dagegen müßte angeordnet werden, daß überhöhte Selbstfinanzierungen und Gewinnrücklagen zugunsten einer möglichst hohen Dividende (die sich tatsächlich nach dem erzielten Gewinn richtet) einzuschränken sind. Die Reprivatisierung von teilweise in staatlichem Besitz befindlichen Unternehmungen könnte wie in Frankreich erfolgen, wo ein neues Gesetz dem Staat gestattet, bis zur Höhe der ihm gehörenden Aktien *Zertifikate* auszugeben, die an der Börse gehandelt werden und dividendenberechtigt sind. Der Staat behält jedoch die mit seinem Aktienbesitz verbundenen Kontrollrechte.

Das *Übermaß an Reglementierungen von seiten des Staates* haben wir am anderen Ort³⁴¹⁾ einer kritischen Betrachtung unterworfen. Die Bestimmungen des Jahres 1944 wären eher in einem industriell saturierten Lande verständlich, wo es sich vor allem um die Erhaltung und Marktsicherung bestehender landeswichtiger Industrien handelt. Entgegen der Devise des damaligen Wirtschaftsministers und der ihm unterstellten Generaldirektion für die Industrie „die industrielle Entwicklung zu fördern“, sind die erwähnten Zulassungsbedingungen geeignet die Industrialisierung des Landes im allgemeinen und die Rationalisierung der portugiesischen Industrie im besonderen schwer zu hemmen, falls die gesetzlichen Bestimmungen in Zukunft nicht gelockert werden, sei es

³⁴¹⁾ v. Gersdorff (1).

auch nur durch eine wohlwollende, weitsichtigere Praxis ihrer Auslegung und Anwendung. Am 11. 10. 1944 schrieb das Journal de Genève (Nr. 242):

„...Notons que le programme officiel prévoit expressément que les prix de revient de l'industrie portugaise devront être suffisamment bas pour lui permettre de subsister par ses propres moyens et que la protection douanière ne pourra être accordée, en principe, qu'en cas de dumping...“

Obwohl sich also gewisse Mäßigungen des Protektionismus zeigen, hat der Krieg doch eine grundlegende Wendung der portugiesischen Wirtschaftsgesinnung zum Protektionismus hin gebracht, denn in den dreißiger Jahren verfolgte Salazar eine ausgesprochen liberale Politik in krassem Gegensatz zu den Diktatoren Italiens und Deutschlands (mit denen man ihn aus Ignoranz immer wieder vergleicht). Er hatte nicht nur wenig für die Herstellung einer größeren Wirtschaftsautonomie getan, sondern förderte sogar eine weltmarktorientierte Ausrichtung und zwar mit den Mitteln der 1928 eingeführten staatlichen Außenhandelskontrolle! 1937 wurden die Devisenbestimmungen aufgehoben. Der Devisenmarkt ist seither frei. Immer erschwerend fällt ins Gewicht, daß die zur See erreichbaren Absatzgebiete für portugiesische Güter noch nicht genügend erschlossen sind.

Der große Anteil der öffentlichen Hand am Besitz der Unternehmungen der Infrastruktur (Verkehr und Energie) soll durch weitere Ersatz- und Neuinvestitionen vergrößert werden. Die staatlichen Investitionen in der Energieerzeugung, im Verkehrswesen (Häfen, Schiffe, Flugzeuge, Flugplätze, P.T.T. usw.) und sogar in vielen, als volkswirtschaftlich wichtig angesehenen Industrien (Eisen und Stahl, Petroleumraffinerie, chemische Düngemittel, Papier usw.), sind trotz des Prinzips der grundsätzlichen Freiheit der Privatinitiative sehr umfangreich gewesen³⁴²⁾ und werden weiterhin, besonders in Erfüllung der Sechs-Jahres-Pläne 1953—1958 und 1959—1964 sehr groß sein.

Aufwendungen im Rahmen des Sechsjahresplanes 1953—1958:

Wirtschaftszweig	Ursprüngl. Plan (Gesetz Nr. 2058)		Revidierter Plan (Gesetz Nr. 2077)		Differenz 1000 C.
	1000 C.	%	1000 C.	%	
Landwirtschaft	1 290	17,0	1 330	13,8	40
Industrie	880	11,7	1 356	14,1	476
Verkehr u. Transp.	2 421	32,1	2 910	30,2	489
Elektrifizierung	2 736	36,3	3 674	38,1	938
Techn. Schulen	215	2,9	359	3,8	144
Total	7 542	100,0	9 629	100,0	2 087

Im neuen Plan 1959—1964 wird besonderes Gewicht auf die Industrialisierung gelegt, da noch immer 35 % aller portugiesischen Importe aus Fertigwaren bestehen. Die Schwierigkeiten der *Industrias Portugals* sind: Überkapazitäten, Absatzstockungen, unrationelle Arbeitsmethoden, hohe Produktionskosten, Rohstoff- und Energiemangel. Daß hohe Gold- und Devisenbestände bei großen Handelsbilanzdefiziten bestehen erklärt sich aus der Tatsache, daß die Überschüsse der Überseeprovinzen der Bank von Portugal zufließen und daß z. B. der große Korkabnehmer UdSSR in Gold bezahlt. Die großen Währungsreserven ermöglichen zusätzliche Investitions- und Konsumgüter-Einfuhren für die Entwicklung. Da die portugiesische Ausfuhr an eine begrenzte Zahl von Erzeugnissen gebunden ist wird die Haltung erheblicher Gold- und Devisen-Reserven zur absoluten Notwendigkeit, aber nicht in solcher Höhe, daß sie (wie gegenwärtig) den Wert der Einfuhr von zwei Jahren übersteigen!

Die hohen Produktionskosten vieler Industrien verhindern die Ausweitung der Produktion. Die kaufkräftige Nachfrage auf dem Inlandsmarkt ist zu ge-

³⁴²⁾ Vgl. Relatorio do Governo etc., a.a.O.

ring (niedriges Einkommen pro Kopf der Bevölkerung) und die Auslandsmärkte werden mit billigeren Erzeugnissen der großen Industrieländer versorgt. Im neuen Sechsjahresplan 1959—1964 kommt es deshalb und im Hinblick auf einen späteren Beitritt zum Gemeinsamen Markt besonders darauf an jene Industrien zum Ausbau auszuwählen, die in der Lage sind internationaler Konkurrenz ohne besondere Schutzmaßnahmen standzuhalten. Diese Industrien sollten auch besonders arbeitsintensiv sein, damit die überschüssigen Arbeitskräfte beschäftigt werden können. Dabei ist es allerdings notwendig mehr für ihre Schulung aufzuwenden als bisher. Zur Steigerung des Produktionspotentials (das niedrige Potential ist, wie in anderen wirtschaftlich wenig entwickelten Staaten, Ursache und Ergebnis des schleppenden Tempos der wirtschaftlichen Expansion) hat die Regierung allen Betrieben, die bis zum 31. 12. 1960 durch Erneuerungen, Erweiterungen und Verbesserungen in ihren Anlagen, Verminderung der Produktionskosten oder eine Verbesserung der Qualität erreichen, Steuervergünstigungen zugesichert. Fabriken, denen es gelingt Exportmärkte für ihre Überschußproduktion zu erschließen, bekommen Zoll- und Steuererleichterungen von 60 %, 80 % und 100 %. Außerdem ist die *Gründung eines Institutes für Industrieforschung, Technik und Industriewirtschaft* beschlossen worden, dessen Arbeiten allen inländischen Betrieben zugute kommen sollen. 1956 wurden die Zölle auf einige Rohstoffe gesenkt, um die Konkurrenzfähigkeit dieser Betriebe zu steigern. Das war vor allem für die *Baumwolltextilindustrie* von Bedeutung, die einen Teil ihres Rohstoffbedarfes außerhalb des Escudo-Gebietes zu höheren Preisen (als die für Port.-Afrika festgesetzten) decken mußte, da die Baumwollproduktion in den Überseeprovinzen im Vergleich zu vorherigen Ernten gesunken war. 1955 wurden insgesamt 48 616 t Rohbaumwolle eingeführt³⁴⁴), davon 72 % aus Moçambique, 10 % aus Angola, 7 % aus Brasilien, 4 % aus Belgisch-Kongo und 3 % aus den USA. Es ist auch geplant die Textilindustrie durch Automatisierung konkurrenzfähig zu machen. *Kapitalmangel* zwingt viele Textilunternehmen bei einer beabsichtigten Erneuerung ihrer Anlagen Kredite für eine Dauer von 18 bis 30 Monaten bei ihren Lieferfirmen zu beantragen. Dabei profitieren die Textilindustriellen nicht nur von den billigen Rohstoffen aus Port.-Afrika sondern auch von außerordentlich niedrigen Löhnen, die für Textilarbeiter durchschnittlich 22,50 Esc. (3,30 DM) pro Tag ausmachen! Selbst eine erhebliche Steigerung der Reallöhne und der Investitionstätigkeit kann in Portugal keinen Inflationsdruck zur Folge haben (versteckte Arbeitslosigkeit, brachliegende materielle und finanzielle Hilfsquellen, überhöhte Währungsreserven).

Als Beispiele für *nicht voll genutzte Kapazitäten* (auch in Mexiko und anderen wirtschaftlich wenig entwickelten Staaten ist dasselbe Problem zu lösen) können die Harzindustrie (die Rohstoffe werden noch auf primitive Weise gewonnen), die Reismühlen- und Zementindustrie (mangelnder Absatz) und die Superphosphatindustrie genannt werden. Von den drei Superphosphatunternehmen werden zwar ausreichende Mengen erzeugt, jedoch sind die Herstellungskosten so hoch, daß lediglich bei optimaler Ausnutzung der Anlagen noch rentabel produziert werden kann. Da die Aufnahmefähigkeit des Binnenmarktes nicht ausreicht sehen sich die Unternehmen gezwungen ihre Erzeugnisse mit Hilfe staatlicher Subventionen zu exportieren. Geeignete Maßnahmen zur Erneuerung der zum Teil veralteten Maschinen sowie zur Senkung der Preise der Ausgangsprodukte werden als unbedingt erforderlich betrachtet.

Die *heutige Situation der portugiesischen Industrie* kann am besten an einem Beispiel klagemacht werden. Man darf nicht verallgemeinern, aber doch wohl die „Industrie im Ganzen“ betrachten (mit Ausnahme einiger weltberühmter, in ihrer Art musterhafter Betriebe der Fischkonservenindustrie, der Portweinproduktion und der Korkindustrie). So zeigt das Beispiel der

³⁴⁴) Anuário Estatístico 1955, S. 194.

portugiesischen Brauereien sehr deutlich die Vor- und Nachteile staatlicher Interventionen (wobei hier die Nachteile überwiegen), die hohen Gestehungskosten und folglich überhöhten Preise, die Überkapazität, die schlechte Qualität des Produktes infolge Risiko- und Konkurrenzlosigkeit, die Übervorteilung von Konsumenten, Fehlinvestitionen, die viel zu niedrigen Löhne, das Fehlen von Fachschulen sowie Lehrlingsausbildung und als Folge davon, den Mangel an Facharbeitern, den Mangel an Fürsorge für das Personal, das Unterlassen der Forschungstätigkeit aus falsch aufgefaßter Sparsamkeit heraus, die Interessenlosigkeit der Arbeiter, sowie alles in allem den *erschreckend niedrigen Produktivitätsgrad der portugiesischen Industrie*, den man erst jetzt durch umfangreiche Neuinvestitionen heben will.

„Die Brauindustrie Portugals³⁴⁵). Während meiner Tätigkeit als technischer Berater des Verwaltungsrates sämtlicher Brauereien hatte ich Gelegenheit, die portugiesischen Brauerei-Verhältnisse an Ort und Stelle weitgehend kennenzulernen, und ich möchte nachstehend einen kurzen Bericht darüber geben.

Vor etwa 20 Jahren (1933) wurden sämtliche Brauereien Portugals zu einer einzigen Gesellschaft zusammengefaßt und die kleineren Betriebe stillgelegt. Was übrigblieb, waren vier Brauereien mit einem Gesamtausstoß von ca. 150 000—260 000 hl. Um nach außen hin den Anschein einer Monopolbildung zu vermeiden, blieb eine Brauerei selbständig, wenn auch etwa 70 % der Aktien in den Besitz der Gesellschaft übergingen. Das Ziel war eine Senkung der Produktionskosten durch zentralen Einkauf und Vertrieb und die Ausschaltung des Konkurrenzkampfes... Dann ging man allmählich dazu über, die Rohstoffe möglichst billig einzukaufen, d. h. sich in der Hauptsache mit billigem amerikanischen Hopfen und einheimischer mehrzeiliger Gerste zu begnügen. — Jetzt schaltete sich aber im Jahre 1951 der Staat, der auch bisher als eigentlicher Verteiler der Gerste anzusehen war ein und wollte die Firma zwingen, für die Bierbereitung nur die etwa 50 % teurere zweizeilige Gerste zu vermälzen, mit der Begründung, die mehrzeilige wäre u. a. durch ihren höheren Eiweißgehalt als Viehfutter wertvoller. Nun ist aber in Portugal in den seltensten Fällen der Eiweißgehalt der mehrzeiligen Gerste höher als der der zweizeiligen, bedingt durch den besseren Boden und die besonderen Kultivierungsmethoden, welche die zweizeilige Gerste verlangt. Die Verteilungsstelle hatte tatsächlich nach langwierigen Untersuchungen und Verhandlungen ein Einsehen und stellte der Gesellschaft den Bezug von mehrzeiliger Gerste frei, aber nur — zum gleichen Preis, den auch die zweizeilige kostete(!).

Diese Verteuerung der Produktionskosten konnte aber ausgeglichen werden durch Verwendung des weitaus billigeren Maises an Stelle von Reis und Steigerung dieser Rohfruchtmenge von bisher 15 auf 20,30 und sogar 40 %. Eine Erhöhung des Bierpreises durfte nicht mehr vorgenommen werden, denn es kostet schon heute $\frac{1}{4}$ Ltr. Bier in Flaschen genau soviel wie ein Ltr. guter Wein(!). Ist doch gerade dieser hohe Preis in Verbindung mit dem niedrigen Lebensstandard des Durchschnitts-Portugiesen die Ursache des geringen Bierkonsums.

Dazu kommt noch, daß keinerlei Reklame für Bier gemacht wird. Ich war z. B. schon einige Wochen in Lissabon, ohne ein Lokal gefunden zu haben, in dem Bier vom Faß geschänkt wurde. Außerdem ist das Bier, wenn man es nicht gerade in einem Brauereiausschank trinkt (jede Brauerei hat einen eigenen Ausschank) meistens kein Genuß. Entweder ist es zu alt(!), oder infolge schlechter Behandlung durch den Wirt verdorben(!). Aus diesem Grunde gehen Biertrinker, die es sich erlauben können, immer mehr dazu über, amerikanisches oder deutsches Bier zu trinken, für welches sie allerdings den zwei- bis dreifachen Preis zahlen müssen(!). (Das portugiesische Bier wird oft ein Jahr alt und teilweise noch älter, bevor es zum Verbraucher gelangt, was leicht zu kontrollieren war, da jede Abfüllung durch Einsägen der Etiketten mit „Datum“ versehen wurde.) Das Bier selbst ist, wenn es die Brauerei verläßt, durchaus genießbar, wenn auch der etwas pappige Geschmack in Verbindung mit einer etwas rauen Bittere, hervorgerufen durch den amerikanischen Hopfen und ein hartes, karbonatreiches Brauwasser, der deutschen Zunge nicht ganz zusagt. Aber der Portugiese muß etwas Extrakt schmecken, andernfalls ist nach seiner Meinung das Bier nicht vollprozentig. Aus diesem Grunde sind auch

³⁴⁵) E. Lincke, in: „Brauwelt“, Zeitschrift für das gesamte Brauwesen, Verlag Hans Carl, Nürnberg, 16. 1. 1953, S. 52—55.

die Brauereien dazu übergangen, nur bis zu dem vom Staat als Minimum vorgeschriebenen wirklichen Vergärungsgrad von 48 % zu gehen und ein Bier herzustellen, das noch etwa 5,2 % Eiweiß und nur annähernd 2,4 % Alkohol enthält, bei einem pH-Wert zwischen 4,5 und 4,7.

Da aber alles Flaschenbier — und das sind mehr als 80 % der Gesamtmenge — bei 70 Grad pasteurisiert wird, und Reklamationen über Faßbier nur innerhalb von fünf Tagen nach Verkauf anerkannt werden, besteht für die Brauereien keinerlei Risiko(!). Ein um so größeres für die Wirte! Da jede Lieferung sofort bei Empfang bezahlt werden muß(!), wird sich jeder Wirt hüten, mit dem Bier, das vielleicht nach sechs Tagen trüb wurde, sein gutes Geld ins Senkloch laufen zu lassen, und er wird also weiter verkaufen, bis das Faß leer ist. Und noch darüber hinaus, d. h. er wird noch die Spundschraube herausdrehen, um noch das letzte halbe Liter hinauszugießen, wie ich es häufiger beobachten konnte. Ebenso wie er auch das nach Leerwerden eines Fasses noch in der Leitung stehende Bier oder das erste nach dem Reinigen der Leitung mit dem einwandfreien Bier verschneidet, da keine Vorschrift besteht, nach der das Einschenken der Gläser vor den Augen des Publikums zu geschehen hat! Ebenso ist eine Eichung der Gläser unbekannt(!). Aus diesem Grunde verlangt der Kunde immer ein randvolles Glas und weist Gläser mit mehr als einem Zentimeter Schaum zurück, ohne vielleicht daran zu denken, daß er in den verschiedenen Lokalen auch Gläser mit ganz unterschiedlichem Inhalt bekommt (etwa zwischen $\frac{3}{20}$ und $\frac{6}{20}$ Ltr.) — versteht sich, zum gleichen Preis!...

Übrigens ist die Ausstattung der Gasthäuser und Cafés manchmal sehr gut, mit elektrischer Kühlung für Keller und Schanktisch, elektrischer Kaffeemaschine und allem Komfort. Restaurants mit acht und mehr Billardtischen, die in Lissabon nicht selten sind, können fast ihre gesamten Unkosten aus dieser Einnahme bestreiten. Denn hier gehen nur die Männer aus, und das Fehlen der oft sehr hübschen, reizvollen Portugiesinnen in den öffentlichen Lokalen ist sehr auffällig, wenn auch durch das schlechte Beispiel der vielen während des Krieges hierher geflüchteten Ausländer die gute alte Sitte „die Frau gehört ins Haus“ schon etwas gelockert wurde. Neben den einwandfreien Einrichtungen habe ich andererseits aber vielfach Schankvorrichtungen gesehen, die für deutsche Verhältnisse einfach unmöglich wären. Z. B. wurden öfter noch als Bierleitungen, um das knappe Zinn zu ersetzen, mehr oder weniger stark geknickte Bleirohre verwandt, aus denen das erste Bier immer trüb herauslief. Die 14tägige kostenlose Reinigung dieser Leitungen mit P3 und Natronlauge ohne Schwämmchen oder Kugeln ist der einzige Kundendienst, der von den Brauereien geleistet wird(!). Aber auch dieser Dienst wird nicht einmal von allen Wirten in Anspruch genommen — vielleicht aus irgendeinem dunklen Schamgefühl heraus — denn die Leitungen sind bereits nach 14 Tagen größtenteils unvorstellbar schmutzig, da man sich oft nicht einmal die Mühe macht, vor dem Anstecken eines neuen Fasses Wasser durchzudrücken, oder aber, wenn 2 Zapfvorrichtungen vorhanden sind, die vielleicht z. Z. nicht benötigte ungesäubert liegen läßt und bei Bedarf ohne weiteres das neue Faß ansteckt(!).

Zufrieden sind die Wirte aber nicht mit den Brauereien, denn es wird ja für sie absolut nichts getan, selbst ein Kredit ist so gut wie unbekannt, und jede Lieferung muß sofort bar bezahlt werden. Darüber hinaus werden sie teilweise noch gezwungen, das Bier einer bestimmten, ihnen vielleicht nicht genehmen Brauerei zu kaufen, weil es der Monopolgesellschaft wegen einer Transportkostenersparnis gerade so paßt, oder weil der Ausstoß der verschiedenen Betriebe auf der gleichen Höhe wie zur Zeit des Zusammenschlusses gehalten werden muß(!). Mir haben z. B. verschiedene Wirte erzählt, daß sie sofort das Bier irgendeiner Brauerei beziehen würden, vorausgesetzt, daß sie nicht zur Gesellschaft gehöre, — selbst wenn das Bier schlechter wäre! Aber die Einrichtung einer neuen Brauerei dürfte wohl kaum in Frage kommen, denn die Kapazität der bestehenden Betriebe ist bei weitem noch nicht ausgenutzt(!), und darüber hinaus werden z. Z. umfangreiche Neubauten durchgeführt, und der Staat würde zum Schutze dieses großen investierten portugiesischen Kapitals nie seine Genehmigung zur Errichtung einer Konkurrenzbrauerei erteilen(!). Eine Modernisierung der bestehenden Betriebe war tatsächlich sehr nötig, aber doch nicht in dem Umfange wie jetzt geplant und teilweise schon durchgeführt. Wurde doch in einer Brauerei eine Flaschenkelleranlage eingerichtet, mit der in etwa vier Tagen das Bier für einen Monat im Winter, bzw. in zehn Tagen für einen Sommermonat abgefüllt werden kann. Während die andere Lissa-

boner Brauerei in den heißen Monaten in drei Schichten arbeiten muß, um einigermaßen nachzukommen (!).

Die Arbeiter sind größtenteils nur für eine bestimmte Arbeit angelernt, so daß ein Austausch der Leute, z. B. vom Flaschenkeller zum Gär- oder Lagerkeller nicht sehr zweckmäßig sein dürfte. Auch ein Austausch von einer Brauerei zur anderen ist sehr schwierig, da sich die einzelnen Betriebe immer noch eine gewisse Selbständigkeit bewahrt haben. In dieser letztgenannten Brauerei werden übrigens noch sämtliche Flaschen (Bügelverschlüsse sind unbekannt) von Hand gekorkt (!), bei einer Gesamtleistung von 80 000—100 000 Fl./Tg. während der Sommermonate, und hinter jedem Füller müssen deshalb 3—4 Männer stehen, um die Flaschen zu verschließen. Wieviel undichte Flaschen dadurch anfallen bei dem bekannten Phlegma südlicher Völker und einer Pasteurisiertemperatur von 70 Grad, kann man sich ja vorstellen! Nebenbei bemerkt sind für jede Verrichtung in der Brauerei etwa doppelt soviel Leute nötig wie in Deutschland, und die Zahl der kaufmännischen Angestellten ist etwa dreimal so hoch (!). Die Ettikettierung wird auch von Hand vorgenommen (!), mit einer einfachen Holzrolle, die durch das Darüberstreichen des Papiers in Bewegung gesetzt wird und durch ein Gefäß mit Leim läuft. Diese Methode soll hier tatsächlich billiger sein als Maschinen, da jede Arbeiterin täglich umgerechnet nur etwa 3 DM (20 Esc.) erhält und im Laufe der Zeit eine äußerst große Fertigkeit bekommt (!). Jedoch betrug der Lohnanteil für die Füllung, Ettikettierung und Verpackung einer $\frac{1}{3}$ -Ltr.-Flasche immer noch ca. 1,5 Pfennig, bei Gesamtunkosten des Flaschenkellers von 6 Pfennig pro $\frac{1}{2}$ Ltr. In diesen 6 Pfg. ist der Flaschenbruch (ohne Berechnung des damit verbundenen Bierverlustes) mit 1,8 Pfg. enthalten.

Auch die sogenannten Brauer (eine Lehrzeit ist hier wie in vielen anderen Berufen unbekannt), erhalten täglich nur 3 DM, und das bei Lebenshaltungskosten, die fast so hoch sind wie in Deutschland (!). Einen Hausrunk gibt es nicht, die Arbeiter dürfen sich lediglich eine gewisse Menge Bier aus einem Faß, in dem der Vor- und Nachlauf gesammelt wurde, nehmen und an Ort und Stelle trinken (!). Frauen, die mittags ihren in der Brauerei Durst leidenden Männern zum Essen eine Flasche Wein mitbrachten, waren keine Seltenheit, und ein widerrechtliches Mitnehmen von Bier ist nicht möglich, da jede Arbeiterin und jeder Arbeiter beim Verlassen der Brauerei durch Abtasten der Kleidung genauestens untersucht wird (!). In jeder Abteilung (Keller, Sudhaus, Mälzerei usw.), gibt es jeweils einen älteren Vorarbeiter, der etwa 8 DM (52 Esc.) täglich bekommt. Das sind aber auch die einzigen „gehobenen“ Techniker neben dem technischen Direktor, welcher Braumeister, Brauführer und Betriebskontrolleur in einer Person ist (!). Dieser Direktor hat aber sehr wenig Einfluß auf die Gestaltung des Betriebes. Z. B. hatten sämtliche Brauereien keinen ölfreien Luftkompressor, trotzdem die Direktoren schon seit Jahren darum kämpfen und die Schaumhaltigkeit der Biere immer schlechter wurde (!).

Laboratoriumsräume waren in allen Brauereien vorhanden, aber oft fehlten selbst die einfachsten Geräte und Reagenzien, da fast alles aus dem Ausland bezogen werden muß (!). Eine gute Einrichtung wäre ja auch überflüssig gewesen, da ein technischer Direktor kaum Zeit dazu haben dürfte, im Laboratorium zu stehen und Bieranalysen zu machen. Deshalb blieben auch eine neue Hefeinzucht- und eine Wasserenthärtungsanlage seit Jahren unbenutzt stehen, und zwar bei einem Brauwasser, von der Stadt bezogen, dessen Zusammensetzung ständig wechselte. Noch nicht einmal das Wasser der beiden größten Brauereien, die nur etwa 2 km voneinander entfernt liegen, hatte die gleichen Härtegrade. Und ob ein Zusatz von Salz- oder Schwefelsäure gestattet war, ging aus dem Gesetz nicht eindeutig hervor. Nur auf meine nachdrücklichen Forderungen hin wurde schließlich eine Chemotechnikerin für die Dauer meiner Tätigkeit eingestellt und nach Ablauf meines Vertrages wieder entlassen (!). Diese Hilfskraft mußte ich selbstverständlich erst genauestens anlernen, denn Analysen, die mit der Bierherstellung zu tun haben, mit Ausnahme von Wasseruntersuchungen, stehen natürlich nicht auf dem Lehrplan der portugiesischen Fachschulen. Da das gesamte Flaschenbier pasteurisiert wird, besteht auch keinerlei „Bazillenfurcht“. Daß aber in einem Betrieb als Umkleide-raum für die Arbeiter ausgerechnet der Raum benutzt wurde, in dem auch der Biereselsungskühler stand, umrahmt von etwa 15 Kleiderspinden und den in Portugal üblichen hölzernen Frühstücksköffchen, fand ich doch etwas übertrieben. Daß die offenen hölzernen Hefewannen, gekühlt durch Hineinlegen von selbst-

hergestelltem Eis aus keineswegs keimfreiem Wasser, ausgerechnet in einem Keller-gang mit regem Durchgangsverkehr standen, war auch wohl nicht ganz zweckmäßig.

Vielfach wurde noch die Würze über Nacht auf dem Kühlschiff gelassen, bei Außentemperaturen, die kaum unter 20 Grad und selbst im Winter immer noch einige Grade über Null lagen, und zwar, um Kälte zu sparen. Denn es wurde bei fast allen Brauereien nur mit Kaufstrom gearbeitet, und das bei einem ziemlich hohen Preis für den Strom, der außerdem noch fast regelmäßig ein- bis zweimal in der Woche für einige Zeit ausblieb. Bei sozusagen ununterbrochenem Sudbetrieb (die Einrichtungen waren vielfach zu klein) keine sehr angenehme Sache! Die ölgeheizten kleinen Kessel lieferten lediglich den Dampf für die Kochung. Daß die Pfannen nicht richtig geeicht waren — in einem Falle war die Differenz 8 hl — spielte keine große Rolle, da sich die Steuerbeamten nur um das verkaufte Bier kümmern und an Schrotmühle, Sudhaus und Keller absolut kein Interesse haben (!). Ein sehr einfaches Arbeiten für den Techniker. Ohne irgendwelche Scherereien konnten infolgedessen auch die Schrotmühlen jederzeit geöffnet werden, und trotzdem mußte ich in einer Brauerei feststellen, daß die Siebe der 5-Walzenmühle seit Jahren falsch eingelegt waren, und das Schrot nach Passieren der ersten drei Walzen direkt in den Schrottrumpf fiel. Man hatte sich lediglich über die schlechte Ausbeute gewundert! Ein einfaches Arbeiten war es dadurch, daß es nur eine Hefesorte gab, und zwar untergärig, für beide Biersorten, für das 10 %ige helle Bier und das 10 %ige dunkle „Typ München“, wie das Etikett verkündete. Es schmeckte allerdings wie ein „Malzbier“, wie es in Nord- und Westdeutschland gebraut wird, bei dem jedoch der Zuckerzusatz vergessen wurde. Von diesem Bier ging im Volke das Gerücht, sein Genuß führe zum schnellen Schließen von Wunden aller Art. Mit Vorliebe wurde es mit einem zu Schaum gerührten Eigelb getrunken. Eine Brauerei stellte noch ein 12 %iges Spezialbier her, das sich aber nur in der Bittere von den anderen unterschied.

Auch die Einheitsflasche (kurze, gedrungene Form) mit $\frac{1}{2}$ Ltr. Inhalt, vereinfachte die Arbeit sehr. Nur für den Export nach den portugiesischen Kolonien in Afrika wurde eine Flasche von $\frac{3}{4}$ Ltr. benutzt. Auch dieser Export wird jetzt aufgehört haben, da innerhalb von zwei Jahren in Luanda (Angola) von der gleichen Firma eine kleine, aber ausbaufähige Brauerei errichtet und mit den besten Maschinen und Apparaten ausgerüstet wurde. Plattenkühler, Zentrifuge, Gärgefäß aus nicht rostendem Stahl mit Kohlensäuregewinnung, Kohlensäurewäsche des lagernden Bieres usw. ³⁴⁶⁾.

Was aber den Erfolg jeder Arbeit fragwürdig erscheinen läßt und jeglichen Fortschritt hemmt, ist die immer gleichmäßig freundliche Antwort der Handwerker: „Morgen — vielleicht“, oft noch mit dem Zusatz „Wenn Gott will“. Paciencia! Es war z. B. nicht möglich, eine von mir in der betriebseigenen Tischlerei bestellte, aus Holz und Glas leicht herzustellende Trennwand zwischen dem eigentlichen Laboratorium und einem Schreibzimmer innerhalb eines Jahres anzufertigen (!). Auch die Inneneinrichtung des Arbeitszimmers für den technischen Direktor eines der Betriebe war trotz mehrmaligen Vermessens — zwei Jahre nach Auftragserteilung — noch nicht fertig, und da auch eine Heizung fehlte, blieb sein Arbeitsplatz weiterhin eine notdürftig abgeteilte Ecke des Maschinenhauses!

Jetzt aber bricht eine neue Aera für die portugiesische Brauindustrie an. In zwei Betrieben sind bereits Würzezentrifugen und Plattenkühler aufgestellt, die Lagerkeller wurden teilweise erneuert oder nachträglich die alten Kühlsysteme entfernt und eine Luftkühlung eingebaut, die kleinen hölzernen Gärbottiche werden durch Gefäße aus nicht rostendem Stahl mit Kohlensäuregewinnung ersetzt. Ein weiterer großzügig angelegter Flaschenkeller ist geplant und neue Kühlmaschinen sind in einer Brauerei bereits aufgestellt. In Kürze wird auch die lediglich in der Kapazität nicht ausreichende Trommelmälzerei einfachheitshalber bis auf die Grundmauern abgerissen, die vier gut erhaltenen Trommeln zum Alteisen-Preis (!) verkauft und nach einem vorhandenen Plan irgendeiner ausländischen Malzfabrik eine größere Kastenmälzerei eingerichtet. So hat man wenigstens die Gewähr, daß alle Maschinen und Apparate am rechten Platz stehen, was bei einem Erweiterungsbau, der etwa 700 000—800 000 DM weniger kosten würde, vielleicht nicht so ganz sicher wäre!

³⁴⁶⁾ Diese Brauerei ist inzwischen fertiggestellt und in Betrieb gesetzt worden.

In einigen Jahren werden also auch die Einrichtungen der portugiesischen Brauereien allen Anforderungen der Neuzeit entsprechen, es bleibt aber abzuwarten, ob sich die Investierung eines so großen Kapitals bei ständig sinkendem Ausstoß tatsächlich bezahlt machen wird (!).“

Zur Finanzierung der Industrie durch Kreditgewährung und direkte Zeichnung wurde nach dem Kriege der „Industrie-Aufbau-Fonds“ (Fundo de Fomento Industrial) eingerichtet, der sich z. B. bis zum November 1950 mit 2 550 Contos an der Aufbringung des Kapitals für die „Portugiesische-Dünger-Gesellschaft“ (Sociedade dos Adubos de Portugal) beteiligt hatte und Bürgschaften im Gesamtwert von 17 456 Contos bei verschiedenen Finanzierungen von Industrien leistete³⁴⁷⁾. In Anbetracht der übermäßigen Zahl von Fonds, die stets zu unüberlegten, verschwenderischen Ausgaben reizen, wurde dieser Industrie-Aufbau-Fonds mit seinem Kapital-Bestand von 20 000 Contos in den neuen Nationalen Aufbau-Fonds (Fundo de Fomento Nacional) eingegliedert, so daß letzterer auch noch mit dieser Summe zur Finanzierung des Sechsjahresplanes 1953—1958 beitragen kann. Er erhält außer den für den Plan vorgesehenen Inlandsmitteln (einschließlich staatliche Promissórias de Fomento Nacional³⁴⁸⁾ auch Auslandsmittel (Marshallplan- und Export-Import-Bank - Kredite).

Die staatlichen Beteiligungen am Kapital der neuen Industrieunternehmungen betragen bis zum November 1950³⁴⁷⁾ z. B. bei der „Portugiesischen Zellulose Gesellschaft“ 16 000 Contos, der „Petroleum-Gesellschaft von Portugal“ 19 500, der „Elektrizitätsverteilungs-Gesellschaft“ 38 900 (25 000 Anfangskapital und 13 900 Kapitalerhöhungen wegen gestiegener Finanzbedürfnisse), dem Wasserkraftwerk Cavado 89 950 (30 000 sind die Hälfte des Grundkapitals und 59 950 Beteiligungen an späteren Kapitalerhöhungen) und dem Kraftwerk Zêzere (Hidro-Elétrica do Zêzere) 80 000 Contos. Bei der letzten Aktiengesellschaft kam der Staatsanteil auf ein Drittel des gesamten Aktienkapitals, das zweite Drittel übernahmen die Aktionäre der Gesellschaft und der Rest wurde auf dem Kapitalmarkt untergebracht. Im Jahre 1950 nahm der Kapitalmarkt noch 14 000 4 0/-Obligationen (im Nennwert von einem Conto pro Stück) dieser Gesellschaft auf und 22 000 solcher Obligationen, welche die Cavado-Gesellschaft ausgab. 1951 verkaufte die Hidro-Elétrica do Cavado 30 000 Stücke dieser Obligationenart an Private^{348a)}. Die Finanzierungsaktionen werden, wie oben erwähnt, auch von den Organen der Korporationen und der Ämter für wirtschaftliche Zusammenarbeit unterstützt. So übernahm die „Nationale Weizen-Produzenten-Vereinigung“ (Federação Nacional dos Produtores de Trigo) und die „Nationale Wein-Junta“ (Junta Nacional do Vinho) 38 850 und 10 000 Contos des Kapitals der „Portugiesischen Amoniak-Gesellschaft“ (Amoniacu Português) und die „Konserven-Industriellen-Verbände“ (Gremios dos Industriais de Conservas) zeichneten 15 000 Contos des Kapitals der „Portugiesischen Eisen- und Stahl-Gesellschaft“ (Companhia Portuguesa de Siderurgia)³⁴⁷⁾.

Zur Finanzierung von neuen Wasserkraftwerken (veranschlagte Kosten: 1 590 000 Contos), Schiffen (2 Tanker: 180 000 Contos, 2 Schiffe für die Afrika-fahrt: 600 000 Contos), Petroleumraffinerien (280 000 Contos) und Hafenaus-rüstungen (Lissabon: 484 000, Leixões und Douro: 210 000 Contos), die im Sechsjahresplan (1953—1958) vorgesehen sind, sollen schon bestehende Unternehmungen, an denen der Staat beteiligt ist, durch Selbstfinanzierungen beitragen. So die beiden Kraftwerksgesellschaften Zêzere und Cavado auf Grund inzwischen gebuchter Gewinne mit 40 000 und 48 000 Contos für bereits im Bau befindliche Werke, die Schifffahrtsgesellschaften mit 380 000 Contos, die „Konzessionierte A. G. für Petroleumraffinerie in Portugal“ (SACOR = Sociedade Anónima Concessionária da Refinação de Petróleos em Portugal) mit 280 000 Contos und die

³⁴⁷⁾ Vgl. Relatório do Governo etc., a. a. O., S. 41—43.

³⁴⁸⁾ S. 3 0/- Aufbauschuldverschreibungen, nur für Kreditinstitute. Laufzeit 5 Jahre. Vgl. v. Gersdorff (1), a. a. O.

^{348a)} BdP Rel. 1950, S. 63 und Rel. 1951, S. 61.

autonomen staatlichen Hafenverwaltungen von Lissabon, Leixões und des Douro mit 50 000 Contos. Der Gesamtbetrag der im Plan vorgesehenen Selbstfinanzierungen beläuft sich also auf 790 000 Contos³⁴⁹⁾. Trotz großer Liquidität der Banken (bei allg. relativem und absolutem Kapitalmangel und hohen Gewinnen wegen der niedrigen Löhne) haben auch rein private Unternehmungen ihre Ersatz- und Neuinvestitionen mit eigenen Mitteln finanziert. Selbst Tochterbetriebe ausländischer Unternehmungen, wie z. B. die „Fabrica Portuguesa de Fermentos Holandeses Lda.“, hatten Schwierigkeiten, neues Kapital von ihren Aktionären zu bekommen und zahlten ihnen keine Dividenden aus³⁵⁰⁾. Da die Steuern sehr niedrig sind, brauchen diese Selbstfinanzierungen nicht zur Verschleierung der wahren Lage der Unternehmungen zu dienen und damit zu eventuellen Fehlinvestitionen oder Verschwendungen Anlaß geben, sondern können auf wirtschaftlichste Weise mit echten Gewinnen (d. h. nicht etwa mit Betriebskapital auf Grund einer inflationären Entwicklung) getätigt werden. Salazar hat die Privatunternehmungen sogar zur Selbstfinanzierung aufgefordert, als er am 25. Juni 1942 in einer Radiorede über die Kriegswirtschaft sagte³⁵¹⁾:

„... Wir werden nicht zu erraten versuchen, wie die Wirtschaft von morgen beschaffen sein wird, wie ihr Kurs und ihre Forderungen sein werden. Aber wir können uns von einigen einfachen Ideen leiten lassen, die immer wahr gewesen sind: Niemand wird uns helfen, wenn wir nicht arbeiten; niemand wird uns unsere Produkte abnehmen, wenn wir sie zu teuer und in einer schlechten Qualität herstellen. Und noch diese anderen Wahrheiten: der Portugiese braucht weitere Tätigkeitsfelder; die Unternehmungen müssen den besten Ertrag aus der Arbeit ihres Personals ziehen und es besser bezahlen. Das können sie aber nur, wenn sie sich reorganisieren, die Methoden der modernsten Technik anwenden und diejenigen Kapitalien und Reserven investieren, die der Staat ihnen glücklicherweise nicht zur Bezahlung seiner Ausgaben abnimmt.“

Ein Teil des durch Selbstfinanzierung aufgebrachten Kapitals (nicht zu wechseln mit Rücklagen für Pensionen) könnte als „Sozialkapital“^{351a)} in einen überbetrieblichen Fonds gelegt werden, der dafür Zertifikate an die Arbeitnehmer abgibt. Nach einem Vorschlag, der in Deutschland für Großunternehmungen gemacht wurde^{351a)}, soll dieses Kapital vom Fonds nicht gekündigt werden können. Andererseits soll es den Unternehmungen möglich sein, die Anteile des Fonds zurückzukaufen. Vertreter des Fonds sollen kein Mitspracherecht bei der Unternehmungsführung bekommen. Bezugsgröße bei der Abzweigung des Sozialkapitals soll nicht der Arbeitslohn, sondern die Höhe des Anlagekapitals oder die steuerlich anerkannte Abschreibungssumme sein. Das Sozialkapital sollte als einzige Form der Selbstfinanzierung steuerfrei bleiben und für die Zertifikatsempfänger den Charakter einer langfristigen Anlage erhalten. Für den Fall von Not und Alter müßten die Zertifikate handelbar und mit einem Zinssatz versehen sein, der über demjenigen für langfristige Sparanlagen liegt.

Wie in einem Artikel von M. Caeiro Pereira in der „Revista de Economia“ vom Dezember 1952³⁵²⁾ überzeugend nachgewiesen wurde, hat von 1948 bis 1951 in Portugal eine *Verschiebung des Anteils der Löhne am Volkseinkommen zugunsten des Anteils der Gewinne* bei gleichbleibenden Steuern stattgefunden. Er führt diese Verschiebung auf eine Preiserhöhung trotz geringer Inlandsnachfrage zurück und empfiehlt eine allgemeine Lohnerhöhung, um die Investitionen, die Produktion und Nachfrage zu steigern. Hier muß man berücksichtigen, daß die Preiserhöhungen hauptsächlich bei den Importgütern zu verzeichnen waren und selbst dadurch sind die Lebenskosten in diesem Zeitraum nicht

³⁴⁹⁾ NdP vom 4. 10. 1952 und 22. 11. 1952.

³⁵⁰⁾ Jahresbericht der KNG & SF 1949, Delft.

³⁵¹⁾ Discursos etc., a.a.O., Bd. III, S. 332.

^{351a)} FAZ Nr. 262 vom 11. 11. 1957.

³⁵²⁾ „Alguns aspectos da indústria portuguesa no enquadramento económico nacional“.

wesentlich gestiegen. Nur die Preise der portugiesischen Exportgüter (Kaffee, Kakao, Sisal, Wolfram usw.) haben infolge der Koreahausse außerordentlich stark angezogen. Diese Waren sind aber für den Inlandsmarkt von keiner großen Bedeutung und müssen dort oft zu viel niedrigeren Preisen, als auf dem Weltmarkt, verkauft werden. Dies gilt auch für diejenigen Waren, die für die Versorgung Portugals sehr wichtig sind, wie z. B. Baumwolle, Rohrzucker, Grundstoffe für die chemische Industrie, Reis, Pflanzenfette und -öle. Es handelt sich dabei in der Hauptsache um Waren aus den Überseeprovinzen, die in den von der Regierung in Lissabon festgesetzten Mengen und bestimmten Preisen an das Mutterland geliefert werden müssen. Nur der Rest darf auf dem Weltmarkt verkauft werden. Diese *Beschränkung der Ausfuhr der Überseeprovinzen nach dem Ausland* veranlaßt auch die in diesen Provinzen tätigen Handelsfirmen häufig zu Preisforderungen, die über den Weltmarktpreis hinausgehen, und oft ziehen sie es vor, die Landesprodukte zu stapeln als sie zu Weltmarktpreisen zu verkaufen. Die Beschränkung der Ausfuhr der afrikanischen Provinzen kann man als eine der Ursachen für die stark passive Handelsbilanz Portugals Westdeutschland gegenüber ansehen³⁵³). Sie steht im Einklang mit dem Bestreben der Regierung, eine portugiesische Zoll- und Wirtschaftseinheit von Mutterland und Überseeprovinzen zu schaffen, die sich nur mit Schutzzöllen und einem Nichtanschluß an den gemeinsamen Europa-Markt erreichen läßt, von dem eine Hegemonie der Industriestaaten Europas befürchtet wird³⁵⁴). Als erster Schritt in Richtung einer *Zollunion der portugiesischen Gebiete* ist die am 1. 4. 1957 in Kraft getretene Aufhebung der Zollschranken zwischen den einzelnen Überseegebieten angesehen worden. Die Beteiligung von Industriestaaten an einer neuen *Investitionsbank des Gemeinsamen Marktes* soll aber gerade den wirtschaftlich wenig entwickelten Gebieten Europas mit mangelnder Infrastruktur zugute kommen (gedacht wird dabei an Süditalien und Griechenland, aber auch Portugal, Spanien und die Türkei gehören dazu, ebenso wie Jugoslawien, Bulgarien und Rumänien). Portugal könnte nach einem Anschluß an den Gemeinsamen Markt besonders stark vom Afrika-Fonds unterstützt werden, den Frankreich und Westdeutschland bereits mit je 200 Mill. DM dotiert haben. Da die portugiesischen Industrien teurer und unrationeller, mit viel geringerer Produktivität arbeiten, als diejenigen der Industriestaaten, wird durch niedrigere Arbeitslöhne (und vom Staat festgesetzte niedrigere Preise, als diejenigen des Weltmarktes, für die Rohstoffe der Überseeprovinzen) ein Ausgleich für diese Mängel geschaffen, sowie im Fall von Mißernten im Mutterland. Die Ernährung des Volkes und die Versorgung der Industrien mit Rohstoffen will man zu stabilen Preisen sicherstellen. So hängt z. B. die Prosperität der Provinz Guinea vom Lissabonner Überseeministerium ab, das 90 % ihrer Ausfuhr (hauptsächlich Erd- und Kokosnüsse) für das Mutterland zu von ihm festgesetzten Preisen reserviert. Andererseits ist z. B. die Wirtschaft von S. Tomé wegen des geringen portugiesischen Kakao-Verbrauches von den Weltmarktpreisen abhängig.

Leider sind die auf Kosten der Arbeiter und der Pflanze in den Überseeprovinzen erzielten *Unternehmergewinne* in Portugal weder in ausreichendem Maße investiert, noch zur Erhöhung der Löhne gesenkt worden. Sie haben auch keinen Anlaß dazu gegeben, die Preise zu ermäßigen, sondern wurden, wie mehrfach betont, zum Kauf ausländischer, hauptsächlich amerikanischer Luxuswaren ausgegeben, haben also nur die Dollarlücke vergrößert. Die Politik der Regierung ging aber offenbar darauf hinaus, die Löhne nur bei entsprechender Produktionserhöhung steigen zu lassen und das hohe Niveau der Gewinne nicht zu senken, damit sie zum Aufbau derjenigen Industrien verwendet werden können, die Produkte erzeugen, welche bisher aus dem Ausland eingeführt

³⁵³) FAZ Nr. 11 vom 14. 1. 1957, S. 10.

³⁵⁴) FAZ Nr. 42 vom 19. 2. 1957 und Nr. 83 vom 8. 4. 57.

werden mußten. Erst nach größtmöglicher Unabhängigkeit vom Ausland sollen die Löhne auf Kosten der Gewinne erhöht werden und zur Steigerung der Nachfrage im Inland führen. Es fragt sich hier nur, auf welche Weise die Regierung die wenigen Unternehmer dazu veranlassen kann ihre Gewinne in der eigenen oder in fremden portugiesischen Unternehmungen zu investieren. Die oben beschriebenen Vergünstigungen werden dazu nicht ausreichen und größerer Zwang würde, besonders bei Portugiesen, nur zu verstärkter Renitenz führen. In der Tat ein schwer zu lösendes Problem.

Die hinter Schutzmaßnahmen geförderte Industrialisierung kann auch dazu führen, daß *Unternehmungen entstehen, die selbst mit diesem Schutz niemals konkurrenzfähig werden*. Der Zwang zur Deckung des Bedarfs der Bevölkerung durch diese eigenen, künstlich entstandenen und weniger leistungsfähigen Fabriken, der Abzug vieler Arbeitskräfte von anderen Wirtschaftszweigen, die sich mit eigener Kraft behaupten könnten, die Steigerung der Kosten und Preise und eine geringere weltwirtschaftliche Arbeitsteilung senkt den Lebensstandard und schadet dem Export. Schließlich wissen Private, die ihr eigenes Kapital riskieren, meistens besser über ihre Investitionen zu entscheiden, als Beamte, die kein eigenes Geld aufs Spiel setzen. Andererseits können uneigen-nützige und vollkommen integere Persönlichkeiten unter den Staatsbeamten (die allerdings in wirtschaftlich wenig entwickelten Ländern sehr rar sind!), auf Grund ihres größeren Überblickes über die Volks- und Weltwirtschaft doch in der Lage sein, die Zukunft besser abzuschätzen, als einzelne Geschäftsleute. Die Industrialisierung wird in Portugal schon allein wegen des Mangels an geschulten Arbeitskräften nicht forciert, so daß nur eine langsame Entwicklung erfolgt, die auf natürliche Weise, ohne Staatshilfe, gar nicht erst in Gang kommen würde. Desorganisation der Wirtschaft, die bei einer beschleunigten Umstellung, etwa wie in Argentinien, eintreten würde, ist von der Regierung Salazar ebenso vermieden worden, wie Fehlleitung von Kapital, dessen Investition immer erst nach sorgfältigen technischen und ökonomischen Studien beschlossen wurde. Der Vorteile einer internationalen Arbeitsteilung war sich die portugiesische Regierung jedoch stets bewußt und hat sich während der dreißiger Jahre ganz allein für den Freihandel eingesetzt. Im zweiten Weltkrieg blieb ihr aber nur die Wahl entweder auf verknappte Einfuhrgüter völlig zu verzichten und damit die Verlängerung der Mangelzeit hinzunehmen oder sich auf die Selbstherstellung zu verlegen und die entsprechenden Konsequenzen für die Investitionstätigkeit zu ziehen. Ihr heutiger Protektionismus richtet sich auf den Schutz der damals gegründeten Industrien.

Für die *Finanzierung des Sechsjahresplanes 1953—1958* hofft die Regierung auch von den *privaten Geldgebern* mit insgesamt 750 000 Contos unterstützt zu werden, ein Betrag der sehr vorsichtig veranschlagt wurde. Nach einer Untersuchung der privaten Investitionen ergab sich, daß *übermäßig viel Kapital in den Bau von Häusern investiert* worden ist.

Wert der Bauten in 1000 Contos³⁵⁵⁾:

	1950	1951
Wohnhäuser	1 119,9	858,0
Gebäude für Handel u. Ind.	263,1	267,8
Gemischte u. nicht spezif.	124,4	144,7
Staatsbauten	225,4	247,7
Total	1 732,8	1 518,2

Angesichts des Kapitalmangels kann man nicht gleichzeitig dieselbe übertriebene Bautätigkeit in den Städten und eine erhöhte Industrialisierung finan-

³⁵⁵⁾ NdP 4. 10. 52, S. 13.

zieren. Nach Abzug von 100 000 Contos vom Posten „1951: Wohnhäuser“, die zum Bau von Gebäuden für Vorsorgeinstitutionen bestimmt bleiben sollen und von 60 000 Contos für Gebäude der Versicherungsgesellschaften, rechnet man mit 700 000 Contos als Wert der von Privaten pro Jahr zu erstellenden Bauten, von denen die Hälfte durch Immobiliarkredite finanziert werden. Es bleiben also 350 000 Contos, die 1951 von Privaten direkt in Häusern angelegt wurden. Von diesem Betrage hofft man einige 10 000 Contos für die Finanzierung der im Sechsjahresplan vorgesehenen Unternehmungen zu erhalten und man glaubt den jährlichen Finanzierungsbeitrag (gewonnen durch eine leichte Beschränkung der städtischen Bautätigkeit, die Verwendung ohnehin normalerweise in Privatunternehmungen angelegter Gelder und die Mobilisierung bisher gehorteter Mittel) auf jährlich 125 000 Contos veranschlagen zu können. Dazu ist man um so eher berechtigt, als 3—4 %-Obligationen der halbstaatlichen Elektrizitätswerke, Schifffahrtsgesellschaften und Zellulosefabriken bisher immer guten Absatz fanden. Eine Beschränkung des Baus von Häusern mit hoher Rendite, der nach dem Kriege übertrieben wurde, hat auch der Berater der ECA-Mission in Portugal, Prof. Henry C. Wallich in seinem 1951 in Lissabon erschienenen Bericht „O Sistema Financeiro Português“ (Das portugiesische Finanzsystem, S. 14) vorgeschlagen. Neben Bau-Kreditrestriktionen hielt er Zurückhaltung bei der Gewährung von Baulizenzen für ein geeignetes Mittel die privaten Kapitalien anderen Wirtschaftszweigen zuzuführen.

Infolge fehlender Privatinitiative kam es auch zu keiner Finanzierung der nötigen Kraftwerke durch die Industriellen selbst. Der Staat mußte schließlich eingreifen um der Stagnation ein Ende zu bereiten, obwohl die Unternehmungen sowohl während des Krieges, als auch nachher, große Gewinne erzielt hatten und von der Koreahausse profitieren konnten. Die im Kriege akkumulierten Gelder hätten zur Gründung von Kraftwerkgesellschaften oder einer *Industriebank* ausgereicht. Fabrikanten, die an einer billigen Energieerzeugung und Landwirte, die an elektrischen Pumpen für die Bewässerung interessiert sind, weil sie ihre Produktion erhöhen wollen, könnten auch heute noch das notwendige Kapital aufbringen, um den größten Teil des Aktienkapitals von den auf Grund ihrer eigenen Initiative gegründeten Wasserkraftwerk-Gesellschaften zu übernehmen. Der Absatz dieser Gesellschaften könnte durch sie selbst gesichert werden, indem sich jeder von ihnen verpflichtet, den seiner Beteiligung am Aktienkapital entsprechenden Teil der produzierten Energie zu beziehen und den entsprechenden Teil der Jahreskosten (worin die Zinsen für allfällig auszugebende Obligationen inbegriffen sind), zu bezahlen. Solche Verpflichtungen würden auch eine gute Sicherheit für die Zeichner dieser Obligationen darstellen. Die Selbstfinanzierung der Industrie und Landwirtschaft kann auch durch ihre freiwilligen oder obligatorischen Beiträge an eine Industriebank geschehen, die von Industriellen und Landwirten kontrolliert wird und Steuervorteile genießt. Diese Bank müßte dann die empfangenen Beträge an die volkswirtschaftlich wichtigsten Industrien (Kraftwerke, Eisen- und Stahlwerke usw.) verteilen, ohne deren Aufbau die beitragenden Industrien gar keine Produktions-Erhöhungen und -Verbesserungen sowie Preissenkungen zur Steigerung des Lebensstandards im Inland und der Konkurrenzfähigkeit im Ausland erreichen können. Die Ausleihung sollte nur auf Grund einer Kreditprüfung erfolgen, die sich wegen der Langfristigkeit der Darlehen in wesentlichen Punkten von derjenigen der übrigen Banken unterscheidet. Es käme darauf an, die Rentabilitätsentwicklung und den Bestand der kreditnehmenden Firmen auf etwa ein Jahrzehnt vorzuschätzen, während es sich bei kurzfristiger Kreditgewährung in erster Linie um Prüfung und Beurteilung von Einzelgeschäften oder um die Bemessung von Betriebskrediten handeln würde. Die Finanzierung neuer Industrien kann natürlich auch durch den Staat über den Kapitalmarkt geschehen, indem er *steuerbegünstigte Industrieanleihen*

auflegt und die Anleihererträge über eine von ihm gegründete Industriebank, zusammen mit dem dort angesammelten Sparkapital, investiert.

Staaten, die nach dem zweiten Weltkrieg ebenso unter Kapitalmangel litten, wie Portugal von jeher, haben *neue Formen von teilweise wertbeständigen Wertpapieren* mit großem Erfolg eingeführt. So z. B. Deutschland *Gewinn-Obligationen*, Wandelanleihen — die später in Aktien umgewandelt werden können — und *nennwertlose Aktien*, zu denen auch die erwähnten Beteiligungszertifikate von Investmentfonds gehören³⁵⁶). Mit der Bindung an die Aktiendividende — der Zinsertrag richtet sich nach der Höhe der Dividende — hat man eine neue Art von Obligation geschaffen, welche nicht mehr lediglich eine reine Geldforderung darstellt, sondern in irgendeiner Weise mit dem vermuteten Sachwert der Aktien innerlich verbunden ist. Andere Arten sind so konstruiert, daß der Rückzahlungskurs sich nach dem, im Zeitpunkt der Rückzahlung bestehenden Aktienkurs, richtet. Die *Wandelanleihe* oder *Wandelschuldverschreibung* nimmt eine Zwischenstellung zwischen der Aktie und der Obligation ein. Sie ist mit den Vorzügen sowohl der Obligation, als auch der Aktie ausgestattet, indem sie den fixen Zinsertrag der Obligation mit dem Sachwertcharakter der Aktie verbindet. Sie lautet wie jede andere Obligation auf einen bestimmten, festverzinslichen Geldbetrag. Die Eigenart dieses Instituts liegt jedoch darin, daß dem Inhaber das Recht zusteht, die Obligationen in Aktien umzutauschen. Ob er von diesem Recht — das ihm nicht entzogen werden darf — Gebrauch machen will oder nicht, bleibt seiner freien Entscheidung überlassen. Er besitzt damit neben seiner Rechtsstellung als Obligationär eine zusätzliche Anwartschaft auf Beteiligung am Gewinn und Kapital der Gesellschaft. Vermöge dieses Umtauschrechtes vereinigt also die Wandelschuldverschreibung alle Vorteile der Obligation und Aktie in sich. Zunächst erwirbt der Gläubiger nur einen Forderungstitel. Das Umtauschrecht bezieht sich lediglich auf die Form der Tilgung der Kapitalforderung. Diese erlischt mit der Umwandlung der Obligation in eine Aktie. An die Stelle des Gläubigerrechtes tritt die Beteiligung am Grundkapital, der Gewinnanteil und das persönliche Mitgliedschaftsrecht. Macht der Inhaber derartiger Wandelanleihen von seinem Umtauschrecht Gebrauch, so erlangt er, gegen Aufgabe seines Anspruchs auf feste Verzinsung, eine volle Sicherung gegen Währungsverluste. Er nimmt dann nicht nur durch die Dividende teil am Gewinn des Unternehmens, sondern bleibt durch seine Beteiligung an der Substanz des Betriebes vom Sinken der Kaufkraft unberührt.

Innerhalb der Unternehmungen kann in Portugal die *Ausgabe von gewöhnlichen Aktien und von Prämien in Form von Zertifikaten*³⁵⁷) — die später in Aktien umgewandelt werden können — an das Personal eingeführt werden. Den Arbeitnehmern mit hohen Gehältern und auch den Lohnempfängern (nach bedeutender Steigerung des Lohnniveaus) könnte man auch *Teile ihrer Gehälter und Löhne in kleingestückelten Investmentpapieren auszahlen*, die vom Empfänger etwa im Zeitraum von 3 Jahren nicht verkauft werden dürfen. Zur Zeit einer Inflation kann durch dieses Zwangssparen die Nachfrage beschränkt und der Preisanstieg gebremst werden. Die Arbeitnehmer würden zu Vermögensbesitzern und Beziehern von Besitzeinkommen (in Form von Zinsen) gemacht mit entsprechendem sozialpolitischem Effekt³⁵⁸). *Betriebssparkassen* könnten sich an der Finanzierung des Baus von Wasserkraftwerken und Metallfabriken beteiligen oder extra zu diesem Zweck eingerichtet werden. Eine *Selbstfinanzierung durch Auszahlung eines Teils der Dividenden in Form von Aktien* wäre auch noch denkbar. Sie dürfte aber in jedem Fall keine übermäßige Benachteiligung der Aktionäre zur Folge haben. Im Bergbau können neben Aktien

³⁵⁶) Vgl. S. 53, 134, 183.

³⁵⁷) Vgl. S. 190, 192, 196.

³⁵⁸) Vgl. Rudolf Herlt: Der Verkaufspreis als wichtige Kapitalquelle, in: Die Welt, Hamburg 29. 10. 1956.

und Obligationen auch *Kurscheine* treten, die nicht nur zu Anteilen an der Ausbeute berechtigen, sondern auch zu Beiträgen (Zubußen) im Falle von Verlusten verpflichten.

In der vom Sekretariat der Vereinten Nationen herausgegebenen Schrift: „Methods of Financing Economic Development in Under-developed Countries“³⁵⁹⁾ werden noch folgende Vorschläge für die *Leitung der Sparkapitalien zu den produktivsten Investitionen* gemacht:

„...As regards the development of institutions useful in converting savings into more desirable forms, the statement is made that it would be useful to utilize existing savers' preferences rather than to go against them. Thus, in countries where the hoarding of gold is a problem, money could be obtained by governments for purposes of economic development by the issue of gold certificates; where real estate speculation is a problem, mortgage certificates for particular projects could be issued, industrial banks could issue certificates secured by mortgages on industrial properties, etc.... If savings were to be channelled for purposes of the greatest social value, the public must be re-educated to hold savings assets that were associated with the desired types of investment. That, however, was not enough; a re-education along such lines was a slow process. An attempt must be made to give the public savings assets somewhat similar to the type of savings assets for which they now showed a preference. For example, mortgage bonds might be issued on State enterprises;... Apart from higher rates of interest, the desire of the saver for a reward may be satisfied by linking savings with lotteries, drawings of savings bonds for repayment at premiums, etc....“

Dem Schutz der Sparer durch die Ausgabe von Papieren, deren Nominalwerte von der Kaufkraft des Geldes abhängig gemacht werden sollen (*bonds escalate in value with inflation*) oder durch die *Einführung der Indexklausel*, die (ähnlich wie die Goldklausel den Wert an den Goldpreis fixierte) den Nennwert der festverzinsten Wertpapiere, Bankdepositen, Löhne, Preise, Bahn tarife usw. vom Stand des Lebenshaltungskostenindex abhängig macht, scheinen große Schwierigkeiten bei der praktischen Durchführung entgegenzustehen. Ein täglich wechselnder Geldwert würde die Funktion des Geldes überhaupt in Frage stellen. Indexkommissionen würden zu Lenkern der Wirtschaft. Ihre Zusammensetzung und die Technik der Berechnung wäre eine Quelle nicht endender Konflikte. Komplikationen durch übermäßige Reglementierung und Bürokratisierung wären die Folge.

Für die von den bestehenden Unternehmungen zur Finanzierung der neuen Grundstoffindustrien aufzubringenden Summen (etwa durch *Umlagen in Raten*) müßten diese Unternehmungen Wertpapiere der neuen Industrien erhalten, welche nach Zinssatz, Ausstattung und Laufzeit marktgerecht sein und eine vollwertige Gegenleistung darstellen sollten.

Der Staat kann die Industrialisierung auch dadurch fördern, daß er *Steuererleichterungen* für die Industrie gewährt, wenn Unternehmungen z. B. ihre Fabriken vergrößern und den Maschinenpark erneuern wollen. Diese Methode wird in Portugal bereits angewandt. Weniger ratsam würde dagegen eine Steuerbefreiung zur Belohnung für Herabsetzung der Dividenden sein, denn die Aktionäre, deren Realerträge wohl selten denjenigen von 1939 gleichkommen, sollten auf jeden Fall das erhalten, was ihnen zusteht, wenn die Finanzlage ihrer Unternehmung gut ist, die Aktiven vorsichtig bewertet sind, die Abschreibungen auf Anlagen reichlich bemessen waren, genügende Rückstellungen für Forschungsarbeiten und kommende Aufgaben vorhanden sind, der Zustand der betrieblichen und sanitären Einrichtungen befriedigt, der Verdienst des Personals angemessen ist und Vorsorge für Invalidität und Alter getroffen wurde. Später könnten dann die Aktionäre dazu veranlaßt werden ihre Dividenden

³⁵⁹⁾ New York 1949, S. 8, 147 und 13. Unterstreichungen von uns.

selbst zu reinvestieren. Staatliche Subventionen, Kredite und Kreditgarantien ließen sich nur dann rechtfertigen, wenn sie der finanziellen Unterstützung von Betrieben dienen, die ihre Produktion rationalisieren wollen, um mit ihren Erzeugnissen konkurrenzfähiger auf dem Weltmarkt werden zu können oder zum Aufbau von Unternehmungen gebraucht werden, deren wirtschaftliche Lebensfähigkeit gesichert ist (in Portugal z.B. halbstaatliche oder private Werften).

Der Staat kann, wie in Japan, allein, ohne Beteiligung Privater, Industrien gründen, Eisenbahnen, Metallwerke und Schiffswerften bauen und private Bergwerke übernehmen. Der Aufbau von Konsumgüterindustrien durch den Staat als Musterbetriebe würde private Unternehmer vielleicht zur Nachahmung, zur Gründung von neuen Unternehmungen veranlassen. Später müßten solche Staatsbetriebe an die Privatwirtschaft verkauft oder verpachtet werden. Außerdem wirken erfolgreiche staatliche Investitionen anregend auf Investoren privaten Kapitals. Weitere Hilfe kann der Staat leisten, indem er Maschinen importiert und sie den neuen Unternehmern (direkt, ohne verteuern den Zwischenhandel) zur Verfügung stellt, die sie innerhalb von mindestens 10 Jahren abzahlen müssen. Nach dem Aufbau der im Sechsjahresplan 1953—58 vorgesehenen Eisenwerke und sonstigen Staatsbetriebe könnte man diesen Unternehmern industrielle Rohstoffe und Halbfabrikate zu Vorzugspreisen liefern.

Man muß hier auch auf *die guten Erfahrungen* hinweisen, die in Frankreich mit den seit dem 7. 3. 1945 (wegen Kollaboration unter der deutschen Besetzung) verstaatlichten Renault-Werken gemacht werden. Sie wurden allerdings entschädigungslos enteignet, und zwar mit sämtlichen offenen und stillen Reserven, die der frühere Besitzer gebildet hatte. Der Staat braucht also kein Anlagekapital zu verzinsen wie private Konkurrenzfabriken. Er stellt diesem Regiebetrieb überhaupt keine Mittel zur Verfügung, läßt ihm völlige finanzielle Autonomie. Die Werke müssen sich selbst durch Aufnahme von Anleihen die notwendigen Mittel beschaffen. Sie haben also bei äußerst scharfer Konkurrenz sonst keinen finanziellen Vorteil den Privat-Unternehmungen gegenüber. Durch eine vorsichtige Finanzpolitik war es bisher möglich, die Investitionen auf 6—7 % und die Amortisationen auf 5 % des Umsatzes zu halten. Das sind Sätze, die durchaus der Norm in Frankreich entsprechen³⁶⁰). Man wird kaum behaupten können³⁶¹), daß dieses Staatsunternehmen, dessen Verluste notfalls von Steuerzahlern gedeckt werden müssen, eine Vorzugsstellung auf dem Kapitalmarkt einnimmt. Im März 1953 nahm die Régie Renault eine 6 %-Anleihe von 3 Mrd. fFr. auf, die innerhalb von 15 Jahren (vom 1. 3. 53 an gerechnet) getilgt werden soll. Die Rückzahlungen erfolgen in den ersten fünf Jahren mit 5 % Prämie auf dem Nominalwert, in den zweiten fünf Jahren mit 10 % und in den letzten fünf mit 15 % Prämie³⁶²). Dieses hohe Zinsniveau konnte erst Anfang 1955 wieder etwas gesenkt werden. So gab die Neue Zürcher Zeitung am 21. 1. (Nr. 183) bekannt, daß die Renault-Werke 5½ %-Obligationen im Werte von 3 Mrd. fFr. (Laufzeit 20 Jahre) ausgeben, die an der Börse zurückgekauft werden können oder auszulösen und in den ersten 10 Jahren zum Kurs von 105 %, in den folgenden zum Kurs von 110 zu tilgen sind. Verzinsung und Risikoprämie erhöhen sich bis zu einer Höchstsumme nach Maßgabe der Steigerung des Umsatzes der Werke. Steigt der Umsatz (der 1953 115 Mrd. fFr. und 1954 122 Mrd. fFr. betrug) um 1 %, so erhöht sich pro Prozent der Wert des Jahreszinsscheines um 1,10 fFr. und die Prämie um 20 fFr. Ein vom Produktionsministerium ernannter Generaldirektor entscheidet ganz allein

³⁶⁰) Bund Nr. 26 vom 17. 1. 53.

³⁶¹) Wie der Verband industrieller Arbeitgeber von Bern und Umgebung im Bund Nr. 65 vom 9. 2. 53.

³⁶²) BN Nr. 101 v. 9. 3. 53.

über Personal- und Lohnfragen. Ihm steht ein Aufsichtsrat zur Seite, der sich aus Staatsvertretern (meist Ingenieuren und Bankiers), aus Angestellten und Arbeitern der 50 000 Personen beschäftigenden Werke, sowie aus Autobesitzern zusammensetzt. Der Rat versammelt sich jeden Monat, um Berichte über den Gang der Geschäfte, die Aussichten auf Bestellungen, die finanzielle Lage usw. entgegenzunehmen und zu beraten. Trotzdem kam es zu Streiks und danach zur Mißachtung von Gerichtsurteilen, die aus „politischen Rücksichten“ nicht vollstreckt wurden³⁶³). Alles Dinge, die in Portugal undenkbar wären³⁶⁴). Als die Direktion im Jahre 1953 nicht den ganzen Gewinn als Prämien auf das Personal verteilen wollte, um Reserven für Neuinvestitionen bereitzuhalten, sprachen die Arbeiterbetriebsräte von Bilanzverschleierung und Unterschlagung³⁶⁵)! Trotz Verstaatlichung und Gewinnverteilung sind 70 % der Arbeiter Mitglied einer kremelhörigen Gewerkschaft und Partei! Obwohl die völlige Handlungsfreiheit der Direktion gewährleistet ist, werden die Renault-Werke durch Staatsorgane streng überwacht. Diese Kontrolle erstreckt sich auf die Geschäftsführung und die Rechnung eines abgelaufenen Geschäftsjahres. Sie umfaßt neben den kommerziellen auch die industriellen und finanziellen Probleme. Das Ergebnis der Kontrollen wird im Staatsanzeiger, dem „Journal officiel“ (entspricht in Portugal dem „Diario do Governo“) veröffentlicht und in der Tagespresse kommentiert, was jedermann ermöglicht, besser hinter die Kulissen dieser staatlichen Werke zu sehen. Theoretisch sollten Bilanzverschleierungen und ungerechtfertigte Unkosten-Konti bei Renault weniger praktiziert werden können, als in der Privatindustrie. Die Gewinnverteilung ist ohnehin eindeutig, da der Staat als einziger Aktionär die ganz Dividende bekommt. Nach den großen Zerstörungen infolge des Krieges konnten die Renault-Werke mit einem modernen Maschinenpark und einem Forschungslaboratorium versehen werden. Ihre Produktion hatten sie 1952 gegenüber den Vorkriegsjahren verdreifacht³⁶⁶). Auch im Falle einer Verminderung der Nachfrage nach Automobilen wird die Umstellung gerade bei Renault mit staatlicher Hilfe vielleicht besser und wirtschaftlicher möglich sein, als im Privatbetrieb. Die bis heute von Privatfirmen unerreichten Preise des Renault- und Volkswagenwerkes beweisen zur Genüge, was gute Staats-Regie zu leisten vermag.

Eine sonst im internationalen Handelsverkehr nicht übliche Anordnung findet sich bei den *Ausschreibungen des portugiesischen Staates*. Je an diesen Ausschreibungen teilnehmenden ausländischen Firmen müssen, die nach dem einzelnen Fall zwischen 15 und 25 % Anzahlung leisten bzw. entsprechende Bankgarantien geben. Für viele Firmen ist diese Forderung schwer zu erfüllen, weil der Zuschlag oft lange auf sich warten läßt. Somit können viele *Vorfinanzierungen* durch die Kreditstellung der verschiedenen, an der Ausschreibung teilnehmenden Firmen vorgenommen werden³⁶⁷). Da dies ein altes Gesetz ist und mit Ausschreibungen in Portugal immer so verfahren wurde, ist mit einer Änderung dieser ungewöhnlichen Bestimmungen nicht zu rechnen. Besonders viele Ausschreibungen werden vom Conselho Superior da Industria, dem Obersten Industrierat (Vorsitz des Wirtschaftsministers) zur Durchführung des Sechsjahresplanes 1953—58 im Staatsanzeiger veröffentlicht. Seit den Salazar'schen Reformen ist ungeschriebenes Gesetz, daß diese Publikationen erst dann angeordnet werden, wenn auch die Mittel zur Finanzierung wirklich verfügbar sind. Die Ausschreibungen betreffen vor allem die Beschaffung von Investitionsgütern für Hafenbauten in Lissabon, Porto, Setubal und Algarve, hydroelektrische Anlagen im Dourogebiet und Hüttenwerke, Projekte in Angola

³⁶³) BN Nr. 191 v. 2. 5. 53.

³⁶⁴) Vgl. S. 77 Anm. 90.

³⁶⁵) BN Nr. 69 v. 15. 2. 54.

³⁶⁶) Bund Nr. 26 v. 17. 1. 53.

³⁶⁷) Handelsblatt: Portugals Sechsjahresplan wird realisiert. Eigenarten der Ausschreibungen — Aussichten einer deutschen Beteiligung, Nr. 15, Düsseldorf 16. 3. 53.

und Moçambique. Oft werden die Bedingungen bei Ausschreibungen so abgefaßt, daß die sich beteiligenden Firmen fast dazu gezwungen werden, Verarbeitungsanlagen zu erstellen. So wurden z. B. im Dezember 1956 Ausschreibungen über Schürfrechte in Moçambique nach Erlaß eines entsprechenden Dekretes eröffnet, wobei Anträge von Firmen, die bereit sind Verarbeitungsanlagen zu bauen, bevorzugt behandelt werden. Außerdem wird der Betrieb von Steuern und Abgaben einschließlich Exportzöllen befreit. Die interessierten Firmen müssen sich verpflichten, innerhalb der ersten drei Jahre mindestens 3 Mill. Esc. für Forschungsarbeiten auszugeben. Der volle Betrag oder eine entsprechende Bankgarantie ist vor Arbeitsaufnahme zu deponieren. Bis zum Ausschreibungstermin am 30. 9. 1957 ist den Interessenten die Entsendung von Technikern für Vorstudien in der Provinz gestattet³⁶⁸).

In Italien hat man besonders gute Erfahrungen mit *halbstaatlichen Industrie-Holding-Gesellschaften* („I. R. I.“: *Istituto per la Ricostruzione Industriale*, „I. M. I.“: *Istituto Mobiliare Italiano*, etc.) gemacht, die staatlich garantierte Obligationen verkaufen dürfen und sich folgende Aufgaben gestellt haben: 1. Organisation der für die Nation lebenswichtigen Industriezweige nach einheitlichen Gesichtspunkten, um damit schädigende Überschneidungen zu beseitigen und die Produktivität zu erhöhen, 2. Liquidierung von „ungesunden“ Industrien, die nur von staatlichen Zuschüssen leben (davon gibt es in Portugal sehr viele) und 3. mittel- und kurzfristige Finanzierungen durch das *Istituto Mobiliare Italiano* und langfristige zugunsten neuer Industrien durch das *Istituto per la Ricostruzione Industriale*³⁶⁹). Anfangs der dreißiger Jahre übte der faschistische Staat entscheidende Kontrolle über die Wirtschaft durch das IRI aus, damals halbstaatliches Stützungsinstitut zur Sanierung notleidender Industrien (Weltwirtschaftskrise), wie z. B. der „Italgas“ (1930–31), des größten Gaskonzerns Italiens. Durch das IRI erhielt der Staat Beteiligungen an Aktiengesellschaften, deren Kapital 44 % des gesamten italienischen Aktienkapitals ausmachte. Das IRI hatte damals (zeitweise) Anteile im Gesamtbetrage von ca. 7 Mrd. Lire in seinen Tresoren. Davon waren fast alle Mehrheitspakete³⁷⁰). Das IRI ist immer noch die größte Holding-Gesellschaft Europas und besitzt Aktien (oft die Aktienmehrheit) von etwa 90 Industrie-Gesellschaften, worunter sich allerdings auch einige ausländische befinden³⁶⁹). Krieg, Zusammenbruch und Regimewechsel hat IRI gut überstanden und spielt heute eine noch bedeutendere Rolle für die italienische Industrie, als vor dem Kriege. Seine 5½ %-Obligationen werden größtenteils von Instituten der Sozialversicherung gezeichnet, da sie als statutenmäßig gesicherte Anlage gelten³⁷¹). Das IRI kontrolliert drei Großbanken (Banca Commerciale, Credito Italiano und Banca di Roma) und befindet sich in privilegierter Stellung, wenn es an den Kapitalmarkt gelangt. Von 1949 bis 1952 hat dieser Markt 64 % der für die Finanzierung der IRI-Investitionen aufgebrauchten Mittel geliefert. Das sind nahezu 12 % des gesamten Kapitals, das der Privatwirtschaft in diesem Zeitraum zur Verfügung gestellt wurde. Darin sind die Investitionen durch Selbstfinanzierung nicht begriffen, während Verluste eingerechnet wurden. Letztere sind allerdings sehr hoch (Maschinenindustrie: 44 Mrd. Lire von 1949–1952). Man fragt sich, warum so viele Verlustbetriebe vom IRI finanziert werden. Diese staatlichen Subventionen behindern Bestrebungen alle italienischen Industriebetriebe rentabel und konkurrenzfähig zu machen. Die Praxis des IRI steht damit ohnehin im Widerspruch zu obigem Ziel (Punkt 2). Die Beteiligung des italienischen Staates an der Industrie durch Vermittlung der IRI-Holding beträgt im Durchschnitt 70–80 %, so daß das Privatkapital nur mit 20–30 % an der Finanzierung

³⁶⁸) Veröffentlicht in: Wirtschaftsbericht über die lateinamerikanischen Länder sowie Spanien und Portugal, Deutsche Überseische Bank, Hamburg, Febr. 1957, S. 28.

³⁶⁹) Bund 24. 6. 52.

³⁷⁰) Zischka, a.a.O., S. 95.

³⁷¹) Bund 24. 6. 52.

teilnehmen kann³⁷²⁾. Eventuell überhöhte Dividenden kommen somit hauptsächlich dem Staat zugute und nicht nur einigen Privaten. Nach einer Statistik vom Juli 1954 ist der italienische Staat an etwa 250 Unternehmungen und Aktiengesellschaften beteiligt³⁷³⁾.

In Portugal ist die *Beteiligung des Staates an Industrie-Unternehmungen* ebenfalls bedeutend. Sie geht aber meistens nicht über 50 % des Aktienkapitals hinaus. Zur Sicherung des maßgebenden Einflusses würden 30 % vollkommen genügen. Eine dem italienischen IRI ähnliche, staatliche Finanzierungs-Organisation könnte unter Umständen auch bestehende planwirtschaftliche Maßnahmen überflüssig machen. Weitere Vorteile staatlicher Investment-Trusts sind: 1. Kostenersparnis durch die Konzentration der Verwaltung verschiedener Gesellschaften. 2. Erfindungen können sofort ohne weiteres in allen Staats-Trust-Betrieben angewendet werden. 3. Anstatt andere zu konkurrenzieren, können gut rentierende Betriebe den kapitalbedürftigen Kredite zu niedrigen Zinssätzen gewähren. 4. Möglichkeiten zur Steigerung der industriellen Produktivität durch Zusammenarbeit ganzer Industriezweige. 5. Die sich aus einheitlicher Leitung und Planung, sowie aus technischen Verbesserungen ergebenden Produktivitätssteigerungen.

Zur Förderung der Industrialisierung und zum Aufbau der Infrastruktur ist auch die *Gründung einer halbstaatlichen Investmentbank* möglich³⁷⁴⁾, ein Banktyp, der z. B. in Mexiko mit großem Erfolg eingeführt wurde (Nacional Financiera, S.A.). Die N.F. (gegründet 1934) gewährt kurz- und langfristige Kredite, kauft Wertpapiere der Industrieunternehmen, nimmt staatliche und private Auslandskredite an, die sie an die Industrie weitergibt und entwickelt den Wertpapiermarkt. Sie emittiert sog. *Anteilscheine* (*Certificados de Participación*) sowie Obligationen in mexikanischer und fremder Währung (Peso- und US-Dollar-Títulos Financieros) und Industrie-Miteigentums-Zertifikate (*Certificados de Copropiedad Industrial*). Die Anteilscheine geben ihren Besitzern das Recht am Miteigentum eines Bündels von Wertpapieren, das die N.F. in ihrem Portefeuille hat. Sie sind außerdem durch die Garantie der N.F., der Bank von Mexiko und die Verpflichtung der N.F. gesichert, die Anteilscheine, die mit 5—7 % fest verzinst werden, jederzeit bei Vorlage zu pari zurückzukaufen. Diese Anteilscheine sind für Besitzer großer und kleiner Vermögen in gleicher Weise attraktiv, so daß sich 1955 50 % der gesamten Menge bei Privatpersonen befanden, 37 % bei Banken und 13 % bei Versicherungs- und Bürgschaftsgesellschaften. *Industrie-Miteigentums-Zertifikate* werden zu pari emittiert, haben eine Laufzeit von 5 Jahren und die N.F. ist nicht verpflichtet, diese Zertifikate vor Verfall zurückzukaufen. Der Zinssatz wird nach Art des Investmentpapiers aus dem Fonds an Aktien, Obligationen und Hypotheken errechnet, auf dessen Grundlage die Ausgabe erfolgte. 50 % dieses Fonds bestehen aus Industrieobligationen mit achtprozentiger Verzinsung, so daß die *Certificados* stets 4 % Zinsen bringen, wenn im ungünstigsten Falle die variabel verzinslichen Papiere gar keine Dividende abwerfen. Bei Verfall nach 5 Jahren hat der Obligationär die Wahl, das Papier zu verkaufen oder in Aktien der betreffenden Unternehmung umzutauschen. Die volkswirtschaftliche Abteilung der N.F. prüft die Kreditwürdigkeit der Projekte der einzelnen Unternehmungen, die sie je nach ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung unterstützt.

Da die N.F. nur die Großunternehmen finanziert, hat die mexikanische Regierung im Jahre 1954 neben einem „Fonds zur Bürgschaftsübernahme und Förderung der Industrie“ (der bis Dezember 1956 823 Kredite im Werte von 135,5 Mill. Pesos gewährt hatte) einen „*Garantie- und Förderungsfonds für die*

372) Livio Magnani: Staatsbeteiligungen in der italienischen Industrie, in: BN Nr. 424 vom 7. 10. 53.

373) Bund Nr. 322 vom 14. 7. 54.

374) Denkbar wäre auch die Umwandlung des bereits bestehenden Nat. Aufbau-Fonds in eine Investmentbank.

Mittel- und Kleinindustrie“ gegründet, der von der N.F. verwaltet wird und heute mit einem Kapital von 100 Mill. Pesos ausgestattet ist, die der Staat zur Verfügung gestellt hat. Der Fonds soll Kredite der privaten Kreditinstitute garantieren, die sie der Mittel- und Kleinindustrie (mit einem Aktienkapital von weniger als 2,5 Mill. Pesos) gewährt haben und die Placierung von Obligationen der Kleinindustrie sichern, indem er Tilgung und pünktliche Verzinsung garantiert, falls ein privates oder staatliches Kreditinstitut an der Emission beteiligt ist oder wenn ein Kreditinstitut die anderen Gläubiger vertritt. Der Fonds darf auch Wechsel diskontieren und Titel derjenigen Kreditinstitute erwerben, die der Klein- und Mittelindustrie Kredite gewährt haben. Außerdem darf er aufgrund seiner Direktkredite an diese Industrie Zertifikate ausgeben. Der Fonds erreichte bereits eine Abnahme der Schwarzmarkt-Kredite und eine Zinssenkung für Kredite an die Mittel- und Kleinindustrie, deren Produktion erhöht werden konnte. Die bisher an 600 Unternehmen mit zusammen über 1500 Arbeitern gewährten Kredite (100 Mill. Pesos) durften nur für Kauf und Reparatur der Ausrüstungen und für Produktionssteigerungen verwendet werden. Entwicklungsschwierigkeiten der Verarbeitungsindustrien veranlaßten auch zwei Sektoren der Privatwirtschaft (Banken und Handel) zur Überwindung des Kapitalmangels beizutragen. Mit der Gründung von „Finanzierungsgesellschaften“ (Sociedades Financieras, S.F.) hatten sie investmentbankartige Institutionen geschaffen, die für die finanzielle Industrieförderung wegbereitend geworden sind. Sie scheinen ganz allgemein für wirtschaftlich wenig entwickelte Staaten durchaus geeignete Institutionen zur Finanzierung der Industrialisierung zu sein. Jede Sociedad Financiera geht mit großer Initiative finanzierungswürdigen Industrieplänen nach, nicht nur im eigenen Geschäftsinteresse, sondern auch angetrieben durch die Konkurrenz der anderen Finanzierungsgesellschaften. Der Finanzierungsbereich einiger S.F. umfaßt die ganze Industrie, während sich die meisten auf bestimmte Industrie- oder Gewerbebezüge oder Gebiete beschränken. Sie halten und kaufen Obligationen von Industrieunternehmungen und gewähren Kredite mit einer Laufzeit von 6 Monaten bis zu 30 Jahren, in einigen Ausnahmefällen auch von weniger als 6 Monaten³⁷⁵). Die S.F. beschaffen sich ihre Mittel durch Einlagen von Industriegesellschaften, die von ihnen gegründet oder gefördert wurden (und meistens von den S.F. abhängig bleiben) und durch Ausgabe von besonderen Obligationen, den sog. *Bonos Financieros* (Umlauf Ende 1956: 500 Mill. Pesos), die hypothekarisch gesichert sind durch das Vermögen der sich verschuldenden Industrieunternehmungen und die Garantie der S.F. Die Bonos sind in Mexiko beim anlagesuchenden Publikum beliebt, besonders jene, die von S.F. ausgegeben werden, an denen Banken mit gutem Ruf beteiligt sind. Die Laufzeit der Bonos beträgt 10 Jahre (Tilgung in halbjährlichen Raten), der Zinssatz 8% bis auf eine Ausnahme (7%-Bonos des Crédito Bursátil, die vom Banco Nacional de México, S.A. übernommen werden. Der C.B. leistet technische und ökonomische Hilfe bei der Errichtung von Fabriken). Einigen Anteil an der Finanzierung der mexikanischen Industrie haben noch die *Sociedades de Capitalización*, die 70% ihrer Mittel in Industrieobligationen und -aktien anlegen (den Rest in Staatspapieren). Sie schließen Sparverträge mit Beziehern von kleinen Einkommen ab, die sich zu monatlichen Rateneinzahlungen verpflichten. Außerdem geben sie verschiedene Arten von Zertifikaten und Lotterieobligationen aus, wobei letztere besonders gern gekauft werden. Die Soc. de Cap. betreiben auch das sehr lukrative kurzfristige Kreditgeschäft. Die Bank von Mexiko hat neben ihrer volkswirtschaftlichen Abteilung eine Abteilung für Industrieforschung, in der eine Produktivitätsforschungsstelle arbeitet und ein technologisches Institut. In der Abteilung für Industrieforschung studiert ein Team von Nationalökonomern und Ingenieuren die

³⁷⁵) Myers, Margaret G.: Mexico, in: Banking Systems, hg. von H. J. Beckhart, Columbia University Press, New York 1954, S. 597.

Grundprobleme der Industrialisierung Mexikos und auch einzelne Industrieprojekte für Neuinvestitionen. Zur Erleichterung der Planungen wird gegenwärtig (April 1957) eine *Input-Output-Analyse* auf der Basis der Volkszählung von 1950 unternommen.

bb. Arbeitsmarkt und Kapitalbildung

Fürsorge und Sparen in den Unternehmungen

Der Mangel an Fachkräften ist im Portugiesischen Reich (und in allen anderen wirtschaftlich wenig entwickelten Staaten) ebenso schwer zu überwinden wie der Kapitalmangel. *Pari passu* mit dem Fortschreiten der Industrialisierung muß die Ausbildung der Arbeitskräfte vorangetrieben werden. Die im revidierten Sechsjahresplan 1953—1958 dafür geplante Ausgabe von 359 000 Contos zum *Bau von Berufsschulen* entspricht bei weitem nicht dem, was in Portugal allein zum *Unterricht der Analphabeten* benötigt wird. Beiträge an die Sozialversicherung, den Arbeitslosenfonds, die Hilfskassen auf Gegenseitigkeit, Agrarkreditkassen, Investmentklubs, Lotterien, Sparkassenvereine, Genossenschaften, Postsparkassen usw. können von Analphabeten z. B. sehr leicht durch den *Kauf von Marken* geleistet werden, die in Hefte zu kleben sind.

Der Mangel an Fachkräften trägt mit dazu bei, daß Beamte, Offiziere und freiberuflich Tätige mehrere Arbeiten, auch ganz verschiedener Art übernehmen (z. B. Professor, Gutsbesitzer und Kaufmann) und dadurch zu *Doppelverdienern* werden. Vielfach treibt die Not der zu niedrigen Gehälter dazu oder das Streben nach Luxus und Ansehen. Hochschulprofessoren hatten 1935 ein durchschnittliches Jahresgehalt von 24 Contos (1411,76 sFr.) und 1951 von 84 Contos (12 600 sFr.) brutto³⁷⁶⁾. Bei einer in diesem Zeitraum eingetretenen Geldentwertung von etwas über 50 % stellt dies immerhin eine ansehnliche Steigerung des Realgehaltes dar. Durch die Möglichkeit des Doppelverdienens wird einerseits Privatinitiative und Fleiß zum Nutzen der gesamten Volkswirtschaft angeregt, ohne daß damit etwa Arbeitslosen ein Arbeitsplatz weggenommen wird und andererseits besteht die Gefahr, daß die verschiedenen Arbeiten aus Zeitmangel eine nur oberflächliche Erledigung finden. Trotz hoher Einkommen durch die Annahme von verschiedenen Arbeiten kommt es oft zu keinen Ausgaben. Professoren an der Universität von Coimbra (einer typischen Kleinstadt) und Landärzte sind z. B. als Landwirte tätig. Infolge der niedrigen Löhne der Landarbeiter — die sie zur Hälfte noch in Naturalien ausbezahlen —, der billigen Lebensmittelversorgung und des Fehlens von Nebenausgaben sind sie dazu gezwungen, viel mehr zu sparen, als die Kleinbürger in den Großstädten (Besitzer von Pensionen, Cafés, Teehäusern usw.), die ihr ganzes Einkommen für die Beschäftigung von vielen, sehr niedrigen Lohn fordernden Angestellten (250—400 Esc. im Monat mit Kost und Logis) und für Vergnügungen ausgeben, ohne dabei selbst zu arbeiten.

Seit 1941 ist die Regierung gewillt die Doppelverdiener, einschließlich der Pensionierten, die neben ihren Pensionen noch weitere Einkommen haben, stärker zu besteuern, als die anderen mit einer einzigen Arbeit gleich viel verdienenden Personen. Zu diesem Zweck war extra die Erhebung der oben erwähnten „*Zusatz-Steuer*“ (Imposto suplementar) dekretiert worden (Dekret Nr. 31 127 vom 5. 2. 1941). Sie belastet die hohen Einkommen von 120 bis 400 Contos und darüber, die durch Doppelverdienst entstanden sind, mit Sätzen von 20 bis 40 % neben der ebenfalls progressiven Ergänzungssteuer (4—45 %). Da es nur wenige sehr hohe Einkommen gibt, waren die Erträge der neuen Steuer unbedeutend: 1941: 3851 C., 1945: 9759 C., 1948: 16 997 C., 1949: 16 939 Contos. Durch Dekret Nr. 37 771 vom 28. 2. 1950 hatte man sie ohne Veränderung in die Ergänzungssteuer eingebaut. Sie wird einfach mit der Ergänzungssteuer zusammen erhoben.

³⁷⁶⁾ DdS 6. 12. 51, S. 84.

Laut Budgetgesetzesentwurf für 1952 sollte die Regierung von der Nationalversammlung ermächtigt werden die durch Doppelverdienst entstandenen Jahreseinkommen über 240 Contos noch stärker als bisher zu besteuern. Dagegen wandte sich die Korporationen-Kammer in ihrem beratenden Bericht über den Entwurf³⁷⁷⁾ mit sehr scharfer Kritik. Sie fand die Besteuerung der Arbeitseinkommen ohnehin schon zu hoch, die Sonderbelastung der Doppelverdiener ungerecht gegenüber denjenigen, die Einkommen gleicher Höhe in Ausübung einer einzigen Funktion verdienen und die bisherigen Erträge der Zusatz-Steuer bei den budgetierten Gesamteinnahmen von 5 Mill. Contos zu gering. Man hatte sonst für 1952 keine Erhöhung der Steuersätze vorgesehen, da man angesichts des guten Geschäftsganges in der Privatwirtschaft mit den bestehenden Steuern mehr einzunehmen hoffte, als im Vorjahr. Die Kammer gab zu, daß den Staatsbeamten nicht erlaubt werden darf neben ihren amtlichen noch private Arbeiten zu übernehmen, da sie sonst die ersten nicht ordentlich erledigen können. Sie will dies aber durch geeignete Gesetzgebung und Auszahlung höherer Gehälter, nicht durch Besteuerung erreichen. Oft sind die unteren und mittleren Beamten wegen ihrer niedrigen Gehälter (9—14 Contos im Jahr) geradezu gezwungen eine Nebenbeschäftigung zu suchen oder gar der Korruption zu verfallen, wenn sie in Notfällen für ihre großen Familien sorgen oder für diese Fälle sparen wollen. Solche niedrigen Einkommen werden deshalb wie vordem weder durch die Ergänzungs-, noch durch die Zusatzsteuer belastet. Auffallend bleibt immerhin, daß man in Regierungskreisen offenbar der Meinung ist, die Pensionen seien ausreichend, ein zusätzliches Einkommen daher nicht notwendig. In Wirklichkeit sind sie so klein, daß ein weiterer Verdienst von den Pensionierten gesucht werden muß, wenn sie nicht betteln gehen wollen³⁷⁸⁾.

Im Dezember 1945 stand der Lebenskostenindex für Lissabon auf 197 (INE: Basis: Monatsmittel vom 1. 7. 38 bis 30. 6. 39 = 100³⁷⁹⁾, während die Gehälter der Staatsbeamten seit 1939 um nicht mehr als 35 % erhöht worden waren³⁸⁰⁾. Am 1. 11. 1948 und am 1. 1. 1949 wurden die Gehälter der Beamten, staatlichen Angestellten und Angehörigen der Wehrmacht wiederum um je 15 % heraufgesetzt, so daß sie ab 1. 1. 49 80 % über dem Vorkriegsniveau lagen. Damals sind auch Pensionäre, Rentenempfänger usw. berücksichtigt worden, die vorher keinerlei Einkommenserhöhung erhalten hatten. Selbst nach dieser Verbesserung um 80 % blieben die Gehälter weiter hinter der während des Krieges erfolgten Preissteigerung zurück. Schon vor dem Krieg waren sie, gemessen etwa am mittteleuropäischen Durchschnitt, sehr niedrig und zwangen zum Doppelverdienst. Die Regierung stellte damals eine grundlegende Verbesserung der öffentlichen Gehälter in Aussicht, machte diese jedoch von der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung, insbesondere von den Auswirkungen des industriellen und landwirtschaftlichen Aufbaus abhängig. Ein begreiflicher Standpunkt, der das wahre Übel, die noch viel zu geringe Produktivität der Arbeit in Erwägung zieht. Die damalige Gehaltsaufbesserung kostet den Staat eine jährliche Mehrausgabe von 320 000 Contos³⁸¹⁾, eine für Portugal bedeutende Summe, besonders wenn man ihre mögliche Wirkung auf die Preise bedenkt. Es mußte außerdem damit gerechnet werden, daß die Gehälter und Löhne einer Reihe von halbstaatlichen und privaten Unternehmen ebenfalls erhöht wurden, wie dies für die Eisenbahnen bereits in Aussicht gestellt worden war³⁸¹⁾. Maßnahmen zur Bekämpfung der Spekulation und des Schleichhandels mußten damals ergriffen werden,

377) DdS, 3. Suplemento ao no. 109 vom 6. 12. 1951, S. 25—29.

378) Vgl. S. 85, 87, 98—100, 124—126.

379) BdP 1945, S. 115. Detailpreisindex BdP, Basis: 15. 6. 39 = 100, Jahresdurchschnitt: 1945: 224, für die folgenden Jahre: 248, 240, 225, 239, 248, 250, 251, 257, 253, 246 (1955). Vgl. BdP 1955, S. 193.

380) Leite, a.a.O., S. 140.

381) NZZ Nr. 2352 vom 10. 11. 48.

auch solche der Preislenkung, um zu verhindern, daß die gerade erfolgte Verbesserung der Gehälter durch ein neues Steigen der Preise wieder zunichte gemacht wurde. Im Herbst 1948 ist auch die Arbeitszeit der Behörden neu geregelt worden. Man hatte sie auf 9 bis 17 Uhr festgesetzt, mit einer ein- einhalbstündigen, in Lissabon und Porto zweistündigen Mittagspause. Bis dahin waren die Dienststunden der portugiesischen Behörden von 11 bis 17 Uhr, ohne Unterbrechung, was zu Mißständen Anlaß gab. Andere Betriebe wie zum Beispiel die Banken waren schon vorher zur neuen Arbeitszeit übergegangen³⁸¹).

Die Korporationen-Kammer hatte der Regierung damals (bei der Diskussion über die Zusatzsteuer) geraten, doch ja zu bedenken, daß die Privatwirtschaft nur mit Hilfe von talentvollen, energischen, unternehmenden und wage- mutigen Männern gedeihen könne, besonders in einem Land wie Portugal, wo gerade diese Menschen dringend gebraucht werden, da die Industrialisierung immer noch in den Kinderschuhen steckt. Eine weitere Erhöhung der Zusatz- steuer für Doppelverdiener wird deshalb von der Kammer abgelehnt und sogar vorgeschlagen, Steuerbefreiung auf die Einkommen bis zu 75 Contos, anstatt wie bisher bis zu 50 Contos, zu gewähren. Alle Ökonomen, die die mangelhafte Kapitalbildung in Portugal im Auge haben, werden der Korpo- rationen-Kammer recht geben und ebenfalls der Meinung sein, daß obige Maßnahmen mehr Schaden anrichten als Nutzen stiften können, zumal sie nicht geeignet sind, die ganz besonders extrem ungleichmäßige Einkommens- verteilung wesentlich gleichmäßiger zu gestalten.

Vielleicht ließen sich aber auf anderem Wege weitere Steuereinnahmen und *pari passu erzieherische Einwirkungen auf alle Unternehmer* erzielen. *Die- jenigen unter ihnen, die jegliche Sorge für ihre Angestellten und Arbeiter vermissen lassen, sollten stärker besteuert werden und Kredite nicht so leicht erhalten* als die anderen, in Portugal überwiegenden Unternehmer, die neben der Erzielung von Profiten auch das Wohl ihrer Mitarbeiter im Auge haben und nicht alle Fürsorgemaßnahmen den neuen Korporationen und dem Staat überlassen. Dadurch, daß sich der Übergang vom Feudalismus zum Kapitalis- mus in Portugal langsamer vollzog, hat sich auch die alte Tradition der Für- sorge dort besser erhalten. Schamlose Ausbeutung der Arbeiter ist lange nicht so kraß in Erscheinung getreten wie in anderen westeuropäischen Ländern. Es sind immer noch die Familienmitglieder, entfernten Verwandten, Freunde und sogar Nachbarn, die bei Notlagen wie Arbeitslosigkeit, Krankheit, Unfall, Invalidität usw. spontan Hilfe leisten. Hauspersonal wird im Alter oder bei Invalidität nicht einfach entlassen, sondern weiterhin unterhalten, oft mit erheblichen finanziellen Opfern. Zimmervermieter bringen sich zeitweise lieber in Schulden, als daß sie einen zahlungsunfähigen Mieter durch Polizeigewalt auf die Straße setzen.

„...Nicht berufliche Arbeit steht im Mittelpunkt des Lebens, sondern die Be- ziehungen zu den Mitmenschen. Die unglaublich viel freie Zeit wird im Gespräch mit Freunden irgendwo in der Öffentlichkeit verbracht. Alle Siedlungen Portugals erscheinen daher dem an mitteleuropäische Verhältnisse gewöhnten Beobachter menschenreicher, als sie in Wirklichkeit sind... Die streng rationale, kapita- listische Wirtschaftsgesinnung ist den breiten Volksmassen fremd. Vor allem gilt das Geld nicht als verdienter Lohn für die Arbeit. Daher die außerordentliche Bedeutung, die das Lotteriespiel und die Tätigkeit des Losverkäufers im täglichen Straßenleben hat, und die verderbliche Rolle, die die Verpachtung von Besitzen und Rechten in allen Bereichen des wirtschaftlichen Lebens spielt, und die ein außer- ordentlich schweres Hemmnis für die Verbesserung der Geräte und Methoden darstellt. Aber es gibt keine Jagd nach dem Geld. Diese Menschen sind innerlich wesentlich ausgeglichener, weil ungleich anspruchsloser als der Mitteleuropäer.... Eine scharfe Klassenscheidung fehlt. Mildtätigkeit dem Bettler gegenüber und Hilfsbereitschaft gegen jeden sind die segensreichen Folgen der Tatsache, daß Zeit und Geld hier viel niedriger im Wert stehen als in den Ländern der Maschinen- kultur, und daß hier weder Nichtstun als Schande, noch Armut als persönliche

Schuld angesehen wird... Die portugiesische Kulturlandschaft ist nicht nur der Ausdruck des „desleixo“, des resignierenden Verzichts auf angestrebte, aber nicht erreichte Ziele, sondern auch einer bewußten und bescheidenen Ablehnung von europäisch-amerikanischen Übersteigerungen der Maschinenkultur...³⁸²⁾“

Unter den Fischern, den Ärmsten der Armen, besteht von alters her der Brauch, daß eine Witwe die Hälfte des Erlöses vom Fang aus dem ehemaligen Netz ihres Mannes bekommt und Beerdigungskosten werden ebenfalls von allen Fangerlösen abgezogen. Portugiesische Unternehmer haben väterlich für ihre Arbeiter gesorgt³⁸³⁾, Löhne während einer Krankheit gezahlt und die Kranken besucht. Daher die Achtung, die der portugiesische Arbeiter seinem Arbeitgeber entgegenbringt, seine Ergebenheit und Folgsamkeit. Diese freiwillige, christliche Fürsorge erlahmte aber auch in Portugal, da der Einfluß der Kirche immer schwächer wurde und der Staat nur wenig tat, ja nicht einmal die ärgsten Egoisten zwang, für ihre Arbeiter zu sorgen. Es kam zu den am anderen Ort erwähnten Streiks³⁸⁴⁾. In den Jahren 1942/43 sogar zum illegalen Streik (trotz Streikverbot von 1933)³⁸⁵⁾, als die Löhne bei (um 45 %) gestiegenen Preisen gleich niedrig blieben und außerdem noch ein Teil davon an die neuen Vorsorgekassen, Familienausgleichskassen und den Arbeitslosenfonds abgegeben werden mußte³⁸⁶⁾. Heute beträgt dieser Teil 8 %³⁸⁷⁾. Die Regierung ließ die Löhne dann steigen, hatte es aber vorher (Mitte 1941) wegen der fehlenden Importe vorgezogen, mit Hilfe der Korporationen eher die Preise zu stoppen, als große Lohnerhöhungen zuzulassen.

Obwohl die korporative Organisation (die dem individualistischen Charakter der Portugiesen eher widerstrebt) sich nicht so eingebürgert hat, wie Salazar das wünscht, so ist doch die allgemeine Tendenz der Unternehmungen zum Zusammenschluß (zwecks Vermeidung von Vergeudungen der Produktionsmittel bei ruinöser Konkurrenz) durch die Bildung von Korporationen beschleunigt worden. Diejenigen Unternehmer, die ihre eigentlich selbstverständliche Pflicht zur Fürsorge nicht erfüllen, können nun über die Korporationen vom Staat zur Pflichterfüllung angehalten werden. Dies ist in Portugal um so leichter möglich, als dort die industrielle Entwicklung noch im Anfangsstadium steckt (Be- und Verarbeitung inländischer Rohstoffe). Der größte Teil des zukünftigen Bestandes an Fabriken wird erst nach der Durchführung des laufenden (1953—1958) und darauf folgenden Sechsjahresplanes errichtet sein, demzufolge jährlich 18 000 neue Arbeitsplätze durch weitere Industrialisierung beschafft werden sollen, da der jährliche Netto-Bevölkerungszuwachs ca. 55 000 beträgt.

Wie ein Unternehmer schon von der Gründung seines Betriebes an, ohne Zollschutz und bei schärfster Konkurrenz rein wirtschaftlich und technisch die Möglichkeit hat, für seine Arbeiter zu sorgen, beweisen die Daten der von Jacob Cornelis van Marken (1845—1906) gegründeten Aktien-Gesellschaft „Niederländische Preßhefe- und Spiritusfabrik“ in Delft³⁸⁸⁾, die seit 1930 auch in Portugal eine Tochter-Unternehmung besitzt (Fabrica Portuguesa de Fermentos Holandeses Lda. in Cruz Quebrada bei Lissabon). Van Marken beschäftigte sich ähnlich wie der Landwirt Johann Heinrich von Thünen (1783—1850) mit nationalökonomischen Problemen, besonders mit der Industrie, dem Genossenschaftssystem und der Sozialfürsorge. Mit seinen, zur Zeit von Marx und Engels geäußerten Ideen, war er allen anderen Unternehmern so weit

³⁸²⁾ Lautensach, a.a.O., S. 99, 100, 170.

³⁸³⁾ Brongersma, a.a.O., S. 289.

³⁸⁴⁾ v. Gersdorff (1).

³⁸⁵⁾ Vgl. S. 77, Anm. 90.

³⁸⁶⁾ H. M. Stationary Office: Portugal, Review of Commercial Conditions, London, Jan. 1945, S. 20.

³⁸⁷⁾ Vgl. S. 79.

³⁸⁸⁾ Vgl. Anhang S. 201 ff.

voraus, daß es einige Sozialfürsorgesysteme von ihm gibt, die teilweise erst heute eingeführt werden. *Van Marken wollte schon damals den Sparsinn seiner effektiven Mitarbeiter* derart anregen, daß sie in die Lage kommen sollten, den uninteressierten Aktionären alle Produktionsmittel abkaufen zu können. Zu seiner großen Enttäuschung zeigte sich jedoch das Personal ebenso indifferent wie die Aktionäre. Erst später gelangte das Personal in den Besitz von Kapital (heute 11 % des gesamten Aktienkapitals), aber nur zum geringsten Teil durch eigene Aktienkäufe; zur Hauptsache durch Schenkungen der Aktionäre, die den Vorschlägen der Direktoren folgend, auf die Ausschüttung der ganzen Gewinne verzichteten und Teile davon dem Personal schenkten. Diese Anteile sind jedoch unverkäuflich, kommen also nicht in den Börsenhandel und werden erst bei der Pensionierung, eigenen Kündigung oder der Kündigung von seiten der Fabrik ausbezahlt. Vielen Arbeitern ist gar nicht richtig bewußt, daß sie einen Teil des Kapitals ihrer Unternehmung besitzen.

In anderen Ländern ist derselbe *Mangel an Kaufwilligkeit für die Aktien der eigenen Unternehmung* festzustellen. So waren zum Beispiel in den USA noch 1952 nur 8 % der Käufer von Aktien Arbeitnehmer (oder Angehörige von Arbeitnehmern) des Unternehmens, von dem diese Aktien Anteile repräsentierten. Sie interessierten sich also für diese Gesellschaft, weil sie zu ihrem Erfolg beitrugen. Alle anderen hatten den Kapitalzuwachs (28 % von ihnen) und den Ertrag (22 %) im Auge oder ließen sich beraten (10 %) ³⁸⁹⁾. Aber gerade in den USA wären die Arbeiter in der Lage, die Mehrheit in den Generalversammlungen der Aktionäre zu erlangen. So könnte das Personal der US Steel Corporation alle gewöhnlichen Aktien seiner Gesellschaft mit dem gleichen Betrag kaufen, der nötig wäre, wenn sich jeder einzelne dieser 300 000 Arbeitnehmer ein Luxusauto leistet, wozu er in der Lage ist. Jeder müßte 87 Aktien erwerben ³⁹⁰⁾. Mit durchschnittlichem Tageslohn könnte ein Arbeiter in ca. 10 Monaten das Geld verdienen, was er zum Kauf der 87 Aktien nötig hätte. Wenn das Personal nur den Betrag der letzten Lohnerhöhung (1953) sparen würde, so könnte es das gesamte Stamm-Aktienkapital in weniger als 7 Jahren erwerben. Dabei braucht es, um die Kontrolle über das Werk auszuüben, natürlich nur die Mehrheit in der Generalversammlung der Aktionäre. Vom gesamten Ertrag der US Steel Corporation bekamen die Arbeiter 92 %. Würde man die Dividenden der 275 000 Aktionäre unter den Arbeitern aufteilen, so bekäme jeder nicht einmal 1 Dollar pro Tag oder 3 Stangen Zigaretten in der Woche. Neuerdings will man in den USA das Sparen durch das Personal der chemischen Industrie dadurch fördern, daß man Zuschüsse gewährt, sobald ein Arbeitnehmer Firmenaktien oder Staatspapiere kauft ³⁹¹⁾. In Westdeutschland sind offenbar einige Erfolge bei der Ausgabe von Belegschaftsaktien erzielt worden ³⁹²⁾:

„... Für die Jedermann-Aktie braucht — wenn man von dem in diesem Zusammenhang viel diskutierten Projekt der Privatisierung erwerbswirtschaftlicher Unternehmungen der öffentlichen Hand absieht — der Gesetzgeber nicht bemüht zu werden. Das Aktiengesetz vom 30. 1. 1937 bietet für den hier interessierenden Wertpapiertyp eine Fülle von Gestaltungsmöglichkeiten an. So ist gemäß § 8 Abs. 1 dieses Gesetzes der Mindestnennbetrag der Aktien 100 DM, höhere Nennbeträge sollen auf volle einhundert DM lauten. Die Wahl einer Stückelung etwa von 100,—, 200,—, 500,— und 1000,— DM wird im Interesse der Absatzfähigkeit der Volksaktie unumgänglich sein. Im übrigen könnte der Emittent ein solches Papier für den kleinen Sparer mit ähnlichen Kaufanreizen ausstatten, wie sie einige große Industriegesellschaften bei der Ausgabe von Belegschaftsaktien offenbar mit guten

³⁸⁹⁾ BN Nr. 291 vom 12./13. 7. 52.

³⁹⁰⁾ Benjamin F. Fairless, Präsident der US Steel Corporation.

³⁹¹⁾ Chemical Engineering News: Our answer to Ben Franklins thrift plans, Nr 9, Easton/Pa. 1957, S. 15—20.

³⁹²⁾ Wirtschaftsdienst: Hat die Volksaktie Zukunft auf dem deutschen Kapitalmarkt?, Heft 3, Hamburg 1957, S. 246.

Zeichnungsergebnissen ihren Arbeitern und Angestellten alljährlich anbieten. (Nach der durch die Kenntnis der Ausgabebedingungen begründeten Überzeugung des Verfassers stellen die in der deutschen Industrie eingeführten Belegschaftsaktien bereits vorbildliche — wenn auch nur einem begrenzten Personenkreis zugängliche — Volksaktien dar). Hier werden dem Spar- und Eigentumsgedanken aufgeschlossene Menschen aus allen Berufsschichten beispielsweise durch die Erwerbsbegünstigung eines unter dem Börsenkurs, etwa zu pari oder knapp darüber, festzusetzenden Bezugsrechtes angesprochen. Ähnlich trug ein solchermaßen in Aussicht gestellter Wertzuwachs auch zum Gelingen des österreichischen Volksaktien-Experiments maßgeblich bei. Ein bekanntes Industrieunternehmen bietet den daran interessierten Werksangehörigen Belegschaftsaktien zu Vorzugskursen in Höhe von 25 % der ausgeschütteten Jahresprämien bzw. Sondervergütungen an und übernimmt die entstehenden Nebenkosten, wie Börsenumsatzsteuer, Bankprovision und dergl. Den Kaufpreis für den gewünschten Aktien-Nennbetrag behält die Lohnbuchhaltung je nach Auftrag entweder von der Jahresprämie oder in drei gleichen Monatsraten vom Lohn bzw. Gehalt ein. Die Verwaltung der Aktien liegt in den Händen einer besonderen Treuhandgesellschaft, die die Dividende an die Lohnbuchhaltung des Arbeitgebers überweist und nach Ablauf einer Sperrfrist für die Weiterveräußerung auch Verkaufsorders ausführt. Das erfolgreiche Operieren dieses Unternehmens mit Belegschaftsaktien hat bewiesen, daß angesichts der günstigen Bezugsbedingungen selbst eine Besitzbindung von 15 Monaten — in denen sich der noch unerfahrene Erwerber bereits mit einigen Vorzügen des Aktiensparens vertraut machen kann — keinen Hinderungsgrund für eine Inanspruchnahme dieser für so manchen neuartigen Chance der Eigentumsbildung darstellt...“

In Portugal ist trotz des patriarchalischen Verhaltens der Unternehmer kaum irgendwo eine Beteiligung des Personals am Kapital und Gewinn der Gesellschaft zu finden. Immerhin bemühen sich einige von ihnen, selbst die Initiative zu ergreifen und weiter zu gehen, als sie Staat und Korporation verpflichten. So hat zum Beispiel die erwähnte „Fabrica Portuguesa de Fermentos Holandeses Lda.“ neben der obligatorischen Versicherung durch die korporative „Gewerkschafts-Vorsorgekasse“ (Caixa Sindical de Previdência) und der Arbeitsunfall-Versicherung (Seguro contra Acidentes) bei einer privaten Versicherungsgesellschaft (zu der sie ebenfalls verpflichtet ist) noch eigene Hilfs- und Prämienleistungen für ihr Personal eingeführt (Assistencia Privativa da Fabrica). Es kann also eine gute Zusammenarbeit zwischen den Korporationen und den freiwillig für ihre Arbeiter sorgenden Unternehmungen entstehen. Durch Beschränkung der übertriebenen Konkurrenzwirtschaft mit dem Korporationensystem, Begünstigung bei der Beschaffung von Rohstoffen aus den Überseeprovinzen, im Vergleich zum Ausland außerordentlich niedrige Löhne und sonstige staatliche Schutzmaßnahmen wie Zölle usw., wird den Unternehmern im Portugiesischen Reich jede wirtschaftliche Möglichkeit gegeben, selbst alle notwendigen Maßnahmen für die Sicherheit ihrer Mitarbeiter zu treffen und eine Verschwendung von Produktionsmitteln zu vermeiden. Dabei darf sich die portugiesische Industrie aber nicht zu sehr auf den durch Vorzugszölle gesicherten Absatzmarkt in den Überseeprovinzen stützen und Produktivität steigernde Investitionen sowie die Gewinnung neuer Märkte unterlassen. Sie muß ihre Trägheit überwinden. Damit die Direktoren und Verwaltungsräte das Risiko der von ihnen geleiteten Unternehmungen mittragen, sollte man sie veranlassen, Großaktionäre bei ihrer Gesellschaft zu werden. Ihr Anteil am Übergewinn (nach Verteilung einer ordentlichen Dividende) wäre dabei so zu bemessen, daß er proportional zur Höhe der ausbezahlten Löhne steigt oder fällt. Sie würden dadurch angeregt die Produktivität ihrer Betriebe so zu steigern, daß sie höhere Löhne und damit sich selbst selbst höhere Gewinnanteile auszahlen könnten. Die verschiedenen Gewinnbeteiligungssysteme können hier nicht diskutiert werden. Man wird in Portugal von den in Großbritannien, Frankreich, Holland, Deutschland und in den USA (Cost-Saving-Plan, Share-

Production-Plan, Profitsharing) gemachten Erfahrungen profitieren können. In den USA scheiterten Gewinnbeteiligungspläne aus folgenden Gründen³⁹³⁾:

„...1. Zu wenig oder gar kein Gewinn 30 %, 2. Wechsel in der Geschäftsführung 15 %, 3. Keine Leistungssteigerung erzielt 8 %. Nach amerikanischen Berechnungen ist bei der ausdrücklichen Abstellung auf Leistungssteigerung ein Produktionsanreiz nur dann wirksam, wenn er einen zusätzlichen Verdienst von wenigstens 10, möglichst aber 20 % ergibt. Die Firmen, die wegen Mangels an Leistungssteigerung ihr Verfahren wieder aufgaben, konnten im allgemeinen nicht mehr als 1,8 %, bezogen auf die Grundbasis, zusätzlich ausschütten. 4. Vorliebe der Betriebsangehörigen für Lohnsteigerungen 8 %, 5. Meinungsverschiedenheit mit der Gewerkschaft 5 %, 6. Fehlende Beziehungen zwischen den ausgeschütteten Anteilen und der individuellen Leistung 4 %, 7. Neigung der Belegschaftsmitglieder, die Beträge aus der Beteiligung als Lohn bzw. Gehalt anzusehen 3 %...“

In Portugiesisch-Afrika läßt sich die Industrie wie im Mutterland auf dem Prinzip der Teilnahme der Arbeiter am Kapital der Gesellschaften organisieren, nur daß dort ausschließlich *Facharbeiter* (mit mittleren Einkommen) je nach Höhe des Kapitals, das sie jährlich in einer Unternehmung investieren, Teilhaber werden sollten. Selbst in der Landwirtschaft ist ein solches Teilhabersystem durchführbar. Schon im Mutterland können sich zukünftige Kolonisten zusammenschließen, Maschinen kaufen (die dadurch verbilligt werden könnten, daß der Staat die Transportkosten für dieses Material übernimmt) und sich später auf ihrer Pflanzung je nach ihrem Kapital in den Gewinn teilen. Dabei steht es jedem frei, seinen Gewinn wieder zu investieren, um dann einen größeren Gewinnanteil zu bekommen oder sich davon Konsumgüter zu kaufen. Die nötigen Handwerker (Schreiner für den Hausbau, Mechaniker für die Maschinen) können hinzukommen und am Gewinn teilnehmen, indem sie zuerst einen kleinen Teil der Plantagen (etwa 5—10 ha) als Lohn bekommen, der dann als Kapitaleinlage betrachtet wird. Bisher hat sich gezeigt, daß Geldgeber, die große Kapitalien in den Überseeprovinzen investieren, nicht nur ihre Gewinne sofort kassieren, sondern selbst Anweisungen geben wollen, die dann den Ansichten der tatsächlich arbeitenden Kolonisten oft nicht entsprechen.

Nachdem auch im Portugiesischen Reich eine Gewinnbeteiligung gewährt sein wird, könnte man *Gewinnsparkassen* nach dem System van Marken³⁹⁴⁾ und *Arbeitserfolgsprämien* einführen. Mit letzteren wurden in England gute Resultate erzielt. Der größte chemische Konzern, die „Imperial Chemical Industries Ltd.“ hatte so großen Erfolg damit, daß er Vertreter anderer Industriezweige (Arbeitgeber und Arbeitnehmer) zu einem Propagandakurs in seine Betriebe eingeladen hat³⁹⁵⁾. Schon allein *einfache Sparkassen bei den Unternehmungen* sind geeignet, die Kapitalbildung zu beschleunigen. Ebenso *Systeme des „eiserne Sparens“* bei den Vorsorgekassen. Die obligatorischen Sparbeträge könnten langfristig angelegt und in besonderen Fällen wie z. B. Heirat, Geburt eines Kindes usw. mit den Zinsen zusammen ausbezahlt werden. Eine *Zwangssparkasse für jedes Kind* wäre ebenfalls sehr günstig. Prämien- und Sparbeträge lassen sich leicht direkt an der Quelle bei den Unternehmungen oder von Postbeamten, Gas- oder Elektrizitätseinkassierern erheben. In allen größeren Betrieben können *Betriebszweigstellen der Sparkassen* eingerichtet werden, die alle Geldangelegenheiten der Betriebsangehörigen erledigen. Aufgabe der Lohnstellen der Betriebe wäre es dann, die jeweiligen Sparbeträge von den Löhnen und Gehältern abzuziehen und für das Betriebssparen zu werben. In Portugal wäre allerdings für die Anwendung eines solchen Systems die erhebliche Steigerung der Löhne unabdingbare Voraussetzung.

393) Franz Spiegelhalter: Gewinn- und Ertragsbeteiligung im Ausland, in: Wirtschaftsdienst, Hamburg, Mai 1957, S. 271. Vgl. auch Anhang S. 201 ff.

394) Vgl. Anhang S. 203.

395) Bund Nr. 83 vom 19. 2. 54.

Den *Studenten*, von denen man nicht verlangen kann, daß sie noch etwas sparen sollen, wird der Staat *Stipendien* gewähren müssen, denn er darf wegen des Mangels an Fachkräften auf die Ausbildung von jungen Leuten, die keine reichen Eltern haben (und das ist die Mehrzahl) niemals verzichten. Sicherlich würde es nicht die schlechteste Kapitalanlage sein, wenn man die Erträge aus einer besonderen Steuer (etwa der am anderen Ort vorgeschlagenen Luxussteuer oder eines Luxuswarenimportzoll) zur Ausrichtung von *Stipendien* (für Lebenshaltungs- und Studienkosten) verwenden würde! Infolge des besonders in Coimbra niedrigen Preisniveaus braucht ein portugiesischer Student keinen hohen Monatswechsel. Zur Vermeidung von Mißbräuchen kann an Wohnungsvermieter, Wirte, Buch- und Schreibwarenhändler direkt gezahlt werden. Der Bau von Studentenwohnhäusern durch den Staat vermag z. B. die Mietkosten ganz wesentlich zu senken. Bei einem solchen System, wie es heute schon in Rußland existiert, läßt sich natürlich eine Studienkontrolle nicht vermeiden. Aber selbst dabei kann genügend Freiheit für die Studenten erhalten bleiben. Falls Staatsgelder auch hierfür nicht aufzubringen sind, sollten den Studenten mindestens Stellen in Schreibstuben, Amts-, Geschäftszimmern und Schulen zur Verfügung gestellt werden, damit sie die Möglichkeit bekommen, ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen. Es herrscht ein großer Mangel an Lehrern für Kinder und die Bekämpfung des Erwachsenen-Analphabetentums, wofür ohnehin namhafte Beträge auszugeben sind. (Ministerpräsident Salazar hat sein Studium z. B. durch die Arbeit als Lehrer verdient!) Eltern könnten eventuell durch die Zeichnung von „*Schul-Babybonds*“ zur Finanzierung von Schulbauten beitragen.

Als Ergänzung zu obigen Ausführungen über das Sparen in Unternehmungen ist noch ein System der Siemens und Halske A.G. zu erwähnen, das dem oben beschriebenen sehr ähnlich ist (seit 1954 auch bei Bayer). *Danach kann jeder Werkangehörige bis zu 25 % seiner Jahresprämie in Aktien anlegen.* Es wird nach der Lohnhöhe abgestuft. Arbeitern mit einem Monatsverdienst bis zu 200 DM wurde die Prämie in bar ausbezahlt, bei einem Monatsgehalt von 200 bis 600 DM zur Hälfte in bar und zur Hälfte in Genußscheinen, bei einem Gehalt von 600 DM und darüber ausschließlich in Aktien (Genußscheine haben im Gegensatz zu Aktien kein Stimmrecht). Bei Siemens kamen 45 000 Werkangehörige in den Genuß dieser Gratisaktien, aber der größte Teil der Arbeiteraktien wurde sofort verkauft! Dies entspricht der oben erwähnten Mentalität des Arbeiters, dem es in erster Linie auf das Geld ankommt, über das er sofort verfügen kann. Ein Sparen ist jedoch bei Einkommen von 200 DM (1335 Esc.!) monatlich unmöglich, so daß nur höhere Einkommen mit progressiven Beträgen dafür in Frage kommen. Für die Unternehmung bedeutet die Verteilung einer Prämie Kapitalverlust, während ihr Ersatz durch Gratisaktien eine kapitalmäßige Beteiligung darstellt, so daß das Geld weiter im Betrieb arbeiten kann und seinen inneren Wert erhöht. Wohlfahrtseinrichtungen sollten jedoch aus dem Vermögen der Unternehmung ausgeschieden und in der Form einer Stiftung oder Genossenschaft verwaltet werden.

Die berufliche Ausbildung von jungen Arbeitern (Werkschulen) kann zwar am Anfang eine Belastung für die Unternehmung sein, erweist sich aber später als Ersparnis durch die Vorteile, welche ein Unternehmen mit gut ausgebildetem Stammpersonal besitzt. Die Erhaltung der Substanz bei Verbesserungen des Arbeitsertrages macht stete Kapitalzufuhr und damit stete Kapitalbildung notwendig. Höhere Realeinkommen sind an die Voraussetzung einer *Hebung der Produktivität* geknüpft und erst in zweiter Linie an eine gerechtere Verteilung des Arbeitsertrages. Zur Steigerung der Produktivität wird Kapital benötigt, verbesserte Werkzeuge etc. und Kapitalinvestitionen sind auf die Dauer sozialer als radikale Neuverteilungen von Einkommen, denn höhere Löhne, die produktionsmäßig nicht gerechtfertigt sind, zwingen später zur Einschränkung der Beschäftigung, zu Preiserhöhungen, welche die Arbeitnehmer als Konsumenten

wieder benachteiligen. Oft lassen niedrige Löhne eine Anstellung von Arbeitskräften verantworten, deren Leistungen keinesfalls zu höheren Löhnen berechtigen würden. Dieser Fall ist in Portugal schon allein infolge des Mangels an Facharbeitern in sehr vielen Betrieben gegeben. Nur durch Kapitalbildungen und Produktivitätssteigerungen lassen sich soziale Leistungen erarbeiten, welche auf eine dauerhafte und tragfähige Grundlage gestellt werden können. Aktive Sozialpolitik kann nur in einer gesunden Wirtschaft, in einer gesunden Unternehmung angestrebt und verantwortet werden. Dazu gehört verstehende Güte und wahre Menschenliebe von seiten der Unternehmer und die Erziehung der Arbeiter zu eifrigen Förderern der Produktivität im Kampf gegen Verschwendungen. Die Arbeiterschaft muß in Fragen der Produktivität mit den Unternehmern zusammenarbeiten. Hebung der Konkurrenzfähigkeit, Sicherung der Arbeitsplätze, Vollbeschäftigung, sollten gemeinsame Sorge beider Parteien sein, weil diese Forderungen in Abhängigkeit vom Produktivitätsgrad des Unternehmens stehen. Die Arbeitsbereiche der einzelnen Arbeiter sind zu erweitern, wenn man ihr Interesse an der Arbeit heben will. Das *betriebliche Vorschlagswesen* müßte von den Arbeiterkommissionen, in Portugal etwa von den Sindicatos auf möglichst breite Grundlage gestellt werden. Die britischen Gewerkschaften haben z. B. erkannt, daß hohe Löhne wertlos sind, wenn die Preise ebenfalls hoch bleiben, daß die britische Wirtschaft ihre Exportmärkte und ihren hohen Beschäftigungsgrad nur halten und steigern kann, wenn sie ihre Kosten senkt, wenn sie billiger und damit exportfähig sein kann. Einen großen Vorteil bildet für die portugiesische Wirtschaft das Streik- und Ausschlussverbot, der Zwang zur Schiedsgerichtsbarkeit und damit die Einsparung von Arbeitstagen, welche sonst verloren gehen und die Produktivität der Wirtschaft vermindern würden.

Die englischen Trade Unions haben sich in bewundernswerter Weise dazu durchgerungen, einen Minister nicht nach der Parteizugehörigkeit, sondern nach seinen Fähigkeiten zu beurteilen. *Die Leitung eines Unternehmens ist nicht Sache der Gewerkschaften.* Versagt sie, so wird sie kritisiert und eine bessere gefordert. Sie hat die Arbeiter über Veränderungen in der Produktion, Ausbaupläne und wirtschaftliche Schwierigkeiten zu informieren, aber alle Entscheidungen nach Befragung des Personals eigenmächtig zu treffen.

Das *Gewinnstreben* ist gewiß eine wichtige Triebfeder der kapitalistischen Wirtschaft, aber es gibt dort schon viele Unternehmer, für die nicht in erster Linie der Gewinn die treibende Kraft ist, sondern der Wille etwas Besseres zu leisten, den Betrieb zu vervollkommen. Sehr gute Beweise dafür sind Leiter von gemeinwirtschaftlichen (staatlichen und genossenschaftlichen) Unternehmungen, die feste Gehälter beziehen und private Geschäftsführer, die keinen Gewinnanteil erhalten und doch so viel verdienen, daß ihnen an einer Gehaltserhöhung nicht viel liegt. Auch beim Ausfall übermäßiger Gewinne, dagegen bei angemessener Verzinsung und Amortisation ihrer Investitionen sowie hohem Gehalt sollte selbst für anspruchsvolle Unternehmer genügend Ansporn zur Steigerung der Produktivität vorhanden sein.

Es stellt sich nun die Frage, wem die Vorteile der Rationalisierung zugute kommen sollen, den Arbeitnehmern, den Konsumenten oder doch den Unternehmern? In den beiden ersten Fällen wird die Kaufkraft vieler erhöht, so daß für die durch Rationalisierung gesteigerte Produktion Absatzmöglichkeiten entstehen, wenn es sich um Güter des Massenkonsums handelt. Andererseits sind hauptsächlich die Großverdiener an der Kapitalbildung beteiligt, so daß eine Verminderung oder Stagnation der Unternehmergewinne auch die Kapitalbildung beeinträchtigen muß. Preiserhöhungen können in vielen Fällen depressive Wirkungen haben und die portugiesische Regierung hat weise gehandelt, daß sie immer für ein möglichst stabiles Preisniveau sorgte. Es ist schwer zu entscheiden, was für Portugal wichtiger ist, die Kapitalbildung durch eine

Erhöhung der Unternehmereinkommen oder die längst fällige Heraufsetzung der viel zu niedrigen Löhne. Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, daß die Kapitalbildung der portugiesischen Unternehmerschaft eher zu liquiden Anlagen bei den Banken, zur Anlage im Ausland, zum Import von dauerhaften Luxusgütern verwendet wurde sowie zu Auslandsreisen etc., so daß ihr volkswirtschaftlicher Nutzen nicht groß gewesen ist. Bei Lohnerhöhungen besteht eher die Möglichkeit auf dem Wege der Zwangskapitalbildung vorwärts zu kommen. Hat man in Portugal auch heute noch Angst vor den inflatorischen Wirkungen von Lohnerhöhungen, so zeigte sich z. B. in der Schweiz dennoch, daß diese Wirkung wenigstens dort nicht festgestellt werden kann³⁹⁶). Der Schweizer Arbeitsmarkt erwies sich von erstaunlicher Flexibilität, da sowohl im Inland als auch im Ausland genügend Arbeitskräfte zur Verfügung standen, welche je nach Bedarf angestellt oder wieder entlassen werden konnten. Portugal besitzt hauptsächlich im Inland noch viele Möglichkeiten der Anstellung von weiteren Arbeitskräften und im Notfall werden auch spanische Arbeiter gern in Portugal arbeiten. Viele von ihnen kommen schon immer zur Weinlese ins Portweingebiet. Somit sollte vielleicht gerade in Portugal eher die *Auszahlung eines Produktivitätslohnes mit Abzügen für die Kapitalbildung* ins Auge gefaßt werden als die Einführung der Indexlöhne, d. h. Bindung der Nominallöhne an den Index der Lebenshaltungskosten oder Erhöhung der Unternehmereinkommen zwecks Steigerung der Kapitalbildung auf diesem Wege. Sollte letzteres trotz obiger Argumente vorgezogen werden, so ist auch hier die Zwangskapitalbildung durch Einbehaltung eines Teiles dieser Erhöhungen ratsamer als die Förderung des freiwilligen Sparens durch Steuererlaß oder Beibehaltung der geltenden, zu niedrigen Steuersätze. Die Nominallöhne sollten bei weiterhin stabilen Preisen jährlich im Ausmaß der volkswirtschaftlichen Wachstumsrate erhöht werden. Dieses System, das auch vom Standpunkt der zweckmäßigen Konjunkturpolitik und der Produktivitätsförderung als günstig bezeichnet werden muß, ist von der General Motors Corp. durchgeführt worden. Im Mai 1948 hat sie mit der Gewerkschaft einen Kollektivvertrag abgeschlossen, der neben einer Anpassung an den Index der Lebenshaltungskosten eine *jährliche Lohnerhöhung von 3 Cents pro Stunde vorsah als Kompensation für die volkswirtschaftliche Produktivitätssteigerung*. Das Abkommen, das erst für 2 Jahre abgeschlossen wurde, ist seither für 5 Jahre erneuert worden unter Erhöhung des Steigerungsfaktors auf 4 Cents pro Stunde, was einer jährlichen Lohnerhöhung von $2\frac{1}{2}\%$ gleichkommt. Dieses System soll in verschiedenen anderen Verträgen in etwas anderer Form Nachahmung gefunden haben³⁹⁷). Demgegenüber bestehen auch Bestrebungen, feste Jahreslohngarantien zu geben. Einem gewissen Personalstamm wird von der Firma ein *festes jährliches Einkommen auf Grund einer bestimmten Anzahl von Stundenlöhnen* garantiert (in den USA bei Proctor & Gamble 2080 Stunden = 52 Wochen zu je 40 Arbeitsstunden). Mittel- und kurzfristige Arbeitslosigkeit beim gleichen Unternehmen kommt in der portugiesischen Industrie oft vor (z. B. in der Fischkonservenindustrie), so daß in Anbetracht der Unzulänglichkeit der Arbeitslosenfürsorge das amerikanische System in Portugal Anwendung finden könnte, wonach im Falle unverschuldeter Arbeitslosigkeit nach Ablauf der einwöchigen Karenzfrist eine *wöchentliche Spezial-Entschädigung* (Special Benefit, 65 % des Wochenlohnes nach Abzug der Steuern) neben der einzelstaatlichen Arbeitslosenversicherung für die ersten 4 Wochen ausbezahlt wird, wenn der Fonds, der aus Mitteln der Unternehmung akkumuliert wird (etwa durch Gewinnrücklagen oder Zahlungen eines kleinen Betrages pro Arbeitsstunde auf allen Löhnen der in betracht kommenden Arbeiter) unter 50 % seiner maximalen Höhe liegt. Beträgt die Fondshöhe 50 % und mehr, so erfolgt die Auszahlung

³⁹⁶) Max Weber: Volkswirtschaftliche Probleme der Produktivität und der Lohnpolitik, in: BN Nr. 223 vom 29./30. 5. 54.

³⁹⁷) Weber, a.a.O.

während 8 Wochen^{397a)}. Nach dieser während 4 bzw. 8 Wochen ausbezahlten Spezialunterstützung folgen während 22 Wochen sog. reguläre Entschädigungen (Regular Benefits, 60 % des Wochenlohnes). Die Dauer der einem Arbeitslosen gewährten Unterstützung richtet sich einerseits nach der Anzahl der Anrechte (je nach Dienstalter), die er während der Zeit seiner Beschäftigung erworben hat, andererseits nach der Höhe des Fonds im Zeitpunkt des Eintretens der Arbeitslosigkeit. Wenn der Fonds 85 % oder mehr seines Maximalbetrages erreicht hat, genügt ein Anrecht (Credit Unit), um eine Wochenentschädigung zu erhalten, ist der Fonds niedriger (während der ersten Jahre), so sind je nach Dienstalter zwei oder mehr Anrechte notwendig um eine Wochenentschädigung zu erhalten. In Portugal dürfte eine Entschädigung von 60—65 % des Lohnes viel zu niedrig sein, da er ohnehin das absolute Existenzminimum darstellt. In den USA besteht dagegen die Gefahr, daß sogar mit 60 % des Lohnes eine Unterstützungshöhe erreicht wird, bei der der Ansporn zur Suche nach anderweitiger Beschäftigung erlahmen könnte.

Produktivität und Leistungsfähigkeit eines Betriebes hängt sehr weitgehend von den *guten Beziehungen zwischen Direktion und Personal* ab. Dies zeigt die oben erwähnte holländische Unternehmung, die auch in Portugal eine Fabrik betreibt, sehr deutlich. Die portugiesische Volkswirtschaft hat nicht einmal die normale jährliche Wachstumsrate von 1—3 % erreicht, während die Bevölkerung um 1,2 % pro Jahr steigt. Die Erhöhung des viel zu tiefen Lebensstandards des portugiesischen Volkes und eine gerechtere Verteilung seines Sozialprodukts kann nur durch eine Produktivitätssteigerung und damit im gleichen Verhältnis eine Verbesserung des Arbeitseinkommens erreicht werden. Wie will man soziale Unzufriedenheit, ja vielleicht soziale Kämpfe auch in Zukunft vermeiden, wenn man in dieser Richtung nichts tut? Die Portugiesen passen schon ohnehin nicht recht in die heutige Zeit, in der jene unterliegen, die arbeiten um zu leben und nicht leben um zu arbeiten, sei es im Westen oder im Osten.

Wie in der Schweiz, müßte nicht nur von seiten des Staates und der Unternehmer die Initiative ergriffen werden, sondern auch von seiten der Sindicatos, der Gewerkschaften. Anfangs 1954 wurden zuerst versuchsweise bei einer Anzahl größerer Schweizer Firmen *Produktivitätskommissionen der Arbeiter* eingesetzt. Diese Kommissionen reichen ihren Direktionen sachlich gesichtete und bereinigte Vorschläge ein, die bereits ein beachtliches Niveau aufweisen sollen³⁹⁸⁾. Angestelltenverbände bereiten ähnliche Institutionen vor. Die betrieblichen Probleme der Produktivität werden heute in der Schweiz von vielen Seiten und von vielen Stellen bearbeitet. Das Interesse wendet sich aber vorwiegend dem einzelnen Arbeitsgang zu und gelangt selten auf die Stufe der Betrachtung des ganzen Betriebes. Damit ist der Anschluß an die volkswirtschaftlichen Produktivitätsprobleme erschwert³⁹⁸⁾. Der Schweizer Arbeitnehmer sieht in der Produktivitätssteigerung bereits ein Mittel zur Erhöhung seines Einkommens und zur Sicherung seines Arbeitsplatzes!

Interessante Produktionssteigerungen konnte man in England durch den Ansporn von *Lotteriep remien* erzielen, bei welchen für die ein bestimmtes Monatssoll überschreitenden Mengen große Summen zur Verlosung ausgeschüttet werden. Dieses System scheint für Portugal angesichts der dortigen Bedeutung von Lotterien besonders vielversprechend zu sein. Einige englische Firmen versuchen derartige Methoden ihren Verhältnissen anzupassen. So haben z. B. die Pye-Radiowerke anläßlich der Herausgabe eines neuen preiswerten Empfängers die ersten 200 vom Montageband kommenden Geräte an Arbeiter der mechanischen Werkstätten verteilt, deren Namen verlost wurden (einfach aus

^{397a)} Albert Hunold: Der „garantierte Jahreslohn“ in der amerikanischen Automobilindustrie, in: Wirtschaftspolitische Mitteilungen, Ges. zur Förderung der Wirtschaft, Zürich, März 1956.

³⁹⁸⁾ Walter F. Daenzer: Betriebliche Probleme der Produktivität, in: BN Nr. 223 vom 29./30. 5. 54.

einem Hut). Es ist verständlich, daß durch solche Maßnahmen das Interesse an der Produktion und der Qualität des Fabrikates, in diesem Falle sogar an konstruktiven Einzelheiten, erheblich erhöht wird³⁹⁹⁾.

Man könnte vielleicht noch ein vom Staat gefördertes *Leistungs- und Spar-samkeitsprämiensystem in Form von Zertifikaten* einführen, *welche nach einer bestimmten Zeit zum Umtausch in Aktien berechtigen*. Gute Leistungen im Staatsdienst wären mit der *Abgabe von Staatspapieren*⁴⁰⁰⁾ zu belohnen. So würde das private und staatliche Personal zu größerer Produktivität angespornt.

Denkbar ist auch die Belohnung von Equipenarbeit mit einer sogenannten „*prime-participation*“, durch die man in Frankreich Produktivitätssteigerungen erzielen konnte. Je nach der Erhöhung der Produktivität werden Prämien an die Arbeiter ausgezahlt. Ihr Einkommen wird also erhöht und ihre Zusammenarbeit verbessert. Jede Gruppe umfaßt Arbeiter mit verschiedenen Tätigkeiten, die eng zusammenwirken. Die Höhe der Prämie wird nach der, auf folgende Weise berechneten Produktivitätssteigerung bestimmt⁴⁰¹⁾:

„On divise le nombre d'unités d'oeuvre réelles effectuées au cours du mois par le nombre d'heures de travail totales du personnel, déduction faite des absences, des mutations de groupe à groupe, etc. On obtient ainsi le rendement horaire effectif... Le calcul de la différence entre le rendement horaire effectif et la base horaire standard fixée pour le groupe donne l'accroissement ou la diminution de la productivité par heure.“

Um Irrtümer zu mildern, die bei dieser Berechnung unvermeidlich sind, wird von den, über 15 % des Basisstundenlohnes hinausgehenden Prämien ein Sonderfonds gebildet, der zweimal jährlich zur Verteilung kommt. Gute Arbeit und Einsparungen werden mit Prämien belohnt, schlechte, sowie Reklamationen von Kunden mit Bußen belegt.

Bei der Ausfuhr von Fertigwaren (Portugal exportiert bereits Autoreifen!) könnte man das System der *Rückvergütungen von Industriesteuern und Zöllen*, die bei der Rohstoffeinfuhr gezahlt werden mußten, weiter auszubauen. *Export-prämien sollten je nach der Höhe der Beträge ausgerichtet werden, welche die begünstigten Industrien bei der Fürsorge für ihr Personal ausgeben*. Auf diese Weise würde die Wirtschaft weniger durch Gesetze, als durch Gewährung von Vorteilen gelenkt. Dabei ließe sich auch ein schnelles Verfahren der Behandlung von *Steuerrückvergütungsgesuchen* ausarbeiten.

Zusammen mit der oben erwähnten Beteiligung der arbeitenden Bevölkerung an den Gewinnen der Unternehmungen und nach dem Kriege schon mehrfach gewährten Aufbesserungen der Staatsbeamtengehälter, könnte durch die Verteilung von Prämien eine (Produktion und Handel stimulierende) Erhöhung der Kaufkraft des portugiesischen Volkes erreicht werden. Angesichts der Stabilität der Währung braucht sich die Regierung mit der *Einführung von Index-Löhnen, -Gehältern und -Besoldungen* nicht zu befassen. Sie erspart der Wirtschaft dadurch viele Reglementierungen, Komplikationen und eine fortschritthemmende Bürokratisierung. Selbst der Korea-Krieg brachte den Lebenskostenindex

³⁹⁹⁾ Adolf Jungbluth: Arbeitsfreude und Leistung, in: Der Mensch im Betrieb, Heft 4 der Schriftenreihe des Rationalisierungs-Kuratoriums der Deutschen Wirtschaft (RKW): Wege zur Rationalisierung, C. Hanser Verl. München 1951, S. 30.

⁴⁰⁰⁾ Staatssubventionen an die Vorsorgekassen sollten ebenfalls nicht in bar, sondern in verzinslichen, jedoch unveräußerlichen und nicht lombardierbaren Schatzanweisungen nach Art der „Aufbauschuldverschreibungen“ gezahlt werden, denn staatliche Barleistungen müssen die Kassen ohnehin zum größten Teil in Staatspapieren anlegen. Diese Staatszuschüsse haben dann zur Ansammlung des Kapitalstocks zu dienen.

⁴⁰¹⁾ „Jeune Patron“, französische Zeitschrift, Nr. 57, Juli-August, zitiert in Revista do Gabinete de Estudos corporativos, Nr. 11, Juli-Sept. 1952, S. 253–254.

nicht in Bewegung⁴⁰²): 1949 213,1; 1950 213,3; 1951 211,7. Die niedrigen Löhne und Gehälter lassen sich auch durch die Leistungen der Vorsorgekassen ganz wesentlich erhöhen, wie das Beispiel der Angestellten von Versicherungsgesellschaften⁴⁰³ zeigt.

Da es in Portugal an ausgebildeten Arbeitern sowie technisch geschulten Fachkräften fehlt und die Technik doch zum größten Teil aus dem Ausland kommt, ist die Hilfe von europäischen und amerikanischen Fachleuten als Vermittler technischen Wissens notwendig. Große Verzögerungen bei der Durchführung des Sechsjahresplanes 1953—58 sind hauptsächlich auf den Mangel an gut geschultem Personal zurückzuführen. Es müßte also *im Interesse der portugiesischen Behörden liegen, die Einreise von ausländischen Fachkräften zu erleichtern*. Außer Kranken- und Kinderpflegerinnen müssen jedoch alle Ausländer, die arbeiten wollen, eine Bewilligung haben, die beim Nationalen Arbeitsinstitut (Instituto Nacional do Trabalho e Previdência) zu besorgen, Sache des Arbeitgebers ist. Danach benötigen sie noch ein Einreisevisum. Ausländer, die als Touristen kamen, müssen wieder ausreisen, wenn sie die Arbeitsbewilligung erhalten wollen! Immerhin bewilligen die Behörden, wenn der Arbeitgeber das nötige Personal nicht im Lande selbst finden kann und daher gezwungen ist, ausländische Kräfte anzustellen (z. B. Schweizer Monteure zum Aufstellen von Maschinen aus der Schweiz)⁴⁰⁴. In der Regel müssen für je einen Ausländer zwei Portugiesen angestellt werden. Eine „Überfremdung“ mit ausländischen Fachkräften und Kapital wird nicht zugelassen. 51 % des Kapitals einer Unternehmung muß portugiesischen Staatsbürgern gehören. *Ersparnisse* können als Devisen (100 Esc. = 14,50—15 sFr.) vollständig frei ausgeführt werden, während Überweisungen zum offiziellen Kurs (100 Escudos = 15,13 sFr.) an eine Bewilligung der Bank von Portugal gebunden sind, die jedoch immer erteilt wurde. Da mit einer Änderung der Währungspolitik von seiten der Regierung Salazar kaum zu rechnen ist (Haltung von Währungsreserven, die zur Überwindung von eventuellen Zahlungsbilanzschwierigkeiten sogar viel zu reichlich bemessen sind!), hat man guten Grund zur Annahme, daß stets ausreichende Devisenreserven für Überweisungen ins Ausland zur Verfügung stehen. Aber schon in den dreißiger Jahren hatten auch nur kurze Zeit in Portugal tätige Ausländer von Kapitalexporten in Form von Überweisungen der Ersparnisse abgesehen und es vorgezogen (angesichts der stabilen Währungs- und Finanzverhältnisse) ihr Geld in Portugal anzulegen.

Portugal konnte bereits großen Nutzen aus der Arbeit von Ausländern ziehen. Sehr wichtige Industrien, wie z. B. die Sardinenkonserven-Industrie, wurden von Ausländern eingeführt. Die Methode der Fischkonservierung ist von den Franzosen F. Appert und O. Durand erfunden worden und ein französischer Industrieller baute die erste Sardinenkonservenfabrik in Portugal⁴⁰⁵. Beim Aufbau der Eisenindustrie durch die halbstaatliche „Siderurgia Nacional“ (gegr. am 22. 12. 1954) soll deutsche technische Beratung in Anspruch genommen und das Krupp-Renn-Verfahren angewendet werden. Die Konzession der neuen Gesellschaft erstreckt sich auf 10 Jahre. In der öffentlichen Hand dürfen sich nicht mehr als 50 % des Kapitals befinden. Von den Arbeitern dürfen nicht mehr als 10 % und vom übrigen Personal nicht mehr als die Hälfte Ausländer sein; nach Ablauf von 5 Jahren sollen Ausländer nur bei nachgewiesener Notwendigkeit weiterbeschäftigt werden. Die Leitung der Gesellschaft muß vollständig in der Hand von portugiesischen Ingenieuren liegen.

402) INE Basis: Monatsmittel vom 1. 7. 38 bis 30. 6. 39 = 100. BdP 1951, S. 115.

403) Vgl. S. 92.

404) BiGA, a.a.O., S. 4—6.

405) Henrique Gomes de Amorim Parreira: L'Evolution d'une Grande Industrie, in: Le Livre d'Or des Conserves Portugaises de Poisson, Institut Portugais de Conserves de Poisson, Lissabon 1938.

Große Erfolge sind besonders auf dem Gebiet der technischen Ausbildung durch den *Austausch von Studenten und Professoren* in anderen Staaten erzielt worden. Dabei waren die Schüler von heute die Kunden von morgen. Leider wird von Portugal aus sehr wenig für den Studentenaustausch, z. B. mit Westdeutschland, getan. Pro Jahr wurden bisher nur 2 Philologiestudenten ausgetauscht! (Westdeutschland: Akad. Auslandsdienst in Bonn, Portugal: Instituto de Alta Cultura Lissabon).

Obwohl der portugiesischen Regierung und Privatwirtschaft die *unabhängigen Beratungsunternehmen* im Ausland zur Verfügung stehen, hat sie diese Einrichtungen u. W. noch nicht in Anspruch genommen. Besonders bekannt sind die Netherlands Engineering Consultants (NEDECO), die Norwegian Engineering Export Organisation (NORENO) und das American Institute of Consulting Engineers geworden. Gute Erfolge sind ferner mit der *Errichtung technisch-wissenschaftlicher Büros* (von Industriestaaten aus) in wirtschaftlich wenig entwickelten Staaten erzielt worden.

Schließlich sei hier noch eine Möglichkeit der technischen Hilfe genannt, von der der Verfasser selbst Gebrauch gemacht hat (Beschaffung von gebrauchten Maschinen in Westdeutschland und der Schweiz für die Salesianer-Berufsschule „Oratorio Salesiano Dom Bosco“ in Portugiesisch-Indien (Goa)⁴⁰⁶): Industrielle in Industriestaaten können abgeschriebene *Maschinen, die noch brauchbar sind* (die sie aber nur noch an den Schrotthandel verkaufen können⁴⁰⁷), den religiösen und anderen Berufsschulen in wirtschaftlich wenig entwickelten Ländern (wie z. B. Portugal und seinen Überseeprovinzen) *gratis überlassen*, wobei die Transportkosten ab schenkende Fabrik vom empfangenden Staat übernommen werden können und erfahrungsgemäß sogar von privaten Reedereien oder sonstigen privaten Transportunternehmen eines solchen Staates oder auch von jenen des gebenden Staates übernommen werden. Der Vorteil für den Schenker liegt à la longue darin, daß die mit den geschenkten Maschinen und Werkzeugen ausgebildeten Facharbeiter und Handwerker nach ihrer Anstellung oder als selbständig Erwerbende diejenigen Fabrikate verlangen werden, mit deren Mechanismus und Vorzügen sie vertraut sind, so daß solche Maschinen schließlich bei der Herstellerfirma bestellt werden. Von diesen Bestellungen aus den wirtschaftlich wenig entwickelten Gebieten werden aber auch die Schenker in den Industrieländern indirekt profitieren. Außerdem würde man im Falle von Direktinvestitionen und Beteiligungen durch Firmen aus den Industrieländern (etwa zur Gewinnung und Bearbeitung von Rohstoffen) über einen bereits an eigenen Maschinen und Werkzeugen ausgebildeten Facharbeiterstamm verfügen können. Ferner ist der politische Vorteil nicht zu unterschätzen, der von solchen Schenkungen und späteren Lieferungen ausgehen kann: ohne irgendwelche politischen Bedingungen zu stellen, würde die Freie Welt nicht nur ein Lippenbekenntnis zum Christentum ablegen, sondern auch tatsächlich *in christlichem Geiste handeln*. Zur Vermittlung der Schenkungen kann die von Bundeswirtschaftsminister Erhard vorgeschlagene *private Clearingstelle* dienen, die alle Wünsche aus den hilfsbedürftigen und helfenden Ländern zu koordinieren hat. Bei Spenden für die Missionsschulen kommt hinzu, daß die Jugend ja nicht nur eine handwerkliche und technische Ausbildung erhält, sondern auch Religionsunterricht, so daß sie dann selbst zur Verbreitung der Lehren Christi beitragen

⁴⁰⁶ Der Direktor dieser Schule für ca. 150 Waisen- und arme Kinder, Pater José Carreño, hat seit 1946 (seit seiner Vertreibung aus Britisch-Indien als Spanier) eine mechanische, eine elektromechanische, eine Schreiner-, eine Schlosser- und eine Druckerei-Werkstatt in Goa aufgebaut. Trotz der bereits empfangenen Hilfe aus Westdeutschland und der Schweiz (V.S.K.-Druckerei Basel und Sandoz A.G. Basel) fehlen Pater Carreño immer noch Maschinen für seine Werkstätten!

⁴⁰⁷ In den USA werden z. B. neuwertige Maschinen an den Schrotthandel verkauft, sowie eine Maschine mit nur geringfügigen Neuerungen auf den Markt kommt. Viele Industrieunternehmen in Mexiko profitieren ausgiebig von dieser für sie sehr günstigen Marktlage.

kann. Die Christen Portugiesisch-Indiens sind z. B. zur Auswanderung gezwungen, wenn sie ihren Lebensunterhalt verdienen wollen. Sie gehen aber nicht nur in den heidnischen Westen, sondern auch in den „kommunistischen“ Osten, wo sie dann mit jener Sicherheit in die Fabriken eintreten können, die nur eine bessere technische Ausbildung gibt und wo sie Zeugnis von Christus ablegen können. Sie tun dies mit jener tiefen Gläubigkeit, die im Westen kaum noch zu finden ist. Sie ist seit den Tagen des Hl. Franz Xaver verlorengegangen und nur noch bei einzelnen selbstlosen Idealisten anzutreffen.

Nicht nur die privaten ausländischen Industriellen sollten ihren Möglichkeiten gemäß zur Steigerung der Kapitalbildung und der Verbreitung technischen Wissens in den Entwicklungsgebieten beitragen, sondern auch die Staatsmänner, indem sie die Voraussetzungen für diese Ziele schaffen. Im Falle Goa ist die Beilegung des seit 1950 andauernden Streites zwischen der indischen und portugiesischen Regierung eine Lebensnotwendigkeit für die dort lebende Bevölkerung von 600 000 Menschen, um deren Wohl man angeblich so sehr besorgt ist. Der auf beiden Seiten viel bewunderte Hl. Franz Xaver gab bei seiner Ankunft in Indien einen Beweis seiner Demut, indem er sich nach der harten Tagesarbeit immer neben das Bett des am schwersten erkrankten Goanese auf den Boden legte, um auch nachts sofort helfen zu können^{497a}). Wieviel weniger nationalistischer Stolz und Hochmut und wieviel mehr christliche Demut ist heute in der „hohen“ Politik notwendig! Auf einem Treffen Nehru-Salazar könnten politische Zugeständnisse gemacht werden, etwa Gewährung der vollen Selbstverwaltung durch Salazar und Anerkennung Goas als von New Delhi unabhängiger Freistaat (nach dem Beispiel Monaco) durch Nehru. Mit einer solchen Versöhnung und Einigung könnten die Grenzen für den freien Verkehr von Personen, Gütern und Kapitalien endlich wieder geöffnet werden und der Weg zu einer engen Zusammenarbeit wäre frei, eine Zusammenarbeit, die um so notwendiger ist, als man auf beiden Seiten viele gleichartige Probleme zu lösen hat. In Moçambique leben einige tausend Inder und Goanese, die eine Entspannung ersehnen. Die Indische Union steht seit 1952 an erster Stelle unter den ausländischen Käufern moçambikanischer Produkte (Akajunüsse), während Portugal von der Union nichts kauft! Gerade die in dieser Studie erwähnten portugiesischen Versuche mit den „Casais Agrícolas“, den „Volkshäusern“ und einige von uns für Portugal vorgeschlagene Kapitalbildungsformen können für die Indische Union lehrreiche Beispiele sein, während die indischen Erfahrungen mit den „Community Projects“, den „Cottage Industries“ usw. im Portugiesischen Reich genutzt werden könnten (z.B. Förderung der Produktion und des Exportes von Schnitzarbeiten des Makonde-Stammes in Nord-Moçambique über die Missionen). Möge eine Versöhnung und Zusammenarbeit in kürzester Frist zustande kommen! Zur Hoffnung berechtigt die Tatsache, daß die portugiesische Regierung unseren, Anfang April 1956 gemachten Vorschlag, alle „Satyagrahis“ freizulassen, angenommen hat (wenn auch erst 1957!), wenigstens für diejenigen, die nicht aus Goa sind. Wir hatten damals dem Propaganda-Minister (Secretario Nacional da Informação) Eduardo Brazão gegenüber an das Bekenntnis der Salazar-Regierung zum Christentum erinnert (vgl. S. XII und XIV). Brazão war allerdings seinerzeit gegen die Freilassung. Er ist heute Botschafter Portugals in Rom. —

^{497a}) Vgl. James Brodrick: Abenteurer Gottes. Leben und Fahrten des hl. Franz Xaver 1506–1552, Räter, Luzern 1954, S. 94.

IV. Anhang

a. Innere Kolonisation

1. „Casais Agrícolas“

... La loi précise que les terrains et en particulier tous ceux qui ont été améliorés au point de vue hydro-agricole, doivent, dans la mesure du possible, être utilisés pour l'installation de casais agricoles.

Ces exploitations se composent d'une maison d'habitation, avec dépendances pour l'exploitation rurale, et d'une superficie de terre suffisante pour assurer la subsistance d'une famille de cultivateurs.

Les casais agricoles constituent des unités économiques autonomes, suffisantes pour assurer le travail et la subsistance d'une famille; ils ne peuvent être morcelés; ils sont insaisissables et l'aliénation n'en est pas autorisée, sauf dans des cas exceptionnels, ce qui leur assure une existence durable.

Il appartient à l'Etat, par l'intermédiaire de la „Junta de Colonização Interna“ de faire effectuer tous les travaux nécessaires pour la constitution de casais, la construction des maisons d'habitation et des dépendances agricoles, ainsi que tous les travaux d'irrigation, de drainage, de nivellement et de défrichage indispensables pour la mise en marche de l'exploitation. D'autre part, l'Etat procède également aux travaux qui présentent un intérêt collectif comme la construction de routes, de chemins d'accès, les installations d'approvisionnement d'eau, la construction d'écoles, la mise en place de services d'assistance technique et sociale.

Tous les travailleurs ruraux et les petits agriculteurs qui n'ont pas de biens suffisants pour assurer la subsistance de leur famille et âgés de moins de 30 ans, peuvent postuler pour la concession de casais agricoles. Les casais sont concédés au début à titre d'essai, en régime d'usufruit provisoire, et pour une période de trois ans, prorogeable jusqu'à cinq ans. En même temps, le colon reçoit à titre de prêt, le capital indispensable à l'exploitation, en particulier les bestiaux et quelques instruments agricoles, les semences, les engrais et de l'argent destiné à constituer un fonds d'exploitation rurale.

Durant la période d'essai en régime d'usufruit provisoire, les colons paient à l'Etat un pourcentage — généralement un seizième — sur les principales productions de l'exploitation; la „Junta de Colonização Interna“ peut leur retirer la concession, sans autre formalité, dans le cas où ils apparaîtraient inaptes au métier d'agriculteur. Après cette période d'essai, l'usufruit définitif de l'exploitation peut être concédé; les colons doivent alors amortir le prix du casal ainsi que les emprunts consentis au début. Le prix du casal englobe la valeur des terres, augmentée du coût des bâtiments et des améliorations qui y ont été apportées. Il comprend aussi, dans la proportion qui revient aux bénéficiaires, le coût des travaux d'intérêt collectif.

Le remboursement des emprunts et du prix du casal s'effectue par annuités, 30 au maximum, également calculées à un intérêt de 2%; après remboursement intégral le colon devient définitivement propriétaire de son casal...“

(José Garces Pereira Caldas, Président de la Junta de Colonização Interna: „Colonisation intérieure“, in: Journal de Genève Nr. 239 vom 13. 10. 53 S. 7).

2. Das Meliorationengesetz (Lei de Melhoramentos Agrícolas).

... Norme de mise en valeur, essentiellement facultative, la Loi sur les améliorations agricoles a permis de réaliser une oeuvre d'une grande ampleur avec de larges répercussions dans la résolution des problèmes de la production et du travail agricole. Les moyens mis à la disposition de l'agriculture sont de nature technique et financière. L'assistance technique conseille les propriétaires pour toutes les améliorations qui intéressent le plus leur activité économique et qui peuvent

jouer un grand rôle dans l'économie nationale. Cette assistance peut aller au point de fournir des projets.

D'autre part, si les agriculteurs ne disposent pas de ressources propres, l'Etat leur concède une assistance financière en leur consentant des prêts hypothécaires amortissables à long terme, et à un taux d'intérêt de 2 %. Les annuités d'amortissement de ces prêts ne seront perçues que deux années après l'achèvement des travaux d'amélioration. La garantie réelle est fournie par des biens fonciers, qui incluent obligatoirement l'immeuble ou les immeubles à améliorer.

L'opportunité de cette loi est démontrée par les travaux qu'elle a permis d'entreprendre. Tout en servant les intérêts particuliers du propriétaire rural, elle s'efforce d'attacher davantage l'homme à la terre qu'il cultive, en éveillant son intérêt pour les améliorations à introduire dans l'exploitation, et en lui permettant d'augmenter son revenu et par conséquent lui garantir une plus grande stabilité.

Les prêts consentis aux cultivateurs, à un intérêt de 2 %, peuvent atteindre jusqu'à 90 % du coût des travaux envisagés et leur amortissement pourra s'effectuer dans une période maximum de 30 ans. Dans n'importe quelle organisation de crédit agricole, nous ne trouvons de système qui offre d'aussi grands avantages aux agriculteurs.

Cette œuvre de colonisation intérieure a été réalisée grâce à l'intervention directe de l'Etat. D'autre part, la loi sur les améliorations agricoles, qui compte maintenant six années d'existence, a également permis aux particuliers d'accomplir une œuvre de grande envergure aux nombreuses et heureuses répercussions sur tous les secteurs de l'économie. Jusqu'à la fin de 1952, elle a permis d'allouer des crédits pour un montant de 154 575 839 escudos, affectés à la réalisation de 14 389 travaux divers. Les travaux consacrés à l'irrigation, au drainage et au combat contre l'érosion, qui méritent une mention spéciale, ont, à eux seuls, absorbé 68 556 272 escudos, soit environ 44,3 % du total alloué.

(José Garces Pereira Caldas: „Colonisation intérieure“, a. a. O., S. 7.)

b. Entwicklung des Sparens und der Gewinnbeteiligung in der Kgl. Niederländischen Preßhefe- und Spiritusfabrik A. G. Delft⁴⁰⁸⁾.

1868—1870 J. C. van Marken plant die Einführung der Hefefabrikation in Holland, beschafft nach langjähriger Ausbildung zum Ingenieur das Anfangs-Aktienkapital von 150 000 Gulden und baut die kleine Fabrik.

1870 erste Hefe erzeugt. Van Marken hat von Anfang an seinen Arbeitern Vorträge gehalten und dafür gesorgt, daß ihre Kinder in die Schule gingen. Sein Ziel war den Arbeitern (die in der Hefefabrik mehr freie Zeit und mehr Lohn bekamen) zu zeigen wie man seine freie Zeit (Unterricht) und das zusätzlich verdiente Geld (Sparkasse) nützlich anwenden konnte. Die ungeschulten, unmündigen Arbeiter sollten zu vollwertigen Mitarbeitern gemacht werden, die sich ihrer Pflichten und Rechte innerhalb der Unternehmung als Arbeitsgemeinschaft bewußt sind und soziale wie ökonomische Probleme mit der Direktion besprechen können. Jedem sollte die Möglichkeit gegeben werden seine Persönlichkeit voll zu entfalten. Die Angelegenheiten des Einzelnen wurden berücksichtigt und von denjenigen der Gemeinschaft unterschiedlich behandelt.

1871 Aktienkapital um 50 000 fl. erhöht. Einrichtung einer Sparkasse, welche etwas höheren Zins zahlte, als die anderen Sparkassen.

1872 Verbilligung der Lebensmittel für das Personal durch Engroseinkauf.

1874 Einführung eines Prämiensystems für gute Leistungen. 10—24 % der Löhne.

1877 Brandversicherung, auch für die Häuser des Personals.

1878 Obligationenausgabe in Höhe von 125 000 fl. Ein Teil der Fabrik abge-

⁴⁰⁸⁾ J. C. van Marken: Uit het Fabrieksleven Delft 1869—1905, Van Markens Drukkerij-Vennootschap, Delft, 3 Bde., Die soziale Organisation in der Industrie, Delft 1900. Ferner: Jubiläumsschrift 1870—1930, Jahresberichte und „De Fabrieksode“ Delft.

brannt, so daß die Arbeit bis zum Neuaufbau eingestellt werden mußte (4 Monate). Löhne wurden durchbezahlt! Einrichtung einer Bibliothek. Einführung der Vertretung des Personals, genannt „Der Kern“, als beratendes Organ bei der Direktion. Aufstellung eines „Dienstreglements“. Einrichtung eines Pensionierungssystems.

1879 Gewinnbeteiligung für das Personal eingeführt. Eröffnung eines Gemeinschaftshauses mit Lese- und Spielsälen. Sparkasse für ausbezahlte Leistungsprämien. Das neue Pensionierungssystem funktionierte nicht sehr gut, weil es mit den Gewinnen finanziert werden mußte, welche in den ersten Jahren nicht hoch waren. Durch eine kollektive Versicherung gab van Marken seinen Mitarbeitern die Möglichkeit, für ihre alten Tage vorzusorgen. Er ließ die Pensionen seit 1887 auf Unkostenrechnung buchen und überzeugte die Aktionäre davon, daß ein Gewinn ohne Altersvorsorge ebenso unmöglich ist, wie ohne Abschreibungen.

1880 Brand einer Mühle der Fabrik. Krankenversicherungsfonds angelegt. Einrichtung einer Abteilung für Angelegenheiten des Personals. Beschluß der Aktionäre von nun an 10 % des Übergewinns (Gewinn über die normale Verzinsung des Kapitals von 5 % hinaus) der Direktion für die Pensionierung des Personals zur Verfügung zu stellen.

1881 Beteiligung des Personals am Kapital der Unternehmung. Aktienkapital um 200 000 fl. erhöht.

1870—1881 123 333 fl. als ordentliche Verzinsung von 5 % und 118 600 fl. als Übergewinn für 7 Jahre (5 brachten keinerlei Gewinn) an die Aktionäre, 494 100 fl. an Löhnen und 104 000 fl. als Gewinnanteil an das Personal ausbezahlt.

1882 kein Gewinn erzielt. Lehrlingsschulsystem eingerichtet. „Agneta-Park“ (benannt nach dem Namen von Frau van Marken) gegründet. Als einer der ersten europäischen Unternehmer verschaffte van Marken seinen Arbeitern gute Häuser in einer angenehmen Umgebung. Die mit seinen eigenen Mitteln finanzierten Häuser sollten in ihr Eigentum übergehen, indem sie die Mieten zur Tilgung der Kaufsumme verwendeten. Die Arbeiter hatten noch nicht volles Verständnis für den Wert dieser Maßnahmen. Die erste Nummer der Fabrikzeitung „De Fabriksbode“ erscheint. Vermutlich die älteste noch heute erscheinende Fabrikzeitung der Welt. Van Marken legte darin seine sozial-ökonomischen Ideen dar. Diese Artikel sind im dreiteiligen Buch „Aus dem Fabriksleben“ gesammelt. 10 000 fl. werden dem Personal geschenkt, damit es Kapital-Mitbesitzer wird.

1883 Obligatorische Krankenversicherung eingeführt.

1884 A. G. „Gemeinschaftliches Eigentum“ (an Wohnhäusern) gegründet.

1885 Kindergarten eröffnet. Bakteriologisches Laboratorium eingerichtet. Da van Marken zu wenig mit den alten Arbeitern gerechnet hatte, gründete er einen Fonds für Alters- und Invalidenpensionen, der noch heute gute Dienste leistet. 5 % des Übergewinns wurden dafür von den Aktionären zur Verfügung gestellt.

1886 Witwen- und Waisenfürsorge begonnen.

1887 Zusicherung von Pensionen an das Personal, unabhängig davon, ob die Fabrik mit Gewinn oder Verlust gearbeitet hat. Einführung eines Schiedsgerichtes für die Beilegung von Meinungsverschiedenheiten zwischen Direktion und Personal. Es mußte 1896 wegen der Unreife des Personals wieder aufgelöst werden.

1889 Sekretariat für soziale Angelegenheiten bei der Direktion.

1890 Statuten mit Rechten und Pflichten für das Personal als Verbesserung des Dienstreglements aufgestellt. Aktienkapital auf 800 000 fl. erhöht.

1891 Drei Urlaubstage im Jahr eingeführt. Wie bisher „Arbeitsdividende“ gezahlt. Aktiengesellschaft zum Betrieb einer Druckerei gegründet, die durch Sparsamkeit des in ihr arbeitenden Personals in das Eigentum desselben übergehen sollte.

1892 Eröffnung des Gebäudes „Die Gemeinschaft“ zur Entspannung des Personals. Damit richtete van Marken ein Mahnmal auf, welches stets daran erinnern sollte, daß eine Unternehmung nur sinnvoll sein kann, wenn die „Arbeitsgemeinschaft“ aller Betriebsangehörigen so stark wie möglich ist. Im Haus „Die Gemeinschaft“ organisierte van Marken jedes Jahr einen „Gemeinschaftstag“ mit Festlichkeiten.

1893 Zuweisung von Gärten an die Arbeiter.

1894 Aktienkapital auf 1 050 000 fl. erhöht.

1895 Neben den bisherigen 10 % werden weitere 5 % des Übergewinns auf Kosten des Direktors van Marken (Tantième) für das Personal bestimmt.

1897 Aktien- und Obligationenkapital auf je 1 350 000 fl. erhöht.

1901 Das Aktienkapital der 1891 gegründeten Druckerei ist vollständig in die Hand des in ihr arbeitenden Personals übergegangen, das heißt, daß die 25 000 fl., welche von van Marken vorgeschossen worden waren, wieder ohne Verlust in seinen Besitz kamen. Diese Tilgung war aber nur durch Schenkungen von Dividenden und Tantiemen möglich, denn das Personal selbst zeigte keine Neigung zum Sparen. Es war nicht imstande die folgenden Kapitalerhöhungen zu tragen und wäre auch heute nicht in der Lage solche Finanzierungen vorzunehmen. Infolgedessen befindet sich nur noch die Hälfte (100 000 fl.) des Kapitals in der Hand des Personals.

1902 Aktienkapital der Fabrik auf 2 000 000 fl. erhöht.

1904 Unfallversicherung eingeführt.

1910 Neues System der Teilhaberschaft des Personals am Kapital der Unternehmung aufgestellt. Die ersten 200 Anteile à 1000 fl. werden in Form von Zertifikaten pro rata der Gehälter und Löhne verschenkt. Auf die Zertifikat-Coupons wird dieselbe Dividende bezahlt wie für die Aktionäre. Die Anteile werden gesondert verwaltet. Es erfolgt die Gründung einer Zertifikat-Sparkasse, welche zur Sicherung ihrer Anlagen eine Reserve für Kursverluste bilden muß. Die Aktionäre ermöglichen durch Verzicht auf weitere 5 % des Übergewinns die Bildung eines Sonderfonds, der den Rückkauf der Zertifikate von Arbeitern bezweckt, die kündigen oder entlassen werden. Dadurch bleiben diese Aktien insgesamt zur Verfügung des Personals.

Alle Fonds des Personals werden in einer juristischen Person vereinigt, der „Vereinigung zur Wahrnehmung der Interessen des Personals, das bei der Niederländischen Preßhefe- und Spiritusfabrik, Betrieb Delft, in festem Dienst steht“, damit die in den Fonds gesammelten Kapitalien vom Gang der Geschäfte der Fabrik unabhängig gemacht werden können und somit sichergestellt sind.

1913 Bei einer Erhöhung des Kapitals machte das Personal von seinem Bezugsrecht Gebrauch und kaufte dadurch 60 Anteile.

1914 Neben der „Gemeinschaft“ noch ein Gebäude zur Unterhaltung des Personals gebaut: „Das Zelt“, mit Kegelbahnen, Saal, Bühne usw. 1927 renoviert.

1919 Abkommen mit den Arbeiterverbänden, daß Löhne und Arbeitsbedingungen fortan von ihnen geprüft werden, während alle anderen Probleme dem „Kern“ zur Diskussion vorzulegen sind.

1920 Die Aktionäre schenken dem Personal weitere 200 000 fl. Letzteres macht vom Bezugsrecht Gebrauch. 25 % des Reingewinns kommt jetzt dem Personal zugute.

1923 Einteilung des „Kerns“ in fünf Kammern, die einzeln oder gemeinsam beraten: 1. Oberste Beamte, 2. Höhere Beamte und Meister, 3. Beamte (Bureau-

personal, Technisches und Verwaltungs-Personal), 4. Werkmeister („Untermeister“), Vorarbeiter, 5. Arbeiter.

1924 Bau von 150 Wohnungen im „Agneta-Park“. 690 Anteile à 1000 fl. in der Hand des Personals. Die ausgeschüttete „Arbeitsdividende“ beträgt seit 1920 durchschnittlich 16 % des Lohnes.

1930 Familienvorsorgefonds angelegt.

1950 Anlässlich des 80jährigen Jubiläums der Fabrik schenken die Aktionäre dem Personal 250 000 fl., die zum Ankauf von Anteilen bestimmt werden. Bereitstellung von 134 Anteilen zum Verkauf an das Personal, das sie mit eigenen Mitteln erwirbt. Die sofortige Finanzierung dieses Kaufs wurde dadurch ermöglicht, daß die „Vereinigung“ (sämtliche Fonds des Personals) die benötigte Summe vorschöß gegen Hinterlegung der Anteile als Pfand und Verzinsung von $3\frac{1}{2}$ %. Zur Tilgung dieses Darlehens dienen Beträge der 5 % vom Übergewinn, welche für den Rückkauf von Anteilen aus der Hand von kündigenden, zu entlassenden und in die Pensionierung gehenden Mitgliedern des festen Personals (siehe 1910) nicht benötigt werden, ferner die Dividende auf jene 134 Anteile und der Rest von den 6 % des Übergewinns (Gewinn nach Verteilung von 6 % Dividende auf die Prioritätsaktien und $2\frac{1}{2}$ % Primärdividende auf das übrige Aktienkapital), der nach Erhöhung der Arbeitsdividende noch übrig bleibt. Diese 6 % waren 1950 statt für die Direktoren für das Personal bestimmt worden. Übergewinnverteilung in % vor 1950 (und ab 1950): 50 (50) an Aktionäre, 25 (31) an das Personal (davon 15 (21) Arbeitsdividende, 5 (5) Pensionsfonds, 5 (5) Stiftung zum Rückkauf der Anteile des Personals), 21 (15) an die Direktion und 4 (4) an den Aufsichtsrat. Die Arbeitsdividende, welche pro rata der Gehälter und Löhne in bar ausbezahlt wird, betrug 1951 4,5 % und 1952 4,8 %. Am 1. 1. 1950 erreichte die Summe aller in der „Vereinigung“ zusammengefaßten Fonds 18 Mill. fl., also 2 084 000 fl. mehr als das gesamte Aktienkapital (15 916 000 fl.).

Die letzten Geschäftsergebnisse:

Jahr 31. Dez.	Gew. A. K.		Davon Ei- gentum d. ri- vi- den- A. K. de		Netto- Ge- winn fl.	An das Personal		An die Aktionäre		Zur Verfügung d. Direktoren		An d. Ver- waltgs.-Rat		
	1000	1000	%	%		fl.	%	fl.	%	fl.	%	fl.	%	
	fl.	fl.				fl.		fl.		fl.		fl.		
1940	15616	1380	8,83	50	7,5	1955000	493900	25,3	1067700	54,8	327936	16,8	62464	3,1
1950	15866	1630	10,27	50	7,5	1986250	614096	31,0	1067700	53,8	237990	12,0	63464	3,2
1951	16000	1764	11,00	50	7,5	2003000	628300	31,4	1067700	53,1	240000	12,0	64000	3,2
1952	16000	1764	11,00	50	8,0	2163000	686720	31,8	1141880	52,8	264000	12,2	70400	3,2

Einige Jahre ohne jeglichen Gewinn (während der ersten Dekade nach der Gründung) wechselten mit gewinnreichen, in denen trotz umfangreicher Abschreibungen und Anlage von Reservefonds hohe Dividenden ausgeschüttet werden konnten. Bis heute kennt diese Fabrik keinen einzigen Streik. Die Arbeiter-Gesellschafter der Druckerei haben 1899 sogar Verdoppelung des Gehalts der Direktoren vorgeschlagen⁴⁰⁰). In Anbetracht der Tatsache, daß das Personal nicht nur eine ökonomisch-organisatorische, sondern in erster Linie eine menschlich-gesellschaftliche Arbeitsgemeinschaft darstellt, wird es regelmäßig über den Gang der Geschäfte unterrichtet. Seine Vertretung, „Der Kern“, hält Versammlungen ab, an denen Fragen aller Art an die Direktion gestellt werden können. Der General-Direktor, Ingenieur W. H. van Leeuwen, Vorsitzender der „Contactgroep Opvoering Productiviteit“ (Niederländisches Produktivitäts-Zentrum), Vorstandsmitglied des Verbandes holländischer Arbeitgeber und

⁴⁰⁰) van Marken: Die soziale Organisation in der Industrie, a.a.O., S.X.

Mitglied zahlreicher Verwaltungsräte, bemerkte dazu in einem Interview⁴¹⁰⁾: „Auf der letzten Versammlung für die Verteilung der Arbeitsdividende sind so interessante und ganz genau zur Sache gehörende Fragen gestellt worden, daß diese Besprechungen auf einem viel höheren Niveau standen, als jene irgendeiner Generalversammlung der Aktionäre, an der ich im Jahre 1951 teilgenommen habe. So etwas schafft eine starke Verbundenheit mit dem ganzen Personal.“

Die Kgl. Niederländische Preßhefe- und Spiritusfabrik ist die erste Fabrik in Holland, die eine Vertretung des Personals zur Beratung der Direktion organisierte. Noch 1940 gab es nur 175 bis 200 solcher Vertretungen in ganz Holland. Nachdem 1950 der Sozial-Ökonomische Rat eingerichtet worden war, ein Gremium öffentlichen Rechts, zusammengesetzt aus Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Regierungsabgeordneten, ausgestattet mit staatlicher Zwangsgewalt auf dem Gebiet des Betriebslebens, kam es 1953 zur Anordnung, daß die einzelnen Unternehmungen einen „Unternehmensrat“ bilden müssen. Aufsicht über diese Räte führen die „Betriebskommissionen“ (Arbeitgeber und Arbeitnehmer) aus demselben Wirtschaftszweig. Sie haben über der Beachtung des neuen Gesetzes zu wachen, Unternehmensreglemente zu beurteilen und Zuständigkeits- und Auslegungsfragen zu entscheiden. Unternehmensräte sind beratende Organe, deren Vorsitzender der Unternehmer oder Direktor sein muß. Die selbständige Funktion der Unternehmer wird durch diese Räte keineswegs beschränkt. Bei nicht einstimmig beschlossenen Ratschlägen entscheidet stets der Direktor. Nur bei formellen Meinungsverschiedenheiten über die Anwendung der Bestimmungen des Reglementes darf der Entscheid der Betriebskommissionen beantragt werden. Das neue Gesetz verlangt keine Einteilung des Unternehmensrates in Kammern und bestimmt, daß in einer Unternehmung mit bis zu 1000 Arbeitnehmern 13 Vertreter des Personals in den Unternehmensrat gewählt werden müssen, für jede weiteren 1000 zwei mehr bis zur Höchstzahl von 25. Hier liegt der einzige Unterschied zu der in der Kgl. Niederl. Hefe- und Spiritusfabrik bis dahin gültigen Regelung, nach der 47 Abgeordnete des Personals als „Kern“ oder Unternehmensrat arbeiteten. Davon hatten allerdings die Beamten (16 Abgeordnete) bisher kaum etwas zu beraten. Das Hauptgewicht lag bei der Arbeiterkammer (18 Vertreter), obwohl ihr seit 1919 alle Diskussionen über Löhne und Arbeitsbedingungen von den großen Arbeiterorganisationen abgenommen werden. Nach 1953 sind die alten Kammern bestehen geblieben; aus ihnen wird jedoch ein Unternehmensrat von 18 Vertretern gewählt, der nach den Weisungen des neuen Gesetzes arbeitet.

Außer dem „Kern“, der direkten Vertretung des Personals, bestehen noch folgende soziale Einrichtungen bei der Delfter Hefefabrik:

A. *Sekretariat bei der Direktion für soziale Angelegenheiten*, beauftragt mit der Koordination der Arbeiten aller sozialen Abteilungen, sowie der Betriebs- und Produktionsabteilungen mit den sozialen. Forschungen und Ratschläge zu Händen der Direktion.

B. *Abteilung Interessen des Personals*

- a. Sozialgesetzgebung, Lohn- und Arbeitsbedingungen, Arbeitsdividende (variiert je nach Zahl der Beschäftigten und Höhe der Summe aller Löhne und Gehälter), Beratung des Personals, Entspannung und Schulung (das Personal bildet 20 Vereine), Vertretung des Personals („Der Kern“).
- b. Sozialwerke: Wohnungsprobleme, persönliche Verbindung mit dem Personal (u. a. durch die freiwillige Sparkasse), Familienfürsorge, Hausbesuche bei Jubiläen und Krankheit, Aufsicht über Näh-, Strickschulen, Kindergärten und anderen Unterricht.

410) Werkgevers en werknemers samen aan één tafel, in: Elseviers Weekblad, Amsterdam, 26. 1. 1952, S. 4.

C. *Abteilung Angelegenheiten des Personals*, beauftragt mit Anstellungen, Versetzungen, Entlassungen, Statistik, Gewährung von Subventionen an Schulen und Lehrgänge, Beförderungen, Einstufungen und Beurteilungen, Redaktion und Verwaltung des „Fabriksboten“.

D. *Abteilung Fonds des Personals*

- a. Die „Vereinigung“, in der fast alle Fonds zusammengefaßt sind: Pensionen, Krankenfürsorge, Witwen- und Waisenfürsorge, Sparwesen, „Der Kern“, Unterricht und Entspannung, Familienfürsorge.
- b. Stiftung: Fonds für Invaliditäts- und Alterspensionen.
- c. Verwaltung der auf den Namen lautenden Anteile des Personals am Kapital der Gesellschaft.
- d. Stiftung Familienfürsorge (ein besonderer Fonds, der der Abteilung Familienfürsorge jährlich Gelder zur Verfügung stellt).

E. *Aktiengesellschaft „AgnetaPark“*. Unterhalt der Arbeiterwohnungen im Agnetapark, der Gemeinschaftsbauten („Die Gemeinschaft“, „Das Zelt“) und der Kinderspielplätze. Betrieb eines Ladens, in dem alle Waren, einschließlich Lebensmittel und Kohlen verkauft werden.

Wie das obige Beispiel zeigt, ist es also durchaus möglich schon kurz nach der Gründung von industriellen Unternehmungen, selbst unter den schwierigsten Umständen, Sozial-Fürsorgeeinrichtungen aufzubauen. Zweifellos werden einige Systeme der Delfter Fabrik auch in Portugal anwendbar sein. Besonders wichtig ist dort die Schaffung von Schulungsmöglichkeiten für die Arbeiter und ihre Kinder durch die Unternehmungen selbst, so daß das Analphabetentum⁴¹¹⁾ wirksam bekämpft werden kann. Die Kosten, die der Delfter Fabrik durch die Übernahme des Unterrichts in allen, für die Fabrik benötigten handwerklichen und kommerziellen Arbeiten und durch die Schule für Kinder von Betriebsangehörigen entstanden sind, konnte sie aus eigenen Mitteln decken.

Der Prophet van Marken hat zu seinen Lebzeiten nicht einmal in seiner Heimat jene Beachtung gefunden, die ihm zukommt. Man bezeichnete ihn verächtlich als „sozialistischen Unternehmer“, ohne seine Erfolge zu studieren. Heute wird er wenigstens in Holland als großer Sozialpionier geehrt. Erstaunlich ist immerhin, daß es gegenwärtig noch holländische Nationalökonomien gibt, die sein Werk nicht würdigen. Der Leidener Professor C. Weststrate gibt zum Beispiel eine verdienstvolle Beschreibung des portugiesischen Korporationensystems und erwähnt die Delfter Fabrik, aber ohne auf van Marken und seine vorbildlichen Fürsorgeeinrichtungen aufmerksam zu machen⁴¹²⁾:

„Beteiligungssystem bedeutet, daß der Arbeiter neben seinem Lohn auch einen Teil des Gewinns der Unternehmung bekommt. In der Regel wird dieses System für die höchsten Beamten der Aktiengesellschaft angewendet; Direktoren beziehen neben einem festen Gehalt (Zeitlohn) einen Teil vom Gewinn, genannt „Tantième“. Sonst wird das System wenig gebraucht. Bekannt ist die Anwendung, die es hierzulande (Holland) in der Preßhefe- und Spiritusfabrik in Delft gefunden hat. Der Vorteil, den man dabei im Auge hat, ist offensichtlich, den Arbeiter am Geschäftsgang der Unternehmung zu interessieren und ihn damit zu besserer Arbeitsleistung anzuregen; durch seine Beteiligung am Gewinn wird auch er stets die Früchte seiner besseren Arbeit ernten. Aber in der Praxis ist seine Beteiligung meistens zu klein, um als Anregung stark genug sein zu können.“

Gibt es sonst noch eine Unternehmung, die mehr als ein Drittel des Übergewinns an ihr Personal (ohne Direktoren, denen 15 % zur Verfügung gestellt werden) verteilt und deren Kapital sich zu 11 % in der Hand ihrer Mitarbeiter befindet? Wir glauben nicht, daß „die Beteiligung zu klein ist, um als Anregung stark genug sein zu können“, wie Weststrate meint. Er sollte nur die Schäden in Rechnung stellen, die in anderen Fabriken durch Streiks verursacht werden.

⁴¹¹⁾ Vgl. S. 23, 25, 26, 47, 72, 148, 185, 192.

⁴¹²⁾ „Beschrijvende Economie“, Stenfert Kroese, Leiden 1953, S. 246.

Während einiger Jahre zwischen 1920 und 1930 wurden durch die Gewinnbeteiligung sogar Lohnerhöhungen von 16 % erreicht. Heute sind sie auf etwa 5 % gesunken wegen erheblicher normaler Lohn- und Gehaltssteigerungen und geringer Erhöhungen der Reingewinne (infolge stark gestiegener Steuerabgaben).

c. Gewinnbeteiligungssystem der Wellco Shoe Corporation Waynesville, North Carolina, USA (Stand: Januar 1953)

„... EMPLOYEES' PROFIT SHARING PLAN. It is the intention of this plan that all employees shall have a share in the profits of the company. To accomplish this, the employees are divided into the following groups and specific percentage of the profits allocated to each group.

Group	Percentage
Factory employees	20 %
Office employees	2
Supervisors	3
Salesmen	3
Executives	2
Total	30 %

PROFIT TO BE SHARED

The profit to be shared with employees should be the profit they help to earn — that is, the profit from the manufacture and sale of shoes. It should not include income from sources not connected with the work of the employees.

Fixed obligations of the company such as dividends on preferred stock and annual payments of principal on loans outstanding should first be deducted from this profit before any profit-sharing calculation is made. This deduction has a twofold purpose. It protects the company's cash position, insuring that the fixed obligations are met before cash is distributed as profit-sharing. And it gives all employees a direct interest in reducing the obligations of the company.

The profit sharing computation is made on an annual basis before any deduction is taken for income taxes.

ELIGIBILITY FOR PROFIT-SHARING

Employees will be eligible for profit-sharing after six months service with the company. Eligibility will be lost on the day an employee leaves the employ of the company.

METHOD OF DISTRIBUTION

The amount of profit-sharing for each group will be distributed as follows:

1. Factory employees

Profit-sharing will be divided equally among all eligible factory employees, except that employees who have been absent from work will have an amount deducted that corresponds to the days they have missed.

To accomplish this deduction the following system will be used:

- The working days of the plant for the fiscal year will be computed.
- The working days of each employee in the fiscal year will be determined by deducting the working days the employee was absent or ineligible for profit-sharing from the plant's total working days of the fiscal year.
- The total working days of all employees should then be determined for the fiscal year.
- The profit sharing of each employee will be the percentage that his working days bears to the total working days of all employees.

2. Office employees

The profit sharing amount allocated to office employees will be distributed by making the same calculation for office employees as outlined for factory employees in the paragraph above.

3. Supervisors

The supervisor's profit sharing amount will be divided equally among the supervisors eligible.

4. Executives

The executives profit sharing will be divided in accordance with prearranged agreement.

5. Salesmen

A quota of sales that it is expected each salesman will make during the fiscal year will be set up at the beginning of the year. Each salesman must agree that his quota is one that he can reach.

The profit sharing amount for salesmen will be divided equally among the salesmen who reach their quota of sales.

DATE OF PAYMENT

The profit sharing will be paid in two installments. One-half will be paid two months after the end of the fiscal year. One-half will be paid six months after the end of the fiscal year.

COMMENTS

Since no company is exactly like another, no one profit sharing plan will exactly fit the requirements of all companies. For instance, any company setting up a profit sharing plan would want to set the percentage to be allocated to various groups only after weighing carefully many different factors such as the degree of responsibility of various groups, the number of people involved, the pay scale, etc.

How the profit sharing should be handled for employees of each group who leave the employ of the company should also be carefully considered and rules determined in advance. Here again, the policies of the particular company will have much to do with how the rules are set...."

d. Auszüge aus der Beschreibung des Portweingebietes Ober-Douro von H. Lautensach (a.a.O., II, S. 33—38).

„... Die Lebensadern des Ober-Douro sind der Strom und seine Nebenflüsse nicht nur deshalb, weil sie die Täler, aus denen diese Landschaft besteht, erodiert haben und den Verkehr tragen und leiten. Durch ihre Erosionsarbeit haben sie der Landschaft zugleich ein ausgeprägtes Sonderklima gegeben, auf dessen Eigenart die gesamte Wirtschaft ruht. Zwei Haupttatsachen bestimmen diese klimatische Eigenart: die geringe Meereshöhe und der Schutz, den die Talhänge sowie insbesondere die den Ober-Douro im Westen gegen die maritimen Einflüsse absperrenden Gebirgsketten der Serra do Marão und de Montemuro erzeugen. Unter Umkehrung des für Hoch-Traz-os-Montes geltenden Sprichwortes („Land mit drei Monaten Hölle und neun Monaten Winter“) hat man den Ober-Douro ein „Land mit neun Monaten Hölle und drei Monaten Winter“ genannt. Er ist im allgemeinen Sprachgebrauch das „Heiße Land“ (terra quente), im Gegensatz zum „Kalten Land“ (terra fria) der Beira Trasmontana und von Hoch-Traz-os-Montes. Ich rechne den Ober-Douro daher so weit, wie die Terra quente an den Hängen und in den Tälern aufwärts reicht...

Die Sommer sind lang, glühend heiß und extrem trocken, besonders unter dem Einfluß der kontinentalen Ostwinde, die sogar das Laub der Reben zum Welken bringen können. „Die ganze Atmosphäre schien wie aus einem Backofen zu kommen“ schreibt Link (a.a.O., Bd. II, S. 107) vom Juli 1798 in Régoa. Die in Mirandela (280 m) gemessenen Temperaturen erreichen 41 Grad, selbst in Moncorvo (415 m) hat man noch über 39 Grad erlebt, und in der Tiefe des Dourotals, aus der zuverlässige Temperaturmessungen bisher nicht veröffentlicht sind, dürften wegen der Reflexion der Sonnenstrahlen von den Schieferwänden die absoluten Maximaltemperaturen noch wesentlich höher sein. Die durchschnittlichen Juli- und

Augusttemperaturen sind in Moncorvo höher als auf jeder anderen Station Nordportugals, ja Algarves (R. Freymann: Das Klima von Portugal, Diss. Gießen 1935). Sämtliche sieben Niederschlagsstationen mit längerer Beobachtungszeit verzeichnen drei Monate (Juni-August) mit weniger als 30 mm Niederschlag, und im August sinkt die Niederschlagshöhe auf fünf dieser Stationen sogar unter 10 mm. Die Luftfeuchtigkeit ist dann ebenfalls ungemein niedrig (Moncorvo Augustmittel 44 v. H.); die kleineren Flüsse trocknen aus, der Tua und Sabor werden an verschiedenen Stellen durchwatbar. Die Niederschläge konzentrieren sich auch hier stark auf die Wintermonate und zeigen im März das für Nordportugal überall charakteristische sekundäre Maximum. Ihre absolute Höhe bleibt aber auch dann relativ gering. Infolgedessen erreichen die Jahresdurchschnittsbeträge nirgends 600 mm, ja bleiben stellenweise unter 500 mm. Schneefälle sind selten.... Die mittleren Temperaturen der Wintermonate liegen in Mirandela und Moncorvo zwischen 5,5 und 8 Grad. Gelegentliche Kälteeinfälle aus Altkastilien haben das Thermometer in Moncorvo aber schon auf — 7,2 Grad sinken lassen. Die Jahreschwankung der Monatstemperaturen ist größer als irgendwo sonst in Portugal und verrät deutlich den kontinentalen Einfluß...

In der Tat sind Gestein und Klima von grundlegenden Bedeutung für die Güte der Reben. Der Schieferboden besitzt nach mineralischer Zusammensetzung wie Wasser- und Wärmeverhältnissen außerordentlich günstige Bedingungen, und das heutige Demarkationsgebiet des Portweins deckt sich mit der Verbreitung des Schiefers nahezu völlig. Das Portwein-gebiet erhält auf diese Weise gewisse Züge, die an das Rhein- und Moseltal im Schiefergebirge erinnern. Ausschlaggebend ist weiter der Sonnenreichtum, der geringe Grad der relativen Feuchtigkeit und die Niederschlagsarmut des langen Sommers. Um einen guten Portwein zu liefern, müssen die Trauben einen enorm hohen Zuckergehalt bekommen. Dieser betrug z. B. nach den Untersuchungen von J. Duarte de Oliveira am 27. September 1910 in der Rebsorte Tinta Francisca auf der Quinta da Costa do Castedo bei Foz Tua (120 m Höhe) 228 g/l, in Murça (rd. 550 m) 170 g/l. Der Zuckergehalt nimmt also mit der durch die größere Höhe bedingten Temperaturerniedrigung ab, und so wird es verständlich, daß die Portweinherstellung eine überall scharf ausgeprägte, wenn auch mit dem Lokalklima etwas oszillierende Höhengrenze besitzt. Die höchsten Portweinreben habe ich an der Südseite des Lebre südwestlich von Vila Real in 700 m getroffen. Meistens liegt diese Grenze aber wesentlich tiefer, besonders auf den nach N gekehrten Schattenseiten der Täler und insbesondere des Dourotales, auf denen sie oft schon in 200—400 m über dem Fluß auftritt und wo selbst in diesen geringen Höhen weniger gute Ergebnisse erzielt werden. Die Weinernte (vindima) erfolgt in dem Augenblick, in dem der Zuckergehalt der Trauben sein Maximum erreicht hat. Der durchschnittliche Erntetag der verschiedenen Weingüter (quintas) ist daher ein sehr empfindliches Mittel zur Feststellung des Lokalklimas, jedoch fehlen bisher systematische Untersuchungen dieser Art. J. E. dos Santos verzeichnet als besonders frühzeitig eine Reihe von Weingütern in sehr niedriger Lage in der Osthälfte des Dourotales (S. 90). Andererseits ist der Erntetermin des einzelnen Weingutes in den verschiedenen Jahren ein ausgezeichnetes Hilfsmittel zur Beurteilung der Klimaschwankungen...

Infolge der einzigartigen orographischen Begünstigung trägt das Klima im Niederschlags- wie Temperaturgang nicht nur kontinentale, sondern auch südportugiesische Züge. Der Ober-Douro ist klimatisch wie pflanzengeographisch ein Stück binnenländisches Südportugal, das nach Nordportugal versetzt ist. Die Rolle, die im spontanen und subspontanen Pflanzenkleid die Steineiche und der Landanstrach spielen, belegen diese Tatsache anschaulich. Die Mandelbaumkultur wird innerhalb Portugals nur noch in Algarve mit gleicher Intensität betrieben. Aber der Ober-Douro ist nicht ein Stück Südportugal schlechthin. Was den Ober-Douro von den vergleichbaren Landschaften Südportugals scharf unterscheidet, ist die außerordentlich kräftige Reliefenergie, ein ausgesprochen nordportugiesisches Merkmal. Die Nordportugiesische Reliefenergie zusammen mit dem südportugiesischen Klimacharakter erzeugt die Grundlage für die ausgeprägte landschaftliche Sonderstellung des Ober-Douro, die ihren prägnantesten Ausdruck in der Tatsache findet, daß nur hier auf der Erdoberfläche Reben wachsen, die einen Edelwein von der Art des Portweins liefern können....“

Literatur über den Portwein

- J. de Campos Pereira*: Economia e finanças — a propriedade rústica em Portugal — superfícies, produções, rendimentos, valores. Lissabon 1915.
- Real Academia das Ciências*: Memoria sobre o estado da agricultura e commercio do Alto-Douro. In: Memórias económicas, III, Lisboa 1791, S. 73—153.
- C. da Cunha Coutinho*: Le pays vinicole du Haut-Douro. Porto 1908.
- W. J. Hesselink*: Über die Weine des Weinbaugebietes am Douro, die sog. Portweine. Diss. München 1904.
- A. do Vale Coêlho Pereira Cabral*: A região vinhateira do Alto Douro desde a Barca de Alva até ao Cachão da Valeira. In: Boletim da Direcção geral da Agricultura VI, 1894, Nr. 3.
- J. E. dos Santos*: O vinho do Porto. Seu passado, presente e futuro. Lissabon 1916.
- G. Pereira*: Les vignobles du Nord du Portugal. In: Revue géogr. des Pyrénées et du Sudouest III, 1932, S. 202—33.
- Costa Lima*: Le vin de Porto. In: Le Portugal et son activité économique, Min. aff. étrang., Lissabon 1932, S. 87—146.
- A. Bonnet*: Le vignoble du Douro et le vin de Porto. In: Le progrès agricole et viticole XLV, 1928, S. 499—504, 530—35, 554—58, 575—80.
- Visconde de Villa Maior*: O Douro illustrado. Porto 1876. 226 S.
- Jornal do Comercio*: O vinho do Porto. Nr. 30 661 vom 28. 11. 54, S. 7, Lissabon.
- Journal de Genève*: Vin de Porto. Nr. 239 vom 13. 10. 53. Ebenda: L'Organisation corporative du Vin de Porto.
- Der Bund, Bern*: Der Portwein. Von der Traube zur Weinprobe. Nr. 175 vom 14. 4. 54 (Sonderbeilage).
- Basler Nachrichten*: Portweine — Herolde Portugals. Sonderbeilage zu Nr. 157 vom 13. April 1954.
- B. C. Cincinnato da Costa*: Le Portugal vinicole, Lisbonne 1900. — Le Portugal au point de vue agricole, Lisbonne 1900.
- Goldschmidt*: Der Wein von der Rebe bis zum Konsum.
- Hamm, W.*: Das Weinbuch.
- Vizetelly, Henry*: Facts about Port and Madeira, London 1880.
- Koeckritz, Franz*: Weinbau und Weinhandel, Knoppke, Berlin 1941.
- Instituto do Vinho do Porto*:
- 1) Anais, Porto.
 - 2) Cadernos mensais de estatística e informação, Porto, mtl.
- Office International du Vin*: Annuaire, Paris.
- Pereira, Armando Gonçalves*: L'économie vinicole du Portugal, L. 1934.
- Vaz, Domingo Faria*: Estimativa das produções de vinho branco e de vinho tinto nos anos de 1927 a 1936, INE 1950.
- Croft, John*: Um tratado sobre os vinhos de Portugal, Instituto do Vinho do Porto, Porto 1940.
- Ministério do Comércio e Indústria*: Os vinhos nacionais nos mercados externos, L. 1939.
- Simões, Nuno*: O Vinho do Porto e a defesa internacional da sua marca, Imprensa da Univ. de Coimbra 1932.

e. Bericht der OECE über Portugals Wirtschaftslage im Jahre 1955 ⁴¹³⁾.

1. Die wirtschaftliche Entwicklung Portugals wird weiter stark von der Lage in der Landwirtschaft beeinflusst; daher führte die Mißernte von 1955 zu einer erheblich verlangsamten Ausweitung der gesamten Produktion und der Einkommen. Der Verbrauch stieg etwas an, doch kam die Zunahme der gesamten Anlageinvestitionen praktisch zum Stillstand. Die Änderung von Löhnen und Preisen war während des Jahres insgesamt nur unwesentlich, und die Wirtschaft blieb von Inflationsgefahren verschont. Die Reserven konnten weiter aufgestockt werden, wenn auch in langsamerem Tempo als bisher. Obwohl die Regierung zur Zeit Maßnahmen ergreift, um das Tempo des wirtschaftlichen Aufbaus seit Anlaufen des Entwicklungsplans zu beschleunigen, wird eine Wirtschaftsstruktur, die einer schnellen Ausweitung der Wirtschaft und einer Steigerung der Produktivität förderlich ist, wahrscheinlich nur langsam geschaffen werden können.

I. Jüngste Entwicklung

2. Nach dem vorläufigen Zahlenmaterial dürfte sich der Realwert des Bruttosozialprodukts 1955 nur um 1,2 v. H. gegenüber rund 6 v. H. in den Jahren 1953 und 1954 erhöht haben. Die langsamere Steigung ist größtenteils auf ein Absinken der landwirtschaftlichen Erzeugung zurückzuführen, die etwa ein Viertel der Gesamtproduktion ausmacht. Auf Grund der schlechten Witterungsverhältnisse ging die landwirtschaftliche Erzeugung — ohne Forst- und Fischereiwirtschaft — 1954 bis 1955 um 10 v. H. zurück, und die Weizenernte lag nur bei etwa 70 v. H. des Durchschnitts von 1950 bis 1954. Das Wirtschaftsleben außerhalb der Landwirtschaft zeigte eine günstigere Entwicklung. Die Produktion in der Industrie (ohne Bergbau und Stromerzeugung) stieg um rund 4,5 v. H. Neue Anlagen wurden im Rahmen des Sechsjahresplans 1954 insbesondere in der Erdölraffinerie, in der Halbstoff- und Papierindustrie und bei den Wasserkraftwerken fertiggestellt.

3. Die Industrietätigkeit ist im Laufe des Jahres 1956 allgemein weiter gestiegen. Die Stromerzeugung — fast ausschließlich auf der Grundlage der Wasserkraft — lag im ersten Quartal 1956 um 16 v. H. höher als im Vorjahr, so daß die großen chemischen Düngemittelfabriken ihre Produktion erheblich steigern konnten. Auch der Umfang der Erdölraffinerie und die Förderung von Zinn, Schwefelkies und Wolfram nahm zu. Die Produktion einiger verarbeitender Industrien (Metallwaren, Halbstoff und Papier, elektrotechnische Artikel und einige Nahrungsmittel-erzeugnisse) hat sich weiter erhöht. Der Geschäftsgang in der Konservenindustrie ging jedoch infolge des weniger guten Sardinenfangs zurück, und ebenso war eine rückläufige Entwicklung in der Textil- und Korkindustrie zu verzeichnen.

4. Die geringfügige Vergrößerung des Volumens des Bruttosozialprodukts im Jahre 1955 hielt mit dem steigenden privaten und öffentlichen Verbrauch nicht Schritt. Die gesamte Anlagekapitalbildung blieb praktisch unverändert. Der private Verbrauch stieg mit 2,7 v. H. um annähernd den gleichen Prozentsatz wie 1954 ⁴¹⁴⁾, und die Tatsache, daß praktisch der gesamte Anstieg im Nichtlebensmittelbereich erfolgte, zeigt, daß die Einnahmen aus der Landwirtschaft — in der rund 50 v. H. der portugiesischen Bevölkerung beschäftigt sind — zurückgingen, während die Reallöhne der arbeitenden Stadtbevölkerung etwas stiegen. Die Finanzierung der Verbrauchssteigerung dürfte sich zum Teil aus einer Abnahme der Ersparnisse und einer stärkeren Inanspruchnahme der Kreditmöglichkeiten erklären.

5. Um den verhältnismäßig niedrigen Lebensstandard der Bevölkerung zu heben und die allgemeine Wirtschaftsstruktur des Landes zu verbessern, ließ die portugiesische Regierung 1953 einen Sechsjahresplan der wirtschaftlichen Entwicklung anlaufen. Dieser Plan berücksichtigt zwar die Landwirtschaft, zielt aber in erster Linie darauf ab, die Industrialisierung durch den Ausbau der Energieversorgung und der grundlegenden Einrichtungen, wie z. B. Häfen, Eisenbahnen und Handels-

⁴¹³⁾ Vgl. OECE: Achter Bericht: Europa heute und 1960, Übersetzung vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Bad Godesberg 1957, Bd. I, S. 273—281. Gesperrtes von uns.

⁴¹⁴⁾ Unter Berücksichtigung der durchschnittlichen Bevölkerungszunahme von 0,8 v. H. im Jahr stieg der Verbrauch je Kopf um 1,9 v. H.

marine, zu beschleunigen. Der Plan sieht jedoch im allgemeinen keine Schaffung neuer Industrien durch die Regierung vor. Eine Ausgabe von 7,7 Milliarden Eskudos⁴¹⁵) war ursprünglich für die Zeit von 1953 bis 1958 für das Mutterland Portugal, Madeira und die Azoren vorgesehen. Die Hälfte davon sollte 1953 und 1954 investiert werden. Trotz einer Verzögerung in der Verausgabung während der ersten beiden Jahre wurde der Plan 1955 von der Regierung abgeändert, wobei die geplante Gesamtausgabe auf 9,7 Milliarden Eskudos erhöht wurde. Die Erhöhung betraf insbesondere Investitionen in der Industrie (42 v. H.) und im Verkehrswesen (22 v. H.), die zusammen nunmehr 83 v. H. der Gesamtausgaben des Plans ausmachen. Das Entwicklungsprogramm wurde bisher größtenteils aus Haushaltsüberschüssen finanziert.

6. Trotz des Anlaufens des Entwicklungsplans war die Investitionstätigkeit 1955 nicht zufriedenstellend. Der direkte Verbrauch von Staatsleistungen für Investitionen stieg um 5 v. H., während die private Investitionstätigkeit, die 86 v. H. der Gesamtinvestitionen ausmacht, keine Veränderung zeigte. An entsprechenden Mitteln scheint es dabei nicht zu fehlen, und die Zinssätze sind niedrig. Die Stromversorgung dürfte bei der Einrichtung neuer Industrien in einigen Fällen noch einen Engpaß darstellen. Der Mangel an Unternehmergeist, ungenügende technische Erfahrungen und die Unkenntnis der vorhandenen Entwicklungsmöglichkeiten scheinen die Hauptgründe für die schwache private Investitionstätigkeit zu sein, und die im Rahmen des staatlichen Entwicklungsplans vorgesehenen Anreize zur Anlage von Kapital sind noch nicht stark genug, um diese Schwierigkeiten zu überwinden. Im übrigen haben die Kapitalgeber auch weiter eine ausgesprochene Vorliebe dafür, ihre Mittel flüssig zu halten.

7. Der Überschuß im ordentlichen Staatshaushalt hatte mit 897 Millionen Eskudos 1955 ungefähr die gleiche Höhe erreicht wie 1954 und reichte beinahe aus, um die gesamten staatlichen Ausgaben für Investitionen zu finanzieren. Die steigende Einfuhr und die Einnahmen aus direkter Besteuerung kamen zu den laufenden Einnahmen hinzu. Die laufenden Ausgaben stiegen langsamer als im Vorjahr, insbesondere, weil sich die zivilen Ausgaben verringerten. Die Subventionen wurden 1955 weiter eingeschränkt, doch könnte es sein, daß diese Entwicklung 1956 nicht anhält, wenn sich weitere Preissteigerungen auf verschiedene wichtige Verbrauchsgüter stark auswirken.

8. Im zweiten Halbjahr 1955 stiegen die Lebenshaltungskosten über den jahreszeitlich bedingten Umfang hinaus (5 v. H. gegenüber 2 v. H. 12 Monate zuvor). Dies war zum Teil eine Folge der langanhaltenden Trockenheit, die sich auf die Produktion von Fleisch- und Molkereierzeugnissen besonders stark auswirkte. Die Einfuhrpreise stiegen im Laufe des Jahres um rund 5 v. H. Die Aufwärtsentwicklung hielt in den ersten Monaten des Jahres 1956 an, und obwohl die Lebensmittelpreise am meisten stiegen, wurden praktisch auch alle anderen Preise davon betroffen. Mitte des Jahres kam die Aufwärtsentwicklung der Preise zum Stillstand, und auf manchen Gebieten war sogar ein Preisrückgang zu verzeichnen. Die Löhne stiegen nur unwesentlich, doch wurde die einheimische Nachfrage durch die verstärkte Ausgabe von Bankkrediten gehoben. Die Lombardkredite der Geschäftsbanken und Sparkassen nahmen erheblich mehr zu als die Spareinlagen. Allein im Jahre 1955 stiegen die Lombardkredite dieser Institute um 16 bzw. 12 v. H., und diese Entwicklung hielt auch in den ersten Monaten des Jahres 1956 an. Diese Aufwärtsentwicklung war vermutlich auf eine stärkere Inanspruchnahme von Krediten für die Finanzierung von Bauvorhaben und Verbrauchsausgaben, für die Einfuhr bestimmter Güter und für die Aufstockung der Vorräte in einigen Industrien (z. B. der Textilindustrie), bei denen Absatzschwierigkeiten aufgetreten waren, zurückzuführen. Das Kreditvolumen für die Landwirtschaft vergrößerte sich infolge der schlechten Ernten ebenfalls.

9. Der Saldo der Gold- und Devisenreserven im Eskudo-Raum stieg 1955 um 22,6 Millionen Dollar im Vergleich zu 74,7 Millionen Dollar 1953 und 50,8 Millionen Dollar 1954. Ende Juni 1956 entsprachen diese Reserven etwa der Cif-Einfuhr des Eskudo-Raums im Laufe von zwei Jahren. Die laufende Bilanz der Güter, Dienstleistungen und privaten Übertragungen

⁴¹⁵) 28,75 Eskudos = 1 US-Dollar.

zeigte ein geringes Defizit von 4,1 Millionen Dollar, verglichen mit den jährlichen Überschüssen von über 30 Millionen Dollar 1953 und 1954. Diese Veränderung war

Zahlungsbilanz des Eskudo-Raums

	Millionen Dollar		
	1953	1954	1955
Einfuhr	317,1	338,0	389,3
Ausfuhr	304,4	324,4	343,1
Saldo der Warenbilanz	-12,7	-13,6	-46,2
Saldo der unsichtbaren Transaktionen	28,5	32,4	21,8
Saldo der privaten Übertragungen	17,0	15,8	20,3
Saldo der Güter, Dienstleistungen und privaten Übertragungen	32,8	34,6	- 4,1
Privates Kapital	27,0	17,0	21,3
Öffentliches Kapital	1,2	0,8	0,9
Auslandshilfe	2,2	2,6	0,7
Irrtümer und Auslassungen	11,5	- 4,2	3,8
Veränderung des Saldos der Gold- u. Devisenreserven	+74,7	+50,8	+22,6

zum großen Teil die Folge einer starken Passivierung der Handelsbilanz, da die Einfuhr schneller gestiegen war als die Ausfuhr. Auch die Ausgabenüberschüsse im Verkehrswesen haben sich vergrößert.

10. Die laufende Bilanz des portugiesischen Mutterlandes gegenüber dem Ausland zeigte ein größeres Defizit als 1954 — 72 Millionen Dollar gegenüber 51 Millionen Dollar —, und zwar insbesondere durch eine Vergrößerung des Handelsdefizits. Die Überseegebiete konnten in der Warenbilanz und in der Bilanz der unsichtbaren Geschäfte einen Überschuß gegenüber dem Ausland verzeichnen, doch trat 1955 ein Ausfuhrrückgang ein, vor allem bei Kaffee aus Angola.

11. Die laufende Bilanz des Mutterlandes Portugal gegenüber dem Dollarraum hat sich 1955 verschlechtert. Die Liberalisierung der Einfuhr aus dem Dollarraum wurde im August 1955 erweitert, doch wurden Lizenzen für eine Reihe von Erzeugnissen schon seit Ende 1954 in großzügiger Weise erteilt. 1955, als die wirtschaftliche Aktivität im Inland auf verschiedenen Gebieten zunahm, vergrößerte sich das Volumen der Einfuhr aus dem Dollarraum ganz erheblich. Die Verschlechterung der laufenden Dollarbilanz wurde jedoch auf Grund des stärkeren Interesses der Vereinigten Staaten an bestimmten Wirtschaftsbereichen Portugals durch einen vermehrten Zustrom von privatem Kapital aus dem Dollarraum mehr als ausgeglichen. Die laufende Zahlungsbilanz gegenüber den Ländern der EZU hat sich ebenfalls verschlechtert. Die Einfuhr aus dem EZU-Raum nahm weniger rasch zu als die Einfuhr aus dem Dollarraum, und die Ausfuhr nach dem EZU-Raum stieg in etwa dem gleichen Umfang wie die Ausfuhr nach dem Dollarraum. Die Ausgabenüberschüsse im Seetransport vergrößerten sich erheblich, und mit Ausnahme der Monate August und September hatte Portugal für alle Monate des Jahres 1955 Defizite gegenüber der EZU zu verzeichnen.

12. Die Gesamteinfuhr des portugiesischen Mutterlandes stieg auch im ersten Halbjahr 1956 erheblich, und bei einem praktisch unveränderten Ausfuhrvolumen hat sich das Defizit weiter vergrößert. Der Anstieg der Einfuhr betraf größtenteils Metallerzeugnisse, chemische Erzeugnisse, synthetische Fasern und Ausrüstungen. Mit Ausnahme der Monate Februar und März 1956 hielten die monatlichen Defizite in der EZU an, wenn auch in geringerem Umfang als im Vorjahr. Portugal verrechnet seine monatlichen Defizite gegenüber der EZU weiter vollständig in Gold, ohne seine Kreditaufnahmemöglichkeiten in Anspruch zu nehmen.

II. Ausblick

13. Die portugiesischen Behörden rechnen damit, daß die Zuwachsrate des realen Brutto sozialprodukts 1956 und 1957 etwa 5 v. H. betragen wird; doch sind sie der Meinung, daß dieser Anstieg grundsätzlich von einer Erhöhung des privaten Verbrauchs und der Vorratsbildung abhängen wird, die, wie sie annehmen, in den nächsten beiden Jahren rund 65 v. H. bzw. 30 v. H. des Gesamtanstiegs der Erzeugung ausmachen werden. Auffallend ist, daß für 1956 eine Erhöhung der Bruttoanlagekapitalbildung um nur 4 v. H. und im darauffolgenden Jahr gar keine Erhöhung erwartet wird. Es wird sogar damit gerechnet, daß das private Anlagekapital 1957 um mehr als 2 v. H. zurückgehen und die Gesamtzunahme der Anlageinvestitionen auf Grund dieser Schätzungen wahrscheinlich sehr gering sein wird. Bei der Ausfuhr wird vor 1957 kein wesentlicher Anstieg erwartet.

14. Die kürzlich erfolgte Preiserhöhung ist zum Stillstand gekommen, und es besteht zur Zeit in der Wirtschaft keine wirkliche Inflationsgefahr. Man nimmt an, daß sich das laufende Defizit des portugiesischen Mutterlandes 1957 vergrößern wird, doch glaubt man nicht, daß diese Entwicklung eine Bedrohung für die sehr günstige Devisenlage darstellt. Im übrigen hielt 1956 wenigstens der Anstieg der Gold- und Dollarreserven weiter an.

15. Es besteht kaum ein Zweifel darüber, daß sich die Gesamterzeugung vom Standpunkt der Versorgung gesehen mindestens so schnell ausweiten könnte, wie es die Behörden erwarten. Die landwirtschaftliche Erzeugung dürfte 1956 mit einer vielversprechenden Getreide-, Wein- und Olivenenernte besser gewesen sein als im Vorjahr. Die Aussichten für den Sardinenfang werden für 1956 nicht als ungünstig angesehen, und die Kabeljau- sowie die Schleppnetzfisherei zeigen ebenfalls eine günstige Entwicklung. Die intensivere Schürftätigkeit im Jahre 1955 und die steigende Nachfrage im Ausland dürften sich in einer stärkeren Erzförderung auswirken. Die Aussichten der verarbeitenden Industrie sind im allgemeinen gut, doch wird die Produktionsausweitung in einigen Industrien, einschließlich der Kork-, Baumwoll- und Wollindustrie, auf Grund einer geringen Nachfrage wahrscheinlich in engen Grenzen bleiben.

16. Die Regierung ergreift zur Zeit Maßnahmen, um die einheimische Nachfrage zu steigern und in Zukunft eine schnellere wirtschaftliche Entwicklung zu ermöglichen. Das Bankrecht und die Organisation des Kapitalmarktes werden abgeändert, um vorhandene flüssige Mittel frei zu machen und die Investitionstätigkeit zu steigern. Eine Bank für Wirtschaftsaufbau wird gegründet, deren Tätigkeit sich günstig auf das Volumen und die Verteilung der Investitionen auswirken dürfte; und die für die nächste Zukunft geplante Steuerreform dürfte zu einer allgemeinen Erhöhung der Steuereinnahmen und durch die Abänderung der Steuersätze zu einer Hebung der Verbrauchernachfrage führen.

III. Schlußfolgerungen

17. Trotz Ausweitung der Bankkredite ist in Portugal keine Inflationsgefahr entstanden. Die kürzlich erfolgte Erhöhung der Preise hat ganz bestimmte Gründe und ist insbesondere auf die schlechte Ernte von 1955 zurückzuführen. Auch war die Haushaltslage nicht dazu angetan, die Geldeinnahmen zu steigern und die Nachfrage zu fördern. Die Tatsache, daß der wirkliche Verbrauch 1955 die Produktion übersteigen konnte, scheint größtenteils auf die langsamere Zunahme der privaten Ersparnisse zurückzuführen zu sein. Die Erhöhung der privaten Anlageinvestitionen hat nachgelassen.

18. Portugals wichtigstes Wirtschaftsproblem ist nicht die Aufrechterhaltung des binnen- und außenwirtschaftlichen Gleichgewichts, sondern die Erzielung einer günstigeren Beschäftigungslage und eines besseren Lebensstandards. Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter nimmt jährlich um etwa 40 000 Personen zu. Rund 50 v. H. der Erwerbspersonen arbeiten in der Landwirtschaft, und die Unterbeschäftigung auf diesem Gebiet ist groß. Die Auswanderung ins Ausland stellt auch keine wirkliche Lösung des Problems dar, das nur durch eine Förderung und Intensivierung der wirtschaftlichen Entwicklung in Portugal und in den Überseegebieten gelöst

werden kann. Die Schaffung eines besseren Lebensstandards für die Gesamtbevölkerung hängt nicht nur von der Verringerung der saisonbedingten Arbeitslosigkeit und der Unterbeschäftigung ab, sondern auch von der Verbesserung der Produktivität.

19. Eine Reihe Hindernisse stehen der raschen Wirtschaftsausweitung in einem Lande im Wege, dessen Wirtschaftskräfte beschränkt sind und in dem die Industrialisierung noch in den Kinderschuhen steckt. Durchgreifende Änderungen in der Organisation der Produktion und in der grundsätzlichen Einstellung weiter Kreise der Bevölkerung sind erforderlich, und die Entwicklung stößt oft auf außerwirtschaftliche Hindernisse. Auch Hemmnisse mehr technischer Art, wie z.B. eine Verknappung von elektrischem Strom oder ein Mangel an Fachkräften, werden wahrscheinlich eintreten. Die Regierung bemüht sich bereits, die berufliche Ausbildung von Arbeitskräften voranzutreiben. Mit ihren stufenweisen Entwicklungsplänen will sie sicherstellen, daß die wirtschaftliche Entwicklung nicht an einer unzureichenden Produktionskapazität scheitert. Man kann hoffen, daß sich der zur Zeit für die Jahre 1959 bis 1964 aufgestellte neue Entwicklungsplan mehr als bisher auf die Ausweitung der verarbeitenden Industrien konzentriert.

20. Jedoch werden Maßnahmen der Angebotsseite allein nicht ausreichen, um ein zufriedenstellendes Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung zu sichern und eine Verringerung der saisonbedingten Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung herbeizuführen. Energische Maßnahmen sind erforderlich, um neue Absatzmärkte zu schaffen, die die Erzeugnisse der wirtschaftlichen Ausweitung aufnehmen können und ihrerseits die Investitionstätigkeit fördern. Die durch den staatlichen Entwicklungsplan bedingten Ausgaben sollen helfen, die Höhe der Einkommen und damit den Verbrauch in Portugal zu steigern. Die weiteren Auswirkungen des laufenden Programms waren jedoch anscheinend nur gering. In einigen Fällen hat das Programm nicht einmal das gesteckte Ziel erreicht, und stärkere Bemühungen der Behörden für eine Erhöhung ihrer Investitionsausgaben und damit der einheimischen Nachfrage wären jetzt angebracht. Die inzwischen gegründete Bank für Wirtschaftsaufbau sollte den Behörden die Möglichkeit geben, die Ersparnisse leichter einer produktiven Investitionstätigkeit zuzuführen. Doch ist eine energische Politik der Regierung zur Steigerung der gesamten Investitionstätigkeit durch Erhöhung ihrer eigenen Kapitalausgaben nunmehr erforderlich, da nur durch stetige Maßnahmen auf diesem Gebiet die Ausweitung der privaten Investitionstätigkeit, die seit 1954 erheblich zurückgegangen ist, gefördert werden kann. Es ist natürlich in höchstem Maße erwünscht, daß neue Ausfuhrmärkte erschlossen werden. Doch ist es außer für die traditionellen portugiesischen Ausfuhrerzeugnisse schwierig, neue Auslandsmärkte zu gewinnen, bevor nicht die neuen Industrien einen angemessenen Absatzmarkt im Inland gefunden haben.

21. Bei den augenblicklich in Portugal herrschenden wirtschaftlichen Bedingungen ist kein Grund dafür vorhanden, warum finanzielle Erwägungen eine stärkere Entwicklung der staatlichen Kapitalausgaben behindern sollten; und soweit es angemessen erscheint, könnten sogar von den Behörden größere finanzielle Vorteile als bisher für private Investitionen geboten werden. Die Rolle der Regierung bei der Förderung der gesamten Investitionstätigkeit sollte bis zu einem gewissen Grade durch erhöhte Steuereinnahmen erleichtert werden, die auf Grund der Steuerreform zu erwarten sind. Doch würde es während der Anlaufzeit, wenn die Regierung insbesondere darauf abzielt, einen höheren Produktionsstand zu erreichen, durchaus gerechtfertigt erscheinen, auf die öffentliche Kreditaufnahme zurückzugreifen, um die Kapitalbildung und die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern.

22. Die in den letzten Jahren angehäuften hohen Reserven müßten Portugal eigentlich in die Lage versetzen, ohne Schwierigkeiten ein großes Außenhandelsdefizit durchzuhalten, das voraussichtlich eine schnellere Ausweitung der Wirtschaft mit sich bringen würde. Im übrigen dürfte angesichts der nun schon lange währenden inneren finanziellen Stabilität der Zustrom von ausländischem Kapital voraussichtlich steigen, sobald sich die Absatzmöglichkeiten auf dem einheimischen Markt weiter verbessert haben.

Literaturverzeichnis¹⁾

- de Abreu, Luis J. Simões: Importancia e problemas do seguro de vida em regiões subdesenvolvidas com especial referência à Província de Moçambique, in: Boletim de Seguros, 2. Serie, Nr. 52, L. 1956.
- Abs, Hermann J.: Fragen der Zahlungsbilanz, des Geld- und Kapitalmarktes in der Bundesrepublik, Institut für Weltwirtschaft, Kiel 1954.
- Acharya, P. V. N.: Agricultural Co-operatives in Japan. Development in the Post-war Period, Indian Financial Journals Ltd., Calcutta 1955.
- Actividade Económica de Angola, Boletim Oficial da Direcção dos Serviços de Economia e dos Organismos de Coordenação Económica, Luanda, viermonatlich.
- Actividades Económicas, L., monatlich.
- African World Annual, London.
- Afrika-Verein Hamburg-Bremen: Afrika-Bericht 1956, Hamburg 1957.
- Agência Geral do Ultramar:
- (1) Boletim Geral do Ultramar, L., monatlich.
 - (2) Caminho de Ferro do Limpopo, L. 1955.
 - (3) Nova Legislação Ultramarina, 3 Bde., L. 1955.
- Agronomia Angolana, Direcção de Agricultura, Luanda, monatlich.
- Agronomia Lusitana, Estação Agronómica Nacional, L., monatlich.
- Ahorro y Seguro, Buenos Aires, Zeitschrift.
- Alemann, Roberto T.: Die Theorie der peripherischen Wirtschaft, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 74, Heft 1, Kiel 1955.
- Allbaugh, Leland G.: Crete. A case study of an underdeveloped area, Princeton University Press (USA) 1953
- de Almeida, Carlos Augusto: Organização Sindical e Corporativa, L., o. J.
- de Alte-Mearim: Industrialização das Províncias Ultramarinas, in: Boletim da Associação Industrial de Angola, Nr. 30, Luanda 1957.
- do Amaral, Alexandre Augusto Pinto Coelho: O Contrato Colectivo de Trabalho no Direito Corporativo Português, Centro de Estudos económico-corporativos, Coimbra 1956.
- Ameje, Louis C.:
- (1) Les relations entre l'économie congolaise et le marché belge des capitaux, in: Bulletin d'Information du Comité National pour le Développement de l'Épargne Mobilière, Nr. 16, Brüssel 16. 7. 1954.
 - (2) Promesses et problèmes des pays neufs, in: Industrie, Nr. 4, Brüssel 1957.
- Amflur-Thuf, W.: Standortprobleme für atomare Energieerzeugung, in: Wirtschaftsdienst, Hamburg Juni 1956.
- Andrews, Cyril W.: Portuguese East Africa, Board of Trade, London, Sept. 1948.
- Angola Institute: Angola, Portuguese Province in Africa, Luanda 1953.
- Anuário Comercial e Industrial de Angola.
- Anuário Comercial de Portugal.
- Anuário da Província de Moçambique.
- A Província de Angola, Luanda, Tageszeitung.
- Apter, David E.: The Gold Coast in Transition, Princeton Univ. Press (USA), 1955.
- de Araújo, J. Baptista and de Sousa, A. Carlos: Disponibilidades de Capitais, in: Centro de Estudos Económicos, Nr. 18, INE 1957.

¹⁾ Die Ende 1957 erschienene Literatur konnte nicht mehr für die Arbeit berücksichtigt werden, da die Drucklegung schon zu weit fortgeschritten war. Sie wurde jedoch in dieses Verzeichnis aufgenommen, das auch nicht konsultierte Schriften enthält.

- de Arlandis, Irmgard: Währung und Wirtschaft im neuen Portugal, in: Weltwirtschaftliches Archiv, 49. Bd., Kiel 1939.
- Armando, G.:
 (1) Soziale Struktur und Beschäftigungslage in Portugal, in: Wirtschaftsdienst, Hamburg Okt. 1956.
 (2) Die Bedeutung der Fischwirtschaft in Portugal, ebd. Jan. 1957.
 (3) Auftrieb in Portugiesisch-Afrika, ebd. Juni 1956.
 (4) Ausbau der Elektrizitätsversorgung in Portugal, ebd. März 1957.
- Aslam, M.: Measures for raising the rate of capital formation in Pakistan, in: Karachi Commerce, Nr. 22/23, Karachi 1957.
- Assembleia Nacional: O Problema Monetario Português, IN 1947.
- Associação dos Agricultores de Angola, Luanda, Jahresberichte.
- Associação Comercial de Lisboa: Comércio Português, Zeitschrift.
- Associação Comercial de Luanda: Boletim, monatlich.
- Associação Comercial do Planalto de Benguela: Boletim Informativo, monatlich.
- Associação Industrial de Angola: Boletim, Luanda.
- Associação Industrial Portuense: A Indústria do Norte, Porto, monatl.
- Associação Industrial Portuguesa: Indústria Portuguesa, L., monatl.
- Asociación Mexicana de Instituciones de Seguros: Compilación de Leyes sobre Seguros Privados, México, D.F. 1956.
- Augustiny, Waldemar: Albert Schweitzer und Du, Luther, Witten/Ruhr, o.J.
- Außenhandelslexikon: Artikel: Portugal, Angola, Moçambique, Wirtschaftsdienst Verlag, Frankfurt a.M. 1956.
- Baade, F.: Welternährungswirtschaft, Rowohlt, Hamburg 1956.
- Bachmann, H.: s. Zaugg.
- Balandier, Georges: Les Conditions Sociologiques du Développement, in: Politique Étrangère, Nr. 3, Paris 1957.
- Banco de Angola: Rel.
- Banco Nacional de Crédito Ejidal: Comentarios acerca de la nueva Ley de Crédito Agrícola, in: Boletín, Nr. 45, México, D.F. 6. 2. 1956.
- Banco Nacional Ultramarino:
 (1) Boletim Trimestral.
 (2) Balanço e Contas, jährl.
- Banco de Portugal:
 (1) Estatutos, L. 1947.
 (2) Contrato do BdP 8. 7. 1931.
 (3) Rel.
- Banco Português do Atlântico:
 (1) Alguns aspectos da economia portuguesa em 1955, L. 1956.
 (2) Boletim económico e financeiro, Porto.
- Bank of London and South America Ltd.:
 (1) Economic Trends in Portugal, in Fortnightly Review Supplement, Nr. 9, Dez. 1953.
 (2) Fortnightly Review.
 (3) Jahresberichte.
- Banque de l'Afrique Occidentale, Paris, Jahresberichte.
- Banque Centrale du Congo Belge et du Ruanda-Urundi: L'évolution bancaire au Congo Belge et au Ruanda-Urundi, in: Bulletin, Nr. 1—3, Jan.-März 1957.
- Banque Nationale de Belgique: Aperçu sur l'évolution de l'organisation monétaire et bancaire au Congo Belge, in: Bulletin d'information et de documentation, Brüssel, Juni 1952.
- Baptista, Cesar Moreira: O Trabalhador e a Industria.
- Barnes, W.: Portugal — Summary of Basic Economic Information, in: International Reference Service, US Dept. of Commerce, Washington, Dez. 1950.

- Baron, Heinrich: Portugal unter Salazar, Heidelberg 1942.
- Barradas, J. P. Paixão: Legislação sobre Trabalho Indígena, L. 1957.
- Basler Nachrichten: Neue Wege für den kleinen Kapitalanleger in den USA. Aktienkauf auf Ratenzahlungen, Nr. 328 vom 5. 8. 1954.
- Batiza, Rodolfo: Las sociedades de inversión, in: Revista Bancaria, Nr. 1, México, D. F. Jan./Febr. 1956.
- Beccaria, Armando: Das Genossenschaftswesen und seine Entwicklung in Italien, Diss. Mannheim 1956.
- Behrendt, Richard F.:
 (1) Die wirtschaftliche und soziale Revolution in den unentwickelten Ländern, Lang, Bern 1954.
 (2) Eine freiheitliche Entwicklungspolitik für materiell zurückgebliebene Länder, in: Ordo, Küpper, Düsseldorf 1956.
 (3) Maximale Steigerung des Volkswohlstandes durch Vollbeschäftigung als internationale Aufgabe, Bern 1954.
 (4) Problem und Verantwortung des Abendlandes in einer revolutionären Welt, J. C. B. Mohr, Tübingen 1956.
- Belchior, Manuel Dias: Compreendemos os Negros! Agência Geral do Ultramar, L. 1951.
- Belime, Emile: Gardons l'Afrique, Nouvelles Éditions Latines, Paris 1955.
- Bendheim, Erich: Kolonial- und Wirtschaftspolitik in Portugiesisch-Ost-Afrika, in: Wirtschaftsdienst, Hamburg Februar 1956.
- Benheim, Erich: Afrikas Neger als Kunden. Die Eingeborenen-Märkte werden immer interessanter, in: FAZ Nr. 100 vom 30. 4./1. 5. 1954.
- van den Berk, L. J. M.: Het Land van Salazar, Spectrum, Utrecht 1939.
- Bernard, S.: S. Herbert Frankel et la philosophie du sous-développement, in: Revue de l'Institut de Sociologie Solvay, Nr. 3 u. 4, Brüssel 1955.
- Bernstein: Financing economic growth in underdeveloped economies, in: Saving in the modern economy, hg. von Heller, Boddy and Nelson, Minneapolis 1953.
- Bernstein, E. M.: De l'inflation, dans ses rapports avec le développement économique, in: Civilisations, Nr. 1, Institut International des Civilisations différentes, Brüssel 1953.
- Bettelheim, Charles: Sous-Développement et planification, in: Politique Étrangère, Nr. 3, Paris 1957.
- Bettencourt, Anibal Jardim: Guia do Cafeicultor de Moçambique, Junta de Exportação de Café, L. 1956.
- Biegel, Herman C.: Pensions and profit sharing, BNA Inc., Washington 1956.
- BIGA: Portugal, Auskunftsblatt Nr. 2 P, Bern 12. 9. 1952.
- Bigotte, J. Quelhas: A Voz de Roma na Questão Social.
- Billerbeck, Klaus:
 (1) Entwicklungsprobleme und der deutsche Beitrag für die Entwicklungsländer, Verl. Weltarchiv, Hamburg 1958.
 (2) Die Industrialisierung Ägyptens und ihre Finanzierung, Diss. Hamburg 1956.
- Binder, Paul: Kaufkraft, Produktivität, freie Kapitalbildung, Seewald, Stuttgart, 1956.
- Birot, Pierre Le Portugal, Colin, Paris 1950.
- B I T :
 (1) Cooperative Action in Rural Life, Genf 1949.
 (2) Examples of Agricultural Cooperative Organisation, Genf 1949.
 (3) Indigenous Peoples, Genf 1953.
 (4) Intergovernmental Commodity Control Agreements, Montreal 1943.
- Blau, Ernst: Portugals gegenwärtige Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland, Diss. Leipzig 1932.
- Blau, Gerda:
 (1) Disposal of Agricultural Surpluses, FAO, Commodity Policy Studies Nr. 5, Rom 1954.

- (2) Functions of a World Food Reserve-Pool and Limitations, FAO, Commodity Policy Study Nr. 10, Rom 1956.
- Bloomfield, Arthur I.: Some problems of central banking in underdeveloped countries, in: The Journal of Finance, Nr. 2, Chicago 1957.
- Board of Trade:
- (1) Hints to Businessmen Visiting Moçambique and Angola, London 1957.
 - (2) Hints to Businessmen Visiting Portugal, London, jährl.
- Bock, Edwin A.: Fifty years of Technical Assistance. Some administrative experiences of US Voluntary Agencies, Publ. Adm. Clearing House, Chicago 1954.
- Böhler, Eugen: Korporative Wirtschaft, Zürich 1934.
- Boléo, Oliveira: Moçambique, Agência Geral do Ultramar, L. 1951.
- Boletim da Associação Comercial de Luanda: O Café de Angola no passado, no presente e no futuro, Januar 1957.
- Boletim de ciências económicas, Coimbra.
- Boletim da Direcção Geral dos serviços industriais, L.
- Boletim Mensal do Comissariado de Desemprego, L.
- Boletim Mensal do INE: Aspectos financeiros dos Fundos Autónomos, Nov. 1956.
- Boletim do Instituto Nacional de Trabalho e Previdência, L.
- Boletim Oficial de Angola, Luanda, Staatsanzeiger.
- Boletim Oficial de Moçambique, Lourenço Marques, Staatsanzeiger.
- Boletim da Pesca, L.
- Boletim, Portos, Caminhos de Ferro e Transportes de Moçambique, Lour. M.
- Boletim de Seguros, L., monatlich.
- Boletim dos Serviços de Portos, Luanda.
- Boletim da Sociedade de Estudos de Moçambique, Lourenço Marques.
- Bonnard, Roger: Syndicalisme, corporatisme et l'État corporatif, Paris 1937.
- Börse von Mexico-City: Das ABC der Anlagen in Wertpapieren, 1957 (span.).
- Bossa, José Ferreira: Salazar e o Ultramar Português, in: Diário de Luanda, Nr. 8175 vom 7. 7. 1957.
- Bottineau, Yves: Portugal, Arthaud, Paris. 1956.
- Bowles, Chester: Africa's Challenge to America, Univ. of California Press, Los Angeles 1956.
- Bräker, Hans:
- (1) Direkte Exportförderungsmaßnahmen konkurrierender europäischer Länder, Deutscher Wirtschaftsdienst, Köln 1953.
 - (2) Wirtschaftliche Zusammenarbeit mit unentwickelten Gebieten, ebd. 1953.
- Braunschweig, J.: Kaffeeproduktion und Kaffeekonsum, in: Ciba-Zeitschrift, Nr. 127, Basel, Nov. 1951.
- Bravo, Manuel: Planeación industrial en México. Notas sobre ensayos y experiencias, México, D. F. 1949.
- Bremer Ausschuß für Wirtschaftsforschung: West- und Ostafrika, Wirtschaftsgrundlagen und Entwicklungspläne, 1953.
- Brezet, J. C.: Kapitaalnoed in Nederland, in: Economisch-statistische Berichten, Nr. 2112, Rotterdam 1957.
- British Chamber of Commerce in Portugal, Bulletin.
- Britnell, G. E.: Under-Developed Countries in the World Economy, in: The Canadian Journal of Economics and Political Science, Nr. 4, Toronto, Nov. 1957.
- Brodrick, James: Abenteuer Gottes. Leben und Fahrten des hl. Franz Xaver 1506—1552, Räber, Luzern 1954.
- Brongersma, Edward: De opbouw van een corporatieven staat, Spectrum, Utrecht, Diss. Nijmegen 1940.

- Brower, F. Beatrice: *Sharing Profits with Employees*, National Industries Conference Board, New York 22 (Park Ave. 460), 1957.
- Bruns, Walter: *Angola und Moçambique. Übergewinn-Abschöpfung*, in: *Überseerundschau*, Hamburg, Sept./Okt. 1952.
- Buchanan, Norman S. und Ellis, Howard: *Approaches to Economic Development*, 20th Century Fund, New York 1955.
- Bulletin of British Publications on Latin America, the West Indies, Portugal and Spain, London.
- Bundesauskunftsstelle für den Außenhandel: *Mitteilungen*, Bonn.
- Bundesministerium für den Marshallplan: *OEEC-Handbuch* 1956, Bad Godesberg 1956.
- Bundesstelle für Außenhandelsinformation: *Merkblatt Portugal*, Köln, o. J.
- Burghard, Anton: *Eigentumsethik und Eigentumsrevisionismus. Vom Abfindungslohn zum Miteigentum*, Hueber, München 1956.
- Burns, Arthur, Robert: *Comparative Economic Organization*, Prentice-Hall, New York, 1955.
- Cabrita, Henrique:
- (1) *As Condições Fundamentais de Valorização do Trabalho na Economia de Subsistência e na Economia Indígena de Mercado na Africa Tropical*, in: *Boletim Geral do Ultramar*, Nr. 369, L. März 1956.
 - (2) *Aspectos Humanos e Sociais da Industrialização na Africa Portuguesa*, ebd. Nr. 340, L. 1954.
 - (3) *As Sociedades Interraciais da Africa Tropical, seu desenvolvimento e o seu progresso social*, ebd. Nr. 357, L. 1955.
 - (4) *Conversões da Dívida Pública Portuguesa desde 1931*, SPN 1936.
- Caetano, Marcello:
- (1) *A obra financeira de Salazar*, SPN, 1934.
 - (2) *Lições de Direito Corporativo*, L. 1935.
 - (3) *Manual de Direito Administrativo*.
 - (4) *O Sistema Corporativo*, L. 1938.
 - (5) *Plano de Fomento para 1959—64. Meios e objectivos*, in: *Boletim Geral do Ultramar*, Nr. 379, L. 1957.
- Café Português, L., monatlich.
- Caisse d'Épargne du Congo Belge, Brüssel, *Jahresberichte*.
- Caixa Geral de Depósitos, Crédito e Previdência (Allg. Depositenkasse), L., *Jahresberichte (Relatórios)*.
- Caldas, José Garces Pereira: *Colonisation intérieure*, in: *Journal de Genève*, Nr. 239 vom 13. 10. 1953.
- Call, T. C.: *The Mexican Venture — from political to industrial revolution in Mexico*, Oxford University Press, New York 1953.
- Câmara de Comércio de Lourenço Marques: *Boletim*.
- Câmara de Comércio Teuto-Brasileira: *Circular*, Rio de Janeiro.
- Câmara de Comércio Teuto-Brasileira: *Boletim Quinzenal*, São Paulo.
- Câmara Portuguesa de Comércio e Indústria do Rio de Janeiro: *Boletim Informativo*.
- Caminhos de Ferro de Portugal: *Guia Oficial*, jährlich.
- Caminhos de Ferro e Transportes, Luanda, monatlich.
- de Campos, Ezequiel: *Problemas Fundamentais Portugueses, Ocidente*, L. 1946.
- Capet, Marcel: *Le facteur humain et les activités modernes des pays sous-développés — L'exemple de l'A.O.F.*, in: *Kyklos*, Nr. 4, Basel 1957.
- Cardoso, A. J. Alfaro: *Angola, your Neighbour*, Econ. Deleg. of the Gov. of Angola, Johannesburg 1950.
- Cardoso, J. Pires:
- (1) *A Sociedade Anónima e o problema da sua fiscalização*, 1946.
 - (2) *Corporativismo*, 2 Bde., L. 1950.

- (3) O regime de participação do trabalhador nos lucros da empresa, in: Revista do Gabinete de Estudos Corporativos, Nr. 6, L. 1951.
- (4) Uma Escola Corporativa Portuguesa, L. 1949:
- Carneiro, Carlos: O Mar de Angola, Luanda 1949.
- de Carvalho, Virgílio:
- (1) O Imposto sobre as Explorações, Luanda 1950.
- (2) O Manual do Contribuinte, Luanda 1953.
- Cassel, Gustav:
- (1) Das Stabilisierungsproblem oder der Weg zu einem festen Geldwesen, Leipzig 1926.
- (2) Währungsstabilisierung als Weltproblem, 2. Aufl. Leipzig 1928.
- Castellanos, Ernesto: Solución adecuada al problema de la vivienda popular, in: Revista Fiscal y Financiera, Nr. 106, México, D.F. April 1956.
- Castro, Armando:
- (1) Contribuição para a análise da primeira estimativa oficial do rendimento nacional português, in: RdE Dez. 1951.
- (2) Introdução ao Estudo da Economia Portuguesa, Cosmos, L. 1947.
- (3) Quelques aspects de l'économie portugaise en 1956, in: Soc. belge Etudes Expansion, Nr. 176, Liège 1957.
- de Castro, Josué: Geography of Hunger, Gollancz, London 1952.
- Castro, Raúl: Transformações de Sociedades Comerciais, Porto 1955.
- Centro de Actividades Económicas de Angola: Boletim, Luanda.
- Centre d'Études de Politique Etrangère: L'Industrialisation de l'Afrique du Nord, Colin, Paris 1952.
- Centre portugais d'informations:
- (1) Bulletin, Genf.
- (2) Oliveira Salazar. 25 Ans de Stabilité et de Progrès 27 Avril 1928 — 27 Avril 1953, Genf 1953.
- Chardonnet, Jean: L'Industrialisation de l'Afrique, Minard, Paris 1956.
- Chemical Engineering News: Our answer to Ben Franklins thrift plans, Nr. 9, Easton/Pa. 1957.
- Cidade Nova, Coimbra, Zeitschrift.
- Cirvante, V. R.: The Indian Capital Market, Oxford Univ. Press, London 1956.
- Civilisations: Sonderheft: Le développement économique et son financement dans les pays insuffisamment développés, Nr. 4, Brüssel 1952.
- Civitas: Sondernummer: Die soziale Botschaft der Kirche. Zum Jubiläum der beiden Sozialenzyklen Rerum novarum (15. 5. 1891) und Quadragesimo anno (15. 5. 1931), Zürich, Mai 1951.
- Clark, Colin: The Conditions of Economic Progress, McMillan, London 1957.
- Cloete, Stuart: Afrikanische Ballade, Krüger, Hamburg 1957.
- Código Comercial Português, Empresa Nac. de Publicidade, L. 1954.
- Código do Trabalho dos Indígenas, IN, Luanda 1956.
- Comercio Exterior de México: Coffee Agreement, Nr. 11, México, D.F. 1957.
- Comércio de Moçambique, Zeitschrift, Lourenço Marques.
- Comércio Português, Zeitschrift, L.
- Comisión Nacional de Valores: Funciones del mercado de valores, in: Boletín, Nr. 2, México, D.F., Februar 1956.
- Comissão Administrativa do Fundo de Fomento de Angola: Relatório referente aos anos de 1953—54, IN, Luanda 1956.
- Comissão Executiva do II Congresso da Indústria Portuguesa:
- (1) Estudo sobre a Industria Portuguesa.
- (2) Relatorios, Comunicações, Relatorios do II Congresso dos Economistas Portugueses, L., Av. da Lib. 242, 1957.

Commerce:

- (1) Co-operative vs. Individual farming, Nr. 2 415, Bombay 1957.
- (2) Dispensation of rural credit, Nr. 2 415, Bombay 1957.
- (3) How the US Government aids small business, Nr. 2413, Bombay 1957.

Companhia de Diamantes de Angola: Rel.

II Congresso dos Economistas Portugueses: Relatorios e Comunicações, L. 1957.

II Congresso da Industria Portuguesa: Relatorios e Comunicações, L. 1957.

Conolly, Frederick George: Die Bedeutung der Kapitalbeteiligung an ausländischen Unternehmungen, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 49, Teil 1, Kiel 1939.

Conselho do Governo de Angola: Acta, periodisch.

Co-operative Party, Great Britain: World Trade in Raw Materials, Co-operative Union, London 1954.

Copland, Douglas: The Under-Developed Countries and the Structure of the Western Economy, in: Proceedings of the American Philosophical Society, C, Nr. 5, Okt. 1956.

Correia, Araujo:

- (1) Ensaio de Economia Aplicada, IN 1948.
- (2) Estudos de Economia Aplicada, IN 1950.
- (3) Portugal Económico e Financeiro, 2 Bde., IN 1938.

Côrte-Real, A.: Concessões em Angola, IN, Luanda 1930.

da Costa, J. Botelho: Aspectos do problema da erosão do solo em Africa, Junta d'Investigations d'Outre-Mer, L. 1951.

Cotta, Freppel: Economic Planning in Corporative Portugal, P. S. King and Staples, London Westminster 1937.

Cruz, Justina: Condicionamento Industrial, Cruz, Braga 1956.

Cunha, Silva: O Trabalho Indígena, L. 1949.

Dacheux, Rieul: Les finances des états totalitaires, Diss. Paris 1938.

Daenzer, Walter F.: Betriebliche Probleme der Produktivität, in: BN Nr. 223 vom 29./30. 5. 1954.

Datlin, S.: Afrika unter dem Joch des Imperialismus, Ost-Berlin 1953.

Davidson, Basil:

- (1) Der Kapitalismus in den Kolonien, in: Dokumente, Sonderheft Afrika, Offenbourg 1953.
- (2) The African Awakening (u. a. Angola), Cape, London 1955.

Department of Health, Education and Welfare, Social Security Administration, Division of Research and Statistics: Old-Age, Survivors and Invalidity Programs throughout the World 1954, Washington 1954.

Der Volkswirt: Portugals Aufbauplan, Nr. 7, Frankfurt a. M., 14. 2. 1953.

Descamps, Paul: Le Portugal. La vie sociale actuelle, Firmin-Didot, Paris 1935.

Deutsch-Südamerikanische Bank:

- (1) Kurzberichte über die Handelsbeziehungen der BRD mit Lateinamerika und den iberischen Ländern, Hamburg, monatlich.
- (2) Mitteilungen für den Außenhandel, Hamburg.
- (3) Wirtschaftsbericht Portugal, Hamburg 1958.

Deutsche Afrika-Gesellschaft:

- (1) Der Gemeinsame Markt und Afrika, Röhrscheid, Bonn 1957.
- (2) Kleine Länderkunden (u. a. Angola u. Moçambique).

Deutsche Gesellschaft für Betriebswirtschaft: Finanzierungsprobleme und Steuerpolitik, Berlin 1957.

Deutsche Handelskammer in Portugal: Deutschland-Portugal, Monatsschrift.

Deutsche Überseeische Bank: Wirtschaftsbericht über die lateinamerikanischen Länder sowie Spanien und Portugal, Hamburg, monatlich.

Deutscher Sparkassenverlag: Unsere Sparkassen, Stuttgart, 1954.

- Deutsches Wirtschaftsinstitut: Die afrikanische Landwirtschaft in den Fesseln des Imperialismus, Ost-Berlin, Juli 1956.
- Diário do Governo, Staatsanzeiger (enthält alle Dekrete und Gesetze), L.
- Diário de Luanda.
- Diário da Manhã, L.
- Diário de Notícias, L.
- Diário Popular, L.
- Diário das Sessões, Anzeiger der Nationalversammlung und der Korporationen-Kammer.
- Die 4 im schweizerischen Wirtschaftsleben, Zeitschrift für Bank, Industrie, Handel, Transport, Zürich, April 1953.
- Direcção Geral dos Serviços Industriais, Boletim.
- Direcção dos Serviços de Administração Civil, Mensário Administrativo, Luanda, vierteljährlich.
- Direcção dos Serviços de Economia: A Voz de Angola, Luanda, vierzehntägig.
- Direcção dos Serviços de Fazenda e Contabilidade: Contas, Orçamento, Lour. M., jährlich.
- Dokumente, Zeitschrift im Dienst internationaler Zusammenarbeit: Afrika und Europa, Sonderheft, Offenbourg, 1953.
- Domar, Evsey D.: The Problem of Capital Accumulation, in: American Economic Review, Dez. 1948.
- Douglas, H. K. Lee: Climate and Economic Development in the Tropics, Harper, New York 1957.
- Draeger, Heinrich: Altersversorgung auf Gegenseitigkeit. Kaufkraftbeständige Arbeitsrente, Econ-Verlag, Düsseldorf 1956.
- Dresdner Bank: Die portugiesischen Provinzen in Afrika, Hamburg, Okt. 1953.
- Duesenberry, James S.: Income, Saving and the Theory of Consumer Behavior, Cambridge, Harvard Univ. Press 1949.
- Durieux, A.: Essai sur le statut des indigènes portugais, Brüssel 1955.
- East African Posts and Telecommunications Administration: Report on the Kenya, Uganda and Tanganyika Savings Banks for the Year 1955, Gov. Printer, Nairobi 1956.
- ECA: Portugal. Country Study, Washington, Febr. 1949.
- Economic Commission for Europe: Economic Survey of Europe in 1948, Genf 1949.
- Economische Voorlichting, Den Haag, wöchentlich.
- Edições Sotramel: Portugal no Ultramar, L. 1955.
- Egerton, F. Clement C.:
 (1) Angola in Perspective. Endeavour and Achievement in Portuguese West Africa, Routledge & Kegan Paul, London 1957.
 (2) Angola without Prejudice (Kritik Davidsons), Ag. Ger. do Ultramar, L. 1955.
 (3) Salazar, Rebuilder of Portugal, Hodder & Stoughton, London 1943.
- Ehrlich, Edna E. und Tamagna, Frank M.: Japan, in: Banking Systems, Columbia University Press, New York 1954.
- Ehrlicher, W.: Geldkapitalbildung und Realkapitalbildung, Tübingen 1956.
- Ellis, Howard s. Buchanan.
- Encyclopédie mensuelle d'outre-mer, Paris.
- Engels, Friedrich s. Marx.
- Ensell, Jack: Science aids East African farmers, in: New Commonwealth, Nr. 5, London 1957.
- Erdölzeitung, Urban-Verlag, Wien.
- Estatuto Político, Civil e Criminal dos Indígenas.
- Estudos, Coimbra, Monatsschrift.

European Productivity Agency: Three British Companies explain their development and organisation, Paris 1957.

Exportföreningens Förl.: Angola och Moçambique, Stockholm 1956.

FAO:

- (1) Agricultural credit for small farmers, Rom 1952.
- (2) Co-operative marketing for agricultural products, 1955.
- (3) Defects in agrarian structure as obstacles to economic development, 1951.
- (4) Land-Reform.
- (5) Salted Cod and related species, Washington 1949.
- (6) Uses of Agricultural Surpluses to Finance Economic Development in Under-Developed Countries, Rom 1955.
- (7) Yearbook of Food and Agricultural Statistics, Rom.

Federação das Caixas de Previdência: abc do Seguro Social, L. 1949.

Federal Reserve Bulletin: Method of Obtaining Saving Data, August 1948.

Federation of Rhodesia and Nyasaland:

- (1) Post Office Savings Bank and Savings Certificates, Salisbury, Gov. Printer, Jahresberichte.
- (2) Economic Report, 1956.

Felismino, Aureliano:

- (1) Quelques Aspects des Finances Portugaises, L. 1950.
- (2) Vinte Anos de Administração Pública, IN 1949.

Fernandes, António Julio de Castro:

- (1) A Previdência e o Problema da Habitação, Caixa Sindical de Previdência do Pessoal da Indústria de Lanifícios, L. Okt. 1948.
- (2) La sécurité des travailleurs par l'assurance sociale, SNI 1947.

Fernandes, Thomaz Wylie: Professor Oliveira Salazar's Record, SNI 1939.

Ferreira, Alexandre: Unbekannte portugiesische Merkantilisten, Diss. Bern 1952.

Ferreira, A. Emília: Corporativismo Português, Coimbra Editora, 1951.

Ferreira, José Carlos Ney und da Veiga, Vasco Soares: Estatuto dos Indígenas Portugueses das Províncias da Guiné, Angola e Moçambique, L. 1957.

Ferro, António: Salazar — Portugal and her Leader, Faber, London 1939.

Finanz und Wirtschaft, Organ für Börse, Handel, Industrie und Verkehr: Portugal — als Anlageland, Nr. 67, Zürich 21. 8. 1951.

Fischer, Konrad: Die staatliche Exportkreditfinanzierung und -versicherung in Großbritannien und den USA, in: Wirtschaftsdienst, Hamburg, Februar 1956.

Fisher, Irving:

- (1) The Money Illusion, New York 1928.
- (2) Stable Money, New York. Feste Währung, Leipzig 1937.
- (3) Stabilizing the Dollar, New York 1920.

Flores, Antonio Carillo: México se industrializa, in: Hoy, Nr. 993, México, D. F., 3. 3. 1956.

Floss, Eberhard: Auswirkungen der Mindestreservspflicht mit besonderer Berücksichtigung der Sparkassen, Duncker, Berlin 1956.

da Fontoura, Alvaro: Projecto de decreto relativo ao regime bancário no ultramar português, in: Boletim Geral das Colónias, Nr. 200, L. 1942.

Frankel, Herbert S.:

- (1) Capital Investment in Africa, London 1938.
- (2) Some Conceptual Aspects of International Economic Development of Under-developed Territories, Essays in International Finance, Princeton University, Mai 1952.
- (3) The Economic Impact on Under-Developed Societies, Blackwell, Oxford 1953.

Frankfurter Allgemeine Zeitung:

- (1) Ein freier portugiesischer Wirtschaftsraum. Schranken zwischen Mutterland und Überseegebieten sollen beseitigt werden, Nr. 83 vom 8. 4. 1957.
- (2) Portugal fürchtet den Gemeinsamen Markt. Die Regierung sieht Autarkie bedroht, Nr. 42 vom 19. 2. 1957.

Freeman, Joseph Bray: Commodity Control, Butterworth, London 1945.

- Freire, J. Rémy: Sobre os rendimentos pessoais em Portugal, in: RdE März 1950.
- Frey, Friedbert: Die Rückstellungen auf betriebliche Altersrenten, Diss. Saarbrücken 1955.
- Frey mann, R.: Das Klima von Portugal, Diss. Gießen 1935.
- Frey mond, J.: Colonialisme et Nationalisme, in: Zaire, Louvain, 2. 2. 1952.
- Freyre, Gilberto:
- (1) Aventura e Rotina, L. 1953.
 - (2) O Mundo que o Português criou, Rio de Janeiro 1940.
 - (3) Um Brasileiro em Terras Portuguesas, Livros do Brasil, L. 1952.
- Fromont, Philippe: Les transports dans les économies sous-développées, Pichon, Paris 1957.
- Furtado, Celso: Formação de Capital e Desenvolvimento Econômico, in: Revista Brasileira de Economia, Rio de Janeiro, Sept. 1952.
- Fynes-Clinton, D. O.: Portuguese West Africa, Board of Trade, London 1949.
- Galiani, Fernando: Dialogues sur le Commerce des Bleds, London 1770. Briefe und Dialoge über die Regierungskunst, J. Bard, Berlin 1907.
- Garner, Robert L.: Privatkapital in den Entwicklungsländern, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Frankfurt a. M., Januar 1958.
- Garnier, Christine: Vacances avec Salazar, Grasset, Paris 1952.
- Gaspar, J.-M.: Coopératives agricoles indigènes dans les Provinces d'Outre-Mer portugaises, in: Vers la promotion de l'Économie Indigène, Institut de Sociologie Solvay, Brüssel 1957.
- Gasser, Christian und Meyer, Werner: Der schweizerische Kapitalmarkt, Polygraphischer Verlag, Zürich 1951.
- Gasser-Stäger, Wilhelm: Das landwirtschaftliche Beratungswesen in Holland, in: NZZ Nr. 2646 vom 27. 10. 1954.
- Gazeta Agrícola de Angola, Luanda, monatlich.
- Gazeta do Agricultor, Lourenço Marques, monatlich.
- Gazeta dos Caminhos de Ferro, vierzehntägig, L.
- Gedat, Gustav-Adolf: Was wird aus diesem Afrika? Steinkopf, Stuttgart 1952.
- Gerbi, Antonello: Italy, in: Banking Systems, Columbia Univ. Press, New York 1954.
- von Gersdorff, Ralph:
- (1) Portugal und Portugiesisch-Afrika im Aufstieg. Die Salazar'schen Finanzreformen, gegenwärtige Finanzlage, wirtschaftliche und soziale Verhältnisse in Angola und Moçambique, noch nicht veröffentlicht, Manuskript im Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv.
 - (2) Beteiligungsmöglichkeiten des Auslandes, insbesondere der USA, bei der wirtschaftlichen Entwicklung des Portugiesischen Reiches, s. (1).
 - (3) Wirtschaft Angolas, Mosambiks, São Tomés, Spanisch-Guineas, Portugiesisch-Guineas und der Kapverdischen Inseln, in: Länderlexikon, Verlag Weltarchiv, Hamburg 1957.
 - (4) und I. Schaafhausen: Mexiko, ein Weg zur wirtschaftlichen Entwicklung zwischen staatlicher Lenkung und privater Initiative, Verlag Weltarchiv, Hamburg 1958, im Buchhandel unter W. Lichey (Redaktor).
 - (5) Der Goa-Konflikt, s. (1).
 - (6) Moçambique, Deutsche Afrika-Gesellschaft, Bonn 1958.
- Ghana Post Office Savings Bank, Jahresberichte, Accra, Gov. Printer.
- Giesecke, Helmut: Development Plans in Perspective. Contributions of the Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv to Research into the Problems of Development Countries, in: Wirtschaftsdienst, Hamburg, Januar 1957.
- Gilles, P.: Le redressement financier au Portugal, Diss. Paris 1938.
- Glinz, Ferdinand: Exportförderung, Fehr, St. Gallen 1944.
- Goetzee, Frans Jozef Jacobus: Landkooperasie in Suid-Afrika met besondere verwijzing na die finansiering, Luctor et Emergo, Leiden 1957.
- Goldberger, Ernst: Preisbewegungen in Israel 1949—1953, Polygraphischer Verlag, Zürich 1956.

- Gomes e Sousa, Antonio Figueiredo: Dendrologia de Moçambique, 2 Bde., Junta de Exportação, Lourenço Marques 1948/49.
- Gonçalves, A. Sebastião:
 (1) O Capital das Sociedades Anónimas, L.
 (2) O crédito de fomento em Angola, in: RdE Dez. 1952.
- Gourou, Pierre: The tropical world. Its social and economic conditions and its future status, Longmans, London 1955.
- Gouvernement Général de l'AEF:
 (1) Doctrines et Bilans de la Modernisation Rurale en AEF, Brazzaville, Juli 1956.
 (2) Encadrement Agricole et Modernisation Rurale en AEF. Doctrines et Bilan, Brazzaville.
- Gouvernement Général de l'AOF: Industrie et Fiscalité. Avantages Fiscaux Accordés aux Investissements.
- Government Printer: Ten Years of Social Security in New Zealand, Wellington 1948.
- Graça, Luis Martin: Subsídios para uma política agrária, Livraria Luso-Espanhola, L. 1949.
- Graham, Benjamin:
 (1) Money as Pure Commodity, in: American Economic Review, Nr. 2, Evanston, Ill., Mai 1947.
 (2) Storage and Stability, a modern ever-normal granary, McGraw, New York 1937.
 (3) World Commodities and World Currency, McGraw, New York 1944.
- Granié, Jean: De la participation aux bénéfices comme support d'un ordre social nouveau, L. 1948.
- de Greef, G., und Regnier, R.: Problèmes du crédit à l'économie indigène, in: Revue de l'Institut de Sociologie Solvay, Nr. 1, Brüssel 1957.
- Grémio Nacional dos Importadores de Algodão em Rama: Boletim Semanal de Informações.
- Grémio dos Produtores de Cereais do Distrito da Beira, Rel., Vila Pery.
- Gross, H.: Der Handel folgt dem Ingenieur, Econ-Verlag, Düsseldorf 1956.
- Grove, David: Política monetaria en países subdesarrollados, CEMLA, México D. F. 1955.
- Gudin, Eugenio: O Caso das Nações Subdesenvolvidas, in: Revista Brasileira de Economia, Rio de Janeiro, Sept. 1952.
- Gueronik, Gisèle: Expansion of Tourism in the Member Countries of the OEEC, in: OEEC at work for Europe, OECE 1956.
- Guerrero, Amaro D.: Estudos sobre o rendimento nacional, L. 1951.
- Guia Económico de Moçambique, Ed. Ultramar, L., jährlich.
- Guia dos Exportadores de Moçambique, Lourenço Marques, zwei-monatlich.
- Guia Hoteleiro Oficial, SNI.
- Guillemin, R.: La Mise en Valeur de la Vallée du Niari. Essai de Bilan et Perspective d'avenir, Gouv. Général de l'AEF, Brazzaville, Jan. 1956.
- Gunther, John: Afrika von innen, Humanitas, Stuttgart 1957.
- Guth, Wilfried: Kapitalexport in unterentwickelte Länder, Kyklos-Verlag, Basel, J. C. B. Mohr, Tübingen 1957.
- Haarer, A. E.: Modern Coffee Production, Hill, London 1956.
- Haavelmo, Trygve: A Study in the Theory of Economic Evolution, North-Holland, Amsterdam 1956.
- Haberler, Gottfried:
 (1) Die Kaufkraft des Geldes und die Stabilisierung der Wirtschaft, in Schmollers Jahrbuch, Jg. 55, 2. Bd., 1935.
 (2) National Income, Savings and Investment, in: Studies in Income and Wealth, Vol. II, New York 1938.

- Hailey, Lord: *An African Survey*, Oxford University Press, London 1957.
- Haines, C. Grove: *Africa Today*, Hopkins, Baltimore 1955.
- Hance, W. D.: *Adequacy of Estimates Available for Computing National Capital Formation*, in: *Studies in Income and Wealth*, vol. 6, New York 1943.
- Handelsblatt:
- (1) Portugals Sechsjahresplan wird realisiert. Eigenarten der Ausschreibungen — Aussichten einer deutschen Beteiligung, Nr. 15, Düsseldorf, 16. 3. 1953.
 - (2) So lebt der portugiesische Mittelstand, Düsseldorf, 22. 12. 1950.
 - (3) Angola und Moçambique brauchen Europas Hilfe, 17. 10. 1951.
- Harbury, C. D.: *An Experiment in Commodity Control — The International Wheat Agreement 1949—53*, in: *Oxford Economic Papers*, Nr. 1, Oxford Febr. 1954.
- Hartmann, Hans W.: *Portugal zwischen den kriegführenden Mächten*, Verlag NZZ 1942.
- Hartmann, R. P.: *Consulting Engineers*, Deutscher Wirtschaftsdienst, Köln 1954.
- Hauptmann, Gerhart: *Emanuel Quint*.
- Hayek, F. A.: *A Commodity Reserve Currency*, in: *The Economic Journal*, London Juni/Sept. 1943.
- Hayes, Charles: *The Co-operative Movement in Kenya*, in: *The African World*, London Mai 1957.
- Hazlewood, Arthur: *The Economics of „Underdeveloped Areas“*. An annotated Reading List of Books, Articles etc., Oxford Univ. Press, London 1954.
- Heim, Roger: *Destruction et Protection de la Nature*, Colin, Paris 1952.
- Heinemann, Robert: *Portugal als Absatzmarkt für industrielle Erzeugnisse*, Triltsch, Würzburg-Aumühle 1939.
- Heinrich, Klaus: *Strukturwandlungen und Nachkriegsprobleme der Wirtschaft Spaniens*, Institut für Weltwirtschaft, Kiel 1954.
- Henderson, M. S.: *Portugal. Economic and Commercial Conditions*, Board of Trade, London 1951.
- Henze, Werner: *Förderung der freien Kapitalbildung durch den Staat*, in: *Spar-kasse*, Nr. 22, Bonn 1957.
- Herlt, Rudolf: *Der Verkaufspreis als wichtige Kapitalquelle*, in: *Die Welt*, Hamburg 29. 10. 1956.
- Hesselink, H.: *De Ingenieur als Bedrijfsleider*, Waltmann, Delft 1931.
- Hickmann, Ernst:
- (1) *Aufbaupläne und wirtschaftlicher Fortschritt in unterentwickelten Gebieten*, Trüjen, Bremen 1954.
 - (2) *Produktivität durch „Management“*, Trüjen, Bremen 1955.
- Higgins, Benjamin:
- (1) *Development Financing*, in: *International Conciliation*, Cambridge, Mass., 1955.
 - (2) *Economic Development of Underdeveloped Areas: Past and Present*, Cambridge, Mass. 1955.
 - (3) *The „Dualistic Theory“ of Underdeveloped Areas*, Cambridge, Mass., 1955.
- Hilgerdt, Folke: *Industrialization and Foreign Trade*, SDN 1945.
- Hill, Wilhelm: *Die Industrialisierung der Agrarstaaten und ihre Rückwirkungen auf die europäische Textilindustrie*, Polygraphischer Verlag, Zürich 1953.
- Hirschman, A. O.: *Investment Policies and „Dualism“ in Underdeveloped Countries*, in: *American Econ. Review*, Sept. 1957.
- H. M. Stationary Office: *Portugal, Review of Commercial Conditions*, London, Jan. 1945.
- Hóly, Vaclav: *Die wirtschaftliche Förderung der unterentwickelten Länder*, in: *Bulletin Nr. 2*, Schweizerischer Bankverein, Basel, Juni 1955.
- Hoselitz, Bert F.: *The progress of underdeveloped areas*, The University of Chicago Press 1956.
- Hunold, Albert: *Der „garantierte Jahreslohn“ in der amerikanischen Automobil-industrie*, in: *Wirtschaftspolitische Mitteilungen*, Gesellschaft zur Förderung der Wirtschaft, Zürich, März 1956.

- Huppert, Walter: Betriebliches Miteigentum der Arbeitnehmer. Duncker, Berlin 1954.
- van Huygevoort, C. Th. A. M.: J. C. van Marken, 1845—1906, Delfts Industrieel, pionier op sociaal gebied, grondlegger van de winstdeling en het arbeidsvennootschap in Nederland, Universität Löwen 1954.
- Imhof, O. E.: Die industrielle Siedlung, in: NZZ Nr. 1955 vom 11. 8. 1954.
- IN:
- (1) Aux  lio aos Desempregados, 1950.
 - (2) Condicionamento das ind  strias, 1947.
- IN de Angola: A Ocupa  o de Terrenos do Estado, Luanda 1957.
- IN de Moçambique:
- (1) IV Congresso Internacional de Turismo Africano, 1952.
 - (2) Parque Nacional de   a Gorongosa, 1952.
- Indústria Conservera: La industria conservera portuguesa en 1956, Nr. 215, Vigo 1957.
- Industrial Review of Africa, Johannesburg, monatlich.
- INE:
- (1) An. Est.
 - (2) Anuário Estatístico do Ultramar.
 - (3) Boletim Mensal.
 - (4) Comércio Exterior, 2 Bde., j  hrlich.
 - (5) Contribui  o para o estudo do programa de desenvolvimento económico a efectuar no sex  nio de 1959—1964, L. 1956.
 - (6) Est. Fin.
 - (7) Estatística Agrícola, j  hrlich.
 - (8) Estatística Industrial, j  hrlich.
 - (9) Estudos.
 - (10) Inqu  rito   s rendas e a certas características das habita  o  es da cidade de Coimbra, L. 1955.
 - (11) Org. Corp.
- Institut d'  mission de l'Afrique Occidentale Française et du Togo:
- (1) Les Problèmes de l'Industrialisation du Ghana vus par le Professeur Lewis, in: AOF-Togo. Notes d'Information, Nr. 29, Dez. 1957.
 - (2) Café, March   Commun Européen, ebd.
- Institute of Life Insurance: Life Insurance Fact Book, New York 1956.
- Instituto Nacional de Trabalho e Previdência: Boletim, L.
- International Bank for Reconstruction and Development:
- (1) Jahresberichte.
 - (2) Report on the Proposal for an International Finance Corporation, Washington, April 1952.
 - (3) The Economic Development Institute.
- Isralson, Michel: Les banques congolaises et le crédit aux indigènes, in: Revue de la Banque, Nr. 7—8, Brüssel 1956.
- Istituto per la Ricostruzione Industriale (IRI): Jahresberichte, Rom.
- Jaberg, P.: Über den Ausgleichsfonds der schweizerischen Alters- und Hinterbliebenen-Versicherung, Schweizer. Bankges. 1953.
- Jacobs, M. H.: Die niederländische Exportpolitik, in: Wirtschaftsdienst, Hamburg, Okt. 1956.
- Jacobsson, Per:
- (1) Die Kapitalknappheit von der Warte des Internationalen Währungs-Fonds, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Frankfurt a. M., Jan. 1958.
 - (2) Weltwirtschaftliche Probleme vor und nach Korea, in: BN vom 30. 10. 1950.
- Jaeger, Fritz: Afrika, Bd. II Mensch und Kultur, de Gruyter, Berlin 1954.
- Jantzen, Günther: Industrien in Afrika, L  he, Leipzig 1938.
- JdCP:
- (1) Contas (Jahresberichte), IN.

- (2) Reforma dos Serviços da Dívida Pública, IN 1936.
 (3) Regulamento da JdCP, IN 1941.
- Jessen, O.: Reisen und Forschungen in Angola, Reimer, Berlin 1936.
- Jeune Patron, Paris, monatl.
- Job, Jakob: Portugal, Land der Christusritter, Rentsch, Zürich 1951.
- Johann, A. E.: Afrika: Auf zehn Jahre vorausdenken! (Angola-Bericht), in: Die Zeit, Nr. 41—43, Hamburg 1955.
- du Jonchay, Ivan: L'Industrialisation de l'Afrique, Payot, Paris 1953.
- Jornal do Comércio:
- (1) Alguns aspectos económicos fundamentais da indústria portuguesa, Nr. 30661 vom 28. 11. 1954.
 - (2) A Comissão Reguladora do Comércio de Algodão em Rama, ebd.
 - (3) A Província de Angola, Nr. 29759 vom 24. 2. 1952.
- Jornal da Huila, Sá da Bandeira (Angola).
- Jornal Português de Economia e Finanças.
- Jornal de Seguros, Lissabon.
- Journal des Finances, Paris.
- Jucker, Ernst: Die Arbeit ist keine Ware, Haupt, Bern 1957.
- Jungbluth, Adolf: Arbeitsfreude und Leistung, in: Der Mensch im Betrieb, Heft 4 der Schriftenreihe des Rationalisierungs-Kuratoriums der Deutschen Wirtschaft (RKW): Wege zur Rationalisierung, C. Hanser Verlag, München 1951.
- Junta de Comércio Externo:
- (1) Guia Económico de Moçambique, Lourenço Marques.
 - (2) The Mozambique Import — Export, Lour. Marques, monatl.
- Kamer van Koophandel en Fabrieken voor Rotterdam: Aantekeningen over Portugal, Mai 1951.
- Kapferer, Clodwig:
- (1) Außenhandelsförderung als wirtschaftspolitische Aufgabe, Verl. Weltarchiv, Hamburg 1950.
 - (2) Unabhängige technische Beratung, ebd. 1954.
 - (3) Der Beitrag der Forschung im wirtschaftlichen Wandlungsprozeß, in: Wirtschaftsdienst, Hamburg Jan. 1958.
 - (4) Die unterentwickelten Gebiete: eine internationale Verpflichtung, ebd. Jan. 1955.
- Kaufmann, Herbert: Der Homo africanus, in: Die Zeit, Nr. 8, Hamburg, 1954.
- Kellner, Jean: Principe de charité et équilibre social, Diss. Basel 1955.
- Kemmer, Helmut T.: Technik der Außenhandelsfinanzierung, Knapp, Frankfurt a. M. 1955.
- Kermann, K.: Landwirtschaftlicher Aufbau in unterentwickelten Gebieten, Trüben, Bremen 1954.
- Kerschagl, Richard: Die Ausgabe von Volksaktien in Österreich, in: Wirtschaftsdienst, Hamburg, Mai 1957.
- King, A. H. W.: Report on Economic and Commercial Conditions in Portugal, H. M. Stationary Office, London 1938.
- Kleer, Jerzy: Kreacja kapitalu w krajach zacofanych, in: Zycie gospodarcze, Nr. 45, Warschau 1957.
- Klos, V.: Inhabersparen — eine neue Sparmethode, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Nr. 7, Ost-Berlin April 1954.
- Knapp, J.: Capital Exports and Growth, in: The Economic Journal, Nr. 267, London Sept. 1957.
- Koestner, Nicolai:
- (1) Randbemerkungen zum Problem der „unterentwickelten Länder“, in: Wirtschaftsdienst, Hamburg Mai 1954.
 - (2) Some Comments on Prof. Nurkse's Capital Accumulation in Underdeveloped Countries, in: L'Égypte Contemporaine, Nr. 273, Kairo 1953.
- Kohl, E.: Uran, F. Encke, Stuttgart 1954.

- Koninklijke Nederlandsche Gist- en Spiritus-Fabriek in Delft:
 (1) Jahresberichte.
 (2) Jubiläumsschrift 1870—1930.
 (3) De Fabrieksboode, Fabrikzeitung, wöchentlich.
- Kopp, A.: Les Ananas, Culture, Utilisation, in: Encyclopédie Biologique, Éditions Paul Lechevalier, Paris 1929.
- Kraus, Guntmar: Die Effektenemission, Diss. Nürnberg 1955.
- Krebs, Willy: Fr. W. Raiffeisen. Ein Kapitel bäuerlicher Selbsthilfe, Verl. der Raiffeisendr., Neuwied a. Rh. 1955.
- Krüger, Karl: Afrika, Safari, Berlin 1952.
- Küng, Emil: Das Problem der Armut in den rückständigen Gebieten, in: Wirtschaftsdienst, Hamburg März 1954.
- Küng, Heinrich: Die Immobilien-Investment-Trusts, in: BN Nr. 87 vom 27. 2. 1951 und Nr. 89 vom 28. 2. 1951.
- Kurukshetra, Monthly Organ of the Community Projects Administration: Principles of Community Development, Delhi, Dez. 1955.
- Kuznets, S.: Proportion of capital formation to national product, in: American Economic Review, Wisconsin, Mai 1952.
- de Lacerda, Francisco Gavicho: A Cultura de Chá feita pelos Portugueses na Zambézia, L. 1948.
- La Documentation Française: L'Évolution économique du Portugal depuis l'année 1948, Nr. 1129 und 1890, Paris 1954.
- Lamm, Donald W.: Mozambique — Summary of mining legislation and administrative requirements, in: Business Information Service, World Trade Series Nr. 531, Febr. 1954.
- Länderlexikon, hg. vom Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv, verantwortlich für den wirtschaftlichen Teil: Werner Schlote und Hans-Ulrich Wagner.
- Landmann, Julius: Die Psychologie des Börsenans und Abbé Galianis Dialoge über den Getreidehandel, in: Vorträge aus dem Nachlaß, Basel 1933.
- Lassègue, Pierre: La Réforme de l'Entreprise, Paris 1948.
- Lauinger, Artur: Indexrechnung für Haftpflichtprämien in Deutschland, in: BN 6. 4. 1951.
- Lautensach, Hermann:
 (1) Portugal auf Grund eigener Reisen und der Literatur, in Petermann's Mitteilungen, Ergänzungsheft Nr. 213: Das Land als Ganzes, 1932, Ergänzungsheft Nr. 230: Die portugiesischen Landschaften, 1937, Gotha.
 (2) Spanien und Portugal, in: Jenseits der Großmächte, Teubner, Leipzig 1932.
- Lawrence, J. St.: Stabilization of Prices, New York 1928.
- Lawson, Rowena M.: Ghana in Economic Transition, in: The South African Journal of Economics, Johannesburg, Juni 1957.
- Leal, A. Costa: Subsídios para uma nova classificação das receitas do Estado, INE 1951.
- Leduc, Gaston: Le Crédit au Service de l'Économie Indigène, in: Vers la Promotion de l'Économie Indigène, Institut de Sociologie Solvay, Brüssel 1957.
- van Leeuwen, W. H.: Werkgevers en werknemers samen aan één tafel, in: Elseviers Weekblad, Amsterdam, 26. 1. 1952.
- Lefebvre, J.: Le crédit aux indigènes, in: Ann. Coloniales, Nr. 15, Brüssel 1955.
- de Leffe, André: La Rénovation du Portugal par le Président Salazar, Diss. Poitiers 1942.
- Lehfeldt, R. B.: Gold Prices and the Witwatersrand, 1919.
- Leist, Klaus: Investitionen und Sozialstruktur in Westdeutschland, Polygraphischer Verlag, Zürich 1956.
- Leite, A. Filomeno Lourenço de Sousa:
 (1) Compêndio de Economia Política, L. 1952.
 (2) O Saneamento do Escudo, Empr. Nac. de Publicidade, L. 1946.

- Leite, João Pinto da Costa: A doutrina corporativa em Portugal, L. 1936.
- Leith-Ross, Frederick W.: Orthodox credit control in postwar conditions, Institut International d'Études Bancaires, Rotterdam 1957.
- Leo XIII: Enzyklika Rerum novarum, 15. 5. 1891.
- Lerner, Abba P.: Money as a Creature of the State, in: American Economic Review, Evanston, Ill., Mai 1947.
- Lewis, W. Arthur: Die Theorie des wirtschaftlichen Wachstums, Übersetzung im Auftrag der List-Ges. e. V. von Herbert v. Beckerath, J. C. B. Mohr, Tübingen, Polygraphischer Verlag, Zürich 1956.
- Lichey, Werner: Die Systeme der Exportrisikogarantie, Verlag Weltarchiv, Hamburg 1953.
- Lincke, E.: Die Brauindustrie Portugals, in: Brauwelt, Verlag Hans Carl, Nürnberg, 16. 1. 1953.
- Lisbon Courier, monatlich.
- Lobato, Alexandre: Administração Económica de Moçambique, L. 1956.
- Lobo, Jorge de Graça Ataíde: Trabalho. Legislação em vigor anotado, Luanda 1955.
- de Lordello, Ruy: O Desemprego e a Colocação no regime corporativo, Império, L. 1953.
- Loureiro, F. Pinto: Industrialização e progresso económico, Coimbra 1956.
- Loyo, Gilberto: Iniciativa privada, el gobierno y la producción de artículos de consumo necesario, in: Examen de la Situación Económica de México, Nr. 364, México, D. F., 3. 3. 1956.
- Ludwig, Mario: Internationale Rohstoffpolitik, Polygraph. Verlag, Zürich 1957.
- Luxemburg, Rosa: Die Akkumulation des Kapitals, Vereinigung internationaler Verlagsanstalten, Berlin 1921.
- Mackie, L. J. D.: The Consolidated Sisal Estates of East Africa, Ltd., in: East Africa and Rhodesia, Nr. 1720, London, 26. 9. 1957.
- MacVittie, W. W.: Portugal, Board of Trade, London 1955.
- Madan, B. K.: Financing the second Five-Year-Plan, Gokhale Institute of Politics and Economics, Gadgil, Poona 1957.
- Maddox, James G.: Technical Assistance by Religious Agencies in Latin America, The University of Chicago Press 1956.
- Magnani, Livio: Staatsbeteiligungen in der italienischen Industrie, in: BN Nr. 424 vom 7. 10. 1953.
- Mai, Erwin: Der Erdteil Afrika, Franckh, Stuttgart 1953.
- Mandelbaum, K.: The Industrialization of Backward Areas, Blackwell, Oxford 1945. La Industrialización de los países atrasados, Aguilar, Madrid 1950.
- Manes, A.: Grundzüge des Versicherungswesens (Privatversicherung), Teubner, Leipzig 1918.
- Mantero, Carlos: Emigração e Povoamento, IN 1952.
- Marchés Tropicaux du Monde: Sondernummer Angola und Mozambique, Nr. 587, Paris, 9. 2. 1957.
- Marcotte, V. A.: Le Portugal dans le monde, Puvrez, Brüssel 1944.
- Marini, Emile: A Vida portuguesa definida pelo Prof. Doutor Oliveira Salazar, in: Actividades Económicas, L., Sept. 1956.
- van Marken, Jacob Cornelis:
- (1) Die soziale Organisation in der Industrie, Delft 1900.
 - (2) Uit het Fabrieksleven 1896—1905, van Markens Drukkerij-Vennootschap, Delft, 3 Bde.
- Marques, H.: Essencia do Corporativismo em Portugal, L. 1949.
- Marques, José Maria Mercier:
- (1) Mentalidade Industrial, II Congresso da Indústria Portuguesa, L. 1957.
 - (2) Notas sobre Temas Industriais, Tip. da Empresa de Publicidade, L. 1942.
- Marschak, J.: Kapitalbildung, Hodge, London 1936.

- Marsh, Donald B.: *World Trade and Investment*, New York 1951.
- Marshall, Bruce: *Das Wunder des Malachias*, Fischer, Hamburg 1953. *Father Malachy's miracle*, Constable, London 1948.
- Martin, Kurt: *Capital-output ratio in economic development*, in: *The Eastern Economist*, Nr. 17, New Delhi 1957.
- Martinho, Jacinto Pereira: *Aspectos do Problema Pecuario de Moçambique*, Junta de Comércio Externo, Lourenço Marques 1956.
- Martini, Winfried: *Das Ende aller Sicherheit. Eine Kritik des Westens (enthält ein Kapitel über das portug. Korporationen-System)*, Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1954.
- Marx, Karl:
 (1) *Lohn, Preis und Profit*, Dietz, Berlin 1948.
 (2) und Engels, F.: *Manifest der Kommunistischen Partei*, London, Februar 1848.
- Mededelingen van het Afrika-Instituut, Rotterdam.
- de Medeiros, Armando Cândido: *Excesso Demográfico e Emigração*, IN 1953.
- Mensario das Casas do Povo.
- Merril Lynch, Pierce, Fenner & Beane: *Investor's Reader*, New York.
- Metzner, Max: *Der Unternehmer*, Duncker, Berlin 1956.
- Meyer, H. G.: *Segensreiche Atomtechnik*, in: *Die Weltwoche*, Zürich, 19. 11. 1954.
- Meyer, Werner, s. Gasser.
- Michels, J. F. A. M.: *Algemeene Beschouwingen over het middellange Exportkredit voor Kapitaalgoederen*, Stenfert Kroese, Leiden 1957.
- Minet, J.: *La Caisse d'Épargne du Congo Belge et du Ruanda-Urundi après deux ans d'activité*, in: *Bulletin de la Banque Centrale du Congo Belge et du Ruanda-Urundi*, Nr. 5, Brüssel Mai 1953.
- Ministério de Agricultura: *Plano de Povoamento Florestal*, IN 1940.
- Ministério das Corporações e de Previdência Social: *Legislação Corporativa e do Trabalho*, L. 1952.
- Ministério de Economia:
 (1) *Ação do Ministério de Economia*. Agosto de 1950 a Dezembro de 1954, 2 Bde., L. 1955.
 (2) e do Ultramar: *Plano de Fomento 1953—1958*, 2 Bde., L. 1953.
- Ministério das Finanças: *25 Anos de Administração Pública*, IN 1953.
- Ministério da Marinha: *Estatísticas das pescas marítimas 1951*, L. 1957.
- Miranda, Alfredo da Costa: *A Actividade Resseguradora do Ponto de Vista Financeiro*, in: *RdE Dez.* 1952.
- Misra, B. B.: *Vinobas Sieg. Die wirtschaftliche Bedeutung der indischen Land-schenkungsbewegung*, Knapp, Frankfurt a. M. 1956.
- Moçambique, *Documentario Trimestral*, Lourenço Marques.
- Montepio Geral e Caixa Económica de Lisboa:
 (1) *Historia breve dos primeiros cem anos do Montepio Geral 1840—1940*, L. 1940.
 (2) *Rel. e Contas*, jährlich.
- Montepio de Moçambique: *Rel.*, Lourenço Marques.
- Monthly List of official colonial publications, London.
- de Moraes, A. Trigo: *A Agua na Valorização do Ultramar*, Agência Geral do Ultramar, L. 1951.
- Moreira, A.: *La propriété dans les Provinces d'Outre-Mer portugaises*, in: *Vers la Promotion de l'Economie Indigène*, Institut de Sociologie Solvay, Brüssel 1957.
- Moreira, Vergílio:
 (1) *As cooperativas e o problema da habitação*, in: *RdE Juni* 1949.
 (2) *Aspectos Financeiros e Administrativos do Problema da Electricidade em Portugal*, in: *RdE März* 1956.
- Mosk, Sanford A.:
 (1) *Differential Economic Progress: Some Cases, Comparisons and Contrasts. Latin America vs. the United States*, in: *American Econ. Review*, Mai 1951.
 (2) *Industrial Revolution in Mexico*, Univ. of California Press, Los Angeles 1950.

- de Moura, Francisco: Estagnação ou crescimento da Economia Portuguesa?, in: Revista do Gabinete de Estudos Corporativos, Nr. 26, L. April/Juni 1956.
- de Moura und Pinto und Nunes: Estrutura da Economia Portuguesa, in: Centro de Estudos Económicos, Nr. 14, L. 1954.
- Mozambique Harbours, Railways and Transport, Propaganda Dept.: Port and Railway of Beira, Lourenço Marques 1953.
- Muddahtir, Ahmed: Die Industrialisierung der unterentwickelten afrikanischen Gebiete und ihre Auswirkungen auf die Weltwirtschaft, Diss. Freie Univ. Berlin 1956.
- Muranjan, S. K.: Modern Banking in India, Kamala, Bombay 1952.
- Murè, Giuseppe: Christmas clubs — i conti di piccolo risparmio natalizio del sistema bancario nordamericano, in: Bancaria, Nr. 6, Rom 1957.
- Murray, Roger S.: Die Bedeutung der Pensionsfonds für den Kapitalmarkt der Vereinigten Staaten, in: BN Nr. 202 vom 14. 5. 1954.
- Myers, Margaret G.: Mexico, in: Banking Systems, hg. von H. J. Beckhart, Columbia University Press, New York 1954.
- Myrdal, Gunnar:
- (1) Comercio internacional y Ayuda a Países Subdesarrollados, in: Comercio Exterior, Nr. 4, México, D. F. 1957.
 - (2) Development and Under-Development, in: L'Égypte contemporaine, Nr. 284, Kairo 1956.
- Nachrichten für den Außenhandel, Berlin.
- Nascimento, Ulpiano: Notas sobre a economia de Angola, in RdE Dez. 1953.
- Nacional Financiera, S.A.:
- (1) El Mercado de Valores, México, D. F., wöchentl.
 - (2) Jahresberichte.
 - (3) Ley Organica de la NF, 1956.
- Nairn, Bryce J. M.: Portuguese East Africa, Board of Trade, London 1955.
- National Bureau of Economic Research: Capital Formation and Economic Growth, Princeton University Press 1955.
- Natividade, Vieira J.: Subercultura ibérica, in: Boletim da Junta Nacional de Cortiça, Nr. 222, L. 1957.
- Navarrete, A.: Underemployment in underdeveloped Economies, in: El Trimestre Economico, México, D. F. 1951.
- Nawaz, Ali: Wandlung der Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur im Mittleren Orient, Polygraphischer Verlag, Zürich 1956.
- Nederlandse Spaarbankenbond: Gids 1957, Amersfoort 1957.
- Nehru on Africa, 1938—1954, Current Affairs Publications, New Delhi.
- Neisser, Hans: Profits and Saving, in: Kyklos, Nr. 4, Basel 1957.
- Netherlands Productivity Centre: Five years of COP (Contactgroep Opvoering Productiviteit) 1950—1955, Den Haag 1956.
- Newlyn, W. T., und Rowan, D. C.: Money and Banking in British Colonial Africa, Clarendon, Oxford 1954.
- Newsweek: Investment Clubs, Washington, D. C. 31. 1. 1955.
- New York Times.
- Nicolescu, B. M.: Under-Developed, Backward or Low Income, in: The Economic Journal, London, Sept. 1955.
- Norddeutsche Bank A.G.:
- (1) Bankberichte.
 - (2) Politik der Exportförderung, Hamburg 1953.
 - (3) Portugal und seine überseeischen Provinzen, Wirtschaftsbericht, Hamburg, März 1953.
- Notes et études documentaires: Situation économique des colonies portugaises, Nr. 1964, Paris 1954.
- Noticias de Portugal, SNI, wöchentl.
- Nunes, Adérito Sedas: Crise social e Reforma da Empresa, in: Revista do Gabinete de Estudos corporativos, L., April/Juni 1952.

Nunes, s. de Moura.

Nurkse, Ragnar:

- (1) Problems of Capital Formation in Underdeveloped Countries, Blackwell, Oxford 1955.
- (2) Some Aspects of Capital Accumulation in Underdeveloped Countries, National Bank of Egypt, Cairo 1952.

NZZ: Spannungen in der internationalen Rohstoffwirtschaft, Fernausg. Nr. 14 u. 16 vom 15. u. 17. 1. 1956.

Obermaier, Franz: Die Wirtschaft von Angola und Mozambique, Bremer Ausschluß für Wirtschaftsforschung, 1952.

Obst, Georg: Das Bankgeschäft, 2 Bde., Poeschel, Stuttgart 1930.

O Comércio: Compra menos — mas compra melhor, Nr. 2697, Luanda, 14. 5. 1955.

OECE:

- (1) Achter Bericht: Europa heute (1956) und 1960, Übersetzung vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, 2 Bde., Bad Godesberg 1957.
- (2) Bulletin d'Information de l'Agence Européenne de Productivité.
- (3) Le Cacao, Paris 1956.
- (4) Développement des services consultatifs agricoles en Europe depuis 1950, Paris 1954.
- (5) Economic Development of the Dependent Overseas Territories of Portugal, Overseas Territories Committee, 6. 7. 1955.
- (6) L'Expansion Économique et ses Problèmes, Paris 1956.
- (7) Le Financement du développement industriel en Europe, 1956.
- (8) Finanzielle Stabilität und Bekämpfung der Inflation, Bundesministerium für den Marshallplan, Bad Godesberg 1952.
- (9) General Statistics, Statistical Bulletins, monatlich.
- (10) Les investissements dans les territoires d'outre-mer en Afrique au Sud du Sahara, Paris 1951.
- (11) Pénuries et excédents de personnel scientifique et technique hautement qualifié dans les pays de l'OECE, 1955.
- (12) Les productions principales des territoires d'outre-mer, 1956/57.
- (13) La situation économique dans les territoires d'outre-mer, 1955.
- (14) Statistiques des produits exportés par les territoires d'outremer des pays de l'OECE, 1958.
- (15) Tourism in Europe, Tourism Committee, Paris 1956.
- (16) Vierter Bericht: Europas Wirtschaft im Aufstieg, Bundesministerium für den Marshallplan, Bad Godesberg 1953.

Office Suisse d'Expansion Commerciale:

- (1) Angola. Eine zukunftsreiche Kolonie Portugals in West-Afrika, Lausanne 1947.
- (2) Portugal et Angola. Le marché des machines agricoles, Information spéciale (Circ.-L. 80/Ad/P), Lausanne 1953.
- (3) Portugal. La Nation et l'Economie Nationale, Lausanne 1942.
- (4) Wirtschaftliche Mitteilungen.

O Índice da Produção Industrial Portuguesa.

de Oliveira, Aguedo: Finanças de ontem e de hoje, SPN 1934.

de Oliveira, José Osório: Contribuição Portuguesa para o Conhecimento da Alma Negra, L. 1952.

O Lobito, Zeitung, halbwochentlich.

O Observador Económico e Financeiro, Rio de Janeiro, monatlich.

Opler, Morris E.: Social Aspects of Technical Assistance in Operation, in: UNESCO Tensions and Technology Series, Paris 1954.

Orion, Zeitschrift für Natur und Technik, Murnau bei München, monatlich.

Ormeling, F.: The Timor Problem. A geographical interpretation of an underdeveloped island, Nijhoff, Den Haag 1956.

de Ortigão-Burnay: Aspectos da Crise Portuguesa, L. 1928.

Osthues, Heinz: Einkommensverhältnisse und private Geldkapitalbildung in Westdeutschland 1925—1953, Duncker, Berlin 1957.

- Pais, A. J. Teixeira: Notas sobre a reorganização bancária no Ultramar, in: RdE Dez. 1952.
- Palvia, C. M.: An Econometric Model for Development Planning, Central Plan Bureau, The Hague 1953.
- Pant, Apa B.: A Continent Awake (Afrika), Information Service of India, New Delhi, o. J.
- Pareira, Henrique Gomes de Amorim: L'Évolution d'une Grande Industrie, in: Le Livre d'Or des Conserves Portugaises de Poisson, Institut Portugais de Conserves de Poisson, L. 1938.
- Pareira, M. Caeiro: Alguns aspectos da indústria portuguesa no enquadramento económico nacional, in: RdE Dez. 1952.
- Parkinson, Lindsay: Western Europe, The British Market Research Bureau, London 1957.
- Pei Kang Chang: Agricultura y Industrialización, Fondo de Cultura Económica, México, D. F. 1951.
- Pereira, A. Ramos:
- (1) Portugal e o quadro das estruturas económicas subdesenvolvidas, in: RdE März 1954.
 - (2) Considerações gerais sobre o mercado financeiro em Portugal, in: RdE Dez. 1956.
 - (3) A mobilização dos capitais nas estruturas subdesenvolvidas, in: RdE Dez. 1954.
 - (4) Notas sobre operações comerciais da banca, in: RdE Sept. 1957.
 - (5) A estrutura bancária portuguesa, in: RdE Juni 1953.
- Pereira, Mário: Fundamentos e Objectivos do Plano de Fomento Agrário, INE 1955.
- Pessoa, Fernando Correia: Industrialização de Angola, Associação Industrial de Angola, Luanda 1957.
- Pfeffer, Karl Heinz:
- (1) Afrika in sowjetischer Sicht, in: Osteuropa, Heft 2, Stuttgart 1957.
 - (2) Artikel Portugal, in: Länderlexikon, hg. vom Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv, 1955.
 - (3) Die Ausbildung qualifizierter Führungsschichten in spät industrialisierten Ländern, in: Wirtschaftsdienst, Hamburg, Juli 1956.
- van Philips: Public Finance and less developed economy, Den Haag 1957.
- Pieters, J. M.: Hulp aan onderontwikkelde gebieden, St. Kroese, Leiden 1954.
- Pinto, João Manuel Cortez: A Corporação, Coimbra Editora, 1955.
- Pinto, s. de Moura.
- Pius XI: Enzyklika Quadragesimo anno, 15. 5. 1931.
- Political Science Quaterly: Structure and Balance in rapid economic growth: the example of Mexico, Vol. 69, Lancaster (USA) 1954.
- Poniatowski, Michel: L'avenir des pays sous-développés, Collection de l'économie, Paris 1954.
- Portella, Lello: Economia e Finanças, Excelsior, L. 1955.
- Portugal-Belgique, Brüssel, monatlich.
- Pré, Roland: L'Organisation des rapports économiques et sociaux dans les pays à régime corporatif, Diss. Paris 1936.
- Prebisch, Raul: The Economic Development of Latin America and its Principal Problems, UNO 1950.
- Preiser, Erich: Sparen und Investieren, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 159. Bd., 1944.
- Rabich, Fritz: Der Weg zum Volkskapitalismus, Econ-Verlag, Düsseldorf 1957.
- Ramos, Gustavo Cordeiro: Portugals Erneuerung, SNI 1939.
- Rationalisierungs-Kuratorium der deutschen Wirtschaft: Volkswirtschaftliche Faktoren der Produktivität, Hanser, München 1957.
- Regnier, R., s. de Greef.

- de Regt, Jan Tonny Pieter: Het Financieringsvraagstuk in de Nederlandse landbouw, Diss. Rotterdam 1957.
- Regulamento ao Código do Trabalho dos Indígenas, IN Luanda 1957.
- Rein, G. A.: Die Gegenwartsbedeutung der kolonialen Expansion für das europäische Gefüge, in: Studium Generale, Heft 2, Berlin, Februar 1953.
- Relatório do Governo sobre a execução da Lei no. 1914 de 24 de Maio de 1935, IN Nov. 1950.
- Remy, Sigismund: Probleme der Exportfinanzierung mit besonderer Berücksichtigung der Schweiz, Diss. Basel 1940.
- Renold, Pierre: Der Vergünstigungsvertrag in der Versicherung, ein verbandspolitisches Problem, in: NZZ Nr. 3124 vom 9. 12. 1954.
- Repartição Central dos Serviços Florestais: Regime de Concessão para Exploração Florestal em Angola, Luanda 1948.
- Repartição Técnica de Estatística Geral:
- (1) Anuário Estatístico, Lourenço Marques, Luanda.
 - (2) Boletim Mensal de Estatística, Luanda.
 - (3) Comércio Externo, 2 Bde., jährlich, Lour. M., Luanda.
 - (4) Estatística Agrícola, jährl., Lour. M., Luanda.
 - (5) Estatística das Contribuições e Impostos, jährl., Lour. M., Luanda.
 - (6) Estatística Industrial, jährl., Lour. M., Luanda.
 - (7) A Glimpse of Moçambique, Lour. M. 1952.
- Reserve Bank of India, Dept. of Research and Statistics: All-India Rural Credit Survey, Bombay 1954.
- Revista Brasileira de Economia, Rio de Janeiro.
- Revista de Ciências Económicas, São Paulo.
- Revista de Contabilidade e Comércio
- Revista de Economia, L., vierteljährlich.
- Revista do Gabinete de Estudos Corporativos: Corporativismo democrático?, Nr. 11, L., Juli/Sept. 1952.
- Revista Mexicana de Seguros, México, D.F.
- Revista Portuguesa de Economia, Informação e Turismo, Lour. Marques, monatlich.
- Revista semanal de publicações económicas e financeiras, L.
- Revue Brown Boveri, Baden (Schweiz).
- Revue Internationale des Produits Tropicaux, Paris.
- de Reynold, Gonzague: Portugal, gestern — heute, O. Müller, Salzburg 1938.
- Rheinisch-Westfälische Bank: Portugal und seine überseeischen Provinzen, Düsseldorf 1952.
- Ribeiro, José Caramona: Sumário do „Boletim Oficial“ de Angola 1845—1955, Tipografia Modesta, Porto 1956.
- Ribeiro, Teixeira: Princípios e fins do sistema corporativo português, L. 1939.
- Robinson, Joan:
- (1) El Modelo de una Economía de Expansión, in: El Trimestre Economico, 1954.
 - (2) The Accumulation of Capital, Macmillan, London 1956.
- da Rocha, Vieira: Le Portugal au Travail, Roger, Paris 1921.
- Röpke, Wilhelm:
- (1) Die Theorie der Kapitalbildung, J. C. B. Mohr, Tübingen 1929.
 - (2) Unentwickelte Länder, in: Ordo, Küpper, Düsseldorf 1953.
- Rosa, Guilherme: Sobre o Balanço do Estado Português, in: Actividades Económicas, L., Dez. 1955.
- Rosen, Josef: L'Industrialisation des régions arriérées, Basel 1950.
- Rosenstein-Rodan, P. N.:
- (1) As necessidades de capitais, in: Économie appliquée, Nr. 1—2, Jan.—Juni 1954.

- (2) Problems of Industrialization of Eastern and South-Eastern Europe, in: *Economic Journal*, Juni/Sept. 1943.
- (3) The International Development of Economically Backward Areas, in: *International Affairs*, April 1944.
- Rostow, W. W.: *The Process of Economic Growth*, New York 1952.
- Rothschild, K. W.: *The Theory of Wages*, Blackwell, Oxford 1956.
- Rowan, D. C., s. Newlyn.
- Rüegg, August: *Luis de Camões und Portugals Glanzzeit im Spiegel seines Nationalepos*, Helbing & Lichtenhahn, Basel 1925.
- Rufenacht, Charles: *Le Café et les principaux marchés des matières premières*, Société Com. Interocéanique, Le Havre 1955.
- Rusch, Horst: *Die Wandelschuldverschreibung*, Duncker, Berlin 1956.
- Russenberger, Hans: *Die Auswirkungen der Industrialisierung von Agrarländern auf Industrie-Exportstaaten*, Fehr, St. Gallen 1949.
- Sá, J. Moura e:
- (1) O projecto de reforma da previdência social, in: *RdE* Sept. 1957.
- (2) s. Vieira.
- Salazar, António de Oliveira: *Discursos e Notas Políticas*, 4 Bde., Coimbra Editora Lda. Übers.: *Principes d'Action*, Fayard, Paris 1956.
- Salgado, F. Ribeiro: *Le Brésil en face des Colonies Portugaises*, L. 1931.
- Salin, Edgar:
- (1) Goldfonds der AHV? BN Nr. 322 vom 1. 8. 1950.
- (2) *Ökonomik der Atomkraft*, Sigillum, Köln 1955.
- (3) Politische Ökonomie — heute, in: *Kyklos*, Bd. 8, H. 4, Basel 1955.
- (4) Und nochmals: Für eine Goldabgabe der Nationalbank, in: BN Nr. 280 vom 5. 7. 1950.
- (5) Von der Sozialpolitik zum Recht auf Arbeit, Helbing, Basel 1941.
- (6) Vor einer neuen Etappe der industriellen Revolution, in: *Kyklos*, Bd. 8, H. 1, Basel 1955.
- (7) Wirtschaft und Technik als politische Realität, Sigillum, Köln 1954.
- Sanson, Odette: *Le Corporatisme au Portugal*, Diss. Paris 1937.
- Santalow, A. A.: *Der imperialistische Kampf um die Rohstoffe* (russ.), Akademie der Wissenschaften, Moskau 1954.
- dos Santos, A. C. Valdez Thomaz:
- (1) *Angola, coração do Imperio*, L. 1945.
- (2) *Perspectivas Económicas de Angola*, L. 1949.
- dos Santos, F. J. Pereira: *Un État corporatif*, Paris 1935, Diss. Löwen 1935.
- dos Santos, Manuel Pimentel Pereira: *A Indústria em Moçambique*, Junta de Comércio Externo de Moçambique, Lourenço Marques 1956.
- Sarmiento, Alexandre: *Temas Angolanos*, L. 1957.
- Saul, S. B.: Comments on: „Saving, Investment and Imperialism“, in: *Weltwirtschaftliches Archiv*, Bd. 79, Heft 1, Kiel Sept. 1957.
- Sayers, R. S.:
- (1) *Banking in the British Commonwealth*, Clarendon, Oxford 1953.
- (2) *Central Banking in underdeveloped countries*, National Bank of Egypt, Kairo 1956.
- Schaafhausen, Irma s. von Gersdorff.
- Schacht, Hjalmar:
- (1) *Kapitalmarktpolitik*, Broschek, Hamburg 1957.
- (2) *Kreditpolitik und Exportfinanzierung von morgen*, Broschek, Hamburg 1956.
- Schaefer, A.: *Fragen zur Exportfinanzierung*, Schweizer. Bankges., Basel 1954.
- Schatz, Sayre P.: *Inflation in underdeveloped areas, a theoretical analysis*, in: *The American Economic Review*, Nr. 4, Evanston, Ill., 1957.
- Schlote, Werner: *Die Wirtschaft Portugals*, in: *Länderlexikon*, hg. vom Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv, 1955.
- Schmalenbach, E.: *Finanzierungen*, Gloeckner, Leipzig 1922.

- Schmitz, Werner G.: Kapitalbeteiligung des Arbeitnehmers am arbeitgebenden Unternehmen, Duncker, Berlin 1955.
- Schneider, Reinhold: Portugal. Ein Reisetagebuch, Georg Müller, München 1931.
- Schöllhorn, J.: Internationale Rohstoffregulierungen, Duncker, Berlin 1955.
- Schulthess, F. W. s. Zaugg.
- Schürch, Othmar: Probleme der Exportfinanzierung, Schweizerische Zentrale für Handelsförderung, Lausanne 1957.
- de Schutter, R.: Le financement interne au Congo Belge, in: Institut de Science Economique Appliquée, Cahiers série F, Nr. 6, Paris 1957.
- Seabra, Fernando: Subsídios para a teoria económica do salário corporativo, L. 1945.
- Secretaria General del Comité Permanente Interamericano de Seguridad Social: Manual de Instituciones de Seguridad Social en America Latina, México, D. F. 1956.
- Seguridad Social, Zweimonatsschrift der Asociación Internacional de la Seguridad Social und der Conferencia Interamericana de Seguridad Social, México, D. F., Paseo de la Reforma 476.
- Seligo, Irene:
- (1) Der Traum von Eurafrika. Portugal und der schwarze Kontinent — Salazar für Rassenfrieden, in: Christ und Welt, Nr. 4, Stuttgart 22. 1. 1953.
 - (2) Eine neue südatlantische Gemeinwelt. Brasilien und Portugal als „Commonwealth“, in: FAZ Nr. 154 vom 7. 7. 1954.
 - (3) Hat Portugal eine koloniale Mission? In: Außenpolitik, Nr. 1, Stuttgart, Januar 1952.
 - (4) Uran, eine neue Energiequelle Portugals. Die Atomkraft soll ausgewertet werden, in: FAZ vom 30. 4. / 1. 5. 1954.
- Sena Sugar Estates, Ltd.: Sessenta Anos de Açucar na Zambézia, L. 1955.
- Serviços do Café, São Paulo, monatlich.
- Serviços de Economia: Boletim Mensal de Informação Económica, Luanda.
- Sharman, T. C.: Portuguese West Africa, Board of Trade, London 1954.
- Sharp, Walter R.: International Technical Assistance, Public Administration, Chicago 1952.
- Shercliff, Jose: Portugal's Strategic Territories, in: Foreign Affairs, Nr. 2, Washington Jan. 1953.
- Siara, Georg und Tormann, Wolfgang: Gesetz über Kapitalanlagegesellschaften vom 16. 4. 1957, Knapp, Frankfurt a. M. 1957.
- Sieburg, Friedrich: Neues Portugal, Societäts-Verlag, Frankfurt a. M. 1937.
- Siefer, Gregor: Politische und soziale Lage in Angola, Mosambik, São Tomé, Span. Guinea, Port. Guinea, Kapverde-Inseln, in: Länderlexikon, hg. vom Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv, 1957.
- da Silva, Fernando Emidio:
- (1) Conceptions classique et moderne des finances publiques: le cas portugais, in: Revue de Science et de Législation financières, Nr. 2, Paris 1950.
 - (2) La dette publique: sa déformation et son remaniement, ebd. Febr. 1939.
 - (3) La politique monétaire du Portugal, ebd. März 1937.
 - (4) L'Essor Colonial Portugais, SPN 1939.
- da Silva, Gomes: Os contratos colectivos de trabalho perante as crises do desemprego rural, L. 1950.
- da Silva, Maria Manuela: Contribuição ao Estudo da Estrutura do Salário na Indústria Transformadora Portuguesa, in: Centro de Estudos Económicos, Nr. 17, INE 1957.
- SNI bzw. SPN:
- (1) Casas Económicas, 1943.
 - (2) Bul.
 - (3) El Sistema Corporativo Portugués, 1939.
 - (4) Monuments du Portugal, 1940.
 - (5) Noticias de Portugal (NdP), wöchentl.

- (6) Panorama, Monatsschrift.
- (7) Portugal, an Informative Review, zweimonatli.
- (8) Previdência Social, Coleção de Legislação, 1945.
- (9) Principes et Réalisations de l'État Nouveau Portugais, 1948.
- Soares, Luis Ribeiro: Revisão do princípio corporativo, in: Revista do Gabinete de Estudos Corporativos, Nr. 10, L. April/Juni 1952.
- Sociedade de Geografia de Lisboa: Boletim, monatlich.
- Sociedade Hidro-Eléctrica do Revuê: Jahresberichte, Vila Pery.
- Sokol, Hans: Salazar und sein neues Portugal, Styria, Graz 1957.
- de Sousa, A. Carlos s. de Araújo.
- Das Sparwesen der Welt, Amsterdam, Zeitschrift.
- Spence, C. F.: Descrição Económica de Moçambique, Minerva, Lour. Marques 1951.
- Spengler, Joseph J.: Economic Factors in the Development of Densely Populated Areas, in: Proceedings of the American Philosophical Society, Febr. 1951.
- Spiegelhalter, Franz:
- (1) Gewinn- und Ertragsbeteiligung im Ausland, in: Wirtschaftsdienst, Hamburg, Mai 1957.
 - (2) „Miteigentum“ und „Gewinnbeteiligung“, Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Köln 1957.
- Splett, Oskar: Afrika und die Welt, Francke, Bern 1955.
- Stamp, L. Dudley: Our undeveloped world, Faber, London 1956.
- Standard Bank of South Africa Ltd.: Monthly Review, Kapstadt.
- Starke, Carl: Angola. Eine wirtschaftspolitische Betrachtung, Geogr. Anstalt C. Opitz, Ruhl 1937.
- Statistisches Bundesamt: Portugal, Außenhandelsstatistiken Portugals und der BRD, Stuttgart 1957.
- Stein, Otto: Zum Direktkredit von Zentralbanken, Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv, Dez. 1953.
- St. Galler Tagblatt.
- Sub-Secretariado do Estado das Corporações e de Previdência Social: Organização corporativa nacional, Nr. 13, L. 1934.
- Sufrin, Sidney C., s. Wolf.
- Sunkel, Oswaldo: El modelo de crecimiento de Domar, in: El Trimestre Económico, Nr. 2, 1956.
- Sweezy, M. Paul: Teoría de Desarrollo Capitalista, Fondo de Cultura Economica, México, D. F. 1954.
- Swerling, Boris C.: Buffer Stocks and International Commodity Problems, in: The Economic Journal, Nr. 252, London, Dez. 1953.
- Tamagna, Frank M., s. Ehrlich.
- Tawney, Richard Henry: Religion and the Rise of Capitalism, Murray, London 1927.
- Taylor, Milton C.: Industrial Tax-Exemption in Puerto Rico. A case study in the use of tax subsidies for industrializing underdeveloped areas, The University of Wisconsin Press, Madison (USA) 1957.
- Teichert, C. M.: Die Problematik einer allgemeingültigen Entwicklungstheorie für unterentwickelte Gebiete, in: Wirtschaftsdienst, Hamburg, Jan. 1957.
- The African World, London, Zeitschrift.
- The Indian Institute of Economics: A Fact Finding Inquiry into the Working of Co-operative Primary Agricultural Credit Societies in the Taluks of Manwi, Banwada and Dagloor, Hyderabad-Deccan 1954.
- The Progress of Underdeveloped Areas, hg. von B. P. Hoselitz, Chicago 1952.
- The Research Institute for Economics: Kobe Economical and Business Review, Kobe University 1953—1956.

- Thiem, Max: Vom Zwangssparen zur freien Kapitalbildung, Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1953.
- Thomas, G. Rollin: Our modern banking and monetary system, Prentice-Hall, Englewood Cliffs, N. J. 1957.
- Tinbergen, Jan: International Economical Integration, Elsevier, Amsterdam 1954.
- Tormann, Wolfgang:
- (1) Investment-Sparen im Kommen? In: Der Volkswirt, Sonderheft Sparen und Investieren, Frankfurt a. M. 1957.
 - (2) s. Siara.
- Tregaskes, S. G.: Portuguese East Africa has yet to develop natural resources, in: Foreign Trade, Ottawa, August 1950.
- Trende, Adolf: Geschichte der deutschen Sparkassen bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts, Deutscher Sparkassenverlag, Stuttgart 1957.
- von Treskow, M.: Das Problem des Wohnungsbaues in Portugal, in: Bauamt und Gemeindebau, Vincentz-Verlag, Hannover, Nov. u. Dez. 1952.
- Trippel, Martin: Funktion und Grenzen der Sozialversicherung als Maßnahme der Sozialpolitik, Polygraphischer Verlag, Zürich 1953.
- von Tschirschky, Otto: Agrarsoziale Probleme in Angola, Agrarsoziale Ges. e. V., Göttingen 1957.
- Übersee-Rundschau, Hamburg, monatlich.
- Uganda Credit and Savings Bank, Kampala, Jahresberichte.
- Unamuno, Miguel: Por Tierras de Portugal y de España, Buenos Aires 1946.
- UNESCO:
- (1) Les conséquences sociales du progrès technique.
 - (2) Problèmes sociaux de l'assistance technique, Paris 1954.
- Universidade Técnica de Lisboa: Economia e Finanças. Anais do Instituto Superior de Ciências Económicas e Financeiras.
- UNO:
- (1) Análisis y proyecciones del desarrollo económico, México, D. F. 1955.
 - (2) Commodity Trade and Economic Development, 1953.
 - (3) Concepts and definitions of capital formation, 1953.
 - (4) Développement de l'Économie de Marché en Afrique Tropicale, 1954.
 - (5) Domestic Financing of Economic Development, Dpt. of Econ. Aff. 1950.
 - (6) Enquiries into Household Standards of Living in Less-Developed Areas, 1951.
 - (7) Instability in Export Markets of Under-Developed Countries in Relation to Their Ability to Obtain Foreign Exchange from Exports of Primary Commodities, 1901—1950, New York 1952.
 - (8) International Aid in Search for Development Funds, 1954.
 - (9) Land Reform. Defects in Agrarian Structure as Obstacles to Economic Development, 1951.
 - (10) Measures for the Economic Development of Under-Developed Countries, 1951.
 - (11) Measures for International Economic Stability, 1951.
 - (12) Methods of Financing Economic Development in Under-Developed Countries, 1949.
 - (13) Mobilisation of Domestic Capital, Economic Commission for Asia and the Far East, Bangkok 1952.
 - (14) National Income and its Distribution in Under-Developed Countries, Statistical Papers, Series E, Nr. 3, New York 1951.
 - (15) National Income Statistics 1938—1948, Statistical Office.
 - (16) National and International Measures for Full Employment, 1949.
 - (17) Population Growth and the Standard of Living in Under-Developed Countries, 1954.
 - (18) Postwar Price Relations in Trade between Under-Developed and Industrialized Countries, 1949.
 - (19) Processes and Problems of Industrialization in Under-Developed Countries, 1955.
 - (20) Relative Prices of Exports and Imports of Under-Developed Countries, 1949.

- (21) Report on a Special UN Fund for Economic Development, 1953.
- (22) Report on the world social situation including studies of urbanization in under-developed areas, 1957.
- (23) Review of Economic Activity in Africa 1950 to 1954, 1955.
- (24) Rural Progress through Cooperatives, 1954.
- (25) Special Study on economic conditions in non-self-governing territories, 1955.
- (26) Statistics of National Income and Expenditure, Statistical Papers Series H. no. 9, New York, Mai 1956.
- (27) Theoretical and Practical Problems of Economic Growth, ECLA, México, D.F. 18. 5. 1951 (E/CN.12/221).

U Tun Wei:

- (1) Interest rates in the organized money markets of underdeveloped countries, in: Staff Papers, Nr. 2, Washington, D. C. 1956.
- (2) Interest rates outside the organized money markets of underdeveloped countries, ebd., Nr. 1, Washington, D. C. 1957.

do Vale, F. Roque: Legislação dos Tribunais de Trabalho, Coimbra Ed. 1956.

do Valle, C. Saldanha: A legislação portuguesa de banca comercial.

Vaughan, G. Edgar: Portuguese East Africa, Board of Trade, London, Okt. 1951.

van der Veen, G.: Aiding underdeveloped countries through international economic cooperation, Diss. Vrije Univers. Amsterdam, Meinema, Delft 1954.

da Veiga, Vasco Soares, s. Ferreira.

Ventura, Raul:

- (1) Solução dos conflitos de trabalho, in: Boletim Oficial do Ministério da Justiça, Nr. 11, L. 1949.
- (2) Teoria da relação jurídica de trabalho, L. 1944.

Verein für Sozialpolitik: Kapitalbildung und Kapitalverwendung, Duncker, Berlin 1953.

Verriest, G.: Organisation financière du Congo Belge et du Ruanda-Urundi, in: L'Encyclopédie du Congo Belge, Éditions Bieleveld, Brüssel.

Vida Agrícola, portug. Zeitschrift.

Vidal, Caetano Léglise da Cruz: L'Économie de l'entreprise et son enseignement au Portugal, L. 1956.

Vieira, Eurico Colares:

- (1) A Economia Portuguesa e a O. E. C. E., in: RdE Dez. 1955.
- (2) O Peso da Indústria de Seguros na Vida Económica Nacional, in: RdE Juni 1948.
- (3) und J. Moura e Sá: Acerca da Previdência Nacional, in: RdE Dez. 1953.

Villain, Jean: L'enseignement social de l'Église, 3 Bde., Spes, Paris 1953.

Villiers, Allan: The Quest of Schooner Argus, Scribner's, New York 1951.

Viner, Jacob:

- (1) America's aims and the progress of underdeveloped countries, in: The Progress of Under-Developed Countries, hg. von Bert F. Hoselitz, 1952.
- (2) International Trade and economic development, Clarendon Press, Oxford 1953.

Vloeberghs, H.: La Stabilisation des prix des produits agricoles en Afrique, in: Vers la Promotion de l'Économie Indigène, Institut de Sociologie Solvay, Brüssel 1957.

Vollmer, Theodor: Portugal, in: Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, Bd. 2, Knapp, Frankfurt a. M. 1957.

Vosschmidt, Theo: Die Arbeitsgenossenschaften in Italien, in: Wirtschaftsdienst, Hamburg, Februar 1955.

Wachsmann, Felix: Die radioaktiven Isotope, Francke, Bern 1954.

Wagemann, Ernst: Wagen, Wägen, Wirtschaften, Hoffmann & Campe, Hamburg 1954.

Wagner, Hans-Ulrich, s. Länderlexikon.

Wagner, Valentin F.:

- (1) Geschichte der Kredittheorien, Wien 1937.
- (2) Das Problem der „unterentwickelten Gebiete“, in: Bulletin der Privat-Kommerzbank, Zürich, Januar 1952.

Waibel, Leo: Die Rohstoffgebiete des tropischen Afrika, Bibliographisches Institut, Leipzig 1937.

Wallich, Henry C.:

- (1) O Sistema Financeiro Português, ECA, L. 1951.
- (2) Underdeveloped Countries and the International Monetary Mechanism, in: Money, Trade and Economic Growth, New York 1951.

Weber, Adolf: Kapitalbildung als Voraussetzung für den volkswirtschaftlichen und sozialen Fortschritt, Hueber, München 1957.

Weber, Max: Volkswirtschaftliche Probleme der Produktivität und der Lohnpolitik, in: BN Nr. 223 vom 29./30. 5. 1954.

Wertheimer, Robert G.: Das Problem der privaten Spartätigkeit in den USA, in: Wirtschaftsdienst, Hamburg, Dez. 1956.

West Africa, London, Zeitschrift.

Westdeutsche Wirtschaft, Zweimonatsschrift: Sonderheft Angola, München, Sept./Okt. 1957.

Weststrate, C.: Beschrijvende Economie (enthält ein Kapitel über das port. Korporationensystem), Stenfert Kroese, Leiden 1953.

Wignaraja, Ponna: The Conflict between Economic Rationality and Cultural Values: A Problem in the Economic Development of Underdeveloped Areas, in: Civilisations, Nr. 11, Brüssel 1953.

Williams, John H.:

- (1) Money, trade and economic growth, Macmillan, London 1951.
- (2) Post war monetary plans, Knopf, New York 1947.

Wirtschaftsdienst:

- (1) Hat die Volksaktie Zukunft auf dem deutschen Kapitalmarkt? Hamburg, März 1957.
- (2) Was halten Sie vom Investmentsparen? Hamburg, Dez. 1956.

Wohlfarth, Kurt: Die Wertpapiere und ihre Technik, Deutscher Sparkassenverlag, Stuttgart 1956.

Wolf, Charles Jr. und Sufrin, Sydney C.: Capital Formation and Foreign Investment in Underdeveloped Areas, Syracuse University Press, 1955.

World Trade Information Service:

- (1) Basic Data on the economy of Angola, P. 1. Economic reports No. 57—51, Washington 1957.
- (2) Economic Developments in Moçambique 1954, ebd. No. 55—47, Wash. 1955.
- (3) Living Conditions in Angola, P. 2. Operation Reports No. 57—108, Wash. 1957.
- (4) Mining Legislation in Angola, P. 1. Econ. Rep. No. 56—57, Washington 1956.

Wythe, G.: Industry in Latin America, New York 1951.

Year Book and Guide to East Africa (inkl. Moçambique), London.

Year Book and Guide to Southern Africa (inkl. Angola), London.

Zaugg E., Schulthess, F. W., Bachmann, H.: Die Finanzierung und Risikotragung im schweizerischen Exportgeschäft, Polygraphischer Verl., Zürich 1957.

Zeller, W.: Wesen und Bedeutung der englischen Exportrisikogarantie, in: Der Bund, Nr. 13, Bern 9. 1. 1955.

Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften: Jahrbuch, Hamburg 1957.

Zia, Eduardo: Risparmio e credito negli investimenti edizili, in: Bancaria, Nr. 7, Rom 1957.

de Ziegler, Henri: Lusitanie, Braconnière, Neuchâtel 1944.

Zischka, Anton:

- (1) Afrika, Europas Gemeinschaftsaufgabe Nr. 1, Stalling, Oldenburg 1951.
- (2) Italien in der Welt, Goldmann, Leipzig 1938.
- (3) Länder der Zukunft (inkl. Angola), Stocker, Graz 1950.

von Zwerger, Rudolf: Untersuchungen über die Bauwürdigkeit der Eisenerz-lagerstätten auf dem Cabeço da Mua und der Serra de Reboredo in Portugal, Diss. Technische Hochschule Aachen 1929.

Nachtrag

Agência Geral do Ultramar:

- (1) Coleção de Acórdãos Doutrinários do Conselho Superior de Disciplina do Ultramar 1949—1950, L. 1956.
- (2) Estatuto da Província de Moçambique, L. 1955.

Agrarian Societies in Transition, in: The Annals of the American Academy of Political and Social Science, Vol. 305, Philadelphia, Mai 1956.

Associação Industrial Portuguesa: Guia da produção industrial portuguesa (continental), L., jährl.

de Azeredo, Guilhermina: Brancos e Negros, Agência Geral do Ultramar, L. 1956.

Baade, Fritz: Das Interesse der alten Industrieländer an der Industrialisierung der Entwicklungsländer, in: Offene Welt, Nr. 49, Frankfurt a. M. 1957.

Bailão, Jamil Munhoz: Observações sumárias sobre o multiplicador do investimento e do emprego nas economias subdesenvolvidas, in: RdE Juni 1953.

Balandier, Georges: Le Tiers du Monde, Paris 1956.

Baptista, Abel dos Santos: Cooperativas Indígenas de Produção, Administração da Circunscrição de Zavala (Moçambique), 1956 (noch nicht veröffentlicht).

Barclays Bank D. C. O.:

- (1) Overseas Survey, London, jährlich.
- (2) Trade Review, London, monatlich.

Barnes, Alfred John: Portugal, London 1950.

Bauer, P. T. und Yamey, B. S.: The Economics of Underdeveloped Countries, Cambridge Univ. Press 1957.

Boléo, Oliveira: Clima e Colonização, Agência Geral do Ultramar, L. 1952.

Belo, Esteves: Proposta de lei sobre a uniformização da actividade seguradora em todo o território nacional, in: RdE Dez. 1953.

Brand, W.: Het streven van de economisch onontwikkelde landen naar een hogere levensstandaard, in het bijzonder in zijn financiële aspecten, St. Kroese, Leiden 1954.

von Brentano, Heinrich: Technische Hilfe für Afrika, in: Afrika — heute, Röhrscheid, Bonn 1957.

Clark, S. D.: Religion and Economically Backward Areas, in: American Economic Review, Mai 1951.

Clauss, Max Walter: Portugiesische Initiativen in West- und Ostafrika, in: Übersee-Rundschau, H. 1, Hamburg 1954.

Colony of Mauritius, Central Statistical Office: Gross and net Capital Formation in Mauritius 1948—1954, Port Louis 1956.

Costa, Mário: Bibliografia Geral de Moçambique, Agência Geral do Ultramar, L. 1949.

Deutsche Afrika-Gesellschaft:

- (1) Afrika — heute, Röhrscheid, Bonn 1957.
- (2) Afrika-Informationsdienst, Bonn, halbmonatlich.

Exposição das Actividades Económicas de Moçambique: Guia Programa, Minerva Central, Lourenço Marques 1956.

FAO:

- (1) Co-operative Thrift, Credit and Marketing in Economically Underdeveloped Countries, Rom 1953.

- (2) International Investment and agricultural credit, in: Proceedings of the conference of FAO, Documents, 1953.

Felgas, Hélio A. Esteves: Aspectos actuais da política social nos territórios pouco desenvolvidos, Instituto Superior de Estudos Ultramarinos, L. 1954.

Ferreira, Vicente: Estudos Ultramarinos, 4 Bde., L. 1954.

Fleck, Rudolf: Weltwirtschaftlicher Solidarismus, Duncker, Berlin 1952.

Gaignaux, Désiré: L'Ananas, les possibilités de sa culture au Congo belge, Univ. de Liège 1950.

Grande Enciclopédia Portuguesa e Brasileira, Editorial Enciclopédia, L., Rio de Janeiro.

Grémio dos Industriais de óleos Vegetais da Província de Moçambique, Rel., Lour. Marques.

Guglielmi, J.-L.: Formation du capital, expansion économique et stabilité monétaire, in: Revue économique, Paris 1958.

Guttman, Henry: Die Rohstoffe unserer Erde, Berlin 1952.

Haberler, Gottfried: Betrachtungen über die Zukunft des Bretton Woods Systems, in: Wirtschaftsdienst, Hamburg Febr. 1953.

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv, Bibliothek: Vorschläge für Konsulatsbibliotheken: Portugal und überseeische Gebiete, 1951.

Harroy, Jean-Paul: Afrique, terre qui meurt, Brüssel 1944.

Hayek, Friedrich A.: Gibt es einen Widersinn des Sparens?, Springer, Wien 1931.

Hoyt, Elizabeth E.: Want Development in Under-Developed Areas, in: Journal of Political Economy, Juni 1951.

Hunter, John M.: Long-term Foreign Investment and Under-Developed Countries, in: Journal of Political Economy, Febr. 1953.

IN de Moçambique:

(1) Cultura, Indústria e Comércio de Arroz, 1956.

(2) Regime Bancário e Comércio de Câmbios. Sistema Monetário e Regime de Transferências na Província de Moçambique, 3 Bde., IN, Lour, Marques 1954.

INE: Revista do Centro de Estudos Económicos: Sondernummer: II Congresso dos Economistas Portugueses, Nr. 18, L. 1957.

International Conference of Social Work: Industrialization and Social Work, Frankfurt a. M. 1957.

International Social Science Bulletin: Economical Motivations and Stimulations in Underdeveloped Countries, Nr. 3, 1954.

Jantzen, Günther: Afrika, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 1953.

Johnson, W. U. E.: Farm Credit Activities in Selected Countries with Reference to Credit Programs for Underdeveloped Areas, in: The Ford Foundation, 1954.

Judik, J. und Nörtel, R.: Statistical Investigation of Capital Formation, in: Schweizer. Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, Bern 1949.

Junta Nacional da Cortiça: Portugal, the greatest cork-producing country in the world, L. 1939.

Keynes, J. M.: Policy of Government Storage of Foodstuffs and Raw Materials, in: The Economic Journal, London, Sept. 1938.

Köhler, Hans: Die zunehmende Industrialisierung in den Überseeländern, in: Wirtschaftsdienst, Hamburg, Juli 1952.

Kokkalis, Alexander: Rationalisierung, technischer Fortschritt und Kapitalbildung, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 53, Jena 1941.

Kroll, Gerhard: Neutrales Geld und Kapitalbildung, Heymann, Berlin 1935.

Küng, Emil: Sparen und Kapitalbildung, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 61, Jena 1945.

Lautensach, Hermann: Portugal (Bibliographie), in: Geographisches Jahrbuch 1948, Perthes, Gotha.

Leffler, George L.: The Stock Market, Ronald, New York 1957.

- Leibholz, Gerhard: Versuch einer Erklärung der Konkurrenzwirkungen der Industrialisierung unterentwickelter Länder auf den internationalen Austausch, Diss. Freie Univ. Berlin 1953.
- Linton, Ralph: Most of the World — the Peoples of Africa, Latin America and the East today, Columbia Univ. Press, New York 1949.
- Lütolf, Franz: Zum Problem der unterentwickelten Länder, in: Außenwirtschaft, St. Gallen 1953.
- Marcus, August: Afrika — gestern und heute, Röhrscheid, Bonn 1957.
- Martin, K.:
 (1) Angola: Koloniale Experimente, in: Übersee-Rundschau, H. 14, Hamburg 1952.
 (2) Angola: Wirtschaft und Arbeiterfrage, ebd. H. 8, 1952.
- Massar, Karl: Die volkswirtschaftliche Funktion hoher Löhne, Allg. Deutscher Gewerkschaftsbund, Berlin 1927.
- Ministério de Economia: Boletim da Direcção dos Serviços Industriais, L. wöchentlich.
- Ministério do Ultramar: Irrigação do Vale do Limpopo, Inspecção Geral do Fomento, L. 1956.
- Moneim El Tomamly, Abdel: The Relation between land reform in underdeveloped countries and economic development programs, in: L'Égypte contemporaine, Nr. 284, Kairo 1956.
- Monteiro, José Firmo de Sousa: Relatório sobre o Resgate dos „Machongos“ do Sul do Save, Repartição Técnica de Agricultura, Lour. Marques 1955.
- Montepio de Moçambique: Estatutos, IN, Lourenço Marques 1939.
- Murden, G.: Underdeveloped lands: Revolution of rising expectations, in: Headline Series No. 119, Foreign Policy Association, New York 1956.
- Nantke, Rudolf: Eine Untersuchung über den Zwangssparprozeß im Konjunkturzyklus, Diss. Frankfurt a. M. 1934.
- Noticias do Comércio, L., 14tägig.
- O E C E: Economic Conditions in Ireland and Portugal, Paris, jährlich.
- Offene Welt: Sonderheft Entwicklungspolitik, Verein zur Förderung wirtschaftlicher und gesellschaftspolitischer Bildung, Frankfurt a. M., Mai/Juni 1957.
- Papi, Giuseppe U.: Eine Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung rückständiger Länder, in: Zeitschrift für Nationalökonomie, H. 2—4, Wien Sept. 1954.
- Pesch, H.: Lehrbuch der Nationalökonomie, 4 Bde., Freiburg i. Br. 1920.
- Predöhl, Andreas: Notstandsgebiete und Weltwirtschaft, in: Wirtschaftsdienst, Hamburg Jan. 1952.
- Quintanilha, A.: O Problema Algodoeiro Português, Junta de Exportação de Algodão, Lourenço Marques 1954.
- Revista Universal: Sondernummer Moçambique, Nr. 7, L. März/April 1956.
- Röper, Burkhardt: Die Konkurrenz und ihre Fehlentwicklungen, Duncker, Berlin 1952.
- Semedo, João: Culture et progrès dans les provinces portugaises d'outre-mer en Afrique, in: Marchés Tropicaux du Monde, Nr. 641, Paris 22. 2. 1958.
- Scherpf, Peter: Zur zahlenmäßigen Erfassung der volkswirtschaftlichen Kapitalbildung aus einzelwirtschaftlichen Daten, in: Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik. Festgabe für Adolf Weber, Berlin 1951.
- Schiff, Erich: Kapitalbildung und Kapitalaufzehrung im Konjunkturverlauf, Springer, Wien 1953.
- Schneider, E.: Deutschland und der Aufbau der entwicklungsfähigen Länder, in: Offene Welt, Nr. 49, Frankfurt a. M. 1957.
- Schuster, Hans:
 (1) Hilfe für unterentwickelte Gebiete, in: Wirtschaftsdienst, Hamburg, Sept. 1951.
 (2) Wirtschaftliche Zusammenarbeit mit unterentwickelten Ländern, Bremen 1951.
- SDN: Raw Material Problems and Policies, Genf 1946.

- Serviços de Fiscalização Técnica da Indústria Seguradora: Rel., IN, Lour. Marques.
- da Silva, F. Marques: Notas para um estudo económico do sector industrial com base no pescado, in: RdE Sept. 1957.
- Singer, H. W.:
 (1) Economic Progress in Underdeveloped Countries, in: Social Research, März 1949.
 (2) Trade and Investment in Under-Developed Areas, in: American Econ. Review, Juni 1951.
- Smith, Reginald H.: Westeuropa und der Industrialisierungsprozeß in den unterentwickelten Ländern, in: Europa-Archiv 20. 3. 1955.
- Staley, Eugene: The Future of Underdeveloped Countries, Harper, New York 1954.
- Statistisches Institut der Universität Oxford: Vollbeschäftigung, Francke, Bern 1946.
- Steltzer, Theodor: Entwicklungshilfe als weltpolitische Aufgabe, in: Offene Welt, Nr. 49, Frankfurt a. M. 1957.
- Takata, Yasuma: Kulturelle und geistige Voraussetzungen für Japans Aufstieg, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 46, Jena 1937.
- Thalheim, Karl C.:
 (1) Das Problem der unterentwickelten Gebiete, Deutsche Weltwirtsch. Ges., Berlin 1951.
 (2) Die wirtschaftliche Bedeutung der Erschließung unterentwickelter Gebiete, in: Für eine neue Weltwirtschaft, Berlin u. Frankfurt a. M. 1950.
- Thorp, Willard L.: Some Basic Policy Issues in Economic Development, American Econ. Review, Mai 1951.
- Triantis, S. G.: Cyclical Changes in the Balance of Merchandise Trade of Countries Exporting chiefly Primary Products, in: American Econ. Review, März 1952.
- UNO:
 (1) The Determinants and Consequences of Population Trends, 1953.
 (2) Le programme élargi d'assistance technique en vue du développement économique des pays insuffisamment développés, 1951.
 (3) Capital Formation Statistics. Problems and methods with special reference to underdeveloped countries, 1957.
- Videira, José Joaquim dos Santos: Cooperativas Indígenas, Administração do Concelho do Chibuto (Moçambique), 1950 (noch nicht veröffentlicht).
- Vogt, William: La faim du monde (Übers. v. Road to Survival), Paris 1950.
- Warriner, Doreen: Land Reform and Economic Development, Nat. Bank of Egypt, Kairo 1955.
- Weber, Adolf: Kapitalbildung und Lohnkämpfe, Duncker, Berlin 1955.
- Weigt, Ernst: Afrika als Rohstoffland, in: Afrika — heute, Röhrscheid, Bonn 1957.
- Westerfelhaus, Herwarth: Verdeckte Gewinnausschüttung, Institut d. Wirtschaftsprüfer, Düsseldorf 1956.
- Wülker, Gabriele: Entwicklungsländer, ihre sozio-kulturellen und demographischen Eigenschaften, in: Offene Welt, Nr. 49, Frankfurt a. M. 1957.
- Yamey, B. S. s. Bauer.

Personen-Verzeichnis

- de Abreu, Luis J. Simões XIII
 Appert, F. 197
 de Araújo, Gomes 107
 Armando, G. 88, 104, 109, 121, 148
- Barbosa 40
 Behrendt, Richard F. XI
 Bell, Aubrey F. G. 25
 Büttikofer, Johann VIII
- Caetano, Marcello 41
 Caldas, José Garces Pereira 200, 201
 de Camões, Luiz 22
 Carreño, José VIII, 198
 Carvalho, Juvenal Antonio da Silva VIII
 Cassel, Gustav XV
 Castro, Armando 95, 97
 Correia, Araújo 28
 da Costa 13
 Cotta, Freppel 70, 91
- Diodor von Sizilien 13
- Duesenberry, James S. XIII
 Durand, O. 197
- Eden, Anthony 120
 van den Ende, J. M. Rees 48
 Engels, Friedrich XI, 188
 Erhard, Ludwig 198
- Fairless, Benjamin F. 189
 Fanfani, Arminatore 132, 133
 Fernandes, António Julio de Castro 75
 Ferreira, Delfim 112
 Fisher, Irving XVI
 Flores, Antonio Carillo 112
- Galiani, Fernando XI
 Garnier, Christine IX, 87
 Gasser-Stäger, Wilhelm 14—16
 Goethe, Johann-Wolfgang XII
 Graham, Benjamin XV, XVI
 Guth, Wilfried VII
- Hauptmann, Gerhart 21
- Keynes, J. M. 1, 67
 Krejci-Graf 117
 Küng, Heinrich 134
- Lauinger, Artur 93
 Lautensach, Hermann 13, 17, 18, 23—25,
 103, 107, 122, 187, 188, 208, 209
 van Leeuwen, Wilhelmus Hendrik VIII,
 204, 205
- Lima, Humberto Pinto VIII
 Lincke, E. 169—173
 Lobo, A. E. Costa 38
- Marini, Emile IX
 van Marken, Jacob Cornelis 188, 189, 191,
 201—203, 206
 Marques, José Maria Mercier 161, 162
 Marx, Karl XI, 188
 Mempel 117
 Mandelbaum 3
 Moreira, Vergílio XII, 109, 112
 Moura e Sá, J. 97
- Nehru, Jawaharlal 199
 Nurkse, Ragnar XIII, 1
- Pareira, Henrique Gomes de Amorim 197
 Pareira, M. Caeiro 174
 Pereira, A. Ramos 1—5
 Pinay, Antoine 34
- Rohwedder, Werner VIII
 Röpke, Wilhelm 13, 26, 27, 30, 31, 72
- Salazar, António de Oliveira VIII, IX,
 X, XII, 4, 6, 11, 13, 22, 25, 27, 29, 31,
 62, 75, 76, 84, 91, 103, 116, 119, 133, 161,
 165, 174, 188, 192
 Salin, Edgar VIII, 66, 120, 122
 Sampaio, A. 13
 Schneider, Reinhold 20—22
 Sergio, A. 122
 da Silva, Alfredo 161
 da Silva, Fernando Emidio 30
 da Silva, F. Marques 109
- von Thünen, Johann Heinrich 188
 von Treskow, M. 123, 124, 129—131
 von Tschirschky, Otto 41, 42
- Ulrich, José Frederico 119
- de Vasconcellos, C. Michaelis 25
 Vaughan 118, 119
 Vieira, Eurico Colares 5, 40, 97
- Wagemann, Ernst 29
 Wagner, Valentin F. VIII
 Wallich, Henry C. 5, 137, 177
 Weststrate, C. 206, 207
- Xavier, Francisco de Jassu y 199
- Zeller, W. 137—139

Sach-Register

- Abonnementsystem 108
- Absatz 1, 41, 121, 147, 148, 162, 167, 168, 177, 190, 193, 212, 215
 - A.-Stockungen 167, 212
- Abschreibungen 26, 50, 51, 54, 132, 135, 142, 174, 179, 202, 204
- Abwertung VIII, 66, 69, 116, 140
- Abzahlungssystem 26, 45—49, 55, 56, 61, 124, 128, 130, 180, 184, 190
- Ackerland 19
- Afrika VIII, 1, 17, 95, 120, 157, 160, 213
 - A.-Fonds 175
 - Ost-A. 37, 156
 - Portugiesisch-A. s. P.
- Agrar-Kredit s. K.
- A.-Länder 24, 120
- A.-Statistik 19
- Ägypten 6
- Air France 155
- Akkumulation 80
- Aktien, A.-Sparen VIII, XIV, 10, 50, 52—61, 80, 82, 83, 93, 98, 99, 112, 134, 141, 142, 151, 156, 166, 169, 178, 182—184, 189, 190, 192, 196
 - A.-Angebot 112
 - A.-Bezugsbedingungen 190
 - A.-Gesellschaften 2, 36, 37, 58, 106, 113, 127, 132, 141, 182, 183, 188, 192, 202, 203, 206
 - Zahl der A.-G. 36
- A.-Kapital 2, 36, 113, 173, 177, 182, 183, 184, 189, 201, 202, 204
- A.-Käufe 55, 189, 190
- A.-Kurse 11
- A.-Markt 99
- A.-Mehrheit 162, 182, 189
- A.-Stimmrecht 166, 192
- A.-Verkäufe 190
- Arbeiter-A. 192
- Bank-A. 39, 57, 58
- Belegschafts-A. 189, 190
- Eisenbahn-A. 57
- Elektrizitäts-A. 58, 112
- Gratis-A. XIV, 57, 58, 192
- Nennwertlose-A. 178
- Prioritäts-A. 204, 207
- Textil-A. 57
- Versicherungs-A. 57
- Volks-A. VIII, 52, 166, 189, 190
- Aktionäre XIV, 54, 106, 112, 164, 166, 173, 174, 178, 179, 181, 189, 202—205
- Groß-A. 190
- Algarve 181, 208, 209
- Alkoholproduktion 116
- Altersrenten s. Renten u. Versicherung
- Amortisation XIV, 2, 10, 40, 46, 53, 62—65, 90, 106, 108, 116, 123, 126, 128, 132, 133, 148, 155, 156, 178, 180, 184, 193, 200—204, 207
 - A.-Fonds 59, 62, 64, 65, 163
 - A.-Fristen 101, 128
 - A.-Raten 92, 128, 130, 200, 201
 - A. von fixem Kapital 2
 - Indexgebundene A. 53
- Analphabetentum 23, 25, 26, 47, 72, 148, 185, 192, 206
- Anbauflächen 16, 103
- Angestellte 10, 31, 48, 67, 68, 76, 78, 87, 102, 124—126, 128, 129, 131, 132, 153, 156, 171, 178, 181, 185—187, 189, 190, 195—198, 202, 203, 206, 207
- Angola VIII, 5, 7, 10, 25, 35—37, 41—43, 46, 58, 59, 73, 78, 107, 108, 115—117, 120, 154, 156, 157, 168, 172, 181, 213
 - Bank von A. 7, 41, 42
 - Diamantengesellschaft von A. 36, 37, 58, 59
- Anlage XIV, 50, 53—55, 57, 60, 66, 98—100, 134, 137, 143, 174, 177, 179, 182, 184, 192, 194, 203, 211, 212
 - A. im Ausland 194
 - A.-Investitionen s. I.
 - A.-Kapital 148, 174, 180, 211, 212, 214
 - A.-Politik XIV, 54, 55, 60, 98—100, 123, 212
- Kapital-Anleger 59, 192, 212
- Klub der K. 59, 192
- Langfristige A. 56, 191
- Liquide A. 194
- Spar-A. 194
- Anleihen (staatl. u. priv.) 9, 30, 34, 35, 37, 40, 53, 61, 62, 66, 68, 103, 113, 116, 117, 126, 127, 147, 155, 180
 - A.-Erträge 10, 18, 24, 33, 34, 37, 104, 151, 178
 - Elektrizitäts-A. 10, 110, 112
 - Fischerei-A. 104
 - Fremdenverkehrs-A. 152
 - Index-A. 116
 - Industrie-A. 177, 180
 - Stabilisierungs-A. 34
 - Straßenbau-A. 10, 155
 - Treffer-A. 52
 - Wandel-A. 178
 - Zwangs-A. 67
- Anrechte 195
- Anteil(e) 189, 191, 203, 204, 206
 - A.-Scheine 18, 183
 - Genossenschafts-A. 102
- Frei-A. s. Gratis-Aktien
- Produktions-A. 112, 116
- Anzahlung 181
- Araber 13, 25, 128
- Arbeit
- Arbeits-Beschaffung 70, 71, 141, 188
 - A.-Reserven 67
- A.-Bedingungen 162, 163, 203, 205
- A.-Bewilligung 197
- A.-Dienst (freiwilliger) 17
- A.-Dividende 204—207
- A.-Ertrag 192, 196
- A.-Geber 48, 67, 68, 75—77, 79, 85, 95, 97, 98, 128, 132, 133, 152, 153, 180, 188, 190, 191, 197, 204, 205
- A.-Gerichte 77, 166
- A.-Gesinnung 187
- A.-Institut 197
- A.-Leistung 9, 206, 207
- Arbeitslosen-Fonds 18, 26, 67—71, 79, 87, 96, 97, 131, 133, 185, 188, 194, 195
 - A.-Fürsorge 194
 - A.-Unterstützungen 147, 194, 195
 - A.-Versicherung 98
- Arbeitslosigkeit VII, VIII, X, 1, 29, 31, 35, 51, 67—72, 75, 76, 79, 87, 92, 98, 99, 101, 103, 105, 120, 146, 168, 185, 187, 194, 195
- Kommissariat für A. 67, 72
- Kurzfristige A. 194
- Mittelfristige A. 194
- Saisonbedingte A. VII, 29, 69, 70, 121, 215
- Versteckte A. VII, 1, 29, 31, 35, 120, 168, 214, 215
- A.-Markt 67, 87, 185 ff., 194
- A.-Methoden 16, 167, 171, 172, 187
 - A.-Nehmer 67, 76, 77, 79, 85, 88, 95, 97, 105, 132, 133, 152, 153, 164, 174, 176, 178, 189, 191—195, 205
- A.-Produktivität X, 129, 186, 196
- A.-Stunden 196
- A.-Teilung 29, 87, 176
- A.-Vermittlung 70, 95, 192
- A.-Wechsel 72
- A.-Zeit 187, 207
- Equipen-A. 196
- Recht auf A. 133
- Arbeiter, Arbeitskräfte VII, X, XII, XIV, 10, 16, 27, 48, 68, 69, 72, 75—78, 87, 92, 98, 99, 102, 108, 109, 114, 125, 128, 129, 131—133, 146—148, 153, 162—164, 169,

- 175, 181, 184, 187—190,
192—197, 202—207, 215
A.-Betriebsräte 181
A.-Entlassungen 162
A.-Gesellschafter 204
A.-Häuser 72, 123 ff., 130,
201, 202, 204, 206
A.-Kammer 205
A.-Kommissionen 193
A.-Verbände 203, 205
Fach-A. 87, 169, 176, 185,
191—193, 197, 198, 215
Industrie-A. 99, 123, 148,
168, 171, 188, 201
Land-A. XIII, 16, 17, 24, 70,
71, 101—103, 123, 125, 133,
185
Argentinien XI, 24, 119, 155,
158, 176
Armenfürsorge 98, 165, 198
Armut X, XI, 1, 21—23, 187,
188, 198
Circulus vitiosus der Ar-
mut 1, 32
Asyle 72, 84
Atomenergie 28, 118 ff.
Aufbau-Abteilung 42
A.-Bank s. B.
A.-Fonds s. F.
A.-Pläne 66, s. Sechsjahres-
pläne
A.-Schuldverschreibungen
51, 173, 196
Aufforstung X, 18, 19, 72
Aufsichtsrat 204
Ausbeutung XII, 1, 187
Ausbildung s. Schulen
Ausfuhr s. Export
Ausland XIV, XVI, 14, 20,
25, 28, 33, 53, 59, 60, 66,
90, 96, 97, 104, 106, 108,
110, 113, 114, 120, 121, 137,
142—144, 147, 151, 158, 159,
161, 162, 171, 175, 177, 197,
198, 213, 214
A.-Aufträge 198
A.-Gläubiger 5, 23, 59, 114
A.-Geschäfte 137 ff.
A.-Kapital XVI, 23, 32, 33,
35, 113, 114, 117—119, 122,
162, 164, 173, 183, 190, 197,
215
A.-Kredite 35, 139, 183 s.
auch Kapitalimport
A.-Kunden 198
A.-Nachfrage 214
A.-Reisen 194
A.-Verschuldung 35, 60
Abhängigkeit vom A. 1,
65, 66, 110, 114, 119
Guthaben im A. 39
Ausländische Arbeiter 194
A.-Börsen 84
A.-Firmen 113, 114, 117, 144,
174, 181, 188
A.-Importeure 144
A.-Nachfrage 65
A.-Versicherungen 73—75,
91, 92
A.-Wertpapiere 74
Ausländer 1, 41, 42, 59, 68, 79,
87, 113, 115, 119, 120, 122,
139, 158, 159, 166, 170, 172,
188, 189, 194, 197
Auslosungen 9, 90, 110, 116,
180
Ausschreibungen 181, 182
Außenhandel VIII, 137 ff.,
213—215
A.-Restriktionen 138, 167
Aussperrung 77, 91, 166, 193
Ausstellungen 160, 161
Australien 86, 100, 118, 158
Auswanderer 112
A.-Rimessen 24, 96, 97
Auswanderung 23—25, 28, 90,
123, 149, 166, 199, 214
Auswärtige Schuld 60
Autobesitzer 181
Autobusdienst 155
Automatisierung 168
Autonomie
Finanz-A. 167
Wirtschafts-A. 180
Azoren 36, 37, 76, 98, 101,
105, 109, 157, 212
Baby-Bonds 51, 192
Bacalhau s. Kabeljau
Bahnhofsmärkte 106
Baisse 55
B.-Periode s. Depression
Banco de Angola s. Bank
v. A.
B. Comercial de Angola 7,
41
B. de Fomento do Ultra-
mar s. Übersee-Aufbau-
Bank
B. Nacional Ultramarino
s. Übersee-Bank
B. de Portugal s. Bank
v. P.
Bank(en) XV, 3—8, 11, 12, 27,
30, 32, 37, 38, 40—43, 48,
54, 57, 61, 65, 66, 68, 88,
101, 102, 112, 116, 127, 129,
134, 137, 139, 141, 164, 177,
183, 184
B.-Aktien 11
B. von Angola 5, 7, 39,
41—43
B.-Beamte 6, 55
B.-Depositen 179
B.-Direktoren 61
B.-Filialen 6, 7
B.-Fremdheit 60
B.-Garantie 181—184
B.-Guthaben 9, 56, 134
Steuern auf B. 6
B.-Kontroll-Kommission 84
B.-Kredite s. K.
B. von Mexiko 11, 12, 103,
151, 183, 184
B. von Portugal 5, 7, 8, 12,
33, 37—40, 65, 66, 197
B.-Obligationen 134
B.-Provision 190
B.-Recht 214
B. of South Afrika Ltd. 7,
43
Aufbau-B. 5
Ausländische B. 7
Barclays B. 7, 43
Export-Kredit-B. 141
Groß-B. 7, 182
Handels-B. 12, 38, 40, 212
Industrie-B. 12, 177—179
Internationale B. XVI
Investitionen der B. 3, 6
Investment-B. 5, 7, 40, 61,
151, 175, 183, 184
Kapital der B. 38
Liquidität der B. 6, 38, 174
Lokal-B. 7
Muster-B.-Gesetze 7
Rohstoff-B. XVI
Übersee-Aufbau-B. 5, 7, 42,
43, 164, 214, 215
Übersee-B. 5, 39, 43
Versicherung der B.-Gut-
haben 6
Zentral-B. 5, 7, 11, 12
Bankiers XI, 5, 54, 112, 125,
127, 181
Bareinzahlung 53, 124, 196
Bargeschäft 48, 91, 99
Barzahlung XII, XV, 40, 46,
48, 62, 74, 80, 93, 99, 127,
192, 204
Barzeichnungen 61
Bauerleichterungen 124, 127,
130
Bauern XIII, 24, 101—103, 119
B.-Hilfskassen 102
Baukosten 94, 123, 126, 127,
130, 132, 135
Bauland 19, 123, 129, 130,
132, 134
Baumwolle X, XVI, 168, 175,
214
Baupreise 131
Bausparkassen 8, 50, 131
Bauten
Gemeinschafts-B. 82, 83,
203, 206
Industrie-B. 176
Schul-B. 192
Staats-B. 176
Wohn-B. 176, 191
Bauwirtschaft XII, 6, 7, 43,
50, 69, 70, 74, 90, 94, 105,
123—137, 176, 177, 191, 200,
212
Beamte XIII, 10, 28, 31, 34,
72, 76, 80, 85, 90, 95, 97,
99, 101, 128, 142, 146, 160,
161, 164, 172, 176, 185, 186,
196, 205
B.-Pensionskassen 85, 101
Bebauungsmethoden 103
Bedürfnisse IX, XI, XIII,
33, 176
Behörden XII, XIII, 6, 23,
33, 69, 72, 105, 113, 131, 133,
137, 140, 186, 196, 197, 214,
215
Beira 58, 115, 128
Beispiel-Betrieb s. Muster-B.
Beiträge 177
Bekleidung
Ausgaben für B. 97
Belgien 5, 10, 33, 43, 46, 51,
100, 111, 114, 116—119, 155,
158, 160

- Belgisch-Kongo 8, 42, 45, 118, 150, 160, 168
Benzin-Verbrauch 117
Beratung 14, 17, 137, 164, 168, 189, 193, 195, 197, 198, 200, 201, 205
Landwirtschaftl. B. 14—17
Technische B. 169, 197, 198, 200, 201
Bergbau 2, 32, 36, 37, 115—122, 166, 178—180, 182, 211, 214
Berufs-Schulen s. S.
Beschäftigung X, 35, 37, 48, 163—165, 185, 192, 193, 195, 200, 214
B.-Grad 72, 143, 168, 193, 214
B. der Landbevölkerung 20
Unter-B. s. versteckte Arbeitslosigkeit
Voll-B. X, 48, 166, 193
Besitzbindung 190
Besitzverteilung 1
Besoldungswesen 28, 33, 185, 186, 196
Beteiligungen 97, 148, 150, 173, 177, 182, 183, 191, 192, 206
Betriebe s. Unternehmungen
Betriebs-Angehörige 132, 191, 192, 203, 206
B.-Kommissionen 205
Betschuanaland 58
Bettelei 71, 72, 77, 186
Bettler 71, 72, 187
Bevölkerung 23, 32, 70, 86, 87, 98, 100, 110, 124, 211, 214, 215
B.-Dichte XI, 24
B.-Druck XIV
B.-Probleme 23, 24
B.-Überschuß 28
B.-Zahl 27, 68, 70, 86, 96
B.-Zuwachs VII, IX, 23, 27, 131, 135, 165, 188, 195, 211, 214
Schwarze B. XIII, 17, 37, 50, 59, 127, 150, 154
Stadt-B. 211
Bewässerung X, 13, 70, 95, 109, 118, 177, 200, 201
Bezugsrechte XIV, 190, 203
Bibliotheken 76, 105
Bilanzverschleierung 181
Boden VII, X, 144, 165, 169
B.-Bearbeitung 13, 15
B.-Erosion 20, 28, 201
B.-Kataster 19
B.-Nutzung 24
B.-Parzellierung 13
B.-Pflüge 13, 14
B.-Preise 130
B.-Reform 17
B.-Schätze s. Bergbau
B.-Spekulation 131
B.-Untersuchungen 14, 15
Bonds s. Obligationen
Bonos Financieros 184
Bons s. Obligationen
Bonus 54
Börsen XV, 53, 55—58, 60, 61, 65, 68, 84, 110, 116, 134, 166, 174, 180
B.-Beamte 54
B.-Fremdheit 60
B.-Handel 189
B.-Makler 54, 55, 61
B.-Umsätze 57—59, 65
Bourgeoisie s. Mittelstand
Brachland VII, 16, 18—20
Brandwirtschaft 1
Brasilien X, XV, 24, 25, 92, 112, 119, 134, 141, 156—158, 160, 168
Brauinindustrie 163, 169—173
Brazzaville 155
Brennstoffe 110, 114, 116, 120, 122, 148
B.-Versorgung 110, 115, 116
B.-Vorräte der Welt 122
Brown Boveri 113, 121
Brückenzölle 108, 155
Brutto-Sozialprodukt s. S.
Buchhaltung 15, 16, 54, 55
Nationale B. 29
Budget 35, 40
B.-Ausgleich 27, 29, 30
B.-Gesetz 40
B.-Überschüsse 3, 29
Betriebs-B. 16
Bulgarien 18, 23, 118, 175
Bürgerschaften 47, 90, 103, 132, 139, 140, 173
B.-Gesellschaften 90, 183
Bürokratie 5, 36, 41, 77, 98, 166, 179, 196
Bussen 55, 196
Caixa Geral de Depósitos, Crédito e Previdência (CGDCP) s. Depositen-Kasse
Callgeld 2, 20, 38
Canada s. K.
Caritas-Umzüge 71
Casal Agrícola 16, 102, 130, 200
Casas Económicas 69, 80, 83, 92, 102, 123, 124, 128—133, 136, 137, 148
Casas dos Pescadores s. Fischerhäuser
Casas de Portugal 158, 160
Casas do Povo s. Volkshäuser
Cascais 155, 159
Cela 41
Certificados de Copropiedad Industrial 183
Certificados de Participación 183
Charaktereigenschaften des Volkes XIV, 20—26, 75, 92, 125, 127, 157, 161, 176, 187, 188
Chile 6, 10
China 118, 119
Christentum XIV, 188, 198, 199
Clearingstelle 198
Coimbra XIV, 185, 192
Colonatos XIII, 41
Companhia União Fabril 129, 161
Coupons 51, 59, 62, 116, 134, 203
C.-Steuer s. S.
Cost-of-Living Allowance System 8
Damão 26
Dänemark 18, 33, 43, 47, 100, 103, 158, 160
Danzig 146
Darlehen 9, 20, 38, 47, 58, 82, 84, 90, 102, 104—106, 112, 126, 130, 131, 135, 139, 143, 145, 148, 150, 204
D.-Kassen 48, 76, 101
Bau-D. 131, 132
Ehestands-D. 47
Langfristige D. 9, 123, 126, 130, 135, 177
Zinslose D. 99, 123, 130, 148
Deferred Payments 67
Deflation 29, 32, 33, 65, 99
Demonstration Effect XIII
Depositen 33, 38, 40, 46, 47, 66, 82
D. auf Zeit 12, 38, 39, 45, 101, 127
Allgemeine D.-Kasse XII, XV, 6, 8, 17, 20, 38, 40, 43, 45, 47, 49, 50, 67, 74, 78—80, 84, 85, 101, 102, 123, 127, 128, 130, 131, 134
Sicht-D. 2, 38, 39, 45, 66, 82—84, 99, 101, 127
Depression 32, 29, 34, 47, 48, 65, 75, 87, 99, 193
Detailpreisindex 8, 186
Deutschland 18, 21, 27, 31, 33, 41, 43, 45—47, 50—54, 60, 67, 70, 72, 73, 79, 88, 90, 91, 93—95, 100, 107, 114, 117, 118, 125, 128, 139, 142, 153, 157, 158, 160, 166, 167, 169, 170, 174, 175, 178, 189, 190, 197, 198, 209
Deutsch-Ost-Afrika 37
Devisen XVI, 137, 157, 197
D.-Bewirtschaftung 134, 133, 167
D.-Einnahmen 59, 157, 160
D.-Einsparungen 107, 109, 161
D.-Freiheit IX
D.-Markt 167
D.-Prämien 143
D.-Reserven 28, 33, 34, 38, 39, 65, 167, 197, 212, 213, 214
D.-Verluste 91, 110
Diamantengesellschaft von Angola 36, 37, 58, 59
Dienst-Alter 195, 207
D.-Leistungen 43, 44
D.-Leistungs-Bilanz 4, 44, 53, 158, 212, 213
Direktion 197, 201, 202, 204, 205
Direktoren 190, 195, 198, 203—206
Disagio 141
Discount-Houses 48
Diskontierungen 39, 84, 103, 139, 141, 151, 184

- Diskont-Geschäft 41, 72
D.-Sätze 12, 127
Disponibile Mittel 35
Diu 26
Dividenden 2, 10, 11, 36, 37,
39, 51, 54, 57—59, 84, 93,
102, 166, 174, 178, 179, 181—
183, 189, 190, 203—205, 207
D. der Aktiengesellschaft-
ten 36
D.-Belastung 51
D.-Senkung 179
D.-Stop 10, 36
Arbeits-D. 204—207
Primär-D. 204
Dollar-Bilanz 213
D.-Bindung 109
D.-Lücke 175
D.-Reserven 214
Dollarverdienende Transak-
tionen 138, 142, 160, 213
Doppelverdienertum 166, 185,
186
Douro 110, 112, 113, 144—146,
173, 174, 181, 184, 208, 209
D.-Haus 146
Dumping-Preise XV, 167
Düngung 1, 14—16, 103, 122,
163
Düngemittelindustrie X, 163,
167, 168, 173, 200, 211
Dürrezeiten 20, 114, 115, 118,
121, 212
ECA s. Marshallhilfe
Edelmetalle 66
Edelsteine 66
Ehestands-Darlehen 47
Eigentums-Vorbehalt 47
E.-Bildung IX, 190
Einführen s. Importe
Einkommen XIV, 20, 32, 33,
48, 66—68, 70, 74, 79, 87,
110, 123—126, 128, 132, 185,
186, 192, 211, 215
E.-Bezieher VIII, XI, 31,
32, 48, 68, 72, 96, 126, 127,
137, 156, 184, 193
E.-Erhöhung 186, 195, 196,
201, 215
E.-Klassen 6, 9, 27, 87, 131
E. öffentlicher Unterneh-
mungen 97
E.-Periode 48
E.-Steuer s. S.
E.-Verteilung X, 6, 32, 100,
187, 192
Arbeits.-E. 87, 195
Besitz-E. 178
Bezieher hoher E. VIII,
XI, XIV, 87
Bezieher mittlerer E. VIII,
XI, 87, 191
Bezieher niedriger E. XIV
Disponibles persönliches E.
95—97, 124—126, 128, 161,
168, 185, 186, 192
Garantiertes Jahres E. 194
Konzentration der E. 28
Pro-Kopf-E. XIV, 32, 33,
96, 100
Real-E. 192
Transfer-E. 35, 95, 96, 212,
213
Unternehmer-E. 194
Einlagen 184
Eisen XVI
Eisenbahn 24, 57, 60, 106—
108, 114, 115, 121, 152—155,
166, 180, 211
E.-Gesellschaften 106, 154
E.-Konzession 106, 108
E.-Netz 106, 107, 154, 155
E.-Tarife 154, 179
Beira-E. 58
Limpopo-E. 35, 58
Eisenbahner 129, 186
Eisenerze 115
Eisenindustrie 163, 197
Elektrifizierung 27, 106, 107,
109, 114, 115, 155, 167
Elektrizität XI, 36, 57, 120,
124, 148, 162, 211
E.-Aktien 57, 58
E.-Gesellschaften 36, 57,
59, 109, 112, 173, 177
E.-Obligationen 59, 134, 177
E.-Tarife 110, 113, 161
E.-Verbrauch 109, 111, 113,
115, 118, 162
E.-Versorgung 111, 114, 115,
121, 172, 211, 212, 215
E.-Werke 113, 115, 177
E.-Wirtschaft X, 20, 109—
115, 191, 215
Elektrogeräteproduktion 114,
211
Emigranten s. Auswanderer
Emigrations s. Auswanderung
Emissionen s. Anleihen
Energie-Bedarf 109, 110, 111,
113, 121, 211
E.-Erzeugung X, 32, 36,
109—111, 113—115, 120, 122,
163, 167, 177, 211
E.-Mangel 110, 111, 120, 167,
215
E.-Wirtschaft 109—122, 148,
164, 167, 177, 211
England s. Großbritannien
Engros-Einkauf 201
Enteignung 130, 163, 166, 180
Entlassungen 187, 203, 204,
206
Entlohnung s. Löhne
Entschädigung 166, 180, 194
Spezial-E. 194
Vor-E. 141
Entschuldung 17
Entwicklungsgebiete VII, IX,
XI, XIII—XV, 1 ff., 4,
6—8, 10, 46, 168, 175, 176,
179, 184, 185, 198
EPU 38, 53, 213
EPU-Staaten 53, 213
Erbschafts-Steuer s. S.
Erdnüsse 175
Erdöl-Bohrungen 117, 118
E.-Geologen 117
E.-Wirtschaft XVI, 35, 107,
110, 116—118, 122, 162, 173,
211
Erfindungen 161, 183
Ernährung 124, 175
Ernte XI, 69, 70, 101, 168, 211,
212, 214
E.-Ergebnisse 4, 72, 211,
212, 214
E.-Schwankungen 66, 211
Miß-E. 61, 175, 211
ERP-Mittel 35, 133
Ersparnisbildung s. Kapital-
bildung
Ersparnisse VIII, 2, 34, 48,
87, 108, 114, 121, 126, 134,
179, 192, 197, 211, 214, 215
Hortung der E. 2
Ertragsverbesserungen 16
Erwachsenenbildungs-
kampagnen 26
Estalagens 151, 154
Estoril 155, 159
Europa XI, 27, 33, 43, 114,
188
Nord-E. 125, 126
Süd-E. 125, 126
West-E. XIV, 33, 43
Eximbank 35, 173
Existenzminimum 76, 88, 96,
165, 195
Export(e) 1, 4, 38, 43, 44, 109,
115, 119, 137—139, 146, 147,
149, 150, 155, 162, 163, 167,
168, 172, 175, 176, 196, 213,
214
E.-Fähigkeit 193
E.-Finanzierung 139
E.-Förderung 137 ff., 158
E.-Fonds 3, 142, 143
E.-Gewinne XV
E.-Güterpreise 66, 175
E.-Handel 139, 149, 150
E.-Kapazität 145
E.-Kredit 141
E.-Märkte 193
E.-Möglichkeiten 162
E.-Produkte XV, XVI, 1,
17, 18, 30, 38, 139, 140, 141,
143, 155, 196, 215
E.-Reserve 141
E.-Risikogarantie 137—143
E.-Sperrpreis XV
E.-Steuern XV, 11, 141
E.-Versicherung 137—141
E.-Volumen 213
E.-Wirtschaft 137 ff., 213
E.-Zölle s. Z
Fertigwaren-E. 196
Fischkonserven-E. 147
Gesamt-E. 1, 149, 150, 213,
214
Kapitalgüter-E. 138
Konsumgüter-E. 137, 138
Portwein-E. 145
Re-E. 141, 143
Rohstoff-E. XV, XVI
Sisal-E. 11, 41
Uranerz-E. 119
Exporteure 35, 138—145, 160
EZU s. EPU
Fabrica Portuguesa de Fer-
mentos Holandeses Lda.
XI, 188, 190, 195

- Fabrikanten s. Unternehmer
 Fabrik(en) X, XI, 162, 163, 168, 176, 179, 184, 188, 189, 195, 198, 199, 201–203, 207
 F.-Ausrüstungen 161, 163
 F.-Bauten 130, 131, 134
 F.-Subventionen 143
 F.-Zeitung 202, 206
 Fahrgeld 124
 Familie(n) XI–XIII, 87, 123, 124, 128, 130, 187, 200, 206
 F.-Ausgleichskasse 79, 133, 188
 F.-Budget 97
 F.-Unterstützung 68, 78, 80, 96, 97, 105, 204, 205
 F.-Vorsorge-Fonds 204
 F.-Zulagen 66, 99
 Fanfani-Plan 132, 133
 Fangerlöse 76, 105
 FAO XV
 Far-Oer-Inseln 145
 Fatima 159
 Fehl-Investitionen s. I
 Ferien 54, 76, 124–126, 152, 153, 203
 F.-Kolonien 72, 84, 105, 153
 Fertigprodukte 68, 167
 Fette 175
 Pflanzen-F. 175
 Feudalismus XI–XIII, 187
 Finanzen IX, 27–30, 87, 214
 Finanz-Ämter 67, 131
 Finanz-Autonomie 180
 F.-Minister 61, 62, 74, 76, 80, 84, 88, 92, 104, 112, 124, 126, 142, 151, 164
 F.-Politik VIII, 4, 29, 30, 34, 35, 67, 180
 F.-Reformen VIII, XIII, 29, 122, 181
 F.-Situation VIII, 35, 214
 F.-Stabilität IX, 30, 35, 36, 197, 215
 F.-System 5
 Finanzierung(en) IX, XVI, 5, 18, 20, 34, 37, 40, 48, 53, 60, 61; 66–68, 70–72, 77, 84, 106, 108–110, 112, 114, 116, 119, 123, 124, 126–128, 131–133, 139, 141, 151–153, 155, 156, 161–185, 192, 194, 202–204, 206, 211, 212
 Export-F. 137 ff., 143
 Kurzfristige F. 182
 Langfristige F. 182
 Mittelfristige F. 182
 Vor-F. 128, 181
 Zwischen-F. 133
 Finanzierungs-Gesellschaften 11, 48, 121, 183, 184
 F.-Kapazität 3, 4, 40, 75
 F.-Organisationen VIII, 183
 Finnland 33, 49, 100, 160
 Fischer 25, 76, 98, 101, 104, 105, 108, 123, 129, 188
 F.-Häuser 76, 78, 81–83, 85, 97, 98, 101, 104, 105, 129
 Fischerei X, 28, 67, 76, 88, 103–106, 121, 164, 211, 214
 F.-Fonds 5, 40
 Fischkonserven 158, 211
 F.-Fabriken 148
 F.-Industrie 31, 70, 88, 106, 121, 133, 143, 148, 163, 164, 168, 173, 194, 197, 211
 F.-Institut 88, 143, 147
 Fischmehl 147, 148
 Fischverbrauch 104
 Fiskalpolitik s. Finanzpolitik
 Fiskus s. Staats-Kasse
 Flotte(n) 76, 118, 167, 211, 212, 213
 Bacalhau-F. X, 104, 105
 Fischerei-F. 104
 Handels-F. 109, 211, 212, 213
 Segel-F. X, 104
 Flugplätze 155, 156, 167
 Flugverbindungen 155, 156
 Flußregulierungen 68, 109, 118
 FNAT 82, 83, 99, 124, 125, 153
 Fonds 54, 59, 62, 67, 71, 72, 77, 79–82, 84, 88, 100–103, 131, 133, 135, 143, 146, 174, 183, 184, 194–196, 203, 204, 206
 F. für Beiträge von Arbeitslosen u. Kranken 82
 F.-Bildung 10
 F. für billige Häuser 128
 F. zur Bürgschaftsübernahme u. Industrieförderung 183
 F. für Familienausgleich 82, 204
 F. der Fischerhäuser 105
 F. für Invaliditäts- u. Altersversicherung 81, 82, 202, 204
 F. für öffentliche Arbeiten 81
 F. für Schiffbrüche
 F. für Tourismus 150–153
 Afrika-F. 175
 Amortisations-F. 163
 Arbeitslosen-F. s. A
 Aufbau-F. Angolas 42
 A. von Moçambique 42
 Betriebs-F. 84, 200
 Einnahmen-F. 147
 Eisenbahn-Spezial-F. 155
 Entschuldungs-F. 102
 Export-Förderungs-F. 142, 143
 Fischerei-F. 5, 40, 88, 104
 Garantie-F. 140
 G. für die Mittel- und Kleinindustrie 183, 184
 G. für Tourismus 151
 Gewinn-F. 109
 Gilden-F. 147
 Handelsmarine-F. 4, 5, 40, 109
 Hilfs-F. 72, 80, 81
 Immobilien-Trust-F. 53, 54, 134
 Industrie-Aufbau-F. 172
 Investment-F. 54, 178
 I.-Trust-F. 53, 54
 Kapital-F. 147
 Korporations-F. 147
 Kredit-F. 147
 K.-Hilfe-F. 102
 Kultur-F. 81, 84
 Nationaler Aufbau-F. 3, 5, 40, 112, 151, 173, 183
 Personal-F. 206
 Preisstabilisierungs-F. 17
 Reserve-F. 80, 81, 84, 102, 128, 147
 Rückkauf-F. 203
 Sozial-F. 101, 147
 Versicherungs-F. 100, 202
 Verwaltungen-F. 81
 Vorsorge-F. s. Sozial-Versicherung
 Zentral-F. 147
 Forschungswesen XIII, 14–16, 17, 143 ff., 147, 151, 152, 162, 164, 168, 169, 171, 179, 181, 182, 184, 198, 202, 204, 205
 Forstwirtschaft 17 ff., 103, 161, 211
 Fracht-Einnahmen 150
 F.-Sätze 108, 109
 F.-Verkehr 158
 Frachten 108, 109
 Frankreich 5, 11, 33, 34, 43, 48, 51, 53, 57, 58, 73, 89, 100, 106, 109, 110, 112, 114, 116, 118, 119, 121, 127, 134, 147, 155–160, 166, 175, 180, 190, 196, 197
 Französisch-West-Afrika 17
 Frauen 170
 F.-Arbeit X, XI, 87, 88, 148, 171
 Industrieschule für F. 87
 Freie Berufe, freiberufl. Tätige 32, 46, 87, 123, 164, 185
 Freizeit XI, 187, 201
 Fremdenpolizei (PIDE) 159
 Fremdenverkehr X, 4, 10, 20, 108, 148–160, 164
 F.-Organisationen 150
 Fremdfinanzierung 3
 Fremd-Kapital s. K
 Frondienst 9, 76
 Fundo de Fomento de Exportação s. Export-Förderungs-F.
 F. de Fomento Nacional s. Nationaler Aufbau-Fonds
 F. de Renovação e Apetrechamento da Indústria de Pesca s. Fischerei-Fonds
 F. de Renovação da Marinha Mercante s. Handelsmarine-Fonds
 Fünfzehnjahresplan 18, 24, 26, 70, 114, 155
 Fürsorge 105, 131, 169, 185–188, 196, 202, 205, 206
 F.-Funktionen 76
 F.-Institutionen 128, 130, 131
 F.-Leistungen 5, 6, 37, 105
 F.-Maßnahmen 187, 205, 206
 F.-Staat 77
 Gambia 17
 Garantien s. Sicherheiten
 Staats-G. 141, 151, 156
 Gas-Gesellschaften 35, 59

- G.-Wirtschaft 116, 120, 122, 124, 162, 182, 191
 Gasthäuser 170
 Gazeta Agricola de Angola 41, 42
 Gebäude s. Bauten u. Häuser
 Gebühren für Konzessionen 42
 Geburten-Überschuß 23, 24
 G.-Ziffern 23
 Gegenseitigkeits-Kassen XII, XIII, 43, 75, 76, 78, 81, 84, 87, 185
 G.-Verein 72
 Gehälter XV, 2, 6, 28, 37, 66, 67, 72, 92, 99, 100, 102, 124, 125, 128, 132, 133, 148, 162, 163, 178, 179, 185, 186, 190, 191, 193, 196, 197, 203—206
 Beamten-G. 185, 186, 196
 Index-G. 196
 Real-G. 185
 Zusatz-G. 133
 Gehalts-Abzüge 191
 G.-Klassen 130
 G.-Empfänger 8, 67, 124
 G.-Erhöhungen 186, 187, 193
 Geld IV, 21, 24, 187, 191 s. auch Währung
 G.-Beschaffung 145
 G.-Entwertung 33, 70, 72, 73, 84, 87, 99, 109, 110, 113, 116, 135, 185
 G.-Flüssigkeit 34
 G.-Forderung 178
 G.-Markt 12, 33, 146
 G.-Politik s. Währungs-P.
 G.-Volumen 34, 49, 65, 66
 G.-Wert IX, 8, 36, 70, 92, 93, 134, 179
 G.-Schwankungen 179
 G.-Sicherungsklausel 109, 110, 179 s. auch Index-Bindungen
 G.-Verminderungen s. G.-Entwertung
 Buch-G. 30
 Funktion des G. 179
 Giral-G. 30
 Politik des billigen G. 33, 141
 Umlaufgeschwindigkeit des G. 31
 Gemeinden s. Land-G.
 Gemeinsamer Markt 4, 16, 121, 168, 175
 Gemeinschaftsfinanzierungen 7, 121
 Genossenschaften XII, XIII, XV, 6, 12—14, 17, 18, 37, 46, 49, 76, 95, 101, 102, 124, 127, 132, 185, 188, 192, 193
 G.-Banken 12, 46
 G.-Kreditorganisationen 12, 17
 G. in der Landwirtschaft 13, 14, 101, 102
 G. als Sparkassen 17, 49, 102
 Bau-G. XII, 124, 126, 127
 Konsum-G. 17, 45, 76, 101, 153
 Kredit-G. 43
 Mehrzwecke-G. 17
 Migros-G. 45, 61
 Produktions-G. XIII, 17, 76, 101
 Genußscheine 192
 Gesamtarbeitsverträge 76, 79, 92, 95, 101, 105, 146, 148
 Geschenke 35, 80, 147, 189
 Geschichtliches X—XII, XVI, 22, 25, 29, 102—104, 123, 127, 144, 145
 Gesellschaften (aller Art) 2, 3, 10, 11, 18, 34, 36, 37, 57—60, 65, 92, 97, 112, 113, 116, 124, 132, 134, 156, 162, 166, 169, 177, 178, 189—191, 197, 207, 208
 G. m. b. H. 37, 124
 Anlage-G. 53
 Ausländische G. 10, 116, 156, 182, 197
 Beteiligungs-G. 53
 Einfache G. 37
 Halbstaatliche G. 182
 Holding-G. 182
 Immobilien-G. 134
 Industrie-G. 182, 184, 189
 Kapital der G. 36
 Kapitalanlage-G. 53
 Kollektiv-G. 37
 Kolonial-G. 36, 37, 65
 Kommandit-G. 53
 Private G. 34, 36, 109, 112, 116, 151, 156
 Schifffahrts-G. 158, 159, 173, 177
 Staatliche G. 112, 136
 Gesetzgebung 5, 6, 16, 18, 20, 27, 29, 37, 40—42, 46, 48, 62—64, 67—77, 80, 84, 91, 92, 95, 99, 104, 107, 109, 124, 129, 130, 131, 142, 162—167, 171, 175, 181, 182, 185, 186, 189, 196, 200, 201, 205, 214
 Gesundheitswesen X, 24, 68, 70, 76, 129
 Gewässer 166, 208, 209
 Gewerbe s. Handwerk
 Gewerkschaften 68, 70, 74, 76, 78, 80, 85, 92, 97, 101, 124, 128, 137, 146, 181, 191, 193—195
 G.-Vorsorgekassen 75 ff., 81—83, 85, 92, 99, 101, 125, 148, 190
 Gewinn(e) XIV, 1, 5, 6, 9, 11, 35, 39, 55, 58, 59, 67, 74, 84, 92, 93, 109, 141, 147, 151, 166, 174—178, 181, 187, 189, 191, 193, 202, 204, 206, 207
 G.-Anteile 190, 191, 193, 202
 G. der Banken 39
 G.-Beteiligung 10, 89, 93, 129, 190, 191, 196, 201—208
 G.-Ermittlung 141
 G. der Gesellschaften 37
 G.-Margen 142, 164
 G.-Obligationen 178
 G. öffentlicher Unternehmen 97
 G.-Rücklagen 166, 194
 G.-Sparkassen 191
 G.-Streben 193
 G.-Teilung 191
 G.-Verteilung 92, 145, 181
 Index-G.-Plan 93
 Konjunktur-G. 119
 Netto-G. 204
 Rein-G. XIV, 58, 59, 97, 102, 206
 Reinvestition von G. s. Investitionen
 Über-G. 190, 202—204
 Unternehmer-G. 133, 175, 193
 Unverteilte G. 96, 97
 Gilden 13, 91, 92, 104, 105, 129, 145—148, 164
 Giralgeld 30
 Gläubigerländer XVI
 Goa VIII, 7, 26, 46, 73, 78, 91, 108, 160, 198, 199
 Gold XV, XVI, 52, 53, 66, 167, 213
 G.-Abfluß 66, 213
 G.-Abgabe 66
 G.-Barren 33
 G.-Bindung 52, 53
 G.-Deckung 66
 G.-Escudos 36
 G.-Gruben XIII, 150
 G.-Horte 20, 65, 179
 G.-Klauseln 9, 109, 179
 G.-Küste 17, 46
 G.-Lombardkredite 127
 G.-Plättchen 66
 G.-Reserven 28, 33, 38, 39, 65, 66, 167, 212, 213, 214
 G.-Währung XVI
 G.-Zertifikate 9, 65, 66, 179
 Freier G.-Preis 52, 53, 66, 179
 Offizieller G.-Preis 66
 Gratifikationen 60, 79, 125, 129, 132, 190, 192
 Grémios s. Gilden
 Grenznutzen 20
 Grenzproduktivität 101
 Griechenland XI, 33, 43, 100, 109, 175
 Grönland X, 104
 Großbritannien IX, XI, 5, 10, 11, 27, 33, 41, 43, 46, 54, 58, 59, 61, 67, 70, 73, 79, 86, 100, 103, 104, 108, 114, 116, 118—121, 134, 137—139, 142, 144, 154, 156—160, 190, 191, 193, 195, 196
 Von G. abhängige Gebiete 6, 7, 58
 Grundbesitz(er) VII, XIV, 9, 13, 20, 67, 70, 71, 90, 103, 134, 135, 185, 187, 200, 201
 Groß-G. VII, 13, 28, 32, 101—103
 Grundpfand-Obligationen 59
 Grundstücks-Preise 135
 G.-Spekulation 179
 Guadiana-Fluß 113
 Gummi XVI
 Guthaben XVI

- G. der Notenbanken bei anderen Banken 39
Gutsbesitzers.Grundbesitzer
- Häfen 150, 154, 155, 159, 167, 173, 174, 181, 211
Hafen-Bauten 68
H.-Gebühren 159
Halbfabrikate 180
Hamburg VIII, 139, 140, 158
Handel XI, XIV, 2, 35, 48, 77, 142, 144—147, 152, 160, 164—166, 175, 181, 184, 196, 206
Export-H. 137 ff.
Frei-H. XII, 167, 176
Groß-H. 146
Klein-H. 95, 146, 152, 153
Schrott-H. 172, 198
Schwarz-H. 186
Welt-H. XVI
Zwischen-H., 105, 180
Handels-Banken s. B.
H.-Bilanz 4, 53, 65, 142, 143, 149, 162, 167, 213, 215
H. mit Westdeutschland 158, 175
H.-Geschäfte 66
H.-Gesellschaften 2, 37
H.-Kredit s. K.
H.-Marine 4, 109, 155
H.-Fonds 4, 5, 40, 109
H.-Papiere 38
H.-Unternehmungen XIV
H.-Vertreter 207, 208
Händler XV, 32, 137 ff., 143, 185
Handwerk VIII, 120, 206
Handwerker 69, 123, 172, 191, 198
Harz-Industrie 168
H.-Produkte 18—20, 142, 143, 163, 168
Haus-Bau 84, 176, 177, 200
H.-Besitz XIII, XIV, 20, 101, 129, 134, 200, 201
Recht auf H. 132, 133
H.-Personal 187
H.-Preise 130, 137
Häuser 82—84, 86, 92, 134—137, 176, 177, 200
H. für große Familien 70, 123
H. mit billigen Mieten 9, 69, 82, 83, 92, 98, 123, 126, 130
H. mit begrenzten Mieten 82, 83, 123
H. für Fischer 105, 106, 123
H. mit freier Miete 82, 83, 123
H. für Landarbeiter 123, 200
Arbeiter-H. 72, 123 ff., 130, 201, 202, 204, 206
Billige H s. Casas Económicas
Demontierbare H. 130
Einzel-H. 124
Land-H. X, 74, 136, 200, 201
Mehrfamilien-H. 124
Renditen-H. 80
Stadt-H. 74, 75, 136, 176
Wohn-H. 176, 177, 202
Studenten-W. 192
Hefe 171, 172
Heizung 125
Hektarerträge 16, 18, 24, 103
Hilfsskassen auf Gegenseitigkeit s. G.-Kassen
Hilfsquellen s. Ressourcen
Hochkonjunkturzeiten 10, 29, 48, 67, 99
Holland XI, 5, 14—16, 23, 33, 43, 48, 95, 100, 110, 111, 114, 119, 154, 158, 160, 174, 188, 190, 195, 201—207
Gewinnbeteiligung in H. 201—207
Landw. Beratung in H. 14—16
Holz 18, 20, 120, 146
Holzverarbeitende Industrie 20
Hopfen 169
Hortung 2, 9, 28, 32, 60, 65, 99, 177, 179
H. der Ersparnisse 2
Gold-H. 9, 65, 179
Rohstoff-H. XVI
Hotel(s) 134, 150, 152—154, 157, 159
H.-Bauten 150
H.-Fachschulen 153
H.-Industrie 150
H.-Kredite 150
Baum-H. 156
Hüttenwerke s. Industrie
Hygiene 23, 24, 70, 76, 123, 126, 127, 144, 146, 147, 163, 170—172, 179
Hypothekar-Kredit XII, 40, 127, 135, 136, 137, 177, 201
Kurzfristiger H. 127
Hypothekarische Sicherungen 184
Hypotheken 9, 65, 74, 84, 90, 126, 127, 132, 134, 135, 136, 183
H.-Bank 41, 135
H.-Markt 126
H.-Versicherung 135
H.-Verträge 136
H.-Zinsfuß 126, 201
Tilgungs-H. 135
Immobilien s. Häuser
I.-Investment-Trust 53, 134, 135
Import(e) 6, 28, 34, 35, 38, 43, 44, 103, 107, 109, 114, 141—143, 163, 167, 180, 188, 194, 196, 212, 213
I. von Brennstoffen 110, 113—115
I. aus den EPU-Ländern 38
I.-Güter 34, 142, 163, 174—176, 194, 212
I.-Kontrollen 72, 143
I. von Personenwagen 103
I.-Restriktionen 142
I. von Saatgut 14
I.-Zölle s. Z.
Kapital-I. s. K
Kapitalgüter-I. 113, 167
Kohlen-I. 110, 113
Konsumgüter-I. 167
Rohstoff-I. 196
Importeure 138, 142, 143
Index(ziffern) XV, XVI, 43, 56, 60, 65, 94, 136
I.-Anleihen 116
I.-Baby-Bonds 52
I.-Besoldungen 196
I.-Bindungen 49, 52, 53, 93, 116, 179, 194, 196
I.-Gehälter 196
I.-Klausel 179
I.-Kommission 179
I.-Löhne 49, 194, 196
I.-Sachversicherung 95
I.-Sparkonten 49
I.-Währung XV
Baukosten-I. 94
Börsen-I. 53
Geldmengen-I. 65
Kohlenpreis-I. 116
Kosten-I. 95
Lebenshaltungskosten-I. 52, 194
Indien 22, 26
Britisch-I. 198
Portugiesisch-I. s. Goa
Indische Union 6, 7, 9, 10, 11, 158, 199
Individualismus XII, XIII, 188
Industrialisierung XI, XIII, 9, 11, 25, 29, 35, 54, 61, 98, 103, 113, 120, 121, 126, 132, 133, 137, 161—166, 176, 179, 183—185, 187, 188, 211, 212, 215
I.-Promotoren 61
Industrie XI, XIII, XIV, 1, 11, 12, 28, 35, 57, 67, 70, 77, 88, 110, 113, 114, 119—123, 135, 137, 142, 143, 152, 161—199, 201—207, 211—215
I.-Aktien 57
I.-Aktien-Gesellschaften 12, 164, s. A
I.-Banken s. B
I.-Forschung 184
I.-Gesellschaften 37
s. -Unternehmungen
I.-Holding-Gesellschaften 182
I.-Kredit 101, 162
I.-Länder VII, XIII, XVI, 7, 8, 10, 11, 29, 120, 161, 168, 175, 198
I.-Mentalität XIV, 161, 162, 215
I.-Politik 162 ff.
I.-Produktion 28, 211
I.-Projekte 185
I.-Rat 181
I.-Standorte 120, 121, 163
I.-Unternehmungen 12, 164 s. U

- I. und Volkseinkommen 1, 161
- Basis-I. X
- Bau-I. — s. Bauwirtschaft
- Chemische I. 175
- Eisen-I. X, 167, 173, 180, 181 197
- Export-I. 121, 133, 142, 143, 148
- Fischkonserven-I. s. F
- Grundstoff-I. 179
- Heim-I. 121, 166
- Hut-I. 70, 88, 163
- Klein-I. 184
- Konsumgüter-I. 180
- Kork-I. 70, 163, 211, 214
- Metall-I. 180, 211
- Neigung zur Finanzierung der I. 2
- Privat-I. 181
- Produktivität der I. 28, 169 ff.
- Schwer-I. 115, 163, 167, 173, 177, 180, 181, 191
- Staatliche I. 180, 181, 212
- Textil-I. s. T
- Verarbeitende I. X, 148, 214, 215
- Industrielle s. Unternehmer
- Industrielle Anlagen 94, 163
- Inflation 4, 6, 8, 10, 30, 33, 49, 53, 65, 66, 70, 72, 126, 134, 143, 174, 178
- I.-Gefahr 49, 168, 194, 211, 214
- I.-Periode 65, 178
- Antinflationäre Maßnahmen 33, 47, 88, 93
- Offene I. 72
- Schleichende I. IX, 31
- Information XIV, 193, 204 s. Propaganda
- Informationssekretariat s. SNI
- Infrastruktur 1, 167, 175, 183
- Ingenieure 181, 184, 197, 204
- Inhabersparen 50, 51
- Initiative 184, 195
- Private I. 43, 132, 140, 184
- Staatliche I. 43, 161, 180
- Innere Kolonisation s. K
- Input-Output-Analyse 185
- Insolvenzen 80 s. Zahlungsunfähigkeit
- Institute 19, 14, 72, 77, 88, 95, 129, 143 ff., 148, 164, 168, 173, 184, 197, 198
- Internationale Waren-Gesellschaft XVI
- I. Zusammenarbeit XV, 7
- Interventionen s. Staats-I.
- Invaldität XII, 68, 71, 75, 79, 85, 87, 88, 92, 99, 179, 187, 202
- Invaliden-Renten 99, 101, 179, 202, 206
- I.-Unterstützungen 99, 147
- Investition(en) XII, IX, XIII, XIV, 2-4, 6, 10, 18, 28, 30, 32-35, 43, 51, 55, 56, 65, 84, 88, 99, 103, 117, 126, 133, 140, 161, 168, 173-176, 178-180, 182, 190-193, 212, 214, 215
- I. der Banken 6
- I. in der Bauwirtschaft 2, 176, 177
- I.-Güter 181
- I. in der Landwirtschaft 28
- I.-Lenkung 34
- I.-Möglichkeiten 34, 42
- I.-Politik 7, 108, 174
- I.-Rate 35
- I.-Tätigkeit 214, 215
- I.-Volumen 28, 212, 214
- I.-Zertifikate 51, 52
- Anlage-I. XIII, 43, 44, 211, 212, 214
- Brutto-I. 35
- Direkte I. 9, 113, 198
- Entwicklungs-I. 27, 212
- Ersatz-I. 167, 174
- Fehl-I. 31, 33, 42, 92, 130, 169, 174
- Kapital-I. 192
- Monatlicher I.-Plan 55-57
- Netto-I. 35
- Neu-I. 167, 169, 170, 172-174, 181, 185
- Private I. 176, 212, 215
- Produktive I. 27-29, 34, 53, 215
- Re-I. 10, 11, 179, 180
- Staatliche I. 34, 35, 167, 180, 212, 215
- Unproduktive I. 53
- Investment-Bank s. B
- I.-Fonds 54, 178
- I.-Kubs 54, 55, 61, 185
- I.-Papiere XIII, 178, 183
- I.-Sparen VIII, 53 ff.
- I.-Trusts 53, 91, 134, 135, 183
- Immobilien-I. 134, 135
- I.-Zertifikate 53
- Investoren 180
- Irland 23, 33, 43, 100
- Island 33, 43, 100, 104
- Isotopen 121, 122
- Israel 8, 49, 100
- Italien 11, 33, 43, 47, 48, 73, 99, 100, 114, 119, 132, 141, 154, 157, 158, 160, 167, 175, 182
- Jagd 156
- J.-Gesetze 156
- J.-Verbot 156
- J.-Reservate 156, 157
- Japan 46, 88, 147, 180
- Johannesburg 150, 160
- Jugoslawien 33, 139, 147, 175
- Junta(s) 128, 129, 143 ff., 148, 173
- J. de Acção Social 72
- J. Autónoma de Estradas 108, 155
- J. Central das Casas dos Pescadores 82, 105, 129
- J. de Colonização Inter-na 16, 17, 19, 101, 130, 200, 201
- J. de Energia Nuclear 119
- J. für industrielle Entwicklung 164
- J. Nacional da Marinha Mercante 109
- J. Nacional do Vinho 173
- Export-Kredit-J. 141
- Juwelen 127
- J.-Horte 20
- Kabeljau-Fischerei X, 104, 145, 214
- Kaffee XV, XVI, 158, 175, 213
- K.-Pflanzer 41
- K.-Preis XV, 41, 175
- Kakao XV, XVI, 163, 175
- K.-Preis XV, 175
- Kalkulation 95
- Kanada XI, 5, 27, 100, 117, 118, 157, 158
- Kapazitätsausnutzung 110, 115, 162, 167-170, 172, 214
- Kapital XIV, 72, 87, 141, 150, 165, 166, 170, 173, 174, 176, 178, 182, 184, 189, 191, 192, 197, 202, 203, 206
- K. der Aktiengesellschaften 2, 36, 37
- K.-Anlage(n) XIV 85, 90, 138, 192
- K.-Gesellschaften 53
- Direkte K. 113
- Langfristige K. 57
- K.-Anleger 55, 56, 59, 212
- K.-Ansamlungsverträge 50
- K.-Ausstattung 79
- K.-Bedarf IX, 57, 183
- K.-Besitzer 26, 65, 212
- K.-Beteiligungen 163, 190, 191
- K.-Bewegungen 10
- K.-Bildung VII-IX, XIV-XVI, 2, 20, 41, 43, 54, 79, 92, 99, 102, 137, 146, 148, 185, 187, 192-194, 211, 214, 215
- Arten der K. 13 ff.
- Finanzwirtschaftliche K. 26-30
- Geldpolitische K. 30, 72
- Private K. 27
- Staatliche K. 27 ff.
- Unternehmens-K. s. Selbstfinanzierung
- Zwangs-K. 194
- K.-Einlage 191
- K.-Erhöhungen 203
- K.-Erträge XIV, 189
- K.-Export VII, VIII, 10, 194, 197
- K.-Länder VII, 1, 10
- K.-Fehlleitung 33, 176
- K.-Forderung 178
- K.-Funktion 90
- K. der Gesellschaften 36, 37

- K.-Güter 66, 213
K.-Import VIII, 1, 3—5, 10, 23, 24, 213, 215
K.-Mangel VIII, XI, 2, 3, 5, 25, 28, 32—44, 91, 117, 154, 161, 168, 174, 176, 178, 184, 185
K.-Markt VIII, 17, 33, 34, 40, 42, 50, 60, 75, 88, 114, 132, 152, 156, 173, 177, 179, 180, 182, 214
K.-Mitbesitzer 202
K. der Notenbanken 39
K.-Politik 32
Kapitalreiche Länder VIII, 5, 10, 33, 53
K.-Rücktransfer IX
K.-Sammelstellen 17, 102
K.-Stock 196
K.-Verlust VIII, 192
K.-Zufuhr 192
K.-Zuwachs 189
Amortisation von *fixem* K. 2
Anlage-K. 180
Betriebs-K. 16, 174
Brachliegendes K. 3, 135, 194
Eigen-K. 67
Fremd-K. 38
Immobilisierung von K. 2
Inlands-K. 122, 212
Liquides K. 28, 135, 212
Privat-K. 137, 182, 213
Kapitalismus XIII, 28, 120, 161, 187, 193
Kapverdische Inseln 58
Kassen-Haltung 32, 38, 207
K.-Reserven 37, 39, 40
K.-Scheine 112
Kataster 42
Kaufkraft 32, 53, 68, 79, 129, 193, 196
K.-Schwankungen 26, 52, 95, 178
K. und Steuern 26
Kaufkraftgesicherte Wertpapiere XIV, 52, 179
Kaufleute 125, 140 s. Händler
Kaufrechte 132
Kauttionen 74, 90
Kenia 37, 115, 160
Kilometerbillette 154, 155
Kinderzulage 125
Kino 61, 76, 124, 161, 162
Kirchen 70, 188
Klassen 187
Klassenkampf X, 77, 120, 195
Kleidung 124, 125, 161
Kleinbetriebe 25, 166
Kleinbürger 124 ff., 185
Kleinreaktoren 120
Klima 20, 115, 125, 126, 137, 144, 157, 165, 208, 209, 211
Klippfisch s. Kabeljau
Kohlen-Förderung 115
K.-Konsum 115
K.-Lieferungen 161
K.-Wirtschaft XVI, 107, 110, 113, 115, 116, 121, 122, 148
Kokosnüsse 175
Kollektivhaftung 145
Kollektivismus 13, 85
Kollektivistische Agrarverfassung 13
Kollektiv-Verträge 92
Kolonial-Gesellschaften s. G
Kolonialismus XVI, 1
Kolonien s. Überseeprovinzen
Kolonisation 191
Innere K. 16, 19, 200, 201
Kolonisten XI, 191, 200
Kolophonium 18
Kolumbien 158
Kommissionen 56, 89, 91, 98
Kompensationsgeschäfte 145
Konferenzen 160—162
Kongresse XIII, 160
Konjunktur-Gewinne 119
K.-Politik 27, 28, 90, 194
K.-Schwankungen 40, 41, 61, 67, 95, 99, 161
Konkurrenz VIII, 18, 31, 43, 48, 68, 77, 89, 91, 94, 103, 114, 115, 121, 126, 137, 139, 142, 162, 163, 165, 168, 170, 180, 182, 184, 188, 190
K.-Fähigkeit 133, 143, 168, 177, 180, 182, 193
Konkurrenzlosigkeit 169
K.-Kampf 169, 180
K.-Unfähigkeit 121, 176
Freie K. 5, 6
Konkurse 80, 112
Konsols 59, 60, 62—64
Konsulate 42, 159
Einnahmen der K. 159
Konsum XIII, 20, 31, 44, 68, 72, 96, 133, 162, 175, 211, 212, 214, 215
K.-Beschränkung XIII, 31, 127
K.-Güter 17, 35, 68, 161, 175, 193, 212
Dauerhafte K. 48
K.-Steigerung 211, 215
K.-Vereine 48, 152
Grenzneigung zum K. 32, 192
Privater K. 35, 43, 44, 169, 175, 211, 212, 213, 214
Staatlicher K. 35, 43, 44, 211, 212
Konsumenten 6, 169, 192, 193
Kontensparen s. Sparen
Kontingentierung 144, 147
Kontokorrent-Kunden 127
Kontrolle(n) 53, 77, 144, 153, 156, 162, 164—166, 182, 192
Konversion 61, 63, 64, 99, 126
Konzessionen 106, 109, 118—120, 134, 197
K.-Gebühren 151
Land-K. s. L
Korea-Konflikt 29, 30, 53, 65, 92, 119, 135, 196
K.-Hause 65, 119, 139, 175, 177
Kork 18, 20, 30, 142, 143, 158, 167, 168, 211
K.-Eichen 19
K.-Produktion 20, 163, 211
Korporationen XII, XIII, 6, 49, 54, 67, 69, 70, 72, 75—78, 80, 91, 92, 95, 97, 102, 104, 114, 124, 126, 128, 129, 143—146, 153, 161, 164—166, 173, 187, 188, 190
K.-Kammer 165, 186, 187
K. als Sparkassen 49
K.-Staat XII
K.-System XII, 5, 76, 92, 104—106, 128, 162, 164, 165, 188, 190, 206
K.-Vorsorgekassen 95 ff. s. Sozialversicherung und Sozialfürsorge
Kredite an K. 49, 50, 173
Minister für K. 84, 131
Korruption 176, 186
Kosten 41, 89, 113, 120, 121, 126, 132, 141, 162, 166, 169, 177
K.-Ersparnis 183
K.-Senkung 16, 89, 113, 122, 193
K.-Steigerung 176
Entwicklungs-K. 119, 121
Studien-K. 192
Unterhalts-K. 128
Kotierungen s. Kurse
Kraftwerke 68, 109—113, 177 s. auch Wasser-K.
Kranken-Häuser s. Gesundheitswesen
K.-Unterstützung 101, 105, 206
Krankheiten 23, 75, 76, 79, 85, 87, 92, 98, 125, 187, 188, 197, 205
Kredit(e) VIII, XII, XVI, 5, 35, 38, 41, 48, 50, 88, 95, 101—104, 127, 128, 132, 141, 143, 147, 148, 151, 153, 163, 168, 170, 173, 180, 181, 183, 211, 212, 213
K.-Ausweitung 72, 211
K.-Bedürfnisse VIII, 41, 102, 127, 211
K.-Garantien 180
K.-Genossenschaften 103
K.-Gesellschaften auf Gegenseitigkeit 95
K.-Institutionen VIII, XII, 17, 40, 43, 76, 103, 126, 135, 136, 141, 151, 173, 184
K.-Kapazität 37
K.-Lenkung 34
K.-Mangel 41
K.-Prüfung 140, 177, 183
K.-Reformgesetz 40
K.-Restriktionen 177
K.-Schöpfung 31
K.-System 4, 32, 35, 40, 165
K.-Volumen 4, 212
K.-Würdigkeit 5, 11, 183
Aufbau-K. 42, 43

- Agrar-K. 7, 11, 16, 17, 40, 43, 101—103, 112, 137, 200, 201, 212
 A.-Kassen auf Gegenseitigkeit 101, 185
 Kurzfristiger A. 101
 Langfristiger A. 101
 Auslands-K. s. A
 Bank-K. VIII 139, 212, 214
 Bau-K. 43, 212 s. Hypothekar-K.
 Betriebs-K. 48, 101, 130, 177, 200
 Direkt-K. 184
 Export-K. 137—141
 Handels-K. 7, 12, 137
 Hypothekar-K. s. H
 Immobilien-K. s. Hypothekar-K.
 Industrie-K. 11, 40, 101, 137, 162, 183
 Kurzfristiger I. 101
 Langfristiger I. 101
 Klein-K. 45
 Kolonial-K. 137
 Konsum-K. 48
 Kosten des K. 48
 Kurzfristige K. 39, 177, 183, 184
 Langfristige K. 3, 7, 12, 32, 35, 40—43, 127, 128, 141, 183
 Mittelfristige K. 10, 12, 35, 40, 41, 43, 127, 141
 Privat-K. 135, 136
 Real-K. 41, 42, 200
 Reorganisation des K. 40
 Schwarzmarkt-K. 184
 Staatliche K. 17, 101, 103, 106, 109, 128, 139
 Teilzahlungs-K. 48
 Zinslose K. 153
 Kriegszeit XVI s. Welt-K.
 Krise XVI, 20, 69, 70, 106, 166
 Krisenzeiten 47, 48, 87
 Kritik XII, XIV, 1 ff., 186, 193
 Kultur X
 Kündigung 189, 203, 204, 207, 208
 Kupfer 114, 163
 Kurs(e) IV, XIV, XV, 32, 53, 54, 56, 58—61, 65, 66, 74, 178, 180, 190
 K.-Gewinne 54
 K.-Niveau 112
 K.-Pflege 90
 K.-Schwankungen XV, 54, 66
 K.-Sturz 56, 61
 K.-Verluste 61, 140, 203
 K.-Wert 63
 Freier K. 197
 Offizieller 197
 Vorzugs-K. 190
 Kuxscheine 179
 Lagerhaltung XIII, XVI, 12, 120 s. Vorratshaltung
 Lager-Häuser XVI
 L.-Kosten XVI
 L.-Schein-Diskontsatz 127, 145, 147
 Land-Arbeiter s. A
 L.-Besitzer 9, 10, 16, 101, 102
 L.-Bevölkerung 9, 16, 20, 47, 98, 102 211, 214
 L.-Flucht 103, 120
 L.-Gemeinden 7, 8, 11, 20, 23, 26, 28, 70, 76, 90, 97, 102, 111, 120, 126, 128—130
 L.-Konzessionsbestimmungen 41, 42, 200
 L.-Schenkungsaktion 103
 L.-Verleih 103,
 L.-Wirte 46, 76, 95, 101, 103, 177, 185, 188, 200, 201
 L.-Wirtschaft XII, 1, 9, 12 bis 20, 25, 28, 35, 67, 70, 87, 90, 91, 98, 101—103, 119, 152, 161, 164, 165, 167, 169, 177, 186, 191, 200, 201, 211, 212, 214
 L.-Genossenschaftsbanken 8, 46
 L.- und Volkseinkommen I
 Beratungswesen in der L. 14, 200, 201
 Forschungswesen in der L. 14, 122
 Produktivität der L. 1, 14
 Landwirtschaftliche Betriebe 134
 L. Gebäude 94
 L. genutzte Fläche 19
 L. Maschinen XIII, 1, 13, 15—17, 41, 47, 103, 130, 200
 L. Produktion s. P
 Lateinamerika VIII, XIV, XV, 4, 10, 24, 118, 139, 146, 147
 Laufzeiten 9, 20, 48, 53, 55, 62, 106, 108, 110, 112, 116, 128, 130, 136, 163, 164, 168, 173, 179, 180, 184, 200, 201
 Lebenshaltungskosten 99, 103, 125, 171, 174, 175, 192
 L.-Index 49, 96, 179, 186, 194, 196, 197, 212
 Lebensmittel XI, 165, 185
 Lebensstandard IX, X, XIII, 32, 35, 119, 122, 129, 169, 176, 177, 195, 211, 214, 215
 Lebensversicherung s. Versicherung
 Legate 62, 76, 147, 149, 198
 Lehrer 192
 Lehrlinge 69, 169, 198, 202
 Leibrenten 63, 64, 96
 Leistungs-Prämien s. P
 Léopoldville 155, 160
 Liberalisierung 213
 Liberierung 62, 112
 Lieferanten XVI, 168
 Lieferbedingungen 161
 Lieferungsklausel 116
 Lieferungen an das Ausland 198
 Rohstoff-L. XVI
 Limpopo-Bahn 35, 58
 Liquide Mittel 27, 32, 214
 L. Anlagen 32
 Liquidität 1, 6, 7, 17, 27, 35, 38, 54, 61, 75, 99, 174, 212, 214
 L. der Banken s. B
 L.-Grad 38—40
 L. des Kapitalmarktes 35, 212
 L.-Krise 38
 L.-Neigung 1, 26, 212
 L.-Sätze 2, 40
 L.-Vorschriften 7, 134
 Lisbon Courier 156
 Lissabon XIII, XIV, 24, 76, 106, 107, 113, 114, 117, 124, 125, 130, 137, 150, 155—160, 169—171, 173, 174, 181, 186 bis 188
 Lizenzen 6, 37, 128, 147, 148, 162—164, 213
 Lobito 154
 Lohn, Löhne X, XII, XV, 2, 6, 35, 37, 48, 66—68, 70, 71, 75, 78, 79, 87, 88, 100, 128 bis 130, 133, 137, 148, 153, 159, 162, 165, 168, 169, 174 bis 176, 178, 179, 181, 185 bis 188, 190—196, 201—206, 208, 211, 212
 L.-Abzüge 55, 191, 192, 194
 L.-Empfänger 8, 54, 178
 L.-Erhöhung 132, 174, 191 bis 194, 207, 212
 L.-Höhe 192
 L.-Niveau 131, 178
 L.-Politik 146
 L.-Skala 208
 L.-Stops 130
 Index-L. 194
 Industrie-L. X, 70, 103, 137, 148, 171
 Jahres-L.-Garantien 194
 Landarbeiter-L. X, 17, 68, 103
 Mindest-L. 71, 76, 79
 Nominal-L. 194
 Produktivitäts-L. 194
 Real-L. 35, 130, 168, 211
 Stunden-L. 194, 196
 Wochen-L. 194, 195
 Lokomotiven 107
 Lombard-Kredite 127, 147, 212
 L. von Policen 74
 Lotterie 8, 9, 21 ff., 45, 49, 52, 55, 106, 108, 109, 125, 127, 131, 133, 185, 187, 195
 L.-Institutionen 17, 45
 L.-Prämien 195
 L.-Sparprämien 49
 Baby-Bonds mit L. 52, 106
 Obligationen mit L. 8, 127, 184
 Staats-L. 52
 Zinscoupons als L.-Lose 9
 Lourenço Marques 46, 58, 115, 150, 156, 160
 Luanda 7, 42, 59, 117, 154—156, 172

Luxemburg 33, 43, 100
 Luxus X, XI, 2, 125, 126, 130,
 132, 185, 192
 L.-Ausgaben 2, 175, 192
 L.-Importe 142, 143, 175,
 192, 194
 L.-Konsum 68, 143, 161, 175
 L.-Steuer 192
 L.-Zoll 192

Madeira 25, 36, 37, 76, 98,
 105, 109, 153, 156, 157, 212
 M.-Spitzen 30
 Madrid 155, 156
 Mais XVI, 169
 M.-Preis 41
 Makler 91
 M.-Kosten 55
 Börsen-M. 61

Mandelbaumkultur 209
 Marine s. Flotte
 Markensparen XV, 47, 152,
 185

Marketing Boards 17
 Markt, Märkte 190, 215
 M.-Analysen 138
 M.-Forschung 142—144, 162,
 190, 215

M.-Sicherung 166
 Auslands-M. 168, 215
 Binnen-M. 163, 164, 167, 168,
 175, 215

Export-M. 168, 215

Marokko 121, 147, 158, 160

Marshallhilfe 35, 133, 137,
 160, 173, 177

Maschinen X, XIII, 1, 162,
 163, 168, 171, 172, 179—181,
 191, 197, 198

Abgeschriebene M. 198

Materialismus X, XII

Mechanisierung X, 1, 103

Mehrfachverdienertum 166

Mehrwert 135

M.-Sparen 45

Meliorationen 1, 12, 15, 16,
 101, 200, 201

Finanzierung der M. 16,
 101

Mexiko VIII, IX, 5, 6, 8—12,
 46, 54, 60, 61, 90, 95, 103,
 106, 108, 112, 117, 121, 151,
 168, 183—185, 198

Miete(n) 92, 123, 124, 126, 128
 bis 131, 133, 135, 137, 192,
 202

M.-Einnahmen 76

M.-Häuser mit Etagen-
 eigentum 127, 134

M.-Wohnungen 123

M.-Zinszuschüsse 131

Unter-M. 124

Militärdienst s. Verteidigung

Mindestreserve s. Reserven

Minister 193

Mißernten 61, 175, 211

Missionsschulen 198, 199

Mitspracherecht 174

Mittelstand XI, XII, 48, 100,
 124 ff., 102, 123—126, 130,
 131, 137

Mittlerer Osten 17
 Moçambique VIII, XIII, 5,
 7, 11, 25, 35, 42, 43, 46, 50,
 58, 73, 78, 115—120, 127,
 131, 132, 140, 154, 156, 168,
 182

Agrarkredit 7

Banken 7, 42, 43

Montepio de M. (Pensions-
 und Sparkasse) 7, 43, 78,
 131, 132

Modernisierung 170

Monopol(e) 2, 6, 17, 41, 77,
 161, 164, 165, 169, 170

M.-Abkommen XVI

Münzen 66

Muster-Betriebe 15, 180

M.-Dörfer 15

Nachfrage 2, 174, 178, 181,
 212, 214

Effektive N. 2

Inlands-N. 74, 176, 212, 214,
 215

Nacional Financiera, S. A. 5,
 151, 183, 184

Nahrungsmittel 121, 211

Nationale Union (União Na-
 cional) XIII, XIV

Nationalisierungen IX

Nationalismus XV, XVI, 16,
 25, 26, 92, 104, 106, 109, 119,
 156, 159, 162, 164, 170, 197

Nationalökonomien VII, XIII,
 142, 184, 188, 206

Nationalparks 156

Nationalstolz 25, 26

Nationalversammlung 112,
 165, 185

Naturaldarlehen 16, 200

Naturalleistungen 9, 185

Naturalwirtschaftliche
 Kapitalbildung 13—20

Naturschutz 156

N.-Reservate 156

Hoher Rat für N. 156

Nebenbeschäftigung 186

Neufundland 104

Neuseeland 85, 100

Niederlande s. Holland

Nigeria XV

Norwegen XI, 33, 43, 100, 104,
 111, 119, 158, 160

Noten 66

N.-Banken s. Banken

N.-Umlauf 39, 65, 66, 133

Notierungen s. Kurse

Nyassaland 37, 150

Obligationen XIV, 5, 8, 9,
 12, 34, 36, 40, 42, 46, 47,
 52, 53, 59, 61, 62, 74, 80,
 82, 83, 90, 104, 106, 109,
 110, 112, 116, 127, 131, 133,
 134, 141, 142, 151, 156, 163,
 173, 177, 179, 180, 182—184,
 192, 201, 203, 207

Baby-Bonds 52

Eisenbahn-O. 106, 109

Elektrizitäts-O. 110, 116

Geldwertgesicherte O. XIV,
 52, 53

Gewinn-O. 178

Handelsmarine-O. 109

Indexgebundene O. 52, 53

Industrie-O. 59, 134, 183,
 184

Kassa-O. 62

Lotterie-O. 184

Post-O. 47

Private O. 36, 59, 60, 99

Schiffahrts-O. 109

Staatliche O. 46, 60

Staatl. garantierte O. 182

Steuerbegünstigte O. 42

Straßenbau-O. 108

Obstbäume 19

OECE 10, 28, 34—36, 43, 51,
 70

OECE s. OECE

Offen-Markt-Politik 65

Öffentliche Arbeiten X, 30,
 69, 70, 72, 76

Ö. Gebäude 70

Ministerium für Ö. A. 119,
 129, 130, 150

Ökonomen s. National-
 ökonomen

Olivenbäume 19

Olivenöl 18, 214

Opposition XIII, XIV, 119

Österreich VIII, 33, 43, 46,
 52, 100, 117, 152, 158, 166,
 190

Pacht VIII, 42

P.-System 1, 17, 24

Pächter 150

Pakistan 139

Palästina s. Israel

Papierindustrie X, 59, 88,
 163, 167, 211

Pappelpflanzungen 18

Paradoxes 151

Parlament s. National-
 versammlung

Partei 181, 193

Patriarchalisches Verhalten
 X, XI, 190

Pech 18

Pensionen 46, 67, 72, 75, 76,
 85, 96, 97, 99, 101, 105, 149,
 174, 185, 186, 202, 206

Pensionierte s. Rentner

Pensionierung 189, 204

Pensionsfonds 204

Pensionskassen s. Sozial-
 versicherung

Pensionspreise 151, 154

Persien 139, 158

Personal

P.-Vertretung 201—206

Fach-P. 99, 198

Petrofina A.G. 117

Petroleum s. Erdöl

Pfund 48, 90, 204

Faust-P. 84

Pfandbrief(e) 90, 126, 135, 179

P. auf Staatsunterneh-
 mungen 179

P.-Zentralen 135

- Industrie-P. 179
 Sozial-P. 50
 Pfandhäuser 72
 Pfändung 200
 Pflanze VIII, XV, 17, 41, 191
 Pflanzung 191
 Kaffee-P. 41
 Philippinen 6, 7
 PIDE s. Fremdenpolizei
 Pilot-Enterprise s. Musterbetrieb
 Plantagengesellschaften 36, 191
 Planung 183—185, 193, 211
 s. auch Sechsjahrespläne
 Plutonium 122
 Politik s. Salazar-Regierung
 Politische Stabilität IX, 26, 157
 P. Bedingungen 198
 Polizei 71, 159
 Porto 24, 76, 106, 107, 114, 144, 145, 154—156, 181, 187
 Portugiesisch-Afrika VII, VIII, XIII, XV, 1, 5, 8, 17, 23, 42, 46, 50, 58, 107, 115, 120, 121, 149, 154—156, 161, 168, 172, 173, 175, 191
 Portugiesisches Reich VIII, XV, 23, 46, 58, 122, 156, 159, 185, 190, 191
 Portugiesisch-Guinea 58, 175
 P.-Indien s. Goa
 P.-Ost-Afrika s. Moçambique
 P.-West-Afrika s. Angola
 Portwein 142—144, 158, 168, 194, 208, 209 s. auch Weinbau
 P.-Exporteure 141
 P.-Gebiet 194, 208, 209
 P.-Institut 143 ff.
 Porzellan-Industrie 114
 Post XV, 46, 47, 52, 153, 155, 167, 191
 P.-Ämter XV, 52, 106
 P. als Banken XV, 6, 46
 P.-Giro-System 46
 P.-Lebensversicherung 88
 P.-Obligationen 47
 P.-Sparkassen XIII, XV, 7, 43, 46, 47, 52, 88, 185
 Pousadas (Rasthäuser) 150, 151, 153, 156, 159
 Prämien XV, 15, 17, 20, 45, 48, 53, 67, 84, 87, 93, 95, 98, 103, 128, 137 ff., 141, 161, 178, 180, 181, 191, 192, 196
 P.-Berechnung 95
 P.-Einnahmen 139, 140
 P.-Freijahr 95
 P.-Reduktionen 93, 94
 P.-Sparen 45
 P.-Zahlungen 93, 99, 190
 Arbeitserfolgs-P. 191
 Bauspar-P. 131
 Beteiligungs-P. 196
 Devisen-P. 143
 Export-P. 143, 196
 Gleitende P. 93
 Index-P. 93, 94
 Jahres-P. 190, 192
 Kompensations-P. 143
 Leistungs-P. 129, 196, 201, 202
 Lotterie-P. 195
 Mindest-P. 91, 92
 Risiko-P. 137, 180
 Rückzahlungs-P. 53, 116, 179, 180
 Sparsamkeits-P. 196
 Variable P. 95
 Versicherungs-P. s. V.
 Preis(e) XI, XIV—XVI, 6, 11, 48, 145, 146, 161, 163—165, 168—170, 175, 176, 179—181, 186, 188, 193, 194, 211, 212
 P.-Bildung 79, 145, 146, 212
 P.-Fixierung XVI
 P.-Index 8, 93, 95
 P.-Klausel 116
 P. für landwirtschaftliche Produkte 41, 212
 P.-Lenkung 187
 P.-Niveau XVI, 8, 66, 93, 113, 116, 193
 P.-Politik 8, 113, 146
 P.-Schwankungen XV, 212
 P.-Senkungen 113, 138, 177, 212
 P.-Stabilisierungen XV, XVI, 17
 P.-Steigerungen IX, 8, 31, 33, 62, 72, 116, 120, 130, 133, 174, 178, 186, 187, 192, 193, 212, 214
 P.-Stop 131, 188
 P.-Vorschriften 147
 Detail-P. 8, 186
 Exportgüter-P. 66, 175
 Fix-P. XVI
 Höchst-P. 144
 Importgüter-P. 34, 212
 Lebensmittel-P. 212
 Palmkern-P. 41
 Pauschal-P. 153
 Rohstoff-P. XV, XVI
 Sisal-P. XV, 11, 41, 175
 Vorzugs-P. 180
 Waren-P. XIV, 212
 Presse 162, 181
 Prestige 23
 Pretoria 150
 Prime-participation 196
 Privat-Initiative 25, 32, 35, 37, 51, 66, 77, 151, 156, 164, 165, 167, 177, 185, 190, 212
 P.-Wirtschaft 28, 131, 132, 164, 180, 182, 184, 186, 187, 198
 Privatisierung 166, 189
 Privilegien 6, 196
 Probezeit 200
 Produktion X, XII, XIV, XVI, 28, 35, 65, 99, 112, 143, 147, 163, 165, 180, 181, 192, 193, 196, 211, 214, 215
 P.-Kapazität 68, 215 s. K
 P.-Kosten 110, 167—169, 174
 P.-Methoden 25, 27, 28, 32
 P.-Mittel XII, 189, 190
 P.-Potential 168
 P.-Steigerungen 175, 177, 184, 191, 193, 195, 214, 215
 P.-Verbesserungen 177, 193
 P.-Verhältnisse XI, XII, 215
 P.-Weise XII
 Landwirtschaftliche P. 102, 211, 214
 Über-P. 162
 Überschuß-P. 168
 Produktives Investierungsmaterial 51
 Produktivität X, 1, 14, 32, 35, 77, 87, 89, 92, 101, 129, 175, 182, 183, 190, 192, 193, 195, 196, 204, 211, 214
 P. der Arbeit s. A
 P.-Forschung 184, 204
 P. der Industrie 1, 28, 163, 168, 183, 190, 192, 193
 P.-Kommissionen 195
 P. der Landwirtschaft 1, 14, 16, 18, 24, 101, 103
 P.-Steigerung 192—196, 211
 P. der Versicherung 89, 92
 Grenz-P. 26, 101
 Produzenten s. Unternehmer
 Professoren XIV, 185, 198, 206, 207
 P.-Austausch 198
 P.-Regierung XIV
 Profite s. Gewinne
 Proletariat 37, 120, 129
 Promissórias de Fomento Nacional (staatliche Aufbau-Schuldverschreibungen) 40, 51, 173, 196
 Propaganda-Maßnahmen XIV, XV, 6, 15, 46, 55, 60, 89, 90, 92, 98, 112, 138, 142, 143, 146—148, 152, 153, 158—162, 191
 Protektionismus 11, 162—167, 176 s. auch Schutz-Zölle
 Puerto Rico 6, 11
 Qualität XV, 169, 196
 Q.-Garantie 144, 146
 Q.-Prüfungen 144—147
 Q.-Verbesserungen 143 ff.
 Raffinerie 107, 116, 117, 167, 173
 Raiffeisen-System 45, 76, 101, 102
 Ratenzahlungen 179, 184, 190, 200, 208
 Rationalisierung 113, 166, 180, 193
 R. der Landwirtschaft 13 bis 17
 Rationierung 72, 73, 116, 118, 119
 Rediskont-Garantie 40
 R.-Politik 12
 R.-Sätze 11, 12
 Reeder 76, 104, 105, 109, 158, 198
 Regierung s. Salazar-R.

- Reichtumsquellen s. Ressourcen
- Reinvestition s. Investitionen
- Reis XVI, 169, 175
- R.-Mühlenindustrie 168
- Reise(n) 54, 71, 152
- R.-Geschenkgutscheine 108
- R.-Gutscheine 152
- R.-Kasse 152
- R.-Sparen 153
- Reklame 5, 91, 169 s. auch Propaganda
- Renault-Werke 180, 181
- Renditen 54, 59, 64, 66, 67, 80, 99, 126, 128, 130, 131, 133, 134, 177
- Mindest-R. 80, 128
- Rentabilität X, 120, 156, 163, 168, 177, 182
- Rente(n) 62—64, 66, 72, 76, 105
- Alters-R. 66, 92, 99, 101, 105, 206
- Ewige R. 62, 63
- Leib-R. 63, 64, 66
- Rentkauf 64
- Rentner 31, 66, 67, 185, 186
- Reprivatisierung 52, 166
- Reserven 2, 4, 6, 28, 29, 41, 54, 56, 65, 75, 80, 81, 102, 135, 174, 180, 181, 211
- R. der Banken 38, 40
- R.-Fonds 9, 39, 59, 80, 82, 102, 204
- R. für Kursverluste 203
- Arbeitsbeschaffungs-R. 67
- Disponible R. 28
- Export-R. 141
- Geldentwertungs-R. 93
- Gewinn-R. 93
- Mindest-R. 38
- Stille R. 2, 4, 92, 180
- Technische R. 74, 80, 81, 99
- Versteckte R. 2
- Währungs-R. 28, 65, 211
- Ressourcen XI, 32, 168
- Revista de Economia 10, 29, 97, 174
- Revolutionen 25, 26, 140
- Rhodesien 58, 115, 150
- Risiko 5, 6, 53, 55, 56, 91, 110, 126, 135, 137—139, 156, 164, 169, 170, 190
- R.-Ausgleich 138
- R.-Berechnung 99
- R.-Bereitschaft 161
- R.-Beurteilung 140
- R.-Prämie 137, 180
- R.-Verteilung 54, 134, 141, 161
- Export-R.-Garantie 137—143
- Fabrikations-R. 140
- Gründer-R. 156
- Politisches R. 137—141, 142
- Rohstoff(e) XV, XVI, 120, 121, 148, 164, 165, 168, 169, 175, 180, 190, 198
- R.-Abkommen XV, XVI, R.-Bank XVI
- R.-Einfuhr 196
- R.-Handel 138
- R.-Mangel 167
- R.-Orientierung 120, 121
- R.-Preise XV, XVI, 41
- Afrikanische R. 41, 121, 175, 190
- Ausländische R. 148, 161, 162, 198
- Bearbeitung der R. 198
- Einheimische R. XV, XVI, 68, 121, 163, 188
- Rückkauf 180, 183, 203, 204
- R.-Fonds 203
- Rücklagen 54, 135, 141, 174, 179 s. auch Reserven
- Rücktransfer
- R. des Kapitals IX
- R. der Kapitalerträge IX
- Rückvergütung 93, 141—143, 196
- Steuer-R. 196
- Rückwanderung 24
- Rückzahlung(en) 47, 61, 112, 116, 127, 131, 150, 155, 178, 180, 200, 201
- R.-Fristen 41, 47, 200, 201
- R.-Kurs 116, 178
- R.-Prämien 53, 116, 179, 180
- Rumänien 23, 175
- Rußland s. UdSSR
- Rüstungs-Ausgaben 18, 44
- Saargebiet 100
- Saatgut 13, 14, 17, 103, 200
- Sabena 155
- Sachwert 178
- SACOR 173
- Saison-Arbeit 70, 103
- Salazar-Regierung IX, XIII, XIV, XVI, 10, 29, 30, 34—36, 40, 41, 55, 58, 62, 63, 75 ff., 87, 90, 92, 95, 103, 109, 113, 114, 117—119, 121, 122, 128, 141, 156, 159, 160, 164, 175, 176, 185, 187, 188, 193, 196—198, 211, 212, 215
- Stabilität der S. IX, 34
- Salesianer-Berufsschulen 198
- Salz XVI
- Sanierung 182
- São Tomé 58, 155, 156, 175
- Sardinenkonserven 121, 147, 148, 197, 211 s. auch Fischkonserven
- Saudade 25
- Schadenersatzleistungen 140
- Schädlingsbekämpfungsmittel 103
- Schatzamt von Angola 58
- Schatzanweisungen 196
- Scheckhefte 47
- Schecks 7, 30, 46
- Einrichtungs-S. 47
- Schenkungen 35, 189, 198, 203, 204
- Schiedsgerichte 77, 166, 202
- Schiffahrt 109 s. Flotten
- S.-Gesellschaften s. G.
- Schiffsbau 109, 173
- Schrotthandel 172, 198
- Schuldverschreibungen 51, 173, 196
- Mittelfristige S. 40, 51, 173, 196
- Schul-Baby-Bonds 192
- Schulen, Schulung XV, 1, 6, 14—16, 18, 26, 62, 66, 70, 79, 87, 105, 124, 125, 129, 148, 161, 163, 164, 168, 192, 198, 199, 205, 206
- Bau von S. 26, 70, 198, 200
- Berufs-S. 76, 87, 105, 164, 169, 171, 185, 198, 199, 215
- Salesianer B. 198, 199
- Betriebs-S. 202, 205
- Handels-S. 124
- Hotel-Fach-S. 153
- Industrie-S. 87, 163, 171, 198, 199, 202, 206, 215
- Landwirtschaftliche S. XIII, 14—17, 103
- Missions-S. 198, 199
- Salesianer-S. 198, 199
- Technische S. 1, 11, 87, 163, 167, 197—199
- Umschulung 87
- Werk-S. 192, 205, 206
- Schulgeld 124
- Schulsparen 45
- Schürfrechte 182
- Schweden 5, 11, 33, 43, 48, 49, 100, 111, 114, 117, 119, 158, 160
- Schwefelkies 211
- Schweiz XI, 5, 11, 12, 17, 33, 45, 54, 61, 62, 66, 69, 73, 86, 87, 97, 99, 100, 103, 111, 113—118, 121, 132, 134, 141, 152, 157, 158, 160, 194, 195, 197, 198
- Sechsjahrespläne XIV, 3, 4, 28, 35, 37, 38, 40, 87, 103, 107, 114, 115, 119, 155, 156, 164, 167, 168, 173, 180, 181, 185, 188, 197, 211, 212, 215
- Finanzierung der S. 3, 7, 35, 37, 38, 46, 75, 84, 142, 173, 176, 177, 212
- Selbst-Bedienung 153
- S.-Beteiligung 93, 94
- S.-Finanzierung XIV, 2, 3, 26, 34, 62, 57, 112, 117, 146, 166, 173, 174, 177, 178, 182
- S.-Herstellung 176
- S.-Hilfe 102
- S.-Kosten XV, 79, 126, 131, 140, 167
- S.-Versorgung 104, 115
- S.-Verwaltung XIII, 102, 164
- Setubal 181
- Sherry 146
- Sicherheiten (Garantien) XII, XVI, 41, 47, 48, 53, 66, 77, 79, 80, 101, 102, 116, 127, 137, 138, 140, 145, 164, 177, 184, 190, 195
- Sicherheitsleistungen 139, 140
- Sicht-Depositen 2, 66 s. D
- S.-Verbindlichkeiten 66
- Siedelung(en) XIII, 17, 37,

- 41, 109, 121, 130—132, 200, 201
Siedler 103, 130, 132, 200, 201
Sierra Leone 46
Silber 127
Sindicatoss.Gewerkschaften
Sintra 114
Sisal XV, 11, 41, 142, 158, 175
S.-Preis XV, 11, 41, 175
SNI 150, 159, 160
Sociedades de Capitalización 184
S. Financieras 184
Sociétés de Prévoyance 17, 50
Solidarismus XII
Sondervergütungen 190
Souveränität 119
Sowjetrußland s. UdSSR
Sozial-Fürsorge 71, 72, 77, 95, 98, 101, 105, 113, 124, 131, 147, 166, 188—190, 192, 193, 200 s. auch F
S.-Politik 193, 200, 208
S.-Produkt XIII, 26, 32, 33, 35, 43, 44, 51, 161, 211, 214
S. und Steuerbelastung 26, 51
Verteilung des S. 195
S.-Versicherung 3—5, 17, 27, 35, 43, 59, 62, 66—68, 72, 75—80, 84, 85, 88, 92, 95—100, 106, 112, 125, 126, 128, 133, 153, 168, 177, 179, 182, 188, 190—192, 196, 202
Beiträge zur S. 37, 75, 79, 85, 86, 93, 95—97, 99—101, 105, 125, 129, 131, 133, 146, 148, 185, 188
Einnahmen der S. 100, 101
Eintreibung der Beiträge zur S. 95
Index-S. 72, 95
Leistungen der S. 98, 100, 101, 197
Spanien XI, 23, 32, 33, 73, 103, 107, 111, 113, 114, 147, 151, 155, 157, 158, 160, 161, 175, 194, 198, 209
Spanischer Bürgerkrieg 32
Spanisch-Guinea 58
Spar-Anlagen 174
S.-Banken 8
S.-Einlagen 33, 38, 45, 47, 126, 127, 212
Sparen VIII, IX, XIV, XV, 20 ff., 34, 50, 68, 75, 88, 96, 100, 125, 126, 137, 189, 192
Betriebs-S. 45, 178, 189, 191, 192
Eisernes S. 191
Freiwilliges S. 194, 212
Haushalts-S. 45
Heim-S. 45
Inhaber-S. 50, 51
Investment-S. 53 ff.
Klein-S. 45
Klub-S. 45
Konten-S. 45 ff.
Lotterie-S. 179
Marken-S. XV, 47, 185
Mehrwert-S. 45
Prämien-S. 45, 49
Reise-S. 45, 153
Schul-S. 45
S. mit Versicherungsschutz 45, 88
Steuerbegünstigtes S. 45, 50
Vereins-S. 45, 185
Zwangs-S. 55, 66, 67, 75 ff., 132, 153, 178, 191
Zweck-S. XV, 45, 67
Sparer VIII, XIV, 34, 53—55, 57, 61, 88, 116, 126, 127, 134, 153, 161, 164, 179, 189
S.-Gruppen 8
Klein-S. 45, 109, 189
Spar-Fähigkeit 20, 32, 33
S.-Gelder XIV, 45, 212
Einzug von S. 191
S.-Gemeinschaften 17, 50
S.-Geschenkgutscheine 47
S.-Girokonten 45
S.-Guthaben 133, 212
S.-Hefte 46, 47
S.-Institutionen VIII, 17, 43, 45 ff., 169
S.-Kapitalien 53, 54, 87, 178, 179
S.-Kassen XIII, XV, 3, 4, 8, 12, 18, 37, 38, 45—48, 66, 68, 76, 84, 101, 106, 127, 153, 212
Betriebs-S. 189, 191, 201, 202, 205
Betriebszweigstellen der S. 191
Fahrende S. 8, 45
Genossenschaftliche S. 17, 49, 102
Gewinn-S. 191
Investitionen der S. 3
Zertifikat-S. 203
Zwangs-S. 191
S.-Konten XV, 49, 53, 88, 126, 131, 212
Indexgebundene S. 49
S.-Marken XV, 47, 185
S.-Neigung VIII, 33, 34, 75, 102, 179, 190, 203, 212
S.-Prämien 49, 196
Lotterie-S. 49
S.-Präferenzen 179
S.-Propaganda XIV, 8, 60
S.-Quote 4, 32, 33
S.-Raten 50
Sparsamkeit XI, 203 s. auch Sparneigung
Spar-Scheine 61
S.-Schränke 45
S.-Sinn 189
S.-Tätigkeit XIV, 6, 102, 212
S.-Verträge 48, 50, 88, 184
Vor-S. 48
S.-Wille 20
S.-Ziele XIII
Spekulation XV, 36, 54, 61, 66, 132, 179, 186
Spieltrieb 22, 55, 161
Spitälär s. Gesundheitswesen
Staat, staatlich
S.-Anleihen 27, 66, 68, 126
S.-Anzeiger 181
S.-Aufträge 70, 114
S.-Ausgaben 26, 116, 129, 131, 135, 160, 174, 186, 192, 212, 215
Außerordentliche S. 30, 34, 70, 129
Ordentliche S. 30, 129, 212
Zivile S. 44, 212
S.-Besuche 160
S.-Betriebe 166, 180
S.-Budget 30, 129, 186
S.-Einnahmen 8, 20, 27, 28, 35, 129, 140, 141, 159, 212
Außerordentliche S. 129
Ordentliche S. 26 ff., 129, 212
S.-Form XII, XIII
S. garantierte Papiere 82, 83, 133
S.-Gelder 11, 17, 27, 38, 40, 126, 131—133, 148, 151, 155, 165, 192
S.-Gläubiger 53
S.-Haushalt s. S.-Rechnungen
S.-Hilfe 176
S.-Interventionen 161—166, 169
S.-Kapitalbildung s. Finanzen
S.-Kasse 6, 17, 20, 27, 28, 33, 40, 62, 63, 84, 133, 212
S.-Kontrolle 181
S.-Kredite 17
S.-Land 10, 131, 133
S.-Obligationen 8, 46, 62, 133, 134
S.-Papiere 9, 11, 32, 37, 39, 59, 60, 62—65, 67, 74, 80, 82—84, 88, 90, 95, 97, 128, 184, 189, 196
Kurzfristige S. 65
Mittelfristige S. 40, 51, 173, 196
S.-Rechnung(en) 3, 18, 26, 30, 61, 103
Außerordentliche S. 29, 30
Ordentliche S. 18, 34, 212
S.-Defizite IX
S.-Überschüsse 24, 27, 28, 30, 34, 42, 212
S.-Schuld(en) 8, 10, 11, 27, 30, 34, 36, 61—63, 104, 108, 215
S.-Dienst 11, 63
S.-Formen VIII
S.-Scheine 67
Grenzen der S. 11
Reformen der S. 63
S.-Subventionen s. Subventionen

S.-Unternehmungen 11, 117
 s. auch U
 S.-Vermögen 11, 112, 114, 166
 S.-Verwaltungs.Behörden
 S.-Wirtschaftstätigkeit 35
 Städte 24, 126, 130, 134, 185
 Stadthäuser 66
 Standard Bank of South Africa Ltd. 43
 Standardisierung 163
 Stände s. Korporationen
 Statistik(en) 2, 3, 19, 26, 36—39, 43, 44, 58, 60, 62—66, 69, 73—76, 78, 80—83, 85, 86, 91, 96, 97, 100, 105, 111, 118, 129, 135, 136, 142, 148—151, 154, 158, 159, 167, 176, 185, 191, 204
 Nationales Institut für S. 19, 95, 96
 Stauwerke 113
 Stellen-Vermittlung s. Arbeits-V.
 Stempelgelder 71
 Stempelpapier 52
 Sterblichkeitsziffer 23, 24
 Säuglings-S. 24
 Steuern, Besteuerung XI, 6, 9, 26—30, 33—35, 37, 44, 59, 67, 68, 79, 84, 87, 95, 97, 103, 105, 108, 148, 159, 163, 172, 174, 185—187, 194, 212
 S.-Abzug 54, 59
 S.-Aufkommen 26, 27
 S. auf Bankguthaben 6
 S.-Befreiungen 6, 8, 11, 45, 51, 67, 80, 104, 123, 128, 135, 141, 142, 148, 150, 163, 174, 179, 182, 187
 S.-Begünstigungen 42, 45, 47, 50—52, 54, 141, 162, 168, 177, 179
 S.-Belastung 51 s. S.-Aufkommen
 S.-Einnahmen 67, 72, 187, 212, 214, 215
 S.-Eintreibung 95
 S.-Erleichterungen 10—12, 51, 131, 135, 136, 215
 S.-Erträge 10, 106, 192
 S.-Formen VIII
 S.-Gelder 9
 S. auf Gratifikationen 125
 S.-Gutscheine 67
 S.-Kapazität 51
 S.-Politik 30
 S.-Reduktionen 130, 194
 S.-Reform 27, 28, 35, 51, 214, 215
 S.-Rückvergütung 196
 S.-Sätze 11, 29, 51, 186, 194, 214
 S. auf Schecks 6
 S.-System 27, 28
 S.-Vergünstigungen s. S.-Erleichterungen
 S. auf Versicherungspolice 74

S.-Vorteile für Neuinvestitionen 51, 52
 S.-Zahler 69, 180
 Alkohol-S. 27, 71
 Autotransport-S. 26, 106
 Benzin-S. 108
 Bergwerks-S. 26
 Berufs-S. (Lohn-S.) 26, 74, 125
 Bier-S. 26
 Billet-S. 71
 Börsenumsatz-S. 54, 190
 Coupon-S. 51, 62
 Direkte-S. 26, 27, 35, 51, 96, 97, 125, 212
 Doppel-B. 50
 Einkommen-S. 51, 52, 125, 207
 Eisenbahn-S. 155
 Erbschafts-S. 6, 9, 26, 84, 128
 Ergänzungs-S. 26, 50, 74, 185, 186
 Export-S. 11
 Exportgewinn-S. XV
 Fischerei-S. 76, 105
 Grund-S. 26, 67, 71, 84, 123, 128—130
 Grunderwerbs-S. 129
 Handänderungs-S. 26, 84, 128
 Index-S. 103
 Indirekte S. 26, 35, 44, 97
 Industrie-S. 26, 68, 84, 145, 146, 172, 196
 Kapitalertrags-S. 54
 Kapitalverwendungs-S. 26, 50, 74, 104
 Kraftstoff-S. 10, 108
 Kriegsgewinn-S. 26
 Luxus-S. 66, 71, 192
 Progressive S. 28, 51
 Schenkungs-S. 26, 84
 Solidaritäts-S. 143
 Stempel-S. 26, 52, 62, 84, 128
 Streichholzschaftel-S. 71
 Tabak-S. 10
 Umsatz-S. 66, 141, 143
 Vergnügungs-S. 26
 Verkehrs-S. 26
 Vermögens-S. 54
 Wertpapier-B. 61
 Wohnungsaufwand-S. 132
 Zusatz-S. 26, 185—187
 Stiftungen 62, 192, 198, 204, 206
 Stille Reserven 2, 4, 92, 180
 Stimmrecht 92
 Stipendien 192
 Straßen 106—108, 157, 166
 S.-Bahnen 108
 S.-Bau 10, 24, 70, 72, 108, 155, 200
 Streik 49, 77, 91, 130, 166, 181, 188, 193, 204, 207
 Stromversorgung s. Elektrizität u. Energie
 Stückelung 9, 52, 59, 62, 134, 178, 189
 S. von Aktien 52

S. von Obligationen 52, 59, 62
 Studenten 108, 192, 198
 S.-Austausch 198
 Studien-Kontrolle 192
 S.-Kosten 192
 Subsidien 76
 Subventionen XV, 11, 12, 44, 67, 68, 70, 72, 76, 80, 84, 97, 101, 106, 110, 123, 126, 129—133, 142, 143, 146, 148, 153, 160, 168, 180, 182, 196, 206, 212
 Südafrikanische Union 37, 43, 58, 100, 115, 117, 118, 144, 150, 156, 160
 Südamerika s. Lateinamerika
 Surrogate XV, 142, 144
 Swasiland 58
 Tabak-Industrie 163
 T.-Läden XV, 52
 Tanganjika s. Deutsch-Ost-Afrika
 Tantiemen 102, 203, 206
 Tarif(e) 67, 113
 T.-System 108, 113
 Vorzugs-T. 110
 Taxen auf Hotelrechnungen 153
 Technik X, 87, 122, 197, 198, 212, 215
 Techniker VII, XI, 1, 77, 169, 182, 197
 Technische Ausbildung X, XIV, 1, 161, 198, 199, 212
 Technische Hilfe 35, 115, 146, 161, 162, 169, 197, 198—201
 Technisch-Wissenschaftliche Büros 198
 Tee XVI
 Teer 18
 Teilhaber 191
 Tejo 110, 150
 Television 61
 Tendenzieller Kapitalmangel 2 ff.
 Terms of Trade-Änderungen 44
 Tete-Bezirk 115, 116, 119—121
 Teuerung 95, 152
 T.-Ausgleich 72, 79, 94
 T.-Zuschlag 95
 Textilindustrie X, 36, 88, 168, 175, 211, 212, 214
 Thorium 119, 122
 Tilgungen s. Amortisationen
 Timor 51
 Titulos Financieros 183
 Togo 50
 Tourismus s. Fremdenverkehr
 Touristen X, 159, 197
 Ausländische T. 154, 157, 159
 Transfer IX, 59, 212, 213
 T.-Einkommen s. E
 T.-Verbote 140
 Transport s. Verkehr
 T.-Kosten 120, 121, 170, 191, 198

- T.-Unternehmungen 198
 T.-Verzögerungen 137, 138
 Auto-T. 106, 115, 117
 Transvaal XIII, 58, 115 150
 Treuhandgesellschaft 190
 Treffer-Anleihen s. A
 Triest 146
 Trockenzeiten s. Dürrezeiten
 Tschechoslowakei 118
 Tuberkulose 23, 71, 72, 76, 97
 T.-Hilfe 97
 Türkel 33, 45, 55, 100, 109, 175
 Übersee-Aufbau-Bank s. B
 Ü.-Ministerium 156, 175
 Ü.-Provinzen VIII, XI, XIII, XIV, 3, 5, 7, 24, 25, 29, 32, 35, 36, 53, 58, 65, 73, 75, 103, 118, 122, 134, 143, 149, 150, 154, 155, 163, 166—168, 175, 190, 191, 198, 213, 214
 Gesellschaften in den Ü.
 36, 58
 Aktien von " " " " 38
 Überweisungen 46, 197
 Telegraphische Ü. 46
 UdSSR 23, 27, 107, 118, 167, 192
 Umlageverfahren 179
 Umsatz der Gesellschaften 37, 180
 Umtauschrecht 178
 Unabhängigkeit
 Wirtschaftliche U. 23
 Unentwickelte Länder s. Entwicklungsgebiete
 União Fabril 129, 161
 Universität XIV, 185, 192
 Unkostenkonti 92, 181, 202
 UNO 6, 35, 179
 Unsichtbare Transaktionen 213
 Unterbeschäftigung s. ver-
 steckte Arbeitslosigkeit
 Unterentwickelte Länder s. Entwicklungsgebiete
 Unternehmer XI, 5, 11, 28, 30, 32, 60, 70, 72, 79, 104, 105, 112, 131—133, 140—143, 148, 161, 162, 164, 166, 168, 176, 177, 180, 187, 188, 190, 193, 195—198, 202, 205, 206
 U.-Einkommen 194
 Unternehmung(en) IX, XI, XIV, 11, 35, 53, 54, 67, 68, 71, 72, 75—78, 80, 83, 88, 106, 109, 112, 121, 132, 141, 150, 156, 164—168, 174, 176, 177—180, 183, 184, 188—195, 201—203, 205, 206
 U.-Geist s. Privatinitiative
 U.-Kapitalbildung s. Selbstfinanzierung
 U.-Rat 205
 Ausländische U. 188, 189
 Groß-U. VIII, 174, 183
 Halbstaatliche U. 36, 166, 167, 177, 186, 189, 197
 Handels-U. XIV
 Industrie-U. 12, 20, 117, 124, 129, 173, 183, 184, 190, 198
 Kleine U. 12, 127, 183, 184
 Öffentliche U. s. staatliche U.
 Private U. IX, 36, 83, 84, 128, 130, 132, 151, 156, 161, 165, 166, 174, 177, 180, 186
 Staatliche U. IX, 11, 97, 117, 124, 128, 156, 165, 179—181, 193, 206
 Tourismus-U. 151
 Transport-U. 152, 198
 Unterstützung(en) 75, 95—97, 105
 U.-Zahlungen 97, 100
 Uran-Wirtschaft 118—122
 U.-Erz-Reserven 118
 U.-Lieferungen 121
 Urarmut 1
 Urlaub s. Ferien
 Uruguay 33
 USA VIII, XV, 5, 10, 11, 27—29, 33, 35, 41, 48, 54—57, 70, 73, 86, 91, 100, 115, 117—122, 134, 137, 142, 143, 147, 154, 157, 158, 160, 163, 169, 175, 183, 188, 189, 191, 194, 195, 197, 198, 207, 208, 213
 Kredite der USA an Portugal 35
 Venezuela 112, 158
 Verarbeitungs-Anlagen 182
 V.-Industrien X, 184, 188
 V.-Police 138
 Verbände 142, 195, 203
 Verbrauch s. Konsum
 Vereine 54, 89
 Verfassung s. Gesetzgebung
 Verkehr X, XI, 24, 65, 91, 106—109, 114, 154 ff., 167, 173, 208, 212, 213
 V.-Minister 107
 V.-Mittel 131
 V.-Unternehmungen 152, 198
 V.-Wirtschaft 106—109, 154 ff., 212, 213
 Transit-V. 141
 Verlosungen s. Lotterie
 Verluste 90, 93, 94, 102, 130, 138, 140, 141, 179, 180, 182, 202
 V. der Gesellschaften 37, 120, 149, 153—156, 164, 171
 Vermögen 54, 60, 184, 192
 V.-Besitzer 9, 20, 27, 53, 112, 125, 134, 135, 178, 183
 V.-Sperrungen 134
 Staatliches V. 97, 166
 Verpachtung VIII, 1, 17, 24, 42
 Verpfändung 48, 84, 90, 204
 Verpflichtungsscheine XVI
 Verschuldung
 Private V. 36
 Staatliche V. s. Staats-Schuld
 Verschwendungen 16, 17, 26, 29, 30, 76, 164, 173, 174, 176, 188, 190, 193
 Versicherung(en) 5, 8, 21, 49, 57, 66, 71, 73—101, 128, 138, 164
 V.-Aktiengesellschaften 2, 11, 89
 V.-Ausgaben 97
 V.-Beamten-Gehälter 92
 V.-Beiträge 50, 130
 V.-Deckung 89
 V.-Einnahmen 73, 74
 V.-Fonds 100, 126
 V.-Gesellschaften 2, 3, 8, 9, 11, 18, 43, 63, 65, 72—74, 87, 89—92, 94, 98, 99, 106, 116, 128, 141, 176, 183, 190, 197
 V.-Gesetz 99
 Finanzierungskapazität der V. 3, 75
 Investitionen der V. 3
 Kapital der V. 74
 V.-Inspektion XIII, 74, 92
 V.-Leistungen 141
 V.-Methoden 94
 V.- gegen Mietverluste 91
 V.-Polizei 74, 89
 V.-Prämien 47, 74, 85—87, 89, 143
 V.-Vermittlung 89
 Alters-V. 8, 97, 99, 100, 105, 125, 126, 174, 179, 187, 202
 Arbeitslosen-V. 67 ff., 98, 125, 128, 194 s. auch Arbeitslosenfonds
 Arbeitsunfall-V. 73, 74, 86, 98, 190
 Auslandskapital-V. XVI
 Auslosungs-V. 90
 Aussperrungs-V. 91
 Auto- u. Haftpflicht-V. 73, 91, 93, 94
 Bankguthaben-V. 6
 Bewegliche V. 94
 Diebstahl-V. 95
 Dürre-V. 91
 Einkommens-V. 87, 132
 Entschuldungs-V. 90
 Export-V. 137—141
 Feuer-V. 73, 76, 86, 91, 92, 94, 95, 128, 201
 Global-V. 138, 141
 Haftpflicht-V. 93—95
 Hinterlassenen-V. 97, 100, 101
 Hypotheken-V. 135
 Index-Sach-V. 95
 Invaliditäts-V. 92, 100, 128, 179
 Kautions-V. 90
 Kollektiv-V. 89, 92, 202
 Kontrolle der V. XIII, 74, 92
 Kranken-V. 100, 105, 128, 202
 Kredit-V. 90, 139—142
 Kursverlust-V. 90
 Landtransport-V. 74
 Landwirtschafts-V. 74

- Lebens-V. XIII, 56, 62—64,
 73, 74, 86, 88, 90—93, 97,
 128
 L.-Investment-Trust 91
 Gemischte L. 87
 Post-L. 88
 Lufttransport-V. 74
 Maschinen-V. 91
 Neuwert-V. 94
 Obligatorische V. 75 ff.,
 89, 99, 190
 Prozeßkosten-V. 91
 Rück-V. 73, 91, 93, 141
 Schiffbruch-V. 76
 See-V. 73
 Sozial-V. s. S
 Sparguthaben-V. 45, 49
 Streik-V. 91
 Sturmschäden-V. 91, 95
 Transport-V. 138
 Überschwemmungen-V. 91
 Unfall-V. 74, 86, 87, 90, 91,
 97, 98, 100, 105, 187, 203
 Unter-V. 94
 Vieh-V. 91
 Zeitungsbezieher-V. 90
 Versorgung 175, 214
 Verstaatlichung 181
 Verstärkung 24, 120
 Versteckte Arbeitslosigkeit
 s. A
 Verteigerungen 130, 135
 Versuchsstationen s. For-
 schungswesen
 Verteidigung 20, 23, 79
 V.-Ausgaben 28, 35, 43, 44
 Verwaltung s. Behörden
 V.-Ausgaben 76, 85, 99, 133
 V.-Räte 169, 190, 204, 205
 Verzinsung s. Zinsen
 Vieh-Verleih 200
 V.-Zucht 13, 15 ff., 103,
 169, 212
 V.-Züchter 41
 Visa 159, 197
 V.-Gebühren 153, 159
 Volks-Aktien VIII, 52, 166,
 189, 190
 V.-Einkommen VII, IX,
 XIV, 26—28, 32, 33, 44, 51,
 67, 72, 85, 86, 95—98, 100,
 174, 195
 V. und Industrie 1, 161
 V. pro Kopf der Bevöl-
 kerung XIV, 32, 33, 100
 V. und Landwirtschaft 1
 V. und Staatseinnahmen
 35
 V. und Steueraufkom-
 men 26 ff.
 Brutto-V. zu Marktprei-
 sen 44
 Netto-V. zu Faktoren-
 kosten 10, 11, 26, 32, 35,
 96, 97
 N. u. Staatsschuld 10, 11
 N. und Staatsschulden-
 dienst 11
 Netto-V. zu Marktprei-
 sen 26, 97
 Verteilung des V. 51
 V.-Häuser 17, 54, 68, 70, 76,
 78, 81—83, 85, 97, 98, 101—
 103, 128, 129, 146, 147
 V.-Zählung 70
 Volkswirtschaftliche Wachs-
 tumsrate 194
 Vollbeschäftigung s. Be-
 schäftigung
 Vorratshaltung XV, XVI,
 13, 44, 99, 145, 146, 212,
 214 s. auch Lagerh.
 Vorrats-Bescheinigung 145
 s. auch Lagerschein
 V.-Hortung XVI
 Puffer-V. XVI
 Vorschlagswesen 195, 201 s.
 auch Beratung
 Vorschüsse 145
 Vorsorge-Institutionen s.
 Sozialversicherung
 V.-Kassen s. Soz.-Vers.
 Währung IX, XV, XVI, 4,
 28, 66, 72, 84, 116, 133
 W.-Krise XVI
 W.-Politik 4, 8, 30, 32, 115,
 124, 171, 197
 W.-Reformen XIII, 122
 W.-Reserven IX, XV, XVI,
 28, 33, 38, 39, 66, 167, 168,
 197, 212, 213, 215
 W.-Situation 35, 157, 196,
 197
 W.-System IX, 5
 W.-Verluste 187
 Afroasiatische W. XVI
 Gold-W. XVI
 Index-W. XV, XVI
 Waren-W. XV, XVI,
 Welt-W.-Fonds XV, XVI,
 35
 Waisenkinder 198, 202, 206
 Wanderung s. Auswande-
 rung
 Waren-Abkommen XVI
 W.-Bilanz 149, 150, 212, 213
 W.-Bündel-Einheiten XVI
 W.-Dollar XVI
 Wärmekraftwerke 110, 113—
 115, 122
 Wasser-Kraftwerke 28, 110,
 113—115, 117, 121, 155, 161,
 163, 173, 177, 178, 181, 211
 W.-Kraft-Potential 110, 113,
 118
 W.-Versorgung 24, 59, 200
 Wechsel 72, 84, 141, 184
 W.-Lagen s. Konjunktur
 W.-Portefeuille der No-
 tenbanken 39
 Arbeits-W. 72
 Weinbau 18, 19, 30, 141, 143
 ff., 161, 169, 194, 208, 209,
 214
 Weizen XI, XV, XVI, 69,
 101, 143, 163, 173, 211, 214
 Welt-Bank 1, 5, 35, 61, 137
 W.-Handelswaren XVI
 W.-Krieg XIII, 8, 18, 23,
 24, 30, 32—34, 37, 41, 43,
 66, 67, 72—74, 80, 84, 92,
 97, 99, 109, 110, 113, 115—
 117, 119, 126, 127, 130, 134,
 143, 146, 161 ff., 165, 167,
 170, 174, 176—178, 181, 182,
 186, 188
 W.-Markt XV, 1, 60, 137,
 145, 167, 175, 180, 183
 W.-Preise XV, XVI, 1,
 4, 41, 67
 W.-Produkte XV, XVI,
 1, 18
 W.-Wirtschaft 28, 176
 W.-Krise 10, 29, 32, 69,
 162, 182
 Werbung s. Propaganda
 Werften 180
 Werkstätten 192, 198
 Werkzeuge 198
 Wertpapier(e) VIII, 5, 38—
 40, 48, 53—55, 57, 60, 61,
 65, 82, 90, 134, 151, 178,
 179, 183 s. auch Aktien
 u. Obligationen
 W.-Besitzer 54
 W.-Käufe 55, 56
 Festverzinsliche W. 65, 179
 Variabel verzinsl. W. 65
 Westdeutschland s. Deutsch-
 land
 Wettbewerb s. Konkurrenz
 Wiederaufbau 32, 34, 43
 W.-Gesetz 18
 Wiederaufrüstung 32
 Windmühlen 111
 Wirtschafts-Minister 80, 142,
 151, 164, 166, 181, 198
 W.-Politik XIV, 32, 119,
 162 ff.
 W.-Rat 84
 W.-Struktur 211 ff.
 W.-Studien 60
 W.-System IX—XIII
 Kommunistische W. 92
 Plan-W. 183
 Privat-W. 36, 137
 Staats-W. 34 ff., 180, 181
 Welt-W. s. Welt
 Witwen-Versicherung
 Wohltätigkeit 71, 187
 W.-Institutionen 67, 71, 113,
 192 s. auch Sozialfürsorge
 Wohnprogramm 123
 Wohnraumbeschaffung X
 Wohnung(en) 123, 124, 130,
 133, 135, 137
 W.-Aufwandsteuer 132
 W.-Ansprüche 125
 W.-Bau 50, 127
 Sozialer W. 50, 123 ff.,
 205, 206
 W.-Eigentümer 123
 W.-Kauf 127
 W.-Kosten 124, 137
 W.-Not XII, 123
 Arbeiter-W. 123 ff., 202
 Billige W. 124, 133, 135
 Nachfrage nach W. 135
 Wolfram 119, 120, 175, 211
 W.-Rausch 119
 Wolle X, XVI, 214
 Wucherei 7, 47, 101

- Zahlungs-Bilanz 4, 28, 36, 38,
 53, 65, 87, 148—150, 212,
 213
 Z.-Saldi 53, 65
 Z.-Schwierigkeit. 40, 197
 Z.-Situation 35, 36
 Z.-Überschüsse IX, 34, 35,
 66, 213
 Z. mit Westdeutschland
 158, 175
 Ausgleich der Z. 66
 Z.-Methoden 32, 45, 138
 Z.-Sitten 6, 170
 Z.-System 5, 45, 67
 Z.-Unfähigkeit 80, 137, 138,
 140, 187
 Z.-Verbote 140
 Zeichnungs-Ergebnisse 190
 Z.-Frist 112
 Zellulose-Industrie 173, 177
 Zement-Industrie X, 36, 57,
 115, 163, 168
 Zentral-Banken s. B
 Zertifikat(e) VIII, 46, 51—54,
 62—66, 80, 134, 135, 166,
 174, 178, 183, 184, 196, 203
 Z.-Sparkasse 203
 Gold-Z. 9, 65, 66, 179
 Investitions-Z. 51, 52
 Investment-Z. VIII, 51—54
 Miteigentums-Z. 53, 183
 Spar-Z. 46
 Zézere-Fluß 114
 Ziehungen s. Auslosungen
 Zigaretten 124
 Z.-Fabriken 57
 Zinn XVI, 120, 211
 Zins(en), Verzinsung 7, 9,
 18, 20, 27, 30, 32, 41, 45,
 47, 48, 53, 54, 59, 61, 62,
 64, 66, 67, 84, 87, 98, 101,
 102, 104, 106, 110, 112, 123,
 126—128, 130, 133—137, 142,
 150, 165, 177—180, 183, 191,
 193, 201, 202, 204
 Z.-Anpassung 61
 Z.-Ausgaben 9
 Z.-Begrenzung 32, 40, 62
 Z.-Coupons als Lotterie-
 lose 9
 Z.-Differenz 126
 Z.-Erhöhung 179
 Z.-Ertrag 178
 Z.-Niveau IX, 10, 12, 23,
 26, 61, 99, 126, 180, 212
 Z.-Sätze 8—12, 32, 36, 45—
 48, 62, 87, 102, 112, 116,
 123, 126—128, 130, 133—137,
 141, 147, 153, 174, 183, 184,
 200, 201, 212
 Z.-Senkung 133, 183
 Z.-Zahlungen XIV, 46, 95,
 97, 156, 191
 Zivilisation X
 Zoll, Zölle 4, 11, 26, 121, 142,
 143, 146, 147, 196
 Z.-Befreiung 11, 103, 121,
 141, 150, 159, 160, 163
 Z.-Erleichterungen 168
 Z.-Senkungen 168
 Z.-Union 175
 Brücken-Z. 108, 155
 Export-Z. XV, 11, 141, 182
 Import-Z. 141, 192
 Luxuswaren-I. 192
 Schutz-Z. 4, 5, 11, 163, 167,
 175, 188, 190
 Straßen-Z. 108, 155
 Vorzugs-Z. 190
 Zucker XV, XVI, 116, 163,
 175
 Z.-Preis XV
 Zubussen 179
 Zuschüsse 189, 196
 Zündholzmonopol X, 18
 Zuzahlungspflicht 52, 102,
 159
 Zwecksparen s. Sparen

Lebenslauf

Am 3. Juli 1920 wurde ich, Ralph Christian James von Gersdorff, als Sohn des Gutsbesitzers Hans-Henning von Gersdorff (Rittergut Cunersdorf, Kreis Beeskow-Storkow) und seiner Frau Marion Bertha, geb. von Braun in Weimar geboren. Die Volksschule besuchte ich von 1927 bis 1929 in Berlin-Tempelhof und im Jahre 1930 in Pfaffendorf, Krs. Beeskow-Storkow. Von 1931 bis 1936 war ich Alumne des Paedagogiums und Waisenhauses bei Züllichau an der Oder (Gymnasium) und ab 1937 der Schulfarm Insel Scharfenberg in Berlin-Tegel (Oberschule). Diese Schule verließ ich 1939 mit dem Zeugnis der Hochschulreife.

Von 1939 bis 1945 hatte ich Militärdienst zu leisten und war einige Jahre Dolmetscher für die italienische und englische Sprache. Anschließend war ich bei der Berliner Kraft- und Licht (Bewag)-Aktiengesellschaft als Dolmetscher für Verhandlungen in russischer Sprache angestellt. Danach arbeitete ich als Übersetzer bei der Mission Française de Liaison in Iserlohn. Mein Vater mußte damals sein Gut Cunersdorf verlassen (russische Besetzung) und ist seitdem als Kartoffelsaatzucht-Experte in Celle (Provinz Hannover) in der Pommer-schen Saatzuchtgesellschaft tätig.

Seit Anfang 1946 ermöglichte mir mein Stiefvater Johann Büttikofer das Studium der Nationalökonomie an der Universität Basel. Im September 1951 machte ich eine Studienreise nach Portugal, wo ich Portugiesisch lernte und im Lissabonner Informations-Sekretariat (Secretariado Nacional da Informação), im Statistischen Amt (Instituto Nacional de Estatística) sowie im Institut für Wirtschafts- und Finanzwissenschaften (Instituto Superior de Ciências Económicas e Financeiras) Informationen für meine Arbeit über Portugal sammelte.

An der Universität Basel besuchte ich die Vorlesungen und Seminarien folgender Dozenten: Furlan, Grabowski, Guth, Imboden, Mahler, Ruck, Salin, Simonius, Wagner.

Nach dem Studium unternahm ich Untersuchungen des Streitfalles Goa und Marktforschungen für die Firma Fr. Grohe Armaturenfabrik (Hemer b. Iserlohn i. W.) sowie Arbeiten für Reise- und Übersetzungs-Büros (1955/56 in der Indischen Union, in Ceylon, Goa und Pakistan). Seit dem 15. 8. 1956 bin ich im Wissenschaftlichen Dienst des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs (H. W. W. A.) tätig, wo ich bisher mit folgenden Arbeiten beschäftigt war: 1. Artikel: Wirtschaft Angola, Mosambik, São Tomé, Spanisch-Guinea, Portugiesisch-Guinea, Kapverde-Inseln für das „Länderlexikon“, das vom H. W. W. A. herausgegeben wird, 2. Wirtschaftsstudie: „Wege und Möglichkeiten für den wirtschaftlichen Aufbau, dargestellt am Beispiel Mexiko“ (erscheint in einer Neubearbeitung unter dem Titel: „Mexiko, ein Weg zur wirtschaftlichen Entwicklung zwischen staatlicher Lenkung und privater Initiative“ im Verlag Weltarchiv G.m.b.H. Hamburg), 3. Reise nach Angola und Moçambique zwecks Ausarbeitung einer Wirtschaftsstudie über diese Gebiete.

STAATSWISSENSCHAFTLICHE STUDIEN

NEUE FOLGE

HERAUSGEGEBEN VON

EDGAR SALIN

GOTTFRIED BOMBACH

Band 1: *Baumgartner R.*: Die wirtschaftliche Bedeutung der chemischen Industrie in Basel. 1947. 197 Seiten. Fr. 14.50

Band 2: *Billeter E. P.*: Über die Messung der Einkommens-Konzentration. Eine statistische Studie mit besonderer Berücksichtigung der Einkommensverteilung im Kanton Basel-Stadt. 1949. 134 Seiten. Fr. 18.65

Band 3: *Frey A.*: Gewerbeverband und Gewerbepolitik im Kanton Basel-Stadt mit bes. Berücksichtigung des Submissionswesens. 1949. 223 Seiten. Fr. 18.65

Band 4: *Waldner K.*: Die Schlichtung von kollektiven Arbeitsstreitigkeiten in der Schweiz. 1949. 215 Seiten. Fr. 15.55

Band 5: *Senglet J. J.*: Die Preispolitik der Schweiz während des ersten Weltkrieges. 1950. 298 Seiten. Fr. 18.65

Band 6: *ab Egg A.*: Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Hafens von Genua für die Schweiz, insbes. zur Zeit des zweiten Weltkrieges. 1949. 195 S. Fr. 16.60

Band 7: *Woog H.*: The Tableau économique of François Quesnay. 1950. 101 Seiten. Fr. 15.55

Band 8: *Ullrich Peter*: Der Standort der schweizerischen Industrie unter besonderer Berücksichtigung von Sinn und Möglichkeit einer schweizerischen Standortpolitik. 1951. 165 Seiten. Fr. 16.60

Band 9: *Trugenberger Alberto E.*: Il significato di San Bernardino da Siena nello sviluppo dell'etica economica cristiana. 1951. 153 Seiten. Fr. 14.50

Band 10: *Fasler Samuel*: Die Stunde der Geburt. Ein Beitrag zur Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung. 1951. 112 Seiten. Fr. 19.70

Band 11: *Morf Otto*: Das Verhältnis von Wirtschaftstheorie und Wirtschaftsgeschichte bei Karl Marx. 1951. 135 Seiten. Fr. 16.60

Band 12: *Hümbelin Peter*: Eidgenössische Volksabstimmungen im Lichte der Statistik. 1953. 112 Seiten. Fr. 12.95

Band 13: *Hosch Alfred J.*: Risiko und Kosten in der Krankenpflegeversicherung mit besonderer Berücksichtigung der Schweiz. 1953. 128 Seiten. Fr. 12.95

Band 14: *Trottmann M.*: Zur Interpretation und Kritik der Zusammenbruchstheorie von Henryk Großmann. 1956. 91 Seiten. Fr. 12.45

Band 15: *Meister Hans*: Das schweizerische Buchdruckgewerbe mit besonderer Berücksichtigung seiner Beziehungen zu Buchverlag und Buch. 1953. 109 Seiten. Fr. 12.45

Band 16: *Schmaßmann Werner*: Die Zahlungsbilanzschwierigkeiten Westeuropas nach dem zweiten Weltkrieg, insbesondere gegenüber den USA 1954. 205 Seiten. Fr. 14.70

STAATSWISSENSCHAFTLICHE STUDIEN
NEUE FOLGE
HERAUSGEGEBEN VON
EDGAR SALIN GOTTFRIED BOMBACH

- Band 17: *Fritsch B.*: Die Geld- und Kredittheorie von Karl Marx. 1954. 184 Seiten. vergr.
- Band 18: *Meniconi Fausto*: Theorie des Einkommens. 1955. 328 Seiten. Fr. 19.55
- Band 19: *Brunner Lilian*: Grenzen der Staatsverschuldung. 1955. 128 Seiten. Fr. 12.75
- Band 20: *Friedrich Karl*: Westdeutsche Zahlungsbilanzpolitik von 1948 bis 1951. 1956. 116 Seiten. Fr. 12.75
- Band 21: *Leist Klaus*: Investitionen und Sozialstruktur in Westdeutschland. 1956. 87 Seiten. Fr. 14.50
- Band 22: *Kink Kurt*: Wertschöpfungsprozeß und Verrechnungslehre. Zum Problem des System- und Stilbegriffs in der Betriebswirtschafts- und Verrechnungslehre. 1955. 220 Seiten. Fr. 14.50
- Band 23: *Scherrer Peter*: Die „Terms of Trade“ und die Beschäftigung. 1956. 155 Seiten. Fr. 13.80
- Band 24: *Goldberger Ernst*: Preisbewegungen in Israel 1949—1953. Eine Studie zu den Grundproblemen der Gesellschaft, Wirtschaft und Wirtschaftspolitik Israels. 1956. 209 Seiten. Fr. 19.15
- Band 25: *Müller Carlo-Maria*: Der Arbeitsvorgesetzte in der industriellen Großproduktion. 1956. 104 Seiten und 18 Bildtafeln. Fr. 16.60
- Band 26: *Nawaz Ali*: Wandel der Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur im Mittleren Orient. 1956. 118 Seiten. Fr. 12.45
- Band 27: *Sannwald Rolf*: Marx und die Antike. 1957. 211 Seiten. Fr. 14.50
- Band 28: *Holy Vaclav L.*: Über die Zeitgebundenheit der Kreislauftheorien von Quesnay, Marx und Keynes. 1957. 197 Seiten. Fr. 18.65
- Band 29: *Wunderle Karl*: Konsumgenossenschaften und privater Detailhandel. 1957. 170 Seiten. Fr. 12.80
- Band 30: *Stohler Jacques*: Der Basler Arbeitsrappen. Eine Studie zur Beschäftigungstheorie und Beschäftigungspolitik regionaler Körperschaften. 1957. 180 Seiten. Fr. 14.50
- Band 31: *Grisard Gustav Eric*: Der britische Kohlenbergbau. Voraussetzungen und Gründe der Nationalisierung. 1957. 131 Seiten. Fr. 12.45
- Band 32: *Stemmle Erwin*: Das deutsche Buchgewerbe in Konjunktur und Krise. Ein Beitrag zur Untersuchung der Konjunktur- und Saisonempfindlichkeit im graphischen Gewerbe. 1958. 164 Seiten. Fr. 18.00